

HISTORISCH  
POLITISCHE  
MITTEILUNGEN

Archiv für  
Christlich-Demokratische  
Politik

2/1995

**HISTORISCH-POLITISCHE  
MITTEILUNGEN**

**Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik**

Herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

2. Jahrgang  
1995



**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

**HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN**  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik

1. Jahrgang 1994

*Herausgeber:*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

*Schrifileitung:*

Dr. Günter Buchstab

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Dr. Felix Becker (Redaktion)

*Anschrift von Schrifileitung und Redaktion:*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel. 02241 / 246 201

Fax 02241 / 246 669

*Verlag:*

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Theodor-Heuss-Straße 76, D-51149 Köln

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Hefumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Copyright © 1995 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln

Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

Druck und Verarbeitung: Druckerei Plump KG, Rheinbreitbach

ISSN 0943-691X

## Inhalt

### AUFSÄTZE

*Rudolf Uertz:*

Die Christliche Demokratie in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Eine Problemskizze . . . . . 1

*Torsten Oppelland:*

Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland . . . . . 25

*Vera Bücken:*

Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler . . . . . 49

*Ralf Baus:*

Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945 . . . . . 83

*Stefan Kreuzberger:*

»Klassenkampf in Sachsen«. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946 119

*Anne Martin:*

Die französische Besatzungspolitik und die Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz . . . . . 131

*Matthias Pape:*

Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955. Ein Aufriß . . . . . 149

*Yorck Dietrich:*

Franz Etzel als Finanzpolitiker . . . . . 175

*Frank Müller:*

Innerdeutsche Beziehungen im Vorfeld der Wende. Die Kontakte zwischen SPD und SED 1982-89 . . . . . 189



## DOKUMENTATION

*Niels Hansen:*

Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag . . . . . 223

*Rudolf Morsey:*

Auf der Suche nach dem Ersatzmann. Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959 . . . . . 247

## ARCHIVALISCHE NACHRICHTEN

*Günter Buchstab:*

Parteiarchive in Europa II. Eine Bestandsaufnahme . . . . . 283

*Klaus Oldenhage:*

Die Gesetzgebung zur Sicherung des Archivguts der Parteien und Massenorganisationen der DDR . . . . . 299

*Manfred Agethen:*

Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung . . . . . 309

## LITERATURBERICHT

*Laurent Ducerf:*

Die Christliche Demokratie in Frankreich seit 1945. Eine historiographische Bilanz . . . . . 313

ABSTRACTS (325) – Résumés (328) – Resúmenes (332) – Zusammenfassungen (335) . . . . . 325

## NACHRUF

Zum Tode Alexander Fischers . . . . . 341

Die Mitarbeiter dieses Bandes . . . . . 345

## Die Christliche Demokratie in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Eine Problemskizze

Von Rudolf Uertz

»Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.« Mit diesem vielzitierten Satz beschreibt Ernst-Wolfgang Böckenförde das Dilemma des modernen Staates: Er beruht auf dem Individualismus der Menschenrechte, jener geistig-politischen Bewegung, die den Kern seiner liberal-demokratischen und pluralistischen Verfassung und seiner ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Leistungen darstellt. Andererseits fördert der Individualismus der modernen Staaten, wo er zur vollen Wirksamkeit kommt, die Emanzipation »nicht nur von der Religion, sondern in einer weiteren Stufe auch von der (volkhaften) Nation als homogenitätsbildender Kraft«.<sup>1</sup>

Der Zwiespalt, der sich dem modernen Staat somit auf tut, ist nach Böckenförde dadurch gekennzeichnet, daß er als säkularer, wertneutraler Staat weder eine »Staatsideologie verordnen«, noch ein »objektives Wertesystem« proklamieren könne, ohne seiner freiheitlichen Konstitution zuwiderzuhandeln. Wenn er andererseits aber auf die homogenitätsbildenden religiös-sittlichen und staatsbürgerlichen Kräfte nicht mehr vertrauen könne oder ihrer gar entraten müsse, laufe er Gefahr, »die Verwirklichung der sozialen Utopie zu seinem Programm zu erheben«, oder – anders formuliert – seine Legitimation einseitig von den wohlfahrtsstaatlichen Segnungen und der Erfüllung der hedonistischen Ansprüche der Massen her zu begründen. Doch dürfte der Staat trotz dieser Überdehnung seines sozialstaatlichen Auftrags dem prinzipiellen Problem kaum entgehen können. Denn, so spitzt der Verfassungsrechtler die Frage zu: »Worauf stützt sich dieser Staat am Tag der Krise?«

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann für Böckenförde selbstverständlich nicht in einer Rückbildung zum »christlichen Staat« liegen, sondern in einer Rückbesinnung auf genuin christliche Werte und Prinzipien. Wenn Böckenförde in diesem Zusammenhang vor allem auf den Beitrag der Christen, aber auch deren Schwierigkeit mit dem modernen Staat abstellt, so intendiert er keineswegs – wie allein schon seine Distanzierung von einer

---

<sup>1</sup> Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt 1976, S. 42-64, hier: S. 60.

Rechristianisierung des Staates erkennen läßt –, daß die sittliche Fundierung des modernen Staates ausschließliche Angelegenheit der Christen sei, sondern er macht vielmehr auf die allgemeine Problematik des weltanschaulich neutralen Verfassungsstaates aufmerksam. Entsprechend gilt, daß es zur Sicherung und Erhaltung des individualistisch-säkularen Staates und damit zur Sicherung des Konsenses der pluralistischen Gesellschaft selbstverständlich auch säkularer Humanitätsbewegungen bedarf, vor allem solcher, die zur Religion und zum Christentum hin offen sind.<sup>2</sup>

Andererseits ist unübersehbar, daß die Pointierung Böckenfördes, näherhin sein Eingehen auf das besondere Verhältnis der Christen zum modernen Staat, nicht zufällig ist: Der Jurist entwickelt seine vielzitierte Feststellung im Zusammenhang mit seiner verfassungsgeschichtlichen These, wonach der moderne Staat ein Vorgang der Säkularisation ist (»Emanzipation der weltlichen Ordnung von überkommenen religiösen Autoritäten und Bindungen«). Damit aber rückt Böckenförde ein Problemfeld in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, dessen Dimensionen weit über den historischen Rahmen hinausgehen und dessen aktuelle Bedeutung bis in unsere Gegenwart zu beobachten ist: Es geht letztlich um das Spannungsverhältnis zwischen Christentum und Politik, zwischen Kirche und Staat, zwischen religiösem und säkularem Welt- und Gesellschaftsverständnis sowie zwischen normativen und positivistischen Politik- und Staatstheorien – ein Themenfeld, das jedoch viele Theologen, Historiker und Sozialwissenschaftler für »erledigt« halten oder stillschweigend übergehen und das nur von vergleichsweise wenigen Spezialisten behandelt wird.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig; zwei Gründe seien hier angeführt:

\* Zum einen ist zu berücksichtigen, daß die – ohnehin spannungsgeladene – Atmosphäre zwischen Kirche und Staat, theologischem und säkularem Denken, auf dem Boden des lateinischen Christentums infolge der Härte und Brutalität, mit der sich der moderne säkulare Staat in Kontinentaleuropa mit der Französischen Revolution und der gewaltsamen Enteignung und Zerschlagung kirchlicher Institutionen und Strukturen durchgesetzt hat, eine Polarisierung mit sich gebracht hat, die offen oder latent bis heute fortwirkt.

\* Zum anderen ist unverkennbar, daß die mit dem Säkularisierungsprozeß zusammenhängende Differenzierung, Segmentierung und Pluralisierung der modernen Gesellschaften und Wissenschaften zu einer Spezialisierung geführt haben, die der Berücksichtigung normativer Fragen und interdisziplinärer Methoden eher abträglich sind – eine Entwicklung, von der auch die Theologie und Philosophie nicht ausgenommen sind.

<sup>2</sup> Das Ethos des modernen Staates ist für BÖCKENFÖRDE keineswegs identisch mit dem christlichen Ethos; vgl. BÖCKENFÖRDE, *Das Ethos der modernen Demokratie und die Kirche*, in: *Hochland* 1957/58, S. 4 ff., S. 401 ff., S. 410 ff.

So sehr sich nun die Pluralisierung von Kultur und Gesellschaft und die Fortschritte in allen Wissens- und Lebensbereichen gegenseitig bedingen, so wenig darf man jedoch die mit dieser Entwicklung zusammenhängenden Aporien der Moderne übersehen: Ihr offener oder latenter Positivismus und damit die Verbannung von metaphysischen Fragen, die einseitige Betonung des Ökonomischen und Funktionalen, die allzu schroffe Entgegensetzung von Verstand und Gefühl, von Materie und Geist, der betonte Individualismus, die offene oder latente Ablehnung von Gemeinwohlideen (die vor allem im katholischen Sozialdenken besonders gewürdigt werden), sind Charakteristika der säkular-individualistischen Bewegungen. Zwar ist inzwischen – nicht zuletzt infolge der weltumspannenden Ökologieprobleme – in beträchtlichen Teilen von Wissenschaft und Gesellschaft ein erfreuliches Umdenken und ein zunehmendes Interesse an ethischen Fragen und umfassenderen Methoden unübersehbar, doch hinkt in vielen Bereichen die interdisziplinäre Forschung noch hinterher.

Problematisch wird dieses Manko vor allem hinsichtlich jener gesellschaftspolitischen Bereiche, die angesichts ihrer spezifischen Fragestellung – so etwa bei politiktheoretisch-ideengeschichtlichen Zusammenhängen – einem fachübergreifenden Denken nicht entraten dürften. In besonders markanter Weise tritt dies in vielen politik- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten zutage, die sich mit dem christlichen Politikverständnis bzw. der Christlichen Demokratie befassen. Zur letzteren gibt es – mit einer Ausnahme<sup>3</sup> – in den derzeit gängigen politikwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Lexika keinen einschlägigen Artikel, obwohl viele dieser Werke anderen politischen Ideenkreisen wie z. B. dem »Liberalismus«, dem »Sozialismus« oder – noch spezifischer – gar der »Sozialen Demokratie« eigene Stichworte widmen.<sup>4</sup>

Es wäre nun aber verfehlt, dahinter etwa »politische Einseitigkeiten« zu vermuten. Vielmehr hat es sich in einer Vielzahl von politikwissenschaftlichen und ideengeschichtlichen Arbeiten eingebürgert, die politischen Ideen des Christentums bzw. die »Christliche Demokratie« unter den »Konservatismus« zu subsumieren.<sup>5</sup> Auch die jüngste Darstellung über *Die politischen Ideenkreise der Gegenwart* von Johann B. Müller hält sich an die weithin gebräuchliche Einteilung Liberalismus – Konservatismus – Sozialismus.

---

3 Hans MAIER, Artikel »Demokratie, christliche«, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hrsg. v. Joachim RITTER, Bd. 2, Darmstadt 1972, Sp. 55 f.

4 Vgl. Dieter NOHLEN (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, München 1991, ferner: Wolfgang MICKEL (Hrsg.), *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, Bonn 1986.

5 Die aufgeführten Lexikonartikel (vgl. Anm. 4) enthaltenen Artikel zum Stichwort »Christliche Soziallehre« bzw. »Soziallehren«, beschränken sich jedoch auf die sozialetischen Fragen und können nicht als adäquate Analyse der politischen Theorie des Christentums bzw. der christlichen Demokratie gelten.

Immerhin brandmarkt der Verfasser den häufig begangenen Fehler, die christlichen Politikideen lediglich auf konservatives Ordnungsdenken einzengen zu wollen.<sup>6</sup>

Das Christentum ist im Laufe seiner langen Geschichte jedoch mit den verschiedensten sozialen und politischen Bewegungen Verbindungen eingegangen und hat diese oft gar stimuliert. So wurden beispielsweise aus dem Gedanken der Gleichheit des Menschen vor Gott immer wieder sozialreformerische Bewegungen initiiert. Allein die Vielgestaltigkeit religiös-sozialer Ideen des Christentums verbietet es, das christliche Sozialdenken exklusiv auf eine der gängigen Typologien Liberalismus, Konservativismus oder Sozialismus einzuengen. So unbestreitbar es ist, daß es im Zuge der Restauration zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer engen Verbindung von Konservativismus bzw. Legitimusismus/Monarchismus und christlicher Staatsauffassung gekommen ist, so unübersehbar ist zugleich, daß mit Félicité Robert de Lamennais die Entwicklung vom Traditionalismus zum Liberal-katholizismus einsetzt, der im übrigen – man denke an den Nominalismus – innerhalb der katholischen Kirche schon lange Zeit eine wichtige Schule bildete. Bezeichnenderweise erwähnt Klaus Hornung in seinem Artikel nur de Maistre und de Bonald, nicht jedoch de Lamennais.<sup>7</sup> Die unzureichende Charakterisierung der politischen Ordnungsideen des Katholizismus und seines Verhältnisses zu den anderen politischen, insbesondere säkularen Ideenkreisen beruht unübersehbar auf der mangelhaften Vertrautheit der meisten Profanhistoriker und Sozialwissenschaftler mit dem hochkomplexen und -differenzierten Gesamtsystem des Christentums, näherhin der schwierigen Verhältnisbestimmung zwischen theologischer und naturrechtlicher Systematik – ein Versäumnis, das selbst bei Arbeiten festzustellen ist, die sich eingehender mit diesem Problem befassen. Korrekterweise muß man hinzufügen, daß umgekehrt auch viele Theologen sich nicht nur im Umgang mit den Charakteristika der säkularen politisch-sozialen Ordnungstheorien, sondern auch mit den Grundlagen philosophisch-theologischen Denkens schwertun.

Die Vielgestaltigkeit des christlichen Gedankenguts, insbesondere die Verschränkungen theologisch-biblischer, philosophisch-naturrechtlicher und historisch-soziologischer Elemente, verlangt differenziertere Betrachtungen – ein Erfordernis, das auch das eingangs zitierte Postulat Böckenfördes nach einer angemessenen Mitarbeit des Christen im säkular-pluralistischen Staat in einem umfassenderen Problemhorizont erscheinen läßt: Das politische und soziale Engagement der Christen vollzieht sich nicht nur unter den Bedingungen eines allgemeinen gesellschaftlichen Pluralismus, sondern –

<sup>6</sup> Johann Baptist MÜLLER, *Die politischen Ideenkreise der Gegenwart*, Berlin 1992, S. 50 ff.

<sup>7</sup> Klaus HORNING, Artikel »Konservativismus«, in: D. NOHLEN (Anm. 4), S. 259-265.

dies wird in vielen Appellen zur Weltverantwortung der Christen oft übersehen – auch unter den Bedingungen der Pluralisierung von Christentum und Kirche. Eine Analyse der politischen Theorie des Christentums muß diesem Phänomen besonders Rechnung tragen: Die Eigenheiten der politischen Ideen des Christentums und deren Verhältnis zu den säkularen politischen Ideenkreisen werden letztlich erst durch eine historisch-systematische Analyse der Konvergenzen und Divergenzen der wichtigsten Ausformungen bzw. Teilsysteme christlicher Politiktheorie erhellt. Neben der Christlichen Demokratie bzw. der primär pragmatisch-parteiprogrammatisch ausgerichteten politischen Theorie der Unionsparteien sind dies vor allem die evangelische und katholische Sozialethik (beide sind jeweils noch einmal zu unterscheiden hinsichtlich der kirchenamtlichen Ebene – Denkschriften, Enzykliken u. ä. – und der wissenschaftlichen Ebene, die meist eine Konkretisierung der offiziellen Sozialdokumente darstellt). Schließlich kann eine Betrachtung der politischen Theorie des Christentums bzw. der Christlichen Demokratie auch an der politischen Theologie und deren verschiedensten Ansätzen und Ausformungen nicht vorbeisehen.

#### Zum Stand der Forschung

Es gibt eine Fülle von wissenschaftlichen Disziplinen und Arbeiten, die das Thema »Christliche Demokratie« mehr oder weniger eingehend behandeln oder berühren. Grob betrachtet lassen sich vier Untersuchungsbereiche unterscheiden:

\* Politikwissenschaftlich-ideengeschichtliche und rechtswissenschaftliche Untersuchungen;<sup>8</sup>

\* Untersuchungen aus den Bereichen Neuere Geschichte, Zeitgeschichte und Katholizismusforschung;<sup>9</sup>

8 Außer BÖCKENFÖRDE (Anm. 1) DERS., *Staat-Gesellschaft-Kirche*, in: *Christlicher Glaube in der modernen Gesellschaft*, Teilbd. 15, hrsg. v. Franz BÖCKLE, Franz-Xaver KAUFMANN, Karl RAHNER, Bernhard WELTE, in Verbindung mit Robert SCHIERER, Freiburg 1982, S. 6-120; DERS., *Schriften zu Staat-Gesellschaft-Kirche*, 3 Bde., Freiburg 1988-1990; Hans MAJER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, München 1973; DERS., *Kirche und Gesellschaft*, München 1972; DERS., *Schriften zu Kirche und Gesellschaft*, 3 Bde., München 1983-1985; Paul MIKAT, *Geschichte, Recht, Religion, Politik*, hrsg. v. D. GIESEN und D. RUTHÉ, 2 Bde., Paderborn 1984; DERS., *Grundelemente katholischer Staatsauffassung*, in: *Christentum und Liberalismus*, hrsg. v. Karl FORSTER, München 1960, S. 85-120; Alexander SCHWAN, *Katholische Kirche und pluralistische Politik. Politische Implikationen des II. Vatikanischen Konzils*, Tübingen 1966; DERS., *Humanismus und Christentum/Pluralismus und Wahrheit*, in: *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, Bd. 19, Freiburg 1981.

9 Karl BUCHHEIM, *Ultramontanismus und Demokratie*, München 1963; DERS., *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953; allgemein verwiesen sei außerdem auf entsprechende Beiträge und Monographien aus den Reihen: *Beiträge zur Katholizismusforschung*, in Verbindung mit Clemens BAUER, Bernhard CASPER, Alexander HOLLERBACH, Albrecht

\* Untersuchungen aus den Bereichen Christliche Demokratie, Parteiengeschichte bzw. Parteienforschung;<sup>10</sup>

\* Untersuchungen aus den Bereichen Philosophie, Theologie, Sozialethik und politische Ethik.<sup>11</sup>

Auffällig ist, daß sich unter den einschlägigen Arbeiten – abgesehen von den Studien von Franz-Martin Schmölz, Bernhard Sutor und Rudolf Weiler – kaum Arbeiten von Theologen und Sozialethikern befinden, obwohl doch spätestens seit der Soziallehre Johannes XXIII. (*Mater et magistra*, 1961; *Pacem in terris*, 1963) und dem II. Vatikanum (1962-1965) die Auseinandersetzung mit der Moderne und den profanen Wissenschaften zu einem zentralen Thema von Kirche und Theologie geworden ist. Lothar Roos hat in seiner sozialetischen Dissertation *Demokratie als Lebensform* 1969 die Notwendigkeit einer sozialetischen Analyse des spannungsreichen Verhältnisses der Kirche zur Demokratie und der unterschiedlichen Intentionen von theologisch-kirchlichem und profanem Denken erkannt, doch hat er von einer solchen Untersuchung bewußt Abstand genommen, obwohl von seinem sozialetischen Interesse her eine Auseinandersetzung insbesondere mit dem Wandel der kirchlichen Einstellung zur Demokratie nahegelegen hätte. Auch die drei theologischen Monographien zum Thema Menschenrechte von Jozef Punt, Konrad Hilpert und Gertraud Putz gehen den tieferen Ursachen der knapp 200 Jahre währenden Auseinandersetzung zwischen der katholischen Amtskirche und den laikalen bzw. laizistischen Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen in einigen zentralen Fragen

---

LANGNER, Hans MAIER und Konrad REPGEN, hrsg. v. Anton RAUSCHER, Reihe B: Abhandlungen, Paderborn 1973 ff.; *Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte*, in Verbindung mit Dieter ALBRECHT, Rudolf LILL, Konrad REPGEN, hrsg. v. Rudolf MORSEY, Reihe B: Forschungen, 1965 ff.; *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem Deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bde. 1 und 2. hrsg. v. R. MORSEY, Bde. 3-6 hrsg. v. J. ARETZ, R. MORSEY, A. RAUSCHER, Mainz 1973 ff.; ferner Heinz HÜRTELEN, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960*, Mainz 1986; DERS. (Hrsg.), *Katholizismus, staatliche Neuordnung und Demokratie*, Paderborn 1991; DERS., *Deutsche Katholiken von 1918-1945*, Paderborn 1992; DERS., *Katholiken, Kirche und Staat als Problem der Historie. Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. v. Hubert GRUBER, Paderborn 1993; Karl Egon LÖNNE, *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1986.

10 Michael P. FORGARTY, *Christliche Demokratie in Westeuropa 1820-1953*, Freiburg 1959; Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923*, Düsseldorf 1966; Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 1988; Werner ALLEMEYER, *Christliche Demokratie in Europa und Lateinamerika. Geschichte-Strukturen-Programme*, Bonn 1964; *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland*, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. v. Günther RÜTHNER, 2 Bde., Bonn 1984.

11 Franz-Martin SCHMÖLZ (Hrsg.), *Das Naturrecht in der politischen Theorie*, Wien 1963; DERS., *Zerstörung und Rekonstruktion der politischen Ethik*, München 1963 (Münchener Studien zur Politik, 2. Heft); Bernhard SUTOR, *Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre*, Paderborn 1991; Rudolf WEILER, *Einführung in die politische Ethik*, Graz 1992.

nicht entschieden nach. Es fehlt diesen Arbeiten die explizite Berücksichtigung der neuscholastisch-naturrechtlichen Staatslehre, ohne die die tieferen Ursachen der Spannungen zwischen Kirche und modernem Verfassungsstaat vor dem II. Vatikanum und dessen politiktheoretische Neubesinnung nicht erkannt werden können.<sup>12</sup>

Die Betrachtung der neuscholastisch-naturrechtlichen Staatslehre wird so zum entscheidenden Kriterium einer adäquaten Auseinandersetzung mit der christlichen Staatslehre und ihrem Verhältnis zur Christlichen Demokratie wie zum modernen Staat. Hans Maier hat in seinem Aufsatz *Katholische Gesellschaftslehre und deutscher Staat* im Jahre 1968 auf diese Forschungslücke aufmerksam gemacht und dabei auch Kriterien einer solchen Untersuchung angedeutet: »Wenn überhaupt, so müßte eine detaillierte Darstellung des katholischen Staatsdenkens in biographischer und problemgeschichtlicher Sicht aus ihnen (den führenden katholischen Sozialethikern der Zeit zwischen 1880 und 1933, R.Ue.) zu gewinnen sein.«<sup>13</sup>

Die Autoren dieser Zeit sind deshalb von besonderem wissenschaftlichen Interesse, weil sie die Staatslehre Leos XIII. in jener Epoche rezipierten, die den Übergang von der Monarchie zum demokratischen Staat hervorbrachte. Sie lassen vor allem die Eigenheiten der naturrechtlich-neuscholastischen Staatslehre und deren Spannungsverhältnis zu den individualistisch-liberalen Staatsauffassungen erkennen. Vor dem Hintergrund dieser Differenzen wird sich erst die politische Theorie der Christlichen Demokratie bestimmen lassen, die sich – vor allem in der interkonfessionellen Phase nach 1945 – mehr und mehr von der christlichen Staatslehre emanzipiert.

An den von Hans Maier formulierten Anforderungen an eine Analyse der christlichen Staatslehre müssen sich auch die drei Arbeiten messen lassen, die dem Thema »Christliche Demokratie« bisher am nächsten kommen. Die rechtswissenschaftliche Dissertation von Albert Gnägi, *Katholische Kirche und Demokratie. Ein dogmengeschichtlicher Überblick über das grundsätzliche Verhältnis der katholischen Kirche zur demokratischen Staatsform*<sup>14</sup>, weist bereits im Untertitel die Konzentration auf die päpstliche Staatslehre und deren ekklesiologisch-doktrinären Charakter aus. Diese Perspektive verschließt dem Autor bedauerlicherweise den Blick für Interpretationen

12 Lothar ROOS, *Demokratie als Lebensform*, München 1969; Jozef PUNT, *Die Idee der Menschenrechte. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre Rezeption durch die moderne katholische Sozialverkündigung*, Paderborn 1987; Konrad HILPERT, *Die Menschenrechte. Geschichte, Theologie, Aktualität*, Düsseldorf 1991; Gertraud PUTZ, *Christentum und Menschenrechte*, Innsbruck 1991.

13 Hans MAIER, *Katholische Gesellschaftslehre und deutscher Staat*, in: *Kirche und Gesellschaft*, München 1972, S. 210-253, hier: S. 237.

14 Albert GNÄGI, *Katholische Kirche und Demokratie. Ein dogmengeschichtlicher Überblick über das grundsätzliche Verhältnis der katholischen Kirche zur demokratischen Staatsform*, Zürich 1970.



und Modifikationen der christlichen Staatslehre durch die katholischen Sozialethiker. Bemerkenswert an der Arbeit Gnägis ist jedoch die Berücksichtigung kirchen- und zeitgeschichtlicher Hintergründe der päpstlichen Sozialdokumente.

Auch die politikwissenschaftliche Dissertation von Godehard Lindgens, *Katholische Kirche und moderner Pluralismus. Der neue Zugang zur Politik bei den Päpsten Johannes XXIII. und Paul VI. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil*<sup>15</sup>, läßt die naturrechtliche Phase der vorvatikanischen Staatslehre weitgehend unberücksichtigt, was von der Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes her durchaus konsequent ist. Zwar erweitert Lindgens seinen Aspekt in seiner Einführung zu *Freiheit, Demokratie und pluralistische Gesellschaft in der Sicht der katholischen Kirche. Dokumente aus Verlautbarungen der Päpste und des Zweiten Vatikanischen Konzils*<sup>16</sup>, sowie in seiner ideengeschichtlichen Skizze *Die politischen Implikationen der katholischen Soziallehre*<sup>17</sup>, doch bleibt auch hier die sozialetisch-methodische Ebene des katholischen Staatsdenkens weitgehend ausgeklammert.

Die politikwissenschaftliche Dissertation von Bernhard Stangl, *Untersuchungen zur Diskussion um die Demokratie im Deutschen Katholizismus unter besonderer Berücksichtigung ihrer Grundlagen und Beurteilung in den päpstlichen und konziliaren Erklärungen und Stellungnahmen*<sup>18</sup>, ist dagegen in besonderer Weise bemüht, die Entwicklung des Demokratiedenkens nicht nur im Rahmen der kirchenamtlichen Stellungnahmen, sondern vor allem anhand der Beiträge repräsentativer katholischer Sozialethiker und Sozialwissenschaftler zu erhellen. Die Untersuchung konzentriert sich vor allem auf die Demokratiediskussion innerhalb des deutschen Katholizismus nach 1945, die materialreich nachgezeichnet wird. Es werden aber in diesem Teil wie auch in der kurzen Darstellung der Kontroversen um die Volkssouveränität aus der Zeit vor 1945 die tieferen Dimensionen des Konflikts, nämlich der neuscholastisch-naturrechtliche Stellenwert des katholischen Staatsdenkens und daraus folgend die zunehmenden Divergenzen zwischen diesem und der Christlichen Demokratie, nur mittelbar angesprochen.

15 Godehard LINDGENS, *Katholische Kirche und moderner Pluralismus. Der neue Zugang zur Politik bei den Päpsten Johannes XXIII. und Paul VI. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil*, Stuttgart 1980.

16 *Freiheit, Demokratie und pluralistische Gesellschaft in der Sicht der katholischen Kirche. Dokumente aus Verlautbarungen der Päpste und des Zweiten Vatikanischen Konzils*, ausgewählt, neu übersetzt, mit den Originaltexten versehen und eingeführt von Godehard LINDGENS, Stuttgart 1985.

17 Godehard LINDGENS, *Die politischen Implikationen der katholischen Soziallehre*, in: *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, hrsg. v. Iring FETSCHER und Herfried MÜNKLER, Bd. 5, München 1987, S. 83-104.

18 Bernhard STANGL, *Untersuchungen zur Diskussion um die Demokratie im Deutschen Katholizismus unter besonderer Berücksichtigung ihrer Grundlagen und Beurteilung in den päpstlichen und konziliaren Erklärungen und Stellungnahmen*, München 1985.

### Drei Phasen christlich-demokratischen Denkens

Die Entwicklung der politischen Theorie der christlichen Sozialethik und der Christlichen Demokratie vollzieht sich im wesentlichen in drei Phasen. Die erste Phase beginnt mit dem traditionalistischen Widerspruch (de Maistre, de Bonald und de Lamennais) zur Französischen Revolution sowie den aus ihm hervorgegangen liberal-katholischen Ideen von Lamennais und umfaßt als wichtigsten Abschnitt die Reaktionen der Päpste und deren sozialetische Interpreten.

Die zweite Phase beginnt mit der Staatslehre Leos XIII. (1878-1903) und erstreckt sich auf die theoretische Auseinandersetzung der christlichen Staatstheoretiker mit den pluralistisch-demokratischen Ideen vor dem Hintergrund der Staats- und Verfassungsdiskussion der Weimarer Republik. Dieser Abschnitt endet mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschen Reichs 1945.

Die dritte Phase ist gekennzeichnet durch die Neuorientierung der politischen Theorie der christlichen Sozialethik und der Christlichen Demokratie infolge gravierender mentaler und gesellschaftlicher Umbrüche im Nachkriegsdeutschland (Christliche Demokratie als interkonfessionelle Bewegung mit zunehmender pragmatischer Ausrichtung, Ende der Neuscholastik seit Johannes XXIII. und dem II. Vatikanum, Aufkommen der politischen Theologie innerhalb der katholischen und evangelischen Kirche, in soziologischer Hinsicht: Massenwohlstand, Hochtechnisierung, rasante Entwicklungen in den Kommunikationsstrukturen und Verkehrsmitteln u. a. m.).

#### Zur ersten Phase

Sicherlich lassen sich die Wesensmerkmale modernen Staats- und Gesellschaftsdenkens nicht aus einem einzigen Prinzip ableiten; dennoch ist unverkennbar, daß Individualismus und Subjektivismus das zentrale Problem der Auseinandersetzung zwischen christlicher und säkularer Politiktheorie sind. Das individualistisch-subjektivistische Denken nimmt seinen Anfang zweifellos im Nominalismus des Mittelalters (Abaelard, Ockham), wie dies Alois Dempf und andere herausgearbeitet haben.<sup>19</sup> Dieses Faktum allein schon belegt, daß das liberale Denken dem Katholizismus nicht wesensfremd ist, auch wenn der Nominalismus nur eine unter verschiedenen Schulrichtungen ist. Diese Bewertung des Nominalismus als Beginn des neuzeitlichen und modernen Denkens teilen auch die kirchenoffiziellen Dokumente, die jedoch

---

<sup>19</sup> Vgl. Alois DEMPF, *Sacrum Imperium. Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters und der politischen Renaissance*, München 1929, S. 399 ff.

aufgrund ihrer defensiven Haltung die aus dem Nominalismus hervorgegangenen Bewegungen, insbesondere die Reformation, die säkular-individualistischen Theorien und die Entwicklungen seit der Französischen Revolution ausschließlich als Verfallserscheinungen werten.

Vor diesem Hintergrund wird erkennbar, daß der Antimodernismus bzw. Antiliberalismus der katholischen Kirche erst jüngeren Datums ist. Er setzt allerdings nicht erst mit der Verurteilung von Lamennais in »Mirari vos« durch Gregor XVI. (1832) ein, sondern schon mit dem Breve »Quod aliquantum« Pius' VI. (einer päpstlichen Erwiderung von 1791 auf die Französische Revolution). Diese Entwicklung erfährt mit dem »Syllabus« Pius IX. (einer Sammlung lehramtlich verurteilter Irrtümer bzw. Entwicklungstendenzen der Moderne im Jahre 1864) ihren Höhepunkt.<sup>20</sup> Man wird die Grundgedanken der Christlichen Demokratie, insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen Kirche und säkularer Menschenrechts- und Demokratiebewegung, nur vor dem Hintergrund der Exzesse der Französischen Revolution und den antikirchlichen und antireligiösen Intentionen laikaler und laizistischer Kreise angemessen bewerten können.

Die Wirkungsgeschichte des Syllabus in Deutschland läßt sich am besten anhand der Arbeiten des Jesuiten Theodor Meyer erschließen. Sein Werk *Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechts* (1868) ist noch nicht unmittelbar der Neuscholastik zuzurechnen und läßt Anklänge an die Romantik erkennen. Die systematischen Unterschiede zwischen romantischer und naturrechtlicher Staatslehre, die in der Konservativismusforschung meist übergangen werden, lassen sich anhand eines Vergleichs von Adam Müller und Theodor Meyer gut erkennen. Ferner ist in diesem Zusammenhang die Rolle Joseph Görres' beachtlich, der die Christliche Demokratie jedoch weniger in theoretischer als vielmehr in politisch-praktischer Hinsicht stimuliert hat.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Neben Hans MAIER, *Kirche und Revolution* (Anm. 8), sind zur Analyse des Traditionalismus und des aus ihm hervorgegangenen Liberalkatholizismus (christliche Demokratie) von Wichtigkeit: Waldemar GURIAN, *Die politischen und sozialen Ideen des Französischen Katholizismus 1789-1914*, Mönchen-Gladbach 1929; Franz von BAADER, *Gesellschaftslehre*, ausgewählt, eingeleitet und mit Texthinweisen von Hans GRASSL, München 1957; Robert SPAEMANN, *Der Ursprung der Soziologie aus dem Geist der Restauration. Studien über L. G. A. de Bonald*, München 1959; Gerhard VALERIUS, *Deutscher Katholizismus und Lamennais. Die Auseinandersetzung in der katholischen Publizistik 1817-1854*, Mainz 1983; die wichtigsten päpstlichen Lehrentscheidungen sind dokumentiert in: *Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung. Eine Sammlung päpstlicher Dokumente vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart* (Originaltexte mit Übersetzung, hrsg. v. Arthur UTZ und Brigitta Gräfin von GALEN, 4 Bde., Aachen 1976; sowie: *Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens. Soziale Summe Pius XII.*, hrsg. v. Arthur-Fridolin UTZ und Joseph-Fulko GRONER, Freiburg (Schweiz) 1954-1961.

<sup>21</sup> Theodor MEYER, *Die Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechts. Nach Maßgabe der im Syllabus VII. verzeichneten Irrthümer*, Freiburg 1868; Joseph von GÖRRES, *Gesammelte Schriften*, hrsg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft von W. Schellberg, 16 Bde., Köln 1926 ff.;

Von besonderer Bedeutung für den christlichen Demokratiedanken ist die Staatslehre Leos XIII., deren Wirkungsgeschichte jedoch innerhalb der katholischen Sozialtheorie umstritten ist. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie der »Sozialpapst« zur Volkssouveränität, vor allem zur gemäßigten Auffassung der spanischen Spätscholastik (Franz Suárez) steht. Diese Frage hat den politischen Katholizismus in Deutschland noch bis in die Zeit der Weimarer Verfassung gespalten, wobei Legitimisten und (christliche) Demokraten gleichermaßen glaubten, ihre jeweilige Position auf den Papst stützen zu können. Leos Intentionen werden sich letztlich nur durch eine umfassende Berücksichtigung seiner zahlreichen Staats- und Sozialzyklen und deren Vergleich mit den Leitideen seiner Vorgänger eruieren lassen.

Der von Leo provozierte Zwiespalt führte zum Streit zwischen den Legitimisten Viktor Cathrein und Franz-Xaver Kiefl<sup>22</sup> auf der einen und den Verfechtern des christlichen Demokratiedankens, Peter Tischleder und Heinrich Rommen, auf der anderen Seite.<sup>23</sup> So sehr etwa der Jesuit Cathrein in seiner Konfrontation mit den verschiedensten säkularen Staatstheoretikern wesentliche Schwächen des Rechtspositivismus und des individualistisch-mechanistischen Staats- und Vertragsdenkens aufgedeckt hat, so deutlich treten bei ihm auch die Defizite eines überwiegend vom Prinzipiellen her argumentierenden Apologeten zutage, dessen theologisch-legitimistische Haltung die naturrechtlichen Argumente überlagert. Es ist unübersehbar, daß die Positionen Cathreins und Kiefls von den Intentionen Leos bestimmt sind, denn beide verwerfen die spätscholastische Volkssouveränitätslehre. Damit aber stellt sich die wissenschaftliche Streitfrage, inwiefern eine naturrechtliche Argumentation überhaupt zu einem anderen Ergebnis kommen kann als zu der Feststellung, daß die Legitimität des Staates, wiewohl er zur Schöpfungsordnung gehört, hinsichtlich seiner Entstehung, seiner Macht und seiner Aufgaben, eben nicht vom Offenbarungsdenken, sondern nur vom Vernunftdenken her (also naturrechtlich!) erschlossen werden kann.

Dabei ist auffällig, daß die Legitimisten, die sich auch in diesem Punkt auf Leos Staatslehre stützten, ihre Beurteilung letztlich von einer theologisch nicht mehr zeitgemäßen Interpretation des 13. Kapitels des Römerbriefs – »Es gibt keine (staatliche) Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von

Adam MÜLLER, *Die Elemente der Staatskunst*, 3 Bde., Jena 1922 (Neudruck mit einem Essay von W. JENS), Frankfurt 1967; vgl. auch Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER, *Freiheit, Autorität, Kirche*, Mainz 1862.

22 Zur theologischen Begründung des Legitimusismus vgl. Viktor CATHREIN, *Moralphilosophie. Eine wissenschaftliche Darlegung der sittlichen, einschließlich der rechtlichen Ordnung*, 2 Bde., Leipzig 1911 und 1924; sowie: F. X. KIEFL, *Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie*, Regensburg 1928.

23 Peter TISCHLEDER, *Ursprung und Träger der Staatsgewalt nach der Lehre des hl. Thomas und seiner Schule*, München-Gladbach 1923; DERS., *Staatsgewalt und katholisches Gewissen*, Frankfurt 1927; DERS., *Die Staatslehre Leos XIII.*, München-Gladbach 1927.

Gott eingesetzt« – her begründen. Es ist das Verdienst Peter Tischleders und des Frühwerks Heinrich Rommens (siehe unten), die naturrechtliche Staatslehre anhand der Schriften des Thomas von Aquin und der Spätscholastik detailliert herausgearbeitet und den Legitimisten entgegengesetzt zu haben. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die staatsphilosophischen Schriften des Grafen Georg von Hertling.

### Zur zweiten Phase

Die Arbeiten Hertlings, Tischleders, Rommens und anderer katholischer Sozialethiker sind wichtige Belege dafür, daß vom neuscholastischen Denken her sehr wohl eine Position möglich ist, die es erlaubt, die Auseinandersetzung mit dem modernen Gesellschaftsdenken nicht bloß defensiv, sondern konstruktiv zu führen. Dennoch können auch bei den folgenden Autoren grundlegende Schwächen im Umgang mit dem modernen Staat und den faktischen Bedingungen politisch-gesellschaftlichen Lebens nicht übersehen werden. Es ist daher zu fragen, ob diese Verlegenheiten systembedingt sind, oder ob sie nicht vielmehr durch das gesamtkirchliche Klima oktroyiert sind (Ultramontanismus, Antimodernismus, römischer Kurialstil u. a. m.), das es vielen Theologen so schwer machte, ein tiefergehendes Verständnis für die modernen Entwicklungen in Gesellschaft, Politik, Kultur und Wissenschaften aufzubringen, ohne sogleich einen Verlust des eigenen Standpunkts in der Kontroverse befürchten zu müssen. So versichert selbst ein ansonsten unbefangener Denker wie Oswald von Nell-Breuning noch 1948 im Vorwort zu seiner *Christlichen Staatslehre*, daß seine Arbeit »in allen Stücken mit den Verlautbarungen des kirchlichen Lehramtes in Einklang steht«<sup>24</sup>.

Entsprechend gilt es zu fragen, ob von der naturrechtlichen Systematik her eine so geschlossene Abwehrfront gegenüber den säkular-individualistischen und voluntaristischen Staatstheorien zwangsläufig war, zumal das katholische Naturrechtsdenken etwa hinsichtlich der Legitimität des Staates traditionell zwischen natürlichen und voluntativen Elementen unterscheidet. Das aristotelisch-thomatische Naturrecht der Neuscholastik anerkennt bereits, daß die katholische Theorie vom natürlichen Ursprung des Staates nicht etwa unterstellt, der Mensch folge hinsichtlich seines staatlichen Lebens lediglich einem quasi »naturgesetzlichen« oder »blinden Müssen« (H.

---

<sup>24</sup> Oswald von NELL-BREUNING/Hermann SACHER (Hrsg.), *Wörterbuch der Politik*, Heft II, Freiburg 1948, (Vorwort); zur Entwicklung der politischen Anschauungen Oswald von Nell-Breunings und deren Bedeutung für die politische Theorie der christlichen Demokratie vgl. Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. Oswald von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: *Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, herausgegeben von Karl Graf BALLESTREM, Hans BUCHHEIM, Manfred HÄTTICH, Heinz HÜRTEIN, Paderborn 1995, S. 139-159.

Rommen), denn es postuliert auch »die Mitwirkung des freien Willens«. Der Staat ist demnach weder exklusiv mit dem Argument der natürlichen menschlichen Sozialanlage zu begründen, noch rein utilitaristisch wie im neuzeitlichen Vertragsdenken – eine philosophische Erkenntnis, die zwar heute weitgehend anerkannt ist, die aber seinerzeit nicht nur Theologen, sondern auch Sozialwissenschaftlern Schwierigkeiten bereitete.

So wäre aufgrund dieser Denktradition katholischerseits ein tieferes Verständnis für den modernen, von Hobbes und Rousseau geprägten Vertragsgedanken prinzipiell möglich gewesen. Aber in der Abwehrhaltung gegenüber dem individualistischen Ordnungsdenken hat man vielfach sogar die eigene liberale Tradition verleugnet. Paul Mikat ist einer der ersten, der nach 1945 wieder auf die grundsätzlich mögliche Kompatibilität von katholisch-naturrechtlichem und individualistisch-liberalem Staatsdenken hinweist, wenn er den Vertragsgedanken von Hobbes und Rousseau als »wesenskonstitutiv«, den Vertrags- bzw. Konsensgedanken der Scholastiker hingegen als »wesensexplikativ« charakterisiert.<sup>25</sup>

Diese Differenzierung, der gemäß auch das katholische naturrechtliche Denken aufgrund der Naturgegebenheit des Menschen (die im göttlichen Schöpfungsakt gründet) notwendigerweise mit dessen Vernunftgemäßheit auch die freiheitlich-voluntativen und artifiziellen Elemente des Staates anerkennt (Tischleder und Rommen), hätte also grundsätzlich eine bessere Verständigung mit dem liberal-individualistischen Denken ermöglicht. Die Dominanz kirchlich-politischer Beweggründe ließ jedoch faktisch eine solche Offenheit nicht zu, sondern führte vielmehr dazu, daß die klassische Organismustheorie vor allen liberalen Modifikationen bewahrt wurde, damit man sie umso entschiedener der liberal-individualistischen Theorie entgegenhalten konnte. Dies geschah um den Preis der Verleugnung eines wesentlichen Teils der eigenen Tradition der Volkssouveränitätslehre der Spätscholastik, die Tischleder, Rommen und andere Vertreter der Christlichen Demokratie (der sich Tischleder zugehörig fühlt) gegen die Päpste des 19. Jahrhunderts nun ins Feld führten.

Josef Isensee hat die beiden gegensätzlichen Theorien in seinem Aufsatz *Keine Freiheit für den Irrtum. Die Kritik der katholischen Kirche des 19. Jahrhunderts an den Menschenrechten als staatsphilosophisches Paradigma* in einer kurzen Synopse gegenübergestellt und die Polarität oder Dialektik neuscholastischer und modern-säkularer Staatstheorie zutreffend auf den Nenner gebracht: »Theonomie« versus »Autonomie«, »organisches Staatsdenken aristotelisch-thomistischer Observanz« versus »mechanisches, utilitaristisches Staatsdenken hobbesianischer Observanz«.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Paul MIKAT, *Grundelemente katholischer Staatsauffassung* (Anm. 8), S. 106.

<sup>26</sup> Josef ISENSEE, *Keine Freiheit für den Irrtum. Die Kritik der katholischen Kirche des*

Sicherlich charakterisiert Isensee mit dem ersteren Denkansatz primär die kirchenamtliche Haltung der Päpste des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, und doch ist nicht zu übersehen, wie sehr diese Polarisierung bis in die Gegenwart fortwirkt: So hält beispielsweise Kardinal Joseph Höffner noch in seiner *Christlichen Gesellschaftslehre* aus dem Jahr 1983<sup>27</sup> an der schroffen Abgrenzung gegenüber dem modernen Staatsdenken fest und erklärt auch in seinem Referat bei der Herbstvollversammlung als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda am 22. September 1986 zu Beginn seiner Auseinandersetzung mit Hobbes und Rousseau kategorisch: »Die individualistisch-aufklärerische Deutung des Staates ist als utilitaristisch abzulehnen.«<sup>28</sup>

Doch sind es diesen Ausführungen gemäß nicht bloß Individualismus und Utilitarismus an sich (diese Ideologien werden ja auch von vielen säkularen Vertretern der modernen Sozialwissenschaften als gefährliche bzw. einseitige Tendenzen politisch-gesellschaftlichen Lebens kritisiert), sondern nicht minder die Souveränitätslehre von Hobbes, der »sich folgerichtig gegen den katholischen Glauben« wende. Indem Höffner die für den demokratischen Verfassungsstaat grundlegende Frage nach der Souveränität vorschnell mit deren Widerspruch zum »katholischen Glauben« beantwortet, trifft er die moderne politische Theorie derart ins Mark, daß sich an dieser Stelle die Frage nach der grundsätzlichen Dialogfähigkeit zwischen katholischer und säkularer Staatstheorie aufdrängt – eine Frage, die nicht zuletzt auch für die Klärung des politiktheoretischen Verhältnisses zwischen christlicher Sozialethik und Christlicher Demokratie (seit Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien im Jahre 1945) grundlegend ist. Was Höffner eigentlich verwirft und weswegen er Hobbes (und Rousseau) so entschieden ablehnt, ist die Begründung der Souveränität im *Leviathan* von Thomas Hobbes, der mit seiner autonom-individualistischen Theorie ein dem theologischen Denken diametral entgegengesetztes Modell verfißt. Höffner

*19. Jahrhunderts an den Menschenrechten als staatsphilosophisches Paradigma*, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte*, hrsg. v. Th. MAYER-MALY, D. NÖRR, A. LAUFS, W. OGRIS, M. HECKEL, P. MIKAT, K. W. NÖRR, 104. Bd., 117. Bd. der *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung* LXXIII, Wien 1987, S. 296-336.

<sup>27</sup> Joseph HÖFFNER, *Christliche Gesellschaftslehre*. Studienausgabe, Köln 1983, S. 246 f.

<sup>28</sup> Joseph HÖFFNER, *Der Staat. Diener der Ordnung. Eröffnungsreferat des Kardinal Joseph Höffner bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, 22. September 1986* (Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Nr. 13, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), S. 9. Höffner, ein ausgewiesener Kenner des katholischen Staats- und Sozialdenkens, insbesondere der spanischen Spätscholastik, ist hier offenbar noch beeinflusst von der traditionellen Verwerfung der individualistischen Souveränitätstheoretiker durch die Neuscholastik. Josef ISENSEE hingegen betont: »Der Weg von Thomas zu I. Kant und den Menschenrechtsdeklarationen führt notwendig über J. Bodin und Hobbes, nicht aber an ihnen vorbei«, Artikel »Staat«, in: *Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft*, 5 Bde., hrsg. v. der Görres-Gesellschaft, Bd. 5, Freiburg 1989, Sp. 142.

hat zugleich auch dessen wichtigsten Interpreten verworfen: Carl Schmitt mit seiner Schrift *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes*. Auch wenn Schmitt nicht als »katholischer« Staatsrechtler im Sinne des neuscholastisch-naturrechtlichen Denkens angesehen werden kann und – wie Höffner anklingen läßt – zeitweise in die Nähe des Nationalsozialismus rückte, so hat er dennoch u. a. mit dieser Schrift und dem Essay *Römischer Katholizismus und politische Form* wesentlich zur Charakterisierung »katholischer Positionen« und deren Verhältnis zu den säkularen Staats- und Gesellschaftstheorien beigetragen.<sup>29</sup> Angesichts dieser Fronten stellt sich die Frage: Gibt es für die katholische Staatslehre und ihre Souveränitätstheorie eine Verständigungsmöglichkeit mit der säkularen Staats- und Souveränitätstheorie?

Daß und wie diese Frage zu bejahen ist, zeigen vor allem die führenden katholischen Staatstheoretiker der Weimarer Zeit. Einen wesentlichen Beitrag zur Annäherung von katholischer Kirche und modernem Staat leistete der Münsteraner Moraltheologe, Josef Mausbach. Als Mitglied der Nationalversammlung von Weimar oblag ihm die Aufgabe, die neue liberale Verfassung mit der katholischen Staatslehre in Einklang zu bringen. Die katholischen Sozialethiker jener Epoche, zu denen neben Mausbach und Tischleder vor allem Heinrich Rommen zu zählen sind, vollzogen eine schrittweise Annäherung an den modernen Rechts- und Verfassungsstaat. Im Zentrum ihrer Ausführungen stehen die sittliche Orientierung der politischen Ordnung und die verfassungsmäßige Rückbindung des modernen Staates an (vorstaatliches) Recht und Gerechtigkeit. Der Staat wird dabei in seiner säkularen und liberalen Verfaßtheit faktisch anerkannt.<sup>30</sup> Allerdings wirken dabei noch die einschränkenden Vorgaben von Leo XIII. nach, der in seiner Enzyklika »*Graves de communi*« (1901) den politischen Inhalt von Christlicher Demokratie verworfen hat und diese auf ein exklusiv sozialpolitisches Programm festlegen wollte.

Dadurch wurde die Gesellschafts- und Sozialordnung zum wichtigsten Gegenstand katholischer Sozialethik jener Epoche, deren bedeutendste Leitlinie nach »*Rerum novarum*« (1891) die Enzyklika »*Quadragesimo anno*« Pius XI. von 1931 ist. In dieser Enzyklika tritt die Ambivalenz der katholischen Staats- und Soziallehre, ihre sozialethische Fortschrittlichkeit einerseits und ihre politiktheoretischen Aporien andererseits, besonders deutlich vor

---

<sup>29</sup> Carl SCHMITT, *Römischer Katholizismus und politische Form*, Hellaue 1923; DERS., *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*, Hamburg-Wandsbek 1938.

<sup>30</sup> Joseph MAUSBACH, *Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel*, Mönchen-Gladbach 1920; DERS., *Aus katholischer Ideenwelt. Gesammelte Aufsätze und Vorträge*, Münster 1921; DERS., *Christliche Staatsordnung und Staatsgesinnung*, Mönchen-Gladbach 1922.



Augen. Denn mit »Quadragesimo anno« zeigt die katholische Soziallehre, daß ein rein auf Abwehr- und Schutzfunktion reduzierter Verfassungsstaat nicht den Forderungen der Humanität gerecht werden kann, so daß die Rechtsstaatlichkeit im Sinne des positivistischen Denkens als Engführung entlarvt wird. Zugleich postuliert »Quadragesimo anno«, daß die aus der christlich-abendländischen Kulturtradition stammenden Gliederungs- und Ordnungsstrukturen (Einzelmensch, gesellschaftliche Teilgemeinschaften – Familie, Arbeit – und Gesamtgesellschaft) als grundlegende gesellschaftliche Strukturelemente dem Staat vorangehen, die staatlicherseits daher nicht nur zu akzeptieren, sondern vielmehr nachhaltig zu unterstützen seien, so daß staatliche Macht- und Handlungsbefugnisse hier ihre Grenze erfahren. Mit dieser als Subsidiaritätsprinzip bezeichneten Gesellschaftsstruktur leistet die katholische Soziallehre einen nicht zu überschätzenden Beitrag zur Überwindung des modernen Staates als einem rein individualistisch-utilitaristischen Formalsystem und entwirft damit ein Prinzip, das – zusammen mit der Forderung nach der Rückbindung von Recht, Verfassung und Politik an vorstaatliche Normen – die wichtigsten Elemente christlich-demokratischer Politik und Programmatik darstellt.

Neben diesen Leistungen gilt es jedoch auch, die Schwierigkeiten der katholischen Soziallehre im Umgang mit den realen Bedingungen des modernen politischen und staatlichen Lebens und dessen tragenden Institutionen wie Parteien, Parlamentarismus, »positivem« Recht, Interessengruppen und Verbänden usw. ins Auge zu fassen. Denn die in »Quadragesimo anno« im Anschluß an das Subsidiaritätsprinzip postulierte »Berufsständische Ordnung« hat in großen Teilen des deutschen Katholizismus – wiewohl sie lediglich als sozialphilosophisches Leitbild titulierte wurde – faktisch doch eine unbefangene Auseinandersetzung mit den modernen Sozialwissenschaften und den Wirkungsmechanismen der pluralistisch-demokratischen Gesellschaft behindert. Dies resultierte aus der Schwierigkeit, die naturrechtlich-prinzipiellen Vorgaben mit den empirischen Gegebenheiten, d. h. insbesondere dem interessengeleiteten Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, in Einklang zu bringen.

Die Theorie Heinrich Rommens stellt den Höhepunkt der neuscholastischen Staatslehre dar. In seinem Frühwerk über *Die Staatslehre des Franz Suarez* (München-Gladbach 1926), das – zusammen mit Peter Tischleders Arbeit *Ursprung und Träger der Staatsgewalt nach der Lehre des hl. Thomas und seiner Schule* (1923) – zu den bedeutendsten quellenkritischen Untersuchungen der spätscholastischen Staatslehre in deutscher Sprache zählt, bemüht sich Rommen, die Volkssouveränitätslehre herauszuarbeiten. In seinen Folgewerken geht es ihm mehr und mehr darum, das katholische Staats- und Naturrechtsdenken mit der modernen Staats- und Politiktheorie in Einklang zu bringen – eine Untersuchung, für die er als philosophisch und

theologisch geschulter Rechtswissenschaftler in besonderer Weise geeignet war.

Seine Arbeit *Der Staat in der katholischen Gedankenwelt* (Paderborn 1935) ist mit die beste Gesamtdarstellung der neuscholastischen Staatstheorie. Die Studie *Die ewige Wiederkehr des Naturrechts* (Leipzig 1936) deutet schon im Titel die universalistischen Intentionen ihres Autors an: Indem Rommen den Naturrechtsgedanken im weiten Horizont der antiken, mittelalterlichen und neuzeitlichen Philosophiegeschichte spiegelt und die überpositiven Ideen als Produkt der abendländisch-europäischen Geistesgeschichte darstellt, überwindet er die neuscholastische Enge und führt das katholische Staats- und Naturrechtsdenken an die modernen Problemstellungen heran. Die Neuscholastik erscheint somit als ein Unterkapitel eines inhaltlich sehr viel umfangreicheren und produktiveren Ideenzusammenhangs. Rommen hält dabei das Naturrecht als Ausfluß der *philosophia perennis* dem Rechtspositivismus entgegen, erkennt aber die Historizität und Faktizität des liberalen Rechts- und Verfassungsstaats. Dies stellt ein *Novum* im katholischen Staats- und Naturrechtsdenken dar.

Den Höhepunkt von Rommens Synthese der katholischen und der modernen Staatstheorie stellt die neu bearbeitete englische Ausgabe seiner Arbeit von 1935 *The State in Catholic Thought. A Treatise in Political Philosophy* (St. Louis und New York 1945) dar, die er nach seiner Emigration in die USA verfaßt hat und die vom angelsächsischen Politikverständnis beeinflusst ist. Diese englische Version der Staatslehre Rommens wurde in Deutschland kaum rezipiert, was mit ein Grund ist für die weitgehend dogmatisch-formelhafte Tradierung der Neuscholastik nach 1945, die in politik- und staats-theoretischer Hinsicht – von Ausnahmen abgesehen – nicht mehr die Standards der Jahre zwischen 1920 und 1936 erreichte. Die Zeit war bereits über sie hinweggeschritten, wenngleich das Naturrechtsdenken nach dem Zweiten Weltkrieg eine (kurzfristige) Renaissance erleben sollte.

Die Verurteilungen des Kommunismus, Nationalsozialismus und des Faschismus durch Pius XI. und Pius XII. (1929 und 1937) und die Weihnachtsansprache des Letzteren »Über Demokratie und Weltfrieden« (1944) gaben wichtige Impulse für die Stärkung des Demokratiegedankens im Katholizismus und die christlich-demokratische Bewegung, ein Stimulans, dem evangelischerseits die Barmer Theologische Erklärung (1934) entsprach.

### Zur dritten Phase

Die dritte Phase der christlichen Demokratiebewegung setzt mit der geistig-politischen Neuorientierung nach 1945 ein. War die Zeit von 1880 bis 1933 bzw. 1945 als Rezeptionsphase der leoninischen Staatslehre bestimmt durch

ein enges Verhältnis zwischen päpstlicher Staatslehre und christlich-demokratischer Politiktheorie, so ist die Phase nach 1945 durch eine beträchtliche Ausdifferenzierung der christlich-demokratischen und -sozialen Bewegung, vor allem seit den 60er Jahren gekennzeichnet. Eines ihrer Merkmale ist das Aufkommen der politischen Theologie seit dem II. Vatikanum, die in Konkurrenz zur katholischen Soziallehre tritt und die katholische Theologie politiktheoretisch betrachtet an die kritische Theorie, den Neomarxismus, den demokratischen Sozialismus und im Wandel der Zeiten schließlich an die Ideen und Programme der Friedens-, Dritte-Welt- und Ökologiebewegung heranführt.

Einer der wichtigsten Gründe für diese Ausdifferenzierung und Pluralisierung der politischen Ideenkreise des Katholizismus ist die Gründung von CDU und CSU als interkonfessionelle Parteien, eine Entscheidung, die eine enge Anbindung der Christlichen Demokratie an die katholische Kirche nicht länger zuließ. Dieser quasi »ökumenische« Akt ist allerdings im größeren Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Erfahrungen sowohl der Zeit der Weimarer Republik wie der des Nationalsozialismus zu sehen, einer Epoche also, die durch ein verstärktes Aufkommen politisch-gesellschaftlicher Bewegungen mit agnostischen, kirchenfeindlichen und positivistischen Ideologien (Nationalsozialismus, Kommunismus, Faschismus, z.T. auch Sozialdemokratie und Liberalismus) gekennzeichnet ist. Die zunehmende Bedeutung dieser Bewegungen mit Weltanschauungscharakter bzw. säkular-religiösen Ideologien (»Politische Religionen«, Eric Voegelin) führte zu der Erkenntnis, daß nur eine überkonfessionelle Partei von Christen stark genug sein könne, den anderen politischen Bewegungen und Parteien zu begegnen.

Mit diesem überkonfessionellen Aspekt der Christlichen Demokratie aber mußten zwangsläufig die betont kirchlich-doktrinären Begründungen christlich-demokratischer Positionen in politischen, rechtlichen, verfassungsstaatlichen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Fragen zurücktreten. Zur gemeinsamen Klammer wurden nun Begriffe wie »Christentum«, »christliches Personverständnis«, »christliche Anthropologie«, »christlicher Personalismus«, »christliche Weltanschauung«, »christliche Ethik (und Kultur)«, »christliches Menschenbild« u. a.; dort aber, wo weiterhin von »Naturrecht« oder »christlichem Naturrecht« gesprochen wurde, geschah dies meist im Sinne eines personorientierten Verständnisses von Gesellschaft und Politik.

Zweifelsohne entspringt diese Hinwendung zu einer mehr verantwortungsethisch orientierten Haltung der Christlichen Demokratie nicht nur dem Zwang zur praktischen politischen Gestaltung – eine Tendenz, die im übrigen schon in der Zentrums politik zu beobachten ist; vielmehr ist diese Entwicklung auch eine Frucht der überkonfessionellen Ausrichtung der

Christlichen Demokratie nach 1945, die seitdem durch die ethischen und politiktheoretischen Argumentationsstile des Protestantismus bereichert wurde. Allerdings erfuhren aufgrund der mehr und mehr zum Selbstverständnis gewordenen »parteilpolitischen Ökumene«, der politischen Verantwortung der Christdemokraten im Nachkriegsdeutschland und der damit verbundenen pragmatischeren Handhabung der christlichen Demokratieideen die konfessionsspezifischen politiktheoretischen Ansätze von evangelischen und katholischen Christdemokraten eine beträchtliche Modifizierung und Relativierung. Diese Entwicklungen erschweren jedoch die Herausarbeitung eines konsistenteren Theoriekonzepts der Christlichen Demokratie. Die Modifizierungen des christlichen Demokratiebegriffs im Umfeld der Parteipolitik gingen einher mit einer Neubesinnung auf das christliche Politikverständnis in kirchlich-theologischen Kreisen (Entwicklung der sog. »neuen« politischen Theologie), die ihrerseits die »Christliche Demokratie« nur noch als Chiffre einer überwiegend oder ausschließlich pragmatisch-parteilpolitischen Interessenvertretung ansahen.

#### Konsequenzen für die katholische Staats- und Sozialtheorie

Daß ein personalistisches Gesellschaftsbild im theologischen und philosophisch-naturrechtlichen Denken des Katholizismus enthalten ist, ist unbestritten. Andererseits war es gerade das Grundanliegen der neuscholastischen Staats- und Soziallehre, das Eindringen des individualistisch-subjektivistischen Denkens in den Katholizismus zu verhindern. Noch Pius XI. ist in seiner Enzyklika über den Kommunismus, »*Divini redemptoris*« (1937), bemüht, den gegen den Kollektivismus gerichteten christlichen Personalitätsgedanken im Sinne der neuscholastischen Organismusidee gegenüber dem Individualismus abzugrenzen. Diese Bemühung der katholischen Kirche, mit ihrer organozitistischen Staats- und Sozialtheorie dem Liberalismus und Sozialismus/Kommunismus eine eigenständige »dritte Gesellschaftskonzeption« entgegenzustellen (genau dies war das Anliegen der »Berufsständischen Ordnung« in »*Quadragesimo anno*«, die zwangsläufig auch auf das Staats- und Verfassungsdenken ausstrahlen mußte), war erfolgt um den Preis einer grundsätzlichen Ablehnung der Idee der Menschenrechte und damit des liberalen Verfassungsstaates. Diese Ablehnung betraf nicht den sittlichen Gehalt der Menschenrechte, sondern den auf der individualistisch-mechanistischen Sozialtheorie beruhenden Machbarkeits- und Fortschrittsglauben, die Staat und Gesellschaft ihrer historisch-kulturellen Grundlagen und ihrer überpositiven Rechtsgrundlagen zu entkleiden drohen.

Die Tatsache, daß heute von Kirche und Theologie die Menschenrechte ganz selbstverständlich anerkannt werden, weil ihr humaner Gehalt eine so

große Affinität mit dem christlichen Sittengesetz aufweist, verstellt vielen Theologen und Kirchenvertretern immer noch häufig den Blick für die tiefer reichenden Konvergenzen und Divergenzen zwischen den ethisch-theologischen und den säkular-staatlichen wie verfassungsrechtlichen Dimensionen der modernen Menschenrechts- und Demokratieidee, deren Produkt die Rechte der Einzelperson sind. Dieser Gedanke ist jedoch grundsätzlich neuzeitlich und weder im scholastischen noch im spätscholastischen Denken so anzutreffen. Das bedeutet aber, daß ohne die Anteile von Hobbes und Rousseau und anderer neuzeitlicher Politiktheoretiker die Menschenrechts- und Demokratiebewegung nicht möglich geworden wäre. Es ist das Problem der (katholischen) Theologie, daß sie aufgrund ihrer Verwurzelung in Antike und Mittelalter und ihres durch die Reformation bzw. Gegenreformation verstärkten antipodischen (d. h. ihres ganzheitlich-organischen und hierarchischen) Kirchen- und Theologieverständnisses autonome, subjektivistische und individualistische Gedanken in ihrer Glaubens- und Sittenlehre strikt ablehnte.<sup>31</sup>

Mit der faktischen Durchsetzung der Demokratie und dem demokratischen Selbstverständnis evangelischer und katholischer Politiker nach 1945 war der Organismusgedanke politisch-staatlich, nicht jedoch gesellschaftlich-programmatisch, weitgehend bedeutungslos geworden. Hingegen wurde der Naturrechtsbegriff – vor allem katholischerseits – jetzt vielfach mit Menschen- und Grundrechten bzw. dem allgemeinen, d. h. nicht mehr unbedingt konfessionell-theologisch interpretierten Sittengesetz identifiziert. Schon in der Weimarer Zeit sprachen einzelne Zentrumspolitiker – ungeachtet der offiziellen Parteidoktrin – von Menschenrechten und Individualrechten, womit sie schon damals die kirchenamtliche Sprachregelung unterliefen. Es darf nicht übersehen werden, daß die Beibehaltung des – inhaltlich oft wesentlich modifizierten – Naturrechtsbegriffs in katholischen Kreisen nicht zuletzt durch die allgemeine Renaissance des Naturrechtsdenkens nach 1945 begünstigt wurde. Mit anderen Worten: Naturrecht und Menschenrecht werden – nicht zuletzt durch die Weihnachtsbotschaft Pius XII. »Über Demokratie und Weltfrieden« (1944) veranlaßt – seither oft synonym verwendet.

»Naturrecht« kann somit im kirchlichen Bereich wie auch innerhalb der Christlichen Demokratie und darüber hinaus als Sammelbegriff für alle dem Rechtspositivismus entgegengesetzten Positionen gesehen werden. Insofern

---

<sup>31</sup> Zum Spannungsverhältnis zwischen christlicher und säkular-moderner Weltanschauung vgl. Karl-Heinz OHLIG, *Neuzeit und Moderne als Herausforderung und Bedrohung der Religion*, in: Karl-Heinz OHLIG/Martin HONECKER, *Christlicher Glaube, Religion und moderne Gesellschaft* (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 8), Wesseling-Eichholz 1988.

bedeutete die Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 gewissermaßen eine »Versöhnung« von christlich-anthropologischem bzw. -naturrechtlichem Denken und säkular-liberaler Verfassungsbewegung. Man muß daher sehr wohl – wie es z. B. der Verfassungsrechtler Günter Dürig aufgezeigt hat<sup>32</sup> – einen beträchtlichen Einfluß des katholischen Staatsdenkens auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland konstatieren und entsprechend die Frage stellen, wieweit das Grundgesetz im Sinne eines betonten Individualismus oder eines (christlichen) Personalismus zu verstehen ist. Diesbezüglich sind auch die Position und der Einfluß des Verfassungsrechtlers Adolf Susterhenn aufschlußreich, der dem katholischen Naturrechtsdenken zuzurechnen ist.

Allerdings ist zu betonen, daß die neuscholastische Staats- und Naturrechtslehre keineswegs die einzige politische Theorie innerhalb des Katholizismus vor und nach 1945 darstellt. Ein beträchtlicher Teil der katholischen Politiker, Wissenschaftler und gesellschaftlich hervorgehobenen Praktiker sind vielmehr – einem mehr oder weniger systematisch umschriebenen – christlichen Personalismus zuzuordnen, zum Teil beeinflußt durch Jacques Maritain. Daß viele Vertreter des politischen Katholizismus – obwohl vom Thomismus beeinflußt – nicht der Neuscholastik zuzurechnen sind und unabhängig vom offiziellen Kurs der Katholischen Kirche eine Verbindung von christlicher und neuzeitlicher Philosophie (Thomas von Aquin, Descartes, Kant u. a.) anstrebten, zeigt die Studie von Max Müller über *Das christliche Menschenbild und die Weltanschauungen der Neuzeit* (Freiburg 1945).<sup>33</sup> Hierbei wird noch einmal deutlich, daß die Überwindung der Neuscholastik, die interkonfessionelle Erweiterung bzw. Neugründung der Christlichen Demokratie nach 1945 und die damit verbundene Pluralisierung des gesamten christlichen Bereichs im Zusammenhang mit der neuen Rolle des Laien im Katholizismus gesehen werden muß. Diese Aufwertung des Laien fand schließlich im II. Vatikanischen Konzil ihre kirchenoffizielle Bestätigung.<sup>34</sup>

32 Günter DÜRIG, *Die Menschauffassung des Grundgesetzes*, in: *Juristische Rundschau* 7/1952, S. 259-263.

33 Max MÜLLER, *Das christliche Menschenbild und die Weltanschauungen der Neuzeit*, Freiburg 1945.

34 Zu den Intentionen der neuen politischen Theologie vgl. Johannes B. METZ, *Zur Theologie der Welt*, Mainz 1968; zu ihrer Kritik aus politikwissenschaftlicher Sicht vgl. Hans MAIER, *Kritik der politischen Theologie*, Einsiedeln 1970; die evangelische Diskussion wurde vor allem beeinflußt durch Trutz RENDTORFF/Heinz Eduard TÖDT, *Theologie der Revolution. Analysen und Materialien*, Frankfurt 1968. – Es wäre angebracht, auch die Zugänge der evangelischen Theologie und Kirche zur Demokratie eingehender zu behandeln. Doch verlangt diese Aufgabe eine umfangreichere, den spezifischen systematisch-historischen Problemen des Protestantismus angemessene Methode. Die weitgehende Beschränkung auf den Katholizismus – zumindest was die Zeit bis 1945 angeht – rechtfertigt sich allerdings durch die Tatsache, daß die Christliche

Die Staats- und Soziallehre ist seit den 60er Jahren in wesentlichen Teilen der theologische und sozialethische Nachvollzug bzw. eine Reaktion auf die realen Entwicklungen innerhalb von Katholizismus, Christlicher Demokratie und Gesellschaft. Doch erst mit der Anerkennung der Religionsfreiheit war der Boden bereitet für die offizielle Akzeptanz der modernen Demokratie, Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit und den ihnen zugrundeliegenden Menschenrechten als Individual-, oder präziser als Personrechten. Diese Entwicklung ist inzwischen gut dokumentiert.<sup>35</sup>

War das »Christliche« bzw. die »christliche Ethik« in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ganz selbstverständlich das wichtigste Element der Integration, Identität und Profilierung der Christlichen Demokratie,<sup>36</sup> so wurde dies bereits in den 50er Jahren, vor allem aber seit den späten 60er Jahren (Wertewandel, Auflösung der kirchlich geprägten und der anderen sozialen Milieus, organisatorische, soziologische und programmatische Neuorientierung der etablierten Parteien u. a.) für den christlichen Demokratiedanken mehr und mehr zum Problem. Der seither zunehmende Pragmatismus in Politik und Gesellschaft ging – spätestens seit den Studentenunruhen 1967/68 für alle vernehmlich – einher mit einer unverkennbaren Ideologisierung der Politik, die ihren lebhaften Ausdruck in der sog. Legitimitätsdiskussion der »spätkapitalistischen Bundesrepublik« fand. Eine Reaktion auf diese Entwicklung war die Grundwertedebatte der 70er Jahre, die anschaulich die prinzipiellen Positionen der Parteien, Kirchen sowie der relevanten kulturellen Institutionen und wissenschaftlichen Disziplinen angesichts der gravierenden moralischen und gesellschaftlich-strukturellen Wandlungen hervortreten läßt. Es ist unübersehbar, daß angesichts dieser Entwicklungen auch der christliche Demokratiedanke weitere Veränderungen erfahren hat. Anschaulich zeigt sich dies in den Grundsatzprogrammdiskussionen der CDU in den 70er und 90er Jahren. Zwar lassen

---

Demokratie im Protestantismus keine dem Katholizismus vergleichbare Rolle gespielt hat (vgl. Hermann EHLERS, Präsident des Deutschen Bundestages, *Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, hrsg. v. Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 87). Eine gute Übersicht bietet jedoch der Artikel von Hans-Georg ASCHOFF, *Protestantismus und Staat im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Günther RÜTHER (Anm. 10), S. 57-84.

35 Vgl. insbesondere: Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Religionsfreiheit zwischen Kirche und Staat. Der Wandel lehramtlicher Verlautbarungen zur staatlichen Religionsfreiheit*, in: DERS., *Kirchlicher Auftrag und politische Entscheidung*, Freiburg 1973, S. 172-205.

36 Zum evangelischen Verständnis der christlichen Demokratie sind neben EHLERS (Anm. 35) vor allem Beiträge von Eugen GERSTENMAIER zu beachten, teilweise wiedergegeben in: *Dokumente zur Christlichen Demokratie. Deutschland, Österreich, Schweiz*, Eichholz 1969; diese Dokumentation enthält auch andere wichtige Quellen zur evangelischen Sichtweise der christlichen Demokratie. Vgl. zum evangelischen Demokratie- und Staatsverständnis auch: Martin HONECKER, *Evangelische Theologie vor dem Staatsproblem*, Opladen 1981; E. L. BEHRENDT, *Rechtstaat und Christentum*, 2 Bde., München 1982; E. JÜNGEL, R. HERZOG, H. SIMON, *Evangelische Christen in unserer Demokratie*, Gütersloh 1986.

die beiden Grundsatzprogramme der CDU von 1978 und 1994 in den theoretischen Teilen deutliche Anklänge an die katholische und evangelische Sozialethik erkennen, doch bemühen sich seit den 70er Jahren vermehrt christdemokratische Theoretiker und Politiker, den kritischen Rationalismus zur Parteitheorie zu stilisieren, ohne dabei genügend erkennen zu lassen, wie das wissenschaftstheoretische Konzept etwa Karl Poppers, dessen sich bezeichnenderweise auch Sozial- und Freidemokraten bedienen, zur Profilierung und Konturierung insbesondere eines *christlichen* Demokratieverständnisses beitragen soll.<sup>37</sup>

### Die Christliche Demokratie als kulturchristliches Phänomen

Betrachtet man die christliche Sozialethik und die Christliche Demokratie in historisch-systematischer Sicht, so wird man ihre Entwicklung wohl kaum ohne Rückgriff auf die Säkularisierungstheorie beschreiben können.<sup>38</sup> So gesehen aber wird man sagen können, daß die Christliche Demokratie – in gewisser Hinsicht dem Kulturprotestantismus durchaus ähnlich – als ein kulturkatholisches und seit der Interkonfessionalität dieser Bewegung als ein kulturchristliches Phänomen angesehen werden kann. Das II. Vatikanum hat mit der Formulierung der »Autonomie der Kultursachgebiete« einen neuen Status der Laien begründet und mit der Akzeptanz des liberalen Menschenrechtsverständnisses sowie der Erklärung über die Religionsfreiheit die demokratische Ordnung und den liberalen Rechts- und Verfassungsstaat anerkannt und nicht zuletzt auch den ökumenischen Gedanken gefördert. Dieser Neuanfang aber bedeutete faktisch das Ende der neuscholastischen Epoche der Kirche und ihrer Staatslehre. An ihre Stelle ist die politische Ethik getreten, die sich schon in der vorvaticanischen Phase mehr und mehr als das eigentliche Charakteristikum der katholischen Staats- und Naturrechtslehre herauskristallisiert hat.<sup>39</sup>

Doch bleibt trotz der beträchtlichen Modifizierungen der katholischen Politik- und Sozialtheorie, d. h. insbesondere der interkonfessionellen, interdisziplinären und interkulturellen Neuorientierung seit den 60er Jahren zu

<sup>37</sup> Vgl. Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die neue Ordnung* 39 (1985), S. 104-117.

<sup>38</sup> Zu den Säkularisierungstheorien und deren Kategorisierung vgl.: Arno BARUZZI, *Zum Begriff und Problem »Säkularisierung«*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Säkularisierung und Säkularisation vor 1800*, München 1976.

<sup>39</sup> Zum Verhältnis von Evangelischer Kirche und demokratischem Staat, gegen den – ähnlich wie im Katholizismus – lange Zeit auch innerhalb des Protestantismus erhebliche theologische Vorbehalte bestanden, vgl. auch: *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh 1985, insbesondere S. 9 ff., 14 ff.



fragen, inwieweit das christlich-demokratische und -soziale Gedankengut einem – wenn auch gewandelten – Naturrechtsdenken überhaupt entraten kann.<sup>40</sup> Denn die positiven Leistungen des katholischen Staats- und Sozialdenkens wie die Forderungen nach der Rückbindung von Verfassung, Recht und Politik an Humanität und Sittlichkeit, nach Gemeinwohlorientierung sowie die Formulierung wichtiger gesellschaftlich-politischer Prinzipien (Subsidiarität, Solidarität, Gerechtigkeit) u. a. m. sind ohne naturrechtliche Ideen und deren aristotelisch-thomatische Tradition kaum vorstellbar. Damit aber kommt dem neuscholastischen Denken das historische Verdienst zu, daß es ungeachtet seiner doktrinär-systemhaften Verengung in den päpstlichen Staats- und Sozialzyklen und vielen sozialetischen Arbeiten dem politischen Katholizismus und der Christlichen Demokratie das Instrumentarium bot, die Entwicklung des demokratischen Rechts-, Verfassungs- und Sozialstaats konstruktiv zu begleiten. Freilich bedurfte es hierzu einer wesentlichen Erweiterung der Systematik und der Perspektiven und eben der Anerkennung der Erkenntnisse und Methoden der modernen Politik- und Sozialwissenschaften, nicht zuletzt jedoch auch eines tieferen Verständnisses für die realen Bedingungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Doch sind umgekehrt auch die Sozialwissenschaften und nicht zuletzt auch die praktische Politik – ganz im Sinne des Eingangszitats von Ernst-Wolfgang Böckenförde – auf Formen und Elemente christlicher bzw. klassisch-europäischer Sozial- und Politikethik verwiesen, sofern sie Politik und Gesellschaft nicht aus dem verengten Blickwinkel sozialer Utopien oder rein ökonomisch-technischer Machbarkeits- und Nützlichkeitsüberlegungen betrachten, sondern die umfänglicheren geistig-kulturellen Dimensionen politischer Gestaltung berücksichtigen wollen.

---

40 Mit einem Verzicht auf das Naturrechtsdenken, wie ihn etwa Vertreter der politischen Theologie insinuieren, so etwa Friedhelm HENGSBACH u. a. (Hrsg.), *Jenseits Katholischer Soziallehre. Neue Entwürfe christlicher Gesellschaftsethik*, Düsseldorf 1993, würde die christliche Politik- und Sozialethik ihre Rolle als Gesprächspartner insbesondere der normativ orientierten Politik- und Sozialwissenschaften aufs Spiel setzen. Einen überzeugenden Nachweis, daß das Naturrechtsdenken die kritische Auseinandersetzung mit modernen politischen Theorien wie etwa den verschiedensten Pluralismustheorien nicht zu scheuen braucht, liefert die Studie von Joachim DETJEN, *Neopluralismus und Naturrecht. Zur politischen Philosophie der Pluralismustheorie*, Paderborn 1988.

## Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland

Von Torsten Oppelland

Die Bedeutung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger im späten Kaiserreich, insbesondere in der letzten Phase des Ersten Weltkrieges und seine Rolle bei der Entstehung der Friedensresolution und damit einer neuen Mehrheitskonstellation im Reichstag ist in der historischen Forschung nicht umstritten.<sup>1</sup> Es herrscht auch kein Mangel an biographischen Studien über Matthias Erzberger.<sup>2</sup> Dennoch sind manche Aspekte seines politischen Wirkens bisher vernachlässigt worden. Dazu gehört die Entwicklung von Erzbergers Einstellung zu den USA während des Ersten Weltkrieges, was angesichts der Tatsache, daß sein wichtigster Biograph, Klaus Epstein, ein Deutsch-Amerikaner war, etwas erstaunlich ist.

Die besondere Bedeutung gerade der Einstellung der deutschen Politik zu den USA hat vor einigen Jahren Werner Link in einem Aufsatz beschrieben. Es habe vor allem in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen der »Einstellung zu den USA ... [und der] Einstellung zur demokratischen und liberalkapitalistischen Ordnung im innerstaatlich-gesellschaftlichen und im zwischenstaatlichen Bereich« bestanden.<sup>3</sup> Seit dem kriegsentscheidenden Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg sei dieser Zusammenhang evident gewesen. Die Entwicklung Erzbergers im Ersten Weltkrieg ist, wie im folgenden zu zeigen sein wird, ein geradezu mustergültiger Beleg für

---

1 Siehe hierzu Wilfried LOTH, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 75), Düsseldorf 1984, sowie Wilhelm RIBHEGGE, *Frieden für Europa. Die Politik der Deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18*, Essen 1988.

2 Zu nennen ist hier in erster Linie die aus dem Nachlaß erarbeitete Biographie von Klaus EPSTEIN, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin-Frankfurt/M. 1962 (engl. Ausgabe 1959), die sich aber trotz des Titels mit dem hier zu behandelnden Problem des Zusammenhangs von Innen- und Außenpolitik bei Erzberger nur sehr am Rande beschäftigt. Des weiteren sind die Studien von Theodor ESCHIENBURG, *Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform*, München 1973, und Wolfgang RUGE, *Matthias Erzberger. Eine politische Biographie*, Berlin [Ost] 1976; zu nennen, wobei letztere stark den damals in der DDR üblichen Kategorien verhaftet ist.

3 Werner LINK, *Demokratische Staatsordnung und außenpolitische Orientierung. Die Einstellung zu den USA als Problem der deutschen Politik im 20. Jahrhundert*, in: DERS. u. Lothar ALBERTIN (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 63-89, Zitat S. 63.

diesen Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den USA einerseits und den innen- und außenpolitischen Ordnungsvorstellungen insgesamt.

Bevor jedoch auf Erzbergers außenpolitische Ideen und seine zuweilen recht unglücklichen Versuche, diese umzusetzen, näher eingegangen werden kann, muß der Begriff der »demokratischen Außenpolitik« näher erläutert werden. Es gibt Historiker, die bestreiten, daß es vor 1945 in Deutschland etwas derartiges überhaupt gegeben habe.<sup>4</sup> Andererseits kann man auch behaupten, daß ein solcher aus dem innerstaatlichen Bereich entlehnter Begriff für die Außenpolitik, die sich mit der Vertretung eben der äußeren Interessen von Staaten befaßt und somit über eine eigene Rationalität verfügt, gänzlich ungeeignet sei.<sup>5</sup> Im folgenden soll mit einer minimalistischen Definition von »demokratischer Außenpolitik« operiert werden, die nur zwei Elemente beinhaltet: erstens, daß die Außenpolitik von einer demokratisch gewählten Volksvertretung kontrolliert ist, und zweitens, daß ihr ein Grundverständnis, das friedliche Konfliktregelung der militärischen vorzieht, zugrundeliegt. Beide Elemente hat Erzberger in der Auseinandersetzung mit den USA in den Mittelpunkt seiner Vorstellung von Außenpolitik gerückt.

## I. Kriegsziele und parlamentarische Mehrheiten

Der Erste Weltkrieg begann mit den deutschen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich, welche – dies festzustellen, ist in unserem Zusammenhang sehr wichtig – allein von der politischen Reichsleitung unter der Führung des Kanzlers und des Kaisers, wenn auch unter Beteiligung der militärischen Führung, beschlossen wurden. Entsprechend dem Artikel 11 der Reichsverfassung stand nur dem Kaiser die Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Der Reichstag war an der Entscheidung ganz im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung nicht beteiligt.<sup>6</sup> Erst ex post wurde der Reichstag insofern beteiligt, als seine Billigung der Finanzierung des Krieges, der Kriegskredite, ersucht wurde. Nur über die ureigenste parlamentarische Kompetenz, das Budgetrecht, konnte der Reichstag Einfluß nehmen. Der Ausgang der Abstimmung ist bekannt. Nachdem der Krieg einmal begonnen hatte, stimmte sogar die SPD, den alten Grundsatz »diesem System

<sup>4</sup> Dies ist der Kern der Kontinuitätsthese, die Fritz Fischer in seinen verschiedenen Schriften entwickelt hat.

<sup>5</sup> Dies kommt zum Ausdruck, wenn z.B. Raymond ARON, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Neuausgabe eingeleitet v. R. Löwenthal, Frankfurt/M. 1986, S. 12 u. 15 sagt, »das Gesetz der Diplomatie oder der Strategie ist eben etwas anderes«, bzw. den »wesentlichen Unterschied zwischen Innenpolitik und Außenpolitik« hervorhebt.

<sup>6</sup> Völlig zu Recht hebt Helmut ALTRICHTER, *Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890-1914* (Erlanger Historische Studien, Bd. 1), Frankfurt/M. u.a. 1977, S. 10 und 30 diese Tatsache mehrfach hervor.

keinen Mann und keinen Groschen« über Bord werfend, den Kriegskrediten zu, da sie überzeugt war, daß das Deutsche Reich einen Verteidigungskrieg führe.<sup>7</sup> Erst durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten wurde das »Augusterlebnis«, die Suggestion, daß es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gebe, perfekt gemacht.

Daß diese Einigkeit des Reichstages letztlich fiktiv war, zeigte sich bald in der Frage der Kriegsziele. In dem Maß, wie dieses Thema die politische Diskussion zu beherrschen begann, kam es zu einer neuen politischen Konstellation im Reichstag. Seit dem Scheitern des Bülow-Blocks und mehr noch seit der letzten Reichstagswahl von 1912 war das Zentrum wieder in seine traditionelle parlamentarische Schlüsselrolle eingerückt.<sup>8</sup> Ohne das Zentrum war eine politische Mehrheit angesichts des Wahlerfolgs der SPD, die seit 1912 die stärkste Fraktion stellte, nicht zu erreichen. Nach dem Scheitern des Bülow-Blocks suchte sich der Reichskanzler Bethmann Hollweg wieder von Fall zu Fall seine Mehrheit oder versuchte, sich auf eine schwarz-blaue Mehrheit aus Zentrum und Konservativen zu stützen.<sup>9</sup> In den ersten Monaten des Krieges, als die deutschen Truppen vor allem im Westen auf dem Vormarsch waren, bildete sich eine neue, »nationale« bürgerliche Mehrheit, deren Fundament das Eintreten für massive Annexionen war. Erst durch das Hinzutreten des Zentrums wurde dabei diese bürgerliche Gruppierung zur Mehrheit.

Auch Erzberger teilte das allgemeine Ziel der Errichtung einer deutschen kontinentalen Hegemonie, die durch Annexionen sowohl im Osten wie auch im Westen und die Kontrolle von Satellitenstaaten herzustellen sei.<sup>10</sup> Als wichtigster dieser militärisch zu kontrollierenden Staaten galt auch Erzberger, der anfänglich den Zentrumskurs, sich in die Kriegszielmehrheit zu integrieren, voll unterstützte, Belgien, dessen Häfen für Deutschland den Zugang zum Weltmeer und damit mindestens die Ebenbürtigkeit mit

---

7 Zur geschickten, an die alte Ablehnung des zaristischen Systems durch die SPD anknüpfende Inszenierung der russischen Bedrohung durch den Reichskanzler Bethmann Hollweg s. ausführlich Dieter GROH, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. u.a. 1973, S. 634 ff.

8 Bereits in den 1890er Jahren hatte der damalige Zentrumsführer im Reichstag, Ernst Lieber, in Anspielung auf die parlamentarische Schlüsselstellung seiner Fraktion gesagt, das Zentrum sei zwar »nicht die Regierungspartei, aber die regierende Partei«; zit. nach Rudolf MORSEY, *Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg*, in: *Historisches Jahrbuch* 90 (1970), S. 49.

9 Vgl. Wolfgang MOMMSEN, *Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches*, in: DERS., *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt/M. 1990, S. 303 f.

10 Vgl. zu Erzberger und den Gründen für die nationale Begeisterung beim Zentrum insgesamt Wilfried LOTH (wie Anm. 1), S. 279 ff. Darin kritisiert er die etwas apologetische Beurteilung von Erzbergers Kriegszielpolitik in der ersten Kriegszeit bei EPSTEIN und ESCHENBURG (wie Anm. 2) zu Recht; vgl. insbesondere S. 281, Fußnote 5.

England sichern sollten, das in den ersten Kriegsmonaten immer mehr als der eigentliche Hauptfeind galt.<sup>11</sup> Das von der englischen Diplomatie ausgearbeitete Vertragssystem, das jedes vorzeitige Ausscheiden einzelner Staaten aus der Allianz gegen Deutschland durch Sonderfriedensabschlüsse verhindern sollte, auf der einen und die englische Seekriegsführung auf der anderen Seite, d.h. die weiträumige Blockade, die die deutsche Hochseeflotte, das gerade vom Bürgertum so verehrte nationale Symbol, zur Untätigkeit verurteilte und zugleich Deutschland vom überseeischen Handel abschnitt, waren die Hauptgründe dafür.

Die USA spielten anfänglich in der öffentlichen Diskussion in Deutschland kaum eine Rolle. Zwar gab es am Beginn des Krieges Hoffnungen, die Vereinigten Staaten würden eine pro-deutsche Politik verfolgen; dies war aber schon aufgrund des deutschen Einmarsches in das neutrale Belgien, der in den USA einhellig verurteilt wurde, vollkommen illusorisch.<sup>12</sup> Die Ausübung der amerikanischen Neutralität, insbesondere der Export von Waffen und Munition an die Staaten der Entente, sorgten in Deutschland für Ernüchterung, Enttäuschung und eine wachsende Erbitterung gegenüber den USA. Erst mit der deutsch-amerikanischen Kontroverse um den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die mit der Lusitania-Krise einen ersten Höhepunkt erreichte,<sup>13</sup> trat indes die Tatsache, daß es einen machtvollen Staat jenseits des Atlantiks gab, voll ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit. Auch im Reichstag wurde die Politik gegenüber den USA seit 1915 zu einem Thema.

## II. Das Zentrum und der U-Bootkrieg

Erzberger lehnte eine Politik des Nachgebens gegenüber dem amerikanischen Druck und des Verzichts auf den U-Bootkrieg aus Rücksicht auf die Interessen der Neutralen anfänglich ab. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten und früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag, Graf Hertling, erläuterte er seine Haltung zum U-Bootkrieg: »Der Reichskanzler schwankte lange und eine Anzahl Herren im Auswärtigen Amt sind überhaupt gegen die Verhängung der Blockade [d.h. der Erklärung des Seegebiets um England zum Sperrgebiet, in dem jedes Schiff einschließlich der neutralen von den deutschen U-Booten versenkt würde; T.O.], da sie

<sup>11</sup> Vgl. Lothar WIELAND, *Der deutsche Englandhaß im Ersten Weltkrieg und seine Vorgeschichte*, in: Wilhelm ALFF u.a. (Hrsg.), *Deutschlands Sonderung von Europa 1862-1945*, Frankfurt/M. u.a. 1984, S. 317-353.

<sup>12</sup> Vgl. dazu ausführlich Torsten OPPELLAND, *Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 103), Düsseldorf 1995, S. 52 f.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., Kap. 2.

zu keinem Erfolg führe und viele Feinde schaffen werde. Ich bin anderer Ansicht. Wenn auch niemand garantieren kann, dass der absolute Erfolg erzielt wird, so wird doch sicher England hierdurch ein ganz erheblicher Schaden zugefügt werden. Ja, vielleicht ist dieser Weg der einzige, um England überhaupt niederzuringen.«<sup>14</sup>

Mit dieser Position unterschied sich Erzberger kaum von den Konservativen und Nationalliberalen, die im Reichstag die Politik der Marineführung um Tirpitz vertraten.<sup>15</sup> Der Staatssekretär der Marine sah nach den ersten Erfolgen der U-Boote in dieser Waffe, die er früher eher vernachlässigt hatte, die Möglichkeit, der englischen Seeherrschaft doch noch beizukommen.<sup>16</sup> Auch Erzberger war in erster Linie daran interessiert, England zu schaden; den Schaden für die deutsche Politik, die Gefahren, die eine Antagonisierung der übrigen Neutralen, insbesondere eben der USA, für Deutschland heraufbeschwören würden, schätzte er zu diesem Zeitpunkt noch gering ein. Noch im Juli 1915 riet er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, auf amerikanische Kompromißvorschläge, die den deutschen U-Bootkrieg einschränken sollten, nicht einzugehen.<sup>17</sup> Auch in seiner geringen Sympathie für die Repräsentanten der amerikanischen Politik unterschied er sich in dieser Zeit wenig von den übrigen Politikern der bürgerlichen Kriegszielmehrheit. Gegen Ende des Jahres 1915 schrieb er zwei Briefe an Reichskanzler Bethmann Hollweg, in denen er vor dem amerikanischen Botschafter Gerard warnte, ja diesen sogar verdächtigte, ein englischer Agent zu sein.<sup>18</sup> Und im Januar 1916 riet er einem Beamten des Auswärtigen Amtes, die deutsche Presse so zu instruieren, daß der Anschein vermieden werde, Deutschland sei begeistert über den bevorstehenden Besuch des engen Vertrauten von Präsident Wilson, Oberst Edward House;

<sup>14</sup> Erzberger an Hertling, 4. Februar 1915, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß [NL] Erzberger, 32a.

<sup>15</sup> Graf Westarp, der Vorsitzende der deutsch-konservativen Fraktion im Reichstag, hatte Tirpitz schon im Dezember 1914 angeboten, ihn bei der Durchsetzung des U-Bootkrieges gegen Bedenken der politischen Reichsleitung zu unterstützen, vgl. Kuno Graf WESTARP, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2., Berlin 1935, S. 92.

<sup>16</sup> Zur Politik der Marineführung und den Bedenken der politischen Reichsleitung s. Bernd KAULISCH, *Alfred von Tirpitz und die imperialistische deutsche Flottenrüstung. Eine politische Biographie*, Berlin (Ost) 1982, S. 181 ff., sowie Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. III: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914-1917)*, München 1964, S. 145 ff. Als Erzberger nach dem Krieg seine Memoiren schrieb, bewertete er Tirpitz' Politik ganz anders als 1915; er warf ihm vor, unerfüllbare Erwartungen geweckt und »die erste tiefgreifende innere Spaltung hervorgerufen« zu haben; Matthias ERZBERGER, *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart-Berlin 1920, S. 210.

<sup>17</sup> Erzberger an von Jagow, 23. Juli 1915, NL Erzberger, 4.

<sup>18</sup> Erzberger an Bethmann Hollweg, 1. September und 19. November 1915, NL Erzberger, 32 a.

in der Reise von House sei vielmehr »eine von Wilson gestellte Falle zu erblicken«<sup>19</sup>.

Dennoch gab es bereits in dieser Phase des Krieges Anzeichen dafür, daß Erzberger in wesentlich stärkerem Maße als andere bürgerliche Politiker in der Lage war, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, anstatt sich auf die Auskünfte der Marineführung zu verlassen. So sah er im U-Bootkrieg weniger die siegbringende Wunderwaffe als ein Instrument, bei dem Nutzen und Schaden genau abgewogen werden mußte. In einem Gespräch mit einem zivilen Mitarbeiter der Marineleitung, der als Katholik gute Kontakte zur Zentrumsparterie hatte, erklärte er, daß er zwar gegen bindende Erklärungen, also offene Konzessionen an die USA in der U-Bootfrage, zugleich aber der Überzeugung sei, es müsse dafür gesorgt werden, daß »nichts passiert«. Damit war zweifellos gemeint, daß es nicht zum Bruch mit den USA kommen dürfe.<sup>20</sup> Allerdings fügte er hinzu, daß dies von der Kriegslage auf dem Balkan abhängig sei. Insofern ist deutlich, daß Erzberger sein Urteil von Opportunitätserwägungen abhängig machte. Es gab bei ihm weder eine grundsätzliche Ablehnung des U-Bootkrieges aus völkerrechtlichen Gründen wie bei einem Teil der Sozialdemokraten noch einen blinden Glauben an die Wunderwaffe.

Um den Jahreswechsel 1915/16 erhielt die Frage des U-Bootkrieges in der öffentlichen Diskussion neue Aktualität. Der Chef der Obersten Heeresleitung, Falkenhayn, der zuvor die Entscheidung des Kanzlers, den uneingeschränkten U-Bootkrieg abubrechen, mitgetragen hatte, schwenkte auf die Position von Tirpitz um, was in der Öffentlichkeit schnell bekannt wurde. Im regierungsinternen Ringen um den U-Bootkrieg gewann die Stellungnahme des Reichstages insbesondere für den Kanzler, der auf jede Unterstützung dringend angewiesen war, wesentlich an Gewicht. Darum kam es im Hauptausschuß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und den Befürwortern des U-Bootkrieges. Dem Zentrum kam dabei wieder die entscheidende Schlüsselposition für die Mehrheitsbildung zu.

Erzberger versuchte sich auf die neue Aktualität dieses Problems vorzubereiten, indem er das Gespräch mit der Marineführung suchte. Die Ergeb-

19 Erzberger an Graf Montgelas, 21. Januar 1916, NL Erzberger, 4. Vgl. zur House-Mission ausführlich Horst CHRISTOF, *Deutsch-amerikanische Entfremdung. Studien zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1913 bis zum Mai 1916*, Phil. Diss. Würzburg 1975, Kap. XIV, passim.

20 Eine ausführliche Niederschrift über das Gespräch mit dem Geheimen Admiralitätsrat Schramm ist abgedruckt in: Alfred von TIRPITZ, *Politische Dokumente*, Bd. 2: *Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg*, Hamburg und Berlin 1926, S. 433 f. (Zitat S. 434). An der Behauptung von LOTH (wie Anm. 1, S. 303), das Zentrum habe unter Erzbergers Führung den Reichskanzler bis zum Frühjahr 1916 stets gedrängt, den U-Bootkrieg gegen England »ohne Rücksicht auf die Reaktion der neutralen Staaten zu führen«, sind daher gewisse Zweifel anzumelden.

nisse dieser Unterredungen mit Tirpitz und dem Chef des Admiralstabes, Holtzendorff, hatten jedoch ein Ergebnis, das keineswegs im Sinne der Marineführung war. Tirpitz behauptete, die Marine könne England mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg in sechs Wochen friedensbereit machen, während Holtzendorff dafür immerhin sechs Monate zu benötigen angab. Diese Diskrepanz sowie die glatte Zurückweisung seines Vorschlags, erst einmal die Schlagkraft der U-Boote durch eine Blockade der französischen Kohlehäfen zu testen,<sup>21</sup> lösten bei Erzberger erhebliche Zweifel an der Seriosität der Berechnungen der Marine aus.<sup>22</sup> Seit dieser Zeit vertrat er im Reichstag bzw. im Hauptausschuß die Position des Kanzlers, daß der Schaden, den der zu erwartende Kriegseintritt der USA für Deutschland bedeuten würde, erheblich größer sei als der Nutzen des uneingeschränkten U-Bootkrieges.

In den langwierigen parlamentarischen Auseinandersetzungen gelang es Erzberger und dem Kanzler in enger Zusammenarbeit bis zum Oktober 1916, die Zentrumsfraktion davon abzuhalten, sich offen für den uneingeschränkten U-Bootkrieg auszusprechen.<sup>23</sup> Anfang Oktober hatte sich die innenpolitische Lage jedoch erheblich verändert. Nicht zuletzt auf Betreiben des Reichskanzlers war Falkenhayn durch die neue OHL von Hindenburg und Ludendorff abgelöst worden. Bethmann hatte die Gegensätze zwischen den Militärs, die eher persönlicher Natur waren, überschätzt und gehofft, die enorme Popularität von Hindenburg und Ludendorff, den Siegern von Tannenberg, für sich nutzen zu können.<sup>24</sup> Tatsächlich gelang es der Marineführung sehr schnell auch die neue OHL von der Notwendigkeit des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu überzeugen, wobei diese allerdings aus strategischen Gründen noch etwas mit dessen Beginn abwarten wollte.<sup>25</sup> Als

---

21 Dies war eine Lieblingsidee Erzbergers, die tatsächlich einige Vorteile hatte; so hätte eine Unterbrechung der englischen Kohlelieferung für Frankreich und Italien verheerende Folgen gehabt, ohne daß neutrale Schiffe in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Indem die Marine angab, daß dieser Plan nicht zu verwirklichen sei, stellte sie den Möglichkeiten des U-Bootkrieges selbst ein schlechtes Zeugnis aus, was Erzberger natürlich nicht entging; vgl. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 175 f.

22 Vgl. ERZBERGER (wie Anm. 16), S. 212 ff. Die Darstellung in den Erinnerungen ist durchaus glaubhaft, denn in Gesprächen, die Erzberger mit Carl Bachem führte, dem ehemaligen Zentrumsabgeordneten und Herausgeber der Kölner Volkszeitung, der als Befürworter des U-Bootkrieges zu den innerparteilichen Gegnern Erzbergers gehörte, kam er mehrfach auf diese Unterredungen zurück; vgl. Erzberger an C. Bachem, 14. März 1916, NL Erzberger, 44, sowie eine Aufzeichnung von C. Bachem, 26. Februar 1916, Historisches Archiv der Stadt Köln [HASTK], NL Bachem, 877.

23 S. zu diesen parlamentarischen Auseinandersetzungen OPPELLAND (wie Anm. 12), Kap. 3.1.-3., passim.

24 Zu der regelrechten »Verschwörung« gegen Falkenhayn s. RITTER (wie Anm. 16), S. 226 f. u. S. 235-247, und zu Erzbergers Rolle dabei s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 177.

25 Für die Vorgeschichte des Übergangs zum uneingeschränkten U-Bootkrieg ist nach wie



im September 1916 die U-Bootfrage in der Öffentlichkeit erneut heftig diskutiert wurde, zeigte sich schnell, daß Erzbergers kritische Position hinsichtlich des U-Bootkrieges in der Zentrumsparlei nicht mehr mehrheitsfähig war. Auf der Sitzung des Reichsausschusses der Partei, die am 26. und 27. September in Frankfurt am Main stattfand, sprachen sich die traditionellen Führer der Fraktion, Spahn und Gröber »für scharfen U-[Boot]Krieg« aus; Spahn faßte seine Position zusammen in der Aussage: »Hindenburg hat Entscheidung.«<sup>26</sup> Erzbergers Widerstand gegen diese Position setzte sich nicht durch, seine Argumente hinsichtlich des sicheren Kriegseintritts der USA bei einem Übergang zum uneingeschränkten U-Bootkrieg hatten keine spürbare Wirkung mehr. Damit hatte sich das Zentrum den Nationalliberalen und Konservativen wieder deutlich angenähert, so daß es kaum mehr eine Überraschung war, als im Oktober im Hauptausschuß gegen den Widerstand von Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs des Inneren, Karl Helfferich, eine Resolution angenommen wurde, deren Text von Gröber entworfen worden war und in der dafür plädiert wurde, die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg der OHL zu überlassen.<sup>27</sup> Für Erzberger war dies ebenso wie für die Regierung eine bittere Niederlage, denn er war sich über die Bedeutung der Resolution vollkommen im klaren, wie aus einem Brief an Hertling hervorgeht: »Wenn Hindenburg sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg entscheiden würde, so könnte meines Erachtens kein Reichskanzler, wer er auch sein mag, eine andere Stellung einnehmen. Das gibt auch Herr von Bethmann Hollweg selbst zu ...«<sup>28</sup>

Das Bewußtsein, daß es praktisch niemanden mehr gab, weder in der militärischen Führung noch in der Mehrheit des Reichstages, der seine Bedenken teilte, war neben anderen Faktoren dafür verantwortlich, daß Bethmann in der entscheidenden Besprechung im Hauptquartier am 9. Januar 1917 den Forderungen von Marineführung und OHL fast kampflös nachgab und dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges zum 1. Februar zustimmte.<sup>29</sup>

Bis zum Herbst des Jahres 1916 hatte sich Erzbergers Haltung zu den USA bereits beträchtlich gewandelt. Vom begeisterten Annexionisten der ersten Kriegsmonate war er zu einem vorsichtig abwägenden Realpolitiker geworden, der das Machtpotential der USA in seine Kalkulation aufnahm,

vor grundlegend: Karl E. BIRNBAUM, *Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States, April 18, 1916 – January 9, 1917*, Stockholm 1958, hier S. 138 f.

26 Die Zitate stammen aus einer protokollarigen Aufzeichnung der Sitzung von Carl Bachem, NL Bachem, 523.

27 Vgl. zu den Vorgängen im Hauptausschuß OPPELLAND (wie Anm. 12), Kap. 3.5., passim.

28 Erzberger an Hertling, 8. Oktober 1916, NL Erzberger, 32a.

29 Vgl. RITTER (wie Anm. 16), S. 379 f., und BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 319 f.

ohne sich von der rein militärischen Schwäche Amerikas blenden zu lassen, wie es die meisten übrigen bürgerlichen Politiker inner- und außerhalb des Reichstages taten. Dieser Wandel hatte auch innenpolitische Implikationen. Die Position des Kanzlers in der U-Bootfrage war aus einer äußerst fragilen parlamentarischen Allianz von (Mehrheits-) SPD, Linksliberalen und Zentrum unterstützt worden, die mit dem Schwenk des Zentrums vom Oktober wieder zerbrach.<sup>30</sup> Aber immerhin hatten sich hier bereits zukünftige Möglichkeiten angedeutet.

### III. Erzbergers Versuch zur Parlamentarisierung der Außenpolitik

Im Dezember 1916 entfernte sich Erzberger noch weiter vom Siegfriedenslager, in dem er einst begonnen hatte. Als einer von wenigen bürgerlichen Politikern begrüßte er das deutsche Friedensangebot, das Bethmann Hollweg am 12. Dezember im Reichstag vor den größtenteils völlig überraschten Abgeordneten machte.<sup>31</sup> Doch nicht nur das Friedensangebot der Mittelmächte, das indes auf wenig Resonanz bei den Kriegsgegnern stieß und dessen Ernsthaftigkeit bis heute umstritten ist,<sup>32</sup> fand Erzbergers Billigung, er setzte auch große Hoffnungen auf das Vermittlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 21. Dezember 1916: »Ich hoffe immer noch,« schrieb er in einem Brief an Fritz Thyssen, »daß die Antwort an Wilson so ausfallen wird, daß ein Eintritt in Verhandlungen ... wahrscheinlich ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich das begrüßen würde, denn ich glaube nicht, daß nach einem weiteren Kriegsjahr, wo wir 30 Milliarden Mark mehr Schulden und 600.000 Mann mehr Tote haben, sich ein günstigerer Frieden erreichen läßt.«<sup>33</sup>

30 In einem Brief an Friedrich Naumann schrieb Bethmann rückblickend, daß er auf Sand gebaut hätte, wenn er versucht hätte, sich aus Sozialdemokraten, Fortschritt und Zentrum eine parlamentarische Gefolgschaft zu bilden (13.11.1917, Bundesarchiv Potsdam, NL Naumann, 146). Diese Wertung war angesichts der kurzen Dauer dieser parlamentarischen Konstellation sicher nicht ganz falsch, aber Bethmann hat auch wenig getan, um sie zu stabilisieren. Tatsächlich war er wohl nicht in der Lage, über seinen konservativen Schatten zu springen und sich an die Spitze einer derartig neuen Konstellation zu stellen, die – das ist in Rechnung zu stellen – in Preußen zu erheblichen Problemen für den Kanzler geführt hätte.

31 Überraschend kam die Unterstützung Erzbergers für diesen Schritt nicht, denn bereits im April 1916 hatte er in einer Denkschrift für das Auswärtige Amt geschrieben, daß »der Frieden durch Verhandlungen herbeigeführt werden« müsse; Denkschrift vom 13.4.1916, BArchP, Akten der Reichskanzlei, 2448, Bl. 47.

32 Vgl. etwa RITTER (wie Anm. 16), S. 351, BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 243, und Fritz FISCHER, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands*, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 251 f.

33 Erzberger an Fritz Thyssen, 3.1.1917, NL Erzberger, 60. Zu Erzbergers Verbindung zur Firma Thyssen s. EPSTEIN (wie Anm. 2), Anhang V, S. 465 ff.

Erzberger war mittlerweile so überzeugt, daß der Krieg allein mit militärischen Mitteln nicht mehr zu beenden war, daß er alle Emotionen, alle Ressentiments über die mangelnde Neutralität in der bisherigen Politik der USA, die die öffentliche Diskussion in Deutschland – zumindest in den bürgerlichen Kreisen – fast völlig beherrschten, beiseite schieben konnte. Er war bereit, Vermittlung, egal woher sie käme, zu akzeptieren. Unterstützung für eine derartige Politik gab es fast ausschließlich beim (innen-) politischen Gegner – der Sozialdemokratie, die Wilsons Initiative ebenfalls beifällig aufgenommen hatte. Die verfassungsgeschichtliche Umwälzung vom Juli 1917 hatte hier ihre »realpolitischen« Wurzeln.<sup>34</sup>

Noch in anderer Hinsicht begann die Vorgeschichte der Juli-Krise im Januar des Jahres 1917. Der sonst so gut informierte Erzberger<sup>35</sup> wußte nicht, daß zu dem Zeitpunkt, als er an Thyssen schrieb, Bethmann Hollweg bereits vor dem Druck der U-Bootkriegsbefürworter zu resignieren begonnen hatte. Bereits am 26. Dezember 1916 hatte es die deutsche Regierung – ohne jede Konsultation mit Reichstagspolitikern – in einem Schreiben an Präsident Wilson abgelehnt, die Friedensbedingungen öffentlich zu nennen; den Sturm in der deutschen Öffentlichkeit, den die Regierung Bethmann ausgelöst hätte, wenn sie auch nur halbwegs realistische Ziele genannt hätte, hätte sie wohl kaum überlebt.<sup>36</sup> Nachdem die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt hatte, kam es dann am 9. Januar 1917 zu der Entscheidung, am 1. Februar den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu eröffnen. Die Politik des Reichskanzlers gegenüber den USA geriet damit endgültig in eine Schiefelage. Auf der einen Seite ließ er den deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, insbesondere nachdem Wilson sich mit seiner berühmten »Peace-without-Victory-Rede«, die sich auch als eine Absage an die Kriegsziele der Entente interpretieren ließ, noch einmal an die internationale Öffentlichkeit gewandt hatte, weiterhin im Sinne einer amerikanischen Vermittlung wirken. Auf der anderen Seite gelang es ihm nicht, beim Kaiser und der Marineführung einen Aufschub des U-Bootkrieges zu erwirken. Das Ergebnis hätte, wie Gerhard Ritter treffend urteilte,

34 Diese Wurzeln werden in den einschlägigen Darstellungen zur Geschichte und Vorgeschichte der Juli-Krise weitgehend vernachlässigt, vgl. Udo BERMBACH, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung*, Köln-Opladen 1967, sowie Dieter GROSSER, *Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Den Haag 1970.

35 Erzberger war als Leiter der deutschen Propaganda im neutralen Ausland in der Regel sehr gut über alle internationalen Angelegenheiten, aber auch über die Vorgänge innerhalb der deutschen Regierung informiert; vgl. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 118 ff.

36 Vgl. RITTER (wie Anm. 16), S. 363 f., sowie BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 265-270. Vor allem das Auswärtige Amt unter der Leitung von Arthur Zimmermann widersetzte sich einer Beteiligung der USA an eventuellen Friedensverhandlungen sehr heftig.

verfehler kaum sein können.<sup>37</sup> Am 31. Januar übergab Graf Bernstorff im State Department gleichzeitig eine Liste deutscher Kriegsziele, die als Grundlage weiterer Vermittlungsbemühen hätte dienen können, und die Erklärung, daß Deutschland am folgenden Tag mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen würde. Dies mußte auf die amerikanische Regierung wie schiere Heuchelei, wie ein »Schlag ins Gesicht« wirken.<sup>38</sup> An eine Fortsetzung der amerikanischen Vermittlung war danach nicht mehr zu denken; vielmehr brachen die USA fast erwartungsgemäß Anfang Februar die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab.

Alle diese Vorgänge spielten sich unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit ab. Auch ansonsten gut informierte Reichstagspolitiker wußten nichts von dem unentschiedenen Doppelspiel Bethmanns. Das galt auch für Erzberger. Erst am 28. Januar schrieb er in einem Brief: »Der uneingeschränkte U-Bootkrieg kommt trotz aller Bedenken. Ich habe mich unendlich bemüht, den Termin noch um vier Wochen hinauszuschieben, denn bis dahin sieht man in Wilsons Sache klarer. Ich stimme ... bei, daß, wenn Wilson die Sache aufgenommen hat, er sie auch zu Ende führen wird. Aber leider ist gegenüber Ludendorff nichts zu machen, und die politischen Behörden haben nachgegeben. Mögen sich jetzt wenigstens die Berechnungen der Marine als richtig erweisen!«<sup>39</sup> Erzberger war also über die Vorgänge innerhalb der Reichsführung im wesentlichen zutreffend unterrichtet, nicht aber über die Politik Bethmanns in Washington.<sup>40</sup>

Die folgenden Monate waren für Erzberger – zumindest im Hinblick auf den U-Bootkrieg und auf die USA – durch zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen wurde er durch Graf Bernstorff von der Politik Bethmanns im Dezember 1916 und Januar 1917 unterrichtet, woraus er weitreichende

37 RITTER (wie Anm. 16), S. 403.

38 Jürgen MÖCKELMANN, *Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im Ersten Weltkrieg* (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von F. Fischer), Stuttgart 1967, S. 37.

39 Erzberger an Paul Graf Wolff-Metternich, den ehemaligen Botschafter in London, 28.1.1917, NL Erzberger, 60.

40 In diesem Zusammenhang muß auch Erzbergers vielzitiertes Brief vom 16. Januar 1917 an den Reichskanzler (NL Erzberger, 44) gesehen werden, in dem er vorschlug, den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht offiziell anzukündigen und, wenn es zu Zwischenfällen mit neutralen Schiffen käme, auf Zeit zu spielen, zugleich aber Passagierschiffe zu schonen. Dieser Rat war nicht so »machiavellistisch« und »unehrenhaft« wie EPSTEIN (wie Anm. 2, S. 182) es darstellt und schon gar kein Zeichen »primitiver Schläue«, wie RUGE (wie Anm. 2, S. 61 f.) in Widerlegung der »Geschichtsschreibung der BRD« meint. Vielmehr spiegelt sich darin das fast verzweifelte Bemühen, noch etwas Zeit zu gewinnen, damit Wilsons Vermittlung vor dem aufgrund des U-Bootkrieges zu erwartenden Bruch greifbare Ergebnisse liefern könnte. Zudem hatte er die Hoffnung, daß sich die Erwartungen der Marine schon bald als illusorisch herausstellen würden, so daß man den U-Bootkrieg in seiner uneingeschränkten Form in aller Stille wieder beenden und lediglich den völkerrechtlich einwandfreien Kreuzerriegel beibehalten könnte.

Konsequenzen zog, und zum anderen erhielt er mit zunehmender Dauer des U-Bootkrieges immer mehr Nachrichten, daß dieser keine kriegsentscheidende Wirkung haben werde. Seine Befürchtungen in dieser Richtung wurden insofern vollauf bestätigt.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich kehrte Graf Bernstorff für einige Monate nach Deutschland zurück, bevor er im Sommer 1917 seinen nächsten Posten als Botschafter in Konstantinopel antrat. In dieser Zeit nahm er zu einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem Reichstag und der Publizistik Kontakt auf. Auch mit Erzberger führte er lange Gespräche.<sup>41</sup> Zwar existieren über diese Gespräche keine Aufzeichnungen, ihr Inhalt läßt sich aber durch die Erinnerungen anderer Gesprächspartner von Bernstorff unschwer erschließen.

Der Graf verbarg diesen Gesprächspartnern nicht seine Enttäuschung über das Ende seiner Mission in Washington. Er machte deutlich, daß er »Amerika im falschesten Moment verlassen« mußte und daß, »wenn er noch 4 Wochen hätte bleiben können und wenn der U-Bootkrieg aufgeschoben worden wäre«, der Frieden »mit Hülfe Wilsons« erreicht worden wäre. Bethmann habe aus Furcht vor der öffentlichen Meinung in Deutschland, die durch die Annexionisten des Siegfriedenslagers aufgeputscht sei, dem Druck der Militärs nachgegeben. Er, Bernstorff, hoffe noch immer auf Wilsons Friedenswillen. Wenn in einigen Monaten in Deutschland eine Ermüchterung bezüglich der Möglichkeiten des U-Bootkrieges eingetreten sein werde, könne Wilsons Vermittlung noch einmal wirksam werden.<sup>42</sup>

Auch die Vorgänge vom Dezember 1916 und Januar 1917 bzw. seine Sicht dieser Ereignisse enthüllte er sehr offen. Vor allem machte er in einem Gespräch mit einem Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) deutlich, daß Wilsons Friedensvermittlung von der deutschen Regierung seit der Sussex-Krise, also seit Mai 1916, erwünscht gewesen sei. Wilson habe aber zu verstehen gegeben, daß er vor den Präsidentschaftswahlen vom November 1916 nicht aktiv werden könne. Wilson habe trotz der relativ frostigen Antworten der Entente auf seinen ersten Schritt vom Dezember 1916 weitergearbeitet und seine Botschaft an den Senat vom Januar 1917, die »Peace-without-Victory-Rede«, bezeichnete Bernstorff

41 In einem Brief an Erzberger vom 18. Dezember 1917 erinnert sich Bernstorff »an manchen gemütlichen Abend in Berlin«; Johann Heinrich Graf BERNSTORFF, *Erinnerungen und Briefe*, Zürich 1936, S. 141.

42 Theodor WOLFF, *Tagebücher 1914-1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«*, 2 Bde., (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 54/I u. II), hrsg. von Bernd SÖSEMANN, Boppard 1984, S. 488 f.

als »pro-german«. Die Folge von Bethmanns Nachgeben gegenüber der militärischen Führung sei besonders fatal: »Seit diesem Ereignis glaubt niemand mehr der deutschen Regierung; man sagt, sie wisse nicht, was sie wolle, da zwei Parteien (Bethmannpartei – Militärpartei) in ihren amtlichen Äußerungen sich widersprüchen. Bethmann habe Wilson zur Friedensaktion gedrängt, und in dem Augenblick, da die Frucht reif war, habe die Militärpartei den Frieden vereitelt. Wilson war auch persönlich tief verletzt, da er seinen Ehrgeiz auf die Friedensvermittlung gesetzt hatte und sein Ziel nahezu erreicht glaubte.« Die Konsequenz, die Bernstorff im April 1917, also nach dem Kriegseintritt der USA, aus seiner Analyse zog, war für die Parlamentarier von besonderer Bedeutung: »Wilson würde heute noch gerne Frieden schließen und vermitteln, wenn er eine neue deutsche Regierung – Vertretung des deutschen Volkes, entnommen dem Reichstag als Koalitionsministerium – vor sich hätte.«<sup>43</sup>

Diese Äußerung Bernstorffs ist deswegen von so zentraler Bedeutung, weil sie gewissermaßen den »missing link« zwischen Innen- und Außenpolitik darstellt, der in den folgenden Monaten das Handeln der wichtigsten Akteure, vor allem eben auch das von Erzberger, bestimmte. Hier wird zum ersten Mal – und noch dazu von einem Diplomaten, der mit der amerikanischen Politik vertraut war und die führenden Politiker persönlich kannte – in aller Deutlichkeit die Möglichkeit skizziert, daß man erstens durch ein Auswechseln der belasteten Personen in der Regierung und zweitens durch einen Systemwechsel, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, einen durch Wilson vermittelten Frieden erlangen könne. Die Berufung auf Wilson war insofern wichtig, als er für »Peace without Victory« stand, also für erträgliche Friedensbedingungen und nicht einen uneingeschränkten alliierten Siegfrieden. Ob diese Einschätzung von Bernstorff zutreffend war oder ob die USA sich nicht vielmehr in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie an weiteren Friedensvermittlungsaktionen wenig Interesse hatten, ist eine ganz andere Frage.<sup>44</sup> Für die Parlamentarier

43 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, NL Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7 (Aufzeichnung über ein »streng vertrauliches Gespräch mit dem Grafen Bernstorff«, 29.4.1917).

44 Vgl. MÖCKELMANN (wie Anm. 38), S. 28 ff., sowie Klaus SCHWABE, *Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus* (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 62), Göttingen u.a. 1971, S. 69 f. Dort wird die aufgeheizte Atmosphäre in den ersten Monaten nach dem amerikanischen Kriegseintritt beschrieben, in der insbesondere Oppositionspolitiker wie Theodore Roosevelt, aber auch das regierungsamtlich ernannte Propaganda-Komitee unter George Creel die Stimmung gegen Deutschland und die Deutsch-Amerikaner schürten; Wilson konnte schon aufgrund der innenpolitischen Lage schwerlich auf neue deutsche Friedensofferten reagieren. Diese Verschärfung der Stimmung ist auch Bernstorff entgangen. Darüber hinaus war Bernstorff sich auch über die Änderung von Wilsons Gefühlen gegenüber Deutschland, mit dem er erst nach einem militärischen Sieg verhandeln wollte, nicht im klaren; vgl. SCHWABE, ebd., S. 71.

und speziell für Erzberger mußte Bernstorffs Analyse überzeugend wirken, bestätigte sie doch im wesentlichen seine politische Linie vom Jahreswechsel 1916/17.

Unmittelbare Konsequenzen waren für Erzberger aus den Informationen, die er von Graf Bernstorff erhalten hatte, nicht zu ziehen. Der U-Bootkrieg hatte begonnen, Anfang April waren die USA in den Krieg eingetreten, und diese Fakten waren nicht mehr zu ändern. Aber bereits wenige Wochen nach dem amerikanischen Kriegseintritt erreichten ihn aus der Schweiz besorgniserregende Nachrichten.<sup>45</sup> Die materielle Macht der USA, so schien es, werde in Deutschland grüblich unterschätzt. Am 28. Mai erhielt er von seinem Vertrauensmann in der Schweiz, dem jungen bayerischen Diplomaten Franz von Stockhammern, den er auf seiner italienischen Mission kennengelernt hatte und der von der Schweiz aus die Verbindung zum Vatikan hielt, übereinstimmende Agentenberichte, die besagten, daß der U-Bootkrieg zwar ein gefährliches Kampfmittel darstelle, aber nicht kriegsentscheidend wirke. Die Verluste, so sei in England die allgemeine Überzeugung, könnten durch den amerikanischen Schiffsneubau ausgeglichen werden.<sup>46</sup> Für Erzberger waren diese Berichte die Bestätigung für seine Befürchtungen, daß der Krieg im Westen nicht – auch durch den U-Bootkrieg nicht – mehr militärisch zu gewinnen war. Mit dieser Überzeugung war Erzberger von der allgemeinen Stimmung in Deutschland weit entfernt. Der bayerische Ministerpräsident Hertling, der nur wenige Monate später das Amt des Reichskanzlers übernahm, schrieb Erzberger an Stockhammern, um ein Beispiel für den in Deutschland herrschenden Optimismus zu geben, habe sechs Wochen Urlaub genommen, um zurück zu sein, wenn der U-Bootkrieg England friedensbereit gemacht haben würde.<sup>47</sup>

Im Juni 1917 begann Erzberger, aus seinen Erkenntnissen und Überzeugungen die Konsequenzen zu ziehen. Ein erster Schritt waren die berühmten Gespräche mit Oberst Bauer, dem Vertrauten Ludendorffs in Berlin. Dabei erzielten beide eine zwar nur partielle, aber überraschende Übereinstimmung. Bauer war ebenso wie Erzberger über den unverantwortlichen Optimismus, der in Berlin herrschte, entsetzt. Beide waren der Überzeugung, daß die Bevölkerung auf die bevorstehende Enttäuschung hinsichtlich der ausbleibenden Wirkung des U-Bootkrieges vorbereitet werden müsse. Dabei fiel das Wort von der Einrichtung eines Kriegspresseamtes zur Koordination der Zensurmaßnahmen »als eine Art geistiges Kriegsernährungsamt«.<sup>48</sup> So weit beide in Bezug auf die innere Front übereinstimmten,

45 Zu Erzbergers Nachrichtendienst s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 183 ff.

46 Stockhammern an Erzberger, 28.5.1917, NL Erzberger, 41.

47 Erzberger an Stockhammern, 29.5.1917, NL Erzberger, 41.

48 Erzbergers Aufzeichnung über das Gespräch v. 10.6.1917, NL Erzberger, 18. Vgl. auch

so wenig herrschte allerdings Einigkeit über die letztlich zu erreichenden Ziele. Während Bauer und die gesamte OHL die Festigung der öffentlichen Meinung als Voraussetzung für das Erreichen des Endsieges betrachteten, der entweder doch noch durch den U-Bootkrieg oder durch eine entscheidende Offensive zu Lande zu erreichen sei, wollte Erzberger lediglich die deutsche Kampfkraft erhalten, um eine vernünftige Ausgangsposition in einem Verhandlungsfrieden für Deutschland zu sichern. Daß seine Überlegungen auf einen Verhandlungsfrieden zielten, geht eindeutig aus einem Brief hervor, den er einen Tag nach seiner Unterredung mit Bauer schrieb und in dem er seine Überzeugung ausdrückte, daß »der Frieden von 1917 .. unter allen Umständen besser werden [würde] als ein Friede von 1918.«<sup>49</sup> Letztlich ging es Erzberger darum, die von Bernstorff vorgedachte Strategie jetzt umzusetzen und durch eine parlamentarisch kontrollierte Regierung der Entente bzw. in erster Linie den USA ein neues Friedenssignal zu geben. Ob dies mit oder gegen Bethmann geschehen würde, war für Erzberger zu diesem Zeitpunkt noch offen. Dieser Widerspruch in der Zielsetzung zwischen der OHL und den verständigungsbereiten Parlamentariern durchzog die gesamte Juli-Krise.<sup>50</sup>

Der Verlauf der Juli-Krise braucht hier nicht näher geschildert zu werden. Entscheidend für den Zeitpunkt von Erzbergers Vorstoß im Hauptausschuß, in dem er am 6. Juli eine Friedensaktion des Reichstages vorschlug, nachdem er das Scheitern des U-Bootkrieges rücksichtslos enthüllt hatte, waren zwei Dinge: Zum einen hatten weder Bethmann Hollweg noch die Marine auf seine Analysen zum U-Bootkrieg reagiert und zum anderen drohte die Sozialdemokratie inzwischen offen damit, die Politik der Bewilligung der Kriegskredite nicht länger fortzuführen, wenn nicht die deutsche Seite eine eindeutige Erklärung im Hinblick auf die Kriegsziele abgeben werde, die auch in der Bevölkerung der Entente-Staaten wirken werde.<sup>51</sup> Damit wäre auch der letzte Rest des Burgfriedens verloren gewesen und die innere Uneinigkeit in Deutschland offen zu Tage getreten.

In der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, der vor Erzbergers Vorstoß hinter den Kulissen bereits vorbereitet worden war, wurde endgültig deutlich, an wen der Friedensschritt des Reichstages gerichtet sein würde. So fragte der nationalliberale Abgeordnete Richthofen, der seit einer gemeinsamen Reise an die Ostfront im Frühjahr des Jahres eine enge

EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 209, u. RUGE (wie Anm. 2), S. 66 f., der diese Äußerung als Beweis für den imperialistischen Charakter des Erzbergerschen Verständigungsfriedens nutzt.

49 Erzberger an Fritz Thyssen, 11.6.1917, NL Erzberger, 60.

50 Insofern ist es problematisch, von »Erzbergers Bündnis mit Ludendorff gegen Bethmann« zu sprechen, wie EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 209 dies tut.

51 Zur Lage der Sozialdemokratie unmittelbar vor der Juli-Krise s. OPPELLAND (wie Anm. 12), S. 243 ff.



Verbindung zu Erzberger hielt: »Erzberger will den Frieden. Geht das mit der heutigen Regierung? Oder müßte die Regierung geändert werden? Kann Zimmermann z.B. einen Frieden mit den USA machen?«<sup>52</sup> Erzberger ging auf diese Fragen nicht ein und schien zunächst eine Personaldebatte verhindern zu wollen. Nachdem aber einige Abgeordnete davon sprachen, daß nur Zimmermann aufgrund des berüchtigten Telegramms gegenüber den USA nicht mehr tragbar sei, enthüllte er die Informationen, die er von Bernstorff über Bethmanns Politik um den Jahreswechsel 1916/17 erhalten hatte. Die Wirkung auf die Sozialdemokraten und die Linksliberalen war sehr groß. Die Autorität des Kanzlers war nunmehr gänzlich erschüttert und Pläne für ein Majoritätsministerium unter Bethmann waren erledigt. Erzberger war schon zuvor ins Lager der Anhänger des Alt-Reichskanzlers Bülow übergelaufen, den er während seiner italienischen Mission schätzen gelernt hatte. Der Zeitpunkt für seine Enthüllungen im Interfraktionellen Ausschuß war ideal gewählt, um die Position Bethmann Hollwegs auszuhöhlen.

Mit neuen Männern und einer parlamentarisch kontrollierten Regierung, das stellte sich nunmehr in aller Deutlichkeit als Erzbergers Ziel heraus, wollte er ein neues, in erster Linie an die USA gerichtetes Friedensangebot unterbreiten.<sup>53</sup> Damit orientierte er sich eindeutig an den von Bernstorff gewiesenen Bahnen. Letztlich ist er jedoch gescheitert. Die OHL erwies sich als der stärkere Teil des »Bündnisses gegen Bethmann« und setzte den außenpolitisch unbedarften Georg Michaelis als neuen Reichskanzler durch. Dieser konnte die Friedensresolution des Reichstages zwar nicht verhindern, war aber, wie sich wenig später zeigte, auch keineswegs bereit, sich und damit die Außenpolitik des Deutschen Reiches der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Mit dem innenpolitischen Scheitern war aber auch Erzbergers revolutionärer Versuch, aus dem Reichstag heraus die deutsche Außenpolitik mitzugestalten, vorerst mißlungen. Da den Alliierten und den USA die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland natürlich nicht

<sup>52</sup> *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18*, bearb. und eingeleitet von Erich MATHIAS unter Mitwirkung von Rudolf MORSEY, 2 Hbde., (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 1), Düsseldorf 1959, hier: I, S. 6.

<sup>53</sup> Auf der Sitzung des Parteiausschusses des Zentrum vom 23. und 24. Juli 1917 rechtfertigte er seine Politik noch einmal mit dem Verweis auf die Bedeutung der materiellen Überlegenheit der USA: »Man habe versucht und versuche noch immer, die Hilfe Amerikas für die Entente herabzusetzen. Aber es sei kein Zweifel, daß diese sehr fühlbar würde, nicht nur finanziell, sondern auch militärisch. Ehe Amerika kräftig in den Krieg eingreifen könne – was im Frühjahr 1918 der Fall sein werde – müsse man unbedingt aus dem Krieg heraus sein.« Protokoll von Carl Bachem, HASIK, NL Bachem, 791. Von der päpstlichen Friedensaktion, die er mit der Friedensresolution des Reichstages EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 210 f., zufolge vorbereiten wollte und die bei der Zentrumspartei zweifellos besonderes Gewicht gehabt hätte, ist in Erzbergers Rechtfertigung indes nicht die Rede. Statt dessen erfolgt zweimal der Verweis auf die amerikanische Politik. Zur Frankfurter Versammlung insgesamt s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 229 ff.

verborgen blieben, war es ihnen ein Leichtes, die Friedensresolution als ein Manöver des letztlich machtlosen Reichstages abzutun. Der Zeitpunkt für eine Friedensaktion war wohl auch schlecht gewählt, da sich die USA, wie gesagt, in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie wenig Interesse an einer neuen Vermittlungsaktion hatten. Anscheinend hat auch Erzberger ebenso wenig wie Graf Bernstorff begriffen, daß mit dem Kriegseintritt der USA eine neue Lage entstanden war. Die Vereinigten Staaten waren nun einer der Gegner Deutschlands und kein neutraler Vermittler mehr.

Trotz aller dieser Bedenken bleibt festzuhalten, daß Erzbergers Ausgangspunkt, die Überzeugung, daß der Krieg im Westen militärisch nicht mehr zu gewinnen sei, an der er auch in der Folgezeit festhielt, ohne sich von den Erfolgen im Osten blenden zu lassen, richtig war. Darin war er fast allen anderen bürgerlichen Politikern weit voraus. Der Versuch, aus dieser Einsicht die Konsequenzen zu ziehen, hätte vielleicht besser und längerfristig vorbereitet werden müssen, aber er mußte gewagt werden, auch wenn er letztlich scheiterte. Am Ende bestand der einzige greifbare Erfolg der Friedensresolution darin, die (Mehrheits-) Sozialdemokratie wieder in einen Konsens einzubinden und eine neue – wenn auch schwache und sehr heterogene – Reichstagsmehrheit zu schaffen, deren Programm in der Befürwortung eines Verständigungsfriedens und nicht mehr der Annexionen bestand. Es würde jedoch zu kurz greifen, wenn man Erzbergers Intentionen allein vom Ende, von dieser innenpolitischen Wirkung her interpretieren wollte.<sup>54</sup>

#### IV. Erzbergers Völkerbunds-konzept

Auch als wenige Wochen später der Papst mit seinem Friedensvermittlungsversuch an die Öffentlichkeit trat, dachte Erzberger in erster Linie an die USA als diejenige Macht, mit der nicht nur ein Frieden erreichbar sei, sondern die einen Frieden auch bei der Entente durchsetzen könne. Selbst die skeptische Antwort des amerikanischen Außenministers Lansing auf die päpstliche Note wertete er eher positiv, womit er in der deutschen (bürgerlichen) Öffentlichkeit wieder einmal weitgehend allein stand. In einem Brief an den Nuntius Pacelli schilderte er seine Sicht der amerikanischen Haltung sehr detailliert: »Die Wilson [eigentlich Lansing]-Note verdient nicht die schroffe Ablehnung, die ihr vielfach in der deutschen Presse zu teil wird. Einmal ist Wilson doch Präsident bis 1920, und es muß mit ihm Frieden gemacht werden. Sodann tritt er in drei wesentlichen Punkten dem

<sup>54</sup> Dies ist bei LOTII (wie Anm. 1), S. 330 (insb. Fußnote 16), angedeutet, daß es Erzberger weniger um einen Verhandlungsfrieden als um die »Rettung der inneren Front« gegangen sei. Letzteres spielte natürlich eine große Rolle, war aber nicht das primäre Ziel Erzbergers.

Beschluß des Reichstages und der Papstnote bei und zwar: 1) keine Kriegskosten, 2) keine Zerstückelung des Landes, 3) keinen Wirtschaftskrieg. Sein schroffer und beleidigender Ton gegen die deutsche Regierung ist nicht zu billigen, aber erklärlich für den, der die Vorgänge [vom Januar 1917] kennt. Was Wilson fordert, hat das deutsche Volk, indem es hinter das Wort der Regierung trat, bereits erfüllt. Und zwar ist Wilsons Forderung in doppelter Hinsicht erfüllt worden: 1) durch die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli, 2) durch den vom Reichskanzler berufenen Siebener-Ausschuß des Reichstages ... 3) Die Herren, durch welche Wilson glaubt, getäuscht worden zu sein, befinden sich nicht mehr im Amt.«<sup>55</sup>

Diese Analyse ist in mehrfacher Hinsicht für Erzberger typisch und zeigt seine Stärken und Schwächen. Er brachte den Realismus auf, die einfache Tatsache zu berücksichtigen, daß es unzweckmäßig sei, sich in Tiraden gegen Wilson zu ergehen, wie große Teile der Siegfriedenspolitiker, die sich in jener Zeit in der Vaterlandspartei organisierten, es so häufig taten, weil man am Ende doch mit Wilson Frieden werde schließen müssen, wolle man nicht über das Jahr 1920 hinaus Krieg führen. Zugleich ist er scharfsinnig darin, die Übereinstimmungen zwischen der Wilsonschen Politik und der Friedensresolution aufzuzeigen, die, wie sich hier einmal mehr zeigt, von vornherein auf die USA gezielt hatte. Andererseits übersieht er geflissentlich die Schwächen der eigenen Position. So war es eine Fiktion zu behaupten, die Regierung Michaelis sei vom Vertrauen des Reichstags getragen und stelle eine parlamentarische Regierung dar. Gerade der erwähnte Siebener-Ausschuß wurde von den Regierungsvertretern getäuscht, hintergangen und von der Mitwirkung an den Entscheidungen ausgeschlossen, was am Ende das Scheitern der päpstlichen Initiative mitverursachte, für die allerdings auch bei der Entente wenig Begeisterung herrschte.<sup>56</sup> Diese Mischung von Realismus und übertriebenem Optimismus war für Erzberger typisch.

Im Januar 1918, als sich über Wilsons berühmte 14-Punkte-Rede noch einmal eine letzte Möglichkeit anzudeuten schien, mit den USA ins Gespräch zu kommen, zeigte sich unter gänzlich veränderten innenpolitischen Umständen ein ähnliches Bild. Unter der Regierung des Zentrums politiklers Graf Hertling, zu dem Erzberger früher ein gutes Verhältnis hatte, das sich dann aber, mit dessen Kanzlerschaft, rasch abkühlte, verlor Erzberger weitgehend seinen Einfluß. Die Zentrumsfraktion im Reichstag folgte nicht mehr ihm, sondern Hertling. Erzberger sah in Wilsons Rede »eine diskutabile Grundlage« und hoffte, daß der »Faden gesponnen« werden könne.<sup>57</sup> Hertling lehnte jedoch, im Ton moderat, aber unnachgiebig, Wilsons Position Punkt

<sup>55</sup> Erzberger an Pacelli, 4. September 1917, NL Erzberger, 18.

<sup>56</sup> Zur Papstaktion und Erzbergers Rolle dabei s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 239 ff.

<sup>57</sup> *Der Interfraktionelle Ausschuß* (wie Anm. 52), II, S. 128 f.

für Punkt ab und ließ lediglich in den allgemeinen Punkten, etwa zum Völkerbund, eine unverbindliche Sympathie erkennen. Erzberger konnte daran nichts ändern; er versuchte Hertlings Äußerungen so zu interpretieren, als sei in ihnen keine »Absage an das Angebot von Wilson« zu erkennen.<sup>58</sup> Aber dies waren offensichtlich Rückzugsgefechte. Es hatte kein wirkliches Angebot Wilsons gegeben. Darüber hinaus war absehbar, daß die OHL, die während der Kanzlerschaft Hertlings die Richtlinien der Politik bestimmte, nicht an Verhandlungen, sondern an die letzte entscheidende Offensive im Westen dachte, die den Sieg bringen sollte. Erzberger war in der fast tragischen Position, mitanzusehen zu müssen, wie die Dinge in eine Richtung liefen, die letztlich zur Niederlage führen mußten, ohne selbst etwas beeinflussen zu können. Er reagierte auf diese Lage eher mit Selbstbetrug als mit Resignation.

Während seine Versuche, in Deutschland eine durch den demokratisch gewählten Reichstag kontrollierte Außenpolitik durchzusetzen, weitgehend gescheitert bzw. durch kleinere Zugeständnisse entschärft worden waren, nutzte Erzberger die Zeit seines geringeren Einflusses, um sich über die Inhalte einer demokratischen Außenpolitik klar zu werden. Das Ergebnis dieser Bemühungen war seine Schrift über den Völkerbund,<sup>59</sup> mit der er der deutschen Öffentlichkeit wieder einmal voraus war, denn nach dem Scheitern der Offensive im Sommer 1918 war der Völkerbund plötzlich als letzter Strohalm der Hoffnung auf erträgliche Friedensbedingungen in aller Munde.

Das Auffällige an dieser Schrift, die natürlich an ein deutsches Publikum gerichtet war, ist nun, daß wiederum ein sehr enger Bezug zur amerikanischen Politik besteht. So wie Erzberger mit seiner Politik der Parlamentarisierung auf die Wirkung in den USA, speziell bei Wilson, zielte, so sah er auch bei einer deutschen Völkerbundspolitik in den USA den politischen Partner.

Die eigentlichen Elemente der von Erzberger entworfenen Völkerbundspolitik waren nicht sonderlich originell. Das Prinzip der obligatorischen

---

<sup>58</sup> So Erzberger im Hauptausschuß am 23. Januar 1918. *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918*, bearb. von Reinhard SCHIFFERS und Manfred KOCIL, (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 9), Düsseldorf 1981-83, 4. Teilbd., S. 1931 f.

<sup>59</sup> Matthias ERZBERGER, *Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden*, Berlin 1918. Dieses Buch ist sehr unterschiedlich beurteilt worden; EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 285, kommt zu einem eher kritischen Gesamturteil, da Erzberger die Zukunft »in viel zu rosigen Farben« schildere und die Beharrungskräfte der alten Politik unterschätze. Eine ähnlich kritische Sicht ist zu finden bei Leo HAUPTS, *Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges?*, Düsseldorf 1976, S. 136 f. Dagegen sieht Heinrich LUTZ, *Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914-1925*, München 1963, S. 60, die Schrift trotz des vorherrschenden Optimismus eher positiv.

Schiedsgerichtsbarkeit, die Forderung nach Abrüstung und nach der Freiheit der Meere hatten alle ältere Vorbilder und sind in verschiedenen Reden sowohl von Staatsmännern der Entente und der Mittelmächte als auch in besonderem Maße von Wilson, dessen primäres Kriegsziel die Errichtung des Völkerbunds war, aufgegriffen worden.<sup>60</sup> Ganz konsequent ist Erzberger jedoch in seiner Bereitschaft, Wilson gegen die noch immer in Deutschland herrschende Stimmung zu verteidigen: »Man ist gewohnt, Wilson in Deutschland als den Prototyp des Heuchlers anzusehen, der hinter einer pazifistischen Maske proenglische Politik treibt. Es genügt, auf die von Wilson stets vertretene Forderung der Freiheit der Meere hinzuweisen, um den Gegensatz, in welchem Wilson zu England steht, zu erkennen. Das Allbритentum sieht in Wilson eher seinen Feind als seinen Freund, obwohl man in England Wilsons Zielen offiziell zustimmt. Wilson treibt lediglich amerikanische Politik. Es war gewiß sein Ehrgeiz, aber es waren auch tief realpolitische Momente, die es ihm zur Aufgabe machten, als Friedensbringer aufzutreten.«<sup>61</sup>

Erzberger versucht hier mit den Begriffen, die dem Publikum vertraut waren, insbesondere mit dem Begriff der Realpolitik, die Politik Wilsons rational verständlich zu machen. Die Grundtatsache des Gegensatzes zwischen England und den USA in der Frage der Freiheit der Meere hat er zweifellos richtig erkannt. Dabei geht er indes nicht soweit, Hoffnungen zu wecken, es könne in letzter Minute zu einem Bruch zwischen England und den USA kommen: »Wilson will allerdings ... mit England den Weg des Sieges.«<sup>62</sup>

Dennoch hat auch Erzberger zu den verhängnisvollen Illusionen beigetragen, die gegen Kriegsende im Hinblick auf die Politik, die Ziele und die Macht Wilsons, diese Ziele auch durchsetzen zu können, in Deutschland bestanden. Auch er überschätzte die Machtfülle des amerikanischen Präsidenten: »In dem Maße, wie die amerikanische Beteiligung [am Krieg] an Bedeutung wuchs, wuchs auch der politische Wille gegenüber der Entente. Wilson ist es, der, wenn auch nicht sichtbar, die Oberhand hat und sich freie Hand vorbehält, zum Beispiel bezüglich der Wirtschaftsfragen nach dem Kriege.«<sup>63</sup>

Wahrscheinlich konnte sich niemand im Sommer bzw. Frühherbst 1918 schon klarmachen, daß der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte

---

60 ERZBERGER selbst zählt im ersten Kapitel der Völkerbundsschrift (wie Anm. 59) eine ganze Reihe dieser Reden auf. Zum Völkerbundsgedanken allgemein s. Ursula FORTUNA, *Der Völkerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkriegs*, Zürich 1974.

61 ERZBERGER, *Völkerbund* (wie Anm. 59), S. 12.

62 Ebd. S. 14.

63 Ebd. S. 15.

bevorstand und daß, wenn dieser einmal eingetreten sein würde, die Einflußmöglichkeiten Wilsons erheblich reduziert sein würden. In dem Moment, da die europäischen Staatsmänner nicht mehr auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen waren, verfolgten sie ihre eigenen Ziele mit großer Verbissenheit. Dies zeichnete sich schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand ab, in dem entgegen Wilsons ursprünglichen Plänen Deutschland weitgehend entwaffnet wurde.<sup>64</sup> Mit der Überschätzung der Möglichkeiten Wilsons und der Fehleinschätzung des Charakters des Völkerbunds gingen in Deutschland Illusionen einher über den Frieden, den man von Wilson erwarten könne. Diese Illusionen hat Erzberger bis zu einem gewissen Grade geteilt. Zwar war er sich völlig darüber klar, wie die englische Idee eines Völkerbundes aussah, aber auch er überschätzte Wilsons Möglichkeiten, seine Völkerbunds-konzeption durchzusetzen. Darin spiegelt sich einmal mehr die für Erzberger typische Mischung aus scharfsinniger Analyse und einem etwas leichtfertigen Optimismus.

Ähnlich wie in der Frage der Parlamentarisierung der Außenpolitik des Deutschen Reiches orientierte sich Erzberger in seiner Völkerbundspolitik an den Vorgaben aus den USA. Wie er 1917 an der innenpolitischen Übermacht der OHL gescheitert ist, so scheiterte er mit seiner Völkerbundskonzeption am Ausmaß der deutschen Niederlage, das er im September, als die Schrift veröffentlicht wurde, noch nicht erkannt hatte, obwohl die entscheidende militärische Niederlage schon mehr als einen Monat zurücklag.

## V. Zusammenfassung

Im August 1917 schrieb Erzberger einem Zeitungsredakteur, der ihn im Hinblick auf seine Unterstützung der Friedensresolution wegen seiner Prinzipienlosigkeit kritisiert hatte, folgende Zeilen: »Was ich vor 2 1/2 Jahren gesagt und geschrieben habe, war der damaligen Kriegslage angepaßt; nur ein politischer Idiot kann im Jahre 1917 das Kriegsziel noch so stecken wie 1914/15.«<sup>65</sup>

Dieses Wort weist Erzberger als einen Realpolitiker im besten Sinne des Wortes aus, als einen Politiker, der sich in seiner Beurteilung der Ziele und Interessen nicht an abstrakten Prinzipien, sondern an der Realität orientiert. Zugleich zeigt es, wo Erzberger selber den Bruch ansetzt, nämlich Anfang 1916. In dieser Zeit begriff er, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht mehr zu gewinnen war. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis richtete er seine politische Konzeption immer stärker auf die USA aus.

<sup>64</sup> Vgl. SCHWABE (wie Anm. 44), S. 81. Zur Relativierung von Wilsons wirtschaftlicher Macht s. ebd., S. 98. Zur Rolle Erzbergers bei den Waffenstillstandsverhandlungen s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 314 ff., sowie ERZBERGER, *Erlebnisse* (wie Anm. 16), S. 326 ff.

<sup>65</sup> Erzberger an Pfeffer, 30.8.1917, NL Erzberger, 60.

Inhaltlich bedeutete dies, daß er sich bis zum Herbst 1916 immer wieder vehement dafür einsetzte, die Vereinigten Staaten nicht durch die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges in den Krieg hineinzuziehen und daß er im Dezember 1916 die amerikanische Friedensvermittlung begrüßte und sich für deren Akzeptierung durch Deutschland einsetzte. Erst als all diese Versuche gescheitert waren, als sich die Amerikapolitik der Regierung Bethmann als vollkommen verfehlt herausgestellt hatte und die USA in den Krieg gegen Deutschland eingetreten waren, zog er noch weitergehende Konsequenzen. Unter dem oben geschilderten Einfluß von Graf Bernstorff, der ihm Hoffnungen machte, daß Wilson seine Vermittlung wiederaufnehmen werde, wenn bestimmte Bedingungen, eben eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands, erfüllt seien, bemühte sich Erzberger zuerst um die Parlamentarisierung der deutschen Außenpolitik. Angesichts des demokratischen Reichstagswahlrechts wäre eine gelungene Parlamentarisierung durchaus als eine Demokratisierung der Außenpolitik anzusehen gewesen. Dies war das eigentliche Ziel seines Einsatzes in der Juli-Krise, der in erster Linie auf die USA zielte. Dabei ging es darum, die Ablösung der Männer, durch die Wilson sich getäuscht fühlte, zu erreichen und zugleich durch die Friedensresolution diese demokratisierte Außenpolitik inhaltlich zu konkretisieren. In der Friedensresolution wurden bis in Einzelheiten die Gedanken von Wilsons »Peace-without-Victory-Rede« wieder aufgenommen. Mit seinem Völkerbundsbuch, das er ein Jahr später schrieb, übernahm er vollends ein zentrales Element von Wilsons außenpolitischen Vorstellungen.

Damit waren beide Teile der eingangs genannten Definition für eine »demokratische Außenpolitik«, die Kontrolle der Außenpolitik durch ein frei gewähltes Parlament und die Orientierung an friedlicher Konfliktregelung, für Erzbergers außenpolitisches Denken gegeben. Daran änderte auch die Einschränkung nichts, daß sich diese Ziele bei Erzberger erst unter dem Eindruck, nur so sei für Deutschland ein akzeptabler Frieden zu erreichen, durchgesetzt haben. Er wußte vielmehr im Gegensatz zur übergroßen Mehrheit der bürgerlichen Politiker, da Realpolitik für ihn noch nicht zu reiner Gewaltpolitik verkommen war, wie Max Weber so treffend dem Großteil der bürgerlichen Politiker vorgeworfen hatte,<sup>66</sup> beides – Realpolitik und demokratische Außenpolitik – zu verbinden.

---

<sup>66</sup> Vgl. Max WEBER, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*, in: Max Weber, *Gesamtausgabe*, Abt. I, Bd. 15: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden*, hrsg. von W. MOMMSEN in Zusammenarbeit mit G. HÜBINGER, Tübingen 1984, S. 432-596, hier S. 438.

Wenn Erzbergers Versuche der Demokratisierung der deutschen Außenpolitik gescheitert sind, dann lag dies vor allem an den Widerständen innerhalb Deutschlands, wo in Politik bzw. Militär und Öffentlichkeit die Hoffnung auf den Endsieg noch immer so verbreitet war, daß jeder Versuch, zu einem Frieden des Ausgleichs zu kommen, verketzert wurde. Zwar basierte Erzbergers Hoffnung auf die USA und Wilson auf einer allzu oberflächlichen und optimistischen Analyse der amerikanischen Interessen, aber dies spielte, verglichen mit den innenpolitischen Widerständen, kaum eine Rolle.

Erst nach dem militärischen Zusammenbruch und nachdem die OHL, Hindenburg und Ludendorff, aus der Verantwortung geflohen waren, wurde die Orientierung an Wilson offizielle Politik der parlamentarischen Regierung unter Prinz Max von Baden. Die militärische Niederlage der Mittelmächte hatte aber die Erfolgsaussichten einer solchen Politik, die wenige Monate zuvor aus einer gesicherten Verteidigungsposition heraus vielleicht noch vorhanden gewesen wären, weitgehend zerstört. Die Entente war nicht mehr auf Wilson angewiesen, und alle Hoffnungen auf einen »Wilson-Frieden« waren vergeblich. Hätte Erzberger sich mit seinen Zielen eher durchsetzen können, wären die Aussichten wesentlich besser gewesen, aber die Gegenkräfte des Militarismus waren nach vier Kriegsjahren auch in der öffentlichen Meinung zu stark verankert, als daß er hätte Erfolg haben können. So war die unglückliche Verbindung von Demokratie und Niederlage, die die Weimarer Republik so sehr belastete, wohl nicht zu vermeiden.



## Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler

Von Vera Bücken

Bei der Würdigung der verschiedenen Widerstandsgruppen anlässlich des 50. Jahrestages des 20. Juli 1944 ist eine Gruppe weithin übersehen worden, die im Westen Deutschlands eine wichtige Rolle spielte: der Kölner Kreis, eine lose Gruppe aus dem Rhein-Ruhrgebiet und Westfalen, die sich hauptsächlich aus Christlichen Gewerkschaftlern, Vertretern der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB), Zentrumspolitikern, katholischen Geistlichen und Akademikern, aber auch einigen evangelischen Konservativen und Sozialdemokraten zusammensetzte. Er hatte seine Mitte im Kettelerhaus in Köln, der Verbandszentrale der westdeutschen KAB.

Die geringe Berücksichtigung des Kölner Kreises mag verschiedene Ursachen haben: Zum einen ist die Quellenlage denkbar schlecht. Zum anderen scheint er nicht in die in der Forschung üblichen Schemata zu passen: Er war mehrheitlich katholisch, aber es waren Laien des politischen und sozialen Katholizismus, nicht die Hierarchie, auf die sich üblicherweise die Aufmerksamkeit konzentriert. Er gehörte zum Arbeiterwiderstand, aber es waren Christliche Gewerkschaftler und KAB-Vertreter und keine Sozialdemokraten oder Kommunisten, die ihn dominierten.<sup>1</sup>

Der vorliegende Aufsatz will dazu beitragen, daß den »Kölnern« bei der historischen Selbstvergewisserung des demokratischen Deutschlands größere Aufmerksamkeit zuteil wird. Dabei verfolgt er zwei Richtungen: Zum einen geht es darum, die Zusammensetzung des Kölner Kreises und seine Verbindungen zu anderen Widerstandskreisen nachzuzeichnen. Zum anderen werden die Zukunftsentwürfe der Kölner Gruppe soweit wie möglich rekonstruiert; sie scheinen demokratischer und dem späteren Grundgesetz näher zu stehen, als es die Planungen der Kreisauer und Berliner um Goerdeler waren, die deswegen zum Vergleich herangezogen werden.

---

<sup>1</sup> Zur generellen »Unterbelichtung« des politisch-sozialen Katholizismus in der Forschung z.B. Wilfried LOTI, *Entwicklungslinien und Forschungsprobleme des sozialen und politischen Katholizismus*, in: Bischöfliches Generalvikariat (Hrsg.), *Berichte und Beiträge*, Essen 1992, S. 16 ff.

## Die Haltung der westdeutschen KAB zum Nationalsozialismus

Das Kettelerhaus in Köln, die Verbandsleitung der westdeutschen Knapen- und Arbeitervereine, gilt als Steuerungszentrale<sup>2</sup> nicht nur der oppositionellen Diskussionszirkel in Köln, sondern auch kleinerer Gruppen in Düsseldorf, Bonn, Duisburg, Bochum, Krefeld, Fulda etc., von denen nur die wichtigsten hier berücksichtigt werden können. Doch bevor auf sie eingegangen wird, soll ein kurzer Überblick über die KAB-Zentrale und die Haltung ihrer Repräsentanten zum Nationalsozialismus (NS) gegeben werden.

Die KAB-Zentrale bestand aus Präses Dr. Otto Müller, dem Vorsitzenden Josef Joos, ihrem Verbandssekretär Bernhard Letterhaus und dem Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung/Ketteler-Wacht (WAZ/KW seit 1935) Nikolaus Groß.<sup>3</sup>

Josef Joos, bis 1933 stellvertretender Vorsitzender der Zentrumspartei, wurde 1940 verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Er konnte also an den Widerstandsplanungen der 40er Jahre nicht mehr teilnehmen und überlebte so das Dritte Reich. Präses Dr. Otto Müller war ein leidenschaftlicher Gegner des Nationalsozialismus, der ungeduldig auf das Ende des Dritten Reiches wartete. Er nahm an einigen Besprechungen teil und beherbergte Goerdeler noch, als dieser auf der Flucht war. Welchen Anteil der Siebzigjährige an den zahlreichen Beratungen und Ausarbeitungen des Kölner Kreises hatte, muß dagegen offen bleiben, da noch immer eine ausführliche Biographie über diesen Arbeiterpriester fehlt, der seit 1900 mit den katholischen Arbeitervereinen verbunden war und der westdeutschen KAB von 1917 bis zu seinem Tode im Gefängnis 1944 vorstand.

2 So etwa bei Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 2. Aufl. 1990, S. 220; Hugo STEHKÄMPER, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei. Ein Überblick*, in: Jürgen SCHMÄDEKE/Peter STEINBACH (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München 1985, S. 141.

3 Zu den Personen vgl. Oswald WACHTLING, *Josef Joos: Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker 1878-1933*, Mainz 1974; DERS.: *Josef Joos*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, hrsg. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1973, S. 236-250; zur Verhaftung: Josef JOOS, *Im Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung*, Augsburg, o.J., S. 155 ff.; zu Letterhaus: Jürgen ARETZ, *Bernhard Letterhaus (1894-1944)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2, hrsg. v. R. MORSEY, Mainz 1975, S. 10-24; zu Müller: J. ARETZ, *Otto Müller (1870-1944)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, hrsg. v. J. ARETZ/R. MORSEY u.a., Mainz 1979, S. 191-203; zu Groß: J. ARETZ, *Nikolaus Groß (1898-1945)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 4, hrsg. v. J. ARETZ/R. MORSEY u.a., Mainz 1980, S. 159-171; auch: Vera BÜCKER-KAUSCIKE, *Nikolaus Groß – Der Weg eines Arbeiters und katholischen Journalisten in den Widerstand gegen Hitler*, in: «... wie sollen wir vor Gott und unserem Volk bestehen?» *Nikolaus Groß und die katholische Arbeiterbewegung in der NS-Zeit. Ein Begleitbuch zur Ausstellung des Bistums Essen (23.1.-6.4.1995)*, hrsg. v. Baldur HERMANS, Gelsenkirchen 1995, S. 16-25.

Bernhard Letterhaus, Verbandssekretär seit 1927 und vorher beim Zentralverband der Gewerkschaft der christlichen Textilarbeiter in Düsseldorf beschäftigt, war der für den Widerstand bedeutendste Kopf des Kettelerhauses. Dies gilt, obwohl er nach seiner – nur widerwillig befolgten – Einberufung zur Wehrmacht schon 1939 nur sporadisch an den Beratungen in Köln teilnehmen konnte und seit seiner Versetzung zur Abwehr/Amt Ausland im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 1942 in die Gewerkschaftsgruppe des Berliner Widerstandes integriert war. Er hatte als preußischer Landtagsabgeordneter 1933 gegen das preußische Ermächtigungsgesetz opponiert und war der entscheidenden Sitzung des Landtages ferngeblieben, weil er die Zustimmung der Zentrumsfraktion nicht verhindern konnte. So blieb im Kettelerhaus Nikolaus Groß übrig, der wegen des krankheitsbedingten Rückzuges Otto Müllers aus der täglichen Verbandsarbeit die konspirativen Treffen organisierte.

Die genannten Personen der KAB-Zentrale in Köln gehörten im deutschen Katholizismus zu den konsequenten Gegnern des Nationalsozialismus und zu den frühen Warnern. So betonte beispielsweise ein WAZ-Artikel vom 6. September 1930 die Unvereinbarkeit von Christentum und NS-Weltanschauung,<sup>4</sup> bevor es entsprechende bischöfliche Verlautbarungen gab.<sup>5</sup> Die Ablehnung des NS begründeten die Männer des Kettelerhauses jedoch nicht nur religiös oder mit der Furcht um die Preisgabe der katholischen Particularia wie Konfessionsschule, Presse, Verbände etc., sondern auch mit der Gefahr von Diktatur und Krieg, die von Hitler ausgehe. Bis zum Ende der Reichskanzlerschaft Brüning's 1932 wurde die Gegnerschaft zur NSDAP strikt durchgehalten. Sie fand ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Gleichsetzung mit dem Kommunismus, dem Synonym des absoluten politischen Gegners.

Nach dem Sturz Brüning's, den sie bis dahin rückhaltlos gestützt hatte, modifizierte die KAB jedoch ihre Einschätzung der NSDAP. Sie folgte dabei dem Kurswechsel des Zentrums unter Prälat Ludwig Kaas, an dem Joos beteiligt war. Zwar blieb die weltanschauliche und kulturpolitische Gegnerschaft zum NS bestehen, aber angesichts des Aufstiegs der NSDAP zur stärksten Reichstagsfraktion und der Unmöglichkeit einer auch nur halbparlamentarischen Regierungsweise auf der Grundlage präsidialer Notverordnungen seit der Kanzlerschaft Papens griffen im Zentrum Überlegungen um sich, ob man unter der Kaasschen Parole der Volksgemeinschaft

4 »Klare Fronten«, WAZ v. 6.9.1930.

5 Die berühmte Antwort des Ordinariates Mainz an die Gauleitung Hessen, datiert nach den Septemberwahlen 1930; s. R. MORSEY, *Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hrsg.): *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus*, Mainz 1980, S. 12.

nicht versuchen sollte, eine Koalition mit der NSDAP zu bilden. An den vorsichtigen Sondierungsgesprächen war Joos beteiligt.

Diese Verhandlungen mit der NSDAP, die die KAB mittrug, widersprachen dem bisherigen Kurs der strikten Ablehnung der Nationalsozialisten. Sie wurden psychologisch möglich nicht nur wegen der verfahrenen parlamentarischen Lage – KPD und NSDAP verfügten zusammen über die absolute Mehrheit –, sondern wegen eines Wechsels in der politischen Beurteilung der NSDAP. Hatte während der Regierung Brüning die KPD die negative Vergleichsfolie der NSDAP eingenommen, so wurde jetzt die vorrevolutionäre SPD gegen die KPD eingetauscht. Das hatte zur Folge, daß man auf eine demokratische Mäßigung der NSDAP in der Regierungsverantwortung hoffte, wie sie nach 1918 bei der SPD erfolgt war. Trotz ihrer früheren Verbalradikalität und fortbestehender atheisistischer Orientierung hatte das Zentrum mit ihr in der Weimarer Koalition zusammengearbeitet. Die KAB hatte sogar diese schwarz-rote Regierung wegen der guten sozialpolitischen Möglichkeiten den Bürgerblockregierungen vorgezogen. Ein weiterer Grund der verharmlosenden Einschätzung der NSDAP zur Zeit Papens und Schleichers lag in der Überschätzung der DNVP Hugenbergs begründet, den zum Beispiel Letterhaus und Groß als sozialreaktionär fürchteten. Sie glaubten, daß die NSDAP ihm nur die Massen zuführen sollte und die hinter Hugenberg stehende Industrie die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft abschaffen wollte, die in der Weimarer Republik mühselig errungen worden waren.

Von der Machtübernahme Hitlers am 30.1.1933 wurde die KAB-Spitze überrascht, da sie wie viele zeitgenössische Beobachter geglaubt hatte, daß die braune Flut gebannt sei. Letterhaus setzte auf ein baldiges Scheitern der neuen Regierung an ihrer wirtschaftlichen Inkompetenz. Daher lehnte er den Abschluß des Reichskonkordates als unnötige Stabilisierung der Regierung Hitler ab. Doch mußte er bald seinen Irrtum einsehen.

Die KAB geriet rasch mit den neuen Machthabern in Konflikt. Dieser fand 1934 seinen ersten sichtbaren Ausdruck im Doppelmitgliedschaftsverbot Leys für Deutsche Arbeitsfront (DAF) und konfessionelle Verbände. Immer mehr eingeschränkt, versuchte die KAB dennoch ihre Verbände soweit wie möglich zu erhalten.<sup>6</sup> Um den Zusammenhalt der Mitglieder zu wahren, fiel der Verbandszeitschrift eine wichtige Aufgabe zu. Daher versuchte die Redaktion, ihre Existenzberechtigung durch vorsichtige Zustimmung zu einzelnen Politikfeldern der NSDAP, z.B. Familienförderung, zu erkaufen.

---

<sup>6</sup> Ausführlicher zur Geschichte der KAB im Dritten Reich J. ARETZ, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Mainz 1978, sowie Michael KISSENER, »Nach außen ruhig, nach innen lebendig«. *Widerstand aus der katholischen Arbeiterschaft*, in: Peter STEINBACH/Johannes TUCHIEL (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 153-163.

An ihrer weltanschaulichen Gegnerschaft ließ sie jedoch keine Zweifel aufkommen. Um ihre Leser nicht in die Entscheidung zwischen Glauben und Nation zu zwingen; beharrte sie entgegen der NS-Propaganda auf der Vereinbarkeit von Deutschtum und katholischem Christentum. Dieser vorsichtige Kurs bei Wahrung der weltanschaulichen Distanz sicherte der Ketteler-Wacht ein Überleben bis 1938. Dann geriet auch sie, nach drei Verboten und fünf Beanstandungen, in den Sog der immer restriktiver werdenden NS-Kirchen- und Pressepolitik.

Nach dem Verbot verlagerte sich der publizistische Zusammenhalt der KAB-Gruppen auf den Vertrieb religiöser Kleinschriften, bis dem Kettelerhaus 1943 kein Papier mehr zugeteilt wurde. Danach blieben zu den verschiedenen noch bestehenden örtlichen KAB-Verbänden nur noch persönliche Kontakte – die Basis des Kölner Kreises.

#### Das Kettelerhaus als Keimzelle des Kölner Kreises

Das Kettelerhaus konnte sich zur Schaltstelle des sogenannten Kölner Kreises entwickeln, weil es mit den KAB-Ortsverbänden über ein Netz von Vertrauenspersonen und über einen gewissen Rückhalt im katholischen Volksteil verfügte, der trotz des durch die Repressalien des NS-Regimes bedingten Mitgliederschwundes im Kern erhalten blieb. Noch 1937 beklagte der Sicherheitsdienst (SD), daß bis hinunter zum kleinsten KAB-Funktionär keiner in die Partei eingetreten sei.<sup>7</sup> Eine ganze Reihe von KAB-Sekretären geriet in Konflikt mit der Gestapo; dies gilt zum Beispiel für diejenigen aus Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen. Für Gottfried Könzgen<sup>8</sup> aus Duisburg nahmen die häufigen Auseinandersetzungen ein tödliches Ende; im Rahmen der »Aktion Gewitter« nach dem mißlungenen Attentat Stauffenbergs vom 20.7.1944 wurde er verhaftet und kam im KZ Mauthausen im März 1945 ums Leben.

In den einzelnen Städten hielten die KAB-Sekretäre soweit wie möglich das Vereinsleben aufrecht. Damit bewahrten sie ein nicht von der NS-Ideologie angestecktes Personalreservoir, das die KAB für den militärischen Widerstand wertvoll machte. Darüber hinaus nahmen die KAB-Sekretäre oft an oppositionellen Diskussionen mit Gleichgesinnten aus dem katholischen Milieu teil, wozu ehemalige Christliche Gewerkschafter, Zentrumspolitiker und Vertreter anderer katholischer Verbände gehörten. Mit den Jahren knüpften sie Kontakt zu anderen Oppositionellen. Dieser Prozeß lief überall ähnlich; am Beispiel Kölns soll er etwas ausführlicher gezeigt werden.

<sup>7</sup> J. ARETZ (wie Anm. 6), S. 195 ff.

<sup>8</sup> Zu Könzgen s. die Biographie von Michael TEGGERS, *Gottfried Könzgen*, hrsg. v. KAB-Bezirksverband Duisburg, Duisburg 1986.

Der Kreis im Kettelerhaus hatte Kontakt zu einigen Gewerkschaftlern, die sich seit Januar 1934 wöchentlich in ihrem früheren Gewerkschaftshaus, dem »Deutschen Haus«, mit freien Gewerkschaftlern wie Hans Böckler und Karl Katzer trafen. Weiter bestand Verbindung zur Kolpingsgruppe mit dem Geschäftsführer des Kölner Kolpinghauses Theodor Babilon, Präses Heinz Richter, Dr. Karl Zimmermann und Dr. Leo Schwering, einem der Gründerväter der Kölner CDU. Außerdem zählten zum Kettelerhaus außer den schon erwähnten Hauptamtlichen der ehemalige Generalsekretär des rheinischen Zentrums, Josef Ruffini, als Bibliothekar, sowie weitere ehemalige Zentrumspolitiker, die bei der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA) arbeiteten. Die MIVA, bei der viele arbeitslos gewordene Zentrumspolitiker Unterschlupf gefunden hatten, war vor Kriegsende wegen Bombenschäden im Kettelerhaus untergebracht worden<sup>9</sup> und vergrößerte auf diese Weise quasi automatisch das personelle Potential des Widerstandskreises im Kettelerhaus. Bemerkenswert ist die Teilnahme des früheren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Solingen, Josef Brisch, der als praktizierender Katholik der gleichen Pfarrgemeinde wie Letterhaus und Groß angehörte und für die Verbindungen zu weiteren Sozialdemokraten, wohl auch zu Wilhelm Leuschner und Karl Severing, sorgte. Severing soll bei diesen Gesprächen der Idee Jakob Kaisers und der KAB-Vertreter zur Gründung einer Partei der Arbeit zugestimmt haben.<sup>10</sup>

Bis 1944 hatten sich die Gesprächsrunden im Kettelerhaus, ausgehend von Diskussionen über die kirchliche Lage und die zu erwartende Entwicklung, zunehmend ausgedehnt. So nahmen daran zeitweise außer den KAB-Vertretern u.a. Johannes Albers, Karl Arnold, Wilhelm Elfes, Jakob Kaiser, Walther Hensel, Andreas Hermes, Heinrich Körner, Johannes Gronowski, Wilhelm Hamacher, Franz Thedieck, Josef Hofmann, Theodor Scharmitzel (spätere CDU-Mitgründer), Rudolf Pechel, Paul Franken, Christine Teusch sowie die Dominikanerpatres Laurentius Siemer und Eberhard Welty teil.<sup>11</sup> Die Namensaufzählung zeigt, daß der Kölner Kreis das katholische Milieu nicht

9 Hermann-Josef ARENTZ, *Die Anfänge der Christlich Demokratischen Union in Köln*, in: Otto DANN (Hrsg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46*, Wuppertal 1981, S. 120; Ulrich von HEIL, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945*, Mainz 1977, S. 183; Ingrid HEGE, *Köln am Ende der Weimarer Republik und während der Herrschaft des Nationalsozialismus*, in: O. DANN (Hrsg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 27.

10 So Josef Hofmann im Gespräch mit Peter Hüttenberger am 21.11.1967, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (fortan: HSTA Düsseldorf) RWN 139.

11 Zu den verschiedenen Kreisen in Köln s. a. Nachlaß (fortan NL) Leo Schwering, Autobiographische Skizzen, S. 147 ff., Historisches Archiv der Stadt Köln (fortan Hist. Arch. Köln), 1193-1218. Die Aufzählung kann nicht erschöpfend sein, da wegen der teilweise indirekten Kontakte die Zuordnung schwierig ist; s. auch Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 1981, S. 178.

nur in Richtung SPD weltanschaulich, sondern auch sozial und konfessionell sprengte, indem Beziehungen zu katholisch-akademischen und protestantisch-konservativen Kreisen aufgebaut wurden (z.B. zu Pechel, dem Schriftleiter der oppositionellen, eher deutschnationalen Deutschen Rundschau).

Diese Milieuüberschreitung findet sich ebenfalls in anderen katholisch geprägten Oppositionsgruppen, z.B. in Düsseldorf und Bonn, die mit dem Kettelerhaus in enge Verbindung traten und gemeinsam den Kölner Kreis bildeten.

In Düsseldorf entstand schon früh ein Kreis, dem der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold<sup>12</sup>, bis 1933 Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaftsverbände und Zentrumsstadtverordneter, angehörte. Zu diesem Kreis aus früheren Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftern zählte unter anderem der katholische Jurist Dr. Walther Hensel und der ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Robert Lehr (DNVP), mit dem Arnold nach Kriegsende die Düsseldorfer CDU gründete. Über Hensel stand die Gruppe in Kontakt zu seinem katholischen Berufskollegen und Bundesbruder im Kartellverband (KV), Josef Wirmer, ein enger Berater Goedelers und von ihm als Justizminister vorgesehen, und zu dem ebenfalls aus dem KV stammenden Anwalt Josef Müller aus München, der 1938/39 im Auftrag der Abwehr (Canaris/Oster) den Vatikan über die Umsturzabsichten dieser konservativen Opposition unterrichtete. Zu Edmund Forschbach, der in Verbindung mit General von Hammerstein, Rudolf Pechel und dem Generalsekretär des Reichsverbandes der KAB, H.J. Schmitt, stand und ein Freund des beim »Röhm-Putsch« ermordeten Edgar Jung war, des Verfassers von Papens oppositioneller Marburger Rede 1934, vermittelte Hensel nach dem 30. Juni 1934 den Christlichen Gewerkschaftern Arnold, Kaiser und Körner ebenfalls den Kontakt.<sup>13</sup> Weiter zählten in den 30er Jahren zum Düsseldorfer Kreis Dr. Theo Scharnitzel und Johannes Schauff, auch Mitgründer der CDU, und wichtige Bindeglieder zum Kettelerhaus.

Eine Besonderheit im rheinisch-katholischen Widerstand stellt dieser Kreis insofern dar, als er schon sehr früh an einen gewaltsamen Umsturz dachte. Hensel, obwohl Mitglied in SA und NSDAP, nahm im Einvernehmen mit Arnold und dem Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes, Ludwig Wolker, schon Ende 1933 Kontakt zu Vertretern der illegal fortbestehenden Freikorps auf. 1935 kam die Gestapo den dilettantischen Putschplänen auf die Spur und verhaftete auch Hensel, der, obwohl ihm

<sup>12</sup> Zu Arnold s. Detlev HÜWEL, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal 1980.

<sup>13</sup> Edmund FORSCHBACH, *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984, S. 135 ff; Brief Hensels vom 19.9.1945, NL Forschbach, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (fortan ACDP) I-199.

eine direkte Hochverratsbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, für zwei Jahre wegen Verbreitung von Flugschriften inhaftiert wurde.

Der Kreis unterscheidet sich anscheinend noch in einem anderen Punkt durch weitergehende Aktivitäten von den übrigen: Aus seiner Mitte gingen die Flugblätter des »Michael Germanicus« gegen die Goebbelsche Propaganda hervor. Über H.J. Schmitt gelangte die Marburger Rede Papens ins Ausland; über Kaiser und Leuschner wurde 1937 die gegen die Düsseldorfer NSDAP gerichtete, von Hensel verfaßte Schrift »Der Düsseldorfer Korruptionssumpf« an den »Karlsbader Vorwärts« der SPD im tschechischen Exil geleitet. Bei Hensel fand die Gestapo die regimekritischen Flugschriften »Ein Ermordeter spricht. Zum Tode des Münchener Schriftstellers F. Gerlich«, der als einer der schärfsten katholischen Kritiker des NS 1934 in der Haft ermordet worden war, sowie »Ich kann nicht schweigen«, worin ein Zusammenhang zwischen dem Reichstagsbrand und Göring hergestellt wurde. Diese Schriften hatte Hensel zum Teil an seinen KV-Bundesbruder Paul Franken aus Bonn weitergegeben, der 1937 ebenfalls verhaftet wurde.<sup>14</sup>

In Bonn fand sich ein Kreis um Heinrich Körner, bis 1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften, Bernhard Deutz, ebenfalls aus den Christlichen Gewerkschaften, Paul Franken, Geschäftsführer im KV und nach 1945 wie Körner CDU-Mitgründer, und Josef Hofmann, dem Redakteur der 1941 zugrunde gegangenen zentrumsnahen Kölner Volkszeitung. Die Gruppe stand, hauptsächlich über Körner, in regem Austausch mit dem Kettelerhaus und gehörte zu dem Verbindungsnetz Christlicher Gewerkschafter von Jakob Kaiser in Berlin. Paul Franken, der seit 1933/34 seine alten Beziehungen zur KAB aus seiner früheren sozialstudentischen Arbeit wieder aufgefrischt hatte, stellte ein Bindeglied zwischen katholischer Arbeiterschaft und katholischen Akademikern dar, von denen er durch seine Position im KV viele kannte. Auf Initiative von Wirmer, Kaiser und Letterhaus in Berlin ging er Ende 1942 im Auftrag des OKW nach Rom. Dort übernahm er nach der Verhaftung Josef Müllers dessen Aufgabe, Informationen des Widerstandes an Kaas und den Jesuitenpater Leiber, einen Vertrauten des Nuntius Pacelli, weiterzuleiten.<sup>15</sup> Außerdem bestand in den 30er Jahren über Franken Verbindung nach Bad Godesberg zu Andreas

<sup>14</sup> Vgl. NL Walter Hensel, HSTA Düsseldorf RWN 88,6 und 88,5; vgl. insbes. zu Michael-Germanicus-Flugblättern: Erlebnisbericht S. 12 u. 35 f., NL Forschbach, ACDP, 199-I; vgl. auch Reinhard MANN, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt*, Frankfurt a.M. 1987, S. 219 f.

<sup>15</sup> Lebenslauf, S. 8, und Brief Dr. E. Hübinger vom 24.5.1946, in NL Paul Franken, ACDP I-013-001/4, sowie Lebenslauf Franken S. 30 ff., in HSTA Düsseldorf RWN 88-5; vgl. auch Theodor ESSER, *Erinnerungen an Paul Franken*, in: *Arminenblätter* 12/1988, S. 11 f; Victor GIELEN, *Paul Franken*, in: *Arminia 1863-1988*, Festschrift, hrsg. u. bearbeitet v. Michael FELDKAMP, Bonn 1988, S. 223.



Hermes, dem früheren Präsidenten der christlichen Reichsbauernverbände und späteren CDU-Mitgründer in Berlin, und zu Johannes Albers, bis 1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln, der seinerseits mit dem Sozialdemokraten Hans Böckler befreundet war. Weiter zählte mit Wilhelm Elfes, dem Vorgänger von Groß bei der WAZ und Polizeipräsident von Krefeld (1927-1933), eine weitere bedeutende Persönlichkeit des Kölner Kreises dazu, da von ihm eine der überlieferten Quellen des Kölner Kreises stammt. Albers und Hofmann versuchten im Februar 1944, den Bischof von Aachen, van der Velden, für den im Kölner Kreis entwickelten Plan einer demokratischen und sozialen Partei, die von den Volkskonservativen (wie bis 1933 G. F. Treviranus) bis zu den Sozialdemokraten reichen sollte, zu gewinnen. Sie überredeten ihn, am Tag X, nach erfolgtem Putsch, im Sinne der Verschwörer zum Volk zu sprechen.<sup>16</sup>

Diese Episode und Briefe von Elfes an mehrere Bischöfe im März 1944 belegen die enge Mitarbeit des Kölner Kreises bei den Planungen der Goerdeler-Gruppe, für die er das Terrain bereiten wollte, nach erfolgtem Umsturz die Bevölkerung von Hitler zu lösen.

Als letzter »Außenbezirk« des Kölner Kreises sei das Dominikanerkloster Walberberg zwischen Bonn und Köln genannt. Der Provinzial Laurentius Siemer unterhielt Beziehungen zu einzelnen Oppositionellen in- und außerhalb von Köln und bis nach München (Josef Müller, der spätere »Ochsensepp« der CSU), Koblenz und Berlin (Wirmer, Letterhaus, Eugen Gerstenmaier, die Brüder Bonhoeffer). Zu den katholischen Akademikern hatten sich die Kontakte über die Mitgliedschaft in den katholischen Studentenverbindungen KV und UV (Unitas-Verband) ergeben. Eine Gruppe aus der Unitas, zu der Theodor Scharnitzel, früherer Generalsekretär der Windthorstbunde in Köln, gehörte, traf sich seit den frühen 30er Jahren im Kloster, wobei auch »Rechtskatholiken« wie Eduard Stadler, ähnlich wie im frühen Düsseldorfer Kreis, dazuzählten. Siemer charakterisiert in seinen Erinnerungen die Gruppe als wirkungslosen »Kreis von Meckerern«, von denen nur einige Anschluß an den politischen Widerstand gefunden hätten. Bedeutsam war Siemers Verbindung zu seinem Bundesbruder im KV, Josef Wirmer, weil dieser seit 1938/39 Kontakte zur militärischen Spionageabwehr unterhielt. Er bot ihm im Spätherbst 1941 im Auftrag der militärischen Widerstandsgruppe um Oster in der Abwehr an, in deren Auftrag nach Rom zu fahren. Das Unterfangen zerschlug sich am Veto des

---

<sup>16</sup> Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker*, Mainz 1990, S. 119 ff.; zu Hermes s. auch Günter BUCHSTAB, *Andreas Hermes*, in: G. BUCHSTAB/K. GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München/Wien 1981, S. 103-119; Josef HOFMANN, *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit*, hrsg. v. R. MORSEY, Mainz 1977, S. 158, 160 u. 180 f.

Auswärtigen Amtes; statt dessen wurde Josef Müller der Verbindungsmann der Widerstandsgruppe der Abwehr zum Vatikan.<sup>17</sup>

Im gleichen Jahr, 1941, traten Körner und Groß an Siemer mit der Bitte heran, dem Zirkel im Kettelerhaus die katholische Soziallehre als Ausgangspunkt für den Neubau Deutschlands vorzutragen. Siemer stützte sich auf die Ausarbeitungen seines Mitbruders Eberhard Welty, der 1944 selbst an einigen Konferenzen teilnahm. In ihrer überarbeiteten Form stellen sie eine weitere wichtige Quelle für die Pläne des Kölner Kreises dar.<sup>18</sup>

Über einzelne Mitglieder, meist aus der Akademikerschaft, ergaben sich verhältnismäßig früh erste Verbindungen zu oppositionellen Militärs. Die ersten und folgenreichen Kontakte ergaben sich schon 1935 zu Generaloberst von Hammerstein, der als erster General zu einer Zusammenarbeit auch mit politisch links stehenden Kräften bereit gewesen war und sich 1932 für Schleichers Plan einer »Gewerkschaftsachse« vom Strasser-Flügel der NSDAP über die Christlichen bis zu den freien Gewerkschaften eingesetzt hatte. Die Idee zur Kontaktaufnahme mit Hammerstein entstand vermutlich Ende 1935 in der Düsseldorfer Gruppe um Hensel, Forschbach, Franken, Arnold und Lehr. Lehr, der mit Jakob Kaiser und Kurt von Hammerstein bekannt war, knüpfte die Verbindung zwischen ihnen.<sup>19</sup> Man verfaßte Denkschriften in der Absicht der Einflußnahme für von Hammersteins Nachfolger, Generaloberst Fritsch, bis dieser als Warner vor Hitlers riskanter Außenpolitik 1938 durch eine Intrige aus dem Amt gejagt wurde. 1941 führte von Hammerstein eine Begegnung zwischen Otto Müller und Generaloberst Ludwig Beck, dem Zentrum des militärischen Widerstandes, herbei. 1943 berichtete Müller wohl davon, als er den Besuch eines »sehr hohen Herrn vom Militär« erwähnte, der sich bei ihm nach Organisationszustand und weltanschaulicher Haltung der Mitglieder erkundigt und ihm erklärt habe: »Es könnte mal etwas eintreten, daß wir in vielen Orten Menschen brauchen, auf die wir uns verlassen können, die die Leitung der Gemeinde in ihre Hand nehmen und die richtigen Leute für die Verwaltung sowie für Ruhe und Ordnung aussuchen können. Ich kann also in einem solchen Fall auf

17 Laurentius Siemer, *Ungedruckte Erinnerungen*, NL Siemer, Archiv der Dominikanerprovinz Teutonia, Köln, S. 438 f.; Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt 1957, S. 125 f.; zu den KVern vgl. *Biographisches Lexikon des KV*, 3 Bde., hrsg.v. Siegfried KOSS/Wolfgang LÖHR, Schemfeld 1991 ff.

18 Erinnerungen, NL Siemer (wie Anm. 17); Brief Weltys vom 6.2.1962, NL Leo Schwering, Hist. Arch. Köln.

19 NL Kaiser, 313, Bundesarchiv Koblenz (BA), 19.7.1945; Helmut KRAUSNICK, *Ludwig Beck*, in: Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER (Hrsg.), *20. Juli. Porträts des Widerstands*, Düsseldorf 1984, S. 84; Erlebnisbericht 1939, S. 33 f., NL Forschbach, ACDP I-199; HSTA Düsseldorf, RWN 88-5, S. 184; Willy BUSCHAK, *»Arbeit im kleinsten Zirkel«. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 243 ff.

Sie und Ihre Organisation zurückgreifen.«<sup>20</sup> Das Datum dieses wichtigen Gespräches hat Müller nicht überliefert, ebensowenig den Namen seines Gesprächspartners. Unter der Prämisse der korrekten Überlieferung legt die Ich-Form der Formulierung die Vermutung nahe, Beck selbst habe Müller aufgesucht, da ein anderer als der designierte Reichsverweser sich wohl nicht in der ersten Person Singular ausgedrückt hätte.

Müller sah es als Aufgabe der KAB an, im Westen politisches Personal bereitzustellen, das nach erfolgtem Sturz Hitlers im Sinne der Putschisten tätig werden könnte. Daher forderte er im Dezember 1943 von einer bevorstehenden Konferenz der Diözesanpräsidien: »Der wichtigste Gegenstand der Beratungen müßte sein: was geschieht, wenn plötzlich der Krieg ein Ende nimmt, von Seiten unseres Vereins ...? Ob man nicht für diesen Fall schon die ersten Veröffentlichungen vorbereiten könnte?«<sup>21</sup>

1939 ergab sich durch Jakob Kaiser und Bernhard Letterhaus eine weitere Beziehung zu Militärkreisen. Josef Wirmmer in Berlin vermittelte ihnen als den Gewerkschaftlern zusammen mit Leuschner und Habermann Kontakt zu Generaloberst Oster in der Abwehr. Die Militärs wünschten 1940 einen Generalstreik, den der sozialdemokratische Gewerkschaftler Wilhelm Leuschner zurückwies.<sup>22</sup> Über Letterhaus verfügte das Kettelerhaus außerdem über einige Verbindungen ins Ausland, die über die Katholische Arbeiterinternationale nach Holland und in die Schweiz liefen. Bei Reisen nach Holland traf er dort einige Male den 1934 aus Deutschland geflohenen früheren Reichskanzler Heinrich Brüning. Nach Kriegsende bezeichnete Brüning ihn als »den Einzigen ..., der in der Lage sein würde, wirklich die politische Führung zu übernehmen«.<sup>23</sup>

Brüning war nach eigenem Bekunden an der Versetzung von Letterhaus in die Abteilung Ausland des OKW im Sommer 1942 beteiligt.<sup>24</sup> Hier erhielt er Einblick in die wahre Kriegslage, Informationen, die über Groß an die übrigen Mitglieder des Kölner Kreises gelangten.

20 Bericht von Pfarrer W. Grewer, Neukirchen-Vluyn, abgedruckt in: *Arbeit und Opfer*, bearbeitet von K. H. BRÜLS, Köln 1972, S. 143.

21 KAB-Archiv, Otto Müller G VII, Kommission für Zeitgeschichte (Bonn).

22 Peter HOFFMANN, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, 3. Aufl. München 1979, S. 135; Museumsverein und Kulturforum Warburg (Hrsg.), *Josef Wirmmer – ein Gegner Hitlers. Aufsätze und Dokumente*, Warburg 1989, S. 42; W. BUSCHIAK (wie Anm. 19), S. 244 f.

23 Brief Brünings an Grete Letterhaus vom 15.8.1946, Sozialarchiv im Bistum Essen, und Brüning-Brief vom 1.1.1946, NL Schwering, Hist. Arch. Köln 1193-505; H. BRÜNING, *Briefe und Gespräche 1934-1945*, hrsg. v. Claire NIX, Stuttgart 1974, S. 66 u. S. 88.

24 Brüning am 1.1.1946 u. am 15.8.1946 (wie Anm. 23).

## Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen

Der Kölner Kreis hielt über Letterhaus und teilweise über Groß Verbindung zu anderen und bekannteren Widerstandskreisen, die nicht im Westen Deutschlands beheimatet waren. Die wichtigste Verbindung ging über Letterhaus und Kaiser<sup>25</sup> nach Berlin zu Goerdeler und der Gewerkschaftlergruppe. Damit war eine Zusammenarbeit mit der aktiven Verschwörung gegen Hitler gewährleistet, da die Goerdeler-Gruppe eng mit den militärischen Verschwörern kooperierte und sie zum Handeln antrieb.

Weiter standen die Kölner über Letterhaus und Groß in Kontakt zum Kreisauer Kreis, der sich um den Juristen und Völkerrechtler im OKW Helmuth J. Graf von Moltke auf dessen schlesischem Gut gebildet hatte.<sup>26</sup> Letterhaus stand über seinen ehemaligen Kollegen in der preußischen Zentrumsfraktion Hans Peters mit Kreisau in Verbindung.<sup>27</sup>

Zum Kreisauer Kreis zählte seit Anfang 1942 der Jesuitenpater Alfred Delp, der auf Wunsch seines Provinzials Augustin Rösch als Experte für die katholische Soziallehre an den Kreisauer Beratungen teilnahm. Groß lernte Delp 1942 bei den jährlichen Konferenzen für Männerseelsorge kennen, die seit 1938 im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz unter Leitung des Ortsbischofs Dietz tagten.

Diese Zentralstelle für Männerseelsorge war der dritte Kreis, mit dem die Kölner kooperierten.<sup>28</sup> Er unterschied sich von den beiden anderen durch seine strikte Kirchenbindung und seine dadurch begrenzte Zielrichtung. Aufgrund seiner Katholizität stand er den Kölnern nach der Herkunft am nächsten.

Die Zentralstelle für Männerseelsorge in Fulda hatte sich auf der Grundlage der 1936 von der Fuldaer Bischofskonferenz entwickelten »Richtlinien für die Männerseelsorge« entwickelt. Ihre Aufgabe war rein innerkirchlich: Die pastorale Betreuung der Männer sollte reichsweit vereinheitlicht und den Möglichkeiten im NS-Staat angepaßt werden. Zu diesem Zweck trafen sich

<sup>25</sup> Zu Jakob Kaiser s. Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, Berlin u.a. 1967.

<sup>26</sup> Zum Kreisauer Kreis siehe u.a. Roman BLEISTEIN, Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt a.M. 1989; DERS., *Jesuiten im Kreisauer Kreis*, in: *Stimmen der Zeit* 200, 1982, S. 595-607; DERS., *Alfred Delp. Glaubenszeugnis im Widerstand*, in: *Stimmen der Zeit* 202, 1984, S. 219-226; Freya von MOLTKE/Michael BALFOUR/Julian FRISBY, *Helmuth James von Moltke 1907-1945. Anwalt der Zukunft*, Stuttgart 1975. Möglicherweise hatte Letterhaus auch Kontakte zum Kreisauer Kreis, da er Moltke dienstlich kannte.

<sup>27</sup> Brief von Hans Peters an Alexander Drenker vom 6.6.1948, Archiv des Kettelerhauses Köln.

<sup>28</sup> Zur Fuldaer Männerseelsorge s. *Fragen der Männerseelsorge*, Bd. 1 u. 2, hrsg. v. Anton WOHLGEMUTH, Fulda 1938/39, sowie die Aktenbestände des BA Fulda (007-01 Fasz. 1-4) und des Bonifatiushauses Fulda.

alle katholischen Verbände und Organisationen, die mit Männerseelsorge zu tun hatten, bei Bischof Dietz in Fulda. Die KAB war durch Joos, Groß oder Müller vertreten. Das Kettelerhaus engagierte sich weiterhin für dieses Gremium, indem es sich am kleinen vorbereitenden Arbeitskreis beteiligte, der sich im Frühjahr 1939 und 1941 in Köln traf. Die Themen der Fuldaer Versammlung kreisten um pastorale Fragen, wobei man unter anderem die Taktik verfolgte, zeitgenössische Wertvorstellungen wie Ehre, Mannestum, Held etc. aufzugreifen und katholisch zu interpretieren. Eine klar durchdachte Distanz zum NS-Regime, die über die Ablehnung der Rassenideologie und Kirchenpolitik hinausgriff, ließ sich so nicht gewinnen. Das änderte sich erst mit dem Hinzutreten Delps, den der Kölner Vorbereitungskreis 1941 für die Behandlung des Themas »Vertrauen zur Kirche« engagierte.

Delp befreite die Fuldaer Tagung aus ihrer auf katholische Interna begrenzte Sicht und wies sie auf die gesamt-gesellschaftliche Verantwortung von Christentum und Kirche hin. Er bezeichnete es als Pflicht des kirchlichen Amtes, für die Freiheit der Menschen zu kämpfen. 1943 forderte Delp von der Fuldaer Konferenz, Überlegungen zur staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Ende der NS-Herrschaft anzustellen, denn rein religiöse Lösungen seien keine Lösungen, da die Glaubwürdigkeit der Kirche und ihrer christlichen Botschaft von ihrem Einsatz für die Menschen abhängen.<sup>29</sup> Die Fuldaer Tagung befaßte sich daher auch mit der gesellschaftspolitischen Verantwortung der Kirche, was in – ergebnislosen – Diskussionen in kleiner Runde über den Tyrannenmord gipfelte.<sup>30</sup> Für den Kölner Kreis bedeutete die Mitarbeit der KAB-Vertreter in Fulda die enge Anbindung an die Zielsetzungen der katholischen Kirche und darüber hinaus eine Nahtstelle zum Kreisauer Kreis. Dadurch kam westdeutsches, katholisches, industrielles Denken mit preußisch-protestantischem, agrarischem Denken in Verbindung.

Nachdem Groß 1942 Delp in Fulda kennengelernt hatte, kam Delp öfter zu Beratungen nach Köln, denn die Kreisauer zogen die KAB-Spitze als Repräsentantin der katholischen Arbeiterbewegung den Christlichen Gewerkschaften um Jakob Kaiser wegen dessen enger Kooperation mit Goerdeler vor, der ihnen als Reaktionär galt. Einige Male traf Delp bei diesen Besuchen in Köln auch Letterhaus, der sich in Berlin der Goerdeler-Kaiser-Gruppe angeschlossen hatte, da er zu Kaiser seit langem enge Verbindungen hielt. Delp, der davon nichts wußte, versuchte 1942 bei

---

<sup>29</sup> R. BLEISTEIN (wie Anm. 26), S. 219; Michael POPE, *Alfred Delp SJ im Kreisauer Kreis. Die rechts- und sozialphilosophischen Grundlagen in seinen Konzeptionen für eine Neuordnung Deutschlands*, Mainz 1994.

<sup>30</sup> Interview mit Prälat Heribert Abel in Fulda am 22.04.1989.

seinem ersten Treffen mit Groß, Letterhaus für die Kreisauer zu gewinnen. Letterhaus blieb jedoch beim Goerdeler-Kreis, wohl weil er überzeugt war, daß Hitler beseitigt werden müsse, um größeres Unheil zu verhindern. Daraus leitete er die Notwendigkeit der Kooperation mit oppositionellen Militärs ab, zu denen die Goerdeler-Gruppe, nicht die Kreisauer, in Kontakt standen.<sup>31</sup> Bei ihrem Treffen im Kettelerhaus trugen Letterhaus und Delp die Meinungsunterschiede zwischen Kreisau und Berlin untereinander aus. Im Frühjahr 1943 nahm auch Kaiser an einem solchen Gespräch teil, in dem die Mißstimmigkeiten zwischen den katholischen Beteiligten des Kreisauer Kreises und der Goerdeler-Gruppe ausgeräumt werden konnten.<sup>32</sup> Da dieses Treffen nur etwas später als die große Aussprache zwischen Berlinern und Kreisauern am 8. Januar 1943 stattfand, die trotz weiter bestehender Meinungsverschiedenheiten eine engere Zusammenarbeit bewirkte,<sup>33</sup> trug es zur Kooperation dieser beiden Widerstandsgruppen bei. Das Kettelerhaus wurde somit zur Clearingstelle für die katholischen Mitglieder der Kreisauer und Berliner Gruppen und den Kölner Kreis, was auch daran ersichtlich wird, daß ebenfalls Pater Welty und Josef Wirmer, der designierte Justizminister Goerdelers, der für Freisler zu den »verbissensten, wirklich fanatisch hassenden Gegnern des Nationalsozialismus«<sup>34</sup> zählte, manchmal an den Treffen teilnahmen.

Durch den engen Anschluß von Letterhaus an den Berliner Widerstand 1942 entstand eine besonders enge Kooperation mit dem Kölner Kreis, bedingt durch die enge Freundschaft zwischen Letterhaus und Groß. Doch zumindest Letterhaus hatte wohl schon spätestens seit März 1938 lose Beziehungen zu dem Kreis um Goerdeler, was daran ersichtlich ist, daß er – nach Brüning – seine optimistischen Lagebeurteilungen für die Putschpläne der Militäropposition nicht geteilt habe. Die katholischen Vertreter des

---

31 Hans BERGER, *Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands von 1930-1945*, in: *Internationale Katholische Zeitschrift »Communio«* 10, 1981, S. 489; vgl. auch Brief von A. Drenker v. 14.7.1948, KAB-Archiv, GVI 3b, S. 489, Kommission für Zeitgeschichte (Bonn), sowie Brief v. 13.5.1948, ebd., S. 497.

32 Hugo STEHKÄMPER (wie Anm. 2), S. 895; *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, hrsg. v. Hans-Adolf JACOBSEN, Stuttgart 1984; Bericht Kaltenbrunnens vom 18.9.1944.

33 P. HOFFMANN (wie Anm. 22), S. 443 ff. Ger van ROON, *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, München 1979, S. 155; Wilhelm Ernst WINTERHAGER (Bearb.), *Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz*, Mainz 1985, S. 137 ff.

34 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 541; BA Berlin NJ 17548, Bd. 1-2, Bl. 17; H. STEHKÄMPER (wie Anm. 2), S. 875; F. FOCKE (wie Anm. 11), S. 178; Bartholomäus Koßmann in: *Saarheimat. Zeitschrift für Kultur, Landschaft, Volkstum*, 1985, S. 827; Wilhelm BÖTTTRICH, *Der Volksgerichtshofprozeß gegen Josef Wirmer. Dokumente und Erläuterungen*, in: *Josef Wirmer* (wie Anm. 22), S. 69 u. 85.

Berliner Widerstandes (Kaiser, Wirmer, Letterhaus) stellten in den folgenden Jahren den Kontakt zwischen Goerdeler und dem Kettelerhaus her, um ihre eigene Position zu stärken, die Basis des Widerstands zu vergrößern und den künftigen Reichskanzler mit dem Gedankengut des sozialen Katholizismus vertraut zu machen. 1942 berieten die Berliner Gewerkschaftsgruppe und die Kölner über sozialpolitische Entwürfe. 1943 verlagerte sich der Beratungsschwerpunkt aufgrund des Druckes der militärischen Verschwörer auf die personelle Besetzung von Schlüsselpositionen nach erfolgtem Umsturz. Um diese Fragen für Westdeutschland zu besprechen, kam Goerdeler im Herbst 1943 nach Köln, wobei man eine provisorische, nicht überlieferte Liste beschloß.<sup>35</sup> Außerdem beriet man über das künftige Verhältnis von Staat und Kirche, wozu eine Abhandlung Siemers als Grundlage dienen sollte.<sup>36</sup>

An der Personalplanung für die Regierung der Verschwörer waren Vertreter des Kölner Kreises nicht nur mit gelegentlichen Gesprächen beteiligt. Letterhaus war nach der letzten, von Kaiser überlieferten Kabinettsliste als Wiederaufbauminister vorgesehen, wurde aber auch als Politischer Beauftragter des Wehrkreises Münster geführt. Den Politischen Beauftragten war in der Personalstruktur des Widerstandes die wichtige Rolle zuge-dacht, nach dem Putsch erst als Berater der Generalkommandeure, dann als Oberpräsidenten zu fungieren. Groß versuchte im Auftrag von Kaiser und Goerdeler, den Zentrumspolitiker und früheren Regierungskommissar (bis 1935) im Saarland Bartholomäus Koßmann für den Wehrkreis Wiesbaden zu gewinnen.<sup>37</sup>

Die Einbindung des Kölner Kreises in das zivile Zentrum des Widerstandes in Berlin erweist sich somit als recht intensiv; man kann ihn sogar als dessen Standbein im Westen bezeichnen. Wenn man berücksichtigt, daß der Kölner Kreis von dem von Jakob Kaiser mit ehemaligen Christlichen Gewerkschaftern aufgebauten Netz nicht zu trennen ist und deren Bedeutung für die Goerdeler-Gruppe in Rechnung stellt, scheint diesen katholisch geprägten Gruppen eine gewisse Schlüsselstellung im zivilen Widerstand eigen gewesen zu sein, da sie eine Vermittlerposition sowohl zur protestantisch-national-konservativen Opposition als auch zum Widerstand aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einnahmen, zumal einige Gruppierungen sich schon Ende 1933, sicher datierbar nach dem 30.6.1934, formierten. Ihnen gelang es seit den 30er Jahren, alte soziale und weltanschauliche Barrieren zu durchbrechen, was angesichts der traditionellen

<sup>35</sup> Siemer, Erinnerungen (wie Anm. 17), S. 124; Heinrich Brüning (wie Anm. 23), S. 181, Eintragung v. März 1938.

<sup>36</sup> BA Koblenz, NL J. Kaiser, Siemer vom 16.6.1945.

<sup>37</sup> Hafibefehl des Ermittlungsrichters beim Volksgerichtshof (VGH) vom 10.11.1944, Landesarchiv Saarbrücken LEA 8611.

Fremdheit zwischen katholischer Arbeiterschaft im Westen und preußisch-konservativen, protestantischen Offizieren beachtlich ist.

#### Die Zukunftspläne: Quellenlage

Über die Zukunftsvorstellungen des Kölner Kreises sind keine direkten Quellen überliefert, denn die beiden Schriften *»Ist Deutschland verloren?«* und *»Die großen Aufgaben«* wurden nach dem gescheiterten Attentat von 1944 vermutlich von Nikolaus Groß vernichtet.<sup>38</sup> Diese Schriften hatte er gemeinsam mit Wilhelm Elfes als Zusammenfassung der Gespräche im Kettelerhaus seit 1941 verfaßt. So bleibt nur der Versuch einer Rekonstruktion aus Texten von Teilnehmern des Kölner Kreises. Dabei steht die Frage nach ihrem Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie im Vordergrund, denn in seiner verhältnismäßigen Demokratiefreundlichkeit liegt das Spezifische des Kölner Kreises. Die wichtigsten Quellen stammen von Wilhelm Elfes und Pater Eberhard Welty.

Von Elfes liegen neben einigen kleineren Schriften Notizen für einen Vortrag für eine geheime Konferenz der KAB 1942 in Bochum, ein Brief an Otto Müller mit Kritik an den Kölner Planungen vom 21.6.1943 und ein 1944/45 im Versteck verfaßter Titel *»Ich bitte ums Wort«* vor,<sup>39</sup> der teilweise auf der Bochumer Konferenz mit KAB-Sekretären beruhte.<sup>40</sup> Die Bedeutung dieser Quellen liegt in der erwähnten Mitautorenschaft von Elfes an den verlorengegangenen Schriften des Kölner Kreises.

Die Bedeutung der Überlieferungen von Welty liegt dagegen in der Tatsache, daß die beiden nicht mehr vorhandenen Texte des Kölner Kreises nach Diskussionen mit ihm bzw. Siemer aufgrund seiner Vorlagen entstanden. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie teilweise erst nach dem Ende des Dritten Reiches verfaßt wurden. Die frühere und kürzere Schrift *»Was nun?«* beruhte auf Weltys Vorschlägen für einen Hirtenbrief, den die deutschen Bischöfe nach den Vorstellungen des Kölner Kreises nach dem Ende des Dritten Reiches verlesen sollten. Hintergrund dieser Initiative war die Skepsis, ob die Bischöfe von sich aus auf die von den Kölnern für richtig gehaltene Weise Stellung bezögen.<sup>41</sup> Entsprechend der religiösen Zielrichtung finden sich in der Schrift *»Was nun?«* viele theologische Gedankengänge. Daher

38 NL Leo Schwering, Hist. Arch. Köln; Bericht Josef Hofmann 1977, in: HOFMANN (wie Anm. 16), S. 122; Interview mit Gertrud Elfes am 6.8.1991.

39 *»Ich bitte ums Wort«*, NL Elfes, 1518-1577, S. 33-37, Stadtarchiv (StA) Mönchengladbach.

40 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 116.

41 *»Man hatte kein richtiges Vertrauen zur Aktivität der Bischöfe«*, berichtet Siemer am 16.6.1945, NL Leo Schwering, 330,1, S. 6, Hist. Arch. Köln.



stützt sich die folgende Analyse primär auf die politischer gehaltene zweite Schrift.

Weltys erst 1946 veröffentlichter Text »*Entscheidung in die Zukunft*« beruhte in ähnlicher Weise auf seinen Ausarbeitungen für den Kölner Kreis. Sie wurden in seiner Abwesenheit im Kettelerhaus diskutiert. Nach eigenen Angaben überarbeitete Welty sie nach der Diskussion im Kettelerhaus, wie er nach Kriegsende den Gründern der Kölner CDU bei ihrem ersten Treffen in Walberberg versicherte.<sup>42</sup> Doch angesichts des zeitlichen Abstandes von gut einem Jahr ist Skepsis angebracht, ob seine Schrift wirklich völlig den Änderungswünschen der damaligen Diskussionsteilnehmer entspricht oder ob nicht vielmehr nachträglich Weltys eigene Vorstellungen in stärkerem Maße eingeflossen sind. Sicherlich ist es nicht möglich, seine Schriften mit den Kölner Absichten gleichzusetzen, wie es teilweise in der Literatur geschieht.<sup>43</sup>

Zwischen den Texten von Elfes und Welty sind zum Teil Widersprüchlichkeiten zu konstatieren. So muß aus der Zusammensetzung des Kölner Kreises sowie der Art seiner Verbindungen nach Berlin und Kreisau auf die plausiblere Variante geschlossen werden. Außerdem besteht zwischen den Schriften von Elfes und Welty ein formaler Unterschied. Weltys Texte sind länger und zum Teil akademisch-philosophisch geprägt; Elfes richtete sich an nicht akademisch gebildete KAB-Vertreter; der Form nach handelt es sich um Vorträge oder Briefe.

Ein weiteres Hilfsmittel zur Rekonstruktion der Kölner Pläne sind Texte von anderen Mitgliedern des Kreises. Einzelne Hinweise hat Josef Hofmann überliefert. Von Nikolaus Groß existiert zwar ein umfangreicher Nachlaß, aber er war kein originärer politischer Denker. Seine Schriften befassen sich hauptsächlich mit Familie, Gemeinde und Kirche;<sup>44</sup> daher ist auch seine Autorschaft für die verlorengegangenen Schriften nicht sehr hoch zu veranschlagen.

### Vorstellungen zu Staatsaufbau und Parteien

Der Kölner Kreis befaßte sich mit dem Parteienproblem intensiver als mit dem Staatsaufbau, bei dem er offensichtlich mit großer Selbstverständ-

---

42 Welty an Kosthorst 11.6.1964, NL J. Kaiser 56, BA Koblenz, und Welty an Schwering 11.1.1962, NL Leo Schwering 1193, Hist. Arch. Köln.

43 Etwa Hans MOMMSEN, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands*, in: Hermann GRAML (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1984, S. 47 f. u. 66 ff., sowie F. FOCKE (wie Anm. 11).

44 Vgl. Dokumentation Groß, Bd. II 3, zusammengestellt von Vera Bücken, Sozialarchiv im Bistum Essen, 1992.

lichkeit eine wie auch immer geartete Demokratie voraussetzte. Das wird besonders an den Schriften von Elfes deutlich.

Wie die Berliner und Kreisauer gingen auch die Kölner von einer breiten Volksbewegung zur Unterstützung der Umsturzregierung aus, die sie durch Flugschriften propagandistisch vorzubereiten suchten.<sup>45</sup> Doch verstanden sie darunter nicht wie die Konservativen um Goerdeler lediglich ein Auffangbecken oder wie die Kreisauer eine neue Elite aus allen Schichten, sondern eine breite, mehr oder weniger christlich orientierte Volkspartei.<sup>46</sup>

Während der Kreisauer Kreis, entsprechend seinem organischen Politikverständnis und seiner Idee konfliktfreien Regierens, versuchte, eine Demokratie ohne Parteien zu konzipieren, gestand die Goerdeler-Gruppe den Parteien nur ein äußerst beschränktes Mitwirkungsrecht zu, da sie lediglich die Hälfte der Abgeordneten der zweiten Kammer stellen sollten.<sup>47</sup> Demgegenüber betrachteten die Kölner Parteien nicht als notwendiges Übel, sondern als Selbstverständlichkeit. So betrachtete Elfes ein aus (berufs-)ständischen Organisationen gebildetes Parlament nicht, wie Goerdeler, als das Wünschenswerte, sondern lediglich als »provisorische Volksvertretung – eine Art Vorparlament«, da es zur Zeit »an jeder sonstigen Voraussetzung fehlt«. <sup>48</sup> Damit deklarierte er die Berliner Pläne zum Provisorium und Durchgangsstadium zur parlamentarischen Parteiendemokratie, denn »die Wahl einer parlamentarischen Volksvertretung muß alsbald in die Wege geleitet und nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt werden, damit eine wirkliche Volksregierung gebildet werden kann ...«. <sup>49</sup>

Die Parteien waren also für die Kölner ein selbstverständliches Element der Demokratie. Unter ihr verstand Elfes, daß jeder Bürger die gleichen Rechte, jeder eine Stimme hat und jeder wählbar ist sowie die Zusammensetzung der Regierung nach dem Größen- und Kräfteverhältnis der Parteien erfolgt.<sup>50</sup> Deren Existenz und ihre dominierende Rolle für die Regierung setzten die Kölner also mit größerer Selbstverständlichkeit als die Kreisauer und Berliner voraus. Dementsprechend machten sie sich gründliche Gedan-

45 NL Hensel, HSTA Düsseldorf RWN 88; Gabriele ZIELINSKI, *Der Kölner Kreis 1928-1935*, Ruhr-Universität Bochum, unveröffentlichte Magisterarbeit 1989, S. 125.

46 Hans MOMMSEN, *Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung. Beiträge zum Thema Widerstand*, hrsg. v. Informationszentrum Berlin 1985, S. 586; DERS., *Neuordnungspläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944*, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *50. Jahrestag des Attentates vom 20. Juli 1944. Zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft*, Bonn 1994, S. 27-48.

47 Albrecht von MOLTKE, *Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln 1989, S. 214 ff.; G. van ROON (wie Anm. 33), S. 152 f.; H. MOMMSEN (wie Anm. 23); J. Wörner (wie Anm. 22).

48 StA Mönchengladbach, NL W. Elfes, 1518-1577, S. 67, März 1943.

49 StA Mönchengladbach, NL W. Elfes, 1518-1577, S. 67/68.

50 Eberhard WELTY, *Die Entscheidung in die Zukunft*, Köln 1946, S. 227.

ken über das wünschenswerte Aussehen einer Partei, die ihre Interessen vertreten könnte.

An eine Wiedergründung des Zentrums dachte offensichtlich niemand im Kettelerhaus, sondern eine größere Interessenzusammenfassung war allen Beteiligten selbstverständlich. Dafür wurden verschiedene Modelle diskutiert, ohne daß festzustellen ist, für welches man sich endgültig entschied. Eines davon sah eine Partei der Arbeit vor und sollte den christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern eine politische Heimat bieten. Es stellte somit das politische Pendant zur in der Gewerkschaftsgruppe um Goerdeler intendierten Einheitsgewerkschaft dar und wurde zeitweise besonders von Jakob Kaiser und Wilhelm Elfes favorisiert.<sup>51</sup> Elfes begründete die Notwendigkeit einer solchen Partei ohne konfessionelle Bindung, weil die Arbeiterschaft die tragende Schicht des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens sei. Diese Partei sollte explizit auf kirchliche Bindungen verzichten, um die Kirche nicht mit unpopulären, aber notwendigen Maßnahmen zu belasten. Nur wenn die Kirche bedroht sei, sei eine christliche Partei vonnöten.<sup>52</sup> Damit erteilte er selbst einer interkonfessionellen Partei eine Absage, womit er entsprechenden Überlegungen der Berliner Gewerkschaftler entsprach. Folgerichtig lehnte er noch 1945 den Zusatz »christlich« im Parteinamen der neuen Partei ab.<sup>53</sup>

Es ist fraglich, ob die Mehrheit des Kölner Kreises diese Konzeption teilte, nach der die Kirche ohne unmittelbaren politischen Einfluß bleiben sollte. Sie lief dem Denken zumindest der KAB-Spitze zuwider, die sich in der Weimarer Zeit heftig gegen eine Vertretung katholischer Arbeiterinteressen außerhalb des (kirchennahen) Zentrums mit dem Argument gewehrt hatte, die Wahl einer anderen Partei entfremde die katholischen Arbeiter langfristig der Kirche und lasse sie religiös gleichgültig werden.<sup>54</sup> Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Entwicklung im Dritten Reich und persönliche Kontakte über das katholische Milieu hinaus die KAB-Vertreter den engen konfessionellen Blickwinkel verlieren ließen, so ist nicht denkbar, daß sie einer Partei zustimmten, in der das katholische Element eine Minorität dargestellt hätte. Eher ist davon auszugehen, daß sie einer zweiten Konzeption

51 Gerhard BEIER, *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften*, in: Richard LÖWENTHAL/Patrik von zur MÜHLEN (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945*, Bonn/Berlin 1982, S. 48 f.; E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 65; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949*, Stuttgart 1981, S. 34; Willi Eichler, HSTA Düsseldorf, RWN 139, S. 27, und J. HOFMANN (wie Anm. 16), S. 69; A. ESSER (wie Anm. 16), S. 119 f.

52 W. Elfes, »Ich bitte ums Wort«, S. 36 f., StA Mönchengladbach 15/8/77.

53 Wolfgang LÖHR, *Rechristianisierungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945-1948*, in: Jochen-Christoph KAISER/Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 37, Anm. 25.

54 H. BERGER (wie Anm. 31), S. 375.

zuneigten, die in Berlin von Kaiser und besonders von Wirmmer diskutiert wurde. Sie ging zwar auch von einer Partei der Werktätigen aus, ohne aber den kirchlichen Einfluß explizit auszuschließen. Diese Partei sollte ausdrücklich keine reine Arbeiterpartei sein. Die Mitarbeiterin Kaisers im Widerstand, Dr. Elfriede Nebgen, überliefert, daß Letterhaus und Groß für diese Einsicht offen gewesen seien.<sup>55</sup> Besonders Hermes drang darauf, daß die Partei sich nicht nur schwerpunktmäßig auf Arbeiter, sondern auch auf die Bauernschaft als zweite Säule stützen müsse. Elfes schloß zwar auch in einer späteren Schrift, die vielleicht auf dem – verlorengegangenen – von ihm gemeinsam mit Hermes erarbeiteten Parteiprogramm beruhte,<sup>56</sup> die Bauern in seine Partei der Arbeit ein, erwähnte sie aber nur am Rande. Für ihn standen weiterhin die Arbeiter im Mittelpunkt als »tragende Schicht« des deutschen Volkes. Daher verstand er die »Partei der Arbeit« auch nicht als »Klassen- oder Interessen-« sondern als »wahre Volkspartei«, die allen »schaffenden Ständen« offenstehen solle, soweit sie der »politischen und sozialen Kultur des Volkes«<sup>57</sup> dienen wollten.

Dennoch hatte dieses Modell wegen der sozialen Ausrichtung auf die Arbeiterschaft als wichtigste gesellschaftliche Gruppe einen tendenziell weniger konservativen Zuschnitt als das von Hermes mit der starken Betonung des Bauerntums. Dieses stand aufgrund seiner traditionellen Einstellungen in größerem Umfang dem Bürgertum offen, was den protestantisch bürgerlichen Vertretern der »Untergruppen« des Kölner Kreises entgegenkam. Wirmmer ventilerte als dritte Variante die Idee einer christlichen Partei beider Konfessionen.<sup>58</sup> Sie stand nicht so sehr in Hinsicht der anvisierten sozialen Basis im Widerspruch zu Elfes' Überlegungen wie hinsichtlich des kirchlichen Einflusses, den Elfes ja gerade ausgeschlossen wissen wollte.

Wirmers Vorstellung dürfte der Gedankenwelt der Kölner am nächsten gekommen sein, da sie sowohl Christlichkeit als auch den alten Gedanken des Sozialkatholizismus der Volksgemeinschaft umfaßte und auch der sozialen Zusammensetzung einiger »Ortsgruppen« entsprach. Möglicherweise nahm sie sogar aus dem rheinischen Widerstand ihren Ausgang.<sup>59</sup>

Von Letterhaus ist bekannt, daß er der Idee einer überkonfessionellen Partei nahestand, wie sie ja auch in der Tradition des Essener Programms Stegerwalds von 1920 lag. Im Prozeß vor dem Volksgerichtshof nannte Letterhaus als Ziel »eine möglichst viele politische Gruppen umfassende

55 E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 188.

56 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 120.

57 Brief an O. Müller v. 21.6.1943, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 74.

58 J. Wirmmer (wie Anm. 22), S. 43.

59 So behauptet Anna Hermes, diese Idee einer großen Volkspartei von der SPD bis zu den Konservativen habe Kaiser 1942 mit nach Berlin gebracht, Erinnerungen, S. 234, NL Andeas Hermes, ACDP I-090/160/2.

Volksbewegung mit dem Bekenntnis zum Christentum«.<sup>60</sup> Darin kam die Interkonfessionalität und soziale Heterogenität der anvisierten Partei zum Ausdruck.

Im Unterschied zu der ähnlichen Konzeption der Berliner Gewerkschaftsgruppe machte sich der Kölner Kreis nur Gedanken über die für ihn selbst wünschenswerte Partei, nicht über das Parteiensystem als Ganzes.

Bei den Staatsvorstellungen kommt der obengenannte partielle Widerspruch zwischen den Gedanken von Elfes und Welty zum Tragen, obwohl beide von einem Mehrparteiensystem ausgingen. Bei Welty wird dies nicht näher konkretisiert, während Elfes unzweifelhaft eine »parlamentarische Volksvertretung auf demokratischer Grundlage nach den Regeln des Mehrparteiensystems«<sup>61</sup> erstrebte. Damit kam er einer parlamentarischen Demokratie, wie sie sich in der Bundesrepublik herausbildete, näher als Goerdeler, Kaiser und erst recht als Kreisau. Der Kreisauer Kreis wünschte einen subsidiär über Gemeinde, Kreis, Land und Reich aufgebauten Staat mit starkem Reichsoberhaupt, wobei nur die beiden unteren Körperschaften direkt gewählt werden sollten; die Goerdeler-Gruppe strebte einen dezentralisierten, präsidialen Einheitsstaat an, der sich an den Reichsreformplänen Brüning und besonders am konstitutionellen System Bismarcks orientierte.

Von beiden Konzeptionen heben sich sowohl Weltys als auch Elfes' Überlegungen ab, die beide nicht daran denken, die Wirkungsmöglichkeiten von Parteien einzuschränken. Für Elfes sollte die Regierung der Volksvertretung verantwortlich sein, aber über genügend eigene Autorität und Beständigkeit verfügen, um notwendige große Staatsaufgaben aufgreifen und durchführen zu können.<sup>62</sup> Darin ist eine Reaktion auf die instabilen Verhältnisse und häufigen Regierungswechsel in der Weimarer Republik zu sehen, wobei Elfes freilich nicht wie Goerdeler zu den konstitutionellen Lösungen des 19. Jahrhunderts zurückkehrte. Er forderte eine starke Regierung, nicht, wie Goerdeler, ein starkes Staatsoberhaupt, worin sich seine größere Unbefangenheit gegenüber der westlichen Demokratie zeigt. Als Gegengewicht zur Zentralgewalt wünschte Elfes eine Selbstverwaltung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Körperschaften und Organisationen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip tätig werden sollten.<sup>63</sup> Darin traf er sich mit ständischen Überlegungen der anderen Widerstandskreise und baute

<sup>60</sup> H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

<sup>61</sup> StA Mönchengladbach 15/8/101 S. 37 f., und A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117; E. Welty, Was nun?, S. 16.

<sup>62</sup> StA Mönchengladbach 15/8/101, S. 37 f.

<sup>63</sup> Schrift Elfes, Sommer 1942, Textkopie erhalten von Gertrud Elfes. Elfes beurteilte die Weimarer Republik nicht so schlecht wie andere: »... den bürgerlich-liberalen Staat, der freilich viel Gefälliges hatte ... eine Verfassungsurkunde, die freilich voller guter Gedanken war ...« (S. 1); A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117.

ebenfalls berufsständische Elemente neben demokratischen in das politische System ein.

Anders als Elfes legte Welty auf das Wie der Staatsform und der Regierungskontrolle, der Beratung und Beschlußfassung weniger Wert, da er sie nur en passant erwähnte. Bezüglich der Parteien sei nur eine unbegrenzte Vielfalt und Verzettelung durch geeignete Bestimmungen zu verhindern, sonst aber habe die jüngste Entwicklung den Spott über den pluralistischen Parteienstaat widerlegt, den er folglich nicht ablehnte. Die Regierung müsse nicht vom Parlament abhängig sein und brauche nicht für alles seine Zustimmung.<sup>64</sup>

Welty dachte weniger von der Kompetenzverteilung als vom Staatsziel her, für das die Staatsgemeinschaft einer umfassenden und starken äußeren Ordnung bedürfe,<sup>65</sup> womit ein starker, autoritärer Staat impliziert war. Die deutsche Staatsgemeinschaft sollte ausgerichtet und geleitet werden entsprechend den Grundsätzen der christlichen Sittenlehre.<sup>66</sup> Damit wies er der Kirche letztlich ein Richtertum über die Staatstätigkeit zu – einerseits eine Reaktion auf den NS-Unrechtsstaat, andererseits ein an mittelalterlichen Vorstellungen orientierter Hegemonialanspruch, der die seit der Reformation erfolgte Säkularisierung und Pluralisierung der Gesellschaft außer acht ließ. Die staatlich-politische Gemeinschaft sei in die christliche Lebensordnung einbezogen und habe dem – transzendenten – Endziel zu dienen. Dementsprechend definierte Welty als Staatsziel die Aufgabe, der Kirche die Gelegenheiten und Einrichtungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen sollten, als die große und gottbestellte Erzieherin der Menschen zum »christlichen Gesamtlebensziel« in möglichst freier und wirksamer Form zu arbeiten.<sup>67</sup>

Die Dominanz der katholischen Kirche in allen die Sittenlehre tangierenden Themen postulierte Welty deutlich, denn nach seiner Meinung käme die Staatsgemeinschaft nicht daran vorbei, »bei geeigneten Kennern der natürlichen wie christlichen Sittenlehre anzufragen, ob dieses oder jenes geplante Gesetz das Gewissen der Bürger nicht belastet und wenn ja, ob und wie es abzufassen ist, damit dieser Widerstreit nicht eintritt.«<sup>68</sup> Zusätzlich forderte er den kirchlichen Primat über die Wissenschaft: »Manchmal findet menschliches Forschen und Überlegen allein nicht die notwendige Gewißheit, sondern einzig das unfehlbare Lehramt der Kirche kann die endgültige Entscheidung fällen.«<sup>69</sup>

64 Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947*, Mainz 1975, S. 61; E. WELTY (wie Anm. 50), S. 86 f. u. S. 98.

65 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 80, u. DERS. (wie Anm. 61), S. 14.

66 DERS. (wie Anm. 50), S. 188.

67 EBD., S. 127; DERS. (wie Anm. 61), S. 4-7.

68 DERS. (wie Anm. 50), S. 179.

69 EBD., S. 67.

Die allgemeine Kritik am Rechtspositivismus und eine Rückwendung zum Naturrecht, die nicht auf katholische Kreise beschränkt blieb, sondern auch bei den Kreisauern zu beobachten war und auch später im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland seinen Niederschlag fand, implizierte das Problem einer Instanz zur Interpretation des Naturrechts. Diese Frage blieb meist unbeantwortet, da sie das Zentralproblem des Naturrechts, seine verbindliche Definition, aufwarf. In unbekümmerter Selbstsicherheit reklamierte Welty das Definitionsrecht für die katholische Kirche, ohne zu fragen, ob dies in der modernen Gesellschaft noch zeitgemäß war. Dagegen meldete Elfes Zweifel an, ob das deutsche Volk noch ein christliches sei, was bei den Zukunftsplanungen berücksichtigt werden müsse.<sup>70</sup> Welty entwickelte aus dem kirchlichen Anspruch auf das Sinnmonopol sein autoritäres Staatsbild, das von Sorge um Machtmißbrauch nicht tangiert war, obwohl dies nach den NS-Erfahrungen eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Aber da er die Staatsmacht unter Kuratel der moralischen Instanz Kirche stellte, erübrigte sich für ihn der Schutz vor Machtmißbrauch. Für ihn wie auch für Delp in Kreisau entsprang die moralische und rechtliche Katastrophe des Nationalsozialismus aus dem liberalen Staatsverständnis der Weimarer Zeit, das den Staat als »bloße Versorgungsanstalt für Sachgüter«<sup>71</sup> begriffen habe, ohne ihm eine ethische Fundierung im Naturrecht zu geben. Da er dieses Manko aufheben wollte, machte er ähnlich wie Delp sich viele Gedanken um die Neukonstitution des Rechts.<sup>72</sup>

Der autoritäre Charakter von Weltys Staatsmodell kam hauptsächlich in Erziehungs- und Bildungsfragen zum Tragen, eine traditionelle Domäne der Kirche, in der sie den Vorrang beanspruchte. Nur daraus ist zu erklären, daß er der Staatsgemeinschaft das Recht zusprach, »den Eltern streng zu verbieten, ihre Kinder im Sinne derartiger erwiesener falscher und gefährlicher Anschauungen zu erziehen«.<sup>73</sup>

Damit leugnete er das im Dritten Reich von der Kirche so hartnäckig verteidigte Elternrecht, wo es wegen des Monopolanspruches der Kirche opportun erschien, denn der Staat fungierte hier lediglich als weltlicher Arm der Kirche und handelte nicht aus eigenem Recht. Im Gegensatz dazu sah Elfes »die persönliche Gewissensfreiheit« als »das oberste Prinzip eines Kulturvolkes«<sup>74</sup> an, womit er das Gewissen des Einzelnen, in Vorwegnahme des zweiten Vaticanums, über den Gehorsamsanspruch der Kirche stellte.

70 StA Mönchengladbach 15/8/77.

71 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 81.

72 DERS. (wie Anm. 61), S. 10-15; M. POPE (wie Anm. 29), S. 213.

73 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 122.

74 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117.

Die Unterordnung des Staates unter die Kirche widersprach eindeutig Elfes' Vorstellungen nicht nur beim Schulwesen, bei dem er sich unter gewissen Bedingungen sogar eine Anerkennung der Gemeinschaftsschule vorstellen konnte.<sup>75</sup> Die kirchliche Hegemonie haben aber auch, anders als Welty, zumindest Otto Müller und Siemer nicht verlangt, obwohl auch ihnen selbstverständlich der Einfluß der Kirche in Erziehungsfragen wichtig war. Bei anderem Sachverhalt hätte der liberal geprägte Goerdeler eine Abhandlung Siemers zum Schulwesen, in der dieser eine enge Zusammenarbeit von Staat und Kirche in der christlichen Gemeinschaftsschule beschrieb, als Gesetzentwurf nicht verwerten wollen.<sup>76</sup> Welty dürfte in der Erziehungsfrage weitgehend isoliert gewesen sein.

Die in Weltys Staatsvorstellung in Erziehungsfragen der Kirche dienende Funktion ist konstitutiv für sein Interesse an einer Stärkung der Autorität des Staates. Daher lehnte er Kritik am Staatshandeln weitgehend mit dem Argument ab, daß der Staat sich dort zur Wehr setzen müsse, wo Unberufene (!) an Maßnahmen einer Regierung Kritik übten. So befürwortete er eine handfeste Zensur.<sup>77</sup> Dennoch versuchte Welty, Intoleranz und Illiberalität zu mildern, indem er sich gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger aussprach.<sup>78</sup> Den hier auftretenden Widerspruch versuchte er durch eine Inhalts- und Formbestimmung erlaubter Kritik zu lösen. Formal sollte Kritik in »ehrerbietiger« Weise gestattet sein. Sie sollte sich auf Gesetze und Maßnahmen im Vorbereitungsstadium beschränken und bei deren Inkrafttreten verstummen.<sup>79</sup> Inhaltlich begrenzte er sie so: »Im höchsten Sinne strafbar macht sich, wer es wagt, die naturrechtlich-christliche Grundlage des Staatswesens öffentlich anzuprangern oder anzugreifen.«<sup>80</sup> Damit unterstrich er nochmals die Suprematie der Kirche. Zu diesen Schlüssen gelangte Welty, weil er den Nationalsozialismus als Endstufe des Säkularisierungsprozesses und verhängnisvolle Konsequenz der Abwendung von Gott interpretierte. Diese damals weit verbreitete Deutung vertraten auch andere Mitglieder des Kölner Kreises.

In Weltys Staatsbild verbinden sich mittelalterliche Vorstellungen bezüglich der Rolle der Kirche mit modernen, parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsentwürfen, was er offensichtlich für miteinander vereinbar hielt. Darin unterschied er sich von Elfes, der sogar eine starke Verquickung

---

<sup>75</sup> Elfes an die Bischöfe von Aachen, Trier, Mainz, Breslau, Paderborn (nicht erreicht), März 1944, STA Mönchengladbach 15/8/77, S. 84.

<sup>76</sup> Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt a. M. 1957, S. 130.

<sup>77</sup> E. WELTY (wie Anm. 50), S. 209.

<sup>78</sup> EBD., S. 211.

<sup>79</sup> EBD., S. 220 f.

<sup>80</sup> EBD., S. 218.



von Staat und Kirche, wie gezeigt, ablehnte, so daß innerhalb des Kölner Kreises diesbezüglich konkurrierende Modelle existierten. Mit seinem weltanschaulich-kirchlichen Monopolanspruch stand Welty innerhalb der Widerstandskreise allein. Dieser wurde selbst dort in dieser Radikalität nicht geteilt, wo, wie bei J. Hofmann, ebenfalls Mitglied des Kölner Kreises, den Kirchen eine geistige Schlüsselrolle zur Wiederherstellung des inneren Friedens zugebilligt wurde. Hofmann verlangte lediglich eine privilegierte staatliche Förderung des Theologiestudiums.<sup>81</sup>

Die Goerdeler-Gruppe lehnte Weltys kirchliche Ansprüche wegen ihrer Verhaftung in altliberalem, aber auch konservativem und protestantischem Denken ab. Aber auch der Kreisauer Kreis sprach sich ganz im Gegensatz zu Welty für eine Trennung von Staat und Kirche aus. Selbst Delp als einer seiner katholischen Vertreter hielt eine einfache Rückkehr zum christlichen Staat für keine Lösung der Zeitprobleme, da er die Zurückfindung des Menschen zu sich selbst nicht leiste. Delp kritisierte die hierarchische Bürokratie der katholischen Kirche, da sie den Menschen als Subjekt des kirchlichen Lebens aus dem Auge verloren habe.<sup>82</sup> Die Aufhebung der Selbstentfremdung sei aber die Voraussetzung für die religiöse Wiederansprechbarkeit des Menschen. Dazu müsse die Kirche durch Erziehung zu Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit beitragen sowie ihre weltliche Macht reduzieren, da »der europäische Mensch die nächsten 100 Jahre keine Bündnisse zwischen Thronen irgendwelcher Art und den Altären verträgt«<sup>83</sup> – ein diametrales Kontrastprogramm zu Welty und eine gewisse Ähnlichkeit zu den Argumenten von Elfes. Daher schlug das Kreisauer Staatsmodell die Beseitigung des Staates in seiner modernen und technisierten Form vor, damit der einzelne in kleinen Gruppen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip reintegriert werden könne.

Der Unterschied zwischen den beiden Patres Welty und Delp liegt tiefer als nur in den für die Kirche erstrebten staatskirchenrechtlichen Strukturen. Delp war entsprechend der jesuitischen Schule (u.a. Heinrich Peschs Solidarismus) der Auslegung der Sozialenzykliken bereit, die liberal-individualistische Gesellschaftsordnung als Epochenerscheinung partiell zu akzeptieren. Dagegen betonte Welty, orientiert an Thomas von Aquin und an der Neoscholastik, die Ganzheit und Gemeinschaft als vorrangig vor dem Individuum, woraus er das Recht der Gemeinschaft zu einschneidenden Maßnahmen ableitete.<sup>84</sup> Damit bewies er nicht nur eine konservative

81 HSTA Düsseldorf RWN 210, Nr. 718; Vera BÜCKER, *Die Schulddiskussion im deutschen Katholizismus nach 1945*, Bochum 1989, S. 105 ff.

82 H. MOMMSEN (wie Anm. 43), S. 25.

83 L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 f.

84 R. UERTZ (wie Anm. 51), S. 19.

Interpretation der katholischen Soziallehre, sondern auch eine geringere Akzeptanz der Moderne, wie sie sich entwickelt hatte. Wenn er den Vorrang der Gemeinschaft propagierte, übersah er die Gefahr organisatorischer Parallelen seines Modells zum Dritten Reich.

In den Kölner Diskussionen stieß auch Delps Modell auf Ablehnung – zumindest bei Letterhaus, der ihn heftig angriff.<sup>85</sup> Daran läßt sich ablesen, daß die Kölner bei den Staatsvorstellungen auch den Kreisauern nicht zuneigten, ohne andererseits Weltys Ideen zu übernehmen, der mit ihnen in den Überlegungen der Widerstandskreise aufgrund seiner explizit katholisch-autoritären Vorstellungen isoliert war.

Die demokratischen Ideen von Elfes sowie die enge Zusammenarbeit von Letterhaus mit der Gruppe Goerdeler-Kaiser und die Zusammensetzung der Kreise in Düsseldorf und Bonn legen die Vermutung nahe, daß der Kölner Kreis deren Ideen trotz ihrer teilweise liberalen Grundlage am ehesten als akzeptabel betrachtete, und sei es nur wegen des den Parteien dort eingeräumten Raumes. Die Kontakte über das katholische Milieu hinaus in Kreisen des Widerstandes oder schon in der Zeit der Weimarer Republik dürften sie gelehrt haben, daß eine Rückkehr zu einem katholischen oder christlichen Staat in der deutschen pluralistischen Gegenwart mit Sozialismus, Liberalismus und Protestantismus anachronistisch war.

In den Kölner Diskussionen kam noch ein weiteres Element der Umsetzung der christlichen Gesellschaftslehre vor, das sich bei Elfes und Welty findet und in irgendeiner Form auch bei den anderen Widerstandskreisen zu finden ist: das Subsidiaritätsprinzip in Gestalt der Selbstverwaltung. Sie sollte als Gegengewicht zur Zentralverwaltung fungieren und sich auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Körperschaften beziehen. Damit näherten sich die Kölner Vorstellungen am ehesten denen der Berliner, die die Selbstverwaltung in ähnlichen Bereichen ansiedelten, und kamen Brünings Vorstellungen vom dezentralem Einheitsstaat nahe. Angesichts der engen Beziehung von Letterhaus zu Brüning liegt diese Deutung der Staatsentwürfe im Kettelerhaus nahe.

Das Subsidiaritätsprinzip als Umsetzung der katholischen Soziallehre fand also in den Vorstellungen des Kölner Kreises primär im Wirtschaftlichen seine Realisierung. Dies gilt für die Version von Elfes, differenzierter und ausführlicher aber für Welty.

### Wirtschaftliche und soziale Frage

Mit der Frage der Organisation der Wirtschaft beschäftigten sich die Texte der von den beiden Protagonisten überlieferten Zukunftspläne aus dem Ket-

<sup>85</sup> L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 f.

telerhaus zum Teil ausführlicher, systematischer und zusammenhängender als mit der staatlichen Problematik, die teilweise aus verschiedenen Textstellen zusammengesucht werden mußte. Die Erklärung für dieses Faktum dürfte darin zu finden sein, daß die geistige Vorlage, an der sich Welty und Elfes orientierten, die katholische Soziallehre war, die sich ebenfalls in erster Linie wirtschaftlich-sozialen Fragen widmete und die Staatsorganisation wegen ihrer unbewältigten, zwiespältigen Haltung zur Demokratie vernachlässigte. Daher verwundert es auch nicht, daß besonders Welty als Sozialethiker sein Augenmerk sehr auf die Wirtschaft lenkte und seine Vorstellungen immer wieder mit Zitaten aus den Sozialenzykliken untermauerte. Dagegen hatte er den Staatsaufbau nur am Rande gestreift, soweit es nicht um Erziehungsfragen oder die Rolle der Kirche im Staat ging. Anders Elfes, der als politischer Praktiker den Fragen der Staatsgestaltung größere Bedeutung zumäß; er betrachtete die Wirtschaftsfragen mehr unter dem Primat der Politik, deren Aufgabe es sei, den Arbeitern ihre natürlichen Rechte zu sichern.<sup>86</sup> Die Wirtschaftsordnung sollte die menschliche Arbeitsleistung den Kapitalinteressen voranstellen, die mittelständischen Unternehmen fördern, der allgemeinen Wohlfahrtsförderung und Eigentumsbildung für alle dienen sowie den Arbeitern maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaft sichern.<sup>87</sup> Dafür machte Elfes Anleihen beim Sozialismus durch ein weitreichendes Verstaatlichungsprogramm, das er in Übereinstimmung mit der katholischen Soziallehre als Propagierung genossenschaftlicher Organisationsformen, privater Kleineigentumsbildung und der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe interpretierte.<sup>88</sup> Entsprechend intendierte er Folgendes: die Aufteilung des Großgrundbesitzes in lebensfähige bäuerliche Existenzen, ein altes Dilemma der katholischen Siedlungsbewegung und ein Ressentiment gegen die ostelbischen Junker; die Verstaatlichung oder staatliche Kontrolle der Großbanken, um den Kapitalfluß im Volksinteresse regulieren zu können; die Zerlegung der aus verschiedenartigen Betrieben gebildeten »kapitalistischen Großunternehmungen« in ihre Teile sowie die Verhinderung neuer Konzernbildungen. Geeignete großkapitalistische Industrie- und Handelsunternehmen wollte Elfes in Gemeineigentum auf genossenschaftlicher Grundlage überführt sehen,<sup>89</sup> und für Aktienbesitz sollte eine Höchstgrenze gelten.<sup>90</sup>

Auch Welty forderte Verstaatlichungen bzw. Sozialisierungen der Schlüsselindustrien wie Schwereisen, Kohle und Energie, der Monopole und Konzerne sowie die Mitbestimmung der Arbeiter in den Großbetrieben. Ebenso

---

86 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117 f.

87 W. Elfes (wie Anm. 52).

88 W. Elfes an Müller am 21.6.1943, S. 4, StA. Mönchengladbach 15/8/77; W. Elfes (wie Anm. 52), S. 8.

89 Ders., StA. Mönchengladbach 15/8/101, S. 37 u. 267; Brief an Müller, ebd. 15/8/77, S. 75.

90 W. Elfes, StA. Mönchengladbach 15/8/78.

postulierte auch er eine gleichmäßigere Verteilung des Privateigentums und schloß wie Elfes entschädigungslose Enteignungen nicht aus. Neu war bei ihm die Idee, Höchstgrenzen für Gehälter in der freien Wirtschaft festzusetzen. Dem Genossenschaftswesen räumten beide große Bedeutung für die Besitzordnung der zu verstaatlichenden Güter ein, da sie die Selbstverantwortung der Arbeiter durch Selbstverwaltung ermögliche.<sup>91</sup>

Der wesentliche Unterschied zwischen Welty und Elfes lag in der Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft. Rechnete Elfes optimistisch mit einem beispiellosen Aufschwung nach Kriegsende,<sup>92</sup> ging Welty im Gegenteil von einer langen Phase des Mangels und der unvermeidlichen Einschränkungen aus.<sup>93</sup> Daher resultierte sein Vorschlag, statt auf Marktwirtschaft auf Bedarfsdeckungswirtschaft zu setzen, die der traditionell katholischen Kapitalismus- und Konsumkritik wie dem Vorbild der idealisierten mittelalterlichen Wirtschaft eher entsprach. Als zusätzliches Argument führte er die – heute geradezu aktuell anmutende – dadurch erreichte Reduzierung des Rohstoffverbrauchs an, wenn nicht so viele gleiche oder überflüssige Artikel erzeugt würden.<sup>94</sup>

Die Bedarfsdeckungswirtschaft Weltys war bis zu einem gewissen Grade, trotz seiner Beschwörung der freien Selbstverwaltung der Wirtschaft, marktfeindlich. Sie setzte, wie Welty erkannte, eine feste Lenkung der Wirtschaft und eine strikte Überwachung der von ihm mit äußerstem Mißtrauen betrachteten Werbung durch den Staat voraus. Hand in Hand damit sollte eine Erziehung der Verbraucher gehen,<sup>95</sup> die wohl in das Aufgabenfeld der Kirche fiel, um ihr auch in diesem Bereich Einfluß zu sichern.

Mit dieser aus der Bedarfsdeckung resultierenden weitgehenden Planwirtschaft befand sich Weltys Modell trotz unterschiedlicher Staatskonzeption in weitgehender Übereinstimmung mit den Kreisauern. Diese räumten auch dem Staat ein weites Bestimmungsrecht ein und unterschieden sich darin klar vom liberal-marktwirtschaftlichen Denken der Berliner, die trotz ebenfalls vorhandener Sozialisierungsabsichten der Großindustrie dem Unternehmertum die freie Entfaltung belassen wollten.

Elfes äußerte sich, bis auf das Postulat einer weitreichenden Mitbestimmung, zur Wirtschaftsform nicht direkt; sein Aufschwungsoptimismus läßt sich jedoch nur schwer mit staatlicher Reglementierung vereinbaren.

Weltys Wirtschaftsmodell war wie sein Staatsbild, trotz seiner Betonung der Selbstverwaltung, so wie das der Kreisauer autoritär. Mittel der Selbstverwaltung war ihm wie auch Elfes das Genossenschaftswesen, das für beide

91 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 373.

92 Elfes an Müller, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 6.

93 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 329.

94 EBD., S. 236 u. 267.

95 EBD., S. 269.

einen Schlüsselbegriff darstellte. Es wies dem gesellschaftlichen, politischen und sozialen Einfluß einen Weg zur Verstaatlichung, der allerdings nicht dem Staat die Verfügungsgewalt einräumte, sondern sich mit dem katholischen Subsidiaritätsprinzip und der Ständeidee vereinbaren ließ und Welty darüber hinaus als »Urbestand des arteigenen deutschen Rechts«<sup>96</sup> galt.

Welty konkretisierte seine Vorstellungen über die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung durch Genossenschaften und Berufsstände kaum;<sup>97</sup> allerdings dürfte ihnen ein großes Gewicht zukommen, da sie die Bedarfsdeckungswirtschaft organisieren müßten, d.h. für eine durch einen Plan gelenkte Wirtschaft verantwortlich wären. Wie bei den Kreisauern wäre hier in der Wirtschaft eine zentralistische Führung entstanden, die freilich nicht mehr wie vor 1933 sozial exklusiv gewesen wäre. Sie hätte der Arbeiterschaft großen Einfluß auf die Wirtschaft garantiert, setzte aber eine Verwurzelung im Betrieb voraus. Damit widersprach sie modernen Forderungen nach größtmöglicher Mobilität, Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft. Mobilität war freilich kein Ziel der Kölner und Kreisauer – im Gegenteil: Die Menschen sollten in kleinen Gemeinschaften heimisch werden können. Elfes dagegen lehnte eine solche berufsständische Ordnung explizit ab.<sup>98</sup> Er befürchtete, daß sie wegen ihrer organisatorischen Nähe zum Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich den Autoritarismus nicht vermeiden könne und den Charakter einer obrigkeitlichen Polizeibehörde annähme. Darin sah er einen Verstoß gegen das von der Enzyklika *Quadragesimo* anno postulierte Subsidiaritätsprinzip und warnte deswegen davor, einen solchen Wirtschaftsaufbau mit den kirchlichen Weihen zu versehen. Wie schon bei den Fragen des Staatsaufbaus und der Parteien war ihm eine zu enge Allianz der Kirche mit alltagspolitischen bzw. wirtschaftlichen Problemen suspekt.

Für ihn stellten die Genossenschaften nicht so sehr einen Teil der Wirtschaftsverwaltung dar als eine Säule der Arbeiterbewegung, wie sie es seit dem 19. Jahrhundert gewesen war. Sie sollten sozial vorbildliche Produktions- und Handelsbetriebe einrichten, um die Arbeiter durch Mitbestimmung, Mitbesitz an den Produktionsmitteln und Gewinnbeteiligung zu entproletarisieren. Die Idee der Berufsstände, die, wie bei der Deutschen Arbeitsfront, Arbeitgeber und Arbeiter eines Produktionszweiges zusammenfaßte, wies Elfes ausdrücklich – z.B. gegen die Entwürfe Delps – für die Arbeiter zurück, ohne sie für andere Berufsgruppen auszuschließen. Er begründete seine Position mit den schlechten Erfahrungen, die die Arbeiter nach dem Ersten Weltkrieg mit den Industriellen gemacht hatten, als sie bereit gewesen

96 DERS. (wie Anm. 61), S. 16.

97 DERS. (wie Anm. 50), S. 373.

98 Elfes an Müller am 21.6.1943, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 2 f.

seien, mit ihnen »soziale Gemeinschaften«<sup>99</sup> zu bilden. Für die Arbeiter bestand er auf echten unabhängigen Gewerkschaften, die nach Berufen gegliedert sein sollten. Damit verfolgte er das gleiche Konzept wie Kaiser. Unklarheit bestand jedoch bei der Frage der Zwangsmitgliedschaft in der geplanten Deutschen Gewerkschaft,<sup>100</sup> die zwar logisch den Plänen der Goerdeler-Kaiser-Leuschner-Gruppe entsprach, aber zu sehr an die DAF erinnerte. Elfes ging es folglich um einen konsequenten Gesellschaftsumbau zu Lasten der bisher dominierenden Schichten des Bürgertums, des preußischen Großgrundbesitzes und Militärs und zugunsten der Arbeiterschaft, die er als tragende Schicht des deutschen Volkes betrachtete.

Um dies zu erreichen, wollte er der Arbeiterschaft die drei Säulen Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei der Arbeit zur Verfügung stellen. Welty dagegen stellte sich keine Neuformierung der deutschen Gesellschaftsstruktur vor, sondern nur eine Beseitigung von sozialen Ungerechtigkeiten und Armut. Folgerichtig lag sein Schwergewicht mehr auf der Eigentumsordnung, bei der er das Privateigentum verteidigte, freilich ohne es für sakrosankt zu erklären. Dabei stellte er Grundsätze für seinen rechten Gebrauch im Sinne seiner Sozialpflichtigkeit in Anlehnung an Thomas von Aquin auf. Daher korrespondierte zumindest sein Wirtschaftsmodell stärker mit dem der Kreisauer als mit dem der Berliner. Letzterem stand Elfes wohl aus den gleichen Gründen wie besonders die sozialdemokratischen Gewerkschaftler näher: Es war elastischer für eine die Arbeiterbewegung begünstigende politische Entwicklung nach erfolgtem Umsturz.<sup>101</sup>

Versucht man, auch bei der wirtschaftlichen Organisation die Position der Mehrheit des Kölner Kreises zwischen den zum Teil widerstreitenden Vorschlägen herauszufinden, so ist man wiederum auf Mutmaßungen angewiesen. Sicherlich war die KAB-Spitze nicht so radikal wie Elfes, der schon 1927 wegen seines Votums für die Fürstenenteignung und eine Einheitsgewerkschaft seine Stelle bei der WAZ hatte aufgeben müssen. Andererseits war die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter immer eines der Hauptanliegen der KAB gewesen. Da dieses Ziel durch Weltys Pläne nicht so gesichert erscheint wie durch die von Elfes, aber auch die von Kaiser, ist anzunehmen, daß Letterhaus, Otto Müller und Groß Weltys Entwürfen mit größerer Skepsis begegneten. Diese Vermutung wird durch das von Siemer überlieferte Faktum gestützt, daß er, der sich auf Weltys Ausarbeitungen

<sup>99</sup> Elfes an Müller am 21.6.1943, S. 4, StA Mönchengladbach 15/8/77; ders. (wie Anm. 39), S. 8.

<sup>100</sup> E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 91.

<sup>101</sup> Michael SCHNEIDER, *Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft – Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944*, in: J. SCHMÄDEKE/P. STEINBACH (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München/Zürich 1985, S. 529.

berief, bei der Erörterung praktischer Fragen die überlegene Sachkompetenz der Arbeiter habe anerkennen müssen und er sie scherzhaft als »Kommunisten« bezeichnet habe.<sup>102</sup> Außerdem unterstützte Müller finanziell die Aktivitäten und damit wohl auch die Zielvorstellungen Kaisers.

Die Gedankengänge von Welty und Elfes im Kölner Kreis darf man nicht als tiefe Gegensätze interpretieren; dazu sind sie im Ansatz – Welty als Theoretiker und Elfes als politischer Praktiker – zu unterschiedlich und in der Intention, eine menschenfreundlichere Gesellschaft aufgrund der Empfehlungen der katholischen Soziallehre zu schaffen, zu ähnlich. Dabei legte Elfes größeren Wert auf die Demokratie, Welty größeren Wert auf den Einfluß der Kirche. Die Ideen waren noch nicht an der Realität erprobt und erfuhren 1945 unter geänderten Umständen teilweise erhebliche Veränderungen. Die Ideen waren also, wie Weltys Mitwirkung an der Gründung der Kölner CDU beweist, flexibel.

Trotz der weltanschaulichen und wirtschaftlichen Liberalität Goerdelers schienen die Kölner im Kettelerhaus dessen Pläne offenbar eher mit ihren eigenen in Einklang bringen zu können. Dies gilt zum Beispiel für ihre Idee einer demokratischen überkonfessionellen Volkspartei, eventuell als Partei der Arbeit, die in Goerdelers Plänen unterzubringen war, weil sie Parteien, anders als die Kreisauer, wenigstens eine gewisse Bedeutung zubilligten. Die Idee einer solchen Partei zählt zu den Charakteristiken des Kölner Kreises und ist bei Elfes für die Jahre 1942-1945 als dessen Gedankengut zu belegen. Kein Hinweis deutet darauf hin, daß diese demokratische Komponente im Kontakt mit Kreisau oder Berlin relativiert worden ist. An den konkreten Staatsaufbau verschwendeten die Männer des Kölner Kreises weniger Gedanken als die anderen, doch teilten sie den bei Moltke vorherrschenden radikalen Föderalismus offenbar nicht.

Bei der Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat scheinen die Kölner überraschenderweise auch eher der Goerdeler-Gruppe – wie Otto Müllers Gesetzentwurf für Goerdeler belegt – zugeneigt gewesen zu sein, denn sie war eher bereit, den Kirchen ihre tradierten Rollen wieder einzuräumen, und die Kölner dachten traditionell im Sinne der Konkordatspolitik. Trotz ihrer unzweifelhaft religiösen Gesinnung waren die Kreisauer einschließlich Delp skeptischer gegenüber der überlieferten Rechts- und Machtposition der Kirchen und wünschten ihnen im eigenen Interesse die Chance zur Rückbesinnung auf ihre eigentlichen Aufgaben. Im Kettelerhaus kam ihnen damit Elfes noch am nächsten, doch bei ihm fehlten weitgehend die Erneuerungsvorschläge für die Kirche. So nahm der Kölner Kreis in vielen seiner Zukunftsentwürfe eine mittlere Position zwischen Kreisau und Berlin ein, jedoch mit dem Unterschied der größeren Neigung zur parlamentarischen

---

102 L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 und 451 f.

Demokratie. Das konstatierte der NS-Berichterstatter beim Prozeß gegen Letterhaus, dessen Denken er als »parlamentarisch befangen«<sup>103</sup> charakterisierte.

### Ausblick

Die hier entwickelte These einer unbefangeneren Haltung des Kölner Kreises gegenüber der parlamentarischen Demokratie soll selbstverständlich nicht besagen, daß in ihm das Bonner Grundgesetz vorgedacht gewesen sei. Doch fällt auf, daß die Bundesrepublik in ihren ersten Jahren oft von liberaler und sozialdemokratischer Seite als klerikale Republik bezeichnet wurde, womit dem politischen Katholizismus, zu dem viele der überlebenden Mitglieder des Kölner Kreises zählen, eine dominante Rolle unterstellt wurde.<sup>104</sup> Hinzu kommt, daß von den überlebenden Mitgliedern sich viele an der Gründung der CDU oder der Einheitsgewerkschaft beteiligten. Sie nahmen auf die Programmentwicklung der neuen interkonfessionellen CDU Einfluß, wobei sie sich teilweise *expressis verbis* auf die Kölner Beratungen beriefen.<sup>105</sup> So begann für Elfes die Frühgeschichte der CDU nicht erst 1945, sondern im »Widerstandskreis«<sup>106</sup> in Köln. Leo Schwering, Kolpingvertreter, Mitglied des Kölner Kreises und 1945 Mitgründer der Kölner CDU, der ersten Regionalgründung in Westdeutschland, bezog sich bei seiner »Frühgeschichte der CDU« auf die intensive Mitwirkung der Dominikanerpatres Siemer und Welty als »Berater des Kölner Widerstandskreises«<sup>107</sup> bei den ersten Beratungen in Walberberg. Sie stützten sich auf Weltys Schrift »Was nun?«, die den Anfang Juli 1945 beschlossenen »Kölner Leitsätzen« zugrundelag, ohne freilich mit ihnen identisch zu sein. Am Zustandekommen der Leitsätze hatten auch Personen mitgewirkt, die zum Kölner Kreis keinen Kontakt gehabt hatten, wie der evangelische Pastor Hans Encke. Sodann hatten sich die äußeren Rahmenbedingungen durch die alliierte Besetzung Deutschlands und den Verlust der Staatlichkeit verändert. Weiter ist zu berücksichtigen, daß der Aspekt, den Elfes im Kettelerhaus formuliert hatte, dadurch entfiel, daß er an der Kölner CDU-Gründung nicht beteiligt war. Schließlich wurde die Idee einer weltanschaulich neutralen Mitte-Links-Partei der Arbeit durch

103 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

104 Herbert HÖMIG, *Der katholische Klerus und der Aufbau der Bundesrepublik*, in: *Munuscula Erfordensia: Sonderschriften der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt*, Bd. 25, Erfurt 1995, S. 125 ff.

105 Zu weiteren Mitbegründern der CDU aus dem Kölner Kreis s. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, hrsg. v. G. BUCHSTAB, Stuttgart 1993, S. 36 ff.

106 Brief Elfes an Schwering vom 28.8.1966, NL Schwering, Hlist. Arch. Köln, 1193/146, 3.

107 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963; DERS., *Vorgeschichte und Entstehung der CDU*, 2. Aufl. Köln 1952.



die rasche Wiedergründung der SPD hinfällig. Die weitere programmatische Entwicklung der CDU entfernte sich mit der Zeit zunehmend von ursprünglichen Vorstellungen des Widerstands, wie der Weg von den Kölner Leitsätzen über die rheinisch-westfälischen Grundsätze, das Programm von Neheim-Hüsten 1946 bis zum Ahlener Programm 1947 zeigt. Dabei zog sich das wirtschaftspolitische Erbe des Kölner Widerstandskreises zunehmend in den Sozialflügel der CDU zurück, der das Ahlener Programm noch im Sinne der »sozialistischen« Wirtschaftsforderungen des Kölner Kreises interpretierte, obwohl das Ahlener Programm auch im Sinne der Wirtschaftsfreiheit gelesen werden konnte – eine Lesart, die sich dann 1949 in den Düsseldorfer Leitsätzen endgültig durchsetzte.<sup>108</sup>

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kölner Kreises, die mit deutlichen Verstaatlichungstendenzen einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gesucht hatten und vom Ende des bürgerlichen Zeitalters ausgegangen waren, beeinflussten also die Anfänge der rheinischen CDU, verloren aber mit der Zeit an Einfluß. Ihnen gemeinsam war, daß staatspolitische Überlegungen sowohl beim Kölner Kreis vor 1945 als auch nach Kriegsende bei der CDU nur eine untergeordnete Rolle spielten, aber in der Praxis als selbstverständlich angenommen wurden. Ursache ist möglicherweise ein politiktheoretisches Defizit im deutschen Katholizismus und in der katholischen Soziallehre, auf die er sich traditionell stützte. Dagegen setzten sich die parteipolitischen Vorstellungen einer christlichen Partei für alle Volksschichten durch. Die Idee der CDU, als Neuschöpfung einer interkonfessionellen Volkspartei, entsprach durchaus den Überlegungen im Kettelerhaus. Der Gedanke einer schichtenübergreifenden »umfassenden Volksbewegung« findet sich wieder im Anliegen der Volkspartei.

Die Idee der neuen Partei wurde nicht nur im Westen von ehemaligen Mitgliedern des Kölner Kreises vorangetrieben wie z.B. von Josef Ruffini, Robert Lehr in Düsseldorf, Caspar Schulte in Paderborn, sondern auch in Berlin von Andreas Hermes und Jakob Kaiser, von denen der erste dem Kölner Kreis zuzurechnen ist und der zweite eng mit ihm kooperiert hatte. Eine Wiedergründung des Zentrums hatte dort kaum Chancen, wo Teilnehmern des Kölner Kreises sich sofort die Möglichkeit zu politischer Betätigung bot.

<sup>108</sup> R. UERTZ (wie Anm. 51); G. BUCHSTAB/K. GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union* (wie Anm. 16); Hans-Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953. Wolfgang JÄGER, *Adenauers Einwirkung auf die programmatische Entwicklung der CDU 1945 bis 1949 in der Frage der Wirtschaftsordnung*, in: Dieter BLUMENWITZ/K. GOTTO u.a. (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 427-452; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987, S. 145 ff.

Bei einigen der »ehemaligen Kölner«, wie bei Andreas Hermes, aber auch bei Karl Arnold, läßt sich ein besonderes Interesse am Erhalt der deutschen Einheit feststellen. Es ist eine noch offene Frage, ob sich darin, wie es für die Berliner CDU naheliegt, lediglich politischer Überlebenswille spiegelt, oder ob das Erbe des Kölner Widerstandes mit seinen überregionalen Kontakten nach Kreisau und Berlin dabei ebenfalls eine Rolle spielte. Eine Antwort auf diese Frage wird freilich dadurch erschwert, daß wichtige Mitglieder des Kölner Kreises das Dritte Reich nicht überlebten. So fielen die KAB-Verbandsspitze, mit der Ausnahme von Joos, sowie weitere »Kölner« und KAB-Vertreter der NS-Justiz zum Opfer.

Bernhard Letterhaus wurde schon am 25. Juli 1944 verhaftet. Am 13. November verurteilte ihn der Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode. Im Prozeß erklärte er seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus mit seiner christlichen Überzeugung, die der nationalsozialistische Prozeßbeobachter als »ultramontane Einstellung« apostrophierte, und bekannte sich zur Realisierung der Widerstandspläne »durch eine gewaltsame Änderung der Regierung an Haupt und Gliedern«. <sup>109</sup> Am 14. November 1944 wurde Letterhaus in Plötzensee hingerichtet. Es dauerte etwas länger, bis die Gestapo Nikolaus Groß auf die Spur kam, der nicht in gleichem Ausmaß wie Letterhaus in das Berliner Zentrum des zivilen Widerstandes involviert war. Am 12. August 1944 wurde er in seiner Kölner Wohnung verhaftet. Am 15. Januar 1945 stand er mit den Kreisauern Haubach und Steltzer vor Freisler, wobei dieser Zusammenhang mit den Kreisauern möglicherweise darauf zurückzuführen ist, daß die Nationalsozialisten ursprünglich einen Kirchenprozeß planten, der am vorzeitigen Tod von Otto Müller scheiterte. <sup>110</sup> Groß wurde ebenfalls zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung erfolgte am 23. Januar 1945. Nur Präses Otto Müller entging dem Schicksal des Galgens. Nach den Verhören von Groß im September verhaftet, starb er am 12. Oktober 1944 in Berlin in der Haft.

Der Tod dieser Persönlichkeiten schwächte den Einfluß ihrer im Ketterlerhaus entwickelten Planungen auf Gründung und Programmatik der CDU, wobei – nach dem Urteil Brünings – mit Letterhaus ein besonders fähiger politischer Kopf fehlte. Dennoch bleibt eine Traditionslinie erhalten, die aus dem Widerstand des Kölner Kreises in die demokratische Zukunft Westdeutschlands geführt hat. Ohne sie wäre die rasche Ausbreitung des Gedankens einer interkonfessionellen Volkspartei im Rhein-Ruhrgebiet 1945 nur schwer vorstellbar.

<sup>109</sup> H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

<sup>110</sup> Vera BÜCKER-KAUSCHKE, unveröffentlichtes Manuskript zur Biographie Nikolaus Groß, Essen 1992, S. 211-230. Ausführlich zu dieser These S. 224.

## Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945

Von Ralf Baus

Ende April/Anfang Mai 1945 war auch Sachsen von den Einheiten der alliierten Armeen besetzt worden. Mit rund 5,6 Millionen Einwohnern war Sachsen am Ende des Krieges nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern auch das am dichtesten besiedelte Land der Sowjetischen Besatzungszone.<sup>1</sup> Leipzig und Dresden gehörten nach Hamburg, Köln, München und Berlin zu den größten Städten Deutschlands.

Die militärische Besetzung durch die Alliierten hatte für Sachsen zu einer besonderen Situation geführt. Im Rahmen der Prager und Berliner Operation gingen am 16. April 1945 die Einheiten der 1. Ukrainischen Front über die Neiße, während die amerikanischen Truppen die westlichen Grenzen des sächsischen Territoriums überschritten. Am 19./20. April besetzten die amerikanischen Truppen Leipzig; am Tage der Kapitulation erreichte die Rote Armee Dresden.<sup>2</sup> Im Verlauf der militärischen Operation waren etwa 80 Dörfer im westlichen Erzgebirge um Stollberg, Schwarzenberg<sup>3</sup> und Aue unbesetzt geblieben. Bis zum Abzug der Amerikaner, Anfang Juli, bestanden somit drei verschiedene Besatzungszonen im Lande.

---

1 Vgl. Tab. «Ausgewählte Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone (Stand 1946)«, zusammengestellt nach Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Berlin 1948, in: Helga A. WELSH, *Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen 1945-1948* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 58), München 1988, S. 15. Bei unmittelbarem Kriegsende dürfte die Zahl aufgrund zahlreicher Flüchtlinge höher gewesen sein. Eine Aufstellung der Landesverwaltung Sachsen gibt für den Monat August 1945 eine Bevölkerungszahl von 5.641.451 für die 30 Land- und 23 Stadtkreise Sachsens an. Hinzu kamen 710.038 Flüchtlinge. Dies entsprach 12,7 % der Gesamtbevölkerung. Vgl. Tab. «Flüchtlinge in Sachsen im August und September 1945«, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident, 354.

2 Vgl. auch Manfred UNGER, *Sachsen in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, seine Stellung in der DDR am Beginn des sozialistischen Aufbaus (1945-1952)*, in: *Sächsische Heimatblätter*, 4/1984, S. 165-186, S. 165.

3 Zur Entwicklung Schwarzenbergs in den unmittelbaren Nachkriegswochen liegen zwei Studien aus der DDR vor: Werner GROSS, *Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai/Juni 1945*, Berlin (Ost) 1961; DERS., *Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 3/1960, S. 657-676. Literarische Verarbeitung durch Stefan HEYM, *Schwarzenberg*, Köln 1984.

## Die Gründungszentren Dresden und Chemnitz

Vor allem Dresden war von den Zerstörungen des Krieges stark betroffen. 80 Prozent des Wohnraumes waren zerstört, sämtliche steinerne Elbbrücken gesprengt, die Frauenkirche wenige Tage nach dem Flammenmeer der verheerenden Bombennacht des Februars 1945 eingestürzt. Teile des Haupt- und der Seitenschiffe der katholischen Hofkirche waren schwer beschädigt und der Pöppelmannsche Zwinger kaum wiederzuerkennen.

In dieser Atmosphäre fanden sich Anfang Juli ehemalige Zentrumsmitglieder und Angehörige anderer Weimarer Parteien zusammen, um eine christliche Partei zu gründen. Die Initiative hierfür war vor allem von katholischer Seite ausgegangen. Eine Unterredung zwischen Friedrich Koring und Hermann Kastner über eine Beteiligung der Katholiken an der Arbeit der Liberalen in Dresden<sup>4</sup> war zuvor ergebnislos verlaufen.<sup>5</sup> Am 8. Juli 1945 berief der Bischöfliche Rat, Pfarrer Mühr, auf Wunsch von Anhängern der ehemaligen Zentrumspartei eine Versammlung ein,<sup>6</sup> an der erstmalig auch evangelische Christen, darunter der spätere Landesgeschäftsführer der CDU<sup>7</sup>-Sachsen, Hermann Voigt, teilnahmen. Tags zuvor war es bereits zu einer Aussprache auf evangelischer Seite gekommen.<sup>8</sup>

An der Besprechung vom 8. Juli beteiligten sich insgesamt 41 Personen,<sup>9</sup> unter denen der Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung, Gerhard Rohner, prominentester Gast war. Wie in den meisten »Zirkeln

4 In Dresden erfolgte am 6. Juli 1945 die Gründung einer Demokratischen Partei Deutschlands (DPD), die sich später den Berliner Liberaldemokraten anschloß. Vgl. »Niederschrift über die Gründungsversammlung der Demokratischen Partei Deutschlands«, 6. 7. 1945, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Bestand LDPD, 18542.

5 Vgl. Bericht über die »Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union im Bundesland Sachsen«, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Zentralbestand Ost-CDU, VII-011-803.

6 Vgl. »Niederschrift über die am 8. 7. 1945 im Hause Gottfried-Keller-Str. 50 stattgefundene Besprechung zur Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei«, ACDP, Bestand CDU-Landesverband Sachsen, III-035-001; Abdruck bei Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950*, Köln 1982, S. 132.

7 Die Begriffe CDU, CDUD und Union werden im folgenden synonym verwandt. Der Landesverband Sachsen führte im Stempel die Bezeichnung: »CDUD, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Sachsen«.

8 Vgl. Bericht über die Entwicklung der CDU (wie Anm. 5).

9 Die »Niederschrift« enthält leider keine Angaben über die genaue Zusammensetzung der Versammlung, weder im Hinblick auf die ehemalige parteipolitische Zugehörigkeit noch auf die Konfession. Namentlich genannt werden nur Friedrich Koring (Zentrum), Franz Jensch (Zentrum), August Galland (Zentrum), Karl Gottfried (Zentrum), Kurt Hoegg (Zentrum) und Gerhard Rohner (parteilos). Für die beiden Pfarrer Mühr und Meier konnte keine Parteizugehörigkeit ermittelt werden. Hermann Voigt, der im Protokoll nicht namentlich erwähnt wurde, an der Versammlung aber teilnahm, gehörte vor 1933 der DNVP an. Zu den Angaben vgl. »Erweiterter und Geschäftsführender CDU-Landesvorstand, 23./24. 2. 1946«, ACDP VII-011-799 und

und Zentren der Unionsgründung«<sup>10</sup> war der Kreis sich schnell einig, nicht wieder das Zentrum, sondern eine gänzlich neue Partei ins Leben zu rufen. Die Versammlung beschloß daher die Gründung einer Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) in Dresden.

Die neue Partei sollte zunächst paritätisch von Beauftragten des evangelischen und katholischen Volksteils geführt werden. Zu diesem Zweck setzte die Versammlung einen siebenköpfigen Arbeitsausschuß ein, der unter Leitung des ehemaligen Gewerkschafters Friedrich Koring die weiteren Vorarbeiten durchführen sollte. Von der ehemaligen Zentrumspartei wurden außer Koring selbst Franz Jensch, Kurt Hoegg und August Galland in den Ausschuß delegiert. Da offenbar von evangelischer Seite noch keine Vertreter benannt werden konnten, verabredete man, dies bis zur ersten Arbeitssitzung am 10. Juli nachzuholen. Erst an dieser Sitzung nahmen Hugo Hickmann, Hermann Vogel von Frommannshausen und Hermann Voigt als Vertreter der evangelischen Christen teil.<sup>11</sup>

Parallel zum Gründungsprozeß der CSV hatte sich Johannes Dieckmann um eine Mitarbeit Hickmanns bei der Gründung der liberalen DPD bemüht. Beide gehörten vor 1933 der DVP an. Allerdings erreichte das Schreiben des späteren Volkskammerpräsidenten von Anfang Juli Hickmann erst nach Gründung der CSV, so daß dieser am 11. Juli auf einer Postkarte antwortete: »Leider erreichte mich Ihre Anschrift erst gestern. Doch hätte ich auch absagen müssen, da ich bereits an einer anderen Stelle der antifaschistischen Front zur Mitarbeit herangezogen war.«<sup>12</sup>

Der folgende Briefwechsel machte nicht nur deutlich, warum die Gründung einer großen bürgerlichen Partei in Dresden nur wenig Chancen besaß, sondern er zeigte zudem, wie sehr das Verhältnis zwischen Liberalen und Christdemokraten schon im Kern des Gründungsprozesses der beiden Parteien durch Spannungen und Konkurrenzdenken belastet war.

Am 21. Juli brachte Dieckmann in einem weiteren Schreiben seine ablehnende Haltung gegenüber der christlich orientierten Parteigründung zum Ausdruck. Dabei ging er ähnlich wie Külz in Berlin davon aus, daß es sich hierbei um eine Wiederbelebung des Zentrums handele: »Nach Lage der Dinge kann die andere Stelle der antifaschistischen Front, der Sie Ihre

*SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 1048.

<sup>10</sup> Vgl. Brigitte Kaff, *Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung*, in: Günter BUCIISTAB/Klaus GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), München 1981, S. 70-101.

<sup>11</sup> Vgl. »Niederschrift über die erste Arbeitssitzung der CSV. am 10. 7. 1945«, ACDP III-035-001.

<sup>12</sup> Vgl. Postkarte von Hugo Hickmann an Johannes Dieckmann vom 11. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

Mitarbeit zuwenden wollen, ja wohl nur die Zentrumspar­tei sein, von der ich höre, daß sie hier unter dem Namen »Christlich-soziale Volkspartei« ins Leben gerufen werden soll. Sie kennen mich lange genug, um zu wissen ..., daß ich die Bildung einer derartigen Partei – vor allem in Sachsen – nicht für etwas ansehen kann, das Segen bringen könnte.«<sup>13</sup> Dieckmann erhob insbesondere Bedenken gegen die Bezeichnung »christlich«, weil damit der Eindruck erweckt werden könne, wenn nicht gar solle, »daß die anderen Parteien nicht oder doch sehr viel weniger »christlich« seien«. Gleichwohl sah Dieckmann in der Herausbildung einer zweiten Partei auch etwas Positives. In der antifaschistischen Front stünden den marxistischen Parteien neben den demokratischen nun auch Vertreter der Zentrumspar­tei gegenüber. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß andererseits die Gefahr entstehe, »daß, wenn dieses Gebilde »christlich« firmiert, Zwiespalt in die Reihen derjenigen hineingetragen wird, die heute mehr denn je zusammengehören«.<sup>14</sup>

In seinem Antwortschreiben einige Tage darauf erkannte Hickmann zwar das Ziel, alle nichtmarxistischen Volkskreise in einer Partei zu sammeln, grundsätzlich als erstrebenswert an. Diese Partei dürfe dann aber keine Neuauflage der demokratischen Partei sein, wofür Hickmann die DPD offenbar hielt. In einer solchen Partei sei es schlechthin unmöglich, »den bewußt christlich eingestellten Volksteil in vollem Umfang zu erfassen.« Dies gelte besonders für Sachsen, »wo die demokr.(atische) Partei sich auf kulturpolitischem Gebiet unvergessen belastet hat.« An keiner anderen Stelle seien den Anliegen »unserer Landeskirche solche Schwierigkeiten begegnet wie bei der demokratischen Landtagsfraktion«.<sup>15</sup> Hickmann betonte darüber hinaus, daß das Zentrum auf die zunächst ins Auge gefaßte Neugründung verzichtet habe, »um sich in ein größeres Ganzes einzuordnen, in dem die evangelische Seite die Führung hat«.<sup>16</sup>

Hinsichtlich des Wortes »christlich« im Parteinamen führte Hickmann aus, daß im Gegensatz zur Chemnitzer Gründung unter dem Namen Christliche Volkspartei, der tatsächlich den Anschein erwecke, »für die christliche politische Haltung Ausschließlichkeit zu beanspruchen, der Losung »christlich sozial« ... ein solcher Anspruch nicht unterstellt werden kann«. Die Losung stelle nur eindeutig heraus, »welche weltanschauliche Grundlage und welche Ausrichtung für unser politisches soziales Wollen maßgebend ist«.<sup>17</sup>

13 Brief von Johannes Dieckmann an Hugo Hickmann, 21. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

14 EBD.

15 Vgl. Brief von Hickmann an Dieckmann, 24. 7. 1945, ADL, LDPD, 18538.

16 EBD.

17 EBD.

Auch wenn Hickmann sich hiermit vom Namen der Chemnitzer Christlichen Volkspartei distanzierte, programmatisch beriefen sich die Dresdner Gründer zunächst auf den »Aufruf und die Leitsätze der Chemnitzer Freunde«. Aufruf und Leitsätze waren auf der Gründungsversammlung am 8. Juli vorgelesen und durchgesprochen worden.<sup>18</sup>

Treibende Kraft in Chemnitz war der katholische Pfarrer und ehemalige Landesvorsitzende des Zentrums, Ludwig Kirsch<sup>19</sup>. Noch vor Veröffentlichung des Berliner CDUD-Aufrufes »Deutsches Volk!« hatte Kirsch in Chemnitz bereits am 15. Juni 1945 die Gründung einer christlichen Partei eingeleitet.<sup>20</sup> Neben Vertretern des Zentrums waren es vorwiegend Mitglieder des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD), die Anfang Juli beschlossen, eine Christliche Volkspartei (CVP) zu gründen.<sup>21</sup>

In dem am 4. Juli 1945 veröffentlichten »Aufruf an das Volk« war, ähnlich wie im Berliner CDUD-Aufruf, die Rede von einem »seelischen und materiellen Trümmerfeld« und »der unsagbar schweren Aufgabe, die Trümmer wegzuräumen und zwischen ihnen und über sie hinweg neue Wege zu suchen, um unser Volk aus dem Chaos zu retten«.<sup>22</sup> Als Ursache der Katastrophe sahen die Unterzeichner<sup>23</sup> des Aufrufes unter anderem »Materialismus« und »Ichsucht«. Wörtlich hieß es: »Die Weltgeschichte aber beweist: Abfall von Gott führt früher oder später unweigerlich zum Untergang eines Volkes. (...) Hitlers Schlagworte fanden nur darum so viele willige Hörer u(nd) Gläubige, der Wahnsinn seiner Politik konnte nur darum viele Millionen in seinen Taumel reißen, weil das Volk in seiner Mehrheit nicht mehr christlich glaubte und lebte, weil es so der inneren Kraft der göttlichen Wahrheit entbehrte.«<sup>24</sup>

18 Vgl. Niederschrift Besprechung 8. 7. 1945 (wie Anm. 6).

19 Zur Biographie Kirchs vgl. Gerhard DESCZYK, *Ludwig Kirsch. Besinnung aufs Grundsätzliche* (Reihe Christ in der Welt), Berlin (Ost) 1977.

20 Vgl. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987, S. 193. Am 15. Juni 1945 lag bereits ein erster Entwurf der Anfang Juli veröffentlichten »Leitsätze« vor. Vgl. »Leitgedanken zum Volksentscheid 1946, Kreisverband CDU, Chemnitz-Land«, Chemnitz, 27. 5. 1946, ACDP, Nachlaß (NL) Ernst-Günter Haß, I-300-003/2.

21 Vgl. »Christliche Volkspartei Kreis Chemnitz«, offener Brief von Ludwig Kirsch, 4. 7. 1945, ACDP, NL Karl Buchheim, I-188-002/1.

22 Vgl. »Christliche Volkspartei, Kreis Chemnitz, Aufruf an das Volk«, 4. 7. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.

23 Unterzeichner des Aufrufes waren: »Bach, Prof. a. d. staatl. Akademie f. Technik; Barthold, Fabrikdirektor; Böttlich, Reichsbahnoberssekretär; Geyer, Modellischler; Gleicher, Schlosser; Hoschek, Textilfabrikant; Küntzelmann, Studienrat; Dr. Neumann, Apotheker u. Pharmazierat; Richter, Feinmechanikermeister; Dr. Rode, Studienrat; Rudolf, Gießereiarbeiter; Dr. med. Steinbach, Ärztin; Kirsch, Pfarrer u. Erzvikar (St. Josef) und Schulze, Pfarrer (Schloßkirche).

24 Aufruf an das Volk (wie Anm. 22).

Legitimiert, zum Neuanfang aufzurufen, fühlten sich die Chemnitzer Gründer nicht zuletzt durch den Widerstand und die Verfolgung während des »Dritten Reiches«. Kirsch selbst war im Jahre 1935 aufgrund seiner kritischen Leitartikel in der 1902 gegründeten und seither als politisches Organ der Katholiken des Landes geltenden Sächsischen Volkszeitung verhaftet und für einige Monate in das Konzentrationslager Sachsenburg bei Flöha verbracht worden.<sup>25</sup> Noch im selben Jahr wurde der Bischof von Meißen, Petrus Legge, verhaftet. Bis zum Ende der nationalsozialistischen Diktatur wurden von den damals 148 voll dienstfähigen Geistlichen des Bistums insgesamt elf Priester in Konzentrationslager und weitere 25 in Gefängnisse eingeliefert.<sup>26</sup> In dem Aufruf hieß es daher weiter: »Unser Durchhalten und das Martyrium vieler unserer Besten in den Konzentrationslagern gibt uns Recht und Pflicht, jetzt vor unser Volk zu treten und es im antifaschistischen Staate dazu aufzurufen: Setzt beim Wiederaufbau der zertrümmerten Seelen und Hoffnungen, besonders auch bei der Umerziehung der deutschen Jugend, die ewigen Werte des Christentums ein!«<sup>27</sup>.

Erst die Leitsätze der CVP enthielten einige programmatische Forderungen wie den Neuaufbau des deutschen Rechtsstaates, die Sicherung demokratischer Freiheiten sowie eine gerechte Lastenverteilung. Bemerkenswert war der Wunsch nach Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste des »biblischen Christentums«, der Einführung des Religionsunterrichtes als eines ordentlichen Lehrfaches und der grundsätzlichen Einrichtung von Bekenntnisschulen. Ferner forderten die Unterzeichner »das Recht auf Arbeit und soziale Sicherstellung der arbeitenden Menschen bis zum Tode«<sup>28</sup>.

Der Chemnitzer Aufruf entsprach damit weitgehend dem Selbstverständnis der Unionsgründer im gesamten Reich. Die Katastrophe des deutschen Volkes wurde allgemein in moralischen Kategorien als Verblendung und Verirrung der Menschen begriffen.<sup>29</sup> In einem offenen Brief, der Aufruf und Leitsätzen vorangestellt war, rief Kirsch zur »bewußte(n) Rückkehr zu wahrhaft christlichen Grundsätzen auch in Politik und Wirtschaft« auf. Er glaubte, »durch das Zusammenwirken der gläubigen Christen aller Konfessionen im politischen Raum – erfolgreicher als in getrennten Parteien! –

25 Vgl. Schutzhaftbefehl gegen Ludwig Alexander Anselm Kirsch vom 29. August 1935, BA, Kl. Erw., 640/9 (Nachlaßsplitter Ludwig Kirsch) und G. DESCZYK (wie Anm. 19), S. 6 ff.

26 Vgl. G. DESCZYK (wie Anm. 19), S. 10.

27 Aufruf an das Volk (wie Anm. 22).

28 Vgl. »Leitsätze der Christlichen Volkspartei (CVP)«, Chemnitz, 4. 7. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.

29 Vgl. Winfried BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46. Motive der Gründung und parteipolitischer Standort*, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günther RÜTIER (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 216), 2. Auflage, Bonn 1987, S. 333-360, S. 337.



stärkste Antriebskräfte auslösen zu können, um unser politisches Leben als Volk und Staat wieder zu verchristlichen«. <sup>30</sup> Wie in Berlin und Dresden lag dem Kreis um Kirsch besonders die Überwindung der konfessionellen Spaltung im politischen Raum am Herzen. Dies zeigte auch die im Juli erschienene Ankündigung: »Christen aller Konfessionen! Eure Partei ist im Werden, erwartet ihren Aufruf und die Einladung in ihre Versammlungen!« <sup>31</sup> Die Wiederbesinnung auf die Werte des Christentums war damit auch in Chemnitz zum Ausgangspunkt der neuen Partei geworden.

Am 12. Juli 1945 versammelte sich schließlich ein erweiterter Kreis, der Kirsch zum Vorsitzenden eines Arbeitsausschusses wählte und einen Bericht des Dresdner CSV-Mitgründers Friedrich Koring entgegennahm. <sup>32</sup>

Den Versuch einer gemeinsamen Parteigründung zwischen liberalen und christlich orientierten Politikern hatte es in Chemnitz offenbar nicht gegeben. Unter Führung des ehemaligen Mitglieds der 1918 aufgelösten Fortschrittlichen Volkspartei, Hermann Schiersand, war dort bereits am 12. Juni 1945 eine Deutsche Demokratische Fortschrittspartei gegründet worden. <sup>33</sup> Zu dieser Entwicklung hatte wesentlich die parteipolitische Bindung von Kirsch (ehemals Zentrum) und Schiersand (ehemals DDP) zur Zeit der Weimarer Republik beigetragen. Aber auch die frühen Aktivitäten »antifaschistischer« Blockpolitik in Chemnitz dürften eine Rolle gespielt haben. So war bereits am 16. Mai 1945 unter Leitung der KPD eine »Antifaschistische Front« gebildet worden. An der nachfolgenden Sitzung des »Präsidiums der antifaschistischen Front« vom 24. Mai 1945 nahmen bereits Alois Hoschek für die spätere CVP und der Liberale Hermann Schiersand teil. <sup>34</sup>

### Liberalismus und Christdemokratie in Leipzig: Spaltung der Demokratischen Partei Deutschlands und Gründung der Union

In Leipzig, das bis Anfang Juli von amerikanischen Truppen besetzt war, <sup>35</sup> nahm die Gründung der CDU einen gänzlich anderen Verlauf. Am

<sup>30</sup> Offener Brief von Ludwig Kirsch, 4. 7. 1945 (wie Anm. 21).

<sup>31</sup> Vgl. Aufruf »Christen aller Konfessionen!«, Vorbereitender Ausschuß, Chemnitz Juli 1945, ACDP III-035-019.

<sup>32</sup> Vgl. Brief von Kirsch an die CSV in Dresden, 13. 7. 1945, ACDP III-035-019.

<sup>33</sup> Vgl. Gründungsprotokoll der Deutschen Demokratischen Fortschrittspartei, 12. 6. 1945, ADL, LDPD, 16322 und Artikel »Hermann Schiersand gestorben«, (o. D.), ADL, LDPD, 30559.

<sup>34</sup> Vgl. »Sitzung des Präsidiums der antifaschistischen Front am 24. 5. 1945«, ADL, LDPD, 13084.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu auch: *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig vor der Besetzung durch die Russen (16.7.1945)*, in: *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen der US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, hrsg. von Ulrich BORSODORF und Lutz NIETHAMMER, Wuppertal 1976, S. 117-123; außerdem Manfred UNGER, *Leipzig am Anfang der antifaschistisch-demokratischen Revolution*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 14-37.

8. Juli 1945 war die Schaffung einer Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) beschlossen worden, in der zunächst sowohl liberale als auch christliche Demokraten zusammenarbeiteten.<sup>36</sup> Zu den führenden Persönlichkeiten der Partei gehörten der Liberale Richard Pudor sowie der katholische Pfarrer und Dominikanerpater Aurelius Arkenau.<sup>37</sup>

Obwohl Leipzig zunächst nicht von der Roten Armee besetzt wurde, dominierte auch hier die KPD wie im übrigen Sachsen die zukünftige Entwicklung. Nachdem die kommunistische Widerstandsgruppe um Anton Saefkow in Berlin und Georg Schumann in Leipzig verhaftet worden war, spielte seit 1944 in Leipzig das »Nationalkomitee Freies Deutschland« eine besondere Rolle.<sup>38</sup> Noch während der Besetzung der Stadt, am 19./20. April 1945, begrüßte das NKFD die amerikanischen Truppen in einem Flugblatt freundschaftlich.<sup>39</sup> In den folgenden Tagen und Wochen wuchs die »antifaschistische Bewegung« des NKFD beträchtlich an. Am 21. April umfaßte das Leipziger Komitee 38 Ortsausschüsse mit rund 4500 Mitgliedern; im Juli 65 mit rund 15.000 Organisierten.<sup>40</sup> Zur Ausweitung der Bewegung waren die Kommunisten nach der alten Volksfrontstrategie vorgegangen und hatten sowohl Sozialdemokraten als auch Bürgerliche einbezogen. In der Leitung arbeiteten unter anderem Erich Zeigner, der nach dem Besatzungswechsel von den Sowjets als Oberbürgermeister eingesetzt wurde, und der spätere Mitbegründer der CDU-Leipzig, Pfarrer Arkenau.<sup>41</sup> Arkenau unterhielt seit 1943 Kontakte zu kommunistischen Widerstandsgruppen und verbarg Verfolgte des NS-Regimes vor der Gestapo.<sup>42</sup>

Aufgrund des allgemeinen Verbots jeglicher politischer Betätigung wurde das NKFD am 28. April 1945 von der amerikanischen Militärregierung

36 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953, S. 422, und Ekkehart KRIPPENDORF, *Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3/1960, S. 290-309, S. 298.

37 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422. Eichelbaum gibt abweichend von Buchheim an, Pudor sei früher Sozialdemokrat gewesen. Vgl. Ernst EICHELBAUM, Bericht über die Anfänge der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (in Leipzig), August 1982, ACDP, NL Ernst Eichelbaum, 1-201-001/6, S. 7.

38 Vgl. Erich KÖHN, *Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Leipzig*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 13 (1965), S. 18-35.

39 Vgl. Faksimile des Flugblattes »Männer und Frauen von Leipzig« bei Gerhild SCHWENDLER/Kurt BALLER, *Zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD von 1939 bis 1945 in Leipzig*, in: *Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 1975, S. 69-102, S. 97.

40 EBD., S. 98 und M. UNGER, *Leipzig am Anfang* (wie Anm. 35), S. 17.

41 Vgl. G. SCHWENDLER/K. BALLER, *Zum antifaschistischen Widerstandskampf* (wie Anm. 39), S. 99.

42 Vgl. Werner BRAMKE, *Sachsen unter der faschistischen Diktatur (1933-1945)*, in: *Sächsische Heimatblätter*, 4/1984, S. 156-164, S. 163.

aufgelöst.<sup>43</sup> Die Kommunisten arbeiteten dennoch im Untergrund weiter und setzten Mitte Juni bei der amerikanischen Militärverwaltung die Bildung eines Gemeinderates durch, der aus je zwölf Kommunisten, Sozialdemokraten und »Bürgerlichen« bestand.<sup>44</sup> Dominierende Persönlichkeit der illegal arbeitenden KPD war Fritz Selbmann, der Ende Mai, nach der Flucht von einem KZ-Transport aus München, in Leipzig angekommen war.<sup>45</sup> Schon kurze Zeit später verfügte Selbmann über eine direkte Verbindung zu den Russen im sowjetisch besetzten Teil,<sup>46</sup> wahrscheinlich auch zur KPD-Leitung in Berlin. Noch vor Eintreffen der sowjetischen Besatzungsmacht sorgte Selbmann für die Einleitung der neuen taktischen Linie, wie sie im Berliner KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 zum Ausdruck gekommen war.<sup>47</sup>

Die KPD war somit auf den Besatzungswechsel gut vorbereitet. Am ersten Tage nach Abzug der amerikanischen Truppen war Ulbricht nach Leipzig gekommen, um die Lage zu sondieren.<sup>48</sup> Anfang Juli wurde die bis dahin im Untergrund arbeitende »antifaschistische Bewegung« auf einer Plenartagung in »Antifaschistischer Block Leipzig« umbenannt und die Gründung von Parteien bekanntgegeben.<sup>49</sup> So gelang die Einbindung der »bürgerlichen« Kräfte in den »Block«, noch ehe sie sich parteipolitisch organisiert hatten.<sup>50</sup>

Der Aufruf der sowjetischen Militärkommandantur zur Gründung politischer Parteien Anfang Juli hatte die Leipziger Bevölkerung überrascht. Von dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 und den Berliner Parteigründungen hatte man bis zum Einrücken der sowjetischen Besatzungstruppen offenbar noch keine Kenntnis.<sup>51</sup> In den Tagen darauf suchte Karl Buchheim, der an der Gründungsversammlung vom 8. Juli teilgenommen hatte, Ernst

43 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 118; außerdem Günther KRÜGER, *Die Machtfrage in Leipzig 1945*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 38-40, S. 38.

44 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 119 f.

45 Vgl. Fritz SELBMANN, *Alternative – Bilanz – Credo. Versuch einer Selbstdarstellung*, Halle/Saale 1975, S. 390 ff.

46 Vgl. Brief Selbmanns an Trufanow, 9. 11. 1966, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Zentrales Parteiarchiv der SED (ZPA SED), NL Fritz Selbmann, 113/28; außerdem P. SELBMANN, *Alternative – Bilanz – Credo* (wie Anm. 45), S. 410 f.

47 Vgl. *Die politische Betätigung der Kommunisten in Leipzig* (wie Anm. 35), S. 121 f.

48 So Walter Ulbricht in einer Rede 1958 anlässlich der Entgegennahme des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Leipzig. Zit. nach M. UNGER, *Leipzig am Anfang* (wie Anm. 35), S. 20.

49 Vgl. *Protokoll der Plenartagung des Antifaschistischen Blocks Leipzig am 7. Juli 1945 im »Capitol«*, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig*, 17/1970, S. 41-60.

50 Der Zentralaussschuß des Antifaschistischen Blocks umfaßte insgesamt 70 Persönlichkeiten. Davon gehörten 24 der KPD, 26 der SPD, acht den ehemaligen Demokraten und einer dem früheren Zentrum an. Elf Mitglieder waren parteilos. Vgl. ebd., S. 50.

51 Vgl. Carl Günter RULAND, *Geschichte der Christlich-Demokratischen Union*, 23. 6. 1947, ACDDP, NL I-188-001/3.

Eichelbaum in der Absicht auf, ihn für die Mitarbeit zu gewinnen. Buchheim und zwei weitere Bekannte Eichelbaums vertraten die Auffassung, eine bürgerliche Partei müsse schleunigst gegründet werden, »damit nicht andere Unberufene uns bei den Russen zuvorkommen könnten«. <sup>52</sup> Die Aufforderung der russischen Kommandantur machte zudem die Erarbeitung eines Programms der DPD erforderlich, mit dessen Abfassung Buchheim betraut wurde. <sup>53</sup>

Anfang Juli lag dem Leipziger Kreis für seine Programmberatungen ein bislang nicht zuzuordnender programmatischer Aufruf mit dem Titel »Deutscher Sammlungsblock« vor. <sup>54</sup> Der Aufruf trägt in Teilen eine deutlich christdemokratische Handschrift und diente teilweise als Vorlage für die Programmberatungen der Leipziger DPD. <sup>55</sup> In dem Aufruf des »Sammlungsblocks« an die »Männer und Frauen von Leipzig!« hieß es unter anderem: »Hier ruft Euch der Block derer, welche an die besten durch den Nationalsozialismus unterbrochenen oder umgefälschten menschlich-christlich-abendländischen Überlieferungen unseres Volkes auf breitester Grundlage anknüpfen wollen.« Weiterhin wurde die Schaffung eines Rechtsstaates gefordert, »in dem alle Männer und Frauen ohne Unterschied von Herkunft, Stand, Rang, Religion und Rasse grundsätzlich gleichberechtigt sind«. Ziel des Aufrufes war »die Sammlung aller Aufbauwilligen in möglichst großen Arbeitsblocks«, deren Zahl, orientiert an den politischen Hauptgruppen, so gering wie möglich gehalten werden sollte. <sup>56</sup>

In 21 programmatischen Punkten wurden neben einer loyalen Zusammenarbeit mit der Militärregierung und Besatzungsarmee die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung, die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Erneuerung der Justiz, der Schutz des Privateigentums und die freie Unternehmertätigkeit gefordert.

Weiterhin war vom »Schutz der Familie als der natürlichen Zelle des gesamten Volkstums«, der Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereins- und Versammlungsfreiheit und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses die Rede.

<sup>52</sup> Vgl. E. EICHELBAUM, Bericht über die Anfänge (wie Anm. 37), S. 7.

<sup>53</sup> Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422.

<sup>54</sup> Vgl. Aufruf »Deutscher Sammlungsblock (Partei) oder ? (Aufbau und Sammlungsblock?)«, o. D. (Anfang Juli 1945), ADL, NL Hans Reif, N 19/32.

<sup>55</sup> Fragmente der Programmwürfe der DPD befinden sich im NL Hans Reif, ADL, N 19/122. Ein Vergleich der Textstellen der Fragmente mit dem Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« ergibt eindeutig, daß einige wenige Teile identisch sind. Diese wurden vermutlich aus dem Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« in die Programmwürfe übernommen.

<sup>56</sup> Aufruf »Deutscher Sammlungsblock« (wie Anm. 54). Auf die Hervorhebungen im Original wurde verzichtet.

Am Schluß des Aufrufes hieß es: »Mit all dem sollen die Voraussetzungen zum Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft in einem kommenden freien Volksstaat geschaffen werden. Überwältigende Aufgaben! Komm mit! Wir müssen es schaffen! Gründer unseres Sammelblocks sind aufbauwillige Männer und Frauen aller Schichten, Stände und Altersklassen.«<sup>57</sup>

Auch wenn der genaue Entstehungszusammenhang dieses Dokumentes bislang noch im Dunkeln liegt, so brachte der Aufruf des »Sammelblocks« doch die Vorstellungen »bürgerlicher« Demokraten unvergleichlich klar und präzise zum Ausdruck und kann insofern auch als wichtiger Markstein auf dem Weg zur Gründung der CDU in Leipzig angesehen werden.

Die Gründer der DPD hatten für Ihre Programmberatungen offenbar verschiedene Ausschüsse eingesetzt. Überliefert ist ein Protokoll des Ausschusses für Erziehungs- und Schulfragen, der am 17. und 20. Juli 1945 tagte.<sup>58</sup> Die Zusammensetzung des Ausschusses zeigte ein bemerkenswertes Übergewicht des christlichen Flügels. Von vermutlich insgesamt acht Ausschußmitgliedern gehörten sechs (Arkenau, Buchheim, Eichelbaum, Dedo Müller, Ruland und Spitzner-Bender) der späteren CDU an.

In den Empfehlungen für das »demokratische Parteiprogramm« sprach man sich für ein mehrgliedriges Schulsystem aus und forderte, der Schulunterricht solle davon durchdrungen sein, »daß die europäische Kultur eine christliche Kultur ist«. Weiter hieß es: »Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach und wird gegeben von Lehrkräften, die dazu bereit sind. Die inhaltlichen Fragen des Religionsunterrichts sind in Übereinstimmung mit den Kirchen zu regeln.«<sup>59</sup>

Parallel zu den Arbeiten am Parteiprogramm, das aufgrund der nachfolgenden Ereignisse vermutlich nie verabschiedet wurde, arbeitete der Kreis an einem Aufruf<sup>60</sup>, mit dem man sich kurzfristig an die Bevölkerung wenden konnte. Dieser wurde nach lebhaften Debatten am 21. Juli angenommen und sollte in den folgenden Tagen als »Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands«<sup>61</sup> veröffentlicht werden. Zu den namentlichen Unterzeichnern

57 EBD.

58 Vgl. »Vorschläge zum demokratischen Parteiprogramm hinsichtlich Erziehung und Schule«, o. D. (17./20. 7. 1945), ADL, NL N 19/122.

59 EBD.

60 Vgl. »Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig«, (Entwurf), ADL, NL N 19/122. Der Entwurf stimmt weitgehend mit dem am 21. Juli 1945 verabschiedeten Aufruf überein und stammt vermutlich von Karl Buchheim.

61 Der Aufruf der DPD ist abgedruckt bei E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 308 f. Namentliche Unterzeichner des Aufrufes waren Richard Pudor, Freiherr von Stoltzenberg, Müller-Bernhardt, Paul Nowak, Hans Reif, Karl Buchheim und Carl Günter Ruland. Als Großplakat ist der Aufruf enthalten in: ACDP, NL I-188-002/1.

und späteren CDU-Mitgründern gehörten Karl Buchheim, Paul Nowak und Carl Günter Ruland.

Vergleicht man diesen Aufruf mit dem des »Deutschen Sammlungsblocks« und den programmatischen Vorarbeiten der DPD, so vermittelt er den Eindruck eines Provisoriums mit relativ wenig Substanz. Ob dies an der gebotenen Eile, dem Kompromißcharakter zwischen liberalen und christlichen Vorstellungen oder am vorsichtigen Taktieren gegenüber der SMA lag, ist bislang unklar.

Der Inhalt des Aufrufes der Demokratischen Partei Deutschlands zeigte zudem nun das Übergewicht der liberalen Gruppe, auch wenn die programmatischen Aussagen einen gewissen Kompromißcharakter erkennen ließen. Ziel war die Neuorganisation der Kräfte aus den »früheren republikanischen Mittelparteien«. In programmatischen Schlagworten forderte die DPD: »freies Wort«, »sicheres Recht«, »gerechten Lohn«, »billiges Brot«, »kaufkräftiges Geld«, einen »friedlichen Staat« sowie »religiösen Geist«. Was bei den meisten Unionsgründungen programmatisch die erste Stelle einnahm – die Forderung nach »religiösem Geist« – stand hier an letzter. Hinzu kam der Hinweis auf die Rolle der Kirchen als »Hort der Freiheit« in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Aufruf endete schließlich mit den Sätzen: »Es gibt kaum ein anderes Volk, das sich in Geist und Leben so weit von den religiösen Bindungen gelöst hat, wie das unsere. Man kann sich aber nicht ungestraft aus der Verantwortung vor Gott ablösen.«<sup>62</sup> Zwar kam hierin das Profil der christlich orientierten Mitgründer deutlich zum Ausdruck, doch fehlten Hinweise darauf, daß die neue Partei auf den Fundamenten des Christentums und der Überwindung der Spaltung der Konfessionen ruhen sollte.

Aber auch der liberale Flügel verzichtete auf ausgeprägte programmatische Forderungen. So ließ der Aufruf Aussagen über eine liberale Wirtschaftsordnung und den Schutz des Privateigentums vermissen. Vielmehr war nur davon die Rede, daß das neue Deutschland sozial sein solle und sich wieder in die Weltwirtschaft integrieren müsse. Allerdings kam der liberale Führungsanspruch in einem Satz zum Ausdruck, der noch im Entwurf fehlte: »Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere.«<sup>63</sup>

Die Diskussionen um Programm und Aufruf hatten trotz des Kompromißcharakters immer deutlicher werden lassen, daß es zwei Strömungen innerhalb der Partei gab, eine weltliche und eine christlich orientierte.<sup>64</sup> Hinzu kam, daß die Kommandantur überraschend eine Veröffentlichung des Aufru-

62 Aufruf der DPD (wie Anm. 61), S. 309.

63 EBD.

64 Vgl. Ernst EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann«, ACDP, NL I-188-002/2.

fes verbot und die für den 29. Juli angekündigte öffentliche Kundgebung untersagte.<sup>65</sup> Vermutlich hatte die SMA hierzu erst jetzt Weisung aus Karlshorst erhalten, denn die Leipziger Gruppe sollte sich nun entweder dem Berliner CDUD- oder LDP<sup>66</sup>-Aufruf anschließen. Nach den Kontroversen bei den Aufruf- und Programmberatungen hatte man auf christdemokratischer Seite bereits erwogen, »bei guter Gelegenheit, den christlichen Flügel als besondere Partei selbständig zu konstituieren«.<sup>67</sup> Als sich dann in wiederholten Versammlungen der DPD herausstellte, daß die Mehrheit der LDP zuneigte, entschlossen sich Ruland und Buchheim, eine Trennung von den Liberalen herbeizuführen.<sup>68</sup> Noch am 4. August verließ der christdemokratische Flügel eine Versammlung der Demokratischen Partei Deutschlands und konstituierte sich mit einem vorläufigen Vorstand als eigene Gruppe.<sup>69</sup>

Dies geschah, obwohl man noch nichts von den Gründungen in Chemnitz und Dresden erfahren hatte.<sup>70</sup> Über die Berliner Aktivitäten waren ebenfalls noch keine genauen Informationen nach Leipzig gelangt. Erst in den nächsten Tagen sickerte durch, daß sich in Berlin und Dresden eine Partei unter dem Namen »christliche Demokraten« zusammengefunden hatte.<sup>71</sup> Daraufhin bedrängte der Universitätsprofessor und Theologe Dedo Müller Eichelbaum, sich sofort in die Reichshauptstadt zu begeben und Verbindung mit dem Berliner Kreis aufzunehmen. Als Anfang August der Kontakt zu Hermes und Kaiser hergestellt war, konnte ein inzwischen gebildeter Leipziger Aktionsausschuß Ende des Monats den Berliner Gründungsaufruf veröffentlichen.<sup>72</sup>

Schon in den Tagen nach der Aufforderung der SMA, sich einer der Berliner Parteigründungen anzuschließen, hatte die Leipziger DPD beschlossen, Hans Reif als Emissär mit Verhandlungsvollmachten nach Berlin zu schicken, um dort Klarheit zu gewinnen. Reif sprach in Berlin sowohl mit Külz als auch mit Kaiser und entschied sich schließlich für die LDP.<sup>73</sup>

65 Vgl. E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 299.

66 Bis 1951 lautete die offizielle Abkürzung des Parteinamens LDP.

67 E. EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann« (wie Anm. 64).

68 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 422.

69 EBD., S. 423. Vgl. außerdem C. G. RULAND, »Geschichte der CDU« (wie Anm. 51).

70 Vgl. K. BUCHHEIM (wie Anm. 36), S. 423.

71 Vgl. E. EICHELBAUM, »Bericht über die Anfänge« (wie Anm. 37), S. 7 f. und E. EICHELBAUM, »Wie es in Leipzig begann« (wie Anm. 64).

72 Vgl. Gründungsaufruf der CDUD »Deutsches Volk!«, ACDP III-035-115. Der Aufruf war außer von den Berliner Gründern von einem »Aktionsausschuß Leipzig« unter Führung Carl G. Rulands unterzeichnet worden. Zu den weiteren Unterzeichnern gehörten Aurelius Arkenau, Karl Buchheim, Martin Dietze, Herbert Dost, Ernst Eichelbaum, Richard Hartmann, Albert Hofmann, Heinz Lachmann, Ernst Lewek, Heinz Lohmann, Curt Matthes, Max Meyer, Dedo Müller, Paul Nowak, Adolf Plohm, Joseph Rambo, Johannes Schmidt, Bernhard Singer, Gustaf Spitzner-Bender und Otto Splet.

73 Vgl. E. KRIPPENDORF, *Die Gründung der LDP* (wie Anm. 36), S. 299.

Ursache der Spaltung der DPD waren die unterschiedlichen Motive zur Gründung einer neuen politischen Partei. Wie in den anderen Zentren der Unionsgründung glaubten auch die christlich orientierten Leipziger DPD-Mitgründer an eine Erneuerung der Politik aus christlichem Geiste. Anscheinend noch vor Veröffentlichung des Berliner Gründungsaufufes in Leipzig erschien ein offener Brief »Deutsche Christen!«<sup>74</sup> des CDUD-Unterbezirks, der dies klar zum Ausdruck brachte.

Nach der Abspaltung von der DPD verzichteten die Leipziger Christdemokraten darauf, eine eigene Programmatik zu entwickeln; vielmehr wurde die Gruppe jetzt zunehmend von den Berliner und Chemnitzer Vorstellungen beeinflusst. Noch vor Zulassung der Partei erschien ein Handzettel unter der Überschrift »Was will die Christlich-Demokratische Union?«<sup>75</sup>, der bereits Auszüge aus dem Berliner Gründungsaufuf beinhaltete. Zudem wurde darauf hingewiesen, daß hiermit »allen christlich Orientierten« noch kein fest umrissenes Programm vorgelegt werde, sondern sich dieses von unten herauf entwickeln müsse.

Der Einfluß der Chemnitzer CVP zeigte sich an den in diesen Tagen erschienenen Leitsätzen der Leipziger Union. Das neun Punkte umfassende Programm enthielt nahezu wörtlich die Leitsätze der Chemnitzer CVP. Allerdings hatten die Leipziger einen zusätzlichen Punkt aufgenommen: »Die CDU tritt ein für den Wiederaufbau unseres zerschlagenen Wirtschaftslebens auf der Grundlage des Privateigentums, der Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das Notwendige und der selbstverantwortlichen Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land.«<sup>76</sup> Dieser Programmpunkt lag nicht nur auf der Berliner Linie, sondern brachte auch die liberale Wirtschafts tradition der ehemaligen Handelsmetropole zum Ausdruck. Damit unterschieden sich die Leitsätze in einem wesentlichen Punkt von den Chemnitzer Forderungen.<sup>77</sup>

Bei der Formulierung politischer Positionen stellten sich in den ersten Wochen noch zahlreiche Schwierigkeiten ein. Dies zeigte auch die öffentliche Gründungsveranstaltung am 15. September. Als Hauptredner war Walther Schreiber aus Berlin angekündigt. Da Schreiber aber kurzfristig absagen mußte, wurde der Mitarbeiter der CDUD-Reichsgeschäftsstelle, Remelé, mit seiner Vertretung betraut.<sup>78</sup> Vor den etwa 300 Teilnehmern der Veranstaltung

74 Vgl. Offener Brief »Deutsche Christen!«, CDUD, Unterbezirk Leipzig, o. D., (vermutlich Anfang August 1945), ACDP, NL I-188-002/1.

75 Vgl. Handzettel »Was will die Christlich-Demokratische Union?«, ebd.

76 Vgl. »Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Unterbezirk Leipzig«, o. D., ebd.; veröffentlicht, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland* (wie Anm. 29), Qu. 175, S. 701.

77 Wie die Leipziger CDUD Kenntnis von den Chemnitzer Leitsätzen erhalten hat, ob über Berlin, Dresden oder durch direkte Verbindung nach Chemnitz, war nicht zu ermitteln.

78 Vgl. Brief Rulands an Hermes, 17. 9. 1945, ACDP, NL I-188-002/1.



sprach Remelé vom Militarismus der Vergangenheit und hatte dabei offenbar in herabsetzender und entehrender Form über die deutschen Soldaten gesprochen.<sup>79</sup> Folge war, daß kurz darauf einige Gäste die Veranstaltung verließen und der hoffnungsvoll begonnene Auftakt der Leipziger Gruppe mißlang.

Am 22. August 1945 wurde die CDU vom Kriegskommandanten der Stadt Leipzig, Generalleutnant Trufanow, registriert und genehmigt.<sup>80</sup> Die Anerkennung durch die SMA wurde jedoch erst erteilt, nachdem Hickmann in Leipzig persönlich versichert hatte, die Gruppe sei ihm und darüber hinaus Berlin unterstellt.<sup>81</sup> Dies zeigte deutlich das große Interesse der SMAD an einer einheitlichen Parteibildung in der SBZ. In einem Gespräch zwischen Semjonow und Hermes am 10. Juli in Karlshorst war dies bereits zum Ausdruck gekommen.<sup>82</sup>

### Die Rolle der Kirchen

Auch im übrigen Sachsen erfolgten wie in Chemnitz, Dresden und Leipzig zahlreiche Gründungen »spontan, aber auf reifem Feld«.<sup>83</sup> Die in dieser Formulierung umspannten Elemente des Neubeginns und der Kontinuität galten nicht nur für Berlin.<sup>84</sup> Auch in Sachsen gab es Verbindungslinien zu Weimar und zum Widerstand. In Dresden hatten seit 1937 Besprechungen in der Wohnung von Reimer Mager stattgefunden, an denen neben Martin Richter weitere Mitglieder des 1933 aufgelösten Christlich-Sozialen Volksdienstes teilnahmen. Bei einer dieser Besprechungen war auch Elfriede Nebgen anwesend.<sup>85</sup>

79 Vgl. A. Kannegießer an Rechtsanwalt C. G. Ruland, Leipzig am 16. 9. 1945 über die CDU-Gründung in Leipzig, in: *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland* (wie Anm. 29), Qu. 170, S. 687-688, S. 687.

80 Vgl. »Stab Kriegskommandantur der Stadt Leipzig den 22. August 1945. Genehmigung«, ACDP III-035-115.

81 Vgl. Ekkehart KRIPPENDORF, *Die Liberal-Demokratische Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1948. Entstehung, Struktur, Politik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21), Düsseldorf 1961, S. 28, FN 2.

82 Vgl. Protokoll der Besprechung vom 10. Juli 1945, in: Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1963*, Saarbrücken 1963, S. 104-106, S. 104 f.

83 Vgl. Materialien Ruth MATTHIAES (Bericht, o. D./1981), ACDP, NL Ruth Matthaes, I-297-001. Die Spontanität der Gründung vor dem Hintergrund der geistigen Vorbereitung während des Widerstandes im »Dritten Reich« betont auch Kurt WITT, *Wie die Union entstanden ist*, in: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, bearb. und hrsg. von Ossip K. FLECHTHEIM, Bd. 1, Berlin 1962, S. 5-14, S. 7.

84 Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 193.

85 Vgl. Materialien R. MATTHIAES (wie Anm. 83).

Ein Element des Neubeginns war die Rolle der Kirchen, die weitgehend intakt die Zeit des Nationalsozialismus überdauert hatten.<sup>86</sup> Führende Männer der Union gehörten der Bekennenden Kirche an, so Martin Richter (Dresden) und Adalbert Küntzelmann (Chemnitz). Küntzelmann war ebenso wie Ludwig Kirsch 1935 in das Konzentrationslager Sachsenburg verschleppt worden und gehörte nach 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Chemnitz.

Als Repräsentanten des anderen Deutschland verfügten die Kirchen über ausreichende moralische Autorität, um bei einem Neubeginn führend zu wirken. Wichtig war auch der logistische Hintergrund sowie Möglichkeiten der Kommunikation innerhalb der Gemeinden. So übersandte beispielsweise das evangelisch-lutherische Pfarramt Peter-Paul zu Reichenbach im Vogtland der CSV-Geschäftsstelle auf Anfrage Anfang August »105 Blatt Papier«.<sup>87</sup>

In Chemnitz wurde die gesamte Verwaltungsarbeit des Kreisverbandes bis April 1946 im Privatbüro des Vorsitzenden Kirsch abgewickelt.<sup>88</sup> Auch beim ersten Kreistag der Chemnitzer Union griff man auf Räumlichkeiten der Kirchengemeinde zurück. Zutritt wurde nur Delegierten mit einem Ausweis gewährt, der den Amtsstempel der Union oder den eines evangelischen, katholischen oder freikirchlichen Pfarramtes trug.<sup>89</sup> Auch Flugblattaktionen fanden häufig vor den Kirchen statt.<sup>90</sup> Für die Mitgliederwerbung forderte hierzu der Landesverband die Kreisverbände und Ortsgruppen ausdrücklich auf.<sup>91</sup>

Standen Kirchenvertreter auch selten, wie Ludwig Kirsch, an exponierter Stelle, so förderten sie doch häufig die CDU und gaben ihr Starthilfe.<sup>92</sup> Bei der Gründung vieler Orts- und Kreisverbände der Union in Sachsen waren die Kirchen erste Anlaufstellen, und zahlreiche Pfarrer arbeiteten in den Vorständen der neuen Ortsgruppen mit.

Schon Mitte August hatte der Dresdner Kreis zahlreiche Pfarrer angeschrieben und dabei die Richtlinien der CSV, einen Handzettel »Warum CSV« sowie weitere Materialien übersandt.<sup>93</sup> Trotz der engen Verbindung

<sup>86</sup> Vgl. auch W. BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46* (wie Anm. 29), S. 339.

<sup>87</sup> Vgl. Brief von Paul Unger an Hermann Voigt, 9. 8. 1945, ACDP III-035-029.

<sup>88</sup> Vgl. CDU, Kreis Chemnitz-Stadt, Jahresbericht 1946, 15. 12. 1946, ACDP VII-011-799.

<sup>89</sup> Vgl. Einladung der CDUD-Chemnitz zum Kreistag, 20. 9. 1945, ACDP III-035-019.

<sup>90</sup> Vgl. beispielsweise Flugblatt der CDU-Ortsgruppe Chemnitz »Christen, habt Ihr den Ruf gehört? Wer zögert noch?«, o. D. (November 1945), ACDP III-035-019.

<sup>91</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 5 des CDU-Landesverbandes Sachsen, 3. 10. 1945, ACDP III-035-061.

<sup>92</sup> Vgl. W. BECKER, *Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46* (wie Anm. 29), S. 399.

<sup>93</sup> Vgl. beispielsweise Aufstellung Adressenlisten für Rundschreiben, 14. 8. 1945, ACDP III-035-016.

der CSV zu den Kirchen legten die Dresdner Gründer Wert darauf, die Pfarrer bei der politischen Arbeit nicht zu exponieren.<sup>94</sup>

In den meisten Rundschreiben wurde darum gebeten, Führungspersönlichkeiten für den Aufbau der Union ausfindig zu machen und die Verbindung nach Dresden herzustellen. Angeschrieben wurden in diesem Zusammenhang auch alle Superintendenten.<sup>95</sup> Ziel der Rundschreiben war dabei nicht nur die Gewinnung vor allem der evangelischen Christen, aber auch der katholischen, sondern sogar Methodisten und Baptisten sollten zu »ernster Mitarbeit verpflichtet werden.«<sup>96</sup>

Der überraschend schnelle Aufschwung der christdemokratischen Bewegung – Ende Dezember 1945 hatte die sächsische Union bereits 20.259 Mitglieder<sup>97</sup> – lag nicht zuletzt an der personellen Verflechtung von Kirche und Union, die in dem katholischen Pfarrer Kirsch und dem protestantischen Theologen Hickmann augenfällig wurde.<sup>98</sup>

Sicherlich hat auch ein in den Anfangsjahren vorhandenes Konkurrenzdenken<sup>99</sup> der beiden Konfessionen die schnelle Mitgliederentwicklung in Sachsen bewirkt. Nachdem in zahlreichen Fällen Persönlichkeiten des ehemaligen Zentrums den Anstoß zur Gründung einer überkonfessionellen Partei gegeben hatten, achteten die evangelischen Führungskreise um Hickmann und Hermann Voigt beim Aufbau der Partei von Anfang an argwöhnisch darauf, daß »die evangelischen Kreise nicht zurückstehen, sondern die Führung übernehmen, wie sich das gehört!«<sup>100</sup>

Auffällig war daher der hohe Anteil der Katholiken in der CDUD: In

94 Vgl. Schreiben Hermann Voigts an Linus Mitschke, 10. 8. 1945, ACDP III-035-016.

95 Vgl. Brief von Hermann Voigt an den Bruder von Hugo Hickmann, Pfarrer Johannes Hickmann, 15. 8. 1945, ACDP III-035-027.

96 Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Amelung, 17. 8. 1945, ACDP III-035-029.

97 Vgl. Tab. Mitgliederbestand der CDUD-Landesverbände, Stand: 1. 1. 1946 und 31. 12. 1946, ACDP VII-011-799.

98 Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU (D)*, in: *SBZ-Handbuch (wie Anm. 9)*, S. 515-543, S. 521.

99 Konkurrenzdenken zeigte schon der Bericht über die Entwicklung der CDU aus dem Jahre 1946 (wie Anm. 5). Die Beteiligung der Protestanten am Gründungsprozeß wurde dort überbetont. Über die Bildung der Ortsgruppen hieß es: »Bemerkenswert ist, daß die ersten Kreisverbände im Erzgebirge gegründet wurden, wo ausschließlich eine evangelische Bevölkerung vorhanden ist. (...) In der Gegend um Bautzen, die sich zu einem großen Prozentsatz aus römisch-katholischen Einwohnern zusammensetzt, wurden dagegen nur drei Ortsgruppen 1945 gegründet. Im ganzen gesehen, muß betont werden, daß die Ortsgruppen-Neugründungen im Jahre 1945 in betont evangelischen Kreisen durchgeführt wurden.« Gleichwohl war Bautzen Ende 1945 mit 5188 Mitgliedern der mitgliederstärkste Bezirk der CDU-Sachsen. Vgl. Arbeitsbericht der CDU-Sachsen an die SMA für den Monat Februar 1946, 4. 3. 1946, ACDP III-035-006.

100 Vgl. Schreiben Hickmanns an Erich Sorgenfrei, 7. 9. 1945, ACDP III-035-016; vgl. auch Schreiben Voigts an Mitschke, 10. 8. 1945 (wie Anm. 94).

den sechs Landesverbänden stellten sie im September 1947 40 Prozent der Mitglieder, bei einem Bevölkerungsanteil von nur elf Prozent.<sup>101</sup>

Die Kirchen waren Grundkonstanten der CDUD-Gründungen in ganz Sachsen, aber auch im übrigen Deutschland.<sup>102</sup> In Oberfrohna hatte der evangelische Pfarrer Ernst-Günter Haß Ende Juni 1945 zufällig im Rundfunk gehört, daß in Berlin die CDU als dritte antifaschistische Partei gegründet worden war.<sup>103</sup> Das Ansinnen des von den Amerikanern eingesetzten SPD-Bürgermeisters, ebenfalls eine CDU-Ortsgruppe zu gründen, um im »Demokratischen Block« ein Gegengewicht zur KPD zu schaffen, lehnte Haß zunächst ab. Erst als der Ortsgeistliche der benachbarten Stadt Limbach, der dort die Gründung einer Ortsgruppe betrieb, Haß erneut aufforderte, stimmte dieser zu und übernahm Anfang August den Vorsitz der CDU.

Zu den frühen und selbständigen Gründungen gehörten Reichenbach im Vogtland und Annaberg im Erzgebirge. Die in Reichenbach bereits am 3. Juli 1945 erfolgte Gründung war ohne den Kontakt zur Dresdner CSV zustande gekommen.<sup>104</sup> Als der Dresdner Kreis sich Mitte August um Verbindung nach Reichenbach bemühte, erfuhr man, daß dort bereits eine CDU-Ortsgruppe bestand.<sup>105</sup> Unter Führung des Stadtrates Karl Orlamünder hatte sich die Ortsgruppe in den folgenden Wochen sogar zum CDU-Bezirksverband Vogtland erklärt, obwohl nach den Berliner und Dresdner Organisationsstatuten die Ortsgruppe zum Kreisverband Plauen gehörte.<sup>106</sup>

In Annaberg trafen sich am 9. Juli 1945 30 Einwohner im Pfarrsaal der katholischen Kirche, um eine christliche Partei zu gründen.<sup>107</sup> In Döbeln war es Rudolf Bohlmann, der im Juli erste Vorbereitungen zur Gründung einer »bürgerlichen« Partei traf.<sup>108</sup> Im Kreis Kamenz ergriffen ehemalige Mitglieder des Zentrums im August/September 1945 die Initiative.<sup>109</sup> In der Stadt Böhlen bei Leipzig trafen Heinz Urban und andere erste Vorbereitungen zur Gründung einer Ortsgruppe, nachdem sie vom Aufruf der CDUD-Berlin gehört hatten.<sup>110</sup>

101 Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 521.

102 Vgl. auch Siegfried SUCKUT, *Von der Opposition zum Bündnis. Zur Entwicklung der DDR-CDU von 1945 bis 1952*, in: *Kirche im Sozialismus*, 5/1982, S. 50-55, S. 51.

103 Vgl. auch im folgenden Ernst-Günter Haß, »Die Anfänge (1945/46) der Ortsgruppe Oberfrohna (Kreis Chemnitz) der CDUD«, *ACDP*, NL Ernst-Günter Haß, I-300-003.

104 Gründungsmitglieder waren insgesamt 24 Personen, davon 17 ev., 1 ev.-luth. und 6 röm. kath. Vgl. Bericht über die Entwicklung der CDU (wie Anm. 5); vgl. außerdem Artikel »Die Arbeit der Union in Sachsen«, *Neue Zeit*, Nr. 62, 2. 10. 1945, S. 2.

105 Vgl. Schreiben von Franz Bley an Hermann Voigt, 22. 8. 1945, *ACDP* III-035-029.

106 Vgl. Brief von Martin Richter an Karl Orlamünder, 9. 10. 1945, *ACDP* III-035-029.

107 Vgl. Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU 1945 bis 1952* (Beiträge zur Geschichte), o.O. 1975, S. 15 f.

108 Vgl. Bericht Rudolf BOHLMANN, o. D., *ACDP* III-035-177.

109 Vgl. Materialien R. MATTHIAES (wie Anm. 83).

110 Eigene Information.

In Eibenstock im Kreis Aue-Schwarzenberg hatte sich im August 1945 eine Deutsche Demokratische Partei unter Führung von Hugo Schenk gebildet.<sup>111</sup> Ob sich die Partei der Dresdner CSV oder den Liberaldemokraten anschließen werde, war zunächst offen. Am 20. August übermittelte die Dresdner CSV auf Anfrage sogar die Anschrift der sächsischen LDP-Partei-zentrale nach Eibenstock. In dem Schreiben wurde zudem darauf hingewiesen, daß die »Christlich-Soziale Volkspartei oder Christlich-Demokratische Union, wie es in Berlin heißt, ... ein und dieselbe (ist)«. <sup>112</sup> Ausschlaggebend für den Anschluß an die Union war offenbar dann Martin Richter, den Schenk noch aus früheren Zeiten kannte.<sup>113</sup>

In den folgenden Wochen wurde der weitere Aufbau der Partei zunehmend von den sächsischen Zentren, besonders von Dresden aus, gesteuert.<sup>114</sup> Zahlreiche Gründungen kamen jetzt auch dadurch in Gang, daß der Berliner-Gründungsaufruf öffentlich gemacht wurde<sup>115</sup> oder Funktionäre des Landesverbandes in die Städte und Gemeinden reisten.<sup>116</sup>

#### Dresdner Führungsanspruch, Zulassung und einheitlicher Parteiname

Autonomie und regionale Unterschiede der Gründungsvorgänge machten eine Vereinheitlichung von Organisation und Programmatik erforderlich. Zweifellos wurde das Bekenntnis »Wir gehören alle zusammen«, wie es in einem Brief<sup>117</sup> der Dresdner Gründer hieß, allgemein geteilt. Unklar waren jedoch Name, Programmatik und Organisationsstrukturen der neuen Partei.

<sup>111</sup> Vgl. Schreiben der »Demokratischen Partei Eibenstock und Umgebung«, Hugo Schenk, an die CSV in Dresden, Hugo Hickmann, 14. 8. 1945, ACDP III-035-016.

<sup>112</sup> Vgl. Brief von Martin Richter an Hugo Schenk, 20. 8. 1945, ACDP III-035-016.

<sup>113</sup> Vgl. Brief von Schenk an Richter, 22. 8. 1945, ACDP III-035-016.

<sup>114</sup> In einem Brief an einen Pfarrer in Eibau/Oberlausitz vom 11. August 1945 hieß es: »Herr Martin Richter ... legt Wert darauf, daß wir Ihnen die anliegenden Richtlinien zuleiten. Sie wollen daraus entnehmen, welche Grundlage sich die in Sachsen geschaffene Christlich-Soziale Volkspartei gegeben hat. Diese Richtlinien sind unlängst von evangelischen und katholischen Männern einhellig gebilligt worden. Ein eigenes Auftreten der Zentrumspariei kommt somit nicht in Frage. (...) Mit der Christlich-Demokratischen Union in Berlin und Chemnitz, die das gleiche vorstellen, stehen wir natürlich in engster Verbindung. Wir alle gehören zusammen.« Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Haan, Eibau/Oberlausitz, 11. August 1945, ACDP III-035-161.

<sup>115</sup> So hatten beispielsweise die Gründer einer Ortsgruppe im Kreis Dresden-Land erstmals Berührung mit der neuen Partei, als der Gründungsaufruf im August/September 1945 an den Litfaßsäulen der Stadt Dresden erschien. Vgl. Benno KOHLA, Zur Geschichte der CDU im Kreis Dresden-Land, 8. 10. 1962, ACDP III-035-095.

<sup>116</sup> Ruth Matthäes berichtet, daß zu den Gründungen auf Ortsebene insbesondere Walter Lindner und sie unterwegs waren. Lindner hatte dabei immer ein Standardreferat zur Verfügung, das vorher der SMA vorgelegt werden mußte. Vgl. Materialien R. MATTIAES (wie Anm. 83).

<sup>117</sup> Vgl. Brief von Hermann Voigt an Pfarrer Haan, 11. August 1945 (wie Anm. 114).

Chemnitz konnte unter den sächsischen Gründungszentren – durch die frühen Aktivitäten Kirschs zu einer Vorreiterrolle gelangt – gewiß Anspruch auf Führung erheben. Die zu erwartende Rivalität zwischen den beiden Zentren des Landes, Leipzig und Dresden, blieb aus, da den Leipzigern durch die amerikanische Besatzung und die Besonderheiten des dortigen Gründungsverlaufes nur noch die Unterordnung unter die Führung der Dresdner Gruppe blieb.

Dresden hatte seinen Führungsanspruch bereits am 8. Juli 1945 deutlich gemacht. Mit Gründung der CSV wollte die Dresdner Gruppe »zu gleicher Zeit die Arbeiten für die Landesleitung übernehmen«. <sup>118</sup> Diese Haltung resultierte aus dem Selbstverständnis, mit dem Sitz in der traditionsreichen Landeshauptstadt sei automatisch die Führung innerhalb Sachsens verbunden. Offenbar dachte man aber auch in Chemnitz an eine Ausdehnung der dort etablierten Christlichen Volkspartei. <sup>119</sup> In einem Brief vom 13. Juli wies Kirsch den Führungsanspruch der Dresdner entschieden zurück, indem er unmißverständlich feststellte, »daß weder Dresden noch Chemnitz noch irgendeine andere Stadt das Recht hat, von sich aus für ganz Sachsen oder gar – wie etwa der Aufruf der Demokraten – für ganz Deutschland zu sprechen«. <sup>120</sup>

Ursache der Meinungsverschiedenheiten war auch das Vorgehen der Dresdner Gruppe hinsichtlich eines Richtlinienentwurfes für die CSV. In der ersten Arbeitssitzung hatte Hickmann einen Entwurf vorgelegt, <sup>121</sup> der offenbar auf den Chemnitzer Leitsätzen beruhte, aber ohne Einverständnis Kirschs überarbeitet worden war. Im einzelnen bemängelte Kirsch den wiederholten Gebrauch des Wortes »Volksgemeinschaft« sowie einige allzu-sehr an »deutschnationale Gedankengänge« erinnernde Formulierungen und verwies darauf, daß dies unter Umständen die Genehmigung des ganzen Textes in Frage stellen könne. Kirsch bat die Dresdner Freunde daher, bis zu seiner Rückkehr aus Berlin mit der Vorlage ihres Textes bei der Kommandantur zu warten. <sup>122</sup>

In Dresden war wenige Tage später, am 21. Juli 1945, in einer Versammlung mit etwa 70 Teilnehmern die Christlich-Soziale Volkspartei offiziell ins Leben gerufen und Hugo Hickmann zum Vorsitzenden eines zwölfköpfigen Arbeitsausschusses gewählt worden. <sup>123</sup>

<sup>118</sup> Vgl. Niederschrift Besprechung 8. 7. 1945 (wie Anm. 6).

<sup>119</sup> Der offene Brief Kirschs sowie der »Aufruf an das Volk« von Anfang Juli 1945 waren mit »Christliche Volkspartei Kreis Chemnitz« überschrieben, während der Zusatz der Ortsbezeichnung bei den Leitsätzen wohlweislich fehlte (wie Anm. 21, 22, 28).

<sup>120</sup> Vgl. Brief von Kirsch an die CSV, 13. 7. 1945 (wie Anm. 32).

<sup>121</sup> Vgl. Niederschrift Arbeitssitzung 10. 7. 1945 (wie Anm. 11).

<sup>122</sup> Vgl. Brief von Kirsch an die CSV, 13. 7. 1945 (wie Anm. 32).

<sup>123</sup> Vgl. »Niederschrift über die Versammlung der Freunde der CSV«, 21. 7. 1945, ACDP III-035-001; außerdem H. ZILLIG (wie Anm. 107), S. 15.

Der evangelische Theologe Hickmann, schon vor dem Ersten Weltkrieg in Leipzig als Hochschulprofessor tätig, hatte 1922 für die DVP ein Landtagsmandat übernommen und war so 1926 Vizepräsident des Sächsischen Landtages geworden. Seit seinem Eintritt in die DVP 1919 hatte er sich besonders um die Lösung der kulturpolitischen Fragen und sozialen Anliegen bemüht.<sup>124</sup> Bereits vor dieser Zeit war Hickmann in dem Kreis um Friedrich Naumann in der christlich-sozialen Bewegung tätig. Vor 1933 war der spätere sächsische CDU-Landesvorsitzende Präsident der evangelischen Landessynode.<sup>125</sup> 1933 bis 1945 hatte er Berufsverbot. Hickmann galt daher als Persönlichkeit mit politischer Erfahrung, vor allem aber als respektabler Repräsentant der evangelischen Christen.<sup>126</sup> Erst diese Kombination machte es möglich, den Vorsitz der neuen Partei zu übernehmen, obwohl die Initiative zur Gründung der CSV von anderer Seite ausgegangen war. Ein Vorsitzender aus dem katholischen Lager war – wollte man das Zentrum nicht wiederbegründen, sondern eine überkonfessionelle Volkspartei schaffen – aufgrund des Kräfteverhältnisses evangelischer und katholischer Christen in Sachsen undenkbar.<sup>127</sup>

Zur Durchsetzung des Dresdner Führungsanspruches wurde der Arbeitsausschuß von der Gründungsversammlung mit der Führung der Geschäfte im Lande Sachsen sowie der Herstellung von Kontakten zu anderen Parteigruppen christlicher Demokraten beauftragt.<sup>128</sup> Hickmann, der nun aus erheblich gestärkter Position agieren konnte, versuchte jetzt alles, um einen einheitlichen Parteaufbau unter Führung Dresdens durchzusetzen. In einem Brief an den evangelischen Pfarrer und Mitstreiter Kirschs, Schulze, forderte Hickmann zunächst ausdrücklich die Führung der evangelischen Christen in der neuen Partei. Nur unter dieser Voraussetzung habe man den Zusammenschluß in Dresden verantwortet. Er empfahl seinem Glaubensbruder daher »dringend, ... weniger die Verbindung mit Berlin zu pflegen als die

---

124 Nach anderen Angaben war Hickmann zeitweilig auch Mitarbeiter Stresemanns. Vgl. K. WITT (wie Anm. 83), S. 9.

125 Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 521. Das SBZ-Handbuch gibt abweichend an, Hickmann sei Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Gemeindetages gewesen. Vgl. *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 9), S. 931.

126 Über Hickmann liegt bislang keine Biographie vor. Im Januar 1950 wurde er zum Rücktritt gezwungen, aller Ämter enthoben und am 1. Juni 1950 aus der Partei ausgeschlossen. Bis zu seinem Tode (1955) lebte er in der DDR und war Verbindungsmann der Exil-CDU in Sachsen. Von der DDR-Historiographie wurde er verfeimt, in der Bundesrepublik ist sein Wirken weitgehend unbekannt. Ein Nachlaß scheint nicht zu existieren.

127 Nach einer Aufstellung des CDU-Landesverbandes Sachsen vom November 1946 waren von 5,3 Millionen Einwohnern 84 % evangelisch-lutherisch, 10 % römisch-katholisch und 6 % konfessionell nicht gebunden. Vgl. Jahresbericht der CDU-Sachsen, 1946, Anlage 11, ACDP VII-011-803.

128 Vgl. H. ZILIO (wie Anm. 107), S. 15.

mit Dresden«. <sup>129</sup> Dies solle nach Möglichkeit, so Hickmann, auch bei der Namensgebung der Partei in Chemnitz maßgebend sein.

Der Brief verfolgte offenbar die Absicht, Chemnitz auf die Dresdner Aktivitäten festzulegen und das eigenständige Vorgehen Kirschs zu hintertreiben. Darüber hinaus wurde deutlich, daß die überwiegend katholisch geprägte Gründungsphase nun zu Ende gehen sollte und Hickmann als Repräsentant der evangelischen Christen, die in Sachsen mehr als Dreiviertel der Bevölkerung ausmachten, nun die Führung innerhalb der christlich orientierten Parteigründungen einforderte.

Bereits am 25. Juli hatte der von Hickmann berufene Geschäftsführer der CSV, Hermann Voigt, in einem ersten Rundschreiben Verbindung mit Gleichgesinnten im Lande aufzunehmen versucht. <sup>130</sup> Nach mehreren Beratungen waren dann die Richtlinien der CSV endgültig in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 31. Juli verabschiedet worden. <sup>131</sup> Auf dieser Grundlage sollte nun der einheitliche Parteaufbau erfolgen.

In einem weiteren Rundschreiben vom 2. August 1945 wurden die Richtlinien einem größeren Kreis übersandt und die Bildung von zunächst 16 Arbeitskreisen angeregt. <sup>132</sup> Hickmann verwies dabei darauf, daß die Richtlinien nunmehr vom »interkonfessionellen Arbeitsausschuß« einhellig angenommen worden seien. Um die Genehmigung der Partei durch die russische Besatzungsmacht nicht zu gefährden, bat er darum, das übersandte Material vertraulich zu behandeln. Auch in den weiteren Rundschreiben dieser Tage wurde darauf hingewiesen, daß man in Kürze mit der Zustimmung der Besatzungsmacht rechnen. Nach Zulassung der Partei wolle man in die öffentliche Werbung eintreten. Weiter hieß es in einem dieser Anschreiben: »Aber es muß vorher alles im Stillen vorbereitet werden, damit genug Freunde interessiert sind, die dann hervortreten können.« <sup>133</sup> Bei der Beschlußfassung über die Richtlinien waren die Anregungen Kirschs, der nicht zuletzt auf möglicherweise auftretende Schwierigkeiten bei der SMA verwiesen hatte, offensichtlich berücksichtigt worden.

Die Richtlinien vom 1. August 1945 faßten in zehn programmatischen Punkten die wesentlichen Ziele der CSV zusammen. <sup>134</sup> Das deutsche Volk sollte »aus christlichem Geist« erneuert werden und eine »demokratische Volksordnung« den »Aufbau einer Volksgemeinschaft nach sozialen Grundsätzen ermöglichen«. Ferner forderte man den Wiederaufbau des Rechts-

<sup>129</sup> Vgl. Brief Hickmanns an Schulze, 4. 8. 1945, ACDP III-035-019.

<sup>130</sup> Vgl. hierzu Schreiben von Pfarrer Amelung an Hickmann, 1. 8. 1945, ACDP III-035-029.

<sup>131</sup> Vgl. »Niederschrift über die Sitzung der CSV, am 31. 7. 1945«, ACDP III-035-001.

<sup>132</sup> Vgl. Rundschreiben der CSV vom 2. 8. 1945, ACDP III-035-061 und »Richtlinien für die Christlich-soziale Volkspartei«, Dresden, 1. 8. 1945, ADL, LDPD, 18538.

<sup>133</sup> Vgl. Brief von Voigt an Pfarrer Amelung, 17. 8. 1945 (wie Anm. 96).

<sup>134</sup> Vgl. auch im folgenden Richtlinien für die CSV, 1. 8. 1945 (wie Anm. 132).



staates, der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie freie Meinungsäußerung und das »Recht der Eltern auf christliche Unterweisung und Erziehung ihrer Kinder«.

Das Postulat nach »Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Sicherstellung der werktätigen Bevölkerung bis zum Tode« ging auf die Chemnitzer Leitsätze zurück. Auch war jetzt nur noch die Rede von einer »würdigen nationalen Haltung, ... in unserer bedrückenden Lage und unter bitterer Not« und der Zusatz »auch gegenüber den Siegermächten« entfiel. Erst eine spätere Fassung der Richtlinien, die bereits den Namen CDU trug, enthielt einen zusätzlichen Punkt, in dem der Schutz des »Privateigentums ... als Grundlage wirtschaftlicher Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit« verlangt wurde.<sup>135</sup> In einer weiteren Fassung der Richtlinien nahm man in den folgenden Wochen auch noch die Forderung nach Erhalt des Berufsbeamtentums auf.<sup>136</sup> Insgesamt spiegelten die Richtlinien am ehesten die Berliner Vorstellungen wider. Die Chemnitzer Leitsätze betonten dagegen stärker als in Berlin und Dresden die Rückbesinnung auf transzendente Werte des Christentums.

Zur Unterstreichung des Dresdner Führungsanspruches erarbeitete der interkonfessionelle Ausschuß auch einen Aufruf für Sachsen. Noch vor der abschließenden Beratung am 14. August 1945 war der Berliner Aufruf »Deutsches Volk!« am 26. Juli eingehend besprochen worden.<sup>137</sup> In der Sitzung vom 7. August hatte der Arbeitsausschuß dann beschlossen, erst den Dresdner Aufruf bei der russischen Besatzungsbehörde zur Genehmigung einzureichen. Nur im Falle der Ablehnung wollte man den Berliner Aufruf übernehmen.<sup>138</sup>

Der Dresdner Aufruf zeigte insgesamt einen eigenständigen und substantiellen Charakter und stand auf hohem Niveau. Im Kern deckten sich die Forderungen mit dem Berliner Aufruf und den Chemnitzer Leitsätzen. Einige Abschnitte ließen sich unmittelbar auf die Berliner oder Chemnitzer Aussagen zurückführen. Bemerkenswertester Unterschied zu den Chemnitzer Forderungen war auch hier die auf den Berliner Aufruf zurückgehende

<sup>135</sup> Vgl. »Richtlinien für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands«, o. D. (vermutlich Mitte August 1945), ACDP III-035-061.

<sup>136</sup> Vgl. »Richtlinien für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands«, o. D. (Oktober 1945), ebd. Die Richtlinien in dieser Fassung sind veröffentlicht bei H. WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem* (wie Anm. 6), S. 132 f.

<sup>137</sup> Vgl. »Niederschrift über die am 14. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001 und »Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses«, 26. 7. 1945, ebd.

<sup>138</sup> Vgl. »Niederschrift über die am 7. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses der CSV«, ACDP III-035-001.

Bejahung des Privateigentums als »unersetzliche Grundlage wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit«. <sup>139</sup>

Neben der Durchsetzung des Dresdner Führungsanspruches sowie der Forderung nach einer bestimmenden Rolle der evangelischen Christen ging es den Dresdner Gründern ebenso darum, alles zu vermeiden, was den Eindruck erwecken konnte, bei der neugegründeten CSV/CDU handele es sich um eine Wiederbelebung des Zentrums. Dies hatte Hickmann in zahlreichen Schreiben der ersten Wochen immer wieder betont. <sup>140</sup> Hätte sich dieser durchaus naheliegende Eindruck in der Bevölkerung bestätigt, so wäre die neue Parteigründung auf das äußerste gefährdet gewesen. Zentrum und Christlich-Sozialer Volksdienst hatten bei den Reichstagswahlen vom September 1930 in Sachsen zusammen lediglich 3,4 Prozent erhalten. <sup>141</sup>

Für die weitere Entwicklung der Partei mußte jedoch entscheidend werden, wie sich die Situation in der alten Reichshauptstadt darstellte. Hickmann selbst war bereits im Juli zu ersten Gesprächen nach Berlin gereist. <sup>142</sup> Dort befand sich der Aufbau der Partei in vollem Gange. Nach der großen öffentlichen Gründungskundgebung am 22. Juli im Theater am Schiffbauerdamm sowie zahlreichen Berliner Stadtteilgründungen erfuhr man im Juli von gleichgerichteten Aktivitäten in Thüringen und Greifswald. <sup>143</sup> Ende August berichtete Otto Lenz nach einer Erkundungsreise im Westen über den Stand der Unionsgründung in der britischen Zone. <sup>144</sup>

Anfang August reiste der ehemalige Gewerkschaftssekretär Martin Richter, vermutlich auf Weisung Hickmanns, nach Berlin, um vor dem Gründungsausschuß über die Parteibildung in Sachsen zu berichten. <sup>145</sup> Richter verwies auf die Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei, die sich zunächst unabhängig von der CDU entwickelt habe, jetzt aber die Eingliederung als Landesverband in die Union betreibe. Die Bereitschaft zur Eingliederung entsprach dem Willen zur Bildung einer großen bürgerlichen, die Konfessionen übergreifenden Partei, war aber gleichzeitig der entscheidende

<sup>139</sup> Vgl. »Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen«, o. D. (14. 8. 1945), ACDP III-035-061.

<sup>140</sup> Vgl. beispielsweise Schreiben Hickmanns an Ernst Kallabis, 4. 9. 1945, ACDP III-035-030.

<sup>141</sup> Vgl. Tab. »Stimmanteile der Parteien in Sachsen 1922-1930«, in: Hans FENSKE, *Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte*, Frankfurt/M. 1972, S. 291.

<sup>142</sup> Vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart u. a. 1969, S. 59. Die Angabe Conzes geht offenbar auf den Erinnerungsbericht »Zu den Parteigründungen in der Zone« (anonym), 2 S., o. D., zurück. Vgl. BA, Nachlaß Jakob Kaiser, N 1018/252. In den Sitzungsprotokollen des Berliner Gründerausschusses vom 19. und 25. Juli 1945 findet sich für den Besuch Hickmanns kein Hinweis. Vgl. ACDP VII-010-708.

<sup>143</sup> Vgl. Protokoll der 4. Sitzung des Gründungsausschusses, 25. Juli 1945, ACDP VII-010-708.

<sup>144</sup> Vgl. Brief von Lenz an Hermes, 27. 8. 1945, Abschrift, BA, NL N 1018/129.

<sup>145</sup> Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Gründungsausschusses, 2. 8. 1945, ACDP VII-010-708.

Schritt zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Dresdner. Schließlich konnte Hickmann davon ausgehen, daß man Dresden als sächsische Zentrale anerkennen würde. Dies lag nicht zuletzt am organisatorischen Aufbau der SMAD, die auch in Dresden die SMA-Verwaltung für das Land Sachsen untergebracht hatte. Gleichwohl zeigte die CSV einen gewissen Unabhängigkeitsanspruch, wollte sie doch ihren bisherigen Parteinamen als Untertitel weiterführen. Dies war jedoch nicht auf programmatische Unterschiede zurückzuführen, sondern wohl eher auf den Stolz einer eigenständigen – wenn auch kurzen – Gründungsgeschichte. Schließlich hatte die CSV von Beginn an betont, daß sie mit der CDU in Berlin auf gleichem Boden stehe und mit dieser engstens zusammenarbeite.<sup>146</sup>

Für die Berliner Gründer wurde die Vereinheitlichung des Parteaufbaues über die Grenzen der Reichshauptstadt hinweg damit zunehmend vordringlich. Am 9. August setzte der Gründerkreis daher einen Organisationsausschuß ein, der in der Woche darauf »Richtlinien für die Organisation der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands« verabschiedete.<sup>147</sup> Einheitliche Richtlinien für den sächsischen Parteaufbau konnte Richter aus Berlin demnach nicht mitnehmen.

Der Streit um den Parteinamen und die Führung in Sachsen wurde schließlich durch eine Entscheidung außerhalb der Reihen der sächsischen Christdemokraten beigelegt. Am 21. August 1945 erteilte die Dresdner Kommandantur die Bestätigung über die Registrierung der Partei, »allerdings unter Annahme der Berliner Parteibezeichnung Christlich-Demokratische Union«.<sup>148</sup> In einem Brief Martin Richters an den Chemnitzer Pfarrer Schulze vom selben Tage hieß es: »Heute hat die russische Kommandantur die Registrierung unter dem Namen Christlich-Demokratische Union vollzogen. So werden wir durch russischen Druck zu einem einheitlichen Namen kommen.«<sup>149</sup>

Als engerer Landesvorstand der CDU-Sachsen waren Hugo Hickmann, Friedrich Koring, Franz Jensch, Kurt Hoegg, Martin Richter und Hans Lanka der SMA gemeldet worden. Dieser Vorstand war zunächst auch für den Stadtbezirk Dresden zuständig, aber bereits wenige Tage nach der Registrierung wurde Richter als kommissarischer Geschäftsführer für den Kreisverband Dresden eingesetzt.<sup>150</sup> Da der Berliner Parteiname für

146 Vgl. beispielsweise Schreiben Voigts an Mitschke, 10. 8. 1945 (wie Anm. 94).

147 Vgl. Protokoll der 6. und 7. Sitzung des Gründungsausschusses, 9. 8. 1945, 17. 8. 1945, ACDP VII-010-708.

148 Vgl. »Niederschrift über die am 21. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001.

149 Brief Martin Richters an Pfarrer Schulze, 21. 8. 1945, ACDP III-035-019.

150 Vgl. »Niederschrift über die am 28. 8. 1945 stattgefundene Sitzung des Arbeitsausschusses«, ACDP III-035-001.

ganz Sachsen Geltung haben sollte, war somit auch der Konflikt zwischen Chemnitz und Dresden entschieden. Noch am selben Tage teilte Kirsch unter dem Briefkopf »Christlich-Demokratische Union, Ortsgruppe Chemnitz« Hickmann mit, die offizielle Genehmigung sei auch in Chemnitz erteilt, in der nächsten Woche könne der Berliner Aufruf groß an den Plakatsäulen erscheinen.<sup>151</sup>

Neben Chemnitz wurden zahlreiche weitere Gruppen am 21. und 22. August unter der Berliner Parteibezeichnung genehmigt. Nach Bestätigung des engeren Vorstandes durch die SMA am 25. des Monats erschien der Berliner Gründungsaufruf mit den Dresdner Unterschriften<sup>152</sup> einige Tage darauf. Erst jetzt konnte die CDU auf breiter Front in die öffentliche Werbung eintreten. Aber bereits wenige Tage später begann mit der Bodenreform und der entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer die kommunistisch gesteuerte »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«.

Die Entscheidung der SMAD, den Berliner Parteinamen für das gesamte sowjetisch besetzte Gebiet festzuschreiben, bedeutete in gewisser Weise auch eine Vorentscheidung für die Namensfindung der Union in ganz Deutschland. Die Entschließung Nr. 1 auf dem Godesberger »Reichstreffen«<sup>153</sup> enthielt ausdrücklich den Hinweis: »Um insbesondere die Verbundenheit mit unseren politischen Freunden im Osten zu bekunden, wird beschlossen, den gemeinsamen Namen anzunehmen: Christlich Demokratische Union Deutschlands.«<sup>154</sup>

151 Vgl. Brief Kirschs an Hickmann, 21. 8. 1945, ACDP III-035-019.

152 Der Aufruf wurde in einigen Punkten unwesentlich geändert. Er trug das Datum 25. August 1945 und war für die CDUD, Landesverband Sachsen, von folgenden Personen unterzeichnet: »Dr. Herbert Conert, E. H. I. Fennig, Dr. Otto Fiebiger, Otto Freitag, August Galland, Dr. Dorothea Haenel-Dietrich, Maria Hampel, Wolfram von Hanstein, Edmund Haupt, Hanns Herziger, D. Hugo Hickmann, Kurt Hoegg, Adolf Hofmann, Dr. Georg Jäckel, Franz Jensch, Dr. Heinrich König, Friedrich Koring, Hans Lanka, Gertrud Leske, Walter Lindner, Dr. Max Georg von Loeben, Hubert Moderegger, Gustav Noack, Martin Richter, Fritz Riebold, Gerhard Rohner, Karl Rudolph, Dr. Herbert Sautler, Dr. Hermann Vogel von Frommannshausen, Hans Hermann Weiße«. Vgl. Aufruf »Deutsches Volk!«, Dresden, 25. 8. 1945, ACDP III-035-115.

153 Das Treffen in Godesberg war auf Initiative der Berliner Unionsführung zustande gekommen. Hermes hatte allerdings von der SMAD keine Reiseerlaubnis erhalten und mußte daher seine Rede auf der Tagung verlesen lassen. Wichtigster Beschluß des Treffens war die Einigung auf den gemeinsamen Namen »Christlich-Demokratische Union Deutschlands«. Vgl. hierzu Karl ZIMMERMANN, *Die erste Reichstagung der CDU in Bad Godesberg am 14., 15. und 16. Dezember 1945* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 3) Köln 1946; außerdem die Rede von Hermes bei Fritz REICHHARDT, *Andreas Hermes*, Neuwied 1953, S. 455-473.

154 Vgl. Entschließung Nr. 1, in: K. ZIMMERMANN (wie Anm. 153), S. 12.

Mitgliederstärke und Sozialstruktur des CDU-Landesverbandes Sachsen sowie parteipolitische Zugehörigkeit der Mitglieder vor 1933

Seit dem Sommer hatte die CDUD in der sowjetisch besetzten Zone eine rasch anwachsende Zahl von Anhängern gefunden. Ende August 1945 gab es in Groß-Berlin 21 Kreisverbände, in Thüringen zwei und Sachsen-Anhalt einen. In Brandenburg war die Parteigründung nur schleppend angelaufen und auch Mecklenburg verfügte erst über neun Ortsgruppen.<sup>155</sup> Sachsen dagegen hatte am Ende des Monats bereits elf Kreisverbände, im September schon 23 von später insgesamt 34.<sup>156</sup> Ende Oktober zeigte sich der Vorsprung noch deutlicher. In Berlin und Brandenburg verfügte die CDU über 110, in Sachsen-Anhalt über 135, in Thüringen 77, Mecklenburg-Vorpommern 52, in Sachsen aber schon über die beeindruckende Zahl von 450 Ortsgruppen.<sup>157</sup> Damit hatte sich die sächsische Union innerhalb der CDUD frühzeitig zum führenden Landesverband entwickelt.

Dieser Trend bestätigte sich auch in den folgenden Monaten. Anfang November waren in Sachsen 11.852 Personen Mitglied der CDU, einen Monat später 16.714. Am Ende des Jahres war ein Stand von 20.259 erreicht.<sup>158</sup> Auch der Aufbau der Kreisverbände fand Ende Dezember einen vorläufigen Abschluß, nachdem die Union in 31 Kreisen durch die SMA bestätigt worden war.<sup>159</sup>

Unter den Bezirken war Chemnitz in den ersten Monaten mit knapp 3000 Mitgliedern am stärksten.<sup>160</sup> Ursache hierfür war der unermüdliche Einsatz Kirschs und der zeitliche Vorsprung der Chemnitzer Gründung. Schon im August führte die Chemnitzer Gruppe fünf öffentliche Versammlungen mit rund 1600 Teilnehmern durch.<sup>161</sup> Im übrigen aber war das Verhältnis zwischen den Bezirken Dresden (2500), Leipzig (2300) und Bautzen (2600) nahezu ausgeglichen. Nur der Bezirk Zwickau war mit rund

---

155 Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 191.

156 Vgl. »Kreisverbände des Landesverbandes Sachsen der CDU«, 1946, ACDP VII-011-803.

157 Vgl. P. HERMES (wie Anm. 82), S. 51. Andreas Hermes nannte in seiner Rede für das »Reichstreffen« in Bad Godesberg folgende Zahlen: Berlin (117), Sachsen-Anhalt (154), Thüringen (94), Mecklenburg (52) und Sachsen (450) Ortsgruppen. Vgl. *Eröffnungsrede auf dem ersten Reichstreffen der Anhänger der CDU (1945)*, in: F. REICHARDT (wie Anm. 153), S. 455-473, S. 466 f. Der Widerspruch, der sich zu anderen Zahlenangaben ergibt, läßt sich vermutlich darauf zurückführen, daß 1945 noch keine genaue Unterscheidung zwischen registrierten und nichtregistrierten Ortsgruppen erfolgte und »Stützpunkte« ebenso als Ortsgruppen erfaßt wurden.

158 Eigene Zusammenstellung über die »Mitgliederentwicklung der CDU in Sachsen nach Bezirken 1. November 1945 bis 1. Juni 1947«, aus: ACDP III-035-006/007/008.

159 »Kreisverbände des Landesverbandes der CDU« (wie Anm. 156).

160 Die Zahlen im folgenden auf der Basis vom 1. November 1945. Vgl. Mitgliederentwicklung der CDU in Sachsen nach Bezirken (wie Anm. 158).

161 Vgl. H. ZILLIG (wie Anm. 107), S. 15.

1600 Mitgliedern etwas schwächer. Erst 1946 entwickelte sich Dresden zum mitgliederstärksten Bezirk, gefolgt von Leipzig und Bautzen.

Am deutlichsten zeigte sich die Stärke des sächsischen CDU-Landesverbandes anhand der Mitgliederzahlen. Die 20.259 Mitglieder Ende 1945 entsprachen knapp 36 Prozent aller Unionsmitglieder der SBZ einschließlich Berlins.<sup>162</sup> Zweitstärkster Verband war Sachsen-Anhalt (18 %) mit 10.000 Mitgliedern, gefolgt von Berlin (16 %) und Thüringen (14 %) mit knapp 9000 bzw. 8000 sowie Mecklenburg (9 %) und Brandenburg (9 %) mit je ca. 5000 Mitgliedern.<sup>163</sup> Insgesamt verfügte die CDUD in den sechs Landesverbänden Ende 1945 über rund 57.000 Mitglieder.

Der prozentuale Anteil der Mitglieder der CDU-Sachsen am Gesamtverband (ohne Berlin!) betrug am 1. Januar 1946 sogar 42,34 Prozent.<sup>164</sup> Dies war vor allem auf den frühen Beginn der sächsischen Unionsgründungen zurückzuführen. Am Ende des Jahres 1946 betrug der Anteil Sachsens an den Landesverbänden ohne Berlin immerhin noch 31,22 Prozent.

Der schnelle Start der sächsischen Union bei den Ortsgruppengründungen und die damit verbundene rasche Steigerung der Mitgliederzahlen in den ersten Nachkriegsmonaten kamen deutlich in den prozentualen Zuwachsraten des Jahres 1946 zum Ausdruck: Der sächsische Landesverband steigerte seine Mitgliederzahlen im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1946 »nur« noch um 192 Prozent; hingegen erreichten Mecklenburg (457 %), Brandenburg (398 %), Thüringen (355 %) und Sachsen-Anhalt (333 %) weit höhere Steigerungsraten. Berlin erreichte einen Mitgliederzuwachs von 98 Prozent.<sup>165</sup> Bei einer Zuwachsrate von 297 Prozent für die gesamte SBZ (ohne Berlin) lag Sachsen also weit unter dem Durchschnitt.

Ein realistisches Bild über die Stärke des sächsischen CDU-Landesverbandes innerhalb der CDUD ergibt sich jedoch erst, wenn man den Bevölkerungsanteil Sachsens in Relation zur Höhe der Mitglieder setzt. Im Oktober 1946 lebten 32,1 Prozent der Bevölkerung der fünf Länder der sowjetisch besetzten Zone in Sachsen.<sup>166</sup> Ende 1946 entsprach der Mitgliederanteil der CDU-Sachsen mit 59.264 Mitgliedern bei einem Bestand der CDUD von 207.543 (einschließlich Berlins) 28,5 Prozent.<sup>167</sup> Rechnet man nur auf der Basis der CDU-Mitglieder der fünf Länder (189.807), ergibt sich für die CDU-Sachsen ein Anteil von rund 31,22 Prozent. Dies entsprach annähernd dem Bevölkerungsanteil Sachsens.

162 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

163 Prozentangaben nach oben gerundet.

164 Eigene Berechnung.

165 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

166 Vgl. Tab. Ausgewählte Daten zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur (wie Anm. 1).

167 Vgl. Tab. Mitgliederbestand CDUD-Landesverbände (wie Anm. 97).

Der CDUD gelang damit bereits im zweiten Halbjahr 1945 ein Aufschwung aus dem Nichts.<sup>168</sup> Möglich geworden war dies nicht zuletzt durch die Berliner Zentrale. Der unermüdliche Emil Dovifat reiste im Frühherbst 1945 durch die Zone und hielt Versammlungen ab, die zur Gründung von Ortsgruppen führten.<sup>169</sup> In Sachsen veranstaltete Dovifat Rednerschulungen, auf denen das Programm der CDU erläutert wurde. Hermes befand sich im Herbst auf einer Rundreise im Sächsischen, die vermutlich überall zu Gründungen führte.<sup>170</sup>

Antrieb für einen schnellen Aufbau der Partei gab auch die Konkurrenz zur LDP und dem damit verbundenen Wettlauf um die bürgerlichen Mittelschichten. In allen Ländern außer Mecklenburg lagen die Liberalen noch im Dezember 1945 bei den Mitgliederzahlen vor der Union. Die sächsische LDP hatte rund ein Drittel mehr Mitglieder als die CDU. Der Vorsprung konnte jedoch ein Jahr später ausgeglichen werden. Im Dezember 1946 war der Mitgliederstand in Sachsen mit rund 59.000 (CDU) bzw. 58.000 (LDP) annähernd gleich. Die Mitgliederzahlen der bürgerlichen Parteien nahmen sich allerdings recht bescheiden aus angesichts der Tatsache, daß KPD (110.000) und SPD (105.000) Ende 1945 zusammen über rund 215.000 Mitglieder verfügten. Ein Jahr später waren in Sachsen rund 525.000 Personen Mitglied der SED.<sup>171</sup>

Die Mitgliederstruktur der CDUD zeigte von Anfang an das Spektrum einer Volkspartei.<sup>172</sup> Neben Angestellten (18 %), Beamten (9 %), Bauern (10 %), Handwerkern (9 %), Kaufleuten (6 %) und Freien Berufen (6 %) betrug der Anteil der Arbeiter im CDU-Landesverband Sachsen im April 1946 17 Prozent.<sup>173</sup> In den Handels- und Dienstleistungszentren Leipzig und Dresden war der Anteil der Arbeiter mit 15 Prozent bzw. 13 Prozent erwartungsgemäß niedrig, während er im Industrieviertel Chemnitz bei 21 Prozent lag. Bemerkenswert hoch war der Anteil der Hausfrauen mit 23 Prozent.

168 Vgl. W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*, S. 195.

169 Vgl. W. CONZE (wie Anm. 142), S. 59.

170 Vgl. Materialien R. MATTHIAES (wie Anm. 83).

171 Eigene Zusammenstellung aus Angaben des *SBZ-Handbuchs* (wie Anm. 9), S. 458, 479, 510, 540, 570.

172 Vgl. auch W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950 (wie Anm. 20)*; außerdem Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, hrsg. von Günter BUCHSTAB, Stuttgart 1993, S. 95. Für den Landesverband Sachsen liegen Daten über die Sozialstruktur für das Jahr 1945 nicht vor, da noch keine Mitgliederkartei geführt wurde. Vgl. Bericht an die SMA vom 8. Dezember 1945, ACDP III-035-006.

173 Daten auf der Basis vom 1. April 1946. Eigene Zusammenstellung der »Berufsstruktur der Mitglieder der CDU-Sachsen nach Bezirken 1946«, aus: ACDP VII-011-803.

Relativ niedrig war der Anteil der Mitglieder des CDU-Landesverbandes, die vor 1933 einer politischen Partei angehört hatten.<sup>174</sup> Am 1. Dezember 1946 waren von insgesamt 59.120 Mitgliedern 95,4 Prozent vor 1933 politisch nicht organisiert. Von den verbleibenden 2722 Mitgliedern (4,6 %) gehörten 34,8 Prozent dem ehemaligen Zentrum an. Die zweitstärkste Gruppe bildete die Deutschnationale Volkspartei mit 15,2 Prozent, gefolgt von der DVP mit 13,85 Prozent. 12,2 Prozent der ehemaligen Parteiangehörigen waren vor 1933 Mitglieder der SPD, 3,3 Prozent (absolut 89 Mitglieder) entstammten sogar der ehemaligen KPD.

An der Gesamtzahl der Mitglieder der CDU-Sachsen gemessen, war der Anteil der ehemaligen Parteiangehörigen eher gering. Dem Zentrum gehörten vor 1933 1,6 Prozent, der DNVP 0,7 Prozent, der DVP und der SPD je 0,6 Prozent der Mitglieder an. Relativ stark vertreten war noch der Christlich-Soziale Volksdienst mit 0,55 Prozent der CDU-Mitglieder. 0,78 Prozent der Mitglieder gehörten der ehemaligen NSDAP beziehungsweise deren Gliederungen an<sup>175</sup> und waren vom Sonderausschuß der Blockparteien rehabilitiert worden.

Die relative Stärke der ehemaligen Angehörigen des Zentrums zeigte sich auch bei den Funktionsträgern der Partei.<sup>176</sup> Eine Statistik des Landesvorstandes, der Abteilungsleiter und der Kreisvorstände der CDU Sachsens (Stand 1. Dezember 1946) ergibt, daß zwei Drittel (66 %) vor 1933 parteilos waren, das Zentrum aber mit 17 Prozent den bei weitem größten Teil der Funktionäre stellte. Erst mit 5 Prozent folgte die DVP.

Der hohe Anteil der vor 1933 parteilosen Mitglieder (95,4 %) signalisierte einen Neubeginn. Kontinuitätsmerkmale zeigten sich dagegen nicht nur in der Statistik aller Funktionsträger des Landesverbandes, sondern auch in der Landesverbandsführung selbst.<sup>177</sup> Von den vierzehn im Februar 1946 gewählten Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes waren fünf (Hans-Hermann Weiße, Karl Orlamünder, Werner Löffler, Ernst Eichelbaum und Gerhard Schelzel) vor 1933 parteilos.<sup>178</sup> Bemerkenswert hoch war der Anteil ehemaliger Zentrumsmitglieder, zu denen die beiden stellvertretenden

<sup>174</sup> Vgl. auch im folgenden Zusammenstellung »Parteizugehörigkeit vor 1933 der Mitglieder des Landesverbandes«, ACDP VII-011-799.

<sup>175</sup> Nach Erlaß neuer Entnazifizierungsbestimmungen durch Befehl Nr. 201 der SMAD vom 18. August 1947 meldete der Landesverband einen Anteil von 5,4 % ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Vgl. S. SUCKUT, *CDUD* (wie Anm. 98), S. 522.

<sup>176</sup> Vgl. »Statistik des Landesvorstandes, der Abteilungsleiter der Landesverbandes und der Kreisvorstände«, ACDP VII-011-799.

<sup>177</sup> Vgl. auch W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 193 f.

<sup>178</sup> Vgl. auch im folgenden »Geschäftsführender Landesvorstand, gewählt am 23./24. Februar 1946«, ACDP VII-011-799. Die Angabe zu Werner Löffler aus *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 9), S. 968.



Vorsitzenden (Friedrich Koring und Franz Jensch) und die Beisitzer (Ludwig Kirsch, Paul Bruger und Paul Nowak) gehörten. Dies entsprach zwar dem prozentualen Anteil der Zentrumsmitglieder (34,8 %) aller vor 1933 parteipolitisch Organisierten. Dennoch waren damit im Hinblick auf die Gesamtmitgliedschaft die ehemaligen Funktionäre des Zentrums weit überrepräsentiert. Nur zwei Vorstandsmitglieder (Hugo Hickmann, Otto Freitag) kamen aus der DVP, zwei weitere (der Nachfolger Löfflers Walter Bergmann und Walter Lindner) gehörten vor 1933 der DNVP an.<sup>179</sup> Ein Mitglied des Landesvorstandes (Ruth Matthaes) kam aus dem Christlich-Sozialen Volksdienst. Untersucht man die konfessionelle Zugehörigkeit, zeigt sich, daß die Protestanten im Landesvorstand durch acht, die Katholiken durch sechs Mitglieder vertreten waren.<sup>180</sup>

Die sächsische Unionsgründung hatte sich somit als erfolgreicher Neubeginn erwiesen. Der im gesamten Reich erfolgte Neuansatz einer überkonfessionellen, christlich orientierten Parteigründung war auch in Sachsen zum tragenden Ausgangspunkt geworden. Bemerkenswert waren Autonomie und Dynamik der sächsischen CDU-Gründungen. Das Land gehörte damit zu den führenden Zentren christlich orientierter Parteigründungen im gesamten Reich.

Der Gründungsverlauf der ersten Wochen war zwar weitgehend frei von Einflüssen der KPD und SMAD. CDU und LDP wurden jedoch von Anfang an in die kommunistisch dominierten »Blockausschüsse« eingebunden. Diese verordnete, wenn auch zunächst noch freiwillige Einbindung in den »Block«, engte den Handlungsspielraum der sächsischen Union von Anfang an erheblich ein. Hinzu kam der von der »Gruppe Ackermann« zielstrebig aufgebaute und kommunistisch kontrollierte Verwaltungsapparat im Lande. Schon die in den Gründungsprozeß fallende Bodenreform zeigte, daß KPD und SMAD nicht gewillt waren, eine freie und unabhängige Entwicklung der CDU zuzulassen.

---

<sup>179</sup> Angabe nach einer Aufstellung vom 13. Oktober 1945 des CDUD-Kreisverbandes Dresden, ACDP III-035-095; ebenso Aufstellung »Vorstände der Kreisverbände«, ACDP VII-011-799; ebenso *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 9), S. 868, 967. In der Aufstellung »Geschäftsführender Landesvorstand, 23./24. Februar 1946« wird für Bergmann »keine« Parteizugehörigkeit, für Lindner »DVP« angegeben. Ruth Matthaes und Winfried Becker (vermutlich unter Berufung auf Matthaes) geben abweichend an, Lindner und Bergmann gehörten vor 1933 zum Christlich-Sozialen Volksdienst. Vgl. Materialien R. MATTHAES (wie Anm. 83); W. BECKER, *CDU und CSU 1945-1950* (wie Anm. 20), S. 194. Wahrscheinlich gehörten sie zunächst der DNVP an und traten später dem 1929 gegründeten CSVD bei.

<sup>180</sup> Vgl. Wahl des Landesvorstandes am 24. Februar 1946, ACDP VII-011-803. Zur ev.-luth. Kirche gehörten: Hickmann, Freitag, Orlamünder, Matthaes, Lindner, Löffler und sein Nachfolger Bergmann, Eichelbaum sowie Schelzel. Röm.-kath. Glaubens waren: Koring, Jensch, Weiße, Bruger, Kirsch und Nowak.

*Aufruf<sup>181</sup> der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen***Deutsche Männer, deutsche Frauen!**

Wohin euer Weg? Das nationalsozialistische Reich, in Vermessenheit auf ein Jahrtausend oder für Ewigkeiten gegründet, ist in jähem, schmachvollem Sturz zusammengebrochen. So mußte es kommen. Was auf Gewalt und Lüge aufgebaut ist, hat keinen Bestand. Die Hinterlassenschaft einer gewissenlosen Staatsführung sind seelische Verwüstung und trostlose Trümmerstätten. Unzählige haben alles verloren und stehen vor dem Nichts. Ein Heer von heimatlosen ist auf den Landstraßen unaussprechlichem Elend preisgegeben. Über aller Zukunft liegt das Dunkel totaler Ungewissheit und Unsicherheit. Alles droht in einem ausweglosen Chaos zu versinken.

Uns ist die ungeheuer schwere Aufgabe gestellt, Trümmer wegzuräumen, neue Grundlagen für einen Wiederaufbau zu suchen und unser verstörtes Volk wieder zu seinem besseren Selbst zurückzuführen.

So rufen auch wir, evangelische und katholische Deutsche, auf, eure aufbauwilligen Kräfte zu sammeln in der »Christlich-Sozialen-Volkspartei« zur Mitarbeit an einer christlich-sozialen Erneuerung des deutschen Volkslebens auf der Grundlage demokratischer Volksordnung.

Aus nationalem Zusammenbruch und sittlichem Niedergang kann nur geistige und sittliche Erneuerung wieder aufwärts führen. Hierzu wollen wir die Kräfte christlichen Glaubens und christlicher Sittlichkeit im öffentlichen Leben zum Einsatz bringen.

Wir sind kein Sammelplatz für Ewiggestrige, stellen uns vielmehr entschieden in die antifaschistische Einheitsfront zu vorurteilsfreiem Zusammenwirken mit allen, die guten Willens sind, besonders auch mit unseren Mitchristen, die in anderen Parteien gemeinsame Ziele verfolgen. Von den Verirrungen des unheilvollen Nazi-Systems muß unbedingt Abkehr durchgesetzt werden.

Haß und Rachsucht, Unduldsamkeit und Mechanisierung des Lebens trieben unser Volk in schwerste Gefahr. Der Geist roher Gewaltherrschaft ist der Feind von Kultur und Menschenwürde; er muß aus unseres Volkes Denken und Handeln verschwinden. Dagegen sind die für das Volkswohl unentbehrlichen Persönlichkeitswerte wieder zur Geltung zu bringen.

Das deutsche Volk muß zu einer Notgemeinschaft zusammenwachsen, die geistig heute schon auch die Millionen Kriegsgefangenen umschließt, die nach Heimkehr das neue deutsche Leben mit gestalten werden. Gerechtigkeit, Opfersinn, Bruderliebe gehören zum Fundament eines Demokratischen Staatswesens, das wir besonders gefördert sehen

1. im staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau in kleineren Lebenskreisen, besonders in der Selbstverwaltung der Gemeinden und ihrer Verbände und in der freien Gestaltung der Organisationen aller Berufe und Stände, die ihre Belange zum Wohle des Ganzen einzusetzen bereit sind;

---

181 ACDP, III-035-061, o.D. (abschließend beraten am 14. August 1945).

2. durch eine Staatsverfassung, die den Einsatz aller aufbauwilligen und aufbaufähigen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zum Nutzen von Staat, Volk und Wirtschaft verbürgt;
3. im freiheitlichen Mitwirken dieser Kräfte an der Bildung des staatlichen Willens im staatsaufbauenden und staaterhaltenden Sinne in den Volksvertretungen.

Der Aufstieg der breiten Massen und ihre Eingliederung zu freiem staatsbewußten Handeln ist uns wichtigste Aufgabe wahrer Staatskunst.

Die Beschaffung und Sicherung von Arbeit und Verdienst, namentlich in der Landwirtschaft und Industrie, im Bergbau, Handel und Handwerk als Hauptpfeiler unserer Volkswirtschaft muß ein vordringliches Anliegen des Staates sein. Besonders liegt uns daran, unserer Jugend für berufliches Fortkommen im staatlichen und wirtschaftlichen Leben freien Raum zu schaffen.

Wir bejahen das Privateigentum als unersetzliche Grundlage wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Im erwiesenen Volksinteresse notwendige Verstaatlichungen, die auch der Ertragssteigerung dienen, sind nach gerechten Grundsätzen durchzuführen.

In allem muß erkennbar werden: der Staat ist für das Volk da, nicht das Volk für den Staat.

Ausserste Sparsamkeit in der Finanzgebarung ist allenthalben harte Notwendigkeit, doch soll sie nicht zu unnötigen Härten und zu Ungerechtigkeit führen. Niemand darf einen Vorteil oder Gewinn aus dem verlorenen Krieg oder den Nöten der Nachkriegszeit für sich beanspruchen.

Unser nationales Unglück müssen wir gemeinsam tragen, wobei die Lasten nach Gerechtigkeit und Billigkeit zu verteilen sind. Untragbare Verluste des Einzelnen durch Kriegsschäden muß die Gesamtheit mittragen. Für Arbeitslose, Schwerbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Ausgebombte, Evakuierte, Flüchtlinge und Opfer des Naziterrors ist gesetzlich angeordnete Staatshilfe festzulegen, desgleichen für nach opfervollem Einsatz heimkehrende Soldaten zu deren wirtschaftlicher Sicherung und Eingliederung ins bürgerliche Leben.

Über allem steht das Lebensrecht und der Lebenswille des deutschen Volkes. Der Staat und die anderen öffentlichen Gemeinwesen alleine vermögen jedoch die entgegenstehenden Nöte dieser Zeit nicht zu bezwingen. Jeder Einzelne muß in sittlicher Verantwortung alle seelischen und körperlichen Kräfte unverdrossen und selbstlos zum Wohle des Ganzen einsetzen.

Ehe und Familie sind als Lebenszellen des Volkes und als Grundlagen des Staates unter allen Umständen zu schützen, namentlich bei Kinderreichtum. Planvolles Wohnungs- und Siedlungswesen ist in diesen Dienst zu stellen. Die in der Schöpfungsordnung begründeten häuslichen und erzieherischen Aufgaben der Frau und Mutter haben Anspruch auf ehrfürchtige Würdigung.

Jede ehrliche Arbeit hat Anspruch auf Anerkennung und darf nicht zum Frondienst herabsinken. Auf Grund eines freien Koalitionsrechts ist allen Gelegenheit zu bieten, in unabhängigen Standesvertretungen ihre Berufs- und Lebenslage zu heben, ihre Wohlfahrt zu sichern und am Fortschritt der gesamten Volkswirtschaft mitzuarbeiten. Auch bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ist die wahrhaft soziale Gesinnung entscheidend. Sie wird von der Überzeugung geleitet, daß der Mensch unendlich viel wichtiger ist als alle Sachwerte. Wir bekennen uns zum Aufbau einer auf Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Erwerbstätigen gerichteten Sozialpolitik.

Die Versicherungs- und Schutzgesetze der Erwerbstätigen zur Selbstverwaltung den Gewerkschaften zu übertragen, halten wir für ein erstrebenswertes Ziel. Soziale Ordnung soll das Recht auf Arbeit sowie wirtschaftliche Sicherstellung der werktätigen Bevölkerung bis zum Tode verbürgen.

Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie freie Meinungsäußerung in Rede, Presse und Schrifttum ist zu gewährleisten.

Den christlichen Religionsgesellschaften ist Freiheit für Gottesdienste und Verkündigung sicherzustellen sowie freie Entfaltungsmöglichkeiten für kirchliches Leben nach kirchlichen Grundsätzen. Die Kirche soll auch nach unserer Ansicht keine politische Macht erstreben, aber die Möglichkeit zum Dienst am Volksleben muss ihr freigehalten werden.

Die im unduldsamen Nazisystem zu Anmaßung und Oberflächlichkeit verleitete Jugend muß an ernste Arbeit und Zucht gewöhnt und zu Bescheidenheit und Ehrfurcht erzogen werden. Wir fordern ein fortschrittliches Berufs- und Fachschulwesen. Hierbei ist die Landwirtschaft entsprechend ihrer Bedeutung besonders zu berücksichtigen. Das Recht der Eltern auf christliche Unterweisung und Erziehung ihrer Kinder muß im öffentlichen Schulwesen Anerkennung finden.

Wir fordern vom Staate Schutz und Pflege für wahre Kultur, Kunst und Wissenschaft, um das geistige und seelische Leben unseres Volkes zu fördern und das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder zu mehren.

Eine schwer empfundene Not unter der Herrschaft nationalsozialistischer Willkür und Gewalt war der Untergang eines geordneten Rechtsstaates. Wir verlangen eine Rechtspflege, die an Gesetz von christlich-sittlicher Grundhaltung gebunden ohne Rücksicht auf Person und Partei entscheidet. Bisher ungesühnte Verbrechen an unserem Volke oder an Einzelnen sind von deutschen Gerichten auf dem ordentlichen Rechtsweg abzuurteilen. Ein Volk hat nur Bestand, wenn es seine Ordnung auf Gerechtigkeit gründet.

Für die Besetzung öffentlicher Ämter darf nur persönliche und fachliche Tüchtigkeit, moralische Sauberkeit und zuverlässige staatsbejahende Haltung maßgebend sein. Mangel an Fähigkeiten kann nicht durch Gesinnung allein ersetzt werden.

Zu Volksvertretern in Staat und Gemeinde sind nur Männer und Frauen von bewährter Charakterfestigkeit, sauberem Vorleben und beruflicher Bewährung geeignet, die ohne Bindung an einseitige Gruppeninteressen selbstlos dem Ganzen dienen.

Der Ausgang des Krieges hat uns entmachtet. Wir werden schwere Bürde zu tragen haben. Trotzdem müssen wir nationale Haltung zeigen. Das gebieten auch alle Toten der Fronten und der Heimat, vor denen wir uns in Ehrfurcht beugen. Gegenseitiges Anklagen und ehrvergessenes Gebahren setzt uns herab. Nach dem tiefen Fall aus maßloser Überheblichkeit fordern wir von allen würdiges Verhalten, auch in unserer bedrückenden Lage und unter der Last bitterer Not, um die Achtung vor uns selbst und vor den Völkern nicht zu verlieren. Völkerverhetzung und alles, was zum Kriege treibt, muß restlos ausgetilgt werden, um unser Volk und die Welt vor neuen unheilvollen Katastrophen zu bewahren.

Mit den wahren Christen aller Länder wollen wir versuchen, uns zu verständigen aufgrund des Glaubens an das gottgewollte Lebens- und Entfaltungsrecht jeder Nation, auch der Deutschen, in der Gewissheit, hiermit zugleich dem Frieden der Welt zu dienen.

Die C S V wendet sich an alle, die unser Volk lieben und bereit sind, an der notwendigen Umstellung zu Duldsamkeit, Verträglichkeit, Friedfertigkeit und Selbstlosigkeit mitzuwirken.

Wir rufen auf zum Wiederaufbau auf dem Trümmerfeld unserer Heimat und zum Einsatz für christlich-soziale Erneuerung.

Mit Gott gehen wir an die schweren, verantwortungsvollen  
Aufgaben, die unsere Notzeit stellt.  
Herzu alle, die zu helfen bereit sind!

## »Klassenkampf in Sachsen«

### Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946

Von Stefan Creuzberger

Gut ein Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches« fand am 30. Juni 1946 in Sachsen die erste Abstimmung in der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) statt. Die Bevölkerung dieses hochindustrialisierten und politisch traditionell »roten« Landes wurde an die Wahlurnen gerufen, um in einem Volksbegehren über die »Überführung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes« zu entscheiden.<sup>1</sup>

Das zur Abstimmung vorgelegte Gesetz sah in erster Linie vor, das von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgrund des Befehls Nr. 124 am 30. Oktober 1945 sequestrierte<sup>2</sup> und ab dem 21. Mai 1946 den deutschen Selbstverwaltungsorganen zur »Nutznießung« überlassene Vermögen der NSDAP, der aktiven Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher und Rüstungsprofiteure (SMAD-Befehl Nr. 154/181)<sup>3</sup> endgültig und entschädigungslos zu enteignen. Betroffen hiervon waren insgesamt 1.861 gewerbliche Betriebe, die von speziellen sächsischen Sequesterkommissionen in einer sogenannten Liste A erfaßt und in den Wahlkreisen unmittelbar vor dem Volksentscheid bekanntgegeben wurden. In einer Liste B befanden sich dagegen 2.239 Unternehmen, bei denen die Besatzungsmacht bereit war, sie an ihre ursprünglichen, politisch kaum belasteten Eigentümer zurückzugeben. Lediglich 600 auf einer besonderen Liste C verzeichnete Industrieunternehmen waren zunächst weder von der Enteignung noch von der Rückgabe betroffen. Sie standen – meist aus Reparationsgründen – vorläufig weiterhin unter der Kontrolle und Verfügungsgewalt der SMAD.<sup>4</sup>

---

1 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin-Ost 1968, S. 288 f.

2 Vgl. EBD., S. 189-192.

3 Vgl. EBD., S. 189-192 und 272-274.

4 Vgl. Günter BRAUN, Wahlen und Abstimmungen. Der Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, in: Martin BROSZAT/Hermann WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990, S. 381.

Die im Zusammenhang mit dem sächsischen Volksentscheid vom 30. Juni 1946 stehenden politischen Ereignisse wurden insbesondere von der Historiographie der DDR ausführlich analysiert und dokumentiert. In erkennbar apologetischer Absicht vermittelte sie den Eindruck, als habe es sich bei den Vorgängen um den Volksentscheid ausschließlich um Initiativen und Maßnahmen deutscher Stellen, insbesondere der KPD/SED, gehandelt, die lediglich durch die sowjetische Besatzungsmacht flankiert worden seien.<sup>5</sup> Die Möglichkeiten der westlichen Deutschlandforschung, solche Deutungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR kritisch zu überprüfen, waren stark begrenzt. Denn bis zur Öffnung der ostdeutschen und sowjetischen Archive im Jahre 1990 konnten sich die bis dahin vorgelegten einschlägigen Untersuchungen, so etwa von Günter Braun<sup>6</sup> oder Hermann Weber<sup>7</sup>, lediglich auf gedruckte Materialien und westliche Archivalien stützen. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des vorliegenden Beitrags, anhand erstmals zugänglicher sowjetischer Quellen die bislang nur sehr schwer nachzuweisende direkte sowjetische Einflußnahme und den Anteil der SMAD am Zustandekommen des sächsischen Volksentscheids im Sommer 1946 zu dokumentieren.

Schon zu Beginn des Jahres 1946 stand für die sowjetische Besatzungsmacht fest, daß die Frage der entschädigungslosen Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher auf die politische Tagesordnung der SBZ zu setzen war. Die Entscheidung hierfür, die gleichzeitig den Auftakt für die Verstaatlichung der Industrie darstellte,<sup>8</sup> fiel schließlich am 6. Februar 1946 in Moskau. Am Abend dieses Tages wurde Walter Ulbricht, der sich als Mitglied des ZK der KPD seit dem 28. Januar zu politischen Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt aufhielt, von I.V. Stalin, dem Generalsekretär der VKP(b)<sup>9</sup>, zu einer Unterredung im Kreml empfangen. Im Verlauf der Beratung kamen beide Politiker auf die Enteignungsproblematik in der sowjetischen Besatzungszone zu sprechen. Für den sowjetischen Parteichef

---

5 Vgl. Otto SCHRÖDER, *Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheides in Sachsen Februar bis Juni 1946*, Berlin-Ost 1961; vgl. Helfried WEHNER, *Proletarischer Internationalismus und sozialistische Besatzungspolitik. Ein Beitrag zur antifaschistisch-demokratischen Entwicklung im ehemaligen Land Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Besatzungspolitik*. (Diss. B ungedruckt), Radeberg 1969, S. 385-413; vgl. zuletzt: *Deutsche Geschichte*, Band 9: *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*, Berlin-Ost 1989, S. 169-205.

6 Vgl. BRAUN (wie Anm. 4), S. 381-383.

7 Vgl. Hermann WEBER, *Geschichte der DDR*, München 1985, S. 113-115.

8 Vgl. EBD., S. 114.

9 Gemeint ist die Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'sevikov) [Kommunistische Allunionspartei (der Bolschewiken), seit 1952 Kommunistische Partei der Sowjetunion].

schien dabei festzustehen, daß die Angelegenheit nur über einen Volksentscheid zu regeln sei.<sup>10</sup>

Für Walter Ulbricht und die Führung der KPD war damit die weitere politische Marschroute vorgegeben. Kaum zurück aus Moskau, ergriff er auf der ersten Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 die Gelegenheit, um die »Entmachtung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten mit Hilfe eines Volksbegehrens und Volksentscheides« zu propagieren. Gleichzeitig signalisierte Ulbricht den Delegierten, daß Marschall Žukov, der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, in dieser Angelegenheit bereits kontaktiert worden sei und keine Einwände erhoben habe.<sup>11</sup> Nunmehr konnten die deutschen Kommunisten mit der Erarbeitung entsprechender Gesetzentwürfe beginnen.

Die ersten Vorbereitungen liefen bereits im März 1946 an, noch vor Gründung der SED. Dabei nahm sich zunächst besonders die sächsische KPD-Führung der Frage eines Enteignungsgesetzes und eines damit verbundenen Volksentscheides an. »An den vorbereitenden Besprechungen«, so erinnerte sich Fritz Selbmann, Mitglied der KPD und als Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen für Wirtschaft und Arbeit in die Vorgänge involviert, »nahm fast immer der Genosse Walter Ulbricht teil, der sehr oft nach Dresden kam, weil nach seiner Meinung das Land Sachsen als eines der stark industrialisierten Länder des Reiches und als Land mit der stärksten Industrie in der sowjetischen Besatzungszone als Schrittmacher in der Veränderung der Produktionsverhältnisse vorangehen müsse. Ebenfalls nahm an diesen vorbereitenden Besprechungen sehr regen Anteil der Genosse Oberst Tulpanov von der SMAD<sup>12</sup> in Karlshorst, der die Informationsabteilung<sup>13</sup> leitete und sich im wesentlichen mit Fragen der Gesetzgebungs[arbeit ...] der deutschen Verwaltungsorgane [... in] der sowjetischen Besatzungszone [...] beschäftigte.«<sup>14</sup>

Es war vor allem Tjul'panov, der den Volksentscheid entschlossen vorangetrieben sehen wollte. Dabei spielte nicht nur eine entscheidende Rolle,

10 Vgl. Bericht Walter Ulbrichts über eine Beratung bei Stalin am 6.2.1946 um 9 Uhr abends. Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTI (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994, S. 68-69.

11 WEHNER (wie Anm. 5), S. 399-400; vgl. BRAUN (wie Anm. 4), S. 381.

12 Die Bezeichnung »SMAD« wird im weiteren Verlauf des Beitrags für die sowjetischen Militärverwaltungsorgane auf der zentralen Ebene in Berlin-Karlshorst verwandt. Mit »SMA« sind i.d.R. die Militärverwaltungen auf der Länder- und Provinzialebene der SBZ gemeint.

13 Hier muß korrekterweise von der »Informationsverwaltung« gesprochen werden, da es sich um eine zentrale Einrichtung der SMAD in Berlin-Karlshorst handelte. Informationsabteilungen existierten lediglich auf der Länder- und Provinzialebene der SMA.

14 Erinnerungsbericht von Fritz Selbmann. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv; Zentrales Parteiarchiv [künftig zitiert: SAPMO-BArch, ZPA], EA 1098/1, Bl. 90.



daß – so verschiedene interne Dokumente der SMAD aus dem Frühjahr 1946 – durch die damit angestrebten Enteignungen die »gesamten ökonomischen Grundlagen der Reaktion in der sowjetischen Besatzungszone erschüttert« und diese Maßnahmen durch Plebiszit legitimiert werden sollten.<sup>15</sup> Wie überdies aus einem streng geheimen, Ende April, Anfang Mai ausgearbeiteten Planungspapier der Informationsverwaltung hervorging, gab es aus sowjetischer Sicht weitere handfeste politisch-ideologische Gründe, möglichst schnell einen Volksentscheid in Sachsen herbeizuführen. Denn die Besatzungsmacht hatte bereits für den Herbst 1946 Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen anvisiert. Allein im Blick auf dieses wichtige Ereignis hielt es Tjul'panov nach der Vereinigung von KPD und SPD für dringend erforderlich, für die junge und organisatorisch nur wenig gefestigte SED politisch Kapital aus dem geplanten Referendum zu schlagen. Seiner Auffassung nach mußte der Volksentscheid im wesentlichen dazu dienen, »breite Bevölkerungskreise politisch zu aktivieren und [...] für die Wahlplattform der SED zu gewinnen«. Nicht zuletzt deshalb sollte die politische Initiative in diesem Prozeß formal allein bei der SED liegen.<sup>16</sup>

Entsprechend diesen Vorstellungen der Besatzungsmacht übernahmen die Einheitssozialisten die ihnen zgedachte Vorreiterrolle: So brachten sie in den Monaten April und Mai die seit März 1946 mit Vertretern der SMAD eng abgestimmten und verdeckt laufenden Arbeiten für eine Verordnung über Volksbegehren und ein Enteignungsgesetz schließlich zu einem vorläufigen Abschluß.<sup>17</sup> Unmittelbar darauf zitierte die SMAD in der ersten Maihälfte 1946 die führenden Vertreter der sächsischen SED und der dortigen Landesverwaltung nach Berlin-Karlshorst. Dort wurden ihnen, so ein Bericht von Generalmajor Dubrovskij, dem Chef für Fragen der Zivilverwaltung

15 Schreiben der Politischen Beraters der SMAD, V.S.Semenov, an den Obersten Chef der SMAD, Marschall V.D.Sokolovskij, 9.6.1946. Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, künftig zitiert: AVP RF], f. 0457a, op. 2, p. 5, d. 19, l. 47; vgl. Marschall V.D. Sokolovskij und Generalleutnant V.E. Makarov an den Militärarr, die Kommandeure und die Chefs der Politabteilungen der Korps, Divisionen und Brigaden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, 17. Juni 1946. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, l. 166.

16 Oberst S.I.Tjul'panov an Generalleutnant F.E.Bokov und V.S.Semenov, Maßnahmenplan zur Vorbereitung von Wahlen für die örtlichen deutschen Selbstverwaltungsorgane in der sowjetischen Besatzungszone. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, ll. 59-60.

17 Daß die SED in enger Kooperation mit der Besatzungsmacht die rechtlichen Grundlagen für das sächsische Referendum und das Enteignungsgesetz erarbeitet hat, geht aus Aktennotizen im Nachlaß Ulbricht hervor. Vgl. Ulbricht an den Genossen Filipow (SMAD), 15.4.1946. Betr. Volksentscheid in Sachsen. SAPMO-BArch, ZPA, 182/1182, Bl. 63; vgl. Ulbricht an Bokow, 7.5.46. Betr. Volksbegehren und Volksentscheid. SAPMO-BArch, ZPA, 182/1191, Bl. 17; vgl. Ulbricht an Bokow, 7.5.46. Betr. Vereinbarung betr. Volksentscheid in Sachsen. SAPMO-BArch, ZPA, 182/1191, Bl. 21; vgl. Ulbricht an Bokow, 7.5.46. Betr. Volksentscheid in Sachsen und Enteignung von Naziverbrechern. SAPMO-BArch, ZPA, 182/1191, Bl. 31.

der SMA in Dresden, für das bevorstehende Referendum weitere »detaillierte Anweisungen erteilt«. Die Besatzungsmacht nutzte darüber hinaus die Gelegenheit, um in den gleichzeitig vorgelegten Dokumenten noch letzte Korrekturen anzubringen.<sup>18</sup>

Die daran anknüpfenden politischen Entscheidungen waren damit reine Formsache: Die Sowjetische Militäradministration in Sachsen bestätigte am 23. Mai 1946 die zuvor von der Landesverwaltung offiziell angenommenen Verordnungsbestimmungen für ein Referendum. Daraufhin reichte die SED über den sächsischen Landesblock der »antifaschistisch-demokratischen Parteien« bei der Landesverwaltung den mit der Besatzungsmacht erarbeiteten Enteignungsentwurf ein. Zuvor jedoch war es ihr gelungen, den zunächst widerstrebenden Führungen von CDU und LDPD eine Unterstützung des Volksentscheides abzurufen. Das noch am selben Tag zusammengetretene sächsische Landespräsidium akzeptierte den gemeinsamen Blockantrag und erklärte ihn zur rechtlichen Grundlage für das gleichzeitig auf den 30. Juni 1946 festgesetzte Referendum.<sup>19</sup>

Kaum waren die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, konzentrierte die SMAD ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Ende Mai 1946 mit immensem propagandistischem Aufwand eingeleitete, vor allem von der SED und der Gewerkschaftsorganisation FDGB betriebene Volksentscheid-Kampagne. Um deren erfolgreichen Verlauf möglichst uneingeschränkt zu gewährleisten, hatte die Informationsverwaltung der SMAD in Berlin-Karls horst bereits einschlägige Vorkehrungen getroffen. Verantwortlich hierfür war Oberstleutnant G.S. Siškov, der im Mitarbeiterstab Tjul'panovs zuständige Mann für Propagandafragen. Ein von ihm aufgestellter Aktionsplan legte genau fest, woran sich die in Sachsen operierenden sowjetischen Propagandaoffiziere bei der politischen Arbeit in den verbleibenden Wochen bis zu dem Referendum zu orientieren hatten. Zunächst mußten sie eine Resolution des »Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien« herbeiführen, in der die Übergabe der Betriebe von Kriegsverbrechern in das »Eigentum des Volkes« als positive politische Maßnahme begrüßt werden sollte.<sup>20</sup> Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Schon am 27. Mai 1946 veröffentlichte die Sächsische Zeitung einen entsprechenden Aufruf.<sup>21</sup> Ähnlich verhielt es sich mit einer weiteren Forderung Siškovs: Außer der SED

---

18 Bericht von Generalmajor Dubrovskij an den Chef der SMAD, Marschall Sokolovskij, über den Verlauf der Vorbereitung zum Referendum, Juli 1946. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, l. 153. Wo und inwieweit die SMAD dabei jedoch auf inhaltliche Fragen Einfluß genommen hat, kann anhand der vorliegenden Dokumente nicht geklärt werden.

19 Vgl. BRAUN (wie Anm. 4), S. 381.

20 Vgl. Musterplan, erarbeitet von G.S.Siškov, Mai 1946. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, l. 99.

21 Vgl. *Antifaschistisch-demokratisches Deutschland* (wie Anm. 1), S. 281-283.

sollten ebenso CDU und LDPD für die aktive Agitation in der Sache des Volksentscheids mobilisiert werden.<sup>22</sup> Nur auf diese Weise konnten solche Bevölkerungskreise politisch-propagandistisch erreicht werden, auf die die SED normalerweise keinen Zugriff hatte. Auch dabei besaßen die Politoffiziere der sächsischen Informationsabteilung eine überaus geschickte Hand. Es gelang ihnen, nach der formalen Anerkennung der Referendumspläne durch den CDU-Landesvorstand, in verstärktem Maße die Union in die propagandistisch-agitatorische Arbeit miteinzubeziehen: Vertreter der Union warben auf mehr als 1.000 Versammlungen für den geplanten Volksentscheid. Dadurch unterstützten sie – bewußt oder unbewußt – ein Vorhaben, dessen erfolgreicher Realisierung die sowjetische Besatzungsmacht aus politisch-ideologischen Gründen größte Bedeutung beimaß.<sup>23</sup>

Den Schwerpunkt der Aktivitäten legte die Sowjetische Militäradministration hingegen auf die politische Arbeit mit der SED. Die dafür aus Karlshorst vorgegebenen Handlungsrichtlinien sahen nicht nur vor, die mit dem Volksentscheid für die unteren Parteigliederungen anstehenden Aufgaben auf die Tagesordnung der nächsten Parteivorstandsbesprechung der sächsischen SED setzen zu lassen. Die Besatzungsmacht machte gleichzeitig auch klare Auflagen, wie die Debatte zu verlaufen habe und welche Parteivorstandsbeschlüsse zu fassen seien. Die Einheitspartei wurde verpflichtet, Massenveranstaltungen und Großkundgebungen unter der Parole zu organisieren: »Wir werden die Kriegsverbrecher bestrafen und die Industrie auf die Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse des arbeitenden Volkes lenken«. Dabei sollte die Bevölkerung insbesondere über das »Wesen des [Enteignungs-] Gesetzes als wichtigste[m] Akt zwecks Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland [...]« aufgeklärt werden.<sup>24</sup> Anhand von Pressematerialien des sowjetischen Nachrichtenbüros »SNB« sollte darüber hinaus öffentlichkeitswirksam über den Verlauf der Referendumsvorbereitungen berichtet werden. Positive Stellungnahmen von Arbeitern und Intellektuellen, darunter besonders der Lehrer, seien durch Presse und Rundfunk zu verbreiten. Um der gesamten Kampagne noch größere Glaubwürdigkeit und propagandistische Durchschlagskraft zu verleihen, forderte die SMAD den sächsischen Parteivorstand der SED schließlich dazu auf, eine u.a. an den Präsidenten der sächsischen Landesverwaltung gerichtete Briefaktion zu inszenieren, in der die Solidarität der Bevölkerung mit den geplanten Enteignungsmaßnahmen zum Ausdruck zu bringen sei. Wirksame Agitationsmöglichkeiten versprach sich die SMAD zudem von der parallel

<sup>22</sup> Vgl. Musterplan (wie Anm. 20), I. 99.

<sup>23</sup> Vgl. Materialsammlung zur Geschichte der SMA im Land Sachsen, 1945-1948. AVP RF, f. 0457g, op. 1, p. 19, d. 67, ll. 47-48.

<sup>24</sup> Musterplan (wie Anm. 20), ll. 99-100.

dazu verlaufenden Kampagne für die ersten allgemeinen Betriebsratswahlen in der SBZ. Die in diesem Zusammenhang geplanten Veranstaltungen, Vorträge und Resolutionen sollten von SED und FDGB immer auch gleichzeitig für den Volksentscheid instrumentalisiert werden. Darüber wie über die gesamte politisch-agitatorische Massenarbeit der SED und der »bürgerlichen« Parteien hatten die Kontrolloffiziere der Informationsabteilung in Sachsen nicht nur aufmerksam zu wachen, sondern gleichfalls täglich die Zentrale der SMAD in Berlin-Karlshorst detailliert zu unterrichten.<sup>25</sup>

In den verbleibenden Wochen bis zu dem Referendum mobilisierte die SED, unterstützt von Gewerkschaften, FDJ und Kulturbund, ihren gesamten Parteiapparat. Zahllose Massenveranstaltungen und Kundgebungen in Betrieben, Städten und Ortschaften, Werbeplakate, Aufrufe, Propagandabroschüren und Flugblätter in millionenfacher Auflage ebenso wie ausführliche Berichterstattung in den Medien wurden von der Besatzungsmacht und SED gezielt dazu eingesetzt, das Abstimmungsverhalten der sächsischen Bevölkerung zu beeinflussen. Man bediente sich dabei hauptsächlich des Arguments der »Friedenssicherung« und der Bestrafung der »Kriegsverbrecher«. Es wurde tunlichst alles unterlassen, was im Blick auf das geplante Referendum bei der Bevölkerung womöglich den Verdacht der Verstaatlichung der Industrie geweckt hätte.

Bereits zweieinhalb Wochen nach Bekanntgabe des Abstimmungstermins konnte die SMA in Sachsen mit einem ersten Zwischenergebnis bei der Führung der SMAD in Berlin-Karlshorst aufwarten, das durchaus Anlaß zu Optimismus gab. Demnach hatten die Parteien und Massenorganisationen auf knapp 2.900 Veranstaltungen unter mehr als 580.000 Wählern Überzeugungsarbeit geleistet. »Auf allen Versammlungen«, so hob Generalmajor Dubrovskij gegenüber dem Obersten Chef der SMAD ausdrücklich hervor, »werden Resolutionen angenommen, die die Durchführung des Referendums befürworten.«<sup>26</sup> Trotz solch ermutigender Meldungen gab es aber dennoch Anzeichen dafür, daß nicht alle Bevölkerungsschichten von der bis dahin ausgelösten Propaganda- und »Aufklärungswelle« erfaßt worden waren. So verspürten insbesondere viele Intellektuelle offenbar kaum das Bedürfnis, sich für die Zwecke des Volksentscheids politisch-propagandistisch einzuspannen zu lassen. Auch die Mehrheit der Frauen, vor allem der Hausfrauen, schien nach Auffassung Dubrovskijs die politische Bedeutung des Referendums noch nicht erfaßt zu haben. Schließlich schaden seiner Ansicht nach auch die Übergriffe von Rotarmisten auf die deutsche Zivilbevölkerung und die nur schleppend verlaufende Versorgung mit Lebensmittelkarten

---

<sup>25</sup> Vgl. EBD., II. 99-100.

<sup>26</sup> Bericht von Generalmajor Dubrovskij (wie Anm. 18), II. 155, 157-158.

der »erfolgreiche[n] Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Referendums«. <sup>27</sup> Nicht zuletzt deshalb setzte sich innerhalb der Informationsverwaltung in der Karlshorster SMAD-Zentrale die Absicht durch, die propagandistische Agitationsarbeit künftig zu intensivieren, wobei in der verbleibenden Zeit besonders die »antifaschistischen Frauenkomitees« und »einflußreiche Vertreter der Intelligenz« herangezogen werden sollten. <sup>28</sup>

Um den Erfolg des Referendums sicherzustellen, stützte sich die Besatzungsmacht nicht allein auf die SED. Der sächsischen Polizei etwa wies sie mit Blick auf das bevorstehende Ereignis besondere Aufgaben zu. Die notwendigen Absprachen hierfür fanden bereits Ende Mai 1946 statt, wie Kurt Fischer, Mitglied der SED und als 1. Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung zuständig für Fragen der Innenpolitik, auf einer außerordentlichen Dienstbesprechung mit führenden Vertretern der Landespolizei am 27. Mai 1946 offen einräumte. »Wir haben in den letzten 96 Stunden viele Besprechungen, die sich teils hier und teils [bei der SMAD] in Karlshorst abspielten, gehabt, wir haben mit allen verantwortlichen Leuten gesprochen, und eins ist klar geworden aus all diesen Besprechungen: einer der Herren zitierte aus einem Telefongespräch, das er mit einem Mann aus Moskau geführt hat, der die Verhältnisse in Deutschland [...] sehr genau kennt, die Worte: »Der Kampf, der jetzt in Sachsen als Volksentscheid entfesselt wird, ist die Entfaltung eines großen Klassenkampfes in Sachsen und darüber hinaus die Entfaltung eines Klassenkampfes in der Sowjetzone und weiter in Deutschland, ja die Entfaltung eines Klassenkampfes im Weltmaßstab.« <sup>29</sup> Vor diesem politisch-ideologischen Hintergrund war es naheliegend, daß SMAD und SED nunmehr kurzerhand die Polizei zu einem politischen Instrument für die Zwecke des Klassenkampfes umfunktionierten. Deren Rolle hatte während der Volksentscheid-Kampagne im wesentlichen darin zu bestehen, die Bevölkerung und politische Stimmung im Lande genauestens zu überwachen, der »Gertüchemacherei [...] besondere Aufmerksamkeit« zu schenken <sup>30</sup> und in »jeder Beziehung Hilfe [zu] leiste[n], besonders dort, wo die Partei [i.e. die SED] eine gewisse Schwäche aufweist, die Propaganda wirkungsvoll durchzuführen«. <sup>31</sup>

<sup>27</sup> EBD., I. 159.

<sup>28</sup> Informationsbericht Tjul'panovs über die vorläufigen Ergebnisse der politischen Massenarbeit in Verbindung mit dem bevorstehenden Referendum im Bundesland Sachsen, Juni 1946. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, l. 117.

<sup>29</sup> Vizepräsident Fischer auf einer außerordentlichen Dienstbesprechung mit führenden Vertretern der sächsischen Landespolizei am 27. Mai 1946 in Dresden über die Arbeit der Polizei während der Periode des Volksentscheids. Zentralarchiv des Ministeriums des Innern der DDR [künftig zitiert: ZA Mdl], Bestand Nr. 4, Bd. Nr. 27, Bl. 331.

<sup>30</sup> EBD., Bl. 333.

<sup>31</sup> Vizepräsident Fischer auf einer Dienstbesprechung mit führenden Vertretern der sächsischen Landespolizei am 14.6.1946 in Dresden. ZA Mdl, Bestand Nr. 4, Bd. Nr. 27, Bl. 388.

Doch blieb es nicht allein bei solchen Maßnahmen. Unabhängig davon setzte sich in der Sowjetischen Militäradministration schnell die Erkenntnis durch, daß das Abstimmungsverhalten der sächsischen Bevölkerung in einem nicht unerheblichen Ausmaß durch positive Stellungnahmen kirchlicher Kreise zum Volksentscheid günstig beeinflusst werden konnte. Oberst Tjul'panov wies daher die Politoffiziere der sächsischen SMA im Verlauf des Monats Juli mehrfach an, die Kirchen gleichfalls propagandistisch für das Referendum zu aktivieren.<sup>32</sup> Zielgruppe sowjetischer Aktivitäten stellten dabei insbesondere jene Geistlichen und Kirchenvertreter dar, die für ihre »progressive« Einstellung bei der Besatzungsmacht bekannt waren.<sup>33</sup> Der Erfolg blieb nicht aus: Mit Hilfe nicht näher spezifizierter Maßnahmen und »individueller Arbeit«,<sup>34</sup> die es nicht an dem erforderlichen sowjetischen Druck hatte fehlen lassen,<sup>35</sup> gelang es schließlich der SMAD, daß sich kirchliche Würdenträger in Sachsen, darunter die Superintendenten von Kirchbach aus Freiberg und Lösch aus Auerbach im Vogtland, sowie die evangelisch-reformierten Gemeinden von Dresden und Leipzig öffentlich zum Volksentscheid bekannten. Die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens zog – mehr oder weniger verklauusliert – mit einem Hirtenbrief nach, der am 16. Juni 1946 zwei Wochen vor dem Referendum in den Gottesdiensten verlesen wurde.<sup>36</sup> Ebenso ordnete der katholische Bischof von Meißen, Petrus Legge, für den 30. Juni 1946 eine entsprechende »Kanzelverkündigung zum Volksentscheid« an.<sup>37</sup>

Gut zweieinhalb Wochen vor dem Abstimmungstermin unternahm die SMAD einen weiteren Kraftakt, mit dem die Volksentscheid-Kampagne in ihre letzte Phase eintrat. Ausgelöst wurde er wesentlich durch Berichte, die seit einiger Zeit die politische Führung der SMAD in Berlin-Karlshorst aus der Provinz erreichten und diese aufhorchen ließen. Demnach versuchten offenbar sächsische Unternehmer, deren Betriebe zur Enteignung vorgesehen waren, mit Hilfe ihrer Belegschaften die Enteignungsbeschlüsse rückgängig zu machen.<sup>38</sup> Dieser unternehmerische Widerstand wurde u.a. auch dadurch verstärkt, daß es sich bei den in den Listen A zur Verstaatlichung erfaßten Betrieben nicht unbedingt um Eigentum von Kriegsverbrechern

32 Vgl. Tjul'panov an alle Chefs der Propagandaabteilungen der SMA, 13.6.1946. AVP RF, f. 0457b, op. 3, p. 13, d. 9, l. 126.

33 Vgl. Informationsbericht Tjul'panovs (wie Anm. 28), l. 117.

34 Materialsammlung zur Geschichte der SMA (wie Anm. 23), l. 48.

35 Vgl. Jürgen J. SEIDEL, »Neubeginn« in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945 bis 1953), Göttingen 1989, S. 125.

36 Vgl. *Deutsche Geschichte* (wie Anm. 5), S. 203; vgl. SCHIRÖDER (wie Anm. 5), S. 448; vgl. SEIDEL (wie Anm. 35), S. 125-126.

37 SCHIRÖDER (wie Anm. 5), s. 149.

38 Vgl. Tjul'panov an alle Chefs der Propagandaabteilungen (wie Anm. 32), l. 124.

oder ehemaligen, politisch schwer belasteten Nationalsozialisten handelte. Mitunter wurde die Kategorisierung sehr willkürlich vorgenommen, weshalb zahlreiche Christ- und Liberaldemokraten in Sachsen immer wieder Kritik an den Modalitäten des Enteignungsverfahrens übten und ein rechtsstaatliches Vorgehen forderten.<sup>39</sup> Nicht zuletzt deshalb drohte nach Ansicht der Besatzungsmacht das geplante Referendum unterlaufen zu werden.

Oberst Tjul'panov, der am 13. Juni 1946 durch diese Vorgänge alarmiert worden war, stellte unmißverständlich klar, daß die SMAD solche Entwicklungen nicht widerstandslos hinzunehmen gedachte. In einem speziellen Befehlsschreiben wies er beispielsweise den Chef der sächsischen Informationsabteilung an, entschlossen gegen solche Tendenzen vorzugehen und mit entsprechenden propagandistischen Gegenmaßnahmen die »verbrecherische Rolle der Unternehmer zu entlarven«. Die einzuleitende Agitationenkampagne sollte insbesondere auf die Arbeiterschaft zielen. Gerade ihr war zu verdeutlichen, daß ihr künftiges »Wohlergehen« nur dann gesichert sei, »wenn die Verbrecher bestraft worden« seien.<sup>40</sup> Befürchtungen der Arbeiter, durch die angestrebten Enteignungen etwa das Streikrecht oder Mitspracherechte bei der Aushandlung von Arbeits- und Lohnbedingungen zu verlieren, sollten durch die Propagandaoffiziere der SMA als unbegründet zurückgewiesen werden. Vielmehr war die politische Überzeugungsarbeit darauf auszurichten, daß erst die Verstaatlichung der Unternehmen die »Einführung der Arbeiterkontrolle auf die Produktion bedeute«, Streiks und »hemmungslose Ausbeutung« damit – wie in der Sowjetunion – hinfällig seien.<sup>41</sup> Um in dieser Phase der Kampagne einem Stimmungsumschwung in der sächsischen Bevölkerung zuungunsten des Referendums und damit gegen die geplanten entschädigungslosen Enteignungen zu verhindern, war der SMAD jedes Mittel recht. So wurden die sowjetischen Propagandaoffiziere von Karlshorst nicht nur dazu angehalten, unter den ehemaligen nominellen Nationalsozialisten für die Unterstützung des Plebiszits zu werben.<sup>42</sup> Um die Zivilbevölkerung einzuschüchtern und deren Abstimmungsverhalten zu beeinflussen, hatten sie gezielt Gerüchte in Umlauf zu bringen. Demnach sollte jenen Gebieten ein verschärftes Besatzungsregime drohen, in denen die Bewohner »nicht die Politik der Bestrafung der aktiven Nationalsozialisten billigen«, sprich: das Referendum nicht unterstützen würden.<sup>43</sup> Nicht zuletzt deshalb bestand eine wesentliche Aufgabe der sowjetischen Propaganda

<sup>39</sup> Vgl. hierzu die eindrucksvollen Schilderungen in dem unveröffentlichten Erinnerungsbericht des CDU-Politikers Rudolf Bohlmann aus Döbeln. Privatarchiv Rudolf Bohlmann. Kopie befindet sich im Besitz des Verfassers.

<sup>40</sup> Tjul'panov an alle Chefs der Propagandaabteilungen (wie Anm. 32), I. 124.

<sup>41</sup> EBD., I. 125.

<sup>42</sup> Vgl. EBD., I. 125.

<sup>43</sup> EBD., I. 125.

immer wieder darin, einen Zusammenhang zwischen dem Ausgang des Volksentscheids und der Aufenthaltsdauer der Besatzungstruppen herzustellen.<sup>44</sup>

Solche Drohungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Als am Abend des 30. Juni 1946 die Wahllokale in Sachsen schlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen werden konnte, zeichnete sich schnell eine deutliche Mehrheit für das Enteignungsgesetz ab. Bei einer Wahlbeteiligung von 94,1 Prozent hatten 77,7 Prozent der Abstimmungsberechtigten die geplanten Verstaatlichungen gebilligt und lediglich 16,5 Prozent sich dagegen ausgesprochen.<sup>45</sup>

Daß das sächsische Wählervotum so eindeutig ausgefallen war, stimmte die sowjetische Besatzungsmacht in höchstem Maße zufrieden. So bewerteten die politisch verantwortlichen Stellen innerhalb der Militäradministration den Ausgang des Plebiszits einhellig als einen Sieg der SED. Oberst Tjul'panov interpretierte das Abstimmungsergebnis sogar als klares Anzeichen für einen »starken proletarischen Kern« im Bundesland Sachsen, »der sich an der Sowjetunion orientiere und [...] die Politik der Sozialistischen Einheitspartei unterstütze«.<sup>46</sup> Vladimir Semenov, der Politische Berater der SMAD, beurteilte in einem am 10. Juli 1946 verfaßten Memorandum den Verlauf und das Ergebnis der Volksentscheid-Kampagne unter einem anderen Blickwinkel. Sie habe die organisatorischen Schwächen der SED deutlich werden lassen. Die daraus zu ziehenden Konsequenzen galt es künftig bei der politischen Massenarbeit unbedingt zu berücksichtigen. Darüber hinaus erwartete Semenov von dem erfolgreichen Abstimmungsergebnis eine eindeutige politische Ausstrahlungskraft nicht nur auf die übrige SBZ, sondern auch auf die westlichen Besatzungszonen. Das Referendum war demnach nicht nur eine Generalprobe für die im September/Oktober 1946 vorgesehenen Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen. Es sollte ähnliche Vorgänge, so etwa eine für Hessen geplante Volksabstimmung, günstig beeinflussen.<sup>47</sup> Ungeachtet aller optimistischen Einschätzungen führte der

44 Vgl. EBD., I. 126.

45 Vgl. Aus dem Memorandum S. Tjul'panovs an M. Suslov (ZK der VKP(B)) über die Ergebnisse des Referendums im Land Sachsen, 9. Juli 1946. Bernd BONVEČ/Gennadij BORDJUGOV/Norman NEJMARK (Hrsg.), SVAG. *Upravljenje propagandy (informacii) i S.I. Tjul'panov 1945-1949. Sbornik dokumentov* [SMAD. Die Verwaltung für Propaganda (Information) und S.I. Tjul'panov. Dokumentensammlung], Moskau 1994, S. 53. Vgl. dazu die geringfügigen Abweichungen in der deutschen Forschungsliteratur: Wahlbeteiligung: 93,7 %; Ja-Stimmen: 77,6 %; Nein-Stimmen: 16,6 %; Enthaltungen bzw. ungültig: 5,8 %. Vgl. Braun (wie Anm. 4), S. 328.

46 Aus dem Memorandum S. Tjul'panovs (wie Anm. 45), S. 54; vgl. Tjul'panov an die Führung der SMAD: Informationsbericht für den 1. Juli 1946 zu den Ergebnissen im Bundesland Sachsen. AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 13, I. 114.

47 Vgl. Informationsbrief Nr. 8 über die politische Lage in Deutschland (7. Juni – 1. Juli



Politische Berater den positiven Verlauf des Referendums indes nicht allein auf die politischen Aktivitäten der SED oder gar auf ein »gewachsenes Bewußtsein der deutschen Bevölkerung Sachsens« zurück. Er war realistisch genug zu erkennen, daß der Erfolg im wesentlichen unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsherrschaft in Deutschland zustande gekommen war. Zweifellos habe sich ausgewirkt, daß die SMAD im unmittelbaren Vorfeld des Referendums sich darum bemühte, ein günstiges Abstimmungsklima zu schaffen, indem sie die ausreichende Versorgung mit Lebensmittelkarten sicherstellte und möglichst alles unternahm, um Übergriffe von Rotarmisten auf die deutsche Zivilbevölkerung zu unterbinden. Doch dürfe man sich nicht darüber hinwegtäuschen, so die kritische Einsicht Semenovs, daß in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Angst der deutschen Bevölkerung vor der Besatzungsmacht und die Furcht vor möglichen sowjetischen Repressalien im Falle eines erfolglosen Wahlausgangs das Abstimmungsverhalten der Sachsen ganz wesentlich mitbestimmt habe.<sup>48</sup>

So kann angesichts des psychischen Drucks und der massiven sowjetischen Beeinflussung der Volksentscheid-Kampagne, die meist verdeckt über die SED erfolgte, nicht von einer Entscheidungssituation gesprochen werden, in der die sächsische Bevölkerung unvoreingenommen und frei von Sachzwängen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machte. Das wiederum ließ den zweifelhaften Charakter der ersten Nachkriegswahlen in der SBZ sehr deutlich werden und warf überdies dunkle Schatten auf die bevorstehenden Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen, aus denen im Herbst 1946 parlamentarische Körperschaften hervorgehen sollten. Wenn trotz alledem Generalmajor Dubrowskij von der SMA in Dresden in einem Interview mit der »Sächsischen Zeitung« am 22. Juni 1946 das Referendum allein als eine »Sache der Deutschen«<sup>49</sup> bezeichnete, dann zeugt dies allenfalls von seinem Zynismus, keinesfalls jedoch von den wahren politischen Machtverhältnissen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

---

1946), verfaßt von V.S. Semenov, 10. Juli 1946. AVP RF, f. 0457a, op. 2, p. 27, d. 1, l. 76; vgl. Stefan CREUZBERGER, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und ihr Einfluß auf das politische System der SBZ*, (Diss. ungedruckt), Bonn 1994, S. 269.

48 Vgl. Informationsbrief (wie Anm. 47), l. 75.

49 Interview in der »Sächsischen Zeitung« mit General Dubrowski vom 22. Juni 1946, abgedruckt: *Kampfgefährten – Weggenossen. Erinnerungen an die ersten Jahre der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Dresden*, Berlin-Ost 1975, S. 427.

## Die französische Besatzungspolitik und die Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz

Von Anne Martin

Die Landespartei der CDU in Rheinland-Pfalz wurde am 14. Februar 1947 in Bad Kreuznach konstituiert. Bis dahin existierten in Rheinland-Pfalz, in dem per Dekret der französischen Besatzungsmacht am 30. August 1946 neugeschaffenen Land, zwei organisatorisch voneinander unabhängige »christliche« Parteien: In der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau, die die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur umfaßte, die CDP und in Rheinhessen-Pfalz die CDU. Die Vereinigung dieser beiden regional geprägten Parteien ergab sich nicht zwingend aus einem Gleichklang der Ziele und Interessen, sondern war eine verhältnismäßig späte Reaktion auf die französische Grenzziehung.

In den ersten Wochen nach der Landesgründung, als zunächst nur Wahlen für die kommunalen Vertretungen und Kreistage anstanden, konnten es sich die Christdemokraten noch leisten, im Norden und Süden von Rheinland-Pfalz in zwei getrennten Parteien aufzutreten. Als sie jedoch verantwortlich an der Verfassungsgebung beteiligt waren – CDP und CDU bildeten gemeinsam die absolute Mehrheit in der Beratenden Landesversammlung –, in der provisorischen Regierung den Ministerpräsidenten stellten und ihren Blick auf die ersten Landtagswahlen richten mußten, wurde für sie die inhaltliche und organisatorische Vereinheitlichung dringend notwendig. Gleichwohl wirkte der Zusammenschluß von Bad Kreuznach, der erst nach einem harten Ringen um eine gemeinsame Grundlage erfolgte, zunächst kaum harmonisierend. Vielmehr bestimmten Konflikte zwischen den einzelnen Bezirksverbänden die Anfänge der von Peter Altmeier geführten Landespartei, und es waren nicht zuletzt diese innerparteilichen Spannungen, die Christdemokraten aus allen Landesteilen bis in die 50er Jahre hinein immer wieder an die Auflösung von Rheinland-Pfalz denken ließen.

Ohne die Entscheidung der Franzosen, im Norden ihrer Zone ehemals preußisches, bayerisches und hessisches Gebiet zu einem neuen Land zu vereinen, hätten sich die Christdemokraten dieser Regionen, die zunächst wenig miteinander verband, damals nicht zu einer Partei zusammengeschlossen. Daher gehört die Konstituierung der rheinland-pfälzischen CDU zu den Folgen der französischen Besatzungspolitik. Nun wurden freilich von der französischen Besatzungsmacht nicht erst im Zusammenhang mit der

Landesgründung wichtige Vorentscheidungen für die neue Partei getroffen. Bereits die Anfänge der CDP in Rheinland-Hessen-Nassau und die der CDU in Rheinhessen und in der Pfalz vollzogen sich unter Bedingungen, die vom Außenministerium in Paris, der Oberkommandantur in Baden-Baden und den Obersten Delegationen in Bad Ems und Neustadt geschaffen wurden. Neben den vielen allgemeinen Vorschriften, die das politische Leben in der französischen Zone regelten, gab es auch Auflagen, die speziell auf die Christdemokraten zugeschnitten waren.

Von der späten Parteienlizenzierung im französischen Besatzungsgebiet waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten gleichermaßen betroffen. Frankreich, das an der Konferenz von Potsdam nicht beteiligt gewesen war, verwirklichte bekanntlich als letzte der vier Besatzungsmächte die dort von Stalin, Truman und Churchill getroffene Übereinkunft, in Deutschland demokratische Parteien wiederzuzulassen. Während die Sowjetunion bereits im Juni 1945 und damit im Vorgriff auf eine alliierte Regelung in ihrer Zone Parteien genehmigt hatte, Amerikaner und Briten im August und September gleichzogen, tat die französische Oberkommandantur in Baden-Baden unter General Pierre Koenig den entsprechenden Schritt erst am 13. Dezember 1945. Die von General de Gaulle vorgegebene zögernde Haltung ermöglichte den französischen Militärbehörden, zunächst einmal den politischen Neubeginn in den anderen Zonen sorgfältig zu verfolgen, wobei im Mittelpunkt ihres Interesses stand, Wege zu finden, das von der Pariser Zentrale vorgegebene Ziel einer konsequenten Föderalisierung Deutschlands zu erreichen. In Übereinstimmung mit der Praxis der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden genehmigten die Franzosen dann nur wenige Parteien – Weimarer Verhältnisse konnten auch in ihrer Besatzungszone nicht wieder aufleben. Die Begünstigung einiger weniger Parteien erleichterte zudem die Kontrolle.

Der langen Unbeweglichkeit der Führung in der Frage der Parteienzulassung stand ein in vielen Fällen recht tolerantes Vorgehen der französischen Dienststellen vor Ort gegenüber. Durch die von den Landräten des Regierungsbezirks Koblenz für Regierungspräsident Wilhelm Boden monatlich verfaßten geheimen Berichte zur allgemeinen Lage in den Kreisen erfahren wir, daß vielerorts CDP, SPD und KPD bereits Wochen vor ihrer offiziellen Genehmigung »mit stillschweigender Erlaubnis der Militärregierung« vorbereitende Organisationsarbeiten aufnehmen konnten,<sup>1</sup> wozu u.a. das Verteilen von Aufnahmescheinen und die Veranstaltung erster Versammlungen gehörte. Kam es dennoch französischerseits zu Protesten, so blieben diese

---

<sup>1</sup> So z.B. der Landrat des Kreises Unterwesterwald in seinem Bericht vom 30.11.1945, in: Landeshauptarchiv Koblenz (fortan: LHA Koblenz), Best. 441 Nr. 45358.

offenbar verbaler Natur.<sup>2</sup> Jedenfalls ist von empfindlichen Sanktionen oder gar Verhaftungen einzelner Vertreter der später zugelassenen Parteien wegen illegaler politischer Betätigung nichts überliefert.<sup>3</sup>

Am 18. Dezember 1945, also kurz nach der offiziellen Zulassung der Parteien durch General Koenig, erläuterte dessen »Generalverwalter« Emile Laffon den Landes- und Provinzgouverneuren die Verfahrensvorschriften und hielt sie zu einer genauen und gewissenhaften, dabei aber unauffälligen Überwachung an.<sup>4</sup> Bei Regelverletzungen sollten die entsprechenden Maßnahmen primär von den deutschen Verwaltungsbehörden ausgehen; nur wenn von dieser Seite Versäumnisse vorlägen, sei es an den französischen Dienststellen, in Erscheinung zu treten. Laffon beließ es nicht bei den Formalitäten, sondern bezog auch inhaltlich Position. Bei den bislang in Erscheinung getretenen Parteien, der kommunistischen, der sozialdemokratischen sowie der christlich-demokratischen, sah er »des garanties incontestables du point de vue démocratique et anti-nazi« gegeben; ihrer formalen Konstituierung sei daher nichts mehr in den Weg zu stellen. Allerdings gab Laffon seiner in den Wochen zuvor bereits erkennbar gewordenen Skepsis gegenüber den Christdemokraten erneut Ausdruck:<sup>5</sup> Bevor diese neue Partei endgültig zugelassen werden könne, müsse man sicher sein, daß sie sich in ihrer sozialpolitischen Programmatik ausreichend vom alten Zentrum unterscheide. Für eine Erneuerung des Zentrums sollten keine Genehmigungen erteilt werden. Laffon schloß zwar weitere Parteigründungen nicht aus, wobei er sich für den Fall entsprechender Anträge die Entscheidung ausbedang, sah aber in der Konzentration auf die drei Genannten den geeigneteren Weg, den französischen Interessen zu dienen.

Mit ihrer Entschlossenheit, in ihrem Einflußbereich der Restauration des Zentrums von vornherein einen Riegel vorzuschieben, wirkte die Baden-Badener Oberkommandantur ganz unmittelbar zu Gunsten der neuen Idee einer überkonfessionellen Partei. Davon profitierten besonders die Unionsanhänger in Rheinhessen und in der Pfalz.

---

2 Oberst Balade an Boden, 12.12.1945, in: LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1 004/21. In diesem Schreiben teilte Balade mit, daß jegliche Versammlungstätigkeit und andere Aktivitäten der Parteien verboten seien.

3 Vgl. Katrin KUSCH, *Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951)*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 12), S. 33.

4 Laffon an die Obersten Delegierten, 18.12.1945, in: Archives d'Occupation, Colmar (fortan: Archiv Colmar), Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 D. 77.

5 Laffon an die Obersten Delegierten, 25.10.1945, in: Archives du Ministère des Relations Extérieures, Paris (fortan: AMRE), Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 434.

In den Regierungsbezirken Trier und Koblenz setzte sich die christlich-demokratische Richtung auch unabhängig von der Haltung der Militärregierung verhältnismäßig schnell und problemlos durch. Daß sich hier kaum Befürworter einer Zentrumserneuerung fanden, lag vor allem an den konfessionellen Kräfteverhältnissen: Angesichts der eindeutigen katholischen Majorität sah man keine Notwendigkeit, auf einer vorrangig katholischen Positionen verpflichteten Partei zu bestehen. Selbst der Trierer Bischof Bornewasser unterstützte die Bildung der überkonfessionellen CDP. Von den später eine gewisse Bedeutung erlangenden CDU-Politikern aus dem Norden von Rheinland-Pfalz wandte sich anfangs nur der ehemalige Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag Jakob Diel, der später die CDU-Kreispartei Bad Kreuznach führte und erster Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages wurde, entschieden gegen eine »christliche Sammelpartei«. Diel, der in einem Kreis mit einem starken evangelischen Bevölkerungsanteil lebte, sorgte sich um die politische Heimat der katholischen Arbeiterschaft.<sup>6</sup>

In Rheinhessen und in der Pfalz hingegen stieß die Unionskonzeption bei vielen Anhängern der alten konfessionellen Parteien zunächst auf Ablehnung. Im rheinhessischen Oppenheim unternahm ehemalige Zentrumsmitglieder bereits im April 1945 Schritte zur Wiederbelebung ihrer alten Partei, »damit die Rechte des katholischen Volksteiles in den nun werdenden neuen Verhältnissen gewahrt werden könnten«.<sup>7</sup> Unter einer in diesem Punkt offensichtlich wenig restriktiven amerikanischen Militärverwaltung kam es zu ähnlichen Anläufen in Speyer und Kaiserslautern, in den beiden pfälzischen Städten, die sich laut Gustav Wolff, dem Mitbegründer der pfälzischen CDU, geradezu zu »Widerstandszentren« gegen die Gründung einer überkonfessionellen Partei entwickelten.<sup>8</sup> In Speyer trat Bischof Josef Wendel als Gegner der Zusammenführung von Katholiken und Protestanten auf; unterstützt wurde er vom späteren Mainzer Kultusminister Eduard Orth.<sup>9</sup> Auch Domschweizer Bertram Hartard, der 1947 für die CDU in den ersten rheinland-pfälzischen Landtag einziehen sollte, konnte sich zunächst nicht mit der Unionsidee anfreunden. Er und andere ihm gleichgesinnte Kräfte wandten sich darum an den französischen Gouverneur mit der Bitte, eine evangelische Partei zuzulassen, um auf diese Weise die Protestanten

6 Ausführlicher dazu Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), S. 55 f.

7 Protokoll eines Treffens vom 8.4.1945, wiedergegeben bei Kurt WEITZEL, *Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947*, Mainz 1989, S. 49.

8 Wolff an CDU-Hauptgeschäftsstelle Bezirksverband Pfalz, 13.1.1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (fortan: ACDP), Best. III-001-017.

9 So der Mitbegründer der pfälzischen CDU Hans Moser in einer Erinnerungsschrift vom 30.1.1971, in: ACDP, Best. I-036-001.

ins politische Leben zu integrieren.<sup>10</sup> In Kaiserslautern fand im Vorfeld der Parteigründung eine Katholikenkonferenz statt, bei der der Landstuhler Bürgermeister und spätere christdemokratische Abgeordnete der Beratenden Landesversammlung Karl Anton Vogt unter starkem Beifall eine rein katholische Partei forderte, mit dem Leitspruch »und wenn's drauf ankommt, mit dem Namen Römisch-katholische Staatspartei«.<sup>11</sup> Während ehemalige Zentrumsmitglieder auf die Restauration ihrer alten Partei setzten, einigten sich evangelische Christen in der Pfalz auf die Wiederbelebung des Christlich-Sozialen Volksdienstes. Ohne die französische Bestimmung, daß sich in Rheinhessen und in der Pfalz nur eine einzige »christliche« Partei bilden dürfe, die zudem beide Bezirke umfasse, hätten sich die verschiedenen Richtungen kaum auf eine Linie geeinigt.

Die Besatzungsbehörden im Norden der französischen Zone wollten also kein Nebeneinander konfessioneller Gruppierungen und setzten von Anfang an auf den Erfolg der Unionsidee. Zu fragen ist, welche Überlegungen hinter dieser Haltung standen. Bei einigen Entscheidungsträgern spielten historische Reminiszenzen eine große Rolle.<sup>12</sup> Laffon etwa begründete seine Ablehnung des Zentrums damit, daß sich diese Partei überlebt habe, daß sie nicht schuldlos am Aufkommen des Nationalsozialismus gewesen sei und daß sie in der Weimarer Zeit eine Frankreich nicht immer genehme Politik betrieben habe.<sup>13</sup> In zwei von der Baden-Badener Oberkommandantur im April und Mai 1948 erstellten Studien über die Wurzeln der christlichen Demokraten wurde festgestellt,<sup>14</sup> das Zentrum habe zwar dank seiner inneren Geschlossenheit in der Zeit von 1920 bis 1933 die geringsten Einbrüche in der Wählerschaft zu verzeichnen gehabt und sich als stabilste politische Kraft der Weimarer Republik erwiesen, die Kehrseite der Beständigkeit aber sei die Stagnation gewesen. Den Erinnerungen an den Kulturkampf verhaftet, habe es das Zentrum nach dem Ersten Weltkrieg nicht vermocht, die politischen und sozialen Veränderungen aufzunehmen und neue Wählerschichten zu gewinnen, um sich auf diese Weise dauerhaft als dritte Kraft neben der marxistischen Linken und der nationalistischen und reaktionären Rechten zu etablieren. Aufgerieben zwischen den beiden Blöcken und in nahezu ständiger Regierungsverantwortung verbraucht, sei es in der Endphase der

<sup>10</sup> So Wolff in seiner am 11.6.1966 verfaßten Abhandlung, Speyer in der Gründungszeit der CDU 1945/46, in: ACDP, Best.I-100-010.

<sup>11</sup> Zit. nach dem Schreiben Wolffs vom 13.1.1966, wie Anm. 8.

<sup>12</sup> Die Schwäche des Zentrums gegenüber dem Nazismus wurde u.a. in einer Studie des Commissariat Général vom 12.7.1946 angesprochen. In: AMRE, Best. Série Z Europe (Allemagne) 1944-1949 Nr. 49.

<sup>13</sup> Laffon an die Obersten Delegierten, 25.10.1945, wie Anm. 5.

<sup>14</sup> Studie vom 15.4.1948 und vom 5.5.1948, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des relations extérieures; Bureau d'ordre Ambassade de France à Bonn. C. 65 XP 3-3.

Republik nicht mehr in der Lage gewesen, sich den antidemokratischen Kräften entgegenzustellen: »Le ZENTRUM ... n'avait pu opposer au dynamisme de partis jeunes que l'entêtement d'une équipe sclérosée.«<sup>15</sup>

Daneben gab es aber auch Stimmen, die die Haltung des Zentrums bzw. seiner Anhänger in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches überwiegend positiv beurteilten. General Jean-Claude Bouley, der erste Gouverneur von Rheinhessen-Pfalz, erklärte im August 1945, die Katholiken, gleich ob sie vor 1933 im Zentrum oder in der Bayerischen Volkspartei organisiert gewesen seien, seien in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche Kraft gewesen, die dem Nazismus am meisten getrotzt hätte, dank einer entschlossenen und in ihrem Widerstand häufig mutigen Geistlichkeit.<sup>16</sup> In einer Studie, die man in Baden-Baden im April 1946 über die föderalistischen Traditionen der deutschen Parteien erstellte, wurde die Haltung des Zentrums auch in dieser Grundentscheidung ausdrücklich gewürdigt.<sup>17</sup> Warum aber war man trotzdem so strikt gegen eine Erneuerung?

Ein Motiv hat vermutlich in dem Ziel gelegen, eine erneute Zersplitterung der deutschen Parteienlandschaft zu verhindern. Allerdings wurde dieses Ziel von allen Alliierten verfolgt, und dennoch ließen die Briten in ihrer Zone das Zentrum bereits 1945 zu.<sup>18</sup> Auch der Hinweis, daß bei einer Entscheidung der Besatzungsmacht für das Zentrum und gegen die CDU sich der Prozeß des Zusammenwachsens der konfessionell unterschiedlich strukturierten Teile von Rheinland-Pfalz sicherlich noch langsamer und schwieriger gestaltet hätte, hilft nicht weiter, da auf französischer Seite in der Alternative »Zentrum oder CDU« die Wahl getroffen wurde, lange bevor man an die Schaffung eines neuen Landes im Norden der Zone dachte. Bleibt als der wahrscheinlich ausschlaggebende Beweggrund der Franzosen das Anliegen, den ohnehin großen Einfluß der katholischen Kirche besonders in Rheinland-Hessen-Nassau nicht noch durch Begünstigung einer Wiedergründung der Partei des politischen Katholizismus zu verstärken. In diesem Zusammenhang ist eine Note der Obersten Delegation in Bad Ems vom Juni 1946 besonders aufschlußreich.<sup>19</sup> Als Besatzungsmacht, so heißt es in dieser, müsse man in Rechnung stellen, daß das Rheinland ein überwiegend katholisches Gebiet sei. Der Einfluß des Klerus auf die gesamte Bevölkerung habe ein für Franzosen mitunter schockierendes Ausmaß. »En effet, formés à l'école de la Liberté, les Français peuvent parfois considérer que le Clergé rhénan exerce sur les masses une véritable dictature.« Natürlich akzeptiere

<sup>15</sup> Studie vom 5.5.1948.

<sup>16</sup> Studie vom 20.8.1945 in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil. P. 38.

<sup>17</sup> Studie vom 12.4.1946 in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat C. 943 P. 26.

<sup>18</sup> K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 36.

<sup>19</sup> Note vom 22.6.1946, in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 391.

man, wenn Katholiken Politik, auch »ihre« Politik machten, solange diese französischen Zielen nicht zuwiderlaufe; es sei aber auf keinen Fall zu dulden, daß die Kirche die Politik bestimme, mit den Besatzungsbehörden in ihrem Schlepptau. Dabei mahnte die Oberste Delegation zu einem überlegten Vorgehen: Kein Mitglied der Militärregierung dürfe, wolle es nicht Frankreich schaden, der Macht der katholischen Kirche mit Intoleranz oder Fanatismus begegnen. Die »Diktatur« der Kirche sei zwar offenkundig, offen und direkt bekämpfen dürfe man sie deshalb aber noch lange nicht. Über die Christdemokraten wußte der Verfasser des Berichts folgendes zu berichten: Die CDP, die in der Mehrheit von Katholiken gegründet worden sei, versuche mehr und mehr, sich aus der Umklammerung durch den Klerus zu befreien.

Waren zunächst für die Haltung der Besatzungsmacht in der Frage »Zentrum oder CDU« vorrangig Vorbehalte gegenüber einem aus französischer Sicht zu weitreichenden Einfluß der katholischen Kirche maßgeblich, daneben wohl auch die Überlegung, mit der Entscheidung für die überkonfessionelle Partei das deutlichere Zeichen für einen politischen Neubeginn in Deutschland zu setzen, so stand nach Etablierung der Union als der mächtigsten politischen Kraft in Rheinland-Pfalz der Wunsch im Vordergrund, diese starke Stellung nicht durch Zulassung weiterer, christlich-bürgerliche Bevölkerungskreise ansprechender Gruppierungen zu gefährden. Warum man eine Schwächung der Christdemokraten unbedingt vermeiden wollte, darauf wird im folgenden noch eingegangen.

Zu Aufbau und Wirken der christlich-demokratischen wie auch der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei wurden von der Oberkommandantur in Baden-Baden sehr präzise Richtlinien aufgestellt. Danach durften Gründungsgesuche nur von Personen eingereicht werden, die weder zur NSDAP noch zu einer ihrer Organisationen gehört hatten. Ob der Lebenslauf der Antragsteller politisch einwandfrei war, sollte anhand von Entnazifizierungsfragebögen überprüft werden. Die auf Provinz- bzw. Länderebene zugelassenen Parteien waren verpflichtet, einen mindestens fünfköpfigen Vorstand zu bilden, der gegenüber dem für die Region zuständigen Gouverneur für den demokratischen Charakter der Partei und die Einhaltung aller Bestimmungen verantwortlich war. Zu den Aufgaben dieses Komitees gehörte, die Landesmilitärregierung über die Gründung jedes einzelnen Kreis- oder Ortsverbandes der Partei sowie über die Daten der Vorsitzenden und regelmäßig über den Mitgliederstand in Kenntnis zu setzen, wobei hier die deutschen Verwaltungsspitzen als Vermittlungsorgan fungieren sollten.<sup>20</sup> Die Parteien erhielten das Recht, Versammlungen abzu-

<sup>20</sup> Hettier de Bois Lambert an Wilhelm Boden, 10.4.1946, in: LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1005.



halten und durch Flugblätter, Rundschreiben, über Presse und Radio für sich zu werben. Diese Zugeständnisse waren freilich mit Auflagen verbunden. Versammlungen waren mindestens acht Tage zuvor – ab Februar 1947 galt dann eine Frist von fünf Tagen<sup>21</sup> – unter genauer Angabe von Ort und Stunde sowie der Tagesordnung dem Bürgermeister der Gemeinde anzukündigen, der seinerseits bei dem Kreisdelegierten um die Erlaubnis nachsuchen mußte. War ein Treffen von mehr als nur lokaler Bedeutung, dann nahm auf jeden Fall ein französischer Kontrolloffizier daran teil, was André Brozen-Favereau, nach Bouley der Chef der Obersten Delegation im pfälzischen Neustadt, reichlich euphemistisch als »courtoisie à l'égard des grands partis« bezeichnete.<sup>22</sup> Für jedes einzelne Wahlplakat und jedes Flugblatt waren vor der Veröffentlichung die Entwürfe bei der Militärregierung zur Genehmigung einzureichen.<sup>23</sup> Den Parteien war untersagt, in ihren Verlautbarungen und Erklärungen »nationalistische, militaristische und antidemokratische« Töne anzuschlagen, also zu versuchen, die deutsche Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte aufzuhetzen. Sogar jegliche Kritik an den deutschlandpolitischen Entscheidungen der Siegermächte setzten die Franzosen auf den Index der Verbote.<sup>24</sup>

Zur Praxis der französischen Militärregierung gehörte außerdem, den Parteien die Vereinigung mit ihren Schwesterorganisationen in den anderen Zonen zu verbieten. Nationale Parteienfusionen galten als den Interessen Frankreichs konträr und wurden deshalb strikt abgelehnt. In einem militärregierungsinternen Schreiben vom März 1946 rechtfertigte Koenig diese Politik folgendermaßen: Es sei davon auszugehen, daß die Parteien der Westzonen, außer der kommunistischen, mit den entsprechenden Gruppierungen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands keine Einheit bilden wollten. Eine westdeutsche Blockbildung zu fördern, widerspreche aber der Bestimmung der Pariser Zentrale, »de mener très impartialement l'occupation à quatre«. Käme es hingegen generell zu gesamtdeutschen Zusammenschlüssen, so müßten diese automatisch darauf ausgerichtet sein, »à recréer un Reich allemand et à le fortifier«. In diesem Zusammenhang äußerte Koenig sogar die Sorge, daß eine zu enge Fühlungnahme zwischen den deutschen Parteien und ihren französischen Schwesterparteien letztere womöglich zur Opposition

21 Oberst Matter, politischer Berater Hettiers, an die Kreisdelegierten, 21.2.1947, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat. C. 943 P. 26.

22 Dienstl. Mitteilung Brozen-Favereaus, 6.10.1948, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; Délégation de la Province du Palatinat. C. 2317.

23 Altmeier an die Kreisvorsitzenden der CDP im Regierungsbezirk Koblenz, 28.8.1946, in: LHA Koblenz, Best. 663, 2 Nr. 262.

24 Mitteilung der Obersten Delegation in Neustadt an die Kreisdelegierten, 20.12.1946, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des affaires étrangères, Délégation provinciale française du Palatinat; Service Intérieur. C. 987.

gegen den Dezentralisierungskurs der Besatzungsmacht veranlassen könnte; dieses müßte zu einer Aufweichung des Föderalisierungskonzepts Frankreichs führen. Um eine solche Entwicklung zu vermeiden, sei es dringend geboten, den französischen Parteien die Grundprinzipien der Deutschlandpolitik ihres Landes nahezubringen.<sup>25</sup>

Im französischen Besatzungsgebiet wurde den einzelnen Provinz- bzw. Landesparteien also zur Auflage gemacht, sich auf ihre jeweilige Region zu beschränken; Sozialdemokraten und Kommunisten sollten für ihre vom übrigen Deutschland losgelöste Entwicklung durch die Streichung des »D« im Parteinamen auch ein äußeres Zeichen setzen – eine Vorschrift, die offiziell nie aufgehoben wurde, an die sich aber kaum jemand hielt. Auch der Versuch, die Parteien durch das Verbot innerzonaler- und überzonaler Verbindungen und Kontakte zu isolieren, hatte nur begrenzt Erfolg, was sich nicht zuletzt daraus erkennen läßt, daß General Koenig und auch Hettier de Boislambert, der Chef der Obersten Delegation in Bad Ems und spätere Landesgouverneur von Rheinland-Pfalz, häufig an diese Bestimmung erinnerten. Die Frage der Parteienkontakte stellte die Besatzungsmacht unübersehbar vor das Problem, wie man durch striktes Festhalten an einem Prinzip Autorität beweisen konnte, ohne diese gerade dadurch zu untergraben. Daß eine konsequente Abschnürungspolitik nicht durchzuhalten und auch nicht von Vorteil war, war den Franzosen wohl bewußt.<sup>26</sup> Die relative Passivität, mit der die zahlreichen Verstöße gegen die »Kontaktsperre« hingenommen wurden, und die Sondergenehmigungen, mit denen versehen auch rheinland-pfälzische Christdemokraten Verbindung zu Parteifreunden aus den anderen Zonen aufnehmen konnten, sprechen hier eine deutliche Sprache. Den Jugendorganisationen der Parteien gewährte man ganz bewußt aus pädagogischen Überlegungen von vornherein größere Freizügigkeit.<sup>27</sup> Als beispielsweise die Junge Union Berlins junge Christdemokraten aus allen Zonen für Mitte Januar 1948 zu einem Treffen in die deutsche Hauptstadt einlud, wurde französischerseits eine Teilnahme von Delegierten aus der eigenen Zone ausdrücklich begrüßt. Diese könnten sich durch den Gedankenaustausch ein genaueres Bild von der Situation im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands machen und Vergleiche anstellen, die zweifellos zugunsten der französischen Besatzungspolitik ausfallen müßten.<sup>28</sup> Im Februar 1948 sprach sich Koenig dann dafür aus, die in der ersten

25 Koenig an Mayer, 6.3.1946, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 Dos. 77.

26 In diesem Sinne äußerte sich auch Außenminister Bidault gegenüber Koenig und empfahl ein differenziertes Vorgehen. Schreiben vom 22.5.1947 in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 440.

27 K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 72 und S. 114.

28 Telegramm von Roger Seydoux von der Militäradministration in Berlin nach Baden-Baden, 7.1.1948, in: AMRE, Best. Série Z Europe (Allemagne) 1944-1949 Nr. 52.

Besatzungsphase erlassenen strengen Bestimmungen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen.<sup>29</sup> Mehr als zwei Jahre nach ihrer Gründung seien die Parteien der französischen Zone, so der Oberkommandierende damals, nicht mehr hauptsächlich auf den lokalen und regionalen Bereich konzentriert, sondern verstünden sich als Teil der deutschen und europäischen Entwicklung. Dieser Wandel äußere sich nicht zuletzt in den tagtäglich in großer Zahl bei der Militärregierung eingehenden Anfragen bezüglich der Teilnahme an oder der Veranstaltung von überzonalen Kongressen, die in Zukunft großzügiger behandelt werden sollten. Dabei waren für Koenig zwei besatzungspolitische Grundprinzipien unumstößlich: Nationale Parteienzusammenschlüsse sollten auch weiterhin verhindert und die deutschen Kräfte unterstützt werden, deren Vorstellungen von der staatlichen Neuordnung Deutschlands mit den französischen Wünschen konform gingen. Folglich wollte er nur überzeugten Föderalisten die »circulation interzone« erleichtern. Die führenden Repräsentanten der zentralistisch ausgerichteten Parteien mußten auch künftig mit einer restriktiven Haltung der französischen Militärbehörden rechnen. Ein generelles Einreiseverbot in das französische Besatzungsgebiet sah der Oberkommandierende nur für Vertreter der von den Franzosen nicht zugelassenen Parteien vor.

Es war also ein wesentliches Anliegen der Franzosen, die politische Tätigkeit der Deutschen sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Zone möglichst vollständig zu erfassen. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf den programmatischen Aussagen der Parteien hinsichtlich der staatlichen Neuordnung Deutschlands. Patriotische Bekenntnisse zu Deutschland als Gesamtstaat erregten das starke Mißfallen, während man föderalistischen Auffassungen und der Forderung nach einer möglichst weitgehenden Autonomie des Rheinlandes mit besonderer Sympathie begegnete. Dies führte dazu, daß fast alle französischen Entscheidungsträger trotz ihrer größeren Übereinstimmung mit den deutschen Sozialdemokraten in Fragen der Wirtschafts-, der Sozial- und besonders der Schulpolitik und trotz einer oft harschen Kritik an der CDU und ihren führenden Repräsentanten auf den Erfolg der Christdemokraten setzten. Für diese glich die Partei Peter Altmeiers ihre Nachteile und Fehler durch ihre föderalistische Ausrichtung wieder aus. Außerdem war die CDU die einzige Partei, in der die Mehrheit das von der Besatzungsmacht geschaffene Land Rheinland-Pfalz zumindest als eine Übergangslösung akzeptierte.

Das französische Wohlwollen gewannen die Christdemokraten hauptsächlich durch den zentralistischen Kurs ihrer politischen Gegner. Die Sozialdemokraten im Rheinischen, Rheinhessischen und Pfälzischen fühlten sich

<sup>29</sup> Koenig an Schneider, 25.2.1948, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 Dos. 77.

»ohne Abstriche der Sozialdemokratie Kurt Schumachers zugehörig«<sup>30</sup> und sahen keinen Anlaß, sich durch eigene programmatische Entwürfe zu profilieren. Aus diesem Grund hatten sie teil am schlechten Image ihres Vorsitzenden, dessen ausgeprägtes Nationalbewußtsein, das sich in der Forderung nach deutscher Einheit und Selbstbestimmung äußerte, für die französische Seite eine ständige Provokation darstellte.<sup>31</sup> Die Klage über die antiföderale Haltung der SPD, deren Ausrichtung man mit Begriffen wie »centralisateur« und »bismarckien« beschrieb,<sup>32</sup> gehörte zu den stereotypen Bestandteilen der französischen Berichte, unbeschadet der Tatsache, daß den französischen Instanzen durchaus auch föderalistisch eingestellte Sozialdemokraten bekannt waren.<sup>33</sup> Der Gegensatz vertiefte sich noch, als die Sozialdemokraten im Verlauf der Verfassungsberatungen sehr betont die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz in Frage stellten. Keine hohe Meinung hatten die Franzosen auch von den Kommunisten. Diese diskreditierten sich allein schon durch ihren an den Interessen Moskaus orientierten Einheitswillen und ihre Propaganda zu Gunsten des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Wohl gestand man französischerseits zu, daß es innerhalb dieser Partei auch Strömungen für mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion gebe; als zentralistisch galten aber auch diese.<sup>34</sup> Die Erkenntnis, daß die KP in Fragen der Deutschlandpolitik für Beeinflussungen im Sinne Frankreichs besonders unzugänglich war, hinderte die Militärregierung bekanntlich aber nicht daran, Kommunisten in den Prozeß der Demokratisierung einzuspannen und ihnen die loyale Mitarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Entnazifizierung und der Verwaltung, zu attestieren.<sup>35</sup>

Bereits Anfang Januar 1946, als CDP und CDU in Rheinland-Hessen-Nassau und Rheinhessen-Pfalz noch in der Gründungsphase waren, erklärte General Bouley gegenüber Laffon, die entschiedensten Anhänger eines dezentralen Staatsaufbaues fände man unter den christlichen Parteien. Diese müßten deshalb eine solide Grundlage für die französische Politik bilden.<sup>36</sup> In einem Bericht der Militärregierung vom Juni 1946 hieß es dann ohne Umschweife, vorrangig könne die CDP mit der französischen

30 K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 300.

31 Ebd., S. 97.

32 Monatsbericht Bouley, 15.11.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil C. 38 Pol III G 2a, S. 4.

33 Studie Les partis politiques et le fédéralisme, erstellt in der Baden-Badener Oberkommandantur, 12.4.1946, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; District de Coblence. C. 943 P. 26.

34 Monatsbericht Bouley, 15.11.1945, wie Anm. 32.

35 Note der Obersten Delegation in Bad Ems, 22.6.1946, in: AMRE, Best. Y Internationale 1944-1949, Nr. 391.

36 Bouley an Laffon, 14.1.1946, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 231 P. 40 Dos. 54.

Unterstützung rechnen, zum einen, da ihre Politik nicht im Gegensatz zu den Ansichten der französischen Regierung stehe, zum anderen, weil sie in ihren Reihen eine beachtliche Mehrheit vereine.<sup>37</sup> Diese deutliche Begünstigung der Christdemokraten setzte sich nach der Schaffung von Rheinland-Pfalz und dem Zusammenschluß von CDP und CDU auf Landesebene fort. Durch das von der Militärregierung festgelegte Verfahren für die Wahl der Beratern der Landesversammlung erreichten die Christdemokraten in diesem wichtigen Gremium, dessen Aufgabe es war, eine Verfassung für Rheinland-Pfalz auszuarbeiten, mit 70 der 127 Sitze eine Dominanz, die in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis der vorangegangenen Wahlen vom September 1946 stand, bei denen der Stimmenanteil der Christdemokraten im Landesdurchschnitt bei 45,2 Prozent gelegen hatte. Unübersehbar war auch die Neigung der französischen Militärregierung, bei ihrem Verhalten gegenüber neuen politischen Gruppierungen die Interessen der Christdemokraten mitzubedenken. Als etwa das im britischen Besatzungsgebiet wiederaufgelebte Zentrum, das bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom April 1947 einen beachtlichen Erfolg erzielen konnte, wiederholt Anlauf nahm, sich auch in Südwestdeutschland zu etablieren, stieß dies bei den französischen Behörden auf Abwehr.<sup>38</sup> Hettier erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber Koenig, es sei nicht davon auszugehen, daß das neue Zentrum »beaucoup d'éléments politiquement valables« an sich binden könne, da mittlerweile nahezu alle ehemals führenden Köpfe der katholischen Traditionspartei Anhänger der Union seien. Er sei strikt gegen die Zulassung des Zentrums, da dessen Auftreten nur der CDU schaden würde, ausgerechnet der Partei, mit der man besonders in der Frage der künftigen Organisation Deutschlands einen hohen Grad an Übereinstimmung erreicht habe.<sup>39</sup> Als die in Nordrhein-Westfalen agierende Rheinische Volkspartei ebenfalls versuchte, in Rheinland-Pfalz Fuß zu fassen, ließ sich Hettier auf Anweisung Baden-Badens<sup>40</sup> die restriktive Haltung der französischen Militärregierung durch Ministerpräsident Altmeier ausdrücklich bestätigen.<sup>41</sup>

37 Zitiert auch bei Heinrich KÜPFERS, *Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), S. 85.

38 Studie »Répercussions d'une éventuelle autorisation du Zentrum en Zone Française«, erstellt am 2.3.1948 im Pariser Außenministerium, o.V., in: Archiv Colmar, Best. SEAAA C. 2647 Dos. 4.; Koenig an Schneider, 2.4.1948, in: Archiv Colmar, Best. SEAAA C. 47 Dos. 6.

39 Hettier an Koenig, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des relations extérieures; Bureau d'ordre Ambassade de France à Bonn. C. 136 ZF 4-2.

40 Diensl. Mitteilung der Direction du Cabinet, Affaires Civiles, für Hettier, 13.7.1949, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil. C. 26 Pol II A 21.

41 Hettier an Koenig, 19.7.1949, ebd.

Die besondere Nähe zwischen der Militärregierung und führenden Christdemokraten war für die neue Partei nicht nur von Vorteil. Die offensichtliche Sympathie fast aller französischen Entscheidungsträger für die gegen eine Wiederherstellung der Reichseinheit gerichteten Kräfte in der deutschen Politik gehörte vielmehr zu den Umständen, die einer frühen Geschlossenheit hinderlich waren. Dies lag daran, daß es in der CDP und der CDU, die nicht in der unmittelbaren Tradition einer der großen Parteien der Zeit vor 1933 standen, anfangs keine verbindliche Vorstellung davon gab, wie Deutschland als Gesamtstaat zu organisieren sei. Wichtige staatsrechtliche Begriffe wie Separatismus, Föderalismus und Zentralismus bestimmten zwar die innerparteiliche Diskussion, waren aber noch nicht hinreichend geklärt. In dieser Situation provozierte die starke Hervorhebung föderalistischer Grundsätze leicht den Verdacht separatistischer Neigungen. Die Überzeugung von Christdemokraten, mit solchen an den Interessen Frankreichs orientierten Neigungen auch in den eigenen Reihen konfrontiert zu sein, belastete anfangs außerordentlich stark das Klima in der pfälzischen CDU, wo eine Reihe durchaus gewichtiger Persönlichkeiten noch stark in nationalstaatlichen Kategorien dachte und in der Sorge vor französischer Vereinnahmung sehr sensibel auf andere Töne reagierte.

Daß die Unionsidee, wie oben bereits beschrieben, in der Pfalz zunächst keine ungeteilt positive Resonanz fand, lag mit daran, daß ihre Protagonisten, der katholische Pfarrer Johannes Finck aus Limburgerhof und der Landauer Volksschulrektor und Bürgermeister Gustav Wolff für manche einen zu betont »deutschen« Standpunkt vertraten. Finck und Wolff ihrerseits sahen bei ihren Widersachern, die sich um Prälat Martin Walzer aus Ludwigshafen scharten, einen überzogenen Föderalismus und Willfährigkeit gegenüber der französischen Besatzungsmacht. Nach Wolff gehörte Walzer zu denjenigen, »die sich von Anfang an der französischen Besatzungsmacht zur Mitarbeit zur Verfügung stellten, die Wünsche erfüllten, deren Erfüllung nicht im deutschen Interesse lag, die bei der politischen Abteilung der Militärregierung Stellung nahmen gegen Persönlichkeiten, die sich aus nationalen Beweggründen in Abwehr gegen alle separatistischen Bestrebungen stellten und die es fertig brachten, daß politische Konferenzen verboten wurden, zu denen man sie aus guten Gründen nicht eingeladen hatte«. <sup>42</sup>

Bereits Monate vor der Gründung der pfälzischen CDU hielt Finck in einer Unterredung, an der auch der Speyerer Bischof Wendel teilnahm, Walzer vor, seine Haltung sei zu frankophil und lasse separatistische Neigungen erkennen. Walzer konterte mit der Bemerkung, die Lage habe sich seit den Jahren 1919-1923 grundlegend verändert; Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich dürfe man gerade auch mit Blick auf die

<sup>42</sup> So Wolff in Notizen zur Frühgeschichte der CDU in der Pfalz. In: ACDP, Best. I-036-001.

bolschewistische Gefahr keinesfalls als separatistisch brandmarken. Der gegen ihn erhobene Vorwurf entspräche der preußischen Art, die Dinge zu sehen.<sup>43</sup> Auf eine gemeinsame Linie konnten sich die beiden nicht einigen. Ihr Gegensatz äußerte sich vielmehr in konkurrierenden Zulassungsanträgen, die allerdings erfolglos blieben, da die französischen Behörden eben nur eine einzige christliche Partei genehmigen wollten. Zum Miteinander gezwungen, rangen die verschiedenen Richtungen in den ersten Wochen nach Gründung der CDU erbittert um die Vorherrschaft in der neuen Partei. Dabei setzte sich die Linie Finck-Wolff durch.

Da Wolff seine Widersacher aus den Anfängen der CDU noch Jahrzehnte später beschuldigte, gemeinsame Sache mit der Militärregierung gemacht zu haben, und sich selbst als Bollwerk gegen von französischer Seite gelenkte und unterstützte separatistische Strömungen darstellte, muß der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit das von ihm gezeichnete Bild die Tatsachen wiedergab.

Was das Verhalten der Militärregierung angeht, so sind die Wahrnehmungen Wolffs von der zeitgeschichtlichen Literatur häufig bestätigt worden. Bei ihrem Blick auf die Anfänge der rheinland-pfälzischen Parteien meinten etwa Hans Josef Schmidt und Kurt Weitzel, den Versuch französischer Besatzungsorgane erkennen zu können, »ihre Vorstellungen von der künftigen Gestaltung Deutschlands durchzusetzen, indem sie extrem föderalistische, autonomistische und separatistische Bewegungen förderten, zumindest aber duldeten«.<sup>44</sup> Tatsächlich aber erweisen sich die französischen Quellen als wenig geeignet, die These von einer gezielten Unterstützung deutscher Loslösungsbestrebungen zu untermauern. Die führenden Repräsentanten der Besatzungsverwaltung standen vielmehr derartigen Umtrieben sehr reserviert gegenüber. Laffon etwa hielt die Unterstützung separatistischer Bewegungen für ausgesprochen unklug, da eine solche nur deutsche Abwehrreaktionen hervorrufen und damit den Einfluß der Besatzungsbehörden schwächen müsse.<sup>45</sup> In Übereinstimmung mit dem Generalverwalter wandte sich auch General Bouley gegen eine Förderung deutscher Loslösungsbestrebungen. In einer Bestandsaufnahme der politischen Verhältnisse in seinem Zuständigkeitsbereich notierte der erste Gouverneur von Rheinhessen-Pfalz im

<sup>43</sup> Französischer Bericht über dieses Treffen in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949, Nr. 389.

<sup>44</sup> K. WEITZEL (wie Anm. 7), S. 13, in Anlehnung an Formulierungen von Hans-Josef SCHMIDT, *Formierung der Parteien in Koblenz*, in: Franz-Josef HEYEN (Hrsg.), *Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard 1984, S. 106.

<sup>45</sup> Vgl. Rainer MÖHLER, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 17), Mainz 1992, S. 22 f.

August 1945, die Anhänger des Separatismus, auf die sich die französische Besatzungspolitik einst gestützt habe, seien nun nur noch eine schlecht beleumundete Minderheit ohne Einfluß. Diejenigen seiner Landsleute, die meinten, an der Politik Frankreichs der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wiederanknüpfen zu können, befänden sich im Irrtum und handelten überdies zum Nachteil Frankreichs.<sup>46</sup> Alle entsprechenden Äußerungen Bouleys aus den folgenden Monaten zeigen, daß der Chef der Neustadter Militärregierung keine Förderung oder gar Bevorzugung separatistischer Elemente wünschte, sicher auch aus der Überlegung heraus, daß mangelnde französische Zurückhaltung in diesem Punkt nur zu einer Stärkung der »zentralistisch« und dies hieß bei den Franzosen der national ausgerichteten Kräfte führen müsse. Die scharf formulierten und häufig wiederholten Klagen Wolffs über korrumpierende Franzosen und korrumpierte Deutsche müssen daher als überzogen angesehen werden.

Damit soll nicht geleugnet werden, daß Walzer und seine politischen Freunde bei den Besatzungsbehörden die Wohlgelitteneren waren. Die positive Beurteilung des katholischen Geistlichen ergab sich aus der Annahme Bouleys, daß es sich bei den Auseinandersetzungen im Vorfeld der CDU-Gründung in der Pfalz um die Alternative zwischen der Wiedergründung einer unabhängigen katholischen Partei und der Bildung eines antikommunistischen Blocks unter Einbeziehung der Sozialdemokraten handelte, einem Weg, wie er den anfänglichen Vorstellungen etwa Leo Schwerings, Walter Dirks' und Jakob Kaisers entsprach.<sup>47</sup> Von dieser Alternative ausgehend, nahm Bouley einen Tag vor Beginn der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1945 Stellung zu den beiden konkurrierenden Konzeptionen »Zentrum oder CDU« und legte dar, warum die erste die für Frankreich vorteilhaftere Lösung sei.<sup>48</sup> Dabei erwähnte Bouley auch Walzer, der ihm ein Dokument überbracht habe, das unter wichtigen deutschen Persönlichkeiten, besonders auch der katholischen Kirche, die Runde mache. Darin sei die Bildung eines West-Staates angesprochen, eines Staates, der politisch, wirtschaftlich und kulturell auf Frankreich hin ausgerichtet sei. In Anbetracht solcher Überlegungen, so der Gouverneur, müsse Frankreich unbedingt daran interessiert sein, eine Blockbildung der konfessionellen Parteien mit den Sozialdemokraten zu vermeiden.

In einer Studie, die Bouley am 15. November 1945 für Laffon ausarbeitete, sprach der Chef der obersten Militärbehörde von Rheinhessen-Pfalz dann nicht mehr von der Möglichkeit eines antikommunistischen Blocks.

46 Studie Bouleys vom 20.8.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil P. 38.

47 Dazu Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 1978, S. 199 ff.

48 So Bouley in seiner Studie vom 20.8.1945, wie Anm. 46.



Mittlerweile hatte er erkannt, daß die neue Partei der Versuch des politischen Miteinanders von Katholiken und Protestanten sein sollte – ein Versuch, bei dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen war, ob er erfolgreich sein würde. Erstaunlich ist, daß die in jenen Wochen innerhalb der pfälzischen Gründerkreise noch virulenten Streitigkeiten um Charakter und Ausrichtung der Partei in dem Bericht keinen Niederschlag fanden. Bouley erwähnt nur die Existenz einer »Christlich-Sozialen Union« mit Walzer und Carl Pallmann an der Spitze, begünstigt vom Speyerer Bischof Wendel und angeblich die pfälzische Entsprechung der in Bayern von Stegerwald, Josef Müller und Gerhard Kroll geführten Partei. Gleich dieser verurteile die pfälzische CSU die bisherige Vormachtstellung Preußens mit Berlin und propagiere einen Wiederaufbau Deutschlands nach föderalistischen Prinzipien und mit dem Schwerpunkt im Südwesten. Außenpolitisch habe für sie die Herstellung guter und enger Beziehungen zu Frankreich absolute Präferenz. Besonders Walzer sei ein glühender Anhänger einer engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit Frankreich.<sup>49</sup>

Wolff und Finck wurden weit weniger geschätzt. Sie galten nach Konstituierung der CDU als Exponenten der Richtung, die die Franzosen als »unitaire et nationaliste« bezeichneten.<sup>50</sup> Von Wolff mußte Gouverneur Brozen-Favereau Anfang 1948 seinem Vorgesetzten Hettier berichten, daß dieser, natürlich ohne Genehmigung, an dem Interzonentreffen der CDU am 28./29. Dezember 1947 in Berlin teilgenommen und sich nur wenige Tage später auf einer Parteiversammlung in Speyer für Jakob Kaiser als Vorsitzenden einer gesamtdeutschen Union ausgesprochen habe, mit dem Zusatz, dies sei die Option der pfälzischen Christdemokraten.<sup>51</sup>

Nicht nur in der Frühgeschichte der pfälzischen Union befürchteten die einen die Dominanz frankreichfreundlicher und zum Separatismus neigender Kräfte, während andere vor dem Einfluß »preußisch« denkender und der Berliner CDU-Spitze ergebener Zentralisten und Nationalisten warnten. Obleich alle einschlägigen programmatischen Erklärungen zur Abkehr vom Zentralismus der nationalsozialistischen Zeit und zur Schaffung starker und von Preußen unabhängiger Länder aufriefen, wurde die Frage der staatlichen Neuordnung Deutschlands und des Verhältnisses zur Nation zum Gegenstand heftiger Kontroversen auch zwischen den einzelnen Bezirksverbänden. Im Kreuzfeuer der Kritik stand die Koblenzer CDP-Spitze, deren Distanz zu

49 Bouley an Laffon, 15.11.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil P. 38.

50 So u.a. Administrateur Louis Kleinmann von der Neustädter Behörde im Schreiben an Hettier de Boislabert vom 22.7.1947. In: Archiv Colmar, Best. Ministère des Affaires Etrangères; Délégation provinciale française du Palatinat, Section Documentation. C. 2311 P.1.

51 Brozen-Favereau an Hettier, 16.1.1948, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; Fonds reçu du Consulat de France à Mayence. C. 3182 P. 14 Dos. 59.

nationalem Denken in der Tat auffällig war und an deren Loyalität gegenüber Gesamtdeutschland deshalb immer wieder Zweifel angemeldet wurden. Trierer, rheinhessische und pfälzische Christdemokraten warfen dem Kreis um Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn vor, sich durch das starke Herausstreichen des Föderalismus und der Eigenständigkeit des Rheinlandes zum Sprachrohr der französischen Besatzungsmacht zu machen. Als äußeres Zeichen des inneren Gegensatzes galt die lange Weigerung der Koblenzer, einer Umbenennung ihrer Partei in CDU zuzustimmen.

In den Verhandlungen im Vorfeld der Kreuznacher Vereinigungstagung wurde um den gemeinsamen Parteinamen sehr heftig gestritten. Beide Seiten waren davon überzeugt, daß mit der Entscheidung eine wichtige Weiche für die Partei und damit auch für die Region gestellt werde. Diejenigen, die sich von der Entwicklung im übrigen Deutschland nicht entfernen wollten und deshalb für die »Union« plädierten, sahen im Bemühen der Koblenzer, die »CDP« auf das gesamte Land auszudehnen, den endgültigen Beweis für einen für sie in den Monaten zuvor bereits erkennbar gewordenen Partikularismus und zugleich für eine peinlich devote Anbiederung an die Militärregierung. »Man muß wissen, daß es damals in der CDP Leute gab, die bei den Franzosen aus- und eingingen« – in diese Worte faßte der Trierer Parteigründer Alois Zimmer noch 1969 sein Mißtrauen gegen den Kreis um Altmeier.<sup>52</sup> Altmeier leistete diesem Eindruck freilich Vorschub, da er sich nicht darauf beschränkte, den Namen »CDP« als äußeres Zeichen inneren Abstandes zur Berliner CDU und programmatischer Eigenständigkeit zu verteidigen, sondern immer wieder die Wünsche der Besatzungsmacht ins Feld führte. Laut Altmeier verlangte die Militärregierung von den Christdemokraten in Rheinland-Pfalz, ihre gemeinsame Organisation CDP zu nennen, um dadurch die Trennung vom übrigen Reich und seinen Parteien zu dokumentieren.<sup>53</sup> Der Koblenzer Kreis um Altmeier und Süsterhenn war zum Einlenken erst bereit, als klar wurde, daß die CDU in Deutschland nicht von Jakob Kaiser geführt werden würde und damit die von ihm einige Monate lang befürchtete Dominanz Berlins nicht mehr zu erwarten war. Eine Woche vor dem Kreuznacher Treffen erlebten Altmeier und Süsterhenn bei der wichtigen Zusammenkunft der deutschen Unionsparteien in Königstein am 5. und 6. Februar 1947 mit, wie Kaiser in seinem Drängen auf den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses der neugebildeten CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft Schiffbruch erlitt und damit seine Hoffnungen, später einmal die gesamte Union zu führen, aufgeben mußte.<sup>54</sup> Entscheidend für das Nachgeben der Koblenzer in der Namensfrage war außerdem das Beispiel

<sup>52</sup> Zimmer an van Volxem, 4.5.1969, in: LHA Koblenz, Best. 700, 135 Nr. 548.

<sup>53</sup> Aktennotiz zu einer Sitzung vom 5.10.1946, ebd.

<sup>54</sup> Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1986, S. 530 ff.

der Schwesterpartei in der britischen Zone. Adenauers CDU demonstrierte schließlich, daß der Name »Union« nicht unbedingt für nationalistische und unitarische Tendenzen und für die Unterordnung unter die Berliner Christdemokraten stehen mußte.

Da die führenden Persönlichkeiten unter den Trierer, den pfälzischen und den rheinhessischen Christdemokraten zur Annahme einer Landes-»CPD« unter keinen Umständen bereit gewesen waren, kam es nicht zu der von den Koblenzern zunächst gewünschten betont eigenständigen Entwicklung der rheinland-pfälzischen Christdemokraten. Auch bei den Verfassungsberatungen setzten sich diejenigen durch, die von einem Sonderweg nichts wissen wollten: Während der von Süsterhenn im Herbst 1946 verfaßte Vorentwurf noch kein Bekenntnis zur Zugehörigkeit von Rheinland-Pfalz zu Deutschland enthält, findet sich in dem mit den Stimmen der Mehrheit in der Beratenden Landesversammlung im April 1947 verabschiedeten Text der Satz »Rheinland-Pfalz ist ein Gliedstaat Deutschlands«. Obgleich damit in den zentralen Fragen der Kurs festgelegt war, wurde von rheinland-pfälzischen Christdemokraten noch lange über die Zweckmäßigkeit des Landes und damit auch ihrer Gemeinschaft nachgedacht. Dabei stand die Unzufriedenheit mit der eigenen Partei und deren Führung und die Opposition gegen den Fortbestand des Landes in engem Zusammenhang. Vor allem in der pfälzischen CDU, wo bis in die 50er Jahre hinein immer wieder die Möglichkeiten einer Länderneugliederung zur Sprache gebracht wurden, sah man sich von den Koblenzern stiefmütterlich behandelt und in berechtigten Interessen mißachtet. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Parteifreunden aus dem Norden des Landes und die Bereitschaft, Rheinland-Pfalz als eine dauerhafte Lösung zu akzeptieren, wuchsen erst nach der von Peter Altmeier energisch betriebenen Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz und damit nach der Umsetzung einer Bestimmung, die von der französischen Besatzungsmacht bereits in das Landesgründungsdekret vom 30. August 1946 aufgenommen worden war.

# Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955

Ein Aufriß\*

Von Matthias Pape

Das Jahrzehnt zwischen dem Untergang des »Großdeutschen Reichs« und der Wiedergewinnung der Souveränität des westdeutschen Teilstaats und Österreichs im Mai 1955 vermochte die Spannung im beiderseitigen Verhältnis, die durch das Anschlußproblem bestand, nicht zu beseitigen. Die Verknüpfung der staatlichen Zukunft Österreichs mit der ungelösten »deutschen Frage« war Folge des Auseinanderfallens der Koalition der Siegermächte. Deutschland und Österreich waren aus der Mittellage Europas in die Grenzlage des neuen weltpolitischen Gegensatzes zwischen sowjetischem Hegemoniestreben und amerikanischer Stabilisierungspolitik in Europa gerutscht. Den aufkeimenden Hoffnungen sowohl österreichischer wie deutscher Patrioten, Österreich bzw. Deutschland könne zwischen Ost und West eine Brückenfunktion einnehmen, ohne sich an die eine oder andere Seite zu binden, war schon bald die Grundlage entzogen. Molotows Ablehnung des amerikanischen Neutralisierungsplanes für Deutschland auf der Pariser Außenministerkonferenz im Mai/Juli 1946 und den auf ganz Deutschland zielenden Einfluß der Sowjetunion beantwortete Präsident Truman mit dem offenen Übergang zur Eindämmungspolitik und Abgrenzung der Interessensphären. Während sich an den wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen der beiden Weltmächte in den deutschen Besatzungszonen seit 1947 die Teilung Deutschlands entschied und der Alliierte Kontrollrat beschlußunfähig wurde, blieb der Kontrollrat in Österreich für alle vier Besatzungszonen

---

\* Der Aufsatz legt die Entwicklung der politischen Beziehungen in den Grundzügen dar. Er verzichtet auf eine Diskussion von Einzelproblemen und bereits vorliegender Detailstudien. Dies soll demnächst in einer Monographie geschehen, die sich auf die einschlägigen Akten stützt. Sie wird auch eine Analyse der geistesgeschichtlichen Grundlagen enthalten, die beide Staaten nach 1945 verbanden und die hier nicht berührt werden können. Die Belege beschränken sich auf die wichtigsten Nachweise. Vorstudien zum Thema, die sich noch nicht auf Akten stützen konnten, verfaßten Alfred ABLEITINGER, *Österreichisch-deutsche Nachkriegsbeziehungen seit 1945*, in: Robert A. KANN/Friedrich E. PRINZ (Hrsg.), *Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch*, Wien – München 1980, S. 199-219; daneben Zeitzeugen und Forscher in einem den österreichisch-deutschen Beziehungen nach 1945 gewidmeten Heft der Reihe: *Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl v. Vogelsang-Institutes* [Wien] 1 (1983), II. 3; hier besonders Reinhard BOLLMUS, *Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich 1950-1958. Stationen einer skeptischen Freundschaft*, S. 9-23.

bis 1955 funktionsfähig. Die letzten Hoffnungen auf eine Brückenfunktion Österreichs und Deutschlands zwischen den Machtblöcken zerstörten der kommunistische Staatsstreich in Prag im Februar 1948, die Berlin-Blockade der Sowjetunion zwischen Juni 1948 und Mai 1949 und die Aufstellung kasernierter Bereitschaftsverbände der deutschen »Volkspolizei« auf Befehl der sowjetischen Militäradministration seit Juli 1948.

Die Forcierung der stalinistischen Herrschaftspolitik zwang die Demokratien Westeuropas zur ökonomischen und militärischen Zusammenarbeit mit den USA.<sup>1</sup> In der Neutralisierung Deutschlands und im Abzug aller Besatzungstruppen sahen jetzt nur noch wenige den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage und zur Überwindung der Blockbildung in Europa: ein kleiner Kreis von Intellektuellen, wie die »Gruppe 47« um Hans Werner Richter, der Nauheimer Kreis um Ulrich Noack, pazifistische kirchliche Kreise um Martin Niemöller und Gustav Heinemann auf evangelischer und um Reinhold Schneider auf katholischer Seite.<sup>2</sup> Die verdeckte Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone zwischen 1947 und 1952, die angestrebte Integration der beiden deutschen Teilstaaten in das westliche und östliche Militärsystem und die faktische Teilung Deutschlands blockierten die Räumung Österreichs durch die vier Siegermächte. Die österreichische Frage war definitiv zum Teilaspekt der deutschen geworden. Der österreichischen Außenpolitik, der die Spaltung Deutschlands bedrohlich vor Augen stand, erschien nichts wichtiger, als die Teilung des Landes zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zu verhindern, den Abzug der Besatzungstruppen zu erreichen und die Alliierten vom Willen Österreichs zu überzeugen, seine staatliche Selbständigkeit außerhalb der militärischen Bündnissysteme zu suchen. Die Unterzeichnung eines den Status Österreichs regelnden Staatsvertrags mit den vier Mächten, über den seit 1947 verhandelt wurde, blieb abhängig von der Entwicklung der deutschen Frage und den sicherheits- und reparationspolitischen Zielen der Großmächte.

<sup>1</sup> Vgl. Karl Dietrich BRACHER, *Die doppelte Herausforderung der Nachkriegszeit*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, hg. v. Karl Dietrich BRACHER/Paul MIKAT/Konrad REYGEN/Martin SCHUMACHER/Hans-Peter SCHWARZ, Berlin 1992, S. 747-769.

<sup>2</sup> Dazu Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, Stuttgart 2. erw. Aufl. 1980. Zur publizistischen Diskussion Markus KIEFER, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949-1955* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 525), Frankfurt a.M. u.a. 1992.

## I. Erste Kontroverse: Der Anschluß Österreichs 1938 – Okkupation oder Annexion?

Es lag in der Konsequenz der von den Siegermächten angestrebten Trennung Österreichs von Deutschland, daß die österreichische Politik der historisch engen Verbindung beider Länder demonstrativ abschwören mußte. Das sollte vor allem den Sowjets, die eine fortdauernde politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von Deutschland und eine neue Anschlußgefahr befürchteten, den Abzug ihrer Truppen erleichtern. Österreich demonstrierte seine geänderte Haltung gegenüber Deutschland durch die neue »politische Klasse«. Nationalrat und Bundesregierung setzten sich mehrheitlich aus Gegnern des Anschlusses und aus Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes zusammen. Die beiden großen Parteien, Österreichische Volkspartei (ÖVP) und Sozialistische Partei (SPÖ), bildeten gemeinsam die Regierung.<sup>3</sup> Das dritte politische Lager, die Nationalfreiheitlichen, war 1945 in der politischen Versenkung verschwunden. Fasziniert von der Reichsidee, mehr national als nationalsozialistisch gesinnt, hatte es im Anschluß von 1938 seinen großdeutschen Traum erfüllt gesehen. Hitlers Gleichsetzung von deutsch und nationalsozialistisch hatte bei den »Nationalen« ihre größte Wirkung entfaltet.<sup>4</sup> Nach 1945 galten sie als diskreditiert. Sie waren in der Gründungsphase der Zweiten Republik im Nationalrat nicht vertreten und blieben bei der Vergabe aller Posten, welche die beiden Großkoalitionäre nach dem Parteiproporz unter sich aufteilten, unberücksichtigt.<sup>5</sup> Damit war jenes politische Lager, das die nationale Zusammengehörigkeit von Reichsdeutschen und Deutschösterreichern verkörperte, in die »innere Emigration« verbannt und mit ihm das Riesenheer der 550.000 NSDAP-Mitglieder. Nationalrat und Regierung boten gerade nicht das Spiegelbild der Einstellung und Verhaltensweise, wie sie für die Österreicher vor und in den ersten Jahren nach 1938 typisch gewesen waren.

Größte Bedeutung kam seit 1945 der Beurteilung des Anschlusses von 1938 zu, der unter anderen Auspizien als dem 1918/19 geforderten Selbstbestimmungsrechts der Völker vollzogen worden war.<sup>6</sup> Die Diskussion dieses Problems legte sich jetzt wie ein langer Schatten auf die beiderseitigen

---

3 Vgl. Manfred RAUCHENSTEINER, *Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966*, Wien 1987. Populärwissenschaftlich, aber materialreich: Hugo PORTISCH, *Österreich II. Der lange Weg zur Freiheit*, Wien 1986.

4 National bedeutete im Sprachgebrauch der Zeit deutsch-national, also das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. Zum Erosionsprozeß im nationalen Lager am differenziertesten Lothar HÖBELT, *Die Parteien des nationalen Lagers in der Ersten Republik*, in: *Carinthia I* 179 (1989), S. 359-384.

5 Bei nur 7 Millionen Einwohnern hatte die Sozialistische Partei über 800.000, die Volkspartei annähernd 600.000 eingeschriebene Parteimitglieder.

6 Die Ambivalenz des Anschluß-Begriffs liegt darin, daß er seit 1918 den Drang in die

Beziehungen. In der Völkerrechtsabteilung am Ballhausplatz wurde die These von der Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen, die sogenannte Okkupationstheorie entwickelt.<sup>7</sup> Österreich war danach 1938 besetzt worden, völkerrechtlich aber nicht untergegangen und 1945 als Völkerrechtssubjekt wiederaufgelebt; die Theorie konstruierte die Rechtskontinuität zwischen Erster und Zweiter Republik. Sie stützte sich auf die Moskauer Erklärung der Alliierten vom 1. November 1943, die Österreich »das erste freie Land« genannt hatte, »das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer« gefallen sei. Die Erklärung erinnerte aber zugleich auch daran, daß Österreich »für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann«. Österreich war danach Täter und Opfer zugleich – Paradoxie einer politischen Absichtserklärung ohne völkerrechtliche Bedeutung. Österreich machte sich nur die Opferthese der Erklärung zu eigen und rechtfertigte sie mit dem Widerstand angeblich breiter Bevölkerungskreise gegen die deutschen Okkupanten. Allein die Okkupationstheorie bot die Möglichkeit, das Land aus der Konkursmasse des Dritten Reichs zu retten und es von der Last drohender Reparationsforderungen der Alliierten und von Entschädigungsansprüchen der nach 1938 in Österreich Verfolgten sowie der österreichischen Emigranten freizustellen. Der Anschluß erschien in dieser Sicht als völkerrechtliches, nicht als historisches Problem.<sup>8</sup> Zugleich richtete Österreich – das lag in der Konsequenz der Theorie – Entschädigungsansprüche gegen die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs für die während der »Okkupation« entstandenen »Schäden«. Die Okkupationstheorie sollte den Abzug der Besatzungstruppen beschleunigen und das politische und ökonomische Überleben der Zweiten Republik sichern.

großdeutsche Volksgemeinschaft bezeichnete, die im Zeichen von Hitlers ideologisch motiviertem außenpolitischen Programm zustande kam und von den Österreichern als Erfüllung ihres alten Anschlußwunsches bejubelt wurde, nicht zuletzt, um das verhaßte Dollfuß-Schuschnigg-Regime loszuwerden. Gegen Norbert SCHAUSSBERGERS These (*Der Griff nach Österreich. Der Anschluß*, Wien 1978), der Anschluß sei auf dem Wege der Durchdringung der österreichischen Wirtschaft durch deutsches Kapital vorbereitet worden, regt sich zunehmender Widerspruch. Vgl. zuletzt Franz MATIUS, *Deutsches Kapital in Österreich vor 1938*, in: Thomas ALBRICCI/Klaus EISTERER/Rolf STEININGER (Hg.), *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938*, (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 3), Innsbruck 1988, S. 435-451.

<sup>7</sup> Von Rudolf Blühdorn entwickelt, wurde sie von seinem Nachfolger im Außenamt Stephan Verosta auch in historischen Arbeiten zu begründen versucht, die wegen ihrer formaljuristischen Argumentation hier vernachlässigt werden können. Vgl. dagegen die Beiträge von Gerhard BOTZ, *Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung*, in: Dan DINER (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, Frankfurt a.M. 1987, S. 141-152. DERS., *Zwischen Akzeptanz und Distanz. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem »Anschluß«*, in: Gerald STOURZII/Birgitta ZAAR (Hg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938* (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, Bd. 16), Wien 1990, S. 429-455.

<sup>8</sup> Dazu jetzt Gerald STOURZII/Birgitta ZAAR (wie Anm. 7).

Tatsächlich hätte das kleine Land, dessen Industrie noch auf die Großraumwirtschaft des Dritten Reichs zugeschnitten war, Reparationsleistungen nicht erbringen können. Auf der ökonomischen Situation Österreichs, nicht auf der Übernahme der Okkupationstheorie, beruhte auch die Entscheidung der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945, auf Reparationen Österreichs aus laufender Produktion oder in Form von Geldzahlungen zu verzichten.<sup>9</sup> Die Siegermächte nahmen jedoch die deutschen Vermögenswerte in Österreich für sich in Anspruch, die in ihren Besatzungszonen lagen: angefangen von der vorläufigen Beschlagnahme des Privateigentums, von Wohnungen und Hausrat »Reichsdeutscher«, bis zu den Industrievermögen oder den Staatsunternehmen, die mit Kapitalbeteiligungen des Deutschen Reichs nach 1938 gegründet oder erweitert worden waren. Die Folgen der Okkupationstheorie als Versuch der Entledigung Österreichs von den Kriegsfolgelasten bekamen die im Land verbliebenen deutschen Staatsangehörigen (1945: 346.000, 1953 noch 23.000, 1955 noch 18.600) und volksdeutschen Flüchtlinge (1955: 150.000, darunter zwischen 50.000 und 60.000 mit deutscher Staatsangehörigkeit) unmittelbar zu spüren. Viele »Reichsdeutsche« wurden aus ihren Wohnungen vertrieben oder sogar des Landes verwiesen, wobei sie Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände zurücklassen mußten. Die persönliche Habe wurde erst 1956 freigegeben. Um die größte Not zu lindern, richteten die deutschen Staatsangehörigen private Fürsorgestellen in Wien, Linz, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Bregenz ein. Diese Stellen wuchsen, je länger je mehr, in die Funktion halboffizieller deutscher Vertretungen hinein und wurden seit 1950 von Bonn in bescheidenem Umfang finanziell unterstützt. Sie erfüllten ihre Aufgabe bis zur Eröffnung der Deutschen Wirtschaftsdelegation in Wien Ende 1953 und von Konsulaten in den Bundesländern 1956. Der Jubel über den Zusammenschluß mit den Deutschen von 1938 hatte sich 1945 in rücksichtslose Härte gegenüber den in Österreich verbliebenen deutschen Staatsangehörigen gewandelt. Sie waren über Nacht zu unerwünschten Ausländern geworden und im Alltag kleinlichen Schikanen ausgesetzt. Den moralischen Rückhalt für ihre Behandlung lieferte die auf einen kräftigen antideutschen Ton gestimmte öffentliche Diskussion. Nichts vergiftete die Atmosphäre mehr als die politischem Opportunismus entsprungene Abkehr Österreichs vom Deutschtum und die Berufung auf ein aus eigenen historischen Wurzeln genährtes Österreichertum.

Die deutsche Bundesregierung, die erst vier Jahre nach Gründung der zweiten österreichischen Republik ins Amt kam, berief sich gegenüber Österreich auf eine andere, die Annexionstheorie. Danach war Österreich 1938 nicht besetzt, sondern annektiert und als Teil des Deutschen Reichs

---

<sup>9</sup> Vgl. Jörg FISCHL, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992, S. 129-137.



in seiner eigenstaatlichen Existenz ausgelöscht worden. Das hatten alle Staaten (mit Ausnahme Mexikos) einschließlich der Großmächte durch Schließung ihrer diplomatischen Vertretungen in Wien völkerrechtlich anerkannt. Österreich mußte nach Bonner Auffassung für alle Handlungen des Reichs zwischen 1938 und 1945 miteinstehen und konnte auch keine Entschädigungsansprüche gegenüber der Bundesrepublik geltend machen. Der westdeutschen Rechtsauffassung lag eine historische Prämisse zugrunde: Hitler-Deutschland habe bei der Annexion Österreichs keinen Widerstand der Bevölkerung brechen müssen, die Österreicher hätten den verhaßten »Christlichen Ständestaat« dem attraktiv erscheinenden, das soziale und wirtschaftliche Elend rasch beseitigenden Dritten Reich geopfert und selbst bereitwillig ihre Hand gereicht, um dem alten, im Land tief verwurzelten Antisemitismus seinen furchtbaren Lauf zu lassen.<sup>10</sup> Die Okkupationstheorie komme, auf den Punkt gebracht, einer Geschichtsfälschung gleich. Eigenartig genug: Auch die SPÖ unterstützte die Annexionsstheorie, obwohl sie in der Regierungsverantwortung stand. Der einzige Grund war, daß sie mit der These von der Rechtskontinuität zwischen Erster und Zweiter Republik brechen wollte, um das ungeliebte Konkordat außer Kraft zu setzen. Vom »Christlichen Ständestaat« 1934 mit dem Heiligen Stuhl geschlossen, räumte es der katholischen Kirche in allen kulturpolitischen Fragen ein entscheidendes Mitspracherecht ein und machte sogar die Ehescheidung von der kirchlichen Erlaubnis abhängig. Nichts schien der SPÖ für die innere Erneuerung des Landes so wichtig, wie die Befreiung von klerikaler Bevormundung. Um das Konkordat zu retten, vertrat die katholische Kirche, darin vom »linkskatholischen« Flügel der ÖVP wortmächtig unterstützt, die Okkupationstheorie. Die kontroverse Beurteilung des Anschlusses, die völkerrechtlich nicht eindeutig zu entscheiden ist, hing also jeweils von finanzpolitischen oder gesellschaftspolitischen Motiven der großen politischen Lager in der Frühphase der Zweiten Republik ab.

## II. Zweite Kontroverse: Die Regelung über das deutsche Eigentum in Österreich im Staatsvertragsentwurf

Der seit 1947 im Entwurf vorliegende Staatsvertrag zwischen Österreich und den ehemaligen Kriegspartnern wurde zum größten Hindernis für die deutsch-österreichische Verständigung.<sup>11</sup> Der Vertragsentwurf sah (in

<sup>10</sup> Zuckmayer hat das am Abend des 11. März 1938 nach Schuschniggs Abschiedsrede im Rundfunk spontan einsetzende Judenpogrom in Wien geschildert. Vgl. Carl ZUCKMAYER, *Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft*, o.O. (Frankfurt a.M.) 1966, S. 71 f.

<sup>11</sup> Zur Geschichte der Staatsvertragsverhandlungen Gerald STOURZIJ, *Geschichte des Staatsvertrags 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität*, Graz u.a. 3. Aufl. 1985.

Art. 35) vor, das in den drei westlichen Besatzungszonen gelegene deutsche Eigentum Österreich zu übertragen. In Bonn setzte man letztlich vergeblich darauf, daß dies eine Rückgabe an die früheren Eigentümer durch Österreich nicht grundsätzlich ausschließe. Die USA und Großbritannien übergaben die deutschen Vermögenswerte 1949 bis zum Abschluß des Staatsvertrags Österreich zur treuhänderischen Verwaltung, während sich Frankreich und die Sowjetunion die Verwaltung selbst vorbehielten. Komplizierter war die Situation in der sowjetischen Besatzungszone. Die Sowjets hatten die ca. 400 deutschen Unternehmen in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft Mitte 1946 in sowjetische Staatskonzerne überführt, die sogenannte USIA-Betriebe. Sie zählten über 70.000 Mitarbeiter. Mit der Österreichischen Mineralölverwaltung und der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) hatte die Sowjetunion das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft in der Hand. Die DDSG war als Staatseigentum 1938 in Reichseigentum übergegangen. Die Ölfelder bei Zistersdorf östlich von Wien waren seit 1938 mit reichsdeutschem Kapital und deutscher Technik erschlossen worden. Die Sowjetunion beutete die laufende Erdölproduktion rücksichtslos aus. Sie sah darin Reparationsleistungen aus deutschem Eigentum, die sie auf dem deutschen Reparationskonto verbuchte. Formalrechtlich stand sie damit auf dem Boden des Potsdamer Abkommens.<sup>12</sup> Sie traf damit jedoch das Mark der österreichischen Wirtschaft, die nach der Entflechtung der österreichischen aus den reichsdeutschen Unternehmen um ihr Bestehen auf eigenen Füßen zu kämpfen hatte. Österreich sah sich vor dem Problem, daß neben der im Staatsvertragsentwurf geregelten Ablöse für das deutsche Eigentum an die Sowjetunion auch die deutsche Bundesregierung Rückgabe- bzw. Entschädigungsforderungen stellte. Österreich hätte also dafür den doppelten Preis zahlen müssen. Das überstieg seine Möglichkeiten. Da die Sowjets als Besatzungsmacht am längeren Hebel saßen, mußte Wien die Bonner Ansprüche ablehnen.

Für die Überlassung des deutschen Eigentums sollte Österreich im Gegenzug im Namen der Republik und der österreichischen Staatsangehörigen auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige verzichten (Staatsvertragsentwurf Art. 38). Österreich erklärte sich des weiteren zur Rückgabe des »kleinen« deutschen Privateigentums bereit. Die Entschädigung des Konzerneigentums, vor allem der Firmen Siemens und AEG, hätte Bonn selbst leisten und die Kapitalbeteiligungen an den Staatsunternehmen verloren geben müssen, die Österreich gegen die Schäden aus der Okkupation aufrechnete. Bonn lehnte ab. Auf der Grundlage der Okkupationstheorie war es zu keiner Regelung bereit. Den Hebel gegen die Forderungen aus Wien bot das völkerrechtliche Verbot des

<sup>12</sup> Vgl. FISCH (wie Anm. 9), S. 129-137, 226-229.

Durchgriffs auf das Privateigentum zu Reparationszwecken.<sup>13</sup> Die Eigentumsfrage hatte ursprünglich in einem Friedensvertrag für ganz Deutschland geregelt werden sollen. Da der Vertragsabschluß nach Beginn des Kalten Krieges nicht mehr zu erwarten war, hätte Österreich völkerrechtlich nur dann unanfechtbare Ansprüche am deutschen Eigentum erworben, wenn sich die Bundesrepublik selbst zur Entschädigung der Betroffenen verpflichtet hätte. Daher versuchte die österreichische Diplomatie bei den Westmächten eine entsprechende Regelung im sogenannten Deutschlandvertrag zu erreichen. Je mehr jedoch das Gewicht der Bundesrepublik in der Allianz mit den Westmächten zunahm, desto schwieriger wurde es nach der Einschätzung am Ballhausplatz, Bonn zum Verzicht auf das deutsche Eigentum zu bewegen.<sup>14</sup>

Bonn drängte auf eine Differenzierung zwischen dem vor und nach 1938 erworbenen Eigentum in Österreich. Das vor 1938 begründete »Alteigentum« sollte ohne Einschränkungen zurückgegeben werden. Das entsprach auch der Rechtsauffassung im State Department und in großen Teilen der ÖVP, wurde aber von SPÖ und Ballhausplatz strikt zurückgewiesen. Bonns Druckmittel war das chronische Handelsbilanzdefizit Österreichs als Folge der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Österreich war dringend auf Zugeständnisse im Handelsaustausch angewiesen. Bonn durfte jedoch den Druck mit Rücksicht auf die Westmächte, die den Bonner Forderungen hinhaltend entgegenwirkten, nicht zu stark werden lassen. Österreich sollte auf lange Sicht in eine ökonomisch stabile Demokratie verwandelt werden. Dem liefen die deutschen Eigentumsansprüche entgegen. Wien lehnte jedes Gespräch darüber mit Bonn ab, um sich nicht schrittweise binden zu lassen, und verwies auf die völkerrechtliche Zuständigkeit der Alliierten. Bei den zähen Verhandlungen über den im Mai 1952 unterzeichneten Deutschlandvertrag verstand sich schließlich die Bonner Seite zu dem Zugeständnis, jede im österreichischen Staatsvertrag später getroffene Regelung über das deutsche Eigentum »hinzunehmen«.<sup>15</sup> Sie

<sup>13</sup> Das untersagte die Haager Landkriegsordnung (1907). Nach angelsächsischer Rechtsauffassung war die Beschlagnahme ausländischen Privateigentums jedoch möglich, wenn sich der besiegte Staat zur Entschädigung der betroffenen Bürger verpflichtete. Diese Haltung nahmen Großbritannien und die USA ein.

<sup>14</sup> Außenamt Wien, Amtsvermerk, 13.5.1953. Österreichisches Staatsarchiv Wien, Archiv der Republik, Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (im folgenden BKA/AA), II-Pol 1953, Österreich 17.

<sup>15</sup> Im sogenannten Überleitungsvertrag, einem der Zusatzverträge zum Deutschlandvertrag, VI. Teil, Art. 3 II. Gleichzeitig wurde die deutsche Bundesregierung (in Art. 5) verpflichtet, »Vorsorge« für die Entschädigung der durch die Reparationsmaßnahmen Geschädigten zu treffen. Damit rückten die Westmächte von dem Plan ab, der Bundesrepublik eine volle Entschädigung der Betroffenen aufzuerlegen. Bonn wurde außerdem zugestanden, über die Eigentumsfrage mit Wien direkt zu verhandeln. Vgl. *Bundesgesetzblatt*, 31.3.1955, S. 439-441.

stellte den später so genannten »Blankoscheck« in der Erwartung aus, die Westmächte würden dem Schutz des Privateigentums Priorität einräumen, wie es der abendländischen Rechtstradition entsprach und gerade von den Amerikanern immer betont worden war.

### III. Der Staatsvertrag im Windschatten von Adenauers Außenpolitik

Konrad Adenauer beurteilte die Österreich-Frage vor dem Hintergrund seiner deutschlandpolitischen Ziele, der Gewinnung der Souveränität für die Bundesrepublik im Rahmen der Westintegration als Voraussetzung für die erhoffte spätere Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes in einem vereinten freien Europa.<sup>16</sup> Die großdeutsche Lösung hielt er ein für alle Mal für erledigt.<sup>17</sup> Ziel seiner Politik war, »Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland [über die deutsche Frage] mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens«. »Die Zeiten Bismarcks«, als ein Spiel auf zwei Klavieren gleichzeitig möglich gewesen sei, könne »man mit den heutigen Zeiten überhaupt nicht vergleichen«.<sup>18</sup> Die deutsche Außenpolitik aus ihrer alten Tradition des »Schaukelns« zwischen West und Ost zu lösen, zählte zu den Prioritäten seiner Politik. Daß sich die Österreicher nach dem gescheiterten Anschlußexperiment für gewaltsam besetzt erklärt hatten, um sich der Last des Besiegten zu entziehen, empörte ihn tief. Die österreichischen Entschädigungsansprüche hielt er für abwegig. Er meinte, »daß Österreich sowieso genug an der deutschen Besetzung profitiert habe und daher keinen moralischen Rechtstitel auf das deutsche Eigentum in Österreich geltend machen könne«.<sup>19</sup>

16 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, in: Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hg.), *Adenauer-Studien* 1, Mainz 1971, S. 71-108. DERS., *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2)*, Stuttgart - Wiesbaden 1981. Zur Forschungsdiskussion eingehend Rudolf MORSEY, *Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten* (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 308), Opladen 1991. Zu Adenauers Politik der Westintegration als Fundament bundesdeutscher Staatsräson Klaus HILDEBRAND, *Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982 (Reflexionen über Deutschland im 20. Jahrhundert)*, Bonn 1991.

17 Dazu Adenauer in der 6. Kabinettsitzung am 24.9.1949, in: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, hg. für das Bundesarchiv von Hans BOOMS, Bd. 1, Boppard 1982, S. 83-85, 315-319.

18 Adenauer an Gerhard Ritter, 7.4.1952, in: ADENAUER, *Briefe 1951-1953*, bearb. v. Hans Peter MENSING (Adenauer, Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1987, S. 198.

19 Mitteilung des Österreich-Referenten am Quai d'Orsay, Koenig, an den österreichischen Botschafter Schmid. Vgl. dessen Bericht aus Paris, 18.4.1952. BKA/AA II-Pol 1952, Österreich 17. So hoch die politischen Kosten des Anschlusses auch waren, so bedeuteten die Investitio-

Österreich durfte – diesem Punkt galt Adenauers ganze Aufmerksamkeit, wenn er auf den kleinen, aus Bonner Perspektive eher lästigen Nachbarn blickte – sein außenpolitisches Ziel nicht gefährden. Es lag im Bonner Interesse, wenn der österreichische Staatsvertrag, durch den sich das Land zur Neutralität verpflichten wollte, auf die lange Bank geschoben blieb. Die von den Westmächten gehaltene »Alpenfestung« sicherte, solange die Besatzungstruppen aus Österreich nicht abgezogen waren, die Verbindung zwischen den NATO-Verbänden in Süddeutschland und Italien. Die Neutralität, womöglich Neutralisierung Österreichs<sup>20</sup> unter Mitgarantie der Sowjetunion, die daraus ein Interventionsrecht hätte ableiten können, hätte das westliche Verteidigungssystem an einer empfindlichen Stelle getroffen. Nicht zuletzt hätte sie in der Bundesrepublik trügerische Hoffnungen geweckt und vor ihrer definitiven Aufnahme in das westliche Bündnis eine erneute Neutralitätsdiskussion ausgelöst. Das wollte Adenauer um jeden Preis vermeiden, betrachtete er es doch als »sein größtes Verdienst«, dem »Neutralitätsdrachen den Kragen umgedreht zu haben«.<sup>21</sup> »Neutralisierung« hieß in Adenauers Vereinfachung »Sowjetisierung«.<sup>22</sup>

So mißtrauisch Adenauer die österreichische Außenpolitik beobachtete, die bereitwillig den Preis der Neutralität des Landes für den Abzug der Besatzungstruppen zahlen wollte, so sorgenvoll blickten die beiden Regierungsparteien am Ballhausplatz nach Bonn. Denn die stillschweigende Voraussetzung der von der Volkspartei angestrebten »freiwilligen« Neutralität und der von den Sozialisten favorisierten »Blockfreiheit« lag in der Westbindung der Bundesrepublik.<sup>23</sup> Das Schreckgespenst österreichischer Politik war ein wiedervereinigtes, aber neutrales Deutschland nach dem Vorbild Österreichs. An die im westlichen Bündnis verankerte Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft knüpfte sich die stille Hoffnung auf Hilfe in der Stunde äußerer Bedrohung. Die Bündnislosigkeit mit den einschneidenden Rüstungsbeschränkungen, die der Staatsvertrag vorsah, bot letztlich keinen Schutz vor einem möglichen Aggressor, als

---

nen des Deutschen Reichs in der österreichischen Energiewirtschaft und Stahlindustrie einen industriellen Modernisierungsschub, der über 1945 hinaus wirkte. Vgl. die Diskussion darüber im Anschluß an Norbert SCHAUSBERGERS These vom »Raubzug« des Dritten Reichs gegen Österreich. Zuletzt in: *Österreich, Deutschland und die Mächte* (wie Anm. 7), S. 219-228.

20 Neutralität und Neutralisierung wurden in der Diskussion um den Staatsvertrag selbst von den führenden Politikern oft synonym gebraucht, von den Völkerrechtlern in den Außenministerien jedoch scharf getrennt. Sie verschwimmen vielfach in historischen Untersuchungen.

21 So gegenüber dem österreichischen Vertreter in Bonn, Botschafter Schmid. Vgl. dessen Bericht, 14.9.1953. BKA/AA II-Pol 1953 Deutschland 2.

22 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1953-1955*, Stuttgart 1966, S. 265.

23 Zu diesem Forschungsergebnis demnächst im einzelnen meine Monographie. Dazu vorläufig der Hinweis auf die Berichte Mueller-Graafs, Wien, 18.12.1953 u. 15.1.1954. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn (im folgenden AAB), Abt. 3, Ref. 304, Bd. 35.

der die expansionistische Sowjetunion gelten konnte. Daher verfolgten die Sozialisten den Neutralitätskurs ihres Koalitionspartners mit größter Skepsis. Sie lehnten eine Neutralität ab, wenn sie »so verstanden wird, daß wir uns gefügig und willenlos zum Willkürobjekt sowjetischer Machtpolitik erniedrigen lassen«. <sup>24</sup> Nur die Anlehnung Österreichs an die Vereinigten Staaten von Amerika schien ihnen Garantie genug, die Freiheit des Landes zu gewährleisten.

Allein Adenauer erschien aus Sicht des Ballhausplatzes als Garant jener Politik der Westbindung, die auch im Interesse Österreichs lag. So hatte der deutsche Bundeskanzler seine Bewunderer nicht nur in der ÖVP, der Schwesterpartei der deutschen Christdemokraten, sondern ohne Einschränkung auch bei den österreichischen Sozialisten, bei Vizekanzler Adolf Schärf, Innenminister Oskar Helmer, der die Polizeikräfte 1950 mit starker Hand gegen die kommunistischen Putschisten eingesetzt hatte, dem Minister Karl Waldbrunner, Exponent des marxistischen Flügels seiner Partei, dem Fraktionsführer im Nationalrat, Bruno Pittermann, der engen Kontakt mit der deutschen Schwesterpartei hielt, oder dem jungen Staatssekretär im Außenamt, Bruno Kreisky, der die amerikanische Containment-Policy »als eine der klügsten Entscheidungen seit 1945« rühmte und eine Neutralität Deutschlands als Bedrohung des europäischen Gleichgewichts ablehnte. <sup>25</sup> Sie alle setzten sich nahezu demonstrativ für die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, später der NATO ein, in der die deutschen Sozialdemokraten das Hindernis für die Überwindung der deutschen Teilung sahen. Das von der SPD als Schlüssel für die Lösung der deutschen Frage propagierte weiträumige und komplizierte System kollektiver Sicherheit, <sup>26</sup> das Adenauer auf die Neutralitätsformel vereinfachte, stieß bei der österreichischen Schwesterpartei auf stummes Entsetzen. Nicht vor der Öffentlichkeit, aber hinter verschlossenen Türen beherrschten schrille Töne das Gespräch der Funktionäre beider Parteien. Auch in der Sozialistischen Internationale blieben die deutschen Sozialdemokraten mit ihren sicherheitspolitischen Vorstellungen isoliert. <sup>27</sup> Adenauers überlegenen

---

24 So Ernst Koref, außenpolitischer Sprecher der SPÖ, am 2.4.1952 im Nationalrat. Zit. nach STOURZH (wie Anm. 11), S. 106.

25 So Kreisky in einem Vortrag beim Internationalen Diplomaten-Seminar auf Schloß Kleßheim bei Salzburg am 17.8.1958. Vgl. Aufzeichnung von Legationssekretär Alfred Grahn, Bonn, 22.8.1957. AAB Ref. 203 Bd. 66.

26 Vgl. Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin - Bonn 1982. Hans-Erich VOLKMANN, *Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953-1955)*, in: Bruno THOSS/ H.-E. VOLKMANN (Hg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956 (Militärsgeschichte seit 1945, Bd. 9)*, Boppard 1988, S. 153-177.

27 Zu den Kontroversen zwischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten vgl.

Sieg bei den Bundestagswahlen im September 1953 kommentierte die *Arbeiter-Zeitung*, das Zentralorgan der SPÖ; mit großem Beifall.<sup>28</sup> Die Spannungen zwischen SPD und SPÖ lösten sich erst mit dem Bekenntnis der deutschen Sozialdemokraten zu den außenpolitischen Grundlagen der Bundesrepublik im Juni 1960.

#### IV. Die Beziehungen im Wandel: Das Jahr 1953

Mit der Übernahme des Kanzleramts durch Julius Raab nach den Nationalratswahlen im Februar 1953 und dem Wechsel in der Leitung des Außenamts von Gruber zu Figl im November 1953 erhielten die Beziehungen zur Bundesrepublik eine neue Qualität. Raab nahm in der Phase des »Tauwetters« nach Stalins Tod entschiedener als die Regierungen vor ihm die Neutralität ins Visier und suchte das Verhältnis mit den Sowjets zu entkrampfen. Zum geflügelten Wort wurde seine Erklärung: »Es nützt nichts, wenn man den russischen Bären, der mitten im österreichischen Garten steht, immer wieder durch laut tönende Sonntagsreden in den Schwanzstummel zwickt.«<sup>29</sup> Das trug ihm nicht nur Angriffe des sozialistischen Koalitionspartners, sondern auch der deutschen Presse ein, die politische Unzuverlässigkeit am Ballhausplatz witterte und sie als »Raabismus« brandmarkte.<sup>30</sup> Zugleich suchte Raab das Verhältnis zu Bonn zu verbessern. Antideutsche Ressentiments, die als Narben grausamer KZ-Haft bei seinen Weggefährten, den Parteigründern Leopold Figl, Felix Hurdes und Lois Weinberger, nicht verheilt waren, von den »Linkskatholiken« in der ÖVP sogar ethisch begründet und von den Intellektuellenkreisen um *Die österreichische Furche* genährt wurden, waren ihm fremd. Österreich nicht in Gegensatz, sondern an die Seite der Bundesrepublik zu bringen, schien ihm politische Aufgabe und historische Pflicht zugleich. In der Öffentlichkeit zog er sich auf die Formel zurück »Deutsch ist unsere Muttersprache, aber unser Vaterland heißt Österreich.«<sup>31</sup>

Klaus MISGELD, *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und Deutschlandfrage 1945-1955* (Campus Forschung, Bd. 392), Frankfurt a.M. – New York 1984.

28 Auszug in: *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung*, Bonn, 19.9.1953.

29 Gottfried HEINDL (Hg.), *Julius Raab in Anekdote und Karikatur*, Linz o.J. (1988), S. 49. Zur politischen Biographie Raabs vgl. Alois BRUSATTI/Gottfried HEINDL (Hg.), *Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen*, Linz o.J. (1986).

30 So war der Leitartikel im *Berliner Tagesspiegel* am 21.6. 1953 überschrieben, gegen den die österreichische Vertretung in Bonn remonstrierte. Bericht Schöners, 24.6.1953. BKA/AA II-Pol 1953 Deutschland 6.

31 So in der Regierungserklärung vom 4.7.1956 und seitdem oft von ihm gebraucht.

Diplomatische Beziehungen konnten zwischen Wien und Bonn erst Ende 1955 aufgenommen werden, nachdem Österreich seine Souveränität zurückgewonnen hatte. Der Sowjetunion, in Wien allmächtige und allgegenwärtige, auch schwer kalkulierbare Besatzungsmacht, sollte kein Anlaß gegeben werden, die Entsendung eines offiziellen Vertreters nach Bonn von der Entsendung eines weiteren nach Ost-Berlin abhängig zu machen. Wien schonte diesen Nerv der jungen Bonner Republik, der nicht berührt werden durfte. Österreich unterhielt seit 1946 sogenannte Verbindungsstellen in den drei Westzonen, in Frankfurt-Höchst, Düsseldorf und Baden-Baden. Seit April 1950 diente Josef Schöner in kaum definierbarer halboffizieller Stellung, ohne Akkreditierung bei der Alliierten Hohen Kommission und nur geschmückt mit dem persönlichen Titel eines Generalkonsuls, als Verbindungsmann des Ballhausplatzes in Düsseldorf mit privatem Wohnsitz in Bonn. Er gewann den Eindruck, daß Österreich in der deutschen Öffentlichkeit keine Rolle spielte und seine Eigenstaatlichkeit verdrängt werde.<sup>32</sup> Darin spiegelte sich eine Grunderkenntnis der beiderseitigen Beziehungen: So intensiv sich der Blick aus Österreich bis heute auf Deutschland richtet und das Verhältnis zum nördlichen Nachbarland eine Lebensfrage der politischen und ökonomischen Existenz des Landes bildet, so wenig Interesse schenkt die deutsche Öffentlichkeit der »Alpenrepublik«, wie sie die Hamburger politischen Magazine schon bald freundlich-herablassend nannten. Die »Verwestlichung« des deutschen Teilstaats hatte Ostmittel- und Südosteuropa vollends aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Schöners Pendant auf deutscher Seite war Carl Hermann Mueller-Graaf. Er hatte 1946 zu den ersten gezählt, die nach den historischen Gründen des deutschen »Irrwegs« gefragt und eine »Umkehr« im Sinne eines christlichen Konservatismus gefordert hatten.<sup>33</sup> Als Wirtschafts- und Devisenexperte aus dem früheren Reichswirtschaftsministerium war er seit 1949 im Bundeswirtschaftsministerium mit den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen befaßt und saß auf Bonner Seite dem regelmäßig tagenden gemischten deutsch-österreichischen Regierungsausschuß vor.<sup>34</sup> Er übernahm im November 1953 die Leitung der in Wien eingerichteten Deutschen Wirtschaftsdelegation, deren Aufbau Außenminister Gruber nach seinem offiziellen Besuch im Mai 1953 in Bonn vorgeschlagen hatte. Sie sollte langsam, solange kein Widerspruch von seiten der Sowjets erfolgte, in die Rolle einer diplomatischen Vertretung hineinwachsen. Bonn erhoffte sich durch

32 Bericht Schöners, 31.3.1953. BKA/AA II-Pol 1953 Deutschland 2.

33 Vgl. sein unter Pseudonym erschienenes Buch: Constantin SILENS, *Irrweg und Umkehr. Betrachtungen über das Schicksal Deutschlands*, Basel 1946. Deutsche Ausgabe unter Mueller-Graafs Name, Stuttgart 1948.

34 Vgl. Mathias PAPE, *Carl Hermann Mueller-Graaf (1903-1963)*, in: *Ostdeutsche Gedenktage 1993*, hg. v. der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1992, S. 179-181.



Mueller-Graafs Mission eine unauffällige Beobachtung der innenpolitischen Lage Österreichs und seines Verhältnisses zur sowjetischen Besatzungsmacht sowie eine Erkundung der eigentlichen Ziele österreichischer Politik, die für das Auswärtige Amt immer noch im Nebel lagen. Man wollte wissen, wie ernst es Wien mit der Neutralität wirklich war, und in welcher Form sie, wenn schon nicht zu umgehen, verwirklicht werden sollte.

Der Wiener Posten, in späteren Jahren ungetrübter deutsch-österreichischer Nachbarschaft ein Versorgungsposten für sprachunkundige Seiteneinsteiger im auswärtigen Dienst oder Sinekure für Diplomaten vor der Pensionierung, glich im Gründungsjahrzehnt der Bundesrepublik einem Schleudersitz. Die unregelte, von der offenen deutschen Frage abhängige Eigentums- und Staatsbürgerschaftsfrage, mehr noch die atmosphärische Störung zwischen den Angehörigen zweier Staaten, die sich in ihrer großen Mehrheit immer noch als ein Volk und eine Nation betrachteten,<sup>35</sup> stellte Mueller-Graaf vor kaum lösbare Schwierigkeiten. Ihm lag vor allem daran, den gereizten Ton in der öffentlichen Diskussion zu entschärfen und für die junge Bundesrepublik moralische Eroberungen zu machen. Das Kardinalproblem der Beziehungen lag im untergründigen Mißtrauen der Österreicher in die Stetigkeit deutscher Politik, die eines Tages vielleicht doch wieder in Großmachtpolitik umschlagen und die Selbständigkeit Österreichs bedrohen könnte. Vorschub leisteten diesem Mißtrauen die unbedachten Äußerungen vieler Diplomaten im Auswärtigen Amt gegenüber ihren österreichischen Kollegen und mancher Regierungsmitglieder, wie Jakob Kaiser (CDU), Thomas Dehler (FDP), Heinrich Hellwege (DP) oder Hans-Christoph Seebohm (DP), die zumindest bis zum Abschluß des Staatsvertrags auf die großdeutsche Idee fixiert blieben. Ihre Meinung, die Zukunft Österreichs sei als Teil der deutschen Frage offen und die Eigenstaatlichkeit Österreichs von der Mehrheit der Österreicher womöglich selbst nicht gewünscht,<sup>36</sup> wirkte am Ballhausplatz wie ein Alarmsignal. Die Anerkennung der Selbständigkeit Österreichs garantierte vorläufig nur ein Name: Adenauer. Die Probleme häuften sich seit Anfang 1954.

<sup>35</sup> Vgl. Fritz FELLNER, *Das Problem der österreichischen Nation nach 1945*, in: Otto BÜSCH/James J. SHEEHAN (Hg.), *Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 50), Berlin 1985, S. 193-220. Die jüngste Diskussion resümiert Agnes BLÄNSDORF, *Österreich und die Nation der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Historische Mitteilungen* 4 (1991) S. 180-199. Dazu von literaturwissenschaftlicher Seite Karl Konrad POLHEIM (Hg.), *Literatur aus Österreich. Österreichische Literatur. Ein Bonner Symposium*, Bonn 1981; hier vor allem Polheims Einleitung. Karl Konrad POLHEIM (Hg.), *Wesen und Wandlung der Heimatliteratur. Am Beispiel der österreichischen Literatur seit 1945. Ein Bonner Symposium*, Bern u.a. 1989.

<sup>36</sup> Vgl. Bericht Schöners, 31.3.1953. BKA/AA II-Pol 1953 Deutschland 2.

## V. Die Lösung der Staatsvertragsfrage zu Lasten der Bundesrepublik

Der deutschen und österreichischen Frage, seit 1945 unlöslich miteinander verknüpft, war die Berliner Konferenz im Januar und Februar 1954 gewidmet, bei der die Außenminister der vier Mächte erstmals wieder seit 1949 gemeinsam über beide Fragen berieten. Molotow machte von Anfang an Fortschritte in der Staatsvertragsfrage von westlichen Zugeständnissen in der Frage der Neutralisierung Deutschlands als Voraussetzung für die Wiedervereinigung abhängig.<sup>37</sup> Das Ziel der österreichischen Delegation, den Staatsvertrag aus der Verklammerung mit dem ausstehenden deutschen Friedensvertrag zu lösen, war unerreichbar geworden, noch bevor es zur Verhandlung über den Staatsvertrag kam. In Berlin zeigte sich vor aller Öffentlichkeit, daß Österreich mit der Okkupationstheorie, durch die es sich ein Entgegenkommen der Sowjets erhofft hatte, isoliert stand. Außenminister Figls Beschwörung der Rolle Österreichs als Opfer »nationalsozialistischer Vergewaltigung« löste nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit heftigen Protest aus, sie wurde auch von Molotow energisch zurückgewiesen. Molotows neue Bedingung, Truppen der vier Mächte als Sicherung gegen einen möglichen Anschluß Österreichs an Deutschland so lange in Österreich stationiert zu lassen, bis ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen sei, wollte die österreichische Delegation nicht akzeptieren. Molotows Junktim hätte ein Verbleiben der Sowjets im Land für unabsehbare Zeit bedeutet. Ziel der Unterzeichnung des Staatsvertrags war immer die Einheit und Freiheit Österreichs gewesen. Davon wollte man nicht abgehen. Die Politiker beider Regierungsparteien, ob Raab, Figl, Schärf oder Kreisky, waren nach der Berliner Konferenz über die Möglichkeit, mit den Sowjets zu tragbaren Ergebnissen zu kommen, völlig desillusioniert. Sie glaubten nicht mehr an eine Lösung der Staatsvertragsfrage in absehbarer Zeit.<sup>38</sup>

Äußerungen der Ungeduld und Resignation bei den Parteien und anti-sowjetische Töne in der österreichischen Öffentlichkeit im Frühjahr 1954 reizten die sowjetische Besatzungsmacht gefährlich, die daraufhin erneut das Anschlußgespenst an die Wand malte. Bonn verzichtete daher umgehend auf alle offiziellen und halboffiziellen Kontakte mit Wien, um der von Moskau gesteuerten Propaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die

<sup>37</sup> Vgl. Molotows Äußerung gegenüber Eden am 2.2., zit. bei Hermann-Josef RUPIEPER, *Die Berliner Außenminister-Konferenz von 1954*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 34 (1986) S. 427-453, hier S. 440; das widerspricht STOURZH' (wie Anm. 11) Annahme einer offenen Verhandlungsposition Molotows zu Beginn der Österreich-Beratungen. Dazu jetzt auch H.-J. RUPIEPER, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik* (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 95), Opladen 1991, S. 362-375.

<sup>38</sup> So Kreisky noch am 3.2.1955 bei einem Vortrag in München über »Probleme der österreichischen Außenpolitik«. Dazu der Vermerk des Österreich-Referenten Döring im Auswärtigen Amt, AAB Abt.3, Ref. 304, Bd. 38. Vgl. Interview Kreiskys mit der *Wiener Zeitung*, 26.1.1955.

bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrags für die österreichische Politik bedrückende Frage, ob die Wiener Delegation mit der Ablehnung der hohen Forderung Molotows nicht doch eine Chance verspielt habe, wird man heute verneinen dürfen. Die Sowjetunion war Anfang 1954 noch nicht zu jener Konzession bereit, die sie im Frühjahr 1955 Österreich mit der Verknüpfung von Staatsvertrag und Neutralität anbieten konnte. Deren entscheidende Voraussetzung lag offenbar in der Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik durch Chruschtschow und in der Ende 1954 entwickelten neuen sicherheitspolitischen Konzeption für den Ostblock.<sup>39</sup>

Die von Moskau betriebene Gründung eines Militärpakts sah die Stationierung sowjetischer Truppen in den Mitgliedsstaaten vor, so daß die hochgerüsteten sowjetischen Kampfverbände aus Ostösterreich nur hinter die österreichisch-tschechische und -ungarische Grenze zurückgenommen werden mußten. Der Militärpakt sollte an die Stelle der Pariser Friedensverträge vom Februar 1947 treten, die eine Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien nur soweit erlaubt hatten, als sie zur Versorgung der sowjetischen Truppen in Österreich notwendig waren. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich wurde nach der Errichtung des Moskauer Sicherheitssystems möglich, das Ende 1954 in greifbare Nähe gerückt war.<sup>40</sup> Die Ostblock-Konferenz in Moskau (29. Nov./2. Dez. 1954) hatte den Satelliten-Gürtel Moskaus in Form des Warschauer Pakts vorbereitet, der am 14. Mai, einen Tag vor Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags, abgeschlossen wurde. Der Warschauer Pakt war faktisch nichts anderes als die lange angestrebte Scheinlegalisierung der sowjetischen Truppenpräsenz in den Moskauer Satellitenstaaten und keine unmittelbare Reaktion auf die Pariser Verträge. Im Rahmen dieses großen Dessins, zu dem die Aussöhnung mit Tito zählen sollte, konnte auch die Österreich-Frage gelöst werden, und zwar unabhängig von der deutschen Frage. Die Teilung Deutschlands galt Moskau seit Anfang 1955 mit der im März erwarteten Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Senat in Paris als vorläufig festgeschrieben. Die Regelung der Österreich-Frage bot aus Moskauer Sicht verschiedene Vorzüge: Das sicherheitspolitische Risiko, das die Sowjetunion mit der Räumung Österreichs einging, war nach Gründung des Warschauer Pakts relativ gering und stand in keinem Verhältnis zum strategischen Risiko der

<sup>39</sup> Dazu demnächst im einzelnen meine Monographie.

<sup>40</sup> Das wird in dem abgewogenen Aufsatz von Bruno THOSS nicht veranschlagt: *Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55*, in: *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung* (wie Anm. 26), S. 93-136, hier S. 120 f. Dazu im größeren sicherheitspolitischen Kontext Bruno THOSS, *Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954-1956)*, in: *Die NATO-Option (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 3)*, München 1993, S. 1-234.

NATO, die mit Tirol die Landverbindung zwischen den NATO-Verbänden in Süddeutschland und Italien verlor. Des weiteren sollte der Neutralitätsstatus Österreichs langfristig auf andere Regionen in der Welt, wo die Sowjets gegenüber den USA an Einfluß gewinnen wollten, attraktiv wirken. Vor allem aber mußte die Neutralität in der deutschen Öffentlichkeit die Diskussion über die Lösung der nationalen Frage auf Dauer in Gang halten, was im Interesse Moskaus lag.<sup>41</sup>

Die Anfang 1955 absehbare Gründung des Warschauer Pakts bot die entscheidende Voraussetzung für den Verhandlungserfolg der österreichischen Delegation im April 1955 in Moskau. Die Verhandlungen wurden in enger Fühlungnahme mit den Westmächten vorbereitet.<sup>42</sup> Sie gewährten Österreich den Verhandlungsspielraum, der eine Einigung mit Moskau ermöglichte.<sup>43</sup> Bei der österreichischen Delegation war das Bewußtsein ausgeprägt, daß man sich auf das Moskauer Neutralitätsverlangen nur einlassen konnte, weil die Gründung der NATO gesichert war, allen war bewußt, daß man Adenauer innenpolitisch unter größten Druck setzte und den nationalen Kreisen in der Bundesrepublik mit der »Österreich-Lösung« in die Hand spielte, was nicht im österreichischen Interesse lag.<sup>44</sup> Die Führung von Volkspartei und Sozialisten war sich über das Ziel einig, das hinter den sowjetischen Konzessionen an Österreich stand: einen Gürtel neutraler Staaten quer durch Europa zu schaffen, um das westdeutsche Militärpotential so weit wie möglich auszuschalten. Raabs Kalkül bestand darin, die Sowjets in dem Glauben zu wiegen, die Österreich-Lösung könne so etwas wie eine Signalwirkung auf die Bundesrepublik entfalten, gleichzeitig aber auf die Durchführung der Pariser Verträge zu rechnen, in der Gewißheit, daß sich

---

41 Die neuere Diskussion kreist, wie schon 1955, um die Frage, ob die Sowjetunion mit der Österreich-Lösung den »Modellfall« für Deutschland entworfen habe. THOSS (Aufsatz 1988, s. Anm. 40) schließt das mit guten Argumenten aus. Vgl. die Forschungsdiskussion bei Günter BISCHOF, *Österreichische Neutralität, die deutsche Frage und europäische Sicherheit 1953-1955*, in: Rolf STEININGER u.a. (Hg.), *Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern* (Tutzingener Schriften zur Politik, Bd. 2), München 1993, S. 133-176.

42 Zum diplomatiegeschichtlichen Ablauf STOURZIJ (wie Anm. 11), Kap. 6. RAUCHENSTEINER (wie Anm. 3), Kap. 12. Dazu ergänzend Alois MOCK/Ludwig STEINER/Andreas KHOL (Hg.), *Neue Fakten zu Staatsvertrag und Neutralität* (Schriftenreihe der Politischen Akademie [der ÖVP], Bd. 12), Wien 1980.

43 Die Einigung österreichischer »Geschmeidigkeit« oder »bescheidener Klugheit« zuzuschreiben, die den Sowjets »Konzession nach Konzession« zu entlocken vermochte, greift zu kurz. Zu diesem Urteil verstand sich 1958 Golo MANN, *Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, erw. Ausg. Frankfurt a.M. 1966, S. 1038. Der Topos lebt bis in jüngste Darstellungen fort. Vgl. dagegen Anm. 48.

44 Die Wiener *Arbeiter-Zeitung* (Kommentar vom 8.5.1955) erklärte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik für zwingend. Die Pariser Verträge stünden der Wiedervereinigung Deutschlands nicht im Wege, wie die SPD behauptete, da die Sowjets diese ebenso wenig wollten wie die Westmächte. Die von der SPD geforderte »Bündnislosigkeit« Deutschlands bedeute anders als im Fall des kleinen Österreich eine Gefahr für Europa.

Adenauers Kurs durchsetzen würde.<sup>45</sup> Das allein ermutigte ihn, »für den Abzug der Sowjettruppen den Kaufpreis der Neutralität zu zahlen«.<sup>46</sup> Um so wichtiger erschien Raab nach der Rückkehr aus Moskau, Adenauer zu versichern, daß seine Politik »goldrichtig« sei.<sup>47</sup> Die jetzt sichtbar gewordene »Rückwärtsbewegung« der Sowjets nach 1945 sei ein erster Erfolg der Pariser Verträge.<sup>48</sup>

Zum Eklat mußte es kommen, als offenbar wurde, daß die Bundesrepublik nicht nur das sicherheitspolitischen Risiko, das Österreich mit dem Staatsvertrag einging, durch ihren Militärbeitrag zur NATO und mit der vorläufigen Hinnahme der Teilung Deutschlands aufwiegen, sondern auch noch die deutschen Vermögenswerte in Österreich verlieren sollte.<sup>49</sup> Das ganze Ausmaß der hinter dem Staatsvertrag stehenden Kompromisse zwischen Österreich und der Sowjetunion auf der einen, Sowjetunion und Westmächten auf der anderen Seite wurde nach Abschluß der Botschafterkonferenz der vier Mächte vom 3. bis 13. Mai 1955 in Wien offenbar.<sup>50</sup> Die USA und Großbritannien hatten bereits vor der Konferenz Einwände gegen das im April in Moskau für die sowjetische Zone vereinbarte *generelle* Übertragungsverbot der deutschen Vermögenswerte an ausländische natürliche und juristische Personen erhoben. Dagegen hatten sich offenbar betroffene amerikanische und britische Ölgesellschaften bei ihren Regierungen

---

45 Bericht Mueller-Graafs über ein Gespräch mit Raab, 23.4.1955. AAB Abt. 3, Ref. 304 Bd. 32.

46 Das hob Mueller-Graaf, der in einem ausgesprochenen Vertrauensverhältnis zu Raab stand, in seinen Berichten hervor.

47 So Raab gegenüber dem Adenauer nahestehenden Verleger der Kölnischen Rundschau, Dr. Reinhold Heinen. Aufzeichnung Marchtalers, 3.5.1955. AAB Abt.3, Ref. 304 Bd. 31.

48 Wie Anm. 45. Salvador DE MADARIAGA kommentierte am 4.5.1955 in der *Neuen Zürcher Zeitung*: »Wenn die gegenwärtigen Ereignisse die Befreiung Österreichs zeitigen, dann ist der wahre Befreier genau genommen Adenauer mit seiner vom Westen gestützten Politik. Hätte Adenauer der buntscheckigen Gesellschaft nachgegeben, die sich aus Sozialisten, Rechtsextremisten und selbst FDP-Leuten zusammensetzt und die ihm stets mit der Forderung in den Ohren lag, ja mit dem Osten zu reden und um Himmels willen die Wiedervereinigung Deutschlands vor die Wiederbewaffnung zu stellen, dann hätte wohl Moskau Raab nie aufgefordert, die Verhandlungen aufzunehmen. In den Augen der Sowjetunion hat die Freiheit Österreichs vor allem die Bedeutung, ein weiteres Hindernis zu sein, das auf den Weg der deutschen Wiederbewaffnung gelegt werden kann.« Nachdruck in: S. DE MADARIAGA, *Rettet die Freiheit!*, Bern 1958, S. 48 f.

49 Das wurde in Österreich 1955 kaum gesehen. Vgl. RAUCHENSTEINER (wie Anm. 3), S. 278 f. Die erhebliche Belastung, die der Staatsvertrag sowohl für das deutsch-österreichische als auch für das deutsch-amerikanische Verhältnis bedeutete, ist von der Forschung noch nicht erhellt worden. Bezeichnend ist, daß die Frage beim Staatsakt, Festakt und Symposium im Mai 1980 in Wien nicht thematisiert wurde. Vgl. die Bände *25 Jahre Staatsvertrag*, Bd. 1: *Protokolle des wissenschaftlichen Symposions 16. und 17. Mai 1980*, Bd. 3: *Protokolle des Staats- und Festaktes sowie der Jubiläumsveranstaltungen im In- und Ausland*, Wien 1980. Die Frage wird auch nicht diskutiert bei Klaus SCHWABE (Hg.), *Adenauer und die USA* (Rhöndorfer Gespräche Bd. 14), Bonn 1994. Dazu demnächst meine Monographie.

50 Dazu im einzelnen STOURZII (wie Anm. 11), S. 163-170.

gestemmt. Das Übertragungsverbot sollte daher auf Ölfelder und Ölschürfkonzessionen beschränkt werden und nicht für Ölraffinerien und Betriebe der Ölverarbeitung gelten, die im anglo-amerikanischen und kanadischen Eigentum gestanden hatten. Die Amerikaner bestanden des weiteren darauf, das sogenannte kleine Privateigentum nur bis zu einem Wert von 10.000 Dollar (260.000 Schilling) zurückzugeben. Sie hatten im Januar 1955 nur eine teilweise Rückgabe des früheren deutschen Eigentums in den USA in Aussicht gestellt und an die Wertgrenze von 10.000 Dollar gebunden, die in Österreich nicht überschritten werden sollte. Sie fürchteten, andernfalls unter moralischen Druck zu geraten. Die Motive der USA drangen 1955 nicht an die Öffentlichkeit.

Um die Sowjets für diese Regelungen zu gewinnen, begrüßte der Ballhausplatz – offenbar auf Betreiben der sozialistischen Regierungsmitglieder und gegen den entschiedenen Widerspruch von Finanzminister Kamitz – die Neuregelung von Art. 35 des Staatsvertrags. Danach sollte das Übertragungsverbot des an Österreich fallenden deutschen Eigentums an *deutsche* juristische und natürliche Personen nicht mehr nur für die sowjetische Zone, sondern auch für die Westzonen gelten, sofern der Wert im Einzelfall 260.000 Schilling bzw. 10.000 Dollar überstieg. Diesen Vorschlag unterbreitete der amerikanische Delegationsleiter Thompson am Schluß der Botschafterkonferenz am 10./11. Mai.<sup>51</sup> Die Sowjets akzeptierten ihn am 12. Mai. Das war eine gravierende Änderung gegenüber dem Staatsvertragsentwurf, der eine Rückgabe des deutschen Eigentums in den Westzonen oder Entschädigungsleistungen nicht ausgeschlossen hatte, worauf Bonn immer hingewiesen hatte. Die Bundesrepublik zahlte faktisch nun doch Reparationen an Österreich, was sie immer abgelehnt hatte. Die Westmächte hatten den »Blankoscheck« eingelöst, den die deutsche Bundesregierung notgedrungen im Überleitungsvertrag zu den Pariser Verträgen ausgestellt hatte, in der Gewißheit, das State Department würde dem Schutz des Privateigentums, vor allem des deutschen Alteigentums, absoluten Vorrang einräumen. Die Westmächte hatten ein elementares Prinzip der Rechtsordnung der freien Welt geopfert, um zu einem Interessenausgleich mit den Sowjets zu gelangen. Schlimmer noch für Bonn: Die USA kaschierten ihre Interessenpolitik, indem sie sich die Okkupationstheorie zu eigen machten und die Reparationsansprüche Österreichs gegen Deutschland ausdrücklich

---

51 Der später von österreichischer Seite stets wiederholten Behauptung, man habe dem Vorschlag Botschafter Thompsons notgedrungen folgen müssen, widersprechen dessen Berichte, die die Euphorie der österreichischen Delegation über die gefundene Lösung verraten. Vgl. *Foreign Relations of the United States, 1955-1957*, Vol. V: *Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955*, Washington 1988, S. 57 f., 81 f., 97 f., 104 f. Dazu Niels HANSEN, *Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag*, in: *Historisch-politische Mitteilungen* 2 (1995) S. 223-246.

rechtfertigten. Die österreichische Regierung wusch ihre Hände in Unschuld und schob in der Öffentlichkeit die USA als Urheber der Neuregelung vor.

Die Empörung in Bonn war grenzenlos. Adenauer vermutete zu Recht ein Zusammenspiel von State Department und SPÖ.<sup>52</sup> Noch in der Nacht vor Unterzeichnung des Staatsvertrags protestierte Mueller-Graaf im Namen der deutschen Bundesregierung bei Raab und Figl.<sup>53</sup> Gleichzeitig legte Adenauer bei den Westmächten Protest ein. Unmittelbar darauf wurde Mueller-Graaf nach Bonn zurückberufen. Er kehrte erst Mitte August nach Wien zurück. Die deutsche Bundesregierung verzichtete auf die Übermittlung offizieller Glückwünsche anlässlich der wiedergewonnenen österreichischen Souveränität. Das waren unübersehbare Demonstrationen, die durch das Presseecho noch verstärkt wurden. Je heftiger der deutsche Protest gegen die Aneignung des deutschen Eigentums wurde, um so entschiedener rechtfertigten dies SPÖ, der »linkskatholische« Flügel der ÖVP und Ballhausplatz mit der gewaltsamen Besetzung Österreichs durch Hitler-Deutschland, mit den Kriegsschäden und den schließlich von den Amerikanern herbeigeführten Bestimmungen, denen sich Österreich nicht habe widersetzen können, um die Unterzeichnung des Staatsvertrags nicht zu gefährden. Anders der Großteil der ÖVP, erst recht die Ende 1955 als Sammellager der Deutschnationalen gegründete Freiheitliche Partei Österreichs: Sie traten für den Schutz des Privateigentums ein, plädierten für die Rückgabe wenigstens des vor 1938 begründeten deutschen »Alteigentums« und forderten Verhandlungen mit der deutschen Bundesregierung. Um die eskalierende Diskussion einzudämmen, zwang Washington Adenauer zu größtmöglicher Zurückhaltung. Den inzwischen erhobenen Bonner Forderungen, Österreich solle für den Erhalt der deutschen Vermögenswerte Entschädigungszahlungen leisten, erteilte die amerikanische Regierung eine deutliche Absage.<sup>54</sup> Washington betrachtete die Frage als erledigt.

Zusätzlichen Sprengstoff bedeutete für die deutsch-amerikanischen Beziehungen der von Dulles und Eisenhower am 17./18. Mai zur Diskussion gestellte Vorschlag, einen Gürtel neutraler Staaten quer durch Europa von Norwegen bis Griechenland zu bilden, womit sogleich die Frage der Einbeziehung Deutschlands aufgeworfen war.<sup>55</sup> Adenauer fühlte sich am Nerv seiner

<sup>52</sup> Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann, 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 184.

<sup>53</sup> Vgl. STOURZII (wie Anm. 11), S. 211. Zu Mueller-Graafs Demarche bei Figl und Raab am Vorabend der Unterzeichnung des Staatsvertrags vgl. jetzt, mit neuerschlossenen Quellen, HANSEN (wie Anm. 51).

<sup>54</sup> In einer Note Washingtons an Bonn vom 24.5.1955. Vgl. Bericht Botschafter Rotters, Bonn, 25.5.1955. BKA/AA Staatsvertrag 2, Kart. 42.

<sup>55</sup> Vgl. RUPIEPER, *Der besetzte Verbündete* (wie Anm. 37), S. 419 f.

Außenpolitik getroffen.<sup>56</sup> Ollenhauer hielt den Vorschlag für nicht vereinbar mit dem von der SPD geforderten kollektiven Sicherheitssystem.<sup>57</sup> Am 24. Mai zog Dulles den Vorschlag zurück.<sup>58</sup> Gleichzeitig wurde Adenauer die angebliche Entstehungsgeschichte von Art. 22 des Staatsvertrags eröffnet: Die Regelung sei nicht auf Druck der österreichischen Bundesregierung, wie der Bundeskanzler mutmaßte, sondern auf Initiative Washingtons erfolgt.<sup>59</sup> Dies mußte Adenauer als rücksichtslose Durchsetzung amerikanischer Interessenpolitik empfinden, ohne sie an die Öffentlichkeit bringen zu können, die er auf die deutsch-amerikanische Freundschaft festgelegt hatte. Die Amerikaner hatten im gleichen Augenblick, in dem die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen worden war und die Souveränität zurückgewonnen hatte, gezeigt, wie eng sie den Aktionsradius der Bundesrepublik begrenzten, die sie wie einen »besetzten Verbündeten« (Rupieper) behandelten. Adenauers Mißtrauen in die Zuverlässigkeit Washingtons konnte nach dem Mai 1955 nie mehr beseitigt werden.

Der 15. Mai 1955 wurde zum schwarzen Tag für die deutsch-österreichischen Beziehungen. In der heftigen Auseinandersetzung zwischen Wien und Bonn, die sich in zahllosen, von den Außenämtern lancierten Pressekommentaren niederschlug und monatelang hinzog, stand die Eigentumsfrage im Vordergrund.<sup>60</sup> Die viel wichtigere sicherheitspolitische Frage, die der Staatsvertrag aufwarf, blieb so gut wie ausgeblendet. Offensichtlich galt sie beiden Regierungen als heikel, um sie in die öffentliche Diskussion einzubeziehen. Österreich war auf den Staatsvertrag militärisch nicht vorbereitet<sup>61</sup> und drohte über Nacht zum militärischen Vakuum zu werden, das sich zwischen die NATO-Partner Bundesrepublik und Italien schob und

---

56 Vgl. Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1953-1955*, Stuttgart 1966, S. 441-446. Vor diesem Hintergrund sind die sarkastischen Äußerungen Adenauers über Österreich im Juni 1955 zu sehen; so vor dem Bundesvorstand seiner Partei am 3. Juni und im Bundestag am 21. Juni. Vgl. Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990, S. 489-502.

57 SPD-Pressedienst, 4.5., 20.5.1955. Interview Ollenhauers im Hessischen Rundfunk, 17.5.; Rede Ollenhauers in Mülheim, 22.5.

58 Wie Anm. 55.

59 Bericht Groeppers (Mueller-Graafs Stellvertreter in Wien), 24.5.1955. AAB Abt.3, Ref. 304, Bd. 44. Aufzeichnung Marchtalers über ein Gespräch vom 26.5. mit Greene von der US-Botschaft, Bonn, 31.5.1955. AAB ebd.

60 Vgl. den Presseüberblick Mueller-Graafs für die erste Augushälfte, 1.9.1955. AAB Abt.3, Ref. 304 Bd. 30.

61 Vgl. Manfred RAUCHENSTEINER, *Die Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Österreich 1945 bis 1955*, in: Alexander FISCHER u.a., *Entmilitarisierung und Aufrüstung in Mitteleuropa 1945-1956* (Vorträge zur Militärgeschichte, Bd. 4), Herford - Bonn 1983, S. 57-79, hier S. 76.



ein leicht zu nehmendes Einfallstor des Warschauer Pakts nach Westeuropa bildete.<sup>62</sup>

Die atmosphärische Verbesserung der Beziehungen zwischen Wien und Bonn setzte erst mit dem offiziellen Besuch Außenminister Brentanos im November 1955 in Wien und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen an der Jahreswende 1955/56 ein, gestaltete sich aber für beide Seiten mühsam und brauchte Jahre. Die österreichische Politik und Raab persönlich unternahmen alles, um das Verhältnis zu Bonn so reibungslos wie möglich zu gestalten. Der Staatsvertrag mit den Auflagen zu Reparationszahlungen an die Sowjetunion in Form von 150 Millionen Dollar für die Ablöse des deutschen Eigentums in deren Zone, von Waren- und Erdöllieferungen im Wert von 1 Milliarde Schilling (über 160 Millionen DM) innerhalb von zehn Jahren, der Rückkauf der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft für 2 Millionen Dollar, aber auch die Modernisierung der abgewirtschafteten USIA-Betriebe und die Aufstellung eines Bundesheeres führten zu einem enormen Kapitalbedarf.<sup>63</sup> Kredite konnten nur auf dem ausländischen Kapitalmarkt, an erster Stelle in der Bundesrepublik, beschafft werden. Nichts war für Wien wichtiger, als das durch den Staatsvertrag gestörte Vertrauen der deutschen Banken und Wirtschaft in das Rechts- und Wirtschaftssystem des Landes zurückzugewinnen. Beide Regierungsparteien waren sich daher einig, möglichst rasch einen Ausgleich mit Bonn in der Eigentumsfrage zu finden. Österreich gab auf dem stillen Verhandlungsweg unter denkbar weiter Auslegung der Bestimmungen des Staatsvertrags den größten Teil des deutschen Privatvermögens zurück, ohne den vier Mächten Anlaß für Protest zu geben.

Der deutsch-österreichische Vermögensvertrag (1957/58) regelte die Rückgabe von 99 % des deutschen Eigentums natürlicher Personen im Wert von 500 bis 600 Millionen DM, während die ursprüngliche Regelung (Staatsvertrag Art. 22 Ziffer 13) eine Rückgabe von Vermögenswerten im Werte von höchstens 100 bis 120 Millionen DM erlaubt hatte. Die deutsche Gegenleistung bestand darin, den im Staatsvertrag (Art. 23 Ziffer 3) vorgesehenen Forderungsverzicht österreichischer Gläubiger gegenüber deutschen

---

62 Vgl. Manfred RAUCHENSTEINER/Wolfgang ETSCHMANN (Hg.), *Schild ohne Schwert. Das österreichische Bundesheer 1955-1970* (Forschungen zur Militärgeschichte, Bd. 2), Graz 1991.

63 Zum Vergleich: Das Staatsbudget betrug 1955 23 Milliarden Schilling. Vgl. als früheste Analyse *Neue Zürcher Zeitung*, 6.5.1955, Artikel: *Österreichs Wirtschaftspolitik vor neuen Problemen*. Daneben die Analysen aus deutschen Banken- und Wirtschaftskreisen für das Bonner Auswärtige Amt, so im Memorandum von Dr. Paul Krebs (Direktor der Süddeutschen Bank) vom 24.5.1955 (AAB Ref. 506 Bd. 75) und von Hermann Josef Abs (Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bank) im Brief an Staatssekretär Hallstein vom 20.6.1955 (AAB Ref. 506 Bd. 76). Krebs und Abs blieben bis zuletzt in die Eigentumsverhandlungen eingeschaltet.

Schuldern aufzuheben, soweit sie sich auf den privaten Rechtsbereich bezogen. Damit lebten die Forderungen gegenüber deutschen Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften (etwa 120 Millionen DM) wieder auf. Bonn war jedoch nicht bereit, den Forderungsverzicht gegenüber der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs aufzuheben und die geltend gemachten Entschädigungsforderungen, die sich auf die Okkupationstheorie stützten, anzuerkennen.<sup>64</sup> Damit war die wichtigste Forderung Bonns erfüllt. Wunder Punkt im österreichisch-deutschen Verhältnis blieb auf Dauer die quasi unbewaffnete Neutralität Österreichs. Wie gefährdet die sicherheitspolitische Lage des Landes und wie sehr es im Krisenfall auf westliche Hilfe angewiesen war, zeigte sich schon im Oktober 1956 bei der brutalen Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch sowjetische Truppen und angesichts der nach Österreich strömenden Flüchtlingsheere, die nur dank logistischer Hilfe aus Bonn bewältigt werden konnten.

Adenauer hat die Bereitschaft Wiens, den Staatsvertrag auf Kosten Deutschlands abzuschließen, nie verwunden. Die äußere Bereinigung der Kriegsfolgen gelang zwar mit dem deutsch-österreichischen Vermögensvertrag und 1961/62 mit dem Wiedergutmachungsvertrag. Belastend wirkte aber, daß Hunderttausende der Kriegsgeneration, die als Reichsdeutsche oder nach Österreich geflüchtete Volksdeutsche nach 1945 in Österreich schikaniert und nur geduldet wurden, und daß über Hunderttausend, die 1938 zur Emigration aus Österreich gezwungen oder in die Arbeitslager getrieben worden waren und keine Entschädigung erhalten hatten, sich mit der These von Österreich als Opfer Nazi-Deutschlands nicht abzufinden vermochten.

Der Wandel des österreichischen Geschichtsbildes ließ die sicherheitspolitischen Voraussetzungen, unter denen die Sowjetunion der Räumung Österreichs zugestimmt hatte und unter denen ÖVP und SPÖ den sowjetischen Neutralitätsoktroi hingenommen hatten, mehr und mehr aus dem Blickfeld geraten. Der Wille, sich aus der Nationsgemeinschaft mit den Deutschen zu lösen und sich als eigene Nation zu konstituieren, erhielt nach 1955 neuen Auftrieb. Kennzeichnend blieb jedoch noch im Jahrzehnt nach 1955 die Verbindung von deutschem Volks- und Kulturbewußtsein mit österreichischem Staatsbewußtsein, wie es der kulturpolitischen Linie des ÖVP-geführten Unterrichtsministeriums entsprach.<sup>65</sup> Nach 1970, mit dem

---

64 Vertragstext und Kommentierung bei Gerhardt PLÖCHL/Josef VLCEK, *Die Rechtsvorschriften über das deutsche Eigentum in Österreich samt den einschlägigen Nebenbestimmungen*, Wien - Stuttgart 1959.

65 Die in Österreich heute fast zur Glaubensfrage stilisierte Diskussion um eine aus der deutschen Nation herausgewachsene »österreichische Nation« im Sinne der westeuropäischen Staatsnation und die Ablehnung des Begriffs der Kulturnation übersieht vielfach, daß ein verstärkter Bewußtseinswandel erst in den sechziger Jahren einsetzte. Anders als in Wien blieb das Bewußtsein der Verbundenheit mit dem Deutschtum in den Alpenländern lebendig. Zum

Generationen- und dem Regierungswechsel von den Bürgerlichen zu den Sozialisten, verstärkte sich die Tendenz, in Staatsvertrag und Neutralität das Fundament der »österreichischen Nation«<sup>66</sup> zu sehen, vergleichbar dem Bewußtseinswandel in der Bundesrepublik, deren Staatsraison die Westbindung wurde. Während in Österreich ein neues Nationalbewußtsein kultiviert wurde, führte die ungelöste nationale Frage in der Bundesrepublik mehr und mehr zu deren Verdrängung.<sup>67</sup> Der Wille zur Eigenstaatlichkeit, der sich bei den Gründervätern der zweiten österreichischen Republik noch mit dem Bewußtsein geschichtlicher und kultureller Gemeinschaft mit den übrigen Deutschen verbunden hatte und den österreichischen Staat in der Nationsgemeinschaft mit den Deutschen aufgehoben wußte, war der nachgeborenen Generation fremd, wenn nicht verdächtig geworden. Ihr konnte ein Österreich, das sich der deutschen Kulturation zugehörig fühlte, als »Land ohne Eigenschaften« erscheinen.<sup>68</sup>

Die stille Sorge der österreichischen Außenpolitik im Verhältnis zu Deutschland blieb über Jahrzehnte die Frage, ob Österreich von der Wiedervereinigung Deutschlands, wenn sie einmal möglich sein sollte, tangiert werden und ob das österreichische Staatsbewußtsein gefestigt genug sein würde, wenn die deutsche Frage wieder in Bewegung geriete. Bruno Kreisky, seit 1959 Außenminister und seit 1970 Bundeskanzler, war sich der Bereitschaft der Österreicher zur kleinstaatlichen Existenz genauso wenig sicher wie Konrad Adenauer des Willens der Deutschen, ihm auf dem Weg der Integration der Bundesrepublik in die westeuropäische Völkergemeinschaft zu folgen und nicht doch eines Tages wieder in die alte Politik des Schaukels zwischen West und Ost zurückzufallen.

---

Wandel der österreichischen Nationsidee am Beispiel der Mozart-Gedenkjahre 1941 und 1956 demnächst ein Kapitel in meiner Monographie.

66 Ihr wortmächtigster Protagonist war Friedrich HEER. Vgl. seine Aufsatzsammlung: *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien – Köln – Graz 1981. Vgl. auch Gerald STOURZII, *Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert*, Wien 1990.

67 Vgl. die Beiträge bei Rainer ZITELMANN/Karlheinz WEISSMANN/Michael GROSSHEIM (Hg.), *Westbindung. Risiken und Chancen für Deutschland*, Frankfurt a.M. – Berlin 1993.

68 Dafür typisch Robert MENASSE, *Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität*, Wien 1992, 3. Aufl. 1993.

## Franz Etzel als Finanzpolitiker\*

Von Yorck Dietrich

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist der wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands das Werk Ludwig Erhards. Dem Wirtschaftsminister werden fast alle Erfolge der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik zugeschrieben – auch solche, die gegen seinen Willen zustandekamen. Erhards Mitstreiter in Partei, Bundestagsfraktion und Ministerialbürokratie, ohne deren Mithilfe dieser im Grunde unpolitische Mann vermutlich schon 1951 gescheitert wäre, sind dagegen weitgehend unbekannt. Franz Etzel, der in Theorie und Praxis Bedeutendes zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft geleistet hat, gebührt vielleicht der erste Rang unter ihnen.

Der zweite Bundesfinanzminister findet in der zeitgeschichtlichen Literatur fast nur im Zusammenhang mit der Präsidentenkrise von 1959 Erwähnung. Von Konrad Adenauer dem ungeliebten Ludwig Erhard als Nachfolger vorgezogen, aber nicht energisch unterstützt, verzichtete auch Etzel darauf, die Kanzlerschaft für sich zu fordern und darum zu kämpfen. Mit Adenauers Rückzieher endete Etzels Kandidatur, bevor sie recht begonnen hatte. Noch der heutige Leser kann nachempfinden, was für eine unglückliche Figur der Finanzminister in dieser Affäre gemacht haben muß.<sup>1</sup>

Was Franz Etzel in den Augen Adenauers zum Nachfolger qualifizierte, bleibt merkwürdig offen. Seine Konfession, das Image des Selfmademan, seine nüchterne Sachlichkeit, sein Fleiß, Erfahrungen auf internationalem Parkett, Übereinstimmung in europapolitischen Fragen<sup>2</sup> – keiner dieser Gründe kann wirklich überzeugen. Das geläufige Etzel-Bild ist das eines geachteten, aber farblosen Technokraten. Und noch rätselhafter muß erscheinen, warum ein Mann, der 1959 zu den Anwärtern auf das Kanzleramt zählte, schon zwei Jahre später ohne erkennbaren Grund wieder aus dem politischen Rampenlicht verschwand.

Kaum jemand hat sich die Mühe gemacht, genauer zu ergründen, warum Franz Etzel nach der Bundestagswahl von 1957 das Amt des Finanzministers

---

\* Dieser Aufsatz führt Gedanken aus meiner Dissertation über die bundesdeutsche Vermögenspolitik weiter. Die Arbeit trägt den Titel »Eigentum für jeden. Die CDU und die Entstehung der vermögenspolitischen Gesetzgebung 1950-1961« und wird voraussichtlich 1995 erscheinen. Soweit nicht näher belegt, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf diese Arbeit.

1 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 285 f.

2 KOERFER (Anm. 1), S. 162 f. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 359 f.

übernahm. Etzels Rückkehr von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach Bonn ist bisher ausschließlich mit Blick auf die Präsidentenwahl von 1959 gedeutet worden: Adenauer habe ihn als möglichen, ihm genehmen Nachfolger ins Kabinett holen wollen.<sup>3</sup> Da die CDU/CSU-Fraktion die Schaffung eines Europaministeriums ablehnte, sei eben nur der Posten des Finanzministers in Frage gekommen, mit dessen Inhaber Schäffer sich Adenauer überworfen hatte.<sup>4</sup> Es ist charakteristisch für die Vorlieben der Zeitgeschichtsschreibung, daß Wirtschafts- und Finanzpolitiker nur dann der Aufmerksamkeit gewürdigt werden, wenn sich ihr Lebensweg einmal mit der »hohen Politik« kreuzt. Im Falle Etzels versperrt diese Betrachtungsweise den Blick dafür, daß seine Ernennung zum Finanzminister nicht zuletzt, wenn nicht in erster Linie auf seinen Leistungen als Finanzpolitiker beruhte. Und – so lautet die These dieses Aufsatzes – es waren gerade diese Leistungen, die Etzel so großen Respekt eintrugen, daß man ihm zutraute, die Anforderungen der Kanzlerschaft bewältigen zu können.

#### Etzel und der Wirtschaftsausschuß der CDU

Franz Etzel war lange vor 1957 ein kritischer Begleiter und gelegentlich Mitgestalter der bundesdeutschen Finanzpolitik. Der Duisburger Wirtschaftsjurist tat dies bis 1952 als Bundestagsabgeordneter, vor allem aber als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Bundesausschusses der CDU. In dieser Eigenschaft nahm er auch nach seinem Weggang zur EGKS an der finanzpolitischen Diskussion und Entscheidungsfindung teil. Um Etzels Bedeutung für die Finanzpolitik richtig einschätzen zu können, ist es nötig, die Rolle dieses Gremiums im politischen Entscheidungsprozeß genauer zu analysieren.

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik war aus dem 1947 gebildeten Wirtschaftspolitischen Ausschuß der CDU in der britischen Zone hervorgegangen. Dieser Ausschuß hatte unter Etzels Leitung die Düsseldorfer Leitsätze erarbeitet, in denen die neoliberal geprägte Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft von der CDU übernommen wurde. Die Arbeiten hatten begonnen, bevor Ludwig Erhard im Frankfurter Wirtschaftsrat die Wirtschaftspolitik auf einen neuen Kurs brachte. Erhard selbst nahm an

<sup>3</sup> KOERFER (Anm. 1), S. 285. Heinrich KRONE, *Der Berater Adenauers*, in: Klaus GOTTO (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes* (Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik), Stuttgart 1980, S. 25. Zurückhaltender SCHWARZ (Anm. 2), S. 360.

<sup>4</sup> Jürgen DOMES, *Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer*, Köln-Opladen 1964, S. 70. Etwas abweichend KOERFER (Anm. 1), S. 164, 170-172.

der programmatischen Arbeit so gut wie nicht teil.<sup>5</sup> Aber die Düsseldorfer Leitsätze waren zweifellos inspiriert von Erhards brilliantem Werbefeldzug für die Marktwirtschaft, und ihre Verfasser wollten dem Direktor für Wirtschaft den Rücken stärken. Die Leitsätze waren, wohl unter dem Einfluß von Franz Böhm, stärker ordoliberal geprägt als Müller-Armacks Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft. Sie standen insofern der Auffassung Erhards näher. Dagegen neigte Etzel mehr der pragmatischeren, sozialpolitisch aufgeschlossenen Linie Müller-Armacks zu. Diese Unterschiede traten aber nicht in Grundsatzdebatten zutage, die es nach 1949 in der CDU für lange Zeit nicht mehr gab, sondern allenfalls in der Haltung gegenüber konkreten Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der 1950 eingerichtete Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik wurde in der CDU zumeist als »Wirtschaftsausschuß« bezeichnet. Dieser Name war zutreffend und irreführend zugleich. Der Ausschuß befaßte sich nicht nur mit dem Gebiet der Wirtschaftspolitik; er war auch die wichtigste Vertretung von Wirtschaftsinteressen in der CDU. Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse waren in ihm nicht vertreten oder spielten keine Rolle.<sup>6</sup> Es wäre aber verfehlt, den Wirtschaftsausschuß in erster Linie als Pressure-Group zu sehen. Schon von seinem Ursprung her hatte Etzel dem Gremium eine weitergehende Aufgabe zgedacht: es sollte Plattform und Vermittlungsinstanz für die Umsetzung neoliberaler Vorstellungen in praktische Wirtschaftspolitik sein. Das Programm dieser wissenschaftlichen Strömung läßt sich einfach zusammenfassen: freie – d.h. durch den Wettbewerb ermittelte – Preise und freie Zinsen sollten das Wirtschaftsgeschehen regeln. Folglich standen die Bekämpfung von Monopolen auf den Gütermärkten und von Steuer- und Kapitalmarktdirigismus auf den Faktormärkten ganz vorne auf der politischen Tagesordnung.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Etzel ein nicht weniger überzeugter Neoliberaler war als Ludwig Erhard. Etzel erkannte aber früh, wie gering die Zahl der wirklichen Neoliberalen in der CDU war, wie klein die politische Basis Ludwig Erhards und seiner wissenschaftlichen Mitstreiter. Zwar waren die Unternehmer stets bereit, der Absage an Planwirtschaft

<sup>5</sup> Hans-Hermann LUTZKE, *Der Beitrag Franz Etzels zur Wirtschaftspolitik. Zur Geschichte des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU*, in: *Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Festgabe für Franz Etzel*, hrsg. v. Alfred MÜLLER-ARMACK und Herbert B. SCHMIDT, Stuttgart 1967 (im folgenden zit. als *Etzel-Festschrift*), S. 123-144, hier S. 128 f. Fritz HELMWIG, *Adenauers Verhältnis zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, in: Hans POILL (Hg.), *Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 12), Bonn 1992, S. 88-111, hier S. 89.

<sup>6</sup> Siehe die Diskussion im CDU-Bundesvorstand am 3. Juli 1951, in: *Es mußte alles neu gemacht werden. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. 41 f.

und Sozialisierung Beifall zu spenden. Doch sobald die Regierung spezifisch neoliberale Vorhaben umzusetzen versuchte, verhärtete sich ihre Haltung, wie vor allem der Kampf um das Kartellgesetz zeigte. Zwar beschränkten sich die CDU-Sozialausschüsse seit 1949 darauf, die Früchte der Wirtschaftspolitik durch eine expandierende Sozialpolitik zu verteilen. Doch die meisten ihrer führenden Vertreter waren deshalb noch lange nicht zu überzeugten Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft geworden. Auch Konrad Adenauer, der Ludwig Erhard 1949 protegiert hatte, war 1951 bereit, von der marktwirtschaftlichen Politik abzurücken, als schnelle Erfolge ausblieben.<sup>7</sup>

Unter diesen Umständen fiel dem Wirtschaftsausschuß der CDU eine Doppelfunktion zu. Er sollte Erhard der Unterstützung der Wirtschaft gegen seine Widersacher in Partei und Regierung versichern. Er mußte aber auch immer wieder aufs neue versuchen, die oft reichlich abstrakten Prinzipien des Neoliberalismus mit den Wünschen der Unternehmer in Übereinstimmung zu bringen. So war der Wirtschaftsausschuß Einfallstor für Unternehmerinteressen und warb zugleich in der Wirtschaft um Verständnis für die Konzeption der Regierung. Treibende Kraft bei alledem war Franz Etzel.<sup>8</sup> Der Ausschuß führte in dieser Zeit, ungestört von der Parteiführung, ein Eigenleben, so daß Etzel sehr selbständig agieren konnte. Mehrere führende Vertreter gehörten zugleich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, dem wichtigsten Entscheidungszentrum in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Etzel bemühte sich daher, Erhard in engeren Kontakt zur Partei und vor allem zur Bundestagsfraktion zu bringen. Unter den Anhängern des Wirtschaftsministers herrschte während der fünfziger Jahre Einigkeit darüber, daß Erhard die Beziehungen zur Bundestagsfraktion vernachlässige.<sup>9</sup> Die vielbeschworene Brigade Erhard nahm erst in der dritten Legislaturperiode Gestalt an; sie war überdies eher eine Bastion von Teilen des Mittelstandes als eine Vertretung der gesamten Wirtschaft. Zwar gelobte Erhard des öfteren Besserung, aber Etzel und seinen Freunden schien es, als reagiere er auf ihre Mahnungen »wie eine Gummiwand«.<sup>10</sup> Erhard hat anscheinend nie richtig gewürdigt, was Etzel und der Wirtschaftsausschuß – bei allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen – für ihn getan haben, und wie sehr die Durchsetzbarkeit seiner Politik von der Existenz solcher Schnittstellen zu Fraktion und Partei

7 Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen-Zürich 1986, S. 103-105.

8 Diese Ausführungen beruhen auf der Auswertung des Briefwechsels von Etzel mit führenden Wirtschaftspolitikern der CDU im Bundesarchiv Koblenz (fortan: BA), Nachlaß (fortan: NL) 254 Etzel/166 und 167.

9 BA NL 254 Etzel/166, Etzel an Erhard 31.05.1954.

10 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (fortan: ACDP), NL Müller-Armack I-236-018/1, Etzel an Müller-Armack 8.12.1954.

abhing. 1951, als Adenauer schon zur Ablösung des Wirtschaftsministers entschlossen schien, war es nicht zuletzt der Rückhalt am Wirtschaftsflügel der CDU/CSU-Fraktion unter Etzel, der Erhard rettete.<sup>11</sup>

Etzel wurde von der Befürchtung getrieben, die CDU könne ihre Rolle als führende marktwirtschaftliche Kraft verlieren. Besondere Sorge bereitete ihm die Auseinandersetzung um das Kartellgesetz, in der die SPD dem Wirtschaftsminister streckenweise näherstand als Teile seiner eigenen Partei. Er versuchte immer wieder, Kompromißlinien zwischen Erhards Position und den Ansichten der Wirtschaftsverbände zu formulieren. Bisweilen mochte Etzel darin weiter gehen, als es liberalen Hardlinern vertretbar erschien. Aber er vertrat stets die Auffassung, daß es nur mit Unterstützung der Wirtschaft gelingen könnte, überhaupt Teile der Sozialen Marktwirtschaft umzusetzen.

### Steuerpolitik im Wiederaufbau

Für den Wirtschaftsausschuß als Transmissionsriemen neoliberaler Vorstellungen stellte die Finanzpolitik einen besonderen Problemfall dar. Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bzw. die Schriften ihrer wissenschaftlichen Vordenker enthielten nur wenige allgemeine Leitlinien für die Gestaltung des Steuersystems.<sup>12</sup> Es war aber unbestritten, daß die Steuerpolitik, die seit 1948 in den westlichen Besatzungszonen bzw. der jungen Bundesrepublik betrieben wurde, mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung nur schwer zu vereinbaren war. Der alliierte Kontrollrat hatte 1946 die Sätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer drastisch erhöht. Die »konfiskatorische« Steuerbelastung drohte die für den Wiederaufbau notwendige Kapitalbildung zu behindern. Wegen eines alliierten Vetos gegen eine starke Tarifsenkung und angesichts der ungewissen Spameigung der Bevölkerung entschied sich der Wirtschaftsrat dafür, die Unternehmenskapitalbildung (Selbstfinanzierung) durch massive Steuervergünstigungen für Abschreibungen und einbehaltene Gewinne zu fördern.<sup>13</sup> Man kann diese Politik nur als eine dirigistische Lenkung der Einkommensverwendung bezeichnen. Die Wirtschaftssubjekte wurden vor die Alternative »Investition oder Finanzamt« gestellt. Für die Unternehmer war dies noch hinnehmbar. Von einer Investitionslenkung im strengen Sinne konnte nicht die Rede sein, denn der konkrete Zweck der Investition war

11 Heiner ADAMSEN, *Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948-1952*, Wuppertal 1981, S. 120-123. LAITENBERGER (Anm. 8), S. 105.

12 Siehe auch den Diskussionsbeitrag von Werner EHRLICH in: *Steuerpolitik für die Soziale Marktwirtschaft*, hg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Stuttgart-New York 1986, S. 49 f.

13 Zur Steuerpolitik der Nachkriegszeit siehe Jutta MUSCHEID, *Die Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982*, Berlin 1986, bes. S. 27 f., 44-56.



freigestellt. Die privaten Haushalte dagegen waren benachteiligt: Sie konnten nur an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung teilhaben, indem sie Anteile an Unternehmen erwarben oder die wenigen Sondervergünstigungen für den Wohnungsbau nutzten, die auch ihnen offenstanden. Von diesen Vergünstigungen profitierten aber nur die obersten Einkommenschichten. Insgesamt war die Ersparnisbildung der Privaten durch hohe Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und hohe Verbrauchsteuern erschwert. Aktienemissionen waren durch die hohe Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne durch Einkommen- und Körperschaftsteuer praktisch unmöglich. Von der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung in den Jahren 1950 bis 1959 entfielen denn auch 44 % auf die Unternehmen, immerhin 33 % auf den Staat und nur 23 % auf die privaten Haushalte. Um diese Entwicklung zu verhindern, wäre in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Umstände wohl nur eine noch höhere staatliche Vermögensbildung oder aber ein Zwangssparen der Verbraucher in Frage gekommen – zwei Möglichkeiten, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Förderung der Selbstfinanzierung kaum vorzuziehen waren.

Es bleibt aber eine – bisher unzureichend gewürdigte – Ironie der Geschichte, daß die Schnelligkeit des Wiederaufbaus, die der Politik der Sozialen Marktwirtschaft zugerechnet wurde, Methoden zu verdanken war, die kaum mit den streng marktwirtschaftlichen Grundsätzen ihrer Väter vereinbar waren. Nicht nur neoliberale Wissenschaftler standen der Selbstfinanzierung von Investitionen skeptisch gegenüber, weil sie, wie man annahm, volkswirtschaftliche Kapitalfehlleitungen begünstige und die Konzentration vorantreibe. Sicherlich konnten diese Gefahren in den ersten Jahren nach 1948 noch vernachlässigt werden. Angesichts der schweren Zerstörungen und der aufgestauten Nachfrage war fast jede Investition sinnvoll.<sup>14</sup> Praktiken wie das »Kostenmachen« und das »Spesenunwesen« zeigten aber, wie problematisch es war, wenn Ausgaben vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Steuervermeidung getätigt wurden. Im Laufe der fünfziger Jahre nahm auch die Kritik an den verteilungspolitischen Folgen der Investitionsfinanzierung zu. In katholischen, dem linken CDU-Flügel nahestehenden Kreisen kam das Wort auf, die Verteilung der Vermögenszuwächse im Wiederaufbau sei ein »Skandal, der nach Abhilfe schreit«.<sup>15</sup>

Man kann nicht sagen, daß die politischen Vorkämpfer der Sozialen Marktwirtschaft dieser Entwicklung gleichgültig gegenübergestanden hätten. Ludwig Erhard war stets ein Gegner des forcierten Sparens und Investierens.<sup>16</sup> Schon 1949 forderte er, die Unternehmenskapitalbildung zugunsten

14 ADAMSEN (Anm. 11), S. 50 f.

15 Paul JOSTOCK, *Das Sozialprodukt und seine Verteilung*, Paderborn 1955, S. 38.

16 ADAMSEN (Anm. 11), S. 40 f., 44 f., 51.

der Finanzierung über den Kapitalmarkt abzubauen. Auch die Düsseldorfer Leitsätze dekretierten, der Wiederaufbau könne »im wesentlichen nur mit Hilfe von Sparkapital« durchgeführt werden.<sup>17</sup> Die Haltung der Unternehmer war zwiespältig. Sie traten selbstverständlich für eine Senkung der hohen Steuersätze ein. Die Publikums-Aktiengesellschaften waren auch daran interessiert, daß die steuerlichen Hindernisse für die Eigenkapitalaufnahme beseitigt würden. Andererseits wollten die meisten Unternehmer die Vergünstigungen für die Selbstfinanzierung erhalten oder sogar noch ausbauen.

Etzel verfolgte, wie zumeist, eine mittlere Linie. Seine ordnungspolitischen Überzeugungen verwiesen ihn an die Seite Erhards. Aber er verschloß sich auch den Wünschen von Unternehmerseite nicht. Der berühmte Paragraph 36 des Investitionshilfegesetzes von 1952, der – entgegen der ab 1950 zunächst eingeschlagenen Linie der Steuerpolitik – weitere massive Vergünstigungen für die Unternehmen einführt, wurde von Etzel in den parlamentarischen Beratungen durchgesetzt.<sup>18</sup> Erst die »Kleine Steuerreform« von 1953 leitete einen dauerhaften Kurswechsel ein. Ihr wichtigstes Element war der gespaltene Körperschaftsteuertarif. Durch die Senkung des Satzes für ausgeschüttete Gewinne auf 30 % (gegenüber 60 % für einbehaltene Gewinne) sollte von der Unternehmensseite her ein Anreiz für höhere Ausschüttungen geschaffen werden. Etzel, der 1952 auf den Posten des Vizepräsidenten der EGKS gewechselt war, hatte an diesen Entscheidungen keinen unmittelbaren Anteil. Aber schon die Auseinandersetzung um die 1954 folgende Große Steuerreform zeigt ihn in seiner typischen Vermittlerrolle. Das Bundesfinanzministerium hatte die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes immer nur als eine zeitweilige Vergünstigung betrachtet, die im Zuge einer allgemeinen Tarifsenkung aufgehoben werden müsse. Insbesondere Finanzminister Schäffer hatte für die Förderung des Aktienmarkts – des »arbeitslosen Einkommens«, wie er es nannte – wenig Interesse und Sympathie. In der Ausschußfassung des Steuerreformgesetzes war der Körperschaftsteuertarif bei 45 % vereinheitlicht worden. Der für das Gebiet »Finanzen und Steuern« zuständige Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses der CDU hatte sich über diese Frage mit Schäffer so zerstritten, daß die Gespräche abgebrochen werden mußten. In dieser Situation schaltete sich Etzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses ein, brachte Schäffer und die führenden Steuerexperten der CDU/CSU-Fraktion wieder zusammen und erreichte, daß der günstigere Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne in den Schlußberatungen wiederhergestellt wurde.<sup>19</sup>

17 Nr. 11 der Leitsätze zur Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft.

18 *Der Wolf ist tot*, in: *Der Spiegel* Nr. 44 vom 30.10.1957, S. 16.

19 ACDP NL Hellwig I-083-176/2, Notiz über eine Besprechung des Wirtschaftsausschusses mit Schäffer am 26.10.1954; Schiettinger an Strickrodt 5.11.1954.

Solche erfolgreichen Vermittlungsaktionen Etzels blieben in den Jahren 1953 bis 1955 aber die Ausnahme. Seine Einflußmöglichkeiten waren begrenzt. Es war bezeichnend, daß die Koordination zwischen dem Finanzminister und der Regierungsfraktion bei der Großen Steuerreform von einem Parteigremium wahrgenommen wurde, und nicht etwa vom Wirtschaftsminister, der doch seit Jahren den Abbau der Selbstfinanzierung forderte. Die Vermittlungsfähigkeit des Wirtschaftsausschusses zwischen Regierung und Bundestagsfraktion wurde aber dadurch beeinträchtigt, daß als Etzels Stellvertreter in Parlament und Partei Fritz Hellwig, der Leiter des Deutschen Industrie-Instituts, fungierte.<sup>20</sup> Ihn sah Erhard in der Kartellfrage als einseitigen Interessenvertreter des BDI an<sup>21</sup> und zog es daher vor, den Wirtschaftsausschuß weitgehend zu ignorieren.

#### Etzel contra Schäfer

Erst im Juni 1956 schaltete sich Etzel wieder in die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik ein. Die Bundesregierung befand sich in einer desolaten Lage. Mit einem triumphalen Wahlsieg von CDU und CSU im folgenden Jahr rechnete noch niemand. Einer der Gründe für das Stimmungstief im Regierungslager waren die finanzpolitischen Turbulenzen infolge der Plünderung des »Julisturms«. Der Wiederaufbau war nicht nur mit einer hohen staatlichen Nettovermögensbildung einhergegangen; seit 1955 hatte der Bund auch hohe Kassenüberschüsse angehäuft. Ihre Verausgabung durch den »Kuchenausschuß« der CDU/CSU-Fraktion im Frühjahr 1956 drohte die ohnehin überschäumende Konjunktur vollends aus dem Gleichgewicht zu bringen. Zerwürfnisse zwischen Bundesregierung und Bundesbank, Adenauer und Erhard, Schäffer und Adenauer waren die Folge.<sup>22</sup> Das Staatsschiff schien führungslos in den Wogen der Hochkonjunktur zu schwanken. Zur gleichen Zeit lagen viele ordnungspolitische Vorhaben im Parlament fest, von denen man sich auch günstige gesamtwirtschaftliche Auswirkungen erhoffte. Dies galt für das Kartellgesetz, das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften, die Vereinfachung des Steuerrechts und die seit 1950 vorbereitete Aktienrechtsreform.

In dieser Situation ergriff Etzel die Initiative und forderte am 4. Juni 1956 von Adenauer die Entlassung Finanzminister Schäffers und einen

<sup>20</sup> BA NL 257 Etzel/167, Pickert an Etzel 18.10.1955; Hellwig an Etzel 4.11.1955.

<sup>21</sup> Ludwig-Erhard-Stiftung (fortan: LES), Briefwechsel Erhard – Adenauer I 1) 4, Erhard an Adenauer 04.07.1956. Dazu auch KOERFLER (Anm. 1), S. 125.

<sup>22</sup> KOERFLER (Anm. 1), S. 84-89, 109-126.

Kurswechsel in der Finanzpolitik.<sup>23</sup> Der unglückliche Schäffer war damals – mehr durch taktisches Ungeschick als wegen unvereinbarer Gegensätze – zum Sündenbock nicht nur der Unternehmer, sondern fast der gesamten Wirtschaftswissenschaft geworden. Etzel schlug auf geschickte und sachlich überzeugende Weise einen Bogen von den Forderungen der Unternehmer zu neoliberalen Ordnungsvorstellungen. Die Steuern sollten gesenkt werden, aber gleichzeitig sollte durch Sparanreize und eine Reform des Aktienrechts die Investitionsfinanzierung stärker auf den Kapitalmarkt gelenkt werden. Etzel zeigte sich sensibel für die beginnende Kritik an der einseitigen Vermögensbildung im Wiederaufbau, wenn er verlangte, die Sparförderung für untere Einkommensschichten attraktiver zu machen. Etzels Intervention trug dazu bei, daß die Regierungspolitik wieder Tritt faßte, und einige lange verzögerte Projekte, wie das Kartellgesetz und das Investmentgesetz, endlich verabschiedet wurden. Adenauer war von Etzels Tatkraft so beeindruckt, daß er ihm im August 1956 anbot, ins Kabinett einzutreten, um dort die Wirtschaftspolitik zu »koordinieren«.<sup>24</sup> Etzel lehnte aber ab, da er mit dem erbitterten Widerstand Schäffers und Erhards rechnen mußte und darauf spekulierte, nach der Bundestagswahl Aussicht auf einen besseren Posten zu haben.

In seinen Bemühungen um die Formulierung einer konsensfähigen finanzpolitischen Linie ließ Etzel aber nicht nach. Er tat sich mit den Steuerexperten der CDU/CSU-Fraktion zusammen und entwarf ein kapitalmarkt- und vermögenspolitisches Programm, das er im Juli 1957 auf dem ersten Wirtschaftstag der CDU in Frankfurt vorstellte.<sup>25</sup> Es war Etzel gelungen, die Vorstellungen großer Teile der Wirtschaft und der Neoliberalen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Frankfurter Wirtschaftstag war eine Kampfansage an Finanzminister Schäffer. Doch war Schäffers Ablösung nach der Bundestagswahl noch keineswegs ausgemacht. Adenauer konnte nicht ignorieren, daß der Finanzminister in der Bevölkerung populär war und namhafte Anhänger in der CDU/CSU-Fraktion hatte.<sup>26</sup> Etzel wurde von

---

23 Abschrift in LES, Briefwechsel Erhard – Adenauer I 4) 41. Dem Schreiben lag vermutlich eine Ausarbeitung »Gliederung einer Aussprache über Konjunkturpolitik« zugrunde, die Etzels Mitarbeiter Fritz Schietinger am 2. Juni verfaßt hatte. In: BA NL 254 Etzel/167.

24 Der einzige mir bekannte Hinweis auf diese Episode findet sich in BA NL 254 Etzel/167, Etzel an Pfister 21.08.1956. Der Vorschlag soll von Hanns Seidel ausgegangen sein.

25 *Die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU. Auszüge aus den Grundsatzreferaten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 18. Juli 1957 in Frankfurt/Main*, hg. vom Bundesausschuß der CDU für Wirtschaftspolitik und vom Wirtschaftsbeirat der Union e.V., 1958, mit Referaten von F. Etzel, F. Hellwig, A. Pickert, P. Binder, H. Lünendonk, H. Seidel und L. Erhard.

26 Die bisherige Forschung geht davon aus, daß Adenauer schon seit dem Frühjahr, spätestens aber am Wahlabend zur Ablösung Schäffers entschlossen war. SCHWARZ (Anm. 2), S. 278, 354. KOERFER (Anm. 1), S. 164.

seinen Freunden, aber auch von der Wirtschaftspresse immer drängender aufgefordert, das Finanzministerium offen für sich zu beanspruchen.<sup>27</sup> Er selbst hielt sich auffallend zurück. Möglicherweise schreckte er davor zurück, das bekanntermaßen undankbare Amt des Finanzministers zu übernehmen. Sein Verhalten erinnert an die Auseinandersetzung um die Nachfolge Adenauers 1959, als er offenbar lieber gerufen werden wollte, als um die Kanzlerschaft zu kämpfen. Gewollt oder ungewollt – Etzel rückte im Spätsommer 1957 zwangsläufig in die Position des Herausforderers. Am 23. September trug er Adenauer die Forderungen des Frankfurter Wirtschaftstages persönlich vor.<sup>28</sup> Die Entscheidung über die Besetzung des Finanzministeriums erfolgte zwar erst Mitte Oktober, nachdem die CSU-Landesgruppe von Schäffer abgerückt und Adenauer mit seinem Versuch, ein Europaministerium zu schaffen, gescheitert war. Doch seit dem 23. September gab es endlich eine personelle und sachliche Alternative zu Fritz Schäffer – eine entscheidende Voraussetzung für dessen Sturz. Dieser Umstand ist von der bisherigen Forschung zu wenig beachtet worden, die den Grund für die Ablösung Schäffers fast ausschließlich in dem schlechten persönlichen Verhältnis zu Adenauer sieht.

#### Ministerzeit, 1957-1961

Etzel hatte das Kunststück vollbracht, CDU und CSU, Unternehmer und Neoliberale, Großindustrie und Mittelstand zumindest momentan auf eine gemeinsame finanzpolitische Linie festzulegen. Er hatte sich dadurch – wie zögernd auch immer – ein Schlüsselressort erkämpft und eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des Kabinetts verdrängt. Auch wenn Adenauer ihn nicht bewußt als möglichen Nachfolger nach Bonn geholt hätte, hätte dies genügt, um in den Kreis der Kanzlerkandidaten aufzusteigen. Der neue Finanzminister trat sein Amt unter dem Beifall der Wirtschaftspresse und der neoliberalen Wissenschaftler an. Für Adenauer eröffnete seine Ernennung die Aussicht, daß in der Finanzpolitik endlich Stetigkeit und Ruhe einkehren würden. Seine Kabinettskollegen hofften auf ein Ende der peinlichen Auseinandersetzungen um Kleinstbeträge, für die Schäffer berüchtigt gewesen war. Und Etzel tat zunächst alles, die in ihn gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen. Innerhalb kürzester Zeit stellte er eine umfassende Steuerreform vor und brachte sie fast unversehrt durchs Parlament.<sup>29</sup> Der Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne wurde auf 15 % ermäßigt. Erhard konnte sich

---

<sup>27</sup> BA NL 254 Etzel/171, Binder an Etzel 12.09.1957; Scharnberg an Etzel 27.09.1957.

<sup>28</sup> *Der Wolf ist tot*, in: *Der Spiegel* Nr. 44 vom 30.10.1957, S. 16.

<sup>29</sup> MUSCHIED (Anm. 13), S. 82-87. *Haushaltsreden. Franz Etzel 1957-1961*, hg. vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1994, S. 35, 38-40.

nicht mit seiner Forderung durchsetzen, die Doppelbesteuerung vollständig zu beseitigen. Die Steuerreform war keine der vielen ephemeren Gesetzesänderungen, die seither mit diesem anspruchsvollen Namen bedacht worden sind. Das Körperschaftsteuerrecht blieb im wesentlichen bis 1975 erhalten, der ebenfalls neu gefaßte Einkommensteuertarif hatte in seinen Grundzügen sogar bis 1990 Bestand.

Der spezifisch neoliberale Charakter der Steuerreform von 1958 wird deutlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der Aktienrechtsreform betrachtet, deren Referentenentwurf ebenfalls 1958 vom Bundesjustizministerium veröffentlicht wurde. Der Druck auf die Vorstände der Aktiengesellschaften zur Ausschüttung der Gewinne sollte auch über das Gesellschaftsrecht erhöht werden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Etzel die Ziele der Aktienrechtsreform befürwortete.<sup>30</sup> Die Durchsetzung der Steuerreform von 1958 und das energische Vortreiben der Aktienrechtsreform markieren den Höhepunkt des neoliberalen Einflusses auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nachkriegszeit. Unbestreitbar war dies auch ein Erfolg für Ludwig Erhard. Doch erst die Mobilisierung des Wirtschaftsflügels durch Franz Etzel verhalf der Steuer- und Kapitalmarktreform zum Durchbruch.

Die Steuersenkungen von 1958 fügten sich in den Rahmen von Etzels Haushaltspolitik »am Rande des Defizits« ein. Etzel beugte erfolgreich der Entstehung weiterer Kassenüberschüsse vor und baute den »Juliumsturm« bis 1959 ab. Es gelang ihm, die Haushaltswirtschaft des Bundes nach mehreren stürmischen Jahren wieder in geordnete Bahnen zu lenken, obschon die Wiederbewaffnung neue große Anforderungen mit sich brachte.<sup>31</sup> Er stellte die Glaubwürdigkeit der Haushaltspolitik wieder her, die seit 1955 Schaden genommen hatte.<sup>32</sup> Darüber hinaus beinhaltete Etzels Devise eine grundsätzliche Absage an staatliche Vermögensbildung.<sup>33</sup> Zu einer stärkeren Finanzierung von Investitionen durch Kreditaufnahme kam es in der dritten Legislaturperiode aber noch nicht. Mit der fiskalischen Politik seines Vorgängers brach Etzel auch dadurch, daß er in seinem Ressort einschneidende personelle Veränderungen vornahm und die Stellung der volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Gruppe aufwertete.<sup>34</sup>

30 Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang sein Briefwechsel mit dem Schweizer Nationalökonom Edgar Salin aus den Jahren 1959/60, in: BA NL 254 Etzel/335.

31 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 19, 21-23, 26.

32 Günter Schmolders, *Öffentlichkeitsarbeit der Finanzverwaltung*, in: *Etzel-Festschrift* (Anm. 5), S. 335-350, hier S. 335.

33 Daher greift es zu kurz, Etzels Haushaltspolitik als »pragmatisch-opportunistisch« zu charakterisieren, wie es Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 295 tut.

34 Fritz SCHIETTINGER, *Die Volkswirte in der Bundesfinanzverwaltung*, in: *Etzel-Festschrift* (Anm. 5), S. 351-359.

Den letzten Bestandteil des Gesetzespakets von 1958 bildete das Sparprämiengesetz. Es stellte die Sparförderung auf eine neue Grundlage. Von den Sparprämien profitierten alle Einkommensschichten. Zudem wurde die Diskriminierung der Wertpapieranlage gegenüber dem Kontensparen und der Wohnungsbaufinanzierung zumindest formal beseitigt. Erhard hätte die Sparförderung lieber abgeschafft. Er wollte es dem einzelnen überlassen, zu sparen oder nicht – eine extrem doktrinäre Position, die aber der sozialen und wirtschaftlichen Realität der Nachkriegszeit durchaus gerecht wurde. Erhard war auch nicht der Ansicht, daß die volkswirtschaftliche Ersparnis unbedingt gesteigert werden müsse. Dagegen stimmte Etzel mit der Wirtschaft darin überein, daß auch in Zukunft eine hohe Investitionsrate notwendig sei, wollte aber zumindest einer fortgesetzt ungleichen Vermögensbildung vorbeugen. Hinzu kam, daß die Kreditwirtschaft an einem Weiterbestehen der Sparförderung interessiert war. Etzels Schwager, der Bankier Hugo Scharnberg, war sogar der geistige Vater der staatlichen Prämienförderung. Die Verquickung von ordnungspolitischen Grundsätzen, sozialpolitischer Aufgeschlossenheit und Wirtschaftsinteressen – in diesem Fall sachlich gelungen – war typisch für Etzels Politik. Etzel setzte das Sparprämiengesetz gegen erhebliche Widerstände Anfang April 1959 durch. Dies war der Höhepunkt seiner Erfolge als Finanzminister – und der Wendepunkt seiner politischen Karriere. Am 7. April 1959 löste Konrad Adenauer durch seine Erklärung, Bundespräsident werden zu wollen, die Nachfolgedebatte aus, die alle Beteiligten – Adenauer, Erhard und Etzel – nur mit großem Ansehensverlust überstanden.

Zu einfach wäre es aber, Etzels schnellen Abstieg, der 1959 einsetzte, allein mit den Blessuren zu erklären, die er sich bei seinem allzu zaghaften Kampf um das Kanzleramt zuzog. Die Gründe für sein persönliches Scheitern liegen tiefer. Der Spagat zwischen Wirtschaftsinteressen und neoliberaler Ordnungspolitik, der Etzels gesamte Laufbahn kennzeichnete, mußte ihn auf Dauer überfordern. Persönlich und beruflich war Etzel der Schwerindustrie und den Banken verbunden. Die Wirtschaftsverbände betrachteten ihn als »ihren Mann« in Bonn. Seine ordnungspolitischen Überzeugungen dagegen machten ihn zum natürlichen Verbündeten Ludwig Erhards. Bei der Steuerreform 1958 gelang es Etzel zum letzten Mal, neoliberale Prinzipien und Forderungen der Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen. Seitdem aber wurde er zunehmend zwischen den Fronten zerrieben. Die Reform des Aktienrechts blieb in der dritten Legislaturperiode stecken und konnte erst 1965 verabschiedet werden. Bei der Privatisierung von Bundesunternehmen machte sich Etzel die Bedenken der Großbanken gegen die im Wirtschaftsministerium kreierte »Volksaktie« zu eigen. Die von Etzel gewünschte Reform der konzentrationsfördernden Umsatzsteuer kam nicht voran, weil er vor den Vorbehalten und Ängsten in Wirtschaft und Finanzverwaltung zurückschreckte. Bei seinen Vermittlungsversuchen lief er stets Gefahr, es

allen recht machen zu wollen und gerade dadurch die in ihn gesetzten Erwartungen zu enttäuschen. Das beste Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Aufwertung der D-Mark 1960/61. Etzel stimmte Erhard darin zu, daß nur eine Aufwertung den Import der Inflation stoppen könne, und warb gegenüber Unternehmern um Verständnis für diesen Standpunkt.<sup>35</sup> Der hartnäckige Widerstand der Bundesbank, wohl auch die Proteste des BDI, verfehlten ihre Wirkung aber nicht: In der entscheidenden Kabinettsitzung am 2. November 1960 ließ Etzel den Wirtschaftsminister im Stich.<sup>36</sup> Er suchte, nicht untypisch für ihn, Zuflucht in fragwürdigen Kompromissen und schlug die Wiedereinführung von Devisenkontrollen vor. Erhard setzte die Aufwertung schließlich im Alleingang durch. Sein unbeirrbares Beharren auf der als ordnungspolitisch richtig erkannten Position zahlte sich aus; er bewies größeres Stehvermögen als sein früherer Kampfgefährte. Der Streit um die D-Mark-Aufwertung belastete Etzel physisch wie psychisch schwer.

Franz Etzel fehlten zwei entscheidende Voraussetzungen zum politischen Erfolg: Robustheit und Härte. Auch in der Haushaltspolitik begannen sich die Rückschläge zu häufen. Die Verabschiedung des Sparprämiengesetzes war ein Pyrrhussieg gewesen. Der Finanzminister hatte sich in eine unhaltbare Position manövriert, indem er ein kostenaufwendiges Ausgabengesetz gegen die Bedenken erheblicher Teile des Parlaments einbrachte. Fortan bot er den Forderungen von Interessengruppen viel Angriffsfläche. Berüchtigt wurde sein »Umfall« in der Frage der Kriegsopferversorgung, als er im Herbst 1959 über den Kopf von Arbeitsminister Blank hinweg der Abgeordneten Maria Probst (»Maria Heimsuchung«) die Erfüllung ihrer Wünsche zusagte.<sup>37</sup> Die Öffentlichkeit begann, auf seine Nachgiebigkeit zu zählen<sup>38</sup> – für einen Finanzminister kommt dies einem Todesurteil gleich. Schon im August 1960 vertraute Erhard Journalisten an, Etzel werde dem kommenden Kabinett vermutlich nicht mehr angehören.<sup>39</sup> Gesundheitlich angeschlagen und durch einen schweren Unfall seiner Tochter zusätzlich getroffen, stellte Etzel Adenauer sein Amt vor der Bundestagswahl 1961 zur Verfügung. Für Insider war es keine Überraschung, daß der Kanzler das Finanzressort bei den Koalitionsverhandlungen der FDP anbot.

Dieselben Eigenschaften, die Etzel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses zugute gekommen waren, erwiesen sich für den Finanzminister als nicht unbedingt vorteilhaft. Das Agieren aus dem Hintergrund, das er bis 1957 so gut beherrscht hatte, war doch verschieden von der offenen Auseinandersetzung mit Kabinettskollegen oder der

35 KOERFER (Anm. 1), S. 468 f., 482.

36 KOERFER (Anm. 1), S. 513.

37 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 171.

38 Als Beispiel siehe *Arbeiter-Dividende*, in: *Der Spiegel* Nr. 52 vom 23.12.1959, S. 28.

39 KOERFER (Anm. 1), S. 460 f.



Regierungsfraktion. Vorher Experte unter Experten, stand er nun Interessenvertretern unterschiedlichster Couleur gegenüber. Etzel war wie geschaffen dafür, in kleinem Kreis Gegensätze zu überbrücken und zu vermitteln. Ruhig, sachlich, geduldig, fast unfähig zur Polemik, konnte er Spannungen entschärfen und Differenzen auf ihren sachlichen Kern zurückführen. Fast das Gegenbild zu Wirtschaftsminister Erhard, der im persönlichen Gespräch oft gehemmt war, in der Menge aber zu großer Form auflaufen konnte! Etzel wirkte hölzern. Es gelang ihm nicht, Menschen für seine Pläne zu begeistern, eine treue Anhängerschaft um sich zu sammeln.<sup>40</sup> Eine »Brigade Etzel« kann man sich nicht vorstellen. Und noch etwas fehlte ihm: Er war weder hemdsärmelig noch hartnäckig genug, um seine Ziele auch in der Auseinandersetzung von Mann zu Mann durchzuboxen. Es ist bezeichnend für Etzel, daß er auch im Sommer und Herbst 1957 niemals die persönliche Konfrontation mit Fritz Schäffer suchte, daß er sich sogar bemühte, ihn zur Übernahme der neoliberalen Steuerkonzeption zu bewegen. Ihm ging die Zähigkeit seines Vorgängers ab, den er an volkswirtschaftlicher Einsicht weit überragte. Er besaß auch nicht die beneidenswerte Eigenschaft Erhards, Nackenschläge wegstecken und sich nach schweren Demütigungen schnell wieder regenerieren zu können.

Auch der heutige Betrachter, dem Etzel nicht aus persönlicher Anschauung oder durch das Fernsehen bekannt ist, kann sich ein Bild von dem Eindruck machen, den der Finanzminister bei seinen Zeitgenossen hinterließ. Für den Historiker gehören Etzels Haushaltsreden zu den besten, die je gehalten wurden.<sup>41</sup> Übersichtlich im Aufbau, anspruchsvoll im Gehalt, anschaulich in der Diktion, vermitteln sie das Bild eines Mannes, der seine Zuhörer durch Offenheit für sich gewinnen wollte, der sich nicht scheute, ihnen schwierige Zusammenhänge darzulegen, an ihre Einsicht und ihren Verstand appellierte und auf politische Leerformeln verzichtete. Etzel setzte sich bewußt von seinem Vorgänger ab, der stundenlange Erfolgsberichte, garniert mit hausväterlichen Sentenzen, präsentiert hatte, die finanzpolitische Lage aber kunstvoll verschleierte. Der neue Stil trug dazu bei, die gegenseitige Sprach- und Verständnislosigkeit zu überwinden, die das Verhältnis von Finanzpolitik und Finanzwissenschaft bis dahin belastet hatte.<sup>42</sup> Anders die Reaktion der Abgeordneten: Animierte Schäffer das Publikum oft zu Beifall oder zu Zwischenrufen, die er schlagfertig parierte, so verlas Etzel seine Reden beinahe ohne Unterbrechung. Die Zuhörer fühlten sich anscheinend wie in einem volkswirtschaftlichen Kolleg, an dessen Ende sie höflich klopfen, ohne alles verstanden zu haben.

40 KOERFER (Anm. 1), S. 286.

41 Siehe die vom Bundesministerium der Finanzen begonnene Edition der Haushaltsreden der bundesdeutschen Finanzminister (Anm. 29).

42 *Haushaltsreden Etzel* (Anm. 29), S. 18.

Als Kanzler hätte Etzel vermutlich kaum glücklicher agiert als Ludwig Erhard. Er hat sich in der Nachfolgedebatte nicht leichtfertig nach vorne gedrängt. Er war sich der Größe der Aufgabe, aber wohl auch seiner eigenen Schwächen bewußt. »Der nächste Kanzler wird immer im Schatten seines Vorgängers stehen. Er wird nicht an Adenauer, er wird am Mythos Adenauer gemessen werden. Er wird sich schnell abnutzen und nur ein Mann des Übergangs sein«, sagte er mit dem ihm eigenen Realismus schon 1958 voraus.<sup>43</sup> Mißt man Etzel nicht an Adenauer, sondern an seinem Vorgänger und seinen Nachfolgern im Amt des Bundesfinanzministers, so kann er durchaus bestehen. Er hat die Finanzpolitik im Inhalt wie im Stil modernisiert und den Anschluß an die wissenschaftlichen Strömungen seiner Zeit gefunden. In Umkehrung eines Diktums über Fritz Schäffer könnte man sagen, daß Etzel mehr Steuerminister denn Haushaltsminister war. Als einziger Finanzminister brachte er ein Steuerprogramm aus einem Guß mit, das er zum größten Teil verwirklichte. Die Probleme, die er hinterließ, sind zum Teil bis heute ungelöst.

---

43 KOERFER (Anm. 1), S. 286.

## Innerdeutsche Beziehungen im Vorfeld der Wende

Die Kontakte zwischen SPD und SED 1982 – 1989

Von Frank Müller

»Eine Darstellung der innerdeutschen Beziehungen seit Herbst 1982 hat zu beachten, daß nach der Öffnung der DDR/SED-Akten noch mit einigen Überraschungen zu rechnen ist.« Diese Formulierung, die Jens Hacker seiner jüngsten Darstellung über die Ostpolitik der CDU-geführten Bundesregierung seit 1982 voranstellt,<sup>1</sup> beschreibt ein grundlegendes Dilemma der zeitgeschichtlichen Forschung. Zwischen den öffentlichen Legitimationen einer Politik – vorgetragen in Parlamentsdebatten, Denkschriften, Interviews – und ihren Ergebnissen – sie finden sich hauptsächlich in Verträgen, gemeinsamen Kommuniqués, mitunter auch in einer indirekten persönlichen Geste – klafft oft eine Lücke. Die Suche nach den tatsächlichen Antriebskräften, den Motiven, und die Rekonstruktion ihrer Umsetzung im Tagesgeschäft bleibt dort reine Spekulation, wo der Zugang zu den Archiven fehlt, also immer dann, wenn sich der Forschung Sperrfristen entgegenstellen. Insofern findet der Benutzer in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO-BArch) eine glückliche Ausnahmesituation vor: Das Schriftgut der SED – ohne zeitliche Begrenzung zugänglich bis 1989 – bietet eine hervorragende Möglichkeit, die eben beschriebene Lücke, wenn nicht zu schließen, so doch auszufüllen.

Einen ersten umfassenden Beitrag hat kürzlich der stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Heinrich Potthoff, vorgelegt.<sup>2</sup> Seine im Juni 1995 erschienene Dokumentation der innerdeutschen Beziehungen zwischen 1982 und 1989 zeichnet anhand von 86 Gesprächsprotokollen aus dem früheren SED-Parteiarchiv die Kontakte der bundesdeutschen Parteien mit den Staats- und Parteichefs Erich Honecker und Egon Krenz nach.

Gleichwohl ist der Band noch keine verlässliche Stütze für eine qualitative Bewertung dieser Beziehungen – kann sich Potthoff doch nicht von seiner parteipolitischen Herkunft lösen. Zwei Kunstgriffe sind es, die stutzig machen. Da sind zum einen die deutschlandpolitischen Positionen der Parteien,

<sup>1</sup> Jens HACKER, *Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/94 v. 8.4.1994, S. 16-26, hier S. 16.

<sup>2</sup> Heinrich POTTHOFF, *Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995.

die Potthoff im Vorspann nacheinander abhandelt – ignorierend, daß die Oppositionspartei SPD sich ganz andere Fragen nach der Legitimation ihrer Kontakte zur SED gefallen lassen muß, als dies bei Vertretern einer Regierung der Fall ist. Letztere mußten das Gespräch suchen, die Opposition nicht.

Zum anderen vermittelt die Beschränkung auf die Gesprächsebene Honecker/Krenz ein schiefes Bild. Wichtige Bestände der SAPMO – wie das Büro Hermann Axen und die ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) – werden kaum oder überhaupt nicht ausgewertet. Gerade hier aber findet sich eine Fülle zusätzlicher Dokumente, die für eine Untersuchung der innerdeutschen Beziehungen, insbesondere der sozialdemokratischen Kontakte nach Ost-Berlin unerlässlich sind.

Im folgenden soll daher versucht werden, aufgrund des Gesamteindrucks aus den SED-Parteiakten Entwicklungslinien im Verhältnis von SPD und SED nachzuzeichnen und Sachaussagen mit einer kontinuierlichen Abfolge von Belegen zu stützen. Der politischen Diskussion bleibt es vorbehalten, anders zu gewichten, da die Mitwirkung an den Ereignissen Einblicke eröffnet, die dem auf schriftliche Quellen angewiesenen Historiker gelegentlich fehlen. Der geschichtlichen Forschung hingegen wird es vorbehalten bleiben, mit Hilfe der bislang noch kaum erschlossenen westdeutschen Akten die »Binnensicht« der ostdeutschen Quellen zurechtzurücken.

Pacta sunt servanda:

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982 – 1989

Die Erkenntnis, daß die Regierung Helmut Kohl an die Deutschland- und Ostpolitik ihrer sozialdemokratischen Vorgängerinnen ohne Kontinuitätsbruch angeknüpft hat, ist heute unbestritten.<sup>3</sup> Was die Regierungsparteien von den Sozialdemokraten jedoch unterschied, war die Bereitschaft, am langfristigen Ziel der deutschen Einheit festzuhalten, und die Weigerung, bundesdeutsche Positionen (Staatsbürgerschaft, Erfassungsstelle Salzgitter, Elbgrenze) ohne substantielle Gegenleistungen der DDR aus der Hand zu geben. So wenig, wie diese Prinzipientreue die vertraglichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beeinträchtigt hat, so wenig konnte die

---

<sup>3</sup> Dazu im Überblick: Christian HACKE, *Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: Werner WEIDENFELD/Helmut ZIMMERMANN (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, München 1989, S. 535-550; Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989*, Paderborn u.a. 1992; Karl-Rudolf KORTE, *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands*, Frankfurt/M. 1994.

SPD aus ihrer Oppositionsrolle heraus etwas bewegen, indem sie den »Geraer Forderungen« Erich Honeckers vom Oktober 1980<sup>4</sup> entgegenkam. Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft im Rahmen des Grundgesetzes und die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter waren Konzessionen, die vielleicht die atmosphärischen Gesprächsbedingungen zwischen SPD und SED verbesserten, das innerdeutsche Verhältnis jedoch kaum beeinflussen konnten. Verhandeln mußte die DDR-Führung mit der Regierung der Bundesrepublik, nicht mit ihrer parlamentarischen Opposition.

Läßt sich daher schon aus den Rahmenbedingungen und Ergebnissen der Zeit zwischen 1982 und 1989 nicht ableiten, es habe einer sozialdemokratischen »Neben-Außenpolitik« bedurft, so unterstreicht auch ein Blick in die SED-Parteiakten diesen Befund. Die entscheidende Frage, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1982 – aber auch darüber hinaus – stellen mußte, war die nach der Perzeption des Bonner Regierungswechsels in Ost-Berlin. Würde die SED die »Wende« in Bonn als deutschlandpolitischen Kontinuitätsbruch, gar als Bedrohung empfinden? Für die alte und neue Regierungspartei FDP stellte sich das Problem nicht; sie stand mit ihrer Außenpolitik ohnehin in sozial-liberaler Tradition. Wichtig war vielmehr das Bild, das die CDU als zunächst potentielle, später tatsächliche Regierungspartei von sich zeichnete. Hier haben die Gespräche christlich-demokratischer Repräsentanten schnell mögliche Befürchtungen entkräftet und dafür gesorgt, daß die DDR-Führung sehr wohl eine klare Linie erkennen konnte, die sich weitgehend mit den Legitimationen der CDU deckte. So notierte der Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, Herbert Häber, am 15. September 1982 über eine Unterredung mit Norbert Blüm:<sup>5</sup>

»Bemerkenswert war ..., daß Norbert Blüm gleich zu Beginn des Zusammentreffens beinahe offiziell erklärte, die DDR könne davon ausgehen, daß im Falle eines Regierungswechsels in Bonn in Fragen der Ostpolitik und vor allem, was die Beziehungen zur DDR betrifft, die Kontinuität gewahrt bleibe.«

Besonderes Augenmerk richtete die Ost-Berliner Führung in dieser frühen Zeit auf einen ehemals erklärten Kritiker der Ost-Verträge und des KSZE-Prozesses, den bayerischen CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Er insbesondere war es, der eine unmißverständliche Trennlinie zwischen persönlicher Überzeugung und dem Grundsatz verläß-

---

4 Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, Regelung der Elbgrenze Strom-Mitte, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

5 Herbert Häber an Erich Honecker, 1982 IX 15 [Or.]: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.02/13 (ohne Follierung).

licher Außenpolitik zog. Die einmal abgeschlossenen Ost-Verträge wollte er bereits 1983 Honecker gegenüber nicht angetastet sehen.<sup>6</sup>

»Seinerzeit sei er ein Gegner dieser Verträge gewesen, weil sie schlampig ausgehandelt worden seien, aber »pacta sunt servanda« – Verträge sind einzuhalten. Schließlich sei er es gewesen, der veranlaßt habe, daß die Entscheidung fiel, daß es Bürger der DDR gibt.«

Vier Jahre später hieß es in einer weiteren Gesprächsniederschrift:<sup>7</sup>

»Schon 1973, in der Debatte zur damaligen Regierungserklärung nach der Bundestagswahl, habe F. J. Strauß festgestellt: »Pacta sunt servanda« (»Verträge müssen eingehalten werden«). Das werde von ihm ernst genommen, und auch E. Honecker nehme es damit ernst.«

Interessant ist auch, daß der Generalsekretär dem bayerischen Ministerpräsidenten diese politische Linie ganz offensichtlich abnahm, sicherlich nicht zuletzt der Milliardenkredite wegen, die Strauß 1983 und 1984 der DDR vermittelte. Egon Krenz notierte im Anschluß an eine Politbürositzung vom 3. September 1985, in der Honecker seine Eindrücke geschildert hatte:<sup>8</sup>

»Der Mann ist ein Realpolitiker. Es könnte auch noch schlimmer kommen ... E. Honecker: ... Das war schon die dritte Unterredung, die ich mit Strauß hatte, aber so provokatorische Fragen wie Schmidt hat er nicht gestellt.«

Zählte eine exponierte Persönlichkeit wie Franz Josef Strauß zu den Symbolfiguren einer Realpolitik, welche die SED rasch als Merkmal der neuen Bundesregierung zu isolieren wußte, so avancierte Mitte der achtziger Jahre der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, zum Hauptansprechpartner der Ost-Berliner Führung. In der Wahrnehmung seiner Gesprächspartner verkörperte er geradezu jene auch für andere Unionspolitiker typische Verbindung zwischen Prinzipientreue und der Bereitschaft, die gegenseitigen Beziehungen kontinuierlich auszubauen.<sup>9</sup>

»Schäuble erklärte ..., daß es möglich sein müsse, vor dem von ihm dargestellten Hintergrund der internationalen Lage auch die Beziehungen zwischen der BRD

6 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Franz Josef Strauß am 24.7.1983 auf Schloß Hubertusstock [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/962 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 147 mit Anm. 6.

7 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Franz Josef Strauß am 15.3.1987 in Leipzig [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/874 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 502.

8 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/29, fol. 1 f.

9 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Wolfgang Schäuble am 29.8.1986 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/841 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 445 f.

und der DDR zu entwickeln. Dabei käme es darauf an, nicht die unterschiedlichen Standpunkte in den Vordergrund zu stellen, sondern sich ausgehend von den bisherigen Ergebnissen auf das Machbare zu konzentrieren.«

Hinweise auf den fortbestehenden ideologischen Dissens durchziehen die Äußerungen des Kanzleramtsministers wie ein roter Faden, laufen aber immer wieder auf das Angebot hinaus, vernünftig zusammenzuarbeiten: »Mein Verständnis von den deutsch-deutschen Beziehungen«, erklärte er 1985 gegenüber dem ADN-Chefkorrespondenten in Bonn, Ralf Bachmann, »ist so, daß wir der anderen Seite nichts zumuten sollten, was wir selbst uns nicht gem zumuten lassen würden.«<sup>10</sup> Zwei Jahre später hieß es dann im Gespräch mit Honecker:<sup>11</sup> »Schäuble betonte abschließend, die Bundesregierung sei interessiert, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen voranzubringen.«

Für Ost-Berlin war der Umgang mit dem Kanzleramtsminister keineswegs einfach. So stöhnte Politbüro-Mitglied Hermann Axen – als ZK-Sekretär zuständig für Internationale Angelegenheiten – im Februar 1986, die Gespräche mit Schäuble würden »in der Sache hart« verlaufen.<sup>12</sup> Gleichwohl kam auch Axen nicht umhin, seinem Widerpart Verantwortungsbewußtsein für die Lage in Europa zu konzedieren. Egon Krenz notierte während der Politbürositzung vom 31. März 1987, daß sich sowohl Axen als auch Honecker vom Abrüstungswillen ihres Gesprächspartners und damit auch der Bundesregierung beeindruckt gezeigt hätten.<sup>13</sup>

Ähnlich wie Wolfgang Schäuble verhielten sich auch andere CDU-Politiker, mochten sie nun als Vertreter der Bundesregierung, als Ministerpräsidenten eines Bundeslandes oder nur als Repräsentanten der Bonner Regierungspartei in Ost-Berlin aufgetreten sein.<sup>14</sup> Aus den Gesprächsvermerken im SED-Archiv springen zahlreiche Hinweise auf eine »sachliche

---

10 Information über ein Gespräch Ralf Bachmanns mit Wolfgang Schäuble am 17.4.1985 in Bonn (anlässlich eines Essens mit ausländischen Korrespondenten) [Abschrift]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Joachim Herrmann, IV 2/2.037/47, fol. 75-78.

11 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Wolfgang Schäuble am 27.3.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/874 (ohne Foliierung). Vgl. auch IL POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 520.

12 Hermann Axen an Erich Honecker, o.D. (1986 II 14, Telegramm, Kop.); SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 119-122; ebenso fol. 136-139.

13 Handschriftliche Notizen zum Tagesordnungspunkt 2 der genannten Politbürositzung (»Bericht über Gespräche mit Schäuble, 26./27.3.1987«): SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/47, fol. 42. Ähnlich für den November 1988 auch IV 2/2.039/67, fol. 34 ff.

14 Dies gilt insbesondere für Bernhard Vogel, Lothar Späth, Eberhard Diepgen und Volker Rüge. Rüge zog dabei einen Trennungsstrich zwischen allgemeinen Betrachtungen und einzelnen Verhandlungsgegenständen. In letzterem Fall verwies er grundsätzlich auf die Kompetenz der Bundesregierung. U.a. Vermerk über ein Gespräch zwischen Hans Schindler (bis 1985 stv. Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn) und Volker Rüge am 6.6.1983 in Bonn: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37052 (ohne Foliierung).

und aufgeschlossene Atmosphäre« ins Auge, eben jene Rahmenbedingung, die es ermöglichte, Sachfragen in voller Kenntnis der Gegensätze zu behandeln. Anders hingegen sah es bei der SPD aus. Attribute wie »herzlich«, »kameradschaftlich« oder gar Bemerkungen, daß die Gespräche ohne jede Kontroverse verlaufen seien, kennzeichnen die Vermerke und Protokolle – Folgen einer erheblich engeren Kooperation, die uns später noch beschäftigen werden.<sup>15</sup>

Natürlich blieb Unmut in der SED nicht aus, wenn der eine oder andere Bonner Regierungspolitiker die Dinge in der Öffentlichkeit beim Namen nannte, oder der Bundeskanzler – zumal in Wahlkampfzeiten – auch an Konzentrationslager dachte, wenn er von DDR-Gefängnissen sprach.<sup>16</sup> Natürlich ärgerte sich Hermann Axen 1988 über die »deutschlandpolitischen Leitsätze« der CDU.<sup>17</sup> Gleichwohl lernte die DDR-Führung – nicht zuletzt aufgrund ihrer ökonomischen Interessen – mit diesen Schlägen zu leben. Man verhandelte mit einer Bundesregierung, deren Repräsentanten im Kanzleramt sich zwar ihre Grundsatzpositionen nicht wegschwatzen ließen, die aber von Ost-Berliner Seite als »Realisten« eingestuft wurden – und nicht als Hasardeure, Kriegstreiber, Imperialisten oder was dergleichen Vokabeln mehr die Chefileologen im Büro Hager erfinden konnten.

Ein Musterbeispiel für den Charakter konservativ-liberaler Deutschlandpolitik, die pragmatisch agierte und doch kein Blatt vor den Mund nahm, wenn es um die inneren Zustände in der DDR ging, lieferte Bernhard Vogel am 13. Februar 1987 in Ost-Berlin:<sup>18</sup>

»Natürlich sei ein Wahlkampf keine Fronleichnamsprozession ... Kohl habe zunächst eine positive Aussage über die Entwicklung der Beziehungen zur DDR gemacht. Das habe im Mittelpunkt gestanden. Die Äußerung über die KZ sei in einem Nebensatz in einer freigesprochenen Rede gefallen. Sie sei auch nie wiederholt worden.<sup>19</sup> Es handle sich also nicht um den Ausdruck der Absicht, eine andere Politik gegenüber der DDR einzuleiten ...

<sup>15</sup> Als Beispiele für die SPD: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 123-132 und 79, fol. 126-131 (mit Bezug auf Egon Bahr); für die CDU: 84, fol. 97-104 (mit Bezug auf Volker Rühle).

<sup>16</sup> Auf einer Wahlkampfveranstaltung der CDU am 4.1.1987 in der Dortmunder Westfalenhalle.

<sup>17</sup> Bewertung der »deutschlandpolitischen Leitsätze« der CDU, ohne Verfasser, o.D.: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/84, fol. 60 ff.

<sup>18</sup> Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Bernhard Vogel am 13.2.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/942 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 462 f. u. 466. Ähnlich Bernhard Vogel einen Tag zuvor im Gespräch mit Günter Mittag: SAPMO-BArch, Bestand Büro Günter Mittag, J NL 23/16 (ohne Foliierung). Weitere Belege bei H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 23 f.

<sup>19</sup> Vgl. Anm. 16.



Man müsse sich um Abrüstung bemühen, aber auch die Fähigkeit entwickeln, trotz Meinungsverschiedenheiten im Grundsätzlichen den Dialog und die Zusammenarbeit so zu gestalten, daß daraus gute Nachbarschaft erwachse. Man müsse sich auch dort respektieren, wo man sich nicht überzeugen könne ... Was Salzgitter betreffe, möchte er erklären, je weniger Notwendigkeit bestehe, etwas zu erfassen, um so weniger bestehe die Notwendigkeit, diese Stelle aufrechtzuerhalten. Wenn Deutsche nicht mehr in Lebensgefahr geraten, wenn sie von Deutschland nach Deutschland wollen, falle ein wesentlicher Grund für die Erfassungsstelle weg.«

### Ein Feld ohne Handlungsbedarf?

#### Sozialdemokratische Deutschlandpolitik in der Opposition

Lassen also bereits die Berliner Akten, die das Verhältnis von Bundesregierung und SED betreffen, nicht den Schluß zu, daß es einer oppositionellen »Neben-Außenpolitik« bedurfte, um vermeintliche Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wird dieser Befund durch Äußerungen verschiedener Sozialdemokraten noch zusätzlich bestätigt.

Wolfgang Roth erklärte am 1. Dezember 1982 gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Ewald Moldt, die SPD sei daran interessiert, daß sich die Regierung Kohl an die Prinzipien des Grundlagenvertrags halte:<sup>20</sup>

»So lange das geschehe, habe die SPD keinen Grund, in diesen Fragen Kritik an der Politik der neuen Regierung zu üben. Bisher habe er den Eindruck, daß die BRD-Regierung lediglich davon profitiere, was an Vereinbarungen noch zwischen der DDR und der Schmidt-Regierung abgesprochen wurde. Es nähere sich aber der Zeitpunkt, wo die Bundesregierung eigene Vorschläge und Initiativen entwickeln müsse. Die SPD werde danach ihre Haltung festlegen. Barzel verfüge über großen Einfluß und sei bestrebt, eine flexible und erfolgreiche Politik zu betreiben.«

Die neuen Initiativen der Bundesregierung, die Roth angekündigt hatte, eröffneten der SPD indes keine Möglichkeit, ihre Kontrahenten zu attackieren. Johannes Rau sprach im Januar 1985 mit Blick auf neuerliche Revanchismuskussionen zwar von Fehlentwicklungen in Westdeutschland, vermochte in den Reihen der Bundesregierung aber keine zu erkennen:<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen Ewald Moldt und Wolfgang Roth am 1.12.1982 in Bonn [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Westabteilung, J IV 2/10.02/20 (ohne Folierung).

<sup>21</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Johannes Rau am 11.1.1985 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/851 (ohne Folierung). Vgl. auch IL POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 301.

»Er wolle nicht verschweigen, daß es Entwicklungen in der BRD gebe, die er nicht für gut halte. Die SPD wolle dagegensteuern. Deshalb sei er auch dankbar für diesen Besuch. Die SPD habe ein Erbe von Willy Brandt zu hüten. Das werde ihn allerdings nicht daran hindern, die Bundesregierung zu verteidigen, wenn sie angegriffen werde.«

Hans-Jochen Vogel stellte fünf Monate später unmißverständlich klar:<sup>22</sup>

»Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die gegenwärtige Bundesregierung in allen Fragen zur SPD im Gegensatz stehe. Bei der Grenzdebatte sei dies ganz deutlich geworden.«

Wie wenig sinnvoll es zudem war, einzelne Äußerungen von CDU-Politikern, die in der Hitze von Bundestagswahlkämpfen fielen, als Ausdruck deutschlandpolitischer Grundsätze zu interpretieren, mußte im Februar 1987 auch der Hamburger Senatspräsident und Erste Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, einräumen:<sup>23</sup>

»V. Dohnanyi erklärte dazu – obwohl er politisch mit der Bundesregierung in vielen Fragen nicht übereinstimme, sei er doch der Meinung, daß es sich bei den Geschehnissen im Wahlkampf um »verbale Irrläufer« handele. Es handele sich nicht um eine Veränderung der politischen Linie.«

Die Bemerkungen Roths, Raus, Vogels und Dohnanyis weisen auf eine spezifische Schwierigkeit im Umgang mit der Gesamterscheinung SPD, nämlich auf die Bildung von Gruppen, die keineswegs Hand in Hand arbeiteten. Die »Neben-Außenpolitik« dieser Partei betrieben andere Vertreter – und zwar offensichtlich mit Motiven, die nach Aussage ihrer Parteifreunde deutschlandpolitisch nicht in der Sache zu begründen waren.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, noch ein kurzer Blick auf die Grundlagen der DDR-Außenpolitik und den Aussagewert der Berliner Quellen zum Komplex SPD-SED.

<sup>22</sup> Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Hans-Jochen Vogel am 16.5.1985 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/851 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 325.

<sup>23</sup> Niederschrift über ein Gespräch zwischen Günter Mittag und Klaus von Dohnanyi am 13.2.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Günter Mittag, J NL 23/16 (ohne Foliierung).

Zwischen Klassenbewußtsein und Pragmatismus:

Die »Friedliche Koexistenz« als Strukturmerkmal der DDR-Außenpolitik

Von den drei Strukturmerkmalen der DDR-Außenpolitik bildete auch die »Friedliche Koexistenz« für die SED-Führung ein strategisches Element, war also mehr als nur ein taktisches Manöver.<sup>24</sup> Mit den sicherheitspolitischen Fragen der achtziger Jahre gingen das Politbüro der SED und die zuständigen ZK-Abteilungen in einer Weise um, die nicht permanent den Bezug zur ideologischen Absicherung durch den Marxismus-Leninismus suchte. Für das Verhältnis zur Bundesrepublik und ihrer Exekutivgewalt blieb dies nicht ohne Folgen. Die Betonung des »Klassencharakters« der beiderseitigen Beziehungen – bis 1982 ein konstitutives Element entsprechender Analysen – verschwand allmählich, als die SED zu der Einschätzung gelangte, daß auch die Bonner Regierungspartei CDU als »realistische« Kraft einzuschätzen sei, mithin keine unmittelbare Gefahr für den Bestand der DDR darstelle.<sup>25</sup>

Die »Friedliche Koexistenz« und das Schlagwort »Sicherung des Friedens ist Staatsdoktrin« boten eine Grundlage, um jenseits der nach innen notwendigen Indoktrination Außenpolitik zu betreiben, die in einem gewissen Ausmaß von der Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme abstrahierete. Die innerdeutschen – oder nach DDR-Auffassung deutsch-deutschen – Beziehungen verlagerten sich damit teilweise auf die Ebene jener Do-ut-Des-Geschäfte, die im Spannungsfeld zwischen ideologischer Konfrontation und Détente zur Tagesordnung gehörten.

Vor diesem Hintergrund war es der SED-Führung möglich, im Rahmen der »Friedlichen Koexistenz« Beziehungen zu einer Bundesregierung zu unterhalten, die ganz offensichtlich darauf verzichtete, ökonomische Hebel zur Destabilisierung der DDR anzusetzen. Es muß daher nicht weiter überraschen, daß Erich Honecker am 12. März 1985 gegenüber Martin Bangemann konstatierte:<sup>26</sup>

»Die DDR ist an einer stabilen Entwicklung der Beziehungen mit der BRD interessiert und dabei sind stabile Regierungsverhältnisse der BRD ein wichtiger Faktor.«

---

24 Die beiden anderen: »Sozialistischer Internationalismus« und »Antimperialistische Solidarität«. Zu deren Inhalten vgl. Wilhelm BRUNS, *Die Außenpolitik der DDR* (Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Berlin 1985, S. 33–47.

25 Sehr deutlich läßt sich dieser Wandel an den verschiedenen Analysen aus den Beständen Büro Hermann Axen (hier IV 2/2.035/86) und ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (hier J IV 2/10.04/6 u. 28) ablesen.

26 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Martin Bangemann am 12.3.1985 in Leipzig [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/302, fol. 37–41.

Ost-Berlin war bereit, sich mit den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in der Bundesrepublik einzurichten; es kam auch für die SED in erster Linie auf Verlässlichkeit in den vertraglichen Beziehungen an. Mit der Heilsgewißheit im Rücken, der Sozialismus sei dem Kapitalismus ohnehin überlegen, nahm man kurz- und mittelfristig Abstand davon, gegenüber einer CDU-geführten Bundesregierung grundsätzlich Obstruktion zu betreiben. Ökonomische Zwänge taten ihr übriges.<sup>27</sup>

Daß die SED dabei eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bevorzugt hätte, steht freilich ebenso außer Frage. Zur offenen Hilfeleistung indes verstand sich die DDR nur ungern. Sie blieb stets darauf bedacht, den Anschein zu vermeiden, Ost-Berlin mische sich in die inneren Angelegenheiten des westdeutschen Nachbarn ein. Die spezifische Auslegung von Korb I der KSZE-Schlußakte durch die Staaten des Warschauer Paktes besaß eben auch im Verhältnis DDR – Bundesrepublik Gültigkeit. Das Prinzip der Nichteinmischung<sup>28</sup> wurde permanent genutzt, um Kritik in Sachen Menschenrechte und Grundfreiheiten zurückzuweisen – mit der Konsequenz, daß man sich aus den Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und ihrer Opposition weitgehend heraushielt.

Das durchaus vorhandene Interesse der SED an einem Regierungswechsel in Bonn erschöpfte sich denn auch meist in Vorwürfen, die SPD bewiese keinen ausreichenden Willen zur Macht. Mehrfach betonte Erich Honecker zwar, daß die Beziehungen zwischen SED und CDU nie besser sein könnten als zwischen SED und SPD. Auch signalisierte der Generalsekretär seine Bereitschaft, an geeigneten Rahmenbedingungen für einen Regierungswechsel in Bonn mitzuarbeiten.<sup>29</sup> Verhandeln aber könne er – so mußte sich Dieter Spöri im November 1987 sagen lassen – nur mit der Bundesregierung:<sup>30</sup>

---

27 Eine andere Frage ist die nach der verdeckten Einflußnahme der SED, also ihrer subversiven Westarbeit. Hier bedarf es für die Jahre 1971 bis 1989 noch genauer Untersuchungen. Das Jahrzehnt davor ist bereits ausführlich dokumentiert: Jochen STAADT, *Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1993.

28 Abschnitt VI des Prinzipienkatalogs. Kurze Erläuterung zuletzt bei Wilfried von BREDOW, *Der KSZE-Prozeß. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts* (WB-Forum, Bd. 67), Darmstadt 1992, S. 56.

29 SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 153-160 (Hermann Axen gegenüber Egon Bahr); 79, fol. 171-178 (Erich Honecker gegenüber Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Klaus Wedemeier); Bestand Büro Erich Honecker, J IV 2/201/1654 (Erich Honecker gegenüber Willy Brandt) und J IV 2/201/1689 (Erich Honecker gegenüber Karl-Heinz Hiersemann).

30 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Dieter Spöri am 12.11.1987 in Ost-Berlin [Or.: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/923 (ohne Folierung)]; hier die in indirekter Rede wiedergegebenen Äußerungen Honeckers. Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 204-213. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 674 f.

»Wir seien bereit, eine Lage herbeizuführen, die es ermöglicht, die ›Wende-Regierung‹ in Bonn durch eine SPD-geführte Regierung abzulösen. Allerdings müßten wir mit der Regierung verhandeln, die da ist. Als Kohl nach seiner Wahl zum Bundeskanzler den Stahlschrank geöffnet habe, habe er alle Papiere vorgefunden, aufgrund deren er dann habe weitermachen können.«

Mit anderen Worten: Die DDR-Führung dachte nicht daran, sich die ökonomischen Vorteile aus den Verhandlungen mit der Bundesregierung durch eine allzu offene Hilfe für die SPD nehmen zu lassen. Bonn hatte *das* Druckmittel gefunden, mit dem man der SED menschliche Erleichterungen abringen konnte, ohne die eigenen Grundsatzpositionen aufzugeben. Diese – halb unfreiwilligen – Hinweise an die Adresse sozialdemokratischer Gesprächspartner lassen Versuche der SPD, publikumswirksame Gesten der kommunistischen Führung einzufordern, noch um eine Spur problematischer erscheinen, als sie es ohnehin schon waren.

#### Der Aussagewert von Akten aus dem SED-Parteiarchiv

Die für unser Thema einschlägigen Akten im ehemaligen SED-Parteiarchiv bestehen zu einem Großteil aus Gesprächsvermerken bzw. -niederschriften über Treffen von SED-Parteifunktionären mit westdeutschen Politikern sowie Analysen aus der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) über die politische Situation in der Bundesrepublik. Hinzu kommen die Ergebnisprotokolle der wöchentlichen Politbürositzungen, die in den gesammelten Protokollnotizen von Egon Krenz eine wertvolle Ergänzung finden. Die sachlich wichtigsten Quellen liegen im Schriftgut der Büros Erich Honecker, Hermann Axen, Egon Krenz, Günter Mittag und der ZK-Abteilung für IPW. Darüber hinaus besitzen das Büro Joachim Herrmann und die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED eine gewisse Bedeutung.

Wahrheitsgehalt und Authentizität insbesondere der Gesprächsvermerke hängen maßgeblich von der Stellung des jeweils beteiligten SED-Politikers ab. Berichte von Reisekadern oder Kreis- bzw. Bezirksfunktionären sind in der Regel wenig brauchbar, da deren Verfasser gezwungen waren, Erfolge vorzuweisen – und sei es, um eine weitere Reise in den Westen unternemen zu können.

Anders stellt sich die Situation bei den Politbüro-Mitgliedern und ZK-Abteilungsleitern dar. Fehlschläge im Umgang mit den westlichen Gesprächspartnern wurden meist ungeschminkt aufgezeichnet, so daß umgekehrt kein Anlaß besteht, Hinweise auf entgegenkommende oder vertrauliche Gesten durchweg als sinnlose Übertreibungen einzustufen. Derartige Erfindungen

hätten die politische Arbeit in den Führungsgremien der SED lediglich behindert. Auch unterlagen die Verfasser entsprechender Berichte – nicht selten hochrangige Funktionäre wie der Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Karl Seidel – der nachträglichen Kontrolle durch die führenden Gesprächsteilnehmer. Oft wanderten die Schriftstücke – verbunden mit Empfehlungen für die weitere Arbeit – als Beschlußvorlagen an das Politbüro.

Vorsicht ist grundsätzlich bei pauschalen Formulierungen, aber auch bei konkreten Zitaten geboten. Letztere werden häufig in indirekter Rede wiedergegeben und zeichnen sich durch einen ständigen Wechsel zwischen Indikativ und Konjunktiv aus, so daß der Leser nicht immer entscheiden kann, wo der Gesprächsteilnehmer zitiert wird, und wo eigene Beurteilungen des Verfassers einfließen. Zudem können Hinweise, der westdeutsche Politiker habe den Einschätzungen seitens der SED zugestimmt, lediglich die positive Umschreibung beiläufigen Kopfnickens sein. Für stichhaltige Interpretationen kommt es darauf an, möglichst mehrere, in der Sachaussage ähnliche Zitate aus verschiedenen Niederschriften zu finden. Diese Vorgehensweise liegt den folgenden Ausführungen zugrunde.<sup>31</sup>

### Die SPD zwischen Machtverlust und der Verantwortung für den Frieden in Europa

Die Legitimationen, welche die SPD heute zur Begründung ihrer Kontakte mit der SED anführt, bestehen aus zwei Komponenten. Da ist zum einen das Bestreben, in einer Zeit verschärfter internationaler Rahmenbedingungen den sicherheitspolitischen Gesprächsfaden zur DDR (wie auch zur VR Polen und zur CSSR) nicht abreißen zu lassen. Daneben steht der Versuch, mit Hilfe permanenter Gesprächskontakte die SED-Führungskräfte einer »Sozialdemokratisierung« auszusetzen und eine Liberalisierung der DDR von oben anzustoßen.<sup>32</sup>

Tatsächlich bildeten die großen sicherheitspolitischen Fragen der achtziger Jahre den Schwerpunkt im institutionalisierten Teil der Kontakte zwischen SPD und SED. In den gemeinsamen Arbeitsgruppen – auf sozialdemokratischer Seite bei der Bundestagsfraktion angesiedelt – behandelte man Initiativen und Projekte, die als Anstöße für umfassendere Vereinbarungen

<sup>31</sup> Vgl. dazu auch Heinrich POTTIOFF, *Zum Umgang mit Akten eines diktatorischen Systems*, in: *Deutschland-Archiv* 27 (1994), S. 337 f.

<sup>32</sup> Vgl. zuletzt Dieter DOWE (Hrsg.), *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn* (Gesprächskreis Geschichte, Heft 4), Bonn 1993. – Zu den internationalen Rahmenbedingungen vgl. J. HACKER (wie Anm. 1).

auf europäischer bzw. globaler Ebene gedacht waren.<sup>33</sup> In gewisser Weise erschien dieses Verhalten sogar konsequent. Die SPD hatte sich nach dem Regierungswechsel 1982 vom NATO-Doppelbeschluß, der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und damit auch von der weiterhin gültigen NATO-Doktrin des Harmel-Berichts gelöst: Von der Abschreckung, die dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis immer als Pendant zur eigenen Verhandlungsbereitschaft galt, wollte man nun nichts mehr wissen. Helmut Kohl hingegen hielt am NATO-Doppelbeschluß fest und knüpfte unmittelbar an die Vorgaben seines sozialdemokratischen Vorgängers an. Letzterer scheute sich denn auch in Ost-Berlin nicht, die Kompetenz der eigenen Partei in Frage zu stellen:<sup>34</sup>

»Von dem, was innerhalb der SPD und der Kirchen vor sich gehe, dürfe man sich nicht täuschen lassen. Die SPD regiere nicht in Bonn. »Sonst würde sie tun, was ich will, wenn auch mit Knurren und Murren« ...

[Honecker:] Der Vorschlag J. Andropows, die zu reduzierenden sowjetischen Raketen ... zu verschrotten, sei ein neues Moment. Auch die SPD habe diesen Vorschlag begrüßt. H. Schmidt warf ein, er halte seine Partei in dieser Frage nicht für sachkundig ...

Daraufhin betonte H. Schmidt, nach wie vor stehe er, und dies im Vollbesitz seiner Urteilskraft, zum NATO-Doppelbeschluß. Wenn es nicht zu einem Vertrag komme – vier Jahre seien eine lange Zeit – »wird sicher stationiert«. Er gehöre »nicht zu denen, die dagegen demonstrieren«. Auf die Frage E. Honeckers, wie er beim SPD-Parteitag abstimmen werde, antwortete H. Schmidt, das habe er damit gesagt. E. Honecker: »Aber es geht doch um Mehrheitsbeschlüsse«. H. Schmidt: »Über mich kann keiner verfügen, dafür bin ich zu alt.«

Schmidts Parteifreunde aber setzten ihren neuen Kurs fort, mit Instrumenten, die Sache der Bundesregierung gewesen wären. Hier läßt sich das Phänomen »Neben-Außenpolitik« am besten greifen. Es wird noch detaillierter Untersuchungen bedürfen, um zu entscheiden, ob die gemein-

33 1. Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa, veröffentlicht am 19.6.1985 in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Ausgabe 1191 v. 19.6.1985. – 2. Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa, veröffentlicht am 21.10.1986 in: *DDR-Spiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* v. 22.10.1986, Anhang I. – 3. Vorschlag für eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa, veröffentlicht am 7.7.1988 in: *Die SPD im Deutschen Bundestag*, Ausgabe 1532 v. 7.7.1988. – 4. »Zielvorstellungen für die Herstellung struktureller Angriffsunfähigkeit in Europa«; Veröffentlichung geplant für den 28.8.1989, von der DDR abgesagt. Zu diesem Komplex vgl. auch Klaus MOSELEIT, *Die »Zweite« Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989*, Frankfurt/M. 1991.

34 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt am 5.9.1983 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/962 (ohne Folierung). Vgl. auch H. POTTIOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 179, 180, 182.

samen Initiativen von SPD und SED den KSZE-Prozeß tatsächlich positiv beeinflußt und den Frieden in Europa sicherer gemacht haben.<sup>35</sup>

Noch schwieriger läßt sich der Anspruch der SPD durchleuchten, eine »Sozialdemokratisierung« der SED angestrebt zu haben. Von Teilen der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung wird dies heute heftig bestritten; sie sehen in dem Miteinander beider Parteien eher einen Beitrag zur Stabilisierung der kommunistischen Herrschaft. Hier liegt ein äußerst kompliziertes Bedingungsgefüge vor, das – vor allem ohne den Zugang zu den ehemaligen sowjetischen Archiven – zu einer halbwegs gesicherten Gewichtsbestimmung der einzelnen Komponenten noch nicht taugt.

Wäre man demnach grundsätzlich gehalten, die Legitimationen sozialdemokratischer »Neben-Außenpolitik« als Motive anzuerkennen, so muß ein anderer Befund jedoch stutzig machen. Der Machtverlust der SPD hatte bei einem wichtigen Architekten der sozial-liberalen Ostpolitik, Egon Bahr, Spuren hinterlassen. Der Rüstungsexperte wollte nicht untätig zusehen, wie eine CDU-geführte Bundesregierung trotz ihrer Prinzipientreue die vertraglichen Beziehungen mit der DDR ausbaute und die SPD dabei zum Statisten degradierte. Daß Bahr dies auch in Ost-Berlin unmißverständlich zum Ausdruck brachte, erscheint allerdings bedenklich, weil es einer Aufforderung an die SED gleichkam, die pragmatische Deutschlandpolitik der CDU zugunsten der SPD zu blockieren. Im März 1984 bekundete er im Gespräch mit Axen:<sup>36</sup>

»Es dürfe nicht eine Lage eintreten, in der die Sozialdemokraten als Warner und Mahner gegen die Kriegsgefahr dastehen, Strauß und die CDU/CSU, die Einpeitscher der Stationierung, aber die konkreten Früchte der langjährigen Ostpolitik der SPD ernten würden ... Die SPD sei für eine weitere Entkrampfung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, aber dabei sollte man die Lage der SPD nicht außer acht lassen. Hätte zum Beispiel Helmut Schmidt auf eine großzügige Ausreiseregulation der DDR verweisen können, hätte er es leichter gehabt.«

Zusammen mit Peter Glotz und Karsten Voigt riet Bahr zwei Monate später von einer Reise Honeckers nach München ab, wenn der Generalsekretär die Bundesrepublik besuchen werde:<sup>37</sup>

35 Kritisch, vor allem mit Blick auf die Perspektiven sozialdemokratischer Sicherheitspolitik: Michael J. INACKER, *Zwischen Real- und Oppositionspolitik. Die außen- und sicherheitspolitische Diskussion der SPD am Scheideweg* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien und Berichte, Nr. 68/94), Sankt Augustin 1994.

36 Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr, o.D. [1984 III 14, Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV 2/201/1557 (ohne Follierung).

37 Information von Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, über eine Besuchsreise in die Bundesrepublik vom 22. bis 26.5.1984



»Man würde annehmen, Erich Honecker möchte sich dort für den Milliarden-Kredit bedanken und eine Art Unterwerfungsbesuch bei Strauss machen. Für Bahr und andere Sozialdemokraten sei das auch deshalb bitter, da nunmehr diejenigen belohnt würden, die für die Aufstellung der Raketen in der Bundesrepublik gesorgt haben.«

Im September 1985 ließ Egon Bahr gegenüber Gunter Rettner, dem Stellvertreter und späteren Nachfolger Herbert Häbers in der Abteilung für IPW, seinem Ärger freien Lauf:<sup>38</sup>

»Manchmal, so sagte Bahr, haben wir den Eindruck, »als ob die DDR die CDU/CSU freundschaftlicher behandle als die SPD«. »Offizielle Regierungsvertreter könnten gegenwärtig erklären, was sie wollen; von der DDR würden sie dafür – abgesehen vom Schlesiertreffen – kaum kritisiert«. Das erschwere der SPD in mancherlei Hinsicht, offensiv die Regierung zu attackieren ... Es wäre von großem Wert für die beginnenden Wahlkämpfe, wenn die SPD mehr Klarheit über das taktische Vorgehen der DDR gegenüber der Bundesregierung hätte.«

Egon Bahr blieb damit kein Einzelfall. Noch im September 1989 soll der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der SPD, Erik Bettermann, gegenüber der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn geäußert haben, die Ausreisewelle aus der DDR werde die Chancen der SPD bei der Bundestagswahl 1990 erheblich verschlechtern.<sup>39</sup> Wäre die Lage der Menschen nicht wichtiger gewesen als ein Wahlergebnis?

Wer so kalkulierte, war offenbar bereit, die Kontakte zum – bei aller Beweglichkeit in der Außenpolitik – totalitären SED-Regime auch gegen eine politische Kraft einzusetzen, die im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik den Sozialdemokraten eigentlich hätte näher stehen müssen.

### Friedenssicherung vor menschlichen Erleichterungen

Für die im letzten Abschnitt beschriebene Haltung der SPD gibt es – neben der innenpolitischen Stoßrichtung – einen weiteren Grund. Er hängt eng

[Durchschlag]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/28 (ohne Foliierung).

<sup>38</sup> Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Egon Bahr am 10.9.1985 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37076/1 (ohne Foliierung).

<sup>39</sup> Information der Abteilung für IPW »über weitere Schritte der SPD in den Beziehungen zur SED im Ergebnis einer Beratung der Bundestagsfraktion der SPD am 13.9.1989 in Bonn«, 1989 IX 14 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 288 ff.

mit dem Schwerpunkt »Sicherheitspolitik« zusammen, den die Sozialdemokraten in ihren Kontakten zur SED setzten. Fruchtbare Zusammenarbeit auf diesem Gebiet – dies ergab sich fast von allein – war nur möglich, wenn die westdeutsche Seite es auch einmal vermied, unangenehme Punkte anzuschneiden. Anders aber als bei den Vertretern der Regierungsparteien, die unmißverständlich erklärten, daß sie trotz des Dissenses verhandelten, scheint die Bereitschaft, beide Augen zuzudrücken, bei vielen Sozialdemokraten eine gewisse Eigendynamik entfaltet zu haben. Ganz im Sinne der SED, die ihr Konzept der »Friedlichen Koexistenz« streng von Fragen nach den inneren Verhältnissen in der DDR getrennt sehen wollte, verzichteten Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Oskar Lafontaine offen darauf, menschliche Erleichterungen als wichtigsten Gegenstand der innerdeutschen Beziehungen zu definieren. Dabei geriet mitunter auch die Berliner Mauer zur abstrakten Größe. Der Protokollant eines Gesprächs zwischen Axen und Bahr notierte am 14. August 1987:<sup>40</sup>

»Seiner [Bahrs] Meinung nach sollte man die großmäuligen und spekulativen Auslassungen der CDU und CSU im Zusammenhang mit dem 13. August ad absurdum führen ... Er könne sich vorstellen, daß auf der Grundlage entsprechender Archivmaterialien ein ND-Kommentar nachweist, daß unrealistische Forderungen der CDU/CSU (der Schießbefehl muß weg, die Mauer muß weg) zu nichts geführt hat [sic!]. Die SPD sei keineswegs gegen Vereinbarungen im Sinne menschlicher Erleichterung und der Klärung sachlicher Fragen. Aber entscheidend seien die Fragen der Friedenssicherung.«

So weit Egon Bahr. Dieser Prioritätenwechsel zugunsten sicherheitspolitischer Probleme mußte – wenn er denn aus innerer Überzeugung kam – zu einer völligen Relativierung humanitärer Fragen führen. Tatsächlich blieb der SPD-Sicherheitsexperte mit seiner Einstellung nicht lange allein. Die Vermerke im Büro Honecker weisen eine Vielzahl von Gelegenheiten auf, in denen sich Sozialdemokraten diese Sicht der Dinge, die ja zu den vitalen Interessen der DDR zählte, widerspruchslos in die Blöcke diktieren ließen. Hamburgs Erster Bürgermeister bewies noch im Februar 1989, daß er Honeckers Interpretation des Nichteinmischungsprinzips von Helsinki durchaus folgen konnte:<sup>41</sup>

»Voscherau erklärte, ihm sei bewußt, daß es keinen Zusammenhang zwischen den von ihm gestellten Fragen und der Friedensfähigkeit der DDR gebe. Die

40 Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 14.8.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 126-131.

41 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Henning Voscherau am 24.2.1989 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/957 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 859.

Frage des Grenzregimes sei eine Frage der Souveränität der DDR. Er nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß es keinen Schießbefehl mehr gebe.«

Wer so dachte, dem konnte im Zeitalter der Militärblöcke schließlich auch der Blick auf potentielle Alternativen innerhalb des sozialistischen Lagers verloren gehen. Der saarländische Ministerpräsident beispielsweise wollte sich seine Kontakte zur SED – so scheint es – nicht einmal durch die Kirchen in der DDR stören lassen:<sup>42</sup> »Es dürfe nicht das Bild entstehen, als gebe die SPD der Evangelischen Kirche gegenüber der SED den Vorzug. Das sei völlig absurd.«

### Die drei Gruppen in der SPD

In der Frage nach dem Verhältnis von Friedenssicherung und menschlichen Erleichterungen präsentierte sich die SPD keineswegs als geschlossene Einheit. Persönlichkeiten wie Hans Büchler und Gert Weisskirchen dachten nicht daran, den Charakter des SED-Regimes zu ignorieren, auch dann nicht, als Ost-Berlin mit Einreiseverboten reagierte. Selbst Erhard Eppler, der maßgeblich an dem umstrittenen »Strategiepapier« von SPD und SED<sup>43</sup> mitgewirkt hatte, kritisierte am 17. Juni 1989 – in der Bundestagsdebatte zum Tag der Deutschen Einheit – offen die DDR, deren Machthaber eine Umsetzung des Dokuments im Innern blockierten.<sup>44</sup>

Den Protagonisten der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der SED waren solche Querschläger ein Dorn im Auge. Egon Bahr und neben ihm Peter Glotz beeilten sich denn auch, die Äußerungen Büchlers, Weisskirchens und Epplers als Einzelmeinung, gar als Profilierungssucht abzutun. Glotz erklärte Mitte April 1988 in Ost-Berlin:<sup>45</sup>

---

42 Information über Gespräche Gunter Rettners mit verschiedenen SPD-Politikern in Saarbrücken, Bonn und Hannover vom 9. bis 11.12.1987 [Kop.]; SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 217-228. – Vgl. dazu und zu Lafontaines Reaktion auf entsprechende Vorwürfe Christian von DITFURTH, *Angst vor den Akten. Archive enthüllen den Umgang von SPD- und SED-Politikern*, in: *Der Spiegel*, Jg. 46, Nr. 35 v. 24.8.1992, S. 50-63, hier 62 f. Zum Verhältnis der bundesdeutschen Parteien zur Opposition in der DDR demnächst Wilhelm KNABE, *Westparteien und DDR-«Opposition»*.

43 *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, in: *Politik. Informationsdienst der SPD*, Nr. 3, August 1987. Das Papier hatten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erarbeitet.

44 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Stenographische Berichte vom 17.6.1989, S. 11296-11301.

45 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettners und Peter Glotz am 19.4.1988 in Ost-Berlin [Kop.]; SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 21 f.

»Beeinflußt werde die Haltung der SPD-Führung zum Dokument [gemeint ist das »Strategiepapier«] auch durch den Umgang der DDR mit dem Bundestagsabgeordneten Weißkirchen. Weißkirchen sei Repräsentant einer bestimmten Gruppe in der SPD, »die sich die Betreuung von Dissidenten in der DDR zur Aufgabe gemacht« habe ... Das Einreiseverbot Weißkirchens in die DDR habe Vogel u.a. doch tiefer verärgert, als Weißkirchen und seiner Gruppe an Bedeutung zukomme. Hier gehe es um Prinzipien, deren Einhaltung auch von vielen Genossen angemahnt würde, die sonst mit Weißkirchen »nichts am Hut hätten ...

Glötz entschuldigte sich faktisch dafür, daß er als Chefredakteur der »Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte« nicht umhin könne, auch hinsichtlich des gemeinsamen Dokuments das gesamte Spektrum der Meinungen in der SPD widerspiegeln zu müssen.«

Die Kritik Büchlers an der Neufestlegung der 10jährigen Transitpauschale (1988), mit der Bonn die individuellen Straßenbenutzungsgebühren von Bundesbürgern in der DDR abgalt, kommentierte Bahr gegenüber Axen mit dem Hinweis, Büchler »sei offensichtlich von seinem Geltungsbedürfnis getrieben worden«. <sup>46</sup> Die Rolle Eplers stützte er in einem Meinungsaustausch mit Wissenschaftlern des IPW-Instituts Anfang April 1989 mit der Bemerkung zurecht, das »Strategiepapier« sei nicht Sache des Kirchentagspräsidenten, sondern eine Angelegenheit von SPD und SED. <sup>47</sup>

Der ehemalige Berliner Bausenator Harry Ristock ließ nach der Rede Eplers vom 17. Juni 1989 verlauten: <sup>48</sup>

»So wie Epler aufgetreten sei, hätte in der heutigen Zeit auch ein CDU-Vertreter nicht schlimmer sprechen können. Er (H. Ristock) sei gegenwärtig nicht ganz genau informiert, er hoffe nur, daß die Führung der SPD keinen Kurswechsel gegenüber der DDR vornehme. Für die Westberliner SPD könne er sagen, daß das nicht in Frage käme.«

<sup>46</sup> Hermann Axen an Erich Honecker, 1988 XI 26 [ZK-Hausmitteilung, Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 157 ff. – Ähnlich 1985 im Gespräch mit Ewald Moldt zur Diskussion um die Elbgrenze. Ewald Moldt an Kurt Nier u. Karl Seidel, 1985 IV 4 [Telegramm, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37071/2 (ohne Folierung). Das Protokoll über die Neufestlegung der Transitpauschale vom 31.10.1979 wurde am 5.10.1988 unterzeichnet. Dokumentation in: *Deutschland-Archiv* 21 (1988), S. 1231-1237.

<sup>47</sup> Max Schmidt: Information über Ausführungen Egon Bahrs anlässlich eines Meinungsaustausches zwischen Mitarbeitern des IPW-Instituts und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Universität Hamburg) am 30./31.3.1989 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 144 f.

<sup>48</sup> Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Harry Ristock/Alexander Longolius am 30.6.1989 in West-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 216-219.

Als schließlich auch Horst Ehmke und Karsten Voigt auf kritische Distanz zur DDR gingen, war es Lafontaines Staatssekretär Hanspeter Weber, der erklärte, sein Ministerpräsident lehne die Äußerungen der beiden als »Profilierungsversuche von SPD-Oppositionspolitikern« ab.<sup>49</sup>

Gerade die letzte Äußerung wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand der SPD. Lafontaine zählte nicht zu der Gruppe um Büchler und Weisskirchen, war aber auch kein ausgewiesener Sicherheitsexperte, der sich in seinen Ost-Berliner Gesprächen um Details der gemeinsamen Arbeitsgruppen gekümmert hätte. Er steht vielmehr für eine dritte Fraktion innerhalb der SPD, die sich glänzend mit den von Bahr verbesserten Gesprächsbedingungen eingerichtet hatte. Man verhandelte jenseits unangenehmer Themen von Politiker zu Politiker, im Falle der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auch schon einmal von Staatsmann zu Staatsmann. Diese Regierungschefs, aber auch die SPD-Oppositionsführer in den Ländern, betrieben im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Besuchsdiplomatie, die immer seltener zur Kenntnis nahm, um welches Gesellschaftssystem es sich eigentlich östlich der Elbe handelte. Ob das nun Taktik bzw. die unbewußte Folge enger Kooperation war oder ob die Besuche gar nur der persönlichen Profilierung dienten, bleibt dahingestellt. Die Repräsentanten dieser dritten Gruppe müssen sich aber die Frage gefallen lassen, was ihr – sachlich oft konturenloses – Auftreten in der DDR eigentlich Positives bewirkt haben soll.<sup>50</sup>

Auffällig ist immerhin der späte Zeitpunkt, an dem man vom Zug nach Pankow absprang. Es kam nicht von ungefähr, daß Hermann Axen im September 1989 bei denjenigen Sozialdemokraten eine unentschlossene Zurückhaltung im Umgang mit der DDR konstatierte, die sich zuvor in Ost-Berlin die Klinke in die Hand gedrückt hatten: namentlich bei Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Gerhard Schröder, Karl-Heinz Hiersemann und Rudolf Scharping.<sup>51</sup> Umgekehrt konnte der SED-Funktionär die Genannten aber keinem der beiden Lager in der SPD zuordnen, die sich längst entschieden hatten. Also weder den »realistischen« – und in gewisser Hinsicht

49 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Hanspeter Weber am 18.8.1989 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 260 ff. Vgl. zu diesem Komplex auch C. v. ДИПФУРТИ (wie Anm. 42), hier S. 62.

50 Zu den verschiedenen Positionen in der SPD vgl. auch H. POTTIOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 47-62. Potthoff beschränkt seine Kritik freilich auf gelegentliche Übertreibungen mancher Sozialdemokraten im Umgang mit der SED. Seine Annahme, es habe in der SPD verschiedene operative Stränge gegeben, verdeckt den Umstand, daß gerade im Falle der Besuchsdiplomatie kaum von einer deutschlandpolitisch abgestimmten Strategie die Rede sein kann.

51 »Information und erste Schlußfolgerungen zu aktuellen Entwicklungen in der SPD im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Anti-DDR-Kampagne«, 1989 IX 8 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 292-304.

konsequenter – Kräften um Bahr noch den »Scharfmachern« um Büchler bzw. einer Gruppe, die nach Axens Dafürhalten auf Büchler zudriftete – darunter Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau.

Im Vorfeld der »Wende« kulminierte die Bereitschaft, den Charakter des SED-Regimes wohlwollend zu ignorieren, schließlich in der bewußten oder unbewußten Weigerung, die Oppositionsbewegung in der DDR ernstzunehmen. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat dieses Phänomen, das in Ansätzen auch auf die Haltung des Westens gegenüber den mitteleuropäischen Widerstandsbewegungen insgesamt zutrifft, ausführlich dokumentiert.<sup>52</sup> Sicherlich mag manch rückblickender Betrachter – wie Peter Glotz einwendet – die Kraft dieser Bewegungen nachträglich überschätzen. Auch konnte Anfang 1989 niemand die Konzessionen Gorbatschows voraussehen.<sup>53</sup> Dennoch bleibt ein Geheimnis, was einzelne Sozialdemokraten dazu veranlaßt hat, vehement gegen die Opposition in der DDR Stellung zu beziehen. Der Leiter der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft berichtete über einen Besuch in Saarbrücken am 13. Mai 1988:<sup>54</sup>

»Anknüpfend an das letzte Gespräch mit Gunter Rettner im Dezember 1987 verwies Oskar Lafontaine darauf, daß seiner Meinung nach die SPD in eine Schiefelage komme, wenn sie den Konservativen das Eintreten für systemkritische Kräfte in den sozialistischen Staaten überlasse ... Zugleich herrsche Einigkeit darüber, daß Sozialdemokraten bei ihrem Auftreten in der DDR alles vermeiden müßten, was eine Stärkung dieser Kräfte bedeute.«

Noch im August 1989 versicherte Egon Bahr seinen Besuchern Joachim Böhm und Karl-Heinz Wagner – der eine Mitarbeiter im MfAA, der andere in der ZK-Abteilung für IPW –, er teile nicht die Auffassung Hans-Jochen Vogels, man solle die Kontakte mit der SED so lange auf Eis legen, wie sich DDR-Bürger in bundesdeutschen Botschaften aufhielten.<sup>55</sup> Bleibt zu hoffen, daß dies von Bahr als taktische Drohung gedacht war.

Nimmt man diese Eindrücke mit dem Befund zusammen, daß die meisten Sozialdemokraten schon vor Jahren ihren Prioritätenwechsel zwischen Friedenssicherung und menschlichen Erleichterungen vollzogen hatten, so drängt

<sup>52</sup> Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1993.

<sup>53</sup> Peter GLOTZ, *Eine Beschleunigung war unmöglich*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 6.10.1993.

<sup>54</sup> Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Oskar Lafontaine am 13.5.1988 in Saarbrücken [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 75-78.

<sup>55</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen Joachim Böhm/Karl-Heinz Wagner und Egon Bahr/Karsten Voigt/Uwe Stehr in Bonn, 1989 VIII 24 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 178-182.

sich ein weiterer Gedanke auf: In der SPD bestimmten Personen das Geschehen, die sich ihre scheinbar erfolgreiche Dialogpolitik mit der SED nicht durch solche außerplanmäßigen Demonstrationen wie in Leipzig stören lassen wollten. Die SPD hatte sich eben behaglich in den bestehenden Verhältnissen eingerichtet. Auch dieser Punkt ist zu beachten, wenn man andererseits einräumt, daß Unsicherheit und die Furcht vor einer Destabilisierung Europas im Sommer 1989 handlungsleitenden Charakter gewonnen haben können.

### Die Arbeit in den gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen

Aus Sicht der Berliner Akten endeten die einzelnen Expertenrunden der sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen meist mit einem vollen Erfolg der SED. Hinweise, man habe den Sozialdemokraten die Grundpositionen des Warschauer Paktes aufzwingen können, sind keine Seltenheit.<sup>56</sup> Dieser Befund überrascht allerdings nicht, da Hermann Axen als zuständiges Politbüromitglied zunächst Moskau und später den eigenen mißtrauischen Parteigenossen gegenüber die Beziehungen zur Sozialdemokratie ständig rechtfertigen mußte. Hier kann später nur ein Vergleich mit den Unterlagen der SPD Klarheit schaffen.

Erheblich interessanter als die Diskussion über Sprengköpfe, Reichweiten und Begriffsdefinitionen ist die Frage, ob dem wichtigsten Protagonisten auf sozialdemokratischer Seite, Egon Bahr, überhaupt an derartigen Einzelheiten lag. Hier sind offenbar Zweifel angebracht. Bahr suchte geradezu nach geeigneten Gesprächsgegenständen, um den Dialog aufrechtzuerhalten. Ewald Moldt berichtete am 7. Februar 1985 nach Ost-Berlin:<sup>57</sup>

»Bahr bemerkte, daß er darüber nachdenke, ein »neues Thema« für Gespräche zwischen SPD und SED zu Abrüstungsfragen zu finden. Er halte Gespräche über atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa für denkbar.«

Für die Ergebnisse – publikumswirksame Pressekonferenzen in Bonn – fand Bahr sich denn auch zu beachtlichen Gegenleistungen bereit. Vor der Veröffentlichung der »Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa« am 21. Oktober 1986<sup>58</sup> sahen sich sogar die eigenen

56 U.a.: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 123-132; Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/21, fol. 35 f. u. 24, fol. 58 f.

57 Ewald Moldt an Kurt Nier/Karl Seidel, 1985 II 7 [Telegramm, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37071/2 (ohne Foliierung). Anlaß war ein Cocktail in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn anläßlich der Verabschiedung des stellvertretenden Leiters Hans Schindler.

58 Vgl. Anm. 33.

Parteikollegen unter Druck gesetzt: »Egon Bahr war es, der als Leiter der SPD-Delegation in allen entscheidenden Fragen das Einlenken der übrigen Delegationsmitglieder erzwang.«<sup>59</sup>

Im April 1988 akzeptierte der SPD-Politiker anlässlich eines weiteren Expertentreffens die Forderung Axens, nicht am Kirchentag in Erfurt teilzunehmen, und schob zu dessen Beruhigung nach, eine entsprechende Einladung nach Halle bereits abgesagt zu haben.<sup>60</sup>

Diese Nachgiebigkeit hatte ihren Grund. Die Bundesregierung sollte mit einer permanenten Abfolge von Initiativen in die Enge getrieben werden. Einen Mitarbeiter Gunter Rettners in der Abteilung für IPW, Karl-Heinz Wagner, überraschte Bahr am 6. März 1989 mit Erfahrungen von seinem jüngsten USA-Besuch: Da das Pentagon an neuen nuklearen Waffen mit einer Reichweite unter 500 km arbeite, solle der Warschauer Pakt rasch ein Verhandlungsangebot für diese Waffensysteme vorlegen, damit die SPD auf die Bundesregierung Druck ausüben könne.<sup>61</sup>

Die Geschichte der gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen bietet einen weiteren Beleg für die Erkenntnis, daß die SPD – bei aller Sorge um den Frieden in Europa – nie von der Versuchung lassen konnte, mit Hilfe der SED den CDU-geführten Bundesregierungen zu schaden. Merkwürdigkeiten wie eine Äußerung Gerhard Heimanns, auf sicherheitspolitischem Gebiet gebe es mehr »Übereinstimmung und Interessengleichheit« zwischen der SPD und der DDR als im Verhältnis zu den USA, ergänzen das Bild.<sup>62</sup>

### Die Lücke zwischen Konzeption und persönlichem Verhalten

In den letzten Abschnitten konnte gezeigt werden, welche geringe Hemmschwellen Vertreter der zweiten und dritten Gruppe in der SPD besaßen, kritische Stimmen vor den Ohren der DDR-Machthaber notfalls auch zu diskreditieren. Mag man dies noch als bittere, aber logische Konsequenz der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit begreifen, so führte die Vertraulichkeit im gegenseitigen Umgang zu weiteren Auswüchsen, die sich mit keiner der sozialdemokratischen Legitimationen begründen lassen. Im folgenden

59 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/41, fol. 20 (Tagesordnungspunkt 11 der Politbürositzung vom 9.9.1986: Bericht über das 6. Arbeitstreffen mit Vertretern der SPD über die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa, 5./6.9.1986 in Berlin).

60 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/60, fol. 18.

61 Vermerk über ein Gespräch zwischen Karl-Heinz Wagner und Egon Bahr am 6.3.1989 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 41-45.

62 Information über ein Gespräch zwischen Ralf Bachmann (ADN-Chefkorrespondent in Bonn) und Gerhard Heimann am 24.10.1985 in Bonn [Abschrift]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Joachim Herrmann, IV 2/2.037/47, fol. 84-87.



sei eine kleine Auswahl von Äußerungen angeführt, bei denen sich eine Kommentierung erübrigt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Becker, im August 1984:<sup>63</sup>

»Becker äußerte wörtlich: »Die Politik der SED findet heute eine Unterstützung in der Bevölkerung wie noch niemals zuvor. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für das Ansehen Erich Honeckers.«

Der wirtschaftspolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, im September 1984:<sup>64</sup>

»Wolfgang Roth sagte: »Mit Eurem Erich Honecker habt Ihr in der DDR einen Staatsmann an der Spitze, der durch sein Profil sowohl in der Geschichte der beiden deutschen Staaten als auch in der gegenwärtigen europäischen Politik zu den herausragenden Persönlichkeiten zählt.«

Der ehemalige Berliner Bausenator Harry Ristock im Dezember 1985:<sup>65</sup>

»Harry Ristock übte scharfe Kritik an der Regierung der BRD und am Senat von Westberlin. »Die Kohl-Regierung ist dabei, sich vasallisch dem Kurs der Reagan-Administration zu beugen.«

Egon Bahr, Ende Juni 1986:<sup>66</sup>

»E. Bahr bemerkte, die USA würden zur Zeit mit der UdSSR und Gorbatschow persönlich ein teuflisches Spiel treiben. Jedesmal wenn er einen neuen Friedensvorschlag unterbreitet habe, reagiere man gezielt negativ und provokativ, um danach erklären zu können: Seht, wie schwach die UdSSR ist ... Unter diesen Umständen sei es naheliegend, wenn die sowjetische Führung emotional reagiere und ebenfalls Neigung zeigt, härter zu antworten ...

Wörtlich erklärte Bahr: »Man stelle sich vor, wenn das so weitergeht. Eine konsequente Friedens- und Dialogpolitik der sozialistischen Länder, die schrittweise zu einer Verständigung mit den westeuropäischen Ländern über

63 Max Schmidt: Information über den Aufenthalt von Helmut Becker in der DDR vom 16. bis 18.8.1984 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/26 (ohne Follierung).

64 Information über ein Gespräch zwischen Egon Krenz und Gerhard Schröder/Wolfgang Roth am 1.9.1984 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 31-35.

65 Information der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft über ein Gespräch mit führenden Vertretern des LV Berlin der SPD am 12.12.1985 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Follierung).

66 »Information des SPD-Präsidiumsmitglieds E. Bahr« zur Lage in den USA (o.D., ohne Verfasser), von Axen per SED-Hausmitteilung am 3.7.1986 an Erich Honecker gesandt [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 68-72. Bahr äußerte sich am Rande der 5. Beratung der gemeinsamen Arbeitsgruppe über Fragen eines atomwaffenfreien Korridors am 30.6.1986 in Ost-Berlin.

die Lebensfragen des Kontinents führt, bei ständiger Aufrüstungs- und Obstruktionspolitik der USA. Die Sowjetunion wäre immer drin und dabei, die USA wären zunehmend draußen.« E. Bahr ließ keinen Zweifel daran, daß ihm eine solche Situation am liebsten wäre.«

Der niedersächsische Oppositionsführer, Gerhard Schröder, im Juli 1987:<sup>67</sup>

»G. Schröder bezeichnete es als geradezu schwachsinzig von Kohl, diese Raketen [gemeint waren die Pershing 1a] nicht in Verhandlungen einbeziehen zu lassen ... Kohls Ausfälle seien bewußt auch darauf gezielt, die Reise des Bundespräsidenten Weizsäcker nach Moskau zu belasten.«

Karsten Voigt, im gleichen Monat:<sup>68</sup>

»Natürlich könne die SPD die SED nicht kopieren und wolle dies auch nicht, aber vieles, was die Kommunisten der DDR politisch und organisatorisch leisteten, hätte Hand und Fuß und sei wie das Schulungssystem der SED beispielhaft auch für seine Partei.«

Noch einmal Harry Ristock, im Februar 1987, über die Chancen Oskar Lafontaines auf den SPD-Parteivorsitz:<sup>69</sup>

»In diesem Zusammenhang bezeichnete Ristock Lafontaine als »Doppelenkel; denn er sei auch in gewisser Weise »ein Enkel von Erich Honecker«. Beide kämen hervorragend miteinander aus, und »es wäre ein Segen für beide Parteien und Staaten, wenn Erich Honecker noch lange Generalsekretär bleiben und Oskar Lafontaine neuer Parteivorsitzender werden würde.«

Der SPD-Sicherheitsexperte Andreas von Bülow, im April des gleichen Jahres über den ehemaligen Bundeskanzler:<sup>70</sup>

»Schmidt könne eben nicht über seinen Schatten springen. Im Grunde genommen sei er in einem faschistoiden Denken behaftet, wenn er immer wieder die Gefahr aus dem Osten beschwöre.«

67 Notiz der Abteilung für IPW über ein Gespräch einer SED-Delegation mit Gerhard Schröder am 3.7.1987 in Hannover [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 116-119.

68 Bericht Hermann Axens über den Besuch Karsten Voigts in der DDR vom 20. bis 23.7.1987 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 111-119.

69 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Harry Ristock/Alexander Longolius am 5.2.1987 in West-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Foliierung).

70 Bericht über eine Informationsreise Gunter Rettners zur SPD vom 30.3. bis 3.4.1987 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/27 (ohne Foliierung).

Blieben noch jene beiden Äußerungen Karsten Voigts und Hanspeter Webers, die schon seit längerem bekannt sind, von den Beteiligten aber heftig bestritten werden. Manfred Uschner, der Erste persönliche Mitarbeiter von Hermann Axen, und Karl-Heinz Wagner berichteten am 7.7.1988 aus Bonn:<sup>71</sup>

»Während des Mittagessens nach der internationalen Pressekonferenz am 7. Juli<sup>72</sup> in Bonn teilte K.D. Voigt vertraulich mit, daß man ihm die Information zugespielt habe, daß die Ausgereisten Templin und Bohley beabsichtigen, am 6.8.1988 an der Staatsgrenze zur DDR im Zusammenspiel mit den Medien und den Geheimdiensten der BRD das Versprechen der DDR zu testen, nach Ablauf der Ausreiseerlaubnis den Genannten die Wiedereinreise zu ermöglichen. Nach seiner persönlichen Meinung wäre es die glücklichste Lösung, sie zunächst einreisen zu lassen und dann bei oder wegen entsprechenden Aktivitäten zu ergreifen und auszuweisen. Sie selbst und die hinter ihnen stehenden Dienste rechnen damit und hoffen darauf, daß die Sicherheitsorgane der DDR schon ihre Einreise verhindern werden. Das beabsichtigt man gegen die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von SED und SPD auszuspielen. Allein deshalb informiere K.D. Voigt Genossen Uschner und Genossen Wagner darüber.«

Im August 1989 schließlich berichtete Gunter Rettner, der Staatssekretär Oskar Lafontaines habe für die saarländische Landesregierung eine Überprüfung der Frage zugesagt, ob DDR-Bürger bei ihren Besuchen im Saarland künftig keine Pässe mehr für Ausflüge nach Frankreich oder Luxemburg erhalten sollten.<sup>73</sup>

### Der Sonderfall Berlin

Anders als im Verhältnis zur Bundesrepublik, wo die DDR nach außen hin am Prinzip der Nichteinmischung festhielt, griff sie in West-Berlin offen in die innenpolitischen Auseinandersetzungen ein. Die Bindungen zwischen der Stadt und dem Bund – von DDR-Seite ständig als Verletzung des Viermächte-Abkommens von 1971 angegriffen – dienten der SED als Anlaß, um ihrerseits die Ablösung der seit 1981 CDU-geführten Senatsregierungen

---

71 »Vermerk über eine vertrauliche Information von K.D. Voigt« (ohne Verfasser), 1988 VII 7 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 95. Vgl. dazu C. v. DITFURTH (wie Anm. 42), hier S. 58, sowie Manfred USCINER, *Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates*, Berlin 1993, S. 68.

72 Veröffentlichung des gemeinsamen Vorschlags über eine *Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa* (wie Anm. 33).

73 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Hanspeter Weber am 18.8.1989 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 260 ff. Vgl. dazu C. v. DITFURTH (wie Anm. 42), S. 58.

zu betreiben. Angestoßen haben diese Verbindungen zur SPD freilich die Sozialdemokraten – an führender Stelle der ehemalige Bausenator Harry Ristock und der langjährige Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius.

In ihrem Anfangsstadium 1982/83 waren diese bald institutionalisierten Kontakte (die einzelnen Treffen wurden in den SED-Berichten mit Ordnungsziffern versehen) noch von Vorsicht auf beiden Seiten bestimmt. Ristock suchte die Absicherung im Bundesvorstand der SPD und wollte anfangs auch CDU-Vertreter hinzuziehen – wohl wissend, daß ein offizieller Kontakt zu Regierungsstellen der DDR (zuständig war die Abteilung West-Berlin im MfAA) der SED in die Hände arbeitete. Diese versuchte, West-Berlin auf den Status einer »selbständigen politischen Einheit« zu drücken. Ziel der Senatsregierungen war es daher umgekehrt, innerstädtische Beziehungen zum Ostteil der Stadt aufzubauen, was die DDR-Führung konsequent verweigerte.<sup>74</sup>

Lange indes hielt die Zurückhaltung Ristocks nicht an. Er verzichtete rasch auf jede Absicherung und überraschte seine Gesprächspartner mit Vorstellungen, die sich Ost-Berlin zuvor nicht hatte erträumen lassen. Inhaltlich bewegten sich die Beiträge der Berliner Sozialdemokraten hart unterhalb einer Grenze, wo Statusfragen hätten berührt werden können. Auf der Suche nach einer Funktionsneubestimmung für die Stadt lösten sich Ristock und Longolius vom Symbolcharakter für das Offenhalten der Deutschen Frage. Statt dessen strebte man ein Tauschgeschäft an, das West-Berlin allmählich aus seiner Isolierung gegenüber dem Umland befreien sollte. Gegen die faktische Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR sollte die SED die institutionellen Bindungen des Westteils an die Bundesrepublik akzeptieren und ihre wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit West-Berlin ausbauen. So heißt es in einer Information der Abteilung für IPW über eine Gesprächsrunde mit SPD-Vertretern am 12. September 1986:<sup>75</sup>

»Harry Ristock unterbreitete dabei folgende Überlegungen, die bisher nur in einem kleinen internen Kreis von Westberliner SPD-Funktionären diskutiert worden seien:

Um die Westberliner SPD wieder mehrheitsfähig zu machen, stehe die Partei längerfristig vor der Aufgabe, ein Konzept zu entwickeln, das eine Antwort auf

<sup>74</sup> SED-Materialien zu den Verhandlungen mit dem West-Berliner Senat in: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/14. – Die Anfänge der sozialdemokratischen Annäherung sind dokumentiert ebd., J IV 2/10.02/13. – Über die Ziele der DDR in Bezug auf West-Berlin gibt eine im November 1987 gefertigte Analyse aus der Abteilung für IPW Auskunft: Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/305, fol. 49-122.

<sup>75</sup> Information der Abteilung für IPW über ein Gespräch mit führenden Vertretern des LV Berlin der SPD am 12.9.1986 in West-Berlin: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Foliierung).

die Frage gibt, welche Chancen und Perspektiven Berlin-West zukünftig habe. Dabei gehe man davon aus, daß Berlin-West seine Funktion als Provisorium, als westlicher Vorposten, als »Reichshauptstadt im Wartestand« sowie als »Verkümdigungsort für Flüchtlingsvereine« aufgeben müsse. Die Entwicklung habe gezeigt, daß diese Rolle Westberlins der Stadt nur geschadet habe. Der Bau der Staatsgrenze am 13. August 1961 entsprach den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Realitäten. Er brachte auch den Westberlinern die Chance, in Frieden zu leben, und schuf Voraussetzungen für mehr Stabilität in Mitteleuropa.

Berlin habe sich objektiv zur Hauptstadt der DDR entwickelt. Demgegenüber sehe Westberlin als Provisorium immer noch im Windschatten der Geschichte. Die CDU wolle diesen Zustand festschreiben. Die SPD hingegen möchte Westberlin seinen provisorischen Charakter nehmen, um einem weiteren Verschleiß der Stadt in der Zukunft entgegenzuwirken.«

Anfang 1989 waren die Kontakte so weit gediehen, daß über eine konkrete Unterstützung nachgedacht werden konnte. Am 2. Februar 1989, vier Tage nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, forderte Ristock bei Gunter Rettner ein Non-paper über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der DDR ein – als Entscheidungshilfe für die Bildung eines SPD/AL-Senats, wie der SED-Funktionär richtig vermutete.<sup>76</sup>

Fünf Tage später legte Günter Mittag die Vorschläge, die später als Berlin-Papier der SED bekannt geworden sind, dem Politbüro vor.<sup>77</sup> Dort und im Anschluß auch in der sowjetischen Botschaft abgesehen, wurden sie von einem Mitarbeiter der Abteilung für IPW noch am gleichen Tag Ristock übergeben – mit Konzessionen, um die sich Eberhard Diepgen vergeblich bemüht hatte. Von einer Abstimmung der Nahverkehrskonzepte über die Zusammenarbeit der Flughäfen Tegel und Schönefeld bis hin zu weiteren Reiseerleichterungen war alles dabei. Ristock wußte seine Zufriedenheit denn auch kaum in Worte zu fassen:<sup>78</sup>

»H. Ristock bedankte sich in bewegenden Worten für die politische Unterstützung, die die Führung der SED der Westberliner SPD angeeignet läßt ... Ristock erinnerte an eine Erklärung, die er im Oktober 1983 abgab. Damals hätte er gesagt, und das sei nach wie vor seine Meinung, Westberlin dürfe nicht

<sup>76</sup> Gegen Bestrebungen zur Bildung einer Großen Koalition. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 3 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 131 f.

<sup>77</sup> »Interne Vorschläge an den Landesvorsitzenden der SPD von Berlin (West), Walter Momper«, 1989 II 7 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/305, fol. 177-184.

<sup>78</sup> Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 7 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 133 f. Das Non-paper findet bei II. POTTIOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), nur eine kurze, unkommentierte Erwähnung (S. 899, Anm. 27). Über die Umstände erfährt man dort nichts.

länger Pfahl im Fleische der DDR sein ... Mit der heutigen Übermittlung der Positionen der SED-Führung würde er diesen »Traum« aufgehen sehen.«

Zwei Tage zuvor – in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar – war Chris Gueffroy bei dem Versuch zu Tode gekommen, über die Mauer in den Westen zu fliehen. Das Bild der Berliner Sozialdemokraten mochte dies kaum stören, verkündete der neue Regierende Bürgermeister, Walter Momper, doch am 13. April:<sup>79</sup>

»Schüsse an der Mauer würden die Westberliner nicht so sehr beschäftigen. Fuchsig würden sie vielmehr bei den sogenannten kleinen Dingen des praktischen Lebens.«

Die SED wußte diese Haltung denn auch zu würdigen. Rettner notierte nach einem Gespräch mit Ristock und Longolius vom 9. Februar 1989, er habe mehrfach SED-Unterstützung für die Bemühungen der Berliner SPD-Führung um den Abschluß einer Koalition mit der Alternativen Liste zugesagt.<sup>80</sup> Erich Honecker schließlich resümierte am 19. Juni, als er Walter Momper zu Gesprächen auf Schloß Niederschönhausen empfing:<sup>81</sup> »Die Liste von Vorschlägen, die wir der Westberliner SPD in Vorbereitung der Regierungserklärung zugeleitet haben, hätte Diepgen nicht erhalten.«

#### Zwischen Mitnahmeeffekt und gezielter Parteipolitik: Die »Wahlhilfen«

Im Verhältnis zur Bundesrepublik und deren innenpolitischen Auseinandersetzungen hielt sich die DDR-Führung – das haben wir gesehen – weitgehend zurück. Gleichwohl verstand man sich gerne zu medienwirksamen Gesten, wenn Sozialdemokraten dies wünschten. Erscheinen solche Gelegenheiten in den Quellen meist als Nebeneffekte, die »im Vorbeigehen« von der SPD mitgenommen wurden, so werfen Äußerungen Egon Bahrs ein ganz

79 Bericht Rettners über ein Gespräch mit Walter Momper am 13.4.1989 in West-Berlin nach Abgabe der Regierungserklärung. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 IV 14 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 213-217.

80 Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 10 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 141 ff. Harry Ristock zog aus der erfolgreichen Zusammenarbeit abschließend seine eigenen Konsequenzen: »Auch wenn der Vergleich hinke, so sagte H. Ristock, »der Fehler von vor 1933, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten als nicht gesellschaftsfähig anzusehen, dieser Fehler dürfe mit dem Blick auf die Grünen und die AL nicht wiederholt werden.«. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 III 7 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: ebd., fol. 153 ff.

81 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Walter Momper am 19.6.1989 auf Schloß Niederschönhausen [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/961 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTIOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 946.

anderes Licht auf dieses Kapitel der beiderseitigen Beziehungen. Der Architekt der Ost-Verträge wollte es nicht hinnehmen, daß eine CDU-geführte Bundesregierung von seiner Politik profitierte. Dabei fiel offenbar auch die Hemmschwelle, zu gezielter Obstruktion der Regierung Kohl aufzufordern – so jedenfalls verstand Ost-Berlin seine Avancen. Otto Reinhold, der Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, berichtete am 31. Januar 1983 nach einem Gespräch mit Egon Bahr und Günter Gaus in Hamburg:<sup>82</sup>

»Da es zur Wahlvorbereitung der CDU/CSU gehört, nach außen hin Kontinuität in der Ostpolitik zu demonstrieren, bittet uns der SPD-Parteivorstand, bis zum 6. März nach Möglichkeit keinerlei Verhandlungen über neue Verträge oder Abkommen mit der BRD zu beginnen. Dies wäre eine wichtige Unterstützung der SPD im Wahlkampf.«

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach einer Kontinuität in den Motiven, wenn derselbe Egon Bahr am 14. August 1987 Hermann Axen um die Aufnahme eines zusätzlichen Programmpunktes bat, den Erich Honecker bei seinem Besuch in der Bundesrepublik einplanen solle:<sup>83</sup>

»Egon Bahr zeigte sich verständnisvoll gegenüber der Tatsache, daß das vorliegende Programm nicht mehr Möglichkeiten zuließe. Im Namen seines Parteivorsitzenden bat er jedoch darum, daß Björn Engholm im Hinblick auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein für 10 Minuten und vor allem auch medienwirksam den Genossen Erich Honecker treffen könne. Eventuell könnte er während des Gesprächs mit H.-J. Vogel die letzten 10 Minuten hinzukommen. Genosse H. Axen sagte zu, diese Bitte Genossen Honecker zu übermitteln« [handschriftliche Randbemerkung von Honecker: »ja«].

Auch der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, versuchte sich mit einer ähnlichen Bitte:<sup>84</sup>

»Schröder äußerte den Wunsch, Ende 1985 die DDR zu besuchen und bei der Gelegenheit auch ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED ..., Gen. Honecker, zu führen ... Ein kurzes Gespräch und ein »Bild« mit dem Staatsratsvorsitzenden wären für ihn ganz sicher hilfreich.«

---

<sup>82</sup> Otto Reinhold an Erich Honecker, 1983 I 31 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Westabteilung, J IV 2/10.02/20 (ohne Foliierung). Vgl. auch *Der Stern*, Jg. 47, Nr. 7 v. 10.2.1994, S. 140. – Die Gespräche fanden am 27. u. 28.1.1983 statt.

<sup>83</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 14.8.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 126-131.

<sup>84</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Lothar Glienke, und Gerhard Schröder am 13.9.1985 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37076/1 (ohne Foliierung).

Selbst die nordrhein-westfälische Landesregierung ließ wahltaktische Aspekte nicht aus den Augen – hier aber unter umgekehrten Vorzeichen. Karl Seidel, der im Januar 1988 für die Niederschrift über ein Gespräch Erich Honeckers mit Johannes Rau und Friedhelm Farthmann verantwortlich zeichnete, notierte:<sup>85</sup>

»J. Rau verwies auf das Projekt einer Kulturausstellung von Nordrhein-Westfalen in der DDR. Als Termin sei Herbst 1989 oder Februar 1990 ins Auge gefaßt. Im Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wäre der Termin Herbst 1989 besser. E. Honecker erklärte das Einverständnis mit Herbst 1989.«

Egon Bahr stand der Scheu des Ministerpräsidenten, die Kontakte zur SED wahlwirksam einzusetzen,<sup>86</sup> verständnislos gegenüber. Nach der Bundestagswahl von 1987 hatte er in einer Unterredung mit Hermann Axen bereits geklagt:<sup>87</sup>

»Er, Bahr, sei manchmal nahezu verzweifelt gewesen. Vieles habe mit der Person von Rau zusammengehungen ... Er habe praktisch nichts getan, um die Initiativen mit der SED zu popularisieren.«

Sechs Monate später demonstrierte Bahr noch einmal, worauf es ihm ankam. In einem Brief an Axen schlug er vor, Honecker solle den Bundeskanzler anlässlich des 50. Jahrestages »Ausbruch des Zweiten Weltkrieges« nach Ost-Berlin einladen. Dort könne der Generalsekretär dann die Formel von »Feuer und Wasser« wiederholen, die Honecker anlässlich seines Besuches in der Bundesrepublik benutzt hatte, um die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu charakterisieren.<sup>88</sup>

<sup>85</sup> Niederschrift über das genannte Gespräch am 14.1.1988 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/924 (ohne Follierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 1-11. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 634.

<sup>86</sup> Die Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden im Mai 1990 statt. Rau versuchte also, einen ausreichenden Abstand zwischen beide Ereignisse zu schieben.

<sup>87</sup> Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 15.4.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 46-60, hier 52. Zur Rolle der SED im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 vgl. jetzt ausführlich Jochen STAADT, *Die SED im Bundestagswahlkampf 1986/87. Ein Fallbeispiel*, in: Klaus SCHROEDER (Hrsg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1994, S. 286-308.

<sup>88</sup> Egon Bahr an Hermann Axen, 1988 VII 19 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 96 f., von Axen mit ZK-Hausmitteilung vom 21.9.1988 an Honecker weitergeleitet, von diesem mit dem Vermerk »Einverstanden« versehen; ebd., fol. 156a.



## Die Deutschlandpolitik der SPD in der Sackgasse

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Die SPD hatte seit 1982 eine Annäherung an das SED-Regime gesucht, die deutschlandpolitisch keine dringend benötigte Alternative zur Strategie der CDU-geführten Bundesregierungen darstellte. Weder verschlechterten sich nach der »Wende« in Bonn die innerdeutschen Beziehungen, noch bildete die Bundesrepublik einen destabilisierenden Faktor im internationalen Gefüge. Infolgedessen standen die Sozialdemokraten auf diesem Gebiet Ende der achtziger Jahre dort, wo sie zu Beginn des Jahrzehnts angefangen hatten. Sie waren weder bei der Neudefinition der innerdeutschen Beziehungen noch bei dem Bemühen um die innere Liberalisierung der DDR einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Oskar Lafontaine hat dieses Defizit klar erkannt. Am 23. Oktober 1987 versuchte er, Honecker für eine umfassendere Zusammenarbeit zu gewinnen:<sup>89</sup>

»Aus seiner Sicht wäre es ... gut, wenn man in naher Zukunft gemeinsam Vorstellungen entwickeln könnte, welche Vereinbarungen eine von der SPD geführte Regierung mit der DDR anstreben sollte. Unter Berücksichtigung der grundlegenden Interessen der DDR, bei absoluter Anerkennung der Zweistaatlichkeit, halte er es für notwendig zu prüfen, welche Schritte in der Perspektive möglich sind. In der BRD sei es inzwischen allgemeiner Konsens, daß die Zweistaatlichkeit eine Realität ist, an der niemand vorbei kann. Ebenso gewünscht würden aber grundlegende Verbesserungen vor allem für die Menschen. Deshalb wolle er die Bitte aussprechen, im Jahre 1988 gemeinsam eine Konzeption zu beraten, was aus Sicht der DDR-Führung gehe und was nicht.«

Lafontaine zielte offenbar auf ein Tauschgeschäft »Stabilisierung der Zweistaatlichkeit gegen Liberalisierung des Regimes«. Der Versuch aber, mit der bislang gezeigten Nachgiebigkeit gegenüber den »Geraer Forderungen« Ost-Berlin grundsätzliche Zugeständnisse abzugewinnen, schlug fehl. Im August 1988 sah sich der saarländische Ministerpräsident gezwungen, Honecker erneut um ein Konzept zu bitten, das eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zusammen mit der SED verwirklichen könne:<sup>90</sup>

<sup>89</sup> Notiz über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Oskar Lafontaine/Klaus von Dohnanyi/Klaus Wedemeier am 23.10.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/898 (ohne Folierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 171-178. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 667.

<sup>90</sup> Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Oskar Lafontaine am 18.8.1988 auf Schloß Hubertusstock [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/930 (ohne Folierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 115-126. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 809. Daraus wurde in der von Gunter Rettner ausgearbeiteten PB-Beschlußvorlage vom 22.8.1988 (Bericht über Besuch Lafontaines und Schlußfolgerungen): »Für den bevorstehenden Wahlkampf der SPD mit Blick

»Für die Bundestagswahl würden klare Botschaften gebraucht. Hinsichtlich der Friedenssicherung stehe die SPD, nicht zuletzt dank dem Erbe W. Brandts, kompetenter da als andere Parteien, ebenso hinsichtlich der Entspannung. Die Frage sei, was machen wir deutschlandpolitisch, wenn wir in die Regierung kommen? Ein Konzept für den Fall des Falles sei wünschenswert, etwas, das über bisherige Konzepte hinausgeht.«

Die Führung der SPD offenbarte damit einen deutschlandpolitischen Konzeptionsmangel. Die Kompromißbereitschaft in Sachen »Geraer Forderungen« hatte zwar die Arbeit in den gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen begünstigt, deutschlandpolitisch aber nichts bewegt, was die Regierung Kohl nicht auch hätte erreichen können und tatsächlich erreicht hat. Durch den Gang der Geschichte ist das Projekt Lafontaines, der sich seit dem Berliner Regierungswechsel 1989 auffallend für das »Modell Ristock« interessierte, schließlich überholt worden.

Auch wenn sich die Frage, welche Vorstellungen der saarländische Ministerpräsident bereits entwickelt hatte, um aus der Sackgasse herauszukommen, nicht beantworten läßt, steht eines jedoch fest: Wer, wie Lafontaine, auf eine am Berliner Vorbild orientierte neue Phase der Deutschlandpolitik setzte, hätte irgendwann auch die Bestimmungen des Grundgesetzes in Frage stellen müssen – schon allein, um jene Konzeptionslücke zu überwinden, die der Ministerpräsident in seinen Gesprächen mit Honecker offen eingestand. Hier nun tritt das eigentliche Problem jener »zweiten Ostpolitik« zutage, welche die SPD als Oppositionspartei glaubte, in die Wege geleitet zu haben. Ihre Repräsentanten müssen sich nicht so sehr an einzelnen Peinlichkeiten im Umgang mit der SED-Führung messen lassen – der Bedarf an journalistischen Schnellschüssen hat nach dem Ende des sogenannten Superwahljahres ohnehin nachgelassen –, sie müssen sich vielmehr einer

---

auf die Bundestagswahlen 1990 bat O. Lafontaine um eine interne Konsultation zu Fragen der weiteren Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD«. SAPMO-BArch, Arbeitsprotokolle des Politbüros, Sitzung vom 23.8.1988: J IV 2/2A/3148 (ohne Foliierung). Ähnlich auch die entsprechende Protokollnotiz im Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/64, fol. 43-48. Unter Punkt 2 der »Schlußfolgerungen« im o.g. Dokument heißt es weiter: »Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von internen Vorschlägen für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Verantwortlich: Genosse Hermann Axen, Genosse Oskar Fischer, Genosse Gunter Rettner«. Unklar bleibt, was aus dieser Arbeitsgruppe bzw. den Konsultationen wurde. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet lediglich eine Information Rettners vom 2.2.1989, in der er Grüße Lafontaines an Honecker und Vorschläge des saarländischen Ministerpräsidenten für die weitere Zusammenarbeit übermittelte. Zu diesen Projekten zählten u.a. ein weiterer Besuch im Herbst 1989, der nicht mehr zustande kam, und ein militärpolitisches Symposium im Saarland, an dem – so Lafontaine – auch der DDR-Verteidigungsminister Keßler teilnehmen sollte, nachdem auf bundesdeutscher Seite Rupert Scholz eine Begegnung abgelehnt hatte. Arbeitsprotokolle des Politbüros. Sitzung vom 7.2.1989: J IV 2/2A/3192 (ohne Foliierung). Die Zustimmung zu den Vorschlägen Lafontaines erfolgte per Politbürobeschuß am gleichen Tag.

anderen Frage stellen: Hatte jener Damm, der die Sozialdemokraten von den Trägern eines totalitären Regimes trennte, gegen Ende der achtziger Jahre nicht nur taktisch-verbal, sondern auch der inneren Einstellung nach schon Risse bekommen? Die Bundesrepublik steuerte noch kurz vor der »Wende« auf einen Bundestagswahlkampf zu, in dem sich der Kanzlerkandidat der SPD – glaubt man den Meinungsforschern – gute Chancen ausrechnen konnte. Der aber erblickte in den Berliner Ereignissen vom Februar 1989 den Auftakt für eine eigene deutschlandpolitische Offensive, die dem Anspruch auf eine qualitative Neuorientierung gerecht werden sollte. Über die möglichen Folgen läßt sich lediglich spekulieren. Gleichwohl scheint die SPD 1989 an einem Scheidepunkt angelangt zu sein, der in der politischen Diskussion über die Kontakte der bundesdeutschen Parteien zur SED bislang nur unzureichend beleuchtet worden ist.

## Eine peinliche Mission

Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag

Von Niels Hansen

### I.

Es war am Vortag der feierlichen Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags auf Schloß Belvedere. Der Leiter der Deutschen Wirtschaftsdelegation, wie unsere kleine Dienststelle in Wien damals noch hieß, Gesandter Dr. Carl Hermann Mueller-Graaf, hatte spätnachmittags in seiner bescheidenen, aber erlesen eingerichteten »Residenz« im XIII. Bezirk die engsten Mitarbeiter versammelt, und wir warteten. Die Stimmung war bedrückt, und auch die Freude an den gediegenen Empiremöbeln und Abusontepptichen, den Genrebildern, dem KPM-Porzellan und den Erstausgaben in der Bibliothek, die der verehrte Chef hier jahrelang liebevoll zusammengetragen hatte, vermochte sie nicht aufzuhellen. Wir warteten auf das Telefonat aus dem Ballhausplatz, mit dem Mueller-Graaf endlich zu Bundeskanzler Julius Raab gerufen werden sollte – für eine in der Tat unerfreuliche Demarche. Das beklemmende Zusammensein vor nunmehr vier Jahrzehnten und seine Begleitumstände blieben wohl allen Teilnehmern unvergeßlich, und nach der jüngst erfolgten Freigabe der Verschlusakten der Außenministerien in Wien<sup>1</sup> und Bonn<sup>2</sup> mag es an der Zeit sein, darüber mit erläuternden Rück- und Vorausblenden knapp – und somit vereinfachend – zu berichten.

---

1 Matthias Pape (Historisches Seminar der Universität Bonn) hat mir Kopien der verfügbaren einschlägigen Wiener Akten, die er für seine im Manuskript abgeschlossene Habilitationsschrift über die deutsch-österreichischen Beziehungen 1945-1960 erfaßt hat, freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Ich bin Dr. Pape für seine Hinweise besonders dankbar.

2 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im folgenden PAAA), Bd. VS-4696 a (jetzt offen).

## II.

Kurzfristig und ohne Fühlungnahme mit uns hatte sich die österreichische Regierung mit den vier Mächten bei der »Wiener Botschafterkonferenz« (2. bis 12. Mai 1955) darauf geeinigt, im Staatsvertrag die endgültige Übernahme des von den Alliierten 1945 beschlagnahmten deutschen Eigentums in allen vier Besatzungszonen zu regeln. Im Vertrag also, der dem ungeteilten, sich mitten im Kalten Krieg nunmehr zu »immerwährender Neutralität« verpflichtenden Land das Ende alliierter Besetzung und damit die Befreiung von unmittelbarer sowjetischer Vormundschaft bescheren sollte. Im fatalen Artikel 22 Ziffer 13 »verpflichtete« sich Österreich, »mit Ausnahme der erzieherischen, kulturellen, caritativen und religiösen Zwecken dienenden Vermögensschaften keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder – sofern der Wert der Vermögensschaften, Rechte oder Interessen 260.000 Schilling übersteigt – in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen«.<sup>3</sup> Es ging also nicht nur um das frühere deutsche Eigentum; das seitens der Sowjetunion abgetreten wurde (und von uns seit längerem praktisch abgeschrieben war), sondern auch um das von den drei Westmächten in ihren Zonen freigegebene. Im »Wiener Memorandum« der österreichischen Bundesregierung mit den Amerikanern und Engländern vom 10. Mai 1955 hieß es dazu, die Übertragung erfolge, »um die österreichische Volkswirtschaft zu stärken und um Österreich für seinen Verzicht auf die aus der Zeit der Besetzung Österreichs durch Deutschland herrührenden, gegenüber Deutschland bestehenden Forderungen in einem gewissen Ausmaß zu entschädigen«.<sup>4</sup> Auf diese Weise hatte man einen österreichischen Reparationsanspruch konstruiert, der mit der – ohne Ausgleich an die Westmächte erfolgenden – Aneignung abgegolten wurde. Die damit zusammenhängende Frage, ob der »Anschluß« von 1938 völkerrechtlich eine Okkupation oder eine Annexion dargestellt habe, zog sich wie ein roter Faden durch die nachfolgenden Auseinandersetzungen.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Zitiert nach Gerald STOURZH, *Geschichte des Staatsvertrags 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität*, 3. Aufl., Graz – Wien – Köln 1985, S. 269. – Vgl. auch Eva-Maria CSAKY, *Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955* (Schriftenreihe der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen, Bd. 10), Wien 1980, S. 389.

<sup>4</sup> Gedruckt bei STOURZH (wie Anm. 3), S. 230-234; bei CSAKY (wie Anm. 3), S. 371-375. – Im entsprechenden österreichisch-französischen Memorandum fehlt diese rechtfertigende Erläuterung.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Matthias PAPE, *Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955. Ein Aufriß*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 149-172, hier S. 151-154.

Es handelte sich um gewaltige Werte, sowohl Sachvermögen wie Forderungen, über deren genauen Umfang sich indessen zunächst nur mutmaßen ließ. Vom gesamten deutschen Besitz im Ausland bildete der österreichische den bedeutendsten Posten. Dabei mußten selbstverständlich auch österreichische Ansprüche an uns aufgerechnet werden, auf die Wien im Staatsvertrag ausdrücklich verzichtete. Bonn ging indessen nicht fehl, unter dem Strich mindestens 6 Mrd. DM anzusetzen,<sup>6</sup> doch ließ sich das auch später nicht eindeutig klären. Bei der anschließenden breiten Diskussion über dieses in mehrfacher Hinsicht komplizierte Problem wurde übrigens österreichischerseits eingeräumt, daß das böse Wort von der »Ausplünderung« der sogenannten Ostmark während der sieben Anschlußjahre unhaltbar sei und daß ganz im Gegenteil das »österreichische Wirtschaftswunder« der Nachkriegszeit ohne die sehr erheblichen deutschen Investitionen zwischen 1938 und 1945 undenkbar gewesen wäre.

Tausende deutsche Einzelpersonen und Familien waren betroffen, denn weit über die Hälfte der beschlagnahmten Werte gehörte – ganz überwiegend in Form von Immobilien und vor 1938 erworben (»Altvermögen«) – Privaten und war nicht »Konzernvermögen«, wie etwa die »Hermann-Göring-Werke« in Linz, aber auch die längst vor dem »Anschluß« erfolgten Kapitalbeteiligungen von Siemens und AEG. Die rückgabefähigen Vermögenswerte unter 260.000 Schilling (entsprechend der Anfang 1955 noch vorgesehenen Wertgrenze von 10.000 US-Dollar bei deutschen Vermögen in den Vereinigten Staaten; damals rd. 42.000 DM) machten schätzungsweise nur 7 Prozent der Gesamtmasse des deutschen Eigentums aus. Ein happiger Batzen also, den man sich da einverleiben würde zur materiellen Vergoldung der »von Deutschland aufgezwungenen Annexion« des 13. März 1938, wie es bereits in der »Erklärung über Österreich« der Moskauer Viermächtekonferenz im November 1943<sup>7</sup> geheißen hatte, und ein lukratives Geschäft. Die erforderliche Entschädigung der Privateigentümer überließ man uns. Das Argument, es gelte sich auf diese Weise auch für die Ablöse des von Moskau freigegebenen deutschen Eigentums schadlos zu halten, verfiel schon deshalb wenig, weil diese auf bloße 150 Mio. US-Dollar festgesetzt war.

Dabei gab es innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die bereits damals mit der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) eine Koalitionsregierung bildete, durchaus gewichtige Stimmen, die vor einem Fischzug mit zu

<sup>6</sup> Vgl. Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 20. Mai 1957 im Zusammenhang mit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Vermögensvertrags vom 15. Juni 1957 (PAAA, Ref. 506, Bd. 366). – Die deutschen Investitionen in Österreich während der Anschlußjahre wurden in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom Oktober 1956 auf 12 Mrd. DM (Verkehrswert 1953: 20,1 Mrd. DM) geschätzt (PAAA, Ref. 506, Bd. 365).

<sup>7</sup> Gedruckt bei STOURZH (wie Anm. 3), S. 214; bei CSAKY (wie Anm. 3), S. 33 f.

engmaschigem Netz gewarnt hatten. Wohl prominentester Gegner innerhalb der Regierung war der parteilose Finanzminister Professor Reinhard Kamitz, der ordnungspolitische, besonders aber rechtsstaatliche und moralische Erwägungen ins Feld führte.<sup>8</sup> Die gleiche Position nahm das dritte politische Lager, der – 1955/56 in der FPÖ aufgegangene – oppositionelle »Verband der Unabhängigen« ein, der sich als Sammelbecken der Deutschnationalen gegen jede antideutsche Politik zur Wehr setzte. Alle diese Kreise hatten u.a. künftige ausländische Investitionen im Blick, und es ging ihnen auch um den Erhalt guter Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland – umso mehr, als allgemein Klarheit darüber herrschte, daß das Geschenk des Staatsvertrags nicht zuletzt der konsequenten Westpolitik Adenauers zu verdanken war und daß die Neutralität der Alpenrepublik mit ihren ernststen Implikationen für die NATO im Kalten Krieg nur mit einer fest in die westliche Allianz eingebundenen Bundesrepublik Deutschland riskiert werden konnte.<sup>9</sup> Auch Raab galt nicht als enthusiastischer Verfechter der Aneignung des deutschen Vermögens, und er setzte sich dann später für eine Schadensbegrenzung ein. Schließlich waren bisher auch die österreichischen Gerichte insoweit ganz überwiegend rechtsstaatlicher Praxis gefolgt.

Ganz anders die SPÖ, die in der Eigentumsfrage Deutschland gegenüber besonders zurückhaltend eingestellt war und die sich seit jeher – nicht nur aus ideologischen Gründen – für die Übertragung des deutschen Eigentums auf Österreich eingesetzt hatte. Darauf hatte deren Parteiführer Vizekanzler Adolf Schärf bereits bei den Moskauer Verhandlungen Mitte April 1955, hinter dem Rücken der ÖVP-Delegationsmitglieder, gedrängt, wie es seine 1980 veröffentlichten stenographischen Notizen enthüllen.<sup>10</sup> Der stellvertretende französische Hohe Kommissar, Roger Lalouette, vermutete schon damals, daß die Sozialisten bereits vor der Reise nach Moskau dieserhalb

<sup>8</sup> Kamitz sprach sich in einen Brief an Außenminister Leopold Figl vom 27. April 1955 »entschieden dagegen« aus, »daß das Entfremdungsverbot auf die nicht sowjetische Zone ausgedehnt wird. Das Entfremdungsverbot in seiner allgemeinen, auf alle Ausländer abgestellten Fassung kann sich sowohl wirtschaftlich als auch wegen späterer verwaltungsrechtlicher Komplikationen äußerst ungünstig auswirken, zumal es stets von den Verstaatlichungsanhängern für Verstaatlichungszwecke ausgenützt werden wird. [...] Ich glaube, daß der Rahmen für das »kleine Deutsche Eigentum« weit gehalten werden sollte, damit wir später in unserer Handlungsfreiheit nicht beschränkt sind. Jedenfalls erscheint mir eine Höchstgrenze von 10.000 Dollar pro Person vollkommen unzulänglich, da Wohnhäuser oft einen viel höheren Wert haben. Das gleiche gilt aber auch für kleine Landwirtschaften und selbst für kleine Geschäftsunternehmungen [...]«. Staatsarchiv Wien, Archiv der Republik, Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten (im folgenden: BKA/AA), Zl. 322.247, Staatsvertrag 4, 1955, Kart. 43.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. *Weltwoche* (Zürich), 20. Mai 1955: »Wien, nicht Bonn erntet damit die Früchte der zähen politischen Arbeit der Bundesrepublik.«

<sup>10</sup> Dr. Adolf SCHÄRF, *Erinnerung an die Moskau-Fahrt, Stenografische Notizen vom 11. bis 15. April 1955*, hrsg. von Karl R. STADLER, in: *Zukunft, Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* (Wien), April 1980, S. 22-30. – Vgl. auch Karl R. STADLER, *Adolf Schärf, Mensch, Politiker, Staatsmann*, Wien – München – Zürich 1982, S. 434.

mit den Sowjets Gespräche geführt hätten.<sup>11</sup> Die SPÖ verfolgte hier deshalb eine harte Linie, weil sie die verstaatlichte Industrie, in welche die deutschen Unternehmen überführt worden waren, zur wichtigsten Einflußsphäre ihrer Partei zählte und dieser Komplex das Fundament des österreichischen Staatssozialismus bildete.

Österreich hielt uns, ebenso wie die drei westlichen Alliierten, entgegen, daß wir im sogenannten Überleitungsvertrag zum Generalvertrag mit den Westmächten vom 26. Mai 1952 (später in das Pariser Vertragswerk vom Oktober 1954 übernommen) ja die Verpflichtung eingegangen seien, jede im österreichischen Staatsvertrag später getroffene Regelung der Frage des deutschen Eigentums »hinzunehmen« (Kapitel 6, Art. 3 Abs. 2). Das war zwar richtig, doch schloß diese Klausel eine einvernehmliche Lösung, wie sie denn auch seit 1947 im bisherigen Artikel 35 des Staatsvertragsentwurfs vorgezeichnet war, keineswegs aus. Die Einlassung Schärfs am 3. Juni 1955, der sich in der ganzen Affäre auch im nachhinein als Scharfmacher erwies, Konrad Adenauer habe eben damals »freigebig einen Blankoscheck ausgestellt« und damit den »Vorgang juristisch einwandfrei geregelt«,<sup>12</sup> war – »adding insult to injury« – ebenso zynisch wie unwahrhaftig. Bei der gleichen Gelegenheit, einer Pressekonferenz auf dem Frankfurter Flughafen anläßlich einer Zwischenlandung, setzte der Vizekanzler im übrigen auf einen Schelmen anderthalb und erklärte, es sei keineswegs ausgemacht, daß alle privaten Vermögenswerte unter 260.000 Schilling auch wirklich zurückgegeben würden, wozu man sich nicht verpflichtet habe.

### III.

Am peinlichsten empfanden wir die eifrigen Bemühungen, die Verantwortung für die Neufassung von Artikel 22 Ziffer 13 den vier Mächten zuzuschieben. So erklärte Raab auf einer Pressekonferenz am 16. Mai, »die Alliierten hätten diese Verfügung getroffen, die Österreich habe akzeptieren müssen«<sup>13</sup>, welche Behauptung er drei Tage später auf dem ÖVP-Parteitag wiederholte. Dieses Ärgernis sollte in den nächsten Tagen und Wochen eine bedeutende Rolle spielen und nicht nur deutsche Politiker und Journalisten zu bissigen und ironischen Kommentaren (z.B. »Kulissenpolitik«, »Intrigenspiel«, »Schmierentheater«, »Roßtäuscherei«, »Opportunismus«) veranlassen. Gewiß, besonders die Sowjetunion, auf die es beim Zustandekommen des Staatsvertrags ja in erster Linie ankam, besaß ein erhebliches

<sup>11</sup> *Documents diplomatiques français*, 1955, Bd. 1, Januar bis Juni, Paris 1987 (im folgenden: *Documents*), 9. Mai 1955, S. 607. Unter demselben Datum heißt es dann: »Dans ces conditions, les Américains et les Britanniques se heurtent à un front commun austro-soviétique [...]« (S. 608).

<sup>12</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Juni 1955.

<sup>13</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Mai 1955.



Interesse daran, den deutschen Einfluß auf die österreichische Wirtschaft zu begrenzen. Das war ein zwar wichtiger, jedoch kaum der entscheidende Aspekt.

Der politische Direktor des Außenamts, Gesandter Josef Schöner, präzierte am 12. Mai – als er Mueller-Graaf »betreten und deprimiert mitteilte, daß die Einigung über das deutsche Eigentum sehr schlecht ausgegangen sei« – »die Amerikaner hätten gegenüber der anfänglichen sowjetischen Weigerung, die Moskauer Konzessionen in der Frage des ehemaligen deutschen Eigentums in der sowjetischen Zone zum Bestandteil des Staatsvertrags zu machen, den Gegenvorschlag gemacht, die Bestimmungen des Moskauer Protokolls, wonach das Österreich überlassene Eigentum nicht an die deutschen Eigentümer zurückgegeben werden darf, auch auf die drei Westzonen auszudehnen«. <sup>14</sup> Und in einer »Sprachregelung« vom 21. Mai an Botschafter Adrian Rotter in Bonn <sup>15</sup> unterstrich der Ballhausplatz, die USA hätten sich für die Beschlagnahme des deutschen Eigentums auch in den Westzonen eingesetzt, um »den Russen eine Kompensation für die Annahme gewisser anderer angelsächsischer Forderungen bieten« zu können. Gemeint war vor allem der sowjetische Verzicht darauf, daß Ölfraffinerien und Vertriebsfirmen in Niederösterreich nicht an westliche Gesellschaften übertragen werden durften (s. S. 231). Zudem lag den drei Westmächten ebenso wie ihren Kriegsverbündeten, etwa den Niederländern, daran, in der Alpenrepublik dem deutschen Eigentum keine günstigere Behandlung angedeihen zu lassen als in ihren eigenen Staaten. Und in der Tat waren es, formal gesehen,

<sup>14</sup> Drahtbericht Mueller-Graafs vom 13. Mai 1955 (PAAA, Ref. 506, Bd. 75). – Seitens der USA erfolgte die erste Unterrichtung über Artikel 22 Ziffer 13 des Staatsvertrags am 13. Mai durch die amerikanische Botschaft in Bonn mittels eines Aide-mémoires, das dem stellvertretenden Leiter der Länderabteilung, Hans Ulrich von Marchtaler, vom ersten Sekretär Joseph N. Greene übergeben wurde (Aufzeichnung des Leiters der Rechtsabteilung, Ministerialdirektor Hans Berger, an Staatssekretär Walter Hallstein vom gleichen Tag, PAAA, Abt. 3, Bd. 1412). – Der Assistent des Abteilungsleiters Europa des State Department, Jack Reinstein, teilte Botschaftsrat Georg Federer von der deutschen Botschaft in Washington am 26. Mai mit, man habe Bonn bereits während der NATO-Ministerkonferenz in Paris (9.-11. Mai) ins Bild setzen wollen, was dann jedoch nicht möglich gewesen sei, und die Unterrichtung am 13. Mai sei »leider etwas verspätet erfolgt«. Reinstein fügte hinzu: »Amerikanischer Vertreter in Wien habe bei Diskussion über deutsches Vermögen vergeblich versucht, Erleichterungen, z.B. Rückgabe des gesamten Häuserbesitzes, durchzusetzen. Um Österreich-Vertrag aber nicht an Frage des Vermögens scheitern zu lassen, habe amerikanische Regierung die nunmehr beschlossene Lösung angenommen« (Drahtbericht gleichen Datums, PAAA, ebd.). Dagegen Schöner zu Mueller-Graaf am 12. Mai: »Gegenüber dem österreichischen Wunsch, für die Rückgabe wenigstens des »kleinen« Eigentums eine relativ hohe Grenze festzusetzen, hätten ebenfalls die Amerikaner nur eine Grenze von 10 000 Dollar zugelassen, und zwar mit der Begründung, daß sie auch in den direkten deutsch-amerikanischen Verhandlungen für das deutsche Eigentum in den USA nur diese Höhe zugebilligt hätten. Sie könnten daher in Österreich nicht über diese Grenze hinausgehen« (PAAA, ebd.).

<sup>15</sup> BKA/AA, Einlageblatt in Zl. 322.315-Pol/55, Staatsvertrag 2, 1955, Kart. 42.

die Amerikaner gewesen, die auf der Botschafterkonferenz am 15. Mai 1955 die neue Bestimmung – unter der Bedingung bestimmter sowjetischer Konzessionen – eingebracht hatten.<sup>16</sup> Trotz alledem: Die jetzigen Vertragstexte und die sie begleitende hektische Apologetik, mit der behauptet oder zumindest unterstellt wurde, Österreich sei zu diesem tiefen Schluck aus der Pulle gezwungen worden, belegten, so schien es uns, ein hohes Maß von Unbekümmertheit der Wiener Diplomatie, um es zurückhaltend auszudrücken. Die windungsreichen Rechtfertigungsversuche waren Ausfluß schlechten Gewissens und kaum ein Ruhmesblatt für die vielgepriesene Tradition österreichischer Verhandlungskunst: »Schließlich kann man in Bonn doch nicht von uns erwarten, daß wir die deutschen Interessen wahren und gegen den amerikanischen Vorschlag auftreten.«<sup>17</sup> Indessen hatte Schärf am 13. Mai, unmittelbar nach Abschluß der Wiener Botschafterkonferenz, gegenüber der Presse die Katze aus dem Sack gelassen, als er sich und seiner Partei die »Errungenschaft« der Besizmesmehrung zugute hielt.<sup>18</sup> Sein Parteifreund, der damalige Staatssekretär im Außenamt Bruno Kreisky, ging – in solcher Offenheit durchaus sympathisch – noch einen Schritt weiter: »Er halte es«, so zitierte ihn *Christ und Welt* am 26. Mai, »für falsch und den Tatsachen nicht entsprechend, wenn heute österreichische Politiker die Schuld an der Zwangsregelung den westlichen Alliierten zuschieben wollten; die österreichische Delegation habe diese Regelung als einen Fortschritt begrüßt.«<sup>19</sup> Damals konnten wir noch nicht gewisse Details, wie sie nunmehr aus den Akten deutlich werden. Von Interesse ist hier etwa das Protokoll über eine am 2. April zur Vorbereitung der entscheidenden Reise der österreichischen Delegation nach Moskau abgehaltene Besprechung hochrangiger Beamter des Außenamts unter Leitung von Außenminister Leopold Figl.<sup>19</sup> Dabei

16 Vgl. *Foreign Relations of the United States 1955-1957*, Bd. V, *Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955* (im folgenden FRUS), Washington 1988, S. 82.

17 So Rotter (wie Anm. 15). – Auch Schöner bestritt gegenüber Gesandtschaftsrat Groepper am 1. Juli 1955, »daß entgegen anderslautenden Versionen Österreich in besonderer Weise zu im Staatsvertrag enthaltener verschärfter Regelung für deutsches Eigentum beigetragen habe. Er selbst habe an Verhandlungen von Beginn bis Ende teilgenommen und sei ebenso wie die anderen Mitglieder der österreichischen Delegation durch entsprechenden Vorschlag der Amerikaner überrascht worden« (Drahtbericht Groeppers an das Auswärtige Amt vom gleichen Tag, PAAA, wie Anm. 2).

18 Im Drahtbericht Mueller-Graafs vom 13. Mai 1955 (wie Anm. 14) ist die Äußerung Schärf's im Wortlaut wiedergegeben: »Ganz besonders bedeutungsvoll ist aber die Errungenschaft, daß jenes Eigentum in ganz Österreich, das fälschlicherweise als deutsches Eigentum bezeichnet wurde, nunmehr in das Eigentum des österreichischen Staates übertragen werden wird. Damit ist einer kommenden unangenehmen Auseinandersetzung mit Deutschland vorgebeugt.«

19 Alfons SCHILCHER (Hrsg.), *Österreich und die Großmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955* (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Wien – Salzburg 1980, S. 267-275.

bemerkte Kreisky, »Österreich hätte nicht die Absicht, das deutsche kleine Eigentum zu behalten. Wir müßten aber, um die Russen in dieser Hinsicht zu beruhigen, doch eine Verpflichtung ins Auge fassen, daß wir die uns zurückgegebenen früheren deutschen Betriebe als österreichisches Eigentum behalten.« Der Leiter der Völkerrechtsabteilung, Gesandter Stephan Verosta, erwiderte, »unsere Judikatur sei auf die Achtung des Privateigentums eingeschworen und nach unseren gesetzlichen Bestimmungen sei es ohne komplimentäre Verträge nicht möglich, hierüber Klarheit zu schaffen«. Er gab »neuerlich gerade in dieser Frage zu bedenken, daß man auf die Praxis des Obersten Gerichtshofes bzw. Verfassungsgerichtshofes Bedacht nehmen müsse«. Und er versprach, »eine diesbezügliche Formel aufzusetzen«, und wies »darauf hin, daß der sowjetische Standpunkt in der Frage des deutschen Eigentums immer eindeutiger gewesen sei als der des Westens, der die Deutschen sozusagen favorisiere«. Und in den Moskauer Gesprächen wurde dann mit den Sowjets insoweit auch Einigung erzielt.

Der Wortlaut des späteren Artikel 22 Ziffer 13 des Staatsvertrags findet sich zum ersten Mal in den *Documents diplomatiques français* veröffentlicht, und zwar in einem Telegramm Lalouettes vom 26. April 1955, mit dem er den Text von »Article 35« nach Paris übermittelte.<sup>20</sup> In einem erläuternden Hinweis des Herausgebers heißt es lediglich, dies sei »un projet de nouvelle rédaction dudit article«, doch ergibt sich aus dem vorangehenden (nicht veröffentlichten) Drahtbericht Lalouettes desselben Datums, daß es sich um einen amerikanisch-englischen Entwurf handelte, der auf Wunsch der österreichischen Seite erstellt worden war.<sup>21</sup> In einem Telegramm des amerikanischen Hohen Kommissars, Botschafter Llewellyn E. Thompson, an das State Department vom 27. April über ein Treffen mit seinen britischen und französischen Kollegen sowie Raab, Schärf, Figl und Kreisky vom gleichen Tag heißt es dann: »Austrians made clear they would welcome insertion in Article 35 of a paragraph relating to non-return of German assets in West zones and agreed that this might attract Russians to agree to amendment of Article 35.«<sup>22</sup>

<sup>20</sup> *Documents* (wie Anm. 11), S. 513 f.

<sup>21</sup> Telegramm Nr. 727, Archiv Außenministerium Paris, EU Autriche, vol. 290: »Le gouvernement autrichien estime indispensable que les concessions soviétiques concernant les dispositions de l'article 35 du projet de Traité d'Etat, telles qu'elles figurent dans le mémorandum du 15 avril, fassent l'objet d'un accord à cinq. Il désirait, à cette fin, que ledit article fut rédigé de nouveau [...] Américains et Britanniques partagent les vues autrichiennes et ont en conséquence établi une nouvelle rédaction dont je donne le texte sous le numéro suivant.« Das genannte Moskauer Memorandum (gedruckt bei STOURZIL, wie Anm. 3, S. 226-229; bei CSAKY, wie Anm. 3, S. 362-365) enthält zwar in der Tat keinen Hinweis auf die Enteignung in den Westzonen, doch ist es kaum vorstellbar, daß diese dabei zwischen den Westmächten und den Österreichern nicht erörtert wurde.

<sup>22</sup> Vgl. FRUS (wie Anm. 16), S. 58. Der nächste Satz des Telegramms lautet: »It was made

Das beweist zwar wohl noch nicht ganz zweifelsfrei, daß die Initiative zur Enteignung auch in den westlichen Besatzungszonen mit auf den Ballhausplatz zurückging, belegt jedoch zumindest, daß diese österreichischerseits begrüßt wurde. Das führt zu einer weiteren Überlegung: Hatten die Österreicher Mitte April im Kreml etwa auch deshalb so ausgedehnte Konzessionen sogar zu Lasten der Westmächte gemacht, um deren Zustimmung zur Enteignung der deutschen Vermögenswerte in ihren Zonen als Quidproquo gegenüber den Sowjets herbeizuführen? In Abschnitt I Ziffer 6 des »Moskauer Memorandums« vom 15. April 1955 war vereinbart worden, daß »die Bundesregierung nach Übergabe der deutschen Vermögenswerte in der sowjetischen Besatzungszone an Österreich Maßnahmen herbeiführen wird, die eine Überführung dieser Vermögenswerte in das Eigentum ausländischer Staatsangehöriger einschließlich juristischer Personen privaten oder öffentlichen Rechts ausschließt«. Dieses Zugeständnis Wiens gab Moskau dann im Verlauf der Botschafterkonferenz preis, so daß der Erwerb durch anglo-amerikanische (Öl-)Gesellschaften wieder möglich wurde; die Enteignung des deutschen Vermögens in den westlichen Zonen stellte eine wesentliche Gegenleistung an die Sowjets dar.<sup>23</sup> Vielleicht unterschätzte Thompson insoweit die Findigkeit der Wiener Diplomatie, wenn er am 27. April abschließend berichtete, »we were appalled by the lack of clarity in the Austrian thinking on these problems, and extent to which they have failed to foresee possible difficulties with the Soviets«. Die zitierten Äußerungen Schöners gegenüber Mueller-Graaf vom 12. Mai und die »Sprachregelung« an Rotter vom 21. Mai erhalten im Lichte dieser Belege der Alliierten eine geradezu machiavellistische Dimension.

Zudem: Die in dieser Sprachregelung übermittelte – (warum wohl?) »streng vertrauliche« – Information, Mueller-Graaf sei »noch am 12. Mai durch Gesandten Schöner über den am 11. eingebrachten<sup>24</sup> amerikanischen

---

clear that none of us were in a position to state that our governments would be able to do this«. – In den Documents (wie Anm. 11) ist unter dem Datum des 27. April 1955 kein Bericht aus Wien aufgeführt, und auch in den Akten des Quai d'Orsay findet sich ein solcher nicht. Eine relevante britische Aktenpublikation fehlt. – Wenn Greene am 26. Mai Marchtaler (wie Anm. 14) sagte, »die österreichische Regierung sei an der Ausarbeitung des amerikanischen Vorschlags nicht beteiligt gewesen« (Aufzeichnung Marchalters vom 31. Mai 1955, PAAA, Abt. 3, Bd. 1412), so gab dies lediglich die Sprachregelung hinsichtlich des am 5. Mai formal von den USA eingebrachten Antrags wieder.

23 »If we included in Article 35 prohibition against transfer German assets to Germany, I will ask that Soviet Union send Austrians note stating that this paragraph in the state treaty supersedes the provision in the Moscow memorandum prohibiting transfer German assets in eastern zone to foreigners« (Telegramm der amerikanischen Delegation an das State Department vom 10. Mai 1955, vgl. FRUS, wie Anm. 16, S. 98).

24 Vom Datum des 11. Mai ist im Drahtbericht Mueller-Graafs vom 13. Mai 1955 (wie Anm. 14), mit dem er die Informierung durch Schöner weitergab, nicht die Rede.

Vorschlag vertraulich informiert« worden, und »Vorwürfe über unfaires Verhalten« seien »uns gegenüber daher völlig unangebracht«, erscheint schon deshalb irrelevant, weil der formale amerikanische Vorschlag bereits am 5. Mai eingeführt und das – mit dem Ballhausplatz lange vorher abgestimmte – entsprechende Botschaftermemorandum zwischen Österreich, den USA und Großbritannien am 10. Mai unterzeichnet worden waren. Schlimmer noch: Figl hatte Mueller-Graaf noch während der Botschafterkonferenz wider besseres Wissen versichert, das deutsche Privateigentum werde zurückgegeben, und von Kreisky war dem Gesandten Entschädigung für die verstaatlichten ehemals deutschen Unternehmen zugesagt worden.<sup>25</sup> Der Außenminister bat Mueller-Graaf dann am 13. Mai nachmittags zu sich, um sich von den durch Schärf gepriesenen »Errungenschaften« zu distanzieren, dessen »Erklärung als die des Parteiobmanns der SPÖ zu werten sei«.

»Es bestünden [...] in der Frage des deutschen Eigentums scharfe Gegensätze zwischen Österreichischer Volkspartei und SPÖ. Die ÖVP stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine faire Regelung, insbesondere für das Eigentum von vor 1938 von der österreichischen Regierung gesucht und gefunden werden müsse, trotz aller Bestimmungen des Staatsvertrags. Die ÖVP stehe auf dem Standpunkt, daß sie nicht »rauben und stehlen« werde, ich möchte dies in Bonn mitteilen. Ich wies darauf hin, daß es mir angesichts der offenbar jetzt festgelegten Formulierung im Staatsvertrag rechtlich sehr schwierig erscheine, z.B. eine vor 1938 bestehende deutsche Zahnpastfabrik ohne weiteres zurückzugeben. Figl ließ erkennen, daß man dafür trotzdem Mittel und Wege finden müsse, um die Eigentümer in vernünftiger Weise zufriedenzustellen. Auf jeden Fall müßten Entschädigungen gezahlt werden. Ebenso wie Schöner wies er darauf hin, daß bei einer wohlwollenden Handhabung der Bestimmung des Einheitswerts von 10.000 Dollar im Jahre 1938 sehr viele Werte zurückgegeben werden könnten.«<sup>26</sup>

Das Telegramm schließt jedoch pessimistisch: »Befürchte, daß Figl mit seinen Absichten, auch wenn sie ernst gemeint sind, schwerlich durchdringen wird.« Und im gleichen Drahtbericht später:

<sup>25</sup> In einem Drahtbericht Mueller-Graafs vom 5. Mai 1955 über die Botschafterkonferenz heißt es dazu: »Frage deutschen Eigentums wurde gestern und heute diskutiert. Anscheinend wird es gelingen, Entschädigungsmöglichkeit offen zu halten, sodaß sie Gegenstand von Verständigung mit uns sein kann. Figl hat mir wiederholt versichert, daß das »Eigentum« jedenfalls zurückgegeben werde und man wegen des anderen möglichst positive Lösungen suchen wolle. Unzweifelhaft scheint mir, daß bereits verstaatlichte Betriebe und Großunternehmen nicht in deutsches Eigentum zurückgeführt werden dürfen und können. Entschädigungsabsicht auch hierfür hat mir u.a. Kreisky wiederholt versichert« (PAAA, Ref. 506, Bd. 75). Beim in Anführungszeichen gesetztes Wort »Eigentum« findet sich in den Akten der Randvermerk »offenbar: Privateigentum«.

<sup>26</sup> PAAA (wie Anm. 14).

»Charakteristisch für die Situation scheint mir Bemerkung von Gesandten Verosta, Leiter der Rechtsabteilung, der Mitglied der Delegation in Moskau und der Delegation auf der Botschafterkonferenz war. Verosta hatte mich heute Nachmittag gebeten, vor meinem Besuch beim Außenminister zu ihm zu kommen. Er steht dem ausgesprochen deutschfeindlichen Flügel der ÖVP nahe. Er distanzierte sich zwar vorsichtig von den Formulierungen Schärfs, ließ aber im Nebensatz durchblicken, daß eben schwere Belastung der Beziehungen zu Deutschland in der Eigentumsfrage unvermeidlich sei und hingenommen werden müsse. Wie mir durch besondere Kanäle bekannt ist, hat Verosta sich immer dafür eingesetzt, Alliierte im Staatsvertrag zu einer völkerrechtlich einwandfrei verankerten entschädigungslosen Überführung des Vermögens in Österreich zu veranlassen.«

Die sich aus diesen widersprüchlichen Signalen erklärende Unsicherheit der österreichischen Diplomatie ist auch daraus ersichtlich, daß Rotter, der den Leiter der Länderabteilung des Auswärtigen Amts, Wolfgang Frhr. von Welck, am 24. Mai aufsuchte, nach dessen Aufzeichnung<sup>27</sup> bereits am 16. Mai angemeldet war, sich dann aber krankheitshalber immer wieder entschuldigen ließ. Der Botschafter dazu am 20. Mai mahnd nach Wien: »Aber auch eine Grippe muß einmal ein Ende haben.«<sup>28</sup>

#### IV.

Adenauer, der in die ganze Frage noch lange Zeit persönlich im Detail eingeschaltet blieb, war tief betroffen. Nicht nur über Österreich, sondern auch über die USA war er verärgert und zugleich besorgt<sup>29</sup>: Die sich mit Chruschtschows Abgehen vom Junktim zwischen der Lösung der deutschen und der österreichischen Frage seit Anfang Februar überstürzende Entwicklung zum Staatsvertrag besaß für Bonn natürlich erhebliche Brisanz. Sie war am Rhein in der Zeit des Beitritts der Bundesrepublik zu WEU und NATO sowie der Erlangung der Souveränität angesichts möglicher negativer Präzedenzwirkungen (Österreich als »Modell« für Deutschland<sup>30</sup>) mit beträchtlichem Mißtrauen verfolgt worden. Die unmittelbaren Befürchtungen in Bonn hatten sich zwar nicht bestätigt: Die Ratifizierung der

<sup>27</sup> PAAA (wie Anm. 2).

<sup>28</sup> BKA/AA, ZL 322.334, Staatsvertrag 2, 1955, Kart. 42.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu im größeren Zusammenhang Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer, Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 184 f., und DERS., *Gründerjahre der Republik 1949-1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2)*, Stuttgart 1981, S. 265-268.

<sup>30</sup> Vorbehalte gegenüber der Modellfall-Theorie äußert Bruno THOSS, *Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55*, in: Bruno THOSS und Hans-Erich VOLKMANN (Hrsg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956 (Militärsgeschichte seit 1945, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 9)*, Boppard am Rhein 1988, S. 93-136.

Pariser Verträge in Bundestag und französischem Senat war Ende Februar bzw. Ende März erfolgt, die Souveränität am 5. Mai erreicht, und bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am Tag des Staatsvertrags gewann die CDU sogar zum ersten Mal die absolute Mehrheit. Es galt indessen die Implementierung der Abkommen sicherzustellen, vor allem die notwendige Grundgesetzänderung zur Wehrordnung zu verabschieden.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund war die Enttäuschung über die Enteignung besonders tief, was sich in den Protestnoten Adenauers an die Botschafter der Westmächte vom 14. Mai niederschlug. Es hieß dort, diese werde »nicht nur die deutsch-österreichischen Beziehungen auf das schwerste belasten, sondern auch der von mir verfolgten Außenpolitik abträglich sein müssen«.<sup>32</sup> Wenn die Amerikaner Adenauer schon bei der Vermögensregelung des Staatsvertrags im Stich gelassen hatten, würden sie es dann nicht auch in wichtigeren Fragen tun? Die wenige Tage später bekannt gewordenen Erwägungen von Dulles zu einer »Finnlandisierung« der Satellitenstaaten Moskaus und Eisenhowers Idee eines Gürtels neutraler Staaten in Mitteleuropa schienen eine Revision der amerikanischen Sicherheitspolitik anzudeuten und bestärkten die Befürchtungen des deutschen Bundeskanzlers.<sup>33</sup> Hinzu kam das Unbehagen darüber, daß man als gerade souverän gewordener Staat gleich zu Beginn eine so unangenehme Kontroverse mit den bisherigen Besatzern und den Schutzmächten Berlins austragen mußte, ein Gefühl, das von der anderen Seite durchaus geteilt wurde.<sup>34</sup>

## V.

Zurück zum Nachmittag im Hause Mueller-Graafs. Staatssekretär Walter Hallstein hatte den Gesandten an diesem Samstag in einer Drahtweisung<sup>35</sup> gebeten, »sofort nach Eingang dieser Weisung Bundeskanzler Raab

31 Vgl. die Einschätzung der sowjetischen Politik durch Außenminister Antoine Pinay gegenüber Lalouette vom 18. April 1955: »Tout se passe, en effet, comme si, n'ayant pu empêcher l'approbation par le Parlement français des accords qui tendent à intégrer la République fédérale allemande dans l'Europe occidentale, l'U.R.S.S. cherchait maintenant à prévenir ou compliquer l'application de ces mêmes accords en favorisant dans l'opinion allemande le renforcement du courant neutraliste«, in: *Documents* (wie Anm. 11), S. 465; die politischen Telegramme des Quai d'Orsay tragen die Unterschrift des Ministers auch dann, wenn dieser sie nicht abgezeichnet hat.

32 PAAA (wie Anm. 2).

33 Vgl. Hermann-Josef RUIEPER, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949-1955* (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 95), Opladen 1991, S. 419 f. – Detlef FELKEN, *Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-1959*, Bonn und Berlin 1993, S. 286-290. – Zur Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch den Staatsvertrag demnächst ausführlicher PAPE (wie Anm. 1).

34 Britischer Gesandter R. Allen über Adenauers Protestnote gegenüber Welck am 26. Mai 1955: »Peinlicher Eindruck« (Aufzeichnung vom gleichen Tag, PAAA, wie Anm. 2).

35 PAAA (wie Anm. 2). – Die Weisung trägt in den Akten den handschriftlichen Vermerk des für Österreich zuständigen Referatsleiters der Länderabteilung, Karl-Hermann Knoke, »Der Herr

aufzusuchen« und ihm namens der Bundesregierung folgendes zu eröffnen:

»Die inzwischen bekanntgewordene Lösung der deutschen Vermögensfrage im Staatsvertrag hat hier außerordentlich überrascht. Die Bundesregierung muß ihrem Befremden und ihrer Enttäuschung Ausdruck geben, daß Österreich an dieser Lösung mitgewirkt hat. Nach dem Überleitungsvertrag ist die Bundesregierung gezwungen, diese Lösung hinzunehmen. Sie kann sie jedoch niemals anerkennen. Sie behält sich daher alle Schritte wegen der Weiterbehandlung des Problems vor und darf schon jetzt der Erwartung Ausdruck geben, daß zumindest die Frage der Entschädigung der durch den neuen Zusatz in Ziffer 13 des Artikels 35 enteigneten deutschen Eigentümer im Geiste gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern von der österreichischen Regierung aufgegriffen wird. Ein Anstehenlassen dieser Frage würde das deutsch-österreichische Verhältnis auf das schwerste belasten.

In Ihrem Gespräch bitte ich ferner zum Ausdruck zu bringen, daß die in der Presse verbreitete Erklärung des Herrn Vizekanzlers Schärf, wonach »diese Errungenschaft [nämlich die Enteignung des deutschen Eigentums] für Österreich die Gefahr unangenehmer vermögensrechtlicher Auseinandersetzungen mit Deutschland beseitigt«, die Bundesregierung außerordentlich verstimmt hat«.

Zusätzlich zu den bitteren Noten Adenauers an die drei alliierten Botschafter in Bonn, die noch vor wenigen Tagen als Hohe Kommissare amtiert hatten, waren parallele Demarchen in Washington, London und Paris vorgesehen. Hallsteins Weisungen, den Protest »sofort« auszuführen, hieß auf jeden Fall vor der Unterzeichnungszereemonie, d.h. noch in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai. Und wir warteten auf den Termin.

Noch einmal erörterten wir die politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und vor allem moralischen Argumente, die es zu erwägen und im einzelnen ausdrücklich oder implizite vorzubringen galt. Die Gedanken und Gespräche, die zugegebenermaßen emotional geprägt waren, schweiften weit und gingen zurück zu den schlimmen zwölf Jahren und vor allem zur komplexen deutsch-österreichischen Problematik in ihren vielfältigen Aspekten. Mueller-Graaf (1903-1963)<sup>36</sup>, eine differenzierte, hochgebildete Persönlichkeit, kam aus dem Bundeswirtschaftsministerium und gehörte seit der Übernahme des Wiener Postens im November 1953 dem auswärtigen Dienst an. In seinem damals vielgelesenen und -diskutierten Buch *Irrweg und Umkehr*.

Bundeskanzler hat abgezeichnet«. Sie berücksichtigt noch nicht den Drahtbericht Mueller-Graafs über seine Gespräche mit Figl und Schöner vom 13. Mai (wie Anm. 14), der in Bonn erst am 14. Mai um 14 Uhr entschlüsselt vorlag.

<sup>36</sup> Vgl. Mathias PAPE, *Carl Hermann Mueller-Graaf (zum 30. Todestag am 20. Dezember 1993)*, in: *Ostdeutsche Gedenktage 1993*, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1992, S. 179-181. – Vgl. auch Rolf LAHR, *Zeuge von Fall und Aufstieg*, Hamburg 1981, S. 205-207.



*Betrachtungen über das Schicksal Deutschlands* (Reclam, 1948), das schon 1946 unter dem Pseudonym Constantin Silens in Basel herausgekommen und mit dem man auch in Österreich vertraut war, hatte er sich eindeutig zu diesen beiden Stichworten bekannt. Hinsichtlich seines Verhaltens im »Dritten Reich« hatte er sich persönlich nichts vorzuwerfen, er mochte Österreich, betonte dort gern seine schlesische Herkunft und setzte sich engagiert für verbesserte Beziehungen zwischen Bonn und Wien ein. Mueller-Graaf stand nicht zuletzt mit bedeutenden Wiener Intellektuellen wie Franz Theodor Csokor, Friedrich Heer, Alexander Lernet-Holenia, Friedrich Torberg und Hans Weigel in freundschaftlicher Verbindung und besaß nicht nur in der gegenüber allem Deutschen nunmehr empfindlichen Wiener Gesellschaft einen ausgezeichneten Ruf. Der überraschende Zugriff auf das deutsche Eigentum bedeutete gerade für ihn einen schweren Schlag, obwohl er jetzt um Abgewogenheit bemüht war.

Besonders sein Vertreter, Gesandtschaftsrat Horst Groepper, der sich in der Geschichte des Verhältnisse unserer beiden Länder durch die Jahrhunderte ebenfalls vorzüglich auskannte, plädierte dafür, daß »tout comprendre« nicht etwa zu »tout pardonner« führen dürfe. Kaum verwunderlich, daß am Nachmittag des 14. Mai der unbändige Jubel des weit überwiegenden Teils der Österreicher beim »Anschluß«, die beflissene Ergebnisadresse des Wiener Kardinals Theodor Innitzer an Hitler<sup>37</sup> und so manches andere zur Sprache kam, was die Formulierungen der Moskauer Deklaration von 1943 über Österreich als erstes Opfer Hitler-Deutschlands jedenfalls moralisch stark relativierte. Jemand las aus den Memoiren des damaligen französischen Botschafters in Moskau, Robert Coulondre, vor, »daß die einzigen Wunden, die die deutschen Soldaten bei ihrem Einzug in Wien davontrugen, von Blumensträußen herrührten, die man ihnen in allzu großer Begeisterung zuwarf«.<sup>38</sup> Als Angehöriger eines österreichischen Gebirgsjägerregiments in den letzten Kriegsjahren vermochte ich, Vizekonsul und jüngster der Runde, ebenfalls Einschlägiges beizusteuern.

37 Dazu jetzt Ludwig VOLK, *Flucht aus der Isolation. Zur »Anschluß«-Kundgebung des österreichischen Episkopats vom 18. März 1938*, in: DERS., *Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von Dieter ALBRECHT (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 46), Mainz 1987, S. 175-200. – Weiter Herbert ROSENKRANZ, *Bemerkungen zu neueren Arbeiten über das Problem der Judenverfolgung und des Antisemitismus in Österreich*, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 22 (1978), S. 90-100.

38 Robert COULONDRE, *Von Moskau nach Berlin 1936-1939*, Bonn 1950, S. 257. – Vgl. jetzt auch Gerald STOURZH und Birgitta ZAAR (Hrsg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938* (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, Bd. 16), Wien 1990.

## VI.

War das nicht doch eine vielleicht zu einfache, recht einseitige Sicht, die sich uns da an diesem Abend aufdrängte? Mag sein, doch wurde sie, so argumentierten wir, durch eine weitere Dimension bestätigt. Der stellvertretende Leiter des Wirtschaftsreferats, Dr. Hans Stefan Schloß, der als deutscher Jude, nach dem Novemberpogrom 1938 drei Monate im KZ Sachsenhausen inhaftiert, den Krieg in Istrien überstanden hatte, erinnerte an die lange Tradition des enthusiastischen antisemitischen Engagements der Wiener. Mueller-Graaf, welcher 1952 an den deutsch-israelischen Verhandlungen in Wassenaar über das Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen maßgeblich mitgewirkt hatte,<sup>39</sup> der mit dem Leiter der Kölner Israel-Mission Felix Shinnar befreundet war und später in Wien, über zehn Jahre vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem, zum dortigen israelischen Botschafter Yeheskel Sahar und zu dessen Vorgänger, Gesandten Shmuel Bentsur, enge Kontakte zu pflegen vermochte<sup>40</sup>, war mit dem ganzen Problemkreis wohlvertraut. Aus gewissen unangenehmen Erfahrungen mit einem jedenfalls latenten Antisemitismus der Wiener Schickleria machte er uns gegenüber kein Hehl.

Schon am Vorabend des deutschen Einmarschs war es ja in Wien zu bösen Übergriffen gegen Juden gekommen. Carl Zuckmayer schreibt darüber in seinen Erinnerungen:

»An diesem Abend (des 11. März 1938) brach die Hölle los [...] Ich erlebte die erste Zeit der Nazi Herrschaft in Berlin. Nichts davon war mit diesen Tagen in Wien zu vergleichen. Was hier entfesselt wurde, hatte mit der »Machtergreifung« in Deutschland, die nach außen hin scheinbar legal vor sich ging und von einem

39 Mueller-Graaf bearbeitete den handelspolitischen Teil des Abkommens (Warenlieferungen nach Israel), und er war anschließend deutscher Vorsitzender der Gemischten Kommission zu dessen Implementierung. Vgl. Hermann J. ABS, *Entscheidungen 1949-1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens*, Mainz 1991, S. 153.

40 Mueller-Graaf besuchte zusammen mit seiner Frau auf Einladung des Jerusalemer Entschädigungsamts vom 21. Oktober bis 1. November 1960 Israel, worüber sein interessanter 27seitiger Reisebericht erhalten ist (Kopie im Besitz des Verfassers). Er traf dort mit verschiedenen bedeutenden Persönlichkeiten, u.a. mit Justizminister Pinchas Rosen, Arbeitsminister Giora Josephthal, Frau Vera Weizmann (im Weizmann-Institut) und in einem Hotel in Herzliya auch mit Nahum Goldmann zusammen. In einem ausführlichen Artikel von Imanuel Unger in der Haifaer »Jedioth Hajom« vom 25. Oktober 1960 heißt es dazu: »Seit sieben Jahren fungiert Mueller-Graaf [...] als diplomatischer Vertreter der westdeutschen Bundesrepublik in Wien. Er hat in dieser Eigenschaft zwar direkt nichts mit jüdischen Dingen zu tun, aber bei jeder Gelegenheit trägt er seine Sympathien für Israel und sein Wohlwollen für das Judentum sehr offen und demonstrativ zur Schau. Es gibt kaum eine jüdische Veranstaltung, der er nicht beiwohnt, es gibt keine Aktion für Israel, der er sich nicht anschließen würde, es gibt keine Demonstration gegen den Antisemitismus, an der er nicht warnend und mahnend seine Stimme erhebt.«

Teil der Bevölkerung mit Befremden, mit Skepsis oder mit einem ahnungslosen, nationalen Idealismus aufgenommen wurde, nichts mehr zu tun. [...] Es war ein Hexensabbat des Pöbels und ein Begräbnis aller menschlichen Würde.«<sup>41</sup>

In keiner einzigen Stadt »Großdeutschlands«, außer eben in Wien, hatte sich die Bevölkerung an den fürchterlichen Ausschreitungen des 9. November 1938 aktiv beteiligt.<sup>42</sup>

Jahre später legte mir Simon Wiesenthal in New York dar, nicht nur relativ, sondern sogar auch absolut gesehen seien die an der »Endlösung« beteiligten österreichischen Kriegsverbrecher erheblich in der Überzahl gewesen. Howard M. Sachar gibt an, daß etwa ein Drittel der beim Ausrotungsprogramm tätigen Funktionäre Österreicher (8 Prozent der Bevölkerung »Großdeutschlands«) waren und daß fast die Hälfte der sechs Millionen Juden letztlich von Österreichern getötet wurden.<sup>43</sup> Mueller-Graaf war sich dessen bewußt, als er in einem Bericht am 31. Mai 1955 schrieb:

»Theoretische Völkerrechtskonstruktionen wie »Annexion« oder »Okkupation« schlagen der Tatsache ins Gesicht, daß der österreichische Nationalsozialismus bekanntlich eine besonders scharfe und fanatische Ausprägung des allgemeinen deutschen Nationalsozialismus war. Neben Hitler selbst sind die schlimmsten Henker des deutschen Volkes und der besetzten Länder, wie Seyss-Inquart und Kaltenbrunner, bis herab zu den zahlreichen besonders berechtigten Folterknechten der Konzentrationslager Österreicher gewesen.«<sup>44</sup>

---

41 Carl ZUCKMAYER, *Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft*, (Frankfurt/Main) 1966, S. 88 f. – Vgl. auch George R. GEDYE, *Als die Bastionen fielen*, Wien 1981, S. 287 ff; Jonny MOSER, *Die Judenverfolgungen in Österreich 1938-1945*, Wien – Frankfurt/Main – Zürich 1966; Erika WEINZIERL, *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938-1945*, 2. Aufl., Graz – Wien – Köln 1985; vor allem die ausführliche, akribisch dokumentierte Dokumentation von Herbert ROSENKRANZ, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945*, Wien 1978.

42 Vgl. Joachim C. FEST, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt/Main – Berlin – Wien 1973, S. 780.

43 Howard M. SACHAR, *Diaspora. An Inquiry into the Contemporary Jewish World*, New York 1985, S. 32. Das Kapitel über Österreich (S. 30-39) enthält auch sonst in mehrfacher Hinsicht (geschichtlicher und gegenwärtiger Antisemitismus, Wiedergutmachung, Kriegsverbrecherprozesse usw.) sehr kritische Einlassungen – weitgehend im Gegensatz zu dem über die Bundesrepublik Deutschland (S. 7-30). Vgl. auch Gerhard BOTZ, *Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung*, in: Dan DINER (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/Main 1987, S. 141-152, hier S. 148: »[...] so sollte schon jetzt Wiesenthals erschütternde Bilanz ernstgenommen werden: Mindestens drei Millionen ermordete Juden gehen zu Lasten der an den Verbrechen beteiligten Österreicher.«

44 PAAA (wie Anm. 2).

Das erlaubt gewiß noch keine Rückschlüsse auf die damalige Einstellung der Bevölkerung schlechthin, die nach der Anschlußhysterie im Verlauf des Krieges in der Tat allen Grund zur Ernüchterung hatte – und es stellt erst recht keine Entlastung für uns Deutsche dar –, doch ist es für die Verstrickung Österreichs in die Greueltaten ja durchaus relevant.<sup>45</sup> Der Besucher des bewegenden Museums in Theresienstadt stellt denn auch fest, daß es etwa in den Lagerbefehlen stets »Jänner« statt Januar hieß und daß alle drei Kommandanten Österreicher waren.<sup>46</sup> Der Prozentsatz der Überlebenden Juden betrug in Österreich 1,1, im »Altreich« 3,4.<sup>47</sup> Diese so entscheidende Mitwirkung Österreichs an den Verbrechen der beschämenden Jahre dünkte uns auch an jenem Abend ein ganz wesentliches Kriterium. Die aktive Gegnerschaft gegenüber den Nazis von Männern wie Figl, Hurdes oder Kreisky, die sie ins Konzentrationslager gebracht oder in die Emigration getrieben hatte, vermochte dies ja nicht aufzuwiegen.

Und nach dem Ende der Katastrophe? Erich Kästner notiert in seinem Tagebuch aus dem Tiroler Mayrhofen am 4. Mai 1945:

»Wir blickten in die Stuben und sahen, in jedem Fensterrahmen, das nahezu gleiche lebende Bild. Überall trennte man das Hakenkreuz aus den Hitlerfahnen. Überall zerschnitt man weiße Bettlaken. Überall saßen die Bäuerinnen an der Nähmaschine und nähten die roten und weißen Bahnen fein säuberlich aneinander [...] Farbsatte Rechtecke an den Wänden erzählten uns, wie leicht Tapeten zu verschießen pflegen und wie groß die Hitlerbilder gewesen waren.«<sup>48</sup>

Es war die Zeit, als in der ersten Nachkriegsregierung der kommunistische Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kulturangelegenheiten, Ernst Fischer, in den Lehrplänen das Fach »Deutsch« flugs durch »Unterrichtssprache« ersetzen ließ, was dann gern, gemünzt auf seinen ÖVP-Nachfolger Felix Hurdes, als »hurdestanisch« apostrophiert wurde. Von dem in der zitierten »Erklärung über Österreich« 1943 berufenen »eigenen Beitrag zu seiner Befreiung« war gar so viel nicht zu spüren gewesen. Den in

45 Erscheint die Erklärung von Bundespräsident Thomas Klestil bei seinem Staatsbesuch in Israel im November 1994, »viele der schlimmsten Helfershelfer der Nazidiktatur« seien Österreicher gewesen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. November 1994), im Lichte der Äußerungen Wiesenthals nicht fast als Euphemismus?

46 Es ist wohl auch kein Zufall, daß im Film »Schindlers Liste« (1994) der Hauptgegenspieler des Titelhelden, SS-Hauptsturmführer Amon Göth, aus Wien kommt.

47 Vgl. Jehudith HUEBNER, *Deutschland und Österreich zwischen 1938 und 1945*, in: Shmuel BAHAGON (Hrsg.), *Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen*, Gerlingen 1994, S. 146-151, hier S. 150. – Zum religiös-politischen Kampf des Wiener Bürger- und Kleinbürgertums gegen »die Juden«, zur Schlüsselrolle Luegers und zu Hitlers Prägung durch das Wiener Milieu eindringlich Friedrich HEER, *Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität*, München – Esslingen 1968, Neudruck Frankfurt/Main – Berlin 1989.

48 Erich KÄSTNER, *Notabene 45. Ein Tagebuch*, Zürich 1961, S. 127.

der Präambel des Staatsvertragsentwurfs enthaltenen Passus, »daß Österreich eine Verantwortlichkeit, die sich aus dieser Teilnahme am Kriege ergibt, nicht vermeiden kann«, hatten die vier Mächte im letzten Augenblick der zum Staatsvertrag führenden Verhandlungen auf Bitten Figls gestrichen. Felix Austria.

Schon 1955 ließ sich vermuten, daß Wien – nicht unähnlich Ost-Berlin – trotz alledem, von Trostpflastern abgesehen, keine wirkliche Wiedergutmachung an jüdische Verfolgte leisten werde.<sup>49</sup> Das lag in der Konsequenz der von Österreich beanspruchten »Opferrolle«, deren Berechtigung man durch substantiellere Leistungen an diese am schwersten getroffenen Opfer der Hitlerdiktatur infragegestellt hätte und die auch bei der Problematik des deutschen Eigentums eine so wesentliche Rolle spielte. Wir wußten, daß man sich sogar bei der Rückgabe »arisierter« Eigentums mehr als zögerlich verhalten hatte, doch waren uns damals ja nicht die Erwägungen und Erörterungen darüber bekannt, die Robert Knight in seiner instruktiven Dokumentation 1988 veröffentlicht hat.<sup>50</sup> Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Henrik Van Dam, mahnte am 18. Mai 1955 zwar eine »befriedigende Wiedergutmachung der nunmehr freien und unabhängigen Republik« angesichts der »schweren Mitschuld von Österreichern an den Massenverbrechen des Dritten Reiches« und des »Austronazismus« an, doch blieb dies bekanntlich ohne Erfolg.<sup>51</sup> Über sein Zusammentreffen mit Nahum Goldmann in Israel 1960 schrieb Mueller-Graaf: »Gespräch bewegt sich vorwiegend um die noch ausstehende Entschädigungsregelung mit Österreich. Goldmann hebt unseren guten Willen hervor und äußert sich kritisch über die österreichische Seite.«<sup>52</sup>

49 Vgl. die eingehende Darstellung von Michael WOLFFSOHN, *Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), S. 692-731 (zu Österreich S. 721-727).

50 Robert KNIGHT (Hrsg.), *Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen». Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden*, Frankfurt/Main 1988. Die im Buchtitel zitierte Äußerung stammt von Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) und fiel anläßlich einer Kabinettsitzung am 9. November (sic) 1948 bei der Erörterung eines »Fonds für Judenvermögen« (S. 197). – Vgl. auch DERS., *Restitution and Legitimacy in Post-War Austria 1945-1953*, in: *Year Book XXXVI* (1991), Leo Baeck Institute London, Jerusalem, New York, S. 413-441. Sigrid LÖFFLER zitiert die Einlassung Helmers im ersten ihrer beiden kritischen Artikel *Neuer Wind um Mauerbach. Gibt Österreich seine NS-Beutekunst zurück?* und *Die Rothschild-Saga. Österreichische Beutekunst II: Rückgabe oder Unterdrückung in der Süddeutschen Zeitung* vom 14. und 15./16. Juli 1995.

51 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Mai 1955. Van Dam wird dort, unter Bezugnahme auf die erwähnte Tilgung einer österreichischen »Verantwortlichkeit« aus der Präambel des Staatsvertrags, weiter so zitiert: »Es gibt keine Tinte, die die Spuren des vergossenen Blutes [...] zu tilgen vermag.«

52 Vgl. Anm. 40 (Reisebericht Mueller-Graafs), S. 2 (22. Oktober 1960). Dazu Nahum GOLDMANN, *Mein Leben als deutscher Jude*, München – Wien 1980, S. 448-452.

Schärf ließ sich in der bereits erwähnten Pressekonferenz vom 3. Juni 1955 sogar zu der herzlosen Äußerung hinreißen, »Bonn habe sich überdies in der Frage der Entschädigung der Juden kaum fair benommen. Durch sein selbständiges Handeln sei ein Präzedenzfall geschaffen worden, der Österreich schwer zu schaffen mache«. <sup>53</sup> In diesem Zusammenhang ist auch der den Botschaften in Bonn, London, Moskau, Paris und Washington übermittelte »Amtsvermerk« vom 5. Oktober 1955 über das am Vortag geführte Gespräch Raabs mit dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Hans Berger, von Interesse, in dem der Bundeskanzler zitiert wird, »Österreich habe in der Frage der Entschädigung für die Juden eine schlechte Position gehabt, weil Deutschland vorher so freigebig gewesen sei«. <sup>54</sup> Daß der Antisemitismus und nach dem Krieg dessen Reste in Österreich stets erheblich größer waren als in Deutschland <sup>55</sup>, wurde von Politikern und Historikern, jedenfalls damals noch, weitgehend verdrängt. <sup>56</sup>

## VII.

Und jetzt das. Um auf den Abend des 14. Mai zurückzukommen, so waren wir perplex und, gerade weil uns Österreich mit seiner reichen Kultur so viel bedeutete, tief enttäuscht. Die – bei allem Bewußtsein der innenpolitischen und sonstigen vielschichtigen Problematik der Neutralität Österreichs für unsere prowestliche Politik in dieser schwierigen Phase des Ost-West-Konflikts – aufrichtige Mitfreude am Erfolg der Wiener Diplomatie hatte

<sup>53</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Juni 1955. – Vgl. dazu das befremdliche Kapitel »Jüdische Forderungen« in der Biographie von Karl R. STADLER (wie Anm. 10), S. 399-403. Hier wird auch das Postulat Schärf's wiedergegeben: »Keine allgemeine Schadensersatzpflicht, da Österreich, das annektiert und daher nicht vorhanden war, keinen Schaden zufügen konnte.«

<sup>54</sup> BKA/AA. Zl. 325.261, Staatsvertrag 2, 1955, Kart. 42. Berger in seiner Aufzeichnung vom 4. Oktober 1955 über diese Einlassung Raabs: »Im übrigen habe Deutschland bei den Wiedergutmachungsleistungen an Israel auf Österreich keine Rücksicht genommen, so daß dies heute Österreich eine halbe Milliarde Schilling kosten werde« (PAAA, Ref. 506, Bd. 77). – Hier sei erwähnt, daß Deutschland gemäß dem sogenannten Kreuznacher Abkommen vom 27. November 1961 95 Mio. DM für die Aufstockung der mageren österreichischen Entschädigungsleistungen zahlte. Vgl. Ernst FEAUX DE LA CROIX und Helmut RUMPF, *Der Werdegang des Entschädigungsrechts unter national- und völkerrechtlichem und politologischem Aspekt* (Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Finanzen in Zusammenarbeit mit Walter SCHWARZ, Bd. III), München 1985, S. 288-309. »Ausschlaggebend war auf deutscher Seite die humanitäre Bedeutung des ganzen Problems« (S. 308). Die Verwendung des genannten Betrages durch Österreich gab dann übrigens zu Zweifelsfragen Anlaß (vgl. S. 309).

<sup>55</sup> Vgl. SACTIAR (wie Anm. 43), S. 38, und KNIGHT (wie Anm. 50), S. 106, sowie BOTZ (wie Anm. 43).

<sup>56</sup> In Israel erhielt lediglich der deutsche Botschafter, zumindest bis zum Ende meiner Amtszeit 1985, keine Einladung zur jährlichen zentralen Gedenkveranstaltung in Yad Vashem, wohl aber der österreichische.

sich merklich gedämpft. Achtung und Verachtung liegen manchmal dicht beisammen. Mehrfach fiel das Wort »Schlawiner«, selbst wenn uns bei der Verwendung eines solchen Stereotyps umso weniger wohl sein konnte, als wir Deutsche negativen Klischees ja ebenfalls ständig ausgesetzt waren. Und mischte sich nicht auch etwas Neid hinein? Und allgemein Unverständnis dafür, daß die wendigen, viel weniger zahlreichen und auch deshalb für ungefährlicher gehaltenen Österreicher, deren Städte unter Luftangriffen kaum zu leiden gehabt hatten, schon vorher, seit 1945, besser davongekommen waren?

Die Uhr lief. Sollte der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland etwa einfach nicht vorgelassen werden? Zu dieser Stunde an einem solchen Tag irgendjemanden fermündlich zu erreichen, war schwierig. Trotzdem gelang es, die Anberaumung des wichtigen Gesprächs, das zu führen man sich österreichischerseits sichtlich Zeit ließ, nachdrücklich anzumahnen. Es galt sich weiter in Geduld zu üben. Fahrer Kunze stand bereit. Endlich läutete das Telefon: Figl bat darum, sich um 22 Uhr in seiner Privatwohnung einzufinden. Mueller-Graaf ging allein. Wir alle blieben – gespannt, sogleich vom Ablauf der Mission aus erster Hand zu hören. Von der Hietzinger Wattmannngasse ins Stadtzentrum brauchte es mindestens zwanzig Minuten, und möglicherweise waren die Straßen am Vorabend des großen Tages schwer passierbar, so daß wir uns auf eine längere Wartezeit einrichteten.

Kurz vor Mitternacht kam der Gesandte zurück. Bleich und irritiert, etwas fahrig, in einer Gemütsverfassung, die man vielleicht als sarkastisch resigniert bezeichnen kann. »Räuber und Diebe!«, entfuhr es dem sonst so verbindlichen und beherrschten Mann – ein wörtlicher Bezug auf den Beschwichtigungsversuch Figls vom Vortag. Es war nicht möglich gewesen, die Demarche in angemessener Weise durchzuführen. Figl hatte dem Jubelchampagner zur späten Stunde sichtlich bereits ausgiebig zugesprochen. Er empfing den Störenfried, der bittere Wermutstropfen in den schäumenden Freudenbecher goß und als leidiger Spielverderber der Hochstimmung betrachtet werden mußte, mit einer Umarmung, um sich für die – fiktiven – lieben Glückwünsche des Nachbarlandes aufs herzlichste zu bedanken. Ähnliches galt für den später eintreffenden Raab.

Das war's denn auch weitgehend. Die Bemühungen, zur Sache zu kommen, hatten sich als äußerst mühsam erwiesen, denn die zwei Gesprächspartner sahen sich, so war Mueller-Graaf schnell deutlich geworden, weder willens noch in der Lage, eine wirklich ernsthafte Unterredung zu führen. Gleichwohl gelang es dem Gesandten dank der Überlassung eines Papiers, in dem die empfangene Weisung fixiert war<sup>57</sup>, die Demarche formal durchzuführen und wenigstens von Raab eine einigermaßen verständliche Reaktion

<sup>57</sup> In seinem Drahtbericht vom 15. Mai 1955 schreibt Mueller-Graaf nur, er habe »die

zu erreichen. Wie würde darauf wohl, ging es mir durch den Kopf, der gestrenge Professor Hallstein reagieren, und Adenauer, der immerhin über rheinischen Humor verfügte?

Der geheime Drahtbericht Mueller-Graafs vom folgenden Tag bringt den Ablauf der Begegnung, die von dem sensiblen Mann auch als persönliche Demütigung empfunden wurde und über die er vorab, unumwundener, telefonisch zu informieren vermochte<sup>58</sup>, in nuancierter, zurückhaltender Weise zum Ausdruck.<sup>59</sup>

»Sofort nach Empfang des Erlasses Nr. 80 habe ich mich bei Bundeskanzler Raab angemeldet, der zunächst nicht zu erreichen war. Um 21 Uhr wurde ich von Außenminister Figl angerufen, der mich bat, um 22 Uhr in seiner Wohnung zu sein, wohin Raab kommen werde.

Figl empfing mich dort um 22 Uhr, während Raab erst um 22 Uhr 25 eintraf. Ich habe daher zunächst Figl meinen Auftrag mitgeteilt. Er begann darauf mit weit-schweifigen, aber inhaltslosen Erklärungen, die neben der Sache lagen. Nach Eintreffen von Raab habe ich diesem die Stellungnahme der Bundesregierung wortgetreu übermittelt.

Figl setzte in Gegenwart von Raab den Versuch fort, außerordentlich redselig die nüchternen Tatsachen zu vertuschen. Er tat immer wieder so, als ob Österreich in der Lage sein würde, nach der Räumung durch die Sowjets die Dinge als souveräner Staat in »amicalster Form« zu regeln.

Er leugnete, daß Österreich an der Lösung mitgewirkt habe. Er wiederholte nochmals seine Erklärung vom Vortage (vgl. meinen Drahtbericht 86 vom 13.5.), daß die Erklärung von Schärf nicht die des Vizekanzlers, sondern die des Partei-Obmannes gewesen sei.

Raab schloß sich diesen Ausführungen in seiner wortkargen Weise an. Er stellte in Aussicht, der Erklärung des Vizekanzlers mit einer eigenen Erklärung entgegenzutreten. Er erklärte ebenso wie Figl, daß Österreich bereit sei, später mit der Bundesrepublik zu verhandeln, insbesondere auch über eine Entschädigung. Dies könne aber erst erfolgen, wenn die Sowjets das Land geräumt hätten. Es sei ihm nicht möglich, vorher in dieser Richtung etwas zu sagen, weil die Sowjets

---

Stellungnahme der Bundesregierung wortgetreu übermittelt«. Für die Überlassung eines Papiers spricht u.a., daß der Vermerk Beroldingens über die Demarche (vgl. S. 244) mit der Weisung Hallsteins wörtlich übereinstimmt.

<sup>58</sup> Die Bonner Akten weisen, wie in derartigen Fällen nicht unüblich, eine mündliche Vorabinformation nicht aus, doch erinnern sich Groepper und ich daran, daß vor Abgang des Telegramms mindestens ein, möglicherweise mehrere Telefongespräche – wohl mit Berger – geführt wurden. Dies lag auch angesichts der damals noch recht zeitaufwendigen manuellen Verschlüsselung vertraulicher Drahtberichte nahe, aus der sich beträchtliche Verzögerungen ergaben.

<sup>59</sup> PAAA (wie Anm. 2).



sonst womöglich nicht räumen würden. Wir sollten daher Ruhe bewahren und Verständnis für seine Lage haben sowie Vertrauen zeigen. Dies letztere wurde auch von Figl immer wieder hervorgehoben.

Ich verhielt mich gegenüber den Ausführungen äußerst reserviert und beschränkte mich darauf, drei Tatsachen hervorzuheben, nämlich einmal, daß Österreich keinen Versuch gemacht habe, die Übertragung wenigstens des zweifellos unanfechtbar erworbenen deutschen Eigentums von vor 1938 auf Österreich abzulehnen und für abendländische und christliche Rechtsbegriffe einzutreten, zweitens, daß österreichische Beamte, wie uns bekannt sei, im Gegenteil sogar seit Jahr und Tag eine Gestaltung des Staatsvertrages angestrebt hätten, welcher eine gegenüber Deutschland wirksame entschädigungslose Überführung des deutschen Eigentums auf die Republik Österreich sichern sollte, wie es jetzt geschehen sei, drittens, daß der Vizekanzler der Republik Österreich die entschädigungslose Fortnahme des deutschen Eigentums vor aller Öffentlichkeit als einen Erfolg der österreichischen Politik gefeiert habe.

Von den wortreichen, aber substanzlosen Einwendungen zeigte ich mich unbeeindruckt.

Figl ließ bei seinen langen Ausführungen nicht unerwähnt, daß er nächstes Wochenende Gelegenheit nehmen werde, mit einem Duzfreund des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zusammenzutreffen und ihm alles näher zu erklären. Er nannte mir weder Namen noch Ort des Zusammentreffens. Ich bemerkte, daß ich wohl in erster Linie zuständig sei, die Erklärungen der österreichischen Regierung für Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer entgegenzunehmen.

In der ohne mein Zutun achtzig Minuten dauernden Unterredung, die um 23 Uhr 20 schloß, versuchten beide Herren intensiv, um die Dinge herumzureden, und glaubten durch herzliche Versicherung der Freundschaft zu Deutschland und zu mir persönlich und der Bitte um Vertrauen, die gestörte Atmosphäre wieder herstellen zu können.«

Der ebenfalls anwesende Kabinettschef Figls, Lukas (Graf) Beroldingen, fertigte über die Demarche am 15. Mai seinerseits einen den Botschaften in Bonn, London, Paris und Washington zugeleiteten Vermerk<sup>60</sup>, in dem sich jedoch lediglich die Weisung Hallsteins im Wortlaut wiederholt findet. Von einer österreichischen Reaktion ist in dem Papier bezeichnenderweise nicht die Rede. – Auf der Pressekonferenz am 16. Mai machte Raab dann übrigens deutlich, daß er »keine Veranlassung« für eine Entschädigung der deutschen Eigentümer durch Österreich sehe, wenn er allgemeine zweiseitige Verhandlungen auch nicht ausschloß.

<sup>60</sup> BKA/AA, Zl. 322.173-Pol/55, Staatsvertrag 2, 1955, Kart. 42.

## VIII.

Die Beziehungen der beiden Länder waren ganz plötzlich auf den Nullpunkt gesunken. Das amtliche Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bonner Bundesregierung unterrichtete, bei derlei Gelegenheiten unüblich, am 18. Mai über die Demarche. Mueller-Graaf wurde umgehend »urlaubshalber« nach Bonn zurückberufen, wo er noch am Tage der Ankunft am 17. Mai Hallstein mündlich Bericht erstattete; er durfte erst am 24. August wieder auf seinen Posten zurückkehren (hielt sich jedoch vom 22. Mai bis 4. Juni privat in Wien auf). Der deutsche Blätterwald rauschte ungestüm, der *Stern* brachte am 29. Mai eine für Österreich wenig schmeichelhafte Bilderserie mit der Überschrift »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Im Bundestag fielen am 21. Juni offene Worte: Für die SPD-Fraktion kritisierte Carlo Schmid die Aneignung des deutschen Vernögens »nach der Methode von Versailles«. Adenauer erklärte dort, Hitler sei »nirgendwo so begeistert aufgenommen worden wie in Wien«, was einen Eklat in der österreichischen Presse auslöste und auch den Nationalrat beschäftigte. Schon am 3. Juni hatte es der alte Herr vor dem CDU-Bundesvorstand empörend gefunden, daß Österreich die historische Wahrheit auf den Kopf stelle und argumentiere, »als wenn es von uns vergewaltigt worden wäre«, da es »weite Teile in Österreich gegeben hat, die nationalsozialistischer gewesen sind als irgendein Teil Deutschlands«. <sup>61</sup> Und, wie Rotter auf der Grundlage einer Meldung des *Spiegel* am 8. Juni am gleichen Tag berichtete, <sup>62</sup> soll Adenauer bei einer Zusammenkunft mit den Ministerpräsidenten der Länder fünf Tage vorher gesagt haben: »Wenn man in Wiener Regierungskreisen davon spricht, jetzt endlich auch Deutschland gegenüber frei zu sein und ein Recht auf Reparationen zu haben, dann würde ich den Österreichern, sofern Hitlers Gebeine noch zu finden wären, am liebsten diese zurückschicken.«

Groeper sowie der Direktor der Süddeutschen Bank Paul Krebs, später auch Mueller-Graaf und Berger selbst, führten in Wien im Herbst 1955 – zum Teil sehr kontroverse – sondierende Unterredungen nicht zuletzt mit dem Ziel, die im ersten Durchführungsgesetz zum Staatsvertrag vorgesehenen – später dann mehrfach abgeänderten – Ausführungsbestimmungen flexibel zu halten. Im Juni sprachen darüber der neue Außenminister Heinrich von Brentano mit ÖVP-Generalsekretär Alfred Maleta in Bonn und im August in Salzburg Finanzminister Fritz Schäffer mit Figl, der dabei erneut betonte, die Enteignung sei Österreich bedauerlicherweise von den vier Mächten aufgedrängt worden.

<sup>61</sup> Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, bearb. von Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990, S. 499.

<sup>62</sup> BKA/AA, ZL 304-Res/G/55, Staatsvertrag 2, 1955, Kart. 42.

Mueller-Graaf schrieb mir am 2. Oktober nach Bonn:

»Inzwischen wird hier alles schwieriger noch als zu Ihrer Zeit. Der Deutschenhaß ist im Wachsen, und selbst am Ballhausplatz hält man es kaum noch für nötig, ihn zu tamen. Wahrscheinlich denken weite Volksschichten ja nicht so, und auch in der leitenden Schichte (wie es österreichischerseits heißt) gibt es natürlich gemäßigte Leute. Freunde haben wir aber keine in diesem Lande. Es ist ein tragischer geschichtlicher Vorgang, in dem wir stecken.«

Erst der versöhnliche Besuch Brentanos in Wien vom 16. bis 18. November, der erste offizielle höherrangige Besuch von deutscher Seite überhaupt, in den ich, seit Juni Angehöriger des Ministerbüros, einbezogen war, glättete etwas die Wogen. Einen Monat später konstituierte sich eine Gemischte Kommission, und langwierige, schwierige Verhandlungen<sup>63</sup> führten schließlich zum bilateralen Vermögensvertrag vom 15. Juni 1957<sup>64</sup>, mit dessen komplizierten Bestimmungen der Streit juristisch beigelegt wurde. Die Wiener Suppe wurde nun, nicht zuletzt übergeordneten wirtschaftlichen Erwägungen gehorchend, viel weniger heiß gegessen als man sie ausgekocht hatte. Am 6. November 1990 ist der umstrittene Artikel 22 Ziffer 13 des Staatsvertrags von der österreichischen Regierung als »obsolet« bezeichnet worden.<sup>65</sup> Felix Austria?

---

63 Zu den deutsch-österreichischen Vermögensverhandlungen 1955 bis 1957 demnächst PAPE (s. Anm. 1).

64 Vgl. Gerhardt PLÖCHL und Josef VLCEK, *Die Rechtsvorschriften über das deutsche Eigentum in Österreich samt den einschlägigen Nebenbestimmungen*, Wien 1959.

65 Die Hinfälligkeit wurde auch für Art. 12 bis 16 des Staatsvertrags (»Militärische und Luftfahrt-Bestimmungen«) stipuliert. Es handelte sich um eine einseitige Erklärung, die den anderen vier Signatarstaaten, nach vorheriger informeller Unterrichtung, nebst »Erläuterungen« notifiziert wurde (Wortlaut in *Die Presse* vom 7. November 1990). Dabei bezog man sich vor allem auf den »Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland« vom 12. September 1990. Die vier Regierungen erteilten schriftlich oder (Großbritannien) mündlich ihre Zustimmung (Texte in *Die Presse* vom 1./2. Dezember 1990). Vgl. auch Gerald STOURZH, *Obsoletes und Nichtobsoletes vom Staatsvertrag*, in: *Salzburger Nachrichten*, 1. März 1995.

## Auf der Suche nach dem Ersatzmann

### Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959

Von Rudolf Morsey

Kaum ein anderes innenpolitisches Ereignis während der Kanzlerschaft Adenauers hat zeitgenössische Kommentatoren wie spätere Historiker derart intensiv beschäftigt wie die »Präsidentenwahlkrise« vom Juni 1959.<sup>1</sup> Sie wurde dadurch ausgelöst, daß der Bundeskanzler am 4./5. Juni 1959 seine Bereitschaft zur Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten zurücknahm, die er am 7. April 1959 dem »Komitee der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl« erklärt hatte.<sup>2</sup> Diese Kehrtwendung verursachte ein politisches Erdbeben und führte zu einem folgenreichen Prestigeverlust des inzwischen 84jährigen CDU-Vorsitzenden, obwohl sich das Wahlgremium der Unionsparteien bereits am 15. Juni 1959 auf einen neuen Präsidenten kandidaten einigte: Heinrich Lübke.

Die Konzentration auf Adenauers Taktieren, vor allem im Juni 1959 gegen Ludwig Erhard, und auf die Fernwirkung seines Kampfes um das Kanzleramt führten dazu, daß Lübkes Nominierung in einschlägigen Darstellungen nur beiläufig erwähnt wird.<sup>3</sup> Ebenso knapp wie unzutreffend

---

1 Hans-Peter SCHWARZ hat das betreffende Kapitel seiner großen Biographie (*Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 502-526) überschrieben: »Präsidentenwahlkrise«. Diese Bewertung erscheint mir problematisch, ebenso die Einschätzung, daß Adenauer mit Lübke »nichts verbindet, es sei denn Abneigung«, und daß dieser Minister ihm »zuwider« gewesen sei. Ebd., S. 505.

2 Die stenographische Niederschrift dieser Sitzung im Palais Schaumburg ist ebd., S. 1027, in Anm. 58 und 60 erwähnt. Sie befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin (künftig zitiert: ACDP) unter der Signatur I-070-052/1. Eine Abschrift befindet sich in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nachlaß Konrad Adenauer, Unterlagen für Erinnerungen, Kapitel Bundespräsidentenwahl 1959. Längere Auszüge aus den Ausführungen des Bundeskanzlers bei K. ADENAUER, *Memoiren 1955-1959*, Stuttgart 1967, S. 500-508. Dort auch die Rede Gerstenmaiers, in der er die einstimmige Entscheidung zugunsten von Adenauer begründete (S. 510-512), und die anschließende Antwort des Bundeskanzlers (S. 512-514). Die stenographische Niederschrift verdient eine gesonderte Edition.

3 Vgl. H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 503, 505, 508; Klaus GOTTO, *Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959*, in: *Konrad Adenauer. Ziele und Wege*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 136; Wolfgang WAGNER, *Die Bundespräsidentenwahl 1959* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 13), Mainz 1972, S. 89 f.

heißt es bei Daniel Koerfer: Am 15. Juni 1959 sei im Wahlmännnergremium der CDU/CSU »nebenbei entschieden« worden, Bundesminister Lübke als Kandidaten vorzuschlagen,<sup>4</sup> ähnlich bei Henning Köhler, ohne das Datum dieser Entscheidung zu nennen: Das Wahlmännnergremium habe sich »ganz am Rande des öffentlichen Interesses« auf Lübke geeinigt.<sup>5</sup>

Das Gegenteil war der Fall. Seit dem 5./6. Juni 1959 beschäftigten sich nicht nur die politischen Kommentatoren ausgiebig mit der Frage, wann, wie schnell und gegebenenfalls unter welchen Schwierigkeiten es den Unionsparteien gelingen würde, einen »Ersatzmann« zu nominieren; denn der Termin für die Wahl des Bundespräsidenten, 1. Juli 1959, stand bereits seit Oktober 1958 fest.

Am 4. Juni 1959, am gleichen Tage, an dem Adenauer einigen Politikern der CDU die Rücknahme seiner Kandidatur mitteilte – die er dann am folgenden Tage offiziell bekanntgab<sup>6</sup> –, lud er die mehr als 60 »Mitglieder des Gremiums der CDU/CSU zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten« zu einer »besonders wichtigen Besprechung« zum 11. Juni 1959, 10.00 Uhr, nach Bonn ein. Als Begründung für die Wahl dieses Termins führte er an, daß Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (Schleswig-Holstein) die Landesvorsitzenden der CDU zu einer Besprechung auf den gleichen Tag und die gleiche Stunde nach Bonn eingeladen habe.<sup>7</sup> Vier Tage später teilte dann der Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, den Eingeladenen mit, daß die Sitzung des »Wahlmännnergremiums« wegen der Haushaltsdebatte des Bundestags, die für den 11. Juni 1959 angesetzt war, um vier Tage verschoben werden müsse, und ergänzte: »Ein gemeinsames Mittagessen ist vorgesehen.«<sup>8</sup>

In den folgenden Tagen wurden in der Öffentlichkeit als Präsidentschaftskandidaten vier CDU-Abgeordnete des Bundestags diskutiert: Franz Böhm<sup>9</sup>, Eugen Gerstenmaier<sup>10</sup>, Heinrich Krone<sup>11</sup> und Heinrich Lübke<sup>12</sup>. Alle vier

4 *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1986, S. 347.

5 *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. 1994, S. 1046.

6 K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 542-547. Bereits am 2. Juni 1959 hatte Adenauer, offensichtlich als ersten, den in Bonn weilenden Botschafter in Paris, Herbert Blankenhorn, informiert. Vgl. DERS., *Verständnis und Verständigung*, Frankfurt a.M. 1980, S. 349. Ferner D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 314-316, 320-324.

7 ACDP, I-028-028/5.

8 Ebd.

9 MdB seit 1953, Professor für Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht in Frankfurt a.M. Die in Anmerkungen erwähnten Politiker werden nur mit denjenigen Funktionen aufgeführt, die sie 1959 ausübten.

10 MdB seit 1949, seit 1954 Bundestagspräsident.

11 MdB seit 1949, seit 1955 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Über ihn zuletzt: Klaus GOTTO, *Heinrich Krone (1895-1989)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY, Anton RAUSCHER, Mainz 1994, S. 65-76.

12 Seit 1953 MdB und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Über

waren bereits vor dem 7. April 1959 im Gespräch gewesen. Den Namen Lübkes hatte erstmals, soweit bisher bekannt, der Bonner Korrespondent der »Zeit«, Robert Strobel, in einem »Teegespräch« Adenauers am 11. Februar 1959 erwähnt, damit aber keinen Anklang gefunden (»Der kann das nicht«). Die Ablehnung galt jedoch nicht dem Politiker Lübke, sondern dem Katholiken.<sup>13</sup> Neun Tage später hatte dann der CDU-MdB und Vorsitzende des CDU-Landesverbands Niedersachsen, Oberkirchenrat Adolf Cillien, Lübke in einer Sitzung des Vorstands des Evangelischen Arbeitskreises der CDU als Kandidaten vorgeschlagen.<sup>14</sup>

Die Konfessionsfrage spielte in den unionsinternen Diskussionen von Anfang an eine Rolle. Einige CDU- wie CSU-Politiker hielten es in der Hoffnung auf Adenauers baldigen Wechsel in die Villa Hammerschmidt und im Blick auf ihre eigene Ausgangsposition als potentielle Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl von 1961 für günstiger, wenn Bundespräsident und Bundeskanzler nicht der gleichen Konfession angehören würden. Unter diesem Gesichtspunkt hatte auch Adenauer zunächst nach einem »evangelischen Herrn« gesucht.<sup>15</sup>

Der Bundeskanzler machte sich offensichtlich bereits vor seiner Kehrtwendung Anfang Juni 1959 Gedanken über einen »Ersatzmann« und nahm im Alleingang Lübke – bei welcher Gelegenheit, ist bisher nicht bekannt – in die Pflicht. Am 9. Juni 1959 berichtete der Bonner Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Alfred Rapp, daß in der CDU/CSU-Fraktion Lübkes Name neben dem von Gerstenmaier »mit Nachdruck genannt« werde.<sup>16</sup>

Adenauer war überrascht, als am Mittag des gleichen Tages bei einem Treffen mit Heinrich Hellwege, Hans-Joachim von Merkatz und Herbert

ihn zuletzt: Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke (1894-1972)*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), S. 224-243.

13 Nach Informationen eines Teilnehmers. In dem Bericht eines anderen Teilnehmers an diesem »Teegespräch«, des WDR-Korrespondenten Ludwig von Danwitz, vom gleichen Tage heißt es, Adenauer habe Andeutungen fallen lassen, »daß die Spekulationen um Krone vielleicht falsch sein könnten. ... Er meinte, erst im März würde sich die CDU über einen Kandidaten einig werden. ... Es sieht so aus, als wenn er nach einem evangelischen Mann Ausschau hält, der sich nicht einer allzu starken Position erfreut.« Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), S. 758.

14 Vgl. W. WAGNER (wie Anm. 3), S. 29, sowie Cilliens Äußerung am 15. Juni 1959. S. unten Anm. 61.

15 Vgl. Heinrich KRONE, Tagebuch 20. und 21. Februar 1959. ACDP, I-028-068/4; K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 493 (24. Februar 1959). Auch der Präsident der EWG-Kommission Walter HALLSTEIN hatte Adenauer (vermutlich am 31. Mai 1959, wo er ihn in Rhöndorf besuchte) auf Lübke hingewiesen. Vgl. DERS., *Mein Chef Adenauer*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1, hrsg. Dieter BLUMENWITZ u.a., Stuttgart 1976, S. 133.

16 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (künftig: FAZ) vom 10. Juni 1959.

Schneider, Politikern der Deutschen Partei, der Letztgenannte<sup>17</sup> unvermittelt Einwände gegen Lübke vorbrachte, die er so begründete: Der Minister habe die Deutsche Partei im letzten Landtagswahlkampf in Niedersachsen heftig attackiert. Adenauer ließ sich auf keine Diskussion ein und bezeichnete die Kandidatur Lübkes als nicht aktuell.<sup>18</sup> Zudem waren die DP-Vertreter nicht gekommen, um eine Nominierung Lübkes zu verhindern.<sup>19</sup> Es ging ihnen vielmehr um die Klärung der Frage, ob die vom Zerfall bedrohte DP für die Bundestagswahl von 1961 – wie für die von 1957 – wieder mit einer Wahlhilfe der CDU in Niedersachsen (»Huckepack-Verfahren«) würde rechnen können.

Immerhin wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Will Rasner, noch am gleichen Tage von Journalisten gefragt, ob der Kanzler Minister Lübke brieflich – wie inzwischen in einer Agenturmeldung verbreitet worden war<sup>20</sup> – nach dessen Bereitschaft gefragt habe, eine Kandidatur anzunehmen. Rasner konnte keine Auskunft geben.<sup>21</sup>

Eine schriftliche Anfrage Adenauers ist bisher nicht zu belegen, auch kein Gespräch mit Lübke in diesen Wochen im Terminkalender des Bundeskanzlers verzeichnet. Vermutlich hat er seinen Landwirtschaftsminister telefonisch bedrängt, die Kandidatur anzunehmen und zumindest keine Absage erhalten.<sup>22</sup> Lübke jedenfalls verwies in einem – bisher ebenfalls nicht datierbaren – Gespräch mit den Abteilungsleitern des Bundesministeriums

17 DP-MdB seit 1953, seit 1957 Fraktionsvorsitzender.

18 In diesem Punkt widersprechen sich Pressemeldungen. Der Bonner Korrespondent der Frankfurter Rundschau (künftig: FR), Eghard MÖBRITZ, berichtete am 9. Juni 1959, Schneider habe Bedenken gegen Lübke (»nicht tragbar«) vorgebracht und Adenauer daraufhin repliziert, daß es zwar einen Kandidaten der Union gäbe, aber keinen Namen genannt. FR vom 10. Juni 1959. Drei Tage später ergänzte MÖBRITZ, der Bundeskanzler habe den Vertretern der Deutschen Partei erklärt, daß er einen »bestimmten Mann im Auge« habe, jedoch keinen Namen genannt und die Frage verneint, ob es sich dabei um Lübke handele – dies allerdings erst, nachdem Schneider seine Bedenken gegen den Minister vorgebracht hatte. FR vom 13. Juni 1959. Nach dem Bericht des »Spiegel« vom 24. Juni 1959 hat Adenauer seine »welfischen Vasallen« mit der Versicherung entlassen: »Der Herr Lübke wird es nicht!« S. 15. Eine ähnliche Version (»Der Herr Lübke wird es bestimmt nicht«, nach der Erinnerung von Hellwege) zitiert bei Claudius SCHMIDT, *Heinrich Hellwege, ein vergessener Gründungsvater*, Stade 1991, S. 186. Dagegen vgl. Adenauers Bericht über den Anlaß der Besprechung, den er in der Sitzung am 15. Juni 1959 gab (s. unten Anm. 81).

19 So C. SCHMIDT (wie Anm. 18).

20 Vgl. C. SCHMIDT (wie Anm. 18), S. 187.

21 FAZ vom 10. Juni 1959. Rasner war CDU-MdB seit 1953, seit 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer.

22 In der Pressekonferenz nach Lübkes Nominierung am 15. Juni 1959 erklärte Ministerpräsident von Hassel, der Bundeskanzler habe »vor einiger Zeit« bei Lübke angefragt, »ob er eine Kandidatur annehmen werde«. FAZ vom 16. Juni 1959. Die »Anfrage« kann am Rande einer Kabinettsitzung am 5. Juni 1959 erfolgt sein, der ersten nach Adenauers »Rückzug« von der Kandidatur. Die nächste Kabinettsitzung fand am 18. Juni 1959 statt.

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf entsprechendes »Drängen« Adenauers, dem er »nur aus Pflichtgefühl« gefolgt sei.<sup>23</sup> Lübkes Staatssekretär Theodor Sonnemann ist es dann in »abendlangen Gesprächen« gelungen, die Bedenken seines Ministers, der lange gebraucht habe, »bis er sich bereit erklärte«, zu zerstreuen und vor allem die Perspektiven »zurecht zu rücken«, unter denen er sich mit Theodor Heuss verglichen habe.<sup>24</sup>

Auch noch drei Tage später, am 12. Juni 1959, war Adenauer ungewöhnlich unsicher oder gab sich jedenfalls so: Vor Journalisten erläuterte er einmal mehr seine Gründe für die Rücknahme der Präsidentschaftskandidatur und teilte ihnen als Neuigkeit mit, daß das Wahlmännergremium der Unionsparteien zwar am 15. Juni 1959 zusammentreten, aber erst am folgenden Tage zu einer Entscheidung kommen werde. Sein Regiekonzept sah folgendermaßen aus:<sup>25</sup> Zunächst werde er sich zwei Stunden lang »rechtfertigen«<sup>26</sup>, dann sei ein »Frühstück« vorgesehen, und zwar »nicht so sparsam wie letzthin« (wohl gemeint: am 7. April 1959), anschließend ein Spaziergang durch den Park des Palais Schaumburg, »damit sich die einzelnen Gruppen untereinander besprechen können«; das Gespräch solle dann am Nachmittag fortgesetzt, aber noch kein Beschluß gefaßt werden, um eine so wichtige Entscheidung »überschlafen zu können«. Über einen neuen Kandidaten der Union machte er keinerlei Andeutung.

Am 13. und 14. Juni 1959, übers Wochenende, nahm der Bundeskanzler an der Landesversammlung der CSU in München teil. Dort erhielt er viel Beifall, Erhard allerdings noch mehr.<sup>27</sup> In seinen Reden hat Adenauer die bevorstehende Personalentscheidung nicht angesprochen. Auf dem Rückflug nach Bonn bestand er dann jedoch nicht mehr – wie Krone notierte – »auf einem evangelischen Bundespräsidenten«.<sup>28</sup> In den Morgenzeitungen vom Montag, 15. Juni 1959, waren als Präsidentschaftskandidaten am häufigsten, in unterschiedlicher Reihenfolge, genannt: Gerstenmaier, Krone, Lübke, Böhm.

Um 10.00 Uhr begann der »Kurverein«<sup>29</sup> der Unionsparteien, der etwa

23 Friedrich STEDING, *Agrarpolitik zwischen Zwang und Freiheit. Ein Erlebnisbericht*, Prien am Chiemsee 1975, S. 75.

24 Theodor SONNEMANN, *Gestalten und Gedanken*, Stuttgart 1975, S. 143 f.

25 Nach Informationen eines Teilnehmers. Dazu vgl. den Bericht von L. von Danwitz vom 12. Juni 1959. Druck: H.J. KÜSTERS (wie Anm. 13), S. 768. Einige Details dieses Gesprächs hat Alfred RAPP einige Tage später mitgeteilt. FAZ vom 15. Juni 1959.

26 Bei einem Empfang der Bayerischen Staatsregierung am Abend des 13. Juni 1959 in München erwähnte Adenauer, daß er noch seine »Rechtfertigungsrede« für den 15. Juni 1959 vorbereiten müsse. FR vom 15. Juni 1959.

27 D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 346 f.

28 Tagebuch KRONE, 14. Juni 1959 (wie Anm. 7).

29 Diesen Ausdruck seines Staatssekretärs Wilhelm Bleek verwandte Bundespräsident Heuss am 7. April 1959. Vgl. Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963*, hrsg. v. Eberhard PIKART, Tübingen 1970, S. 420.



zur Hälfte aus Abgeordneten des Bundestags bestand, im Palais Schaumburg mit seinen Beratungen. Über deren Verlauf lagen bisher nur knappe Zeitungsmeldungen vor. Sie beruhten im wesentlichen auf Informationen, die Ministerpräsident von Hassel in der anschließenden Pressekonferenz mitgeteilt hatte.<sup>30</sup> Etwas ausführlicher berichtete »Der Spiegel«, wobei dieser Bericht neben den üblichen Spekulationen und hämischen Kommentaren einige neue Informationen enthielt.<sup>31</sup> Nunmehr erlaubt es das bisher von der Forschung übersiehene Wortprotokoll dieser Sitzung, deren Ablauf im einzelnen zu verfolgen.

### Dokument

Stenographische Niederschrift der 2. Sitzung des Komitees der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten am Montag, dem 15. Juni 1959, zu Bonn (Palais Schaumburg)

ACDP, VII-001-06211. Maschinenschrift, 87 Seiten.<sup>32</sup>

<i>Beginn:</i>	10.00 Uhr – Ende: 14.55 Uhr
<i>Teilnehmer:</i>	(Siehe Anwesenheitsliste) <sup>33</sup>
<i>Tagesordnung:</i>	Bundespräsidentenwahl 1959
<i>Stenograph:</i>	Willy Schlarb <sup>34</sup>

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Damen und Herren! Da eine Reihe von Persönlichkeiten anwesend ist, auf deren Anwesenheit wir Wert legen müssen, schlage ich Ihnen vor, mit der Sitzung zu beginnen. Ich möchte ein Wort voranschicken. Ich nehme an, daß wir uns in der Wiedergabe über unsere heutige Sitzung alle soviel Zurückhaltung auferlegen, wie dies nur möglich ist, weil wir sonst, wie ich fürchte, in der Presse neue Unruhen und neue Schwierigkeiten heraufbeschwören. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, heute wirklich zu einer Entscheidung zu kommen.<sup>35</sup>

<sup>30</sup> Wiedergegeben in den Zeitungen des folgenden Tages.

<sup>31</sup> 24. Juni 1959, S. 15. Die entsprechenden Passagen, soweit sie anderwärts nicht belegte Informationen enthalten, werden in späteren Anmerkungen zitiert.

<sup>32</sup> Im Nachlaß Adenauer in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf (künftig: StBKAIT) befindet sich eine maschinenschriftliche Abschrift (Memoiren-Unterlagen III).

<sup>33</sup> Nicht überliefert. Nach dem Bericht von Alfred RAPP waren 57 »führende Repräsentanten der Unionsparteien« anwesend, sieben seien »nicht erschienen, zum Teil aus zwingenden Gründen«. FAZ vom 16. Juni 1959.

<sup>34</sup> Dieser Parlamentsstenograph des Landtags von Rheinland-Pfalz hat auch Sitzungen des Bundesvorstands der CDU protokolliert. Vgl. *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1994, S. XXVI.

<sup>35</sup> Noch am 12. Juni 1959 war Adenauer davon ausgegangen, daß das Wahlgremium erst am folgenden Tage zu einer Entscheidung kommen werde (wie Anm. 25).

Ich muß aber zunächst Ihnen gegenüber eine Erklärung abgeben, warum ich – nachdem ich mich am 7. April 1959 bei Ihnen entschlossen hatte, die Kandidatur des Bundespräsidenten anzunehmen<sup>36</sup> –, nachher erklärt habe, daß ich nicht in der Lage wäre, daran festzuhalten.<sup>37</sup> Ich muß Ihnen weiter eine Erklärung darüber abgeben, warum Sie nicht die ersten gewesen sind, die von diesem meinem Entschluß Kenntnis bekommen haben; denn Sie sind ja diejenigen, die mich ersucht haben, diese Kandidatur anzunehmen.

Lassen Sie mich diese beiden Punkte – ich glaube, das vereinfacht die Sache – Ihnen zusammen darlegen.<sup>38</sup> [...]

Und nun komme ich zum Schluß. Lassen Sie sich bitte nicht irremachen durch den ganzen Spektakel, den die Sozialdemokraten angefangen haben,<sup>39</sup> und zwar ganz bewußt und gewollt, um mich zu diffamieren und zweitens, um abzulenken von den Schwierigkeiten, die sie in ihrer eigenen Partei haben durch die Vorfälle in Frankfurt, wo die jüngere Generation der Sozialdemokraten ihr Herz gezeigt hat, auch wenn jetzt der eine oder andere zurückgepiffen wird.<sup>40</sup> Das bleibt! Deshalb sollten Sie sich nicht irremachen lassen.

Vielleicht interessiert Sie es noch, meine Freunde, daß von all den Zuschriften, die ich bekommen habe von mir zum Teil unbekanntem Leuten – dabei wurden die gewohnheits- und gewerbsmäßigen Schreiber, die wir schon kennen und die alle vierzehn Tage mit neuen oder alten Dingen kommen, einmal aussortiert –, sich fast drei Viertel einverstanden und nur etwas über ein Viertel nicht damit einverstanden erklärt haben. Und bei einer Rundfrage, die eine auf unserem Boden stehende Zeitung im Industriegebiet veranstaltet hat, war das Ergebnis ungefähr das gleiche. Daher bitte ich Sie, meine Entschuldigung entgegenzunehmen.

Und nun möchte ich Ihnen vorschlagen, an unsere Aufgabe, die uns heute gestellt ist, mit dem entschlossenen Willen heranzugehen, heute noch zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Darf ich fragen, ob Sie über die vergangenen Dinge noch zu sprechen wünschen? (*Zurufe: Nein!*)

36 Vgl. Anm. 2.

37 S. Anm. 6.

38 Die Gründe, die Adenauer in seinen folgenden Ausführungen darlegte (S. 2-8 der Niederschrift), sind bekannt: die anhaltenden Diskussionen um seine Nachfolge im Kanzleramt, der plötzliche Tod von J.F. Dulles (»der festeste Anker und der festeste Stützpunkt gerade für uns Deutsche«), die verdüsterte außenpolitische Situation »im Zeichen der Berlin-Krise« und der seit dem 11. Mai 1959 tagenden Deutschlandkonferenz der Außenminister der Vier Mächte in Genf (mit dem »unerfahrenen« Dulles-Nachfolger Christian Herter), die Notwendigkeit von Kontinuität in der Außenpolitik, schließlich die Bundestagswahl von 1961. Die betreffenden Passagen, ergänzt um Bedenken gegen die Eignung Erhards als Bundeskanzler – die der CDU-Vorsitzende in diesem Referat allerdings nicht ansprach –, sind referiert bei K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 537-545. Für die Aufnahme dieser Passagen in seine Memoiren hat Adenauer die ihm vorliegende Abschrift des Sitzungsprotokolls (s. Anm. 32) benutzt.

39 In kritischen Stellungnahmen seit dem 5. Juni 1959 sowie in der Haushaltsdebatte des Bundestags am 11. und 12. Juni 1959. Dazu vgl. H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 522 f.

40 Auf dem vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund im Mai 1959 veranstalteten Frankfurter Kongreß »Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« waren Resolutionen gefaßt worden, die Parolen der SED enthielten. Daraufhin verschärfen sich die Auseinandersetzungen mit der SPD-Spitze. Vgl. Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, Berlin 1982, S. 460.

Dann können wir uns der Zukunft zuwenden. Ich darf Sie bitten, nunmehr Vorschläge zu machen, damit wir in aller Ruhe darüber diskutieren können. – Ja, einer muß anfangen, meine Herren! (*Dr. Noltenius*:<sup>41</sup> Ich schlage Herrn Dr. Gerstenmaier vor!)

Darf ich um weitere Vorschläge bitten! Oder werden keine weiteren Vorschläge gemacht? – Meine Herren! Wollen wir es so machen, daß derjenige von Ihnen, der jemanden vorschlagen möchte, das schriftlich hierhin gibt? Augenscheinlich ist eine gewisse Hemmung vorhanden.

*Dr. Fay*:<sup>42</sup> Mein Kreisverband in Frankfurt schlägt Herrn Professor Böhm<sup>43</sup> vor. (*Ministerpräsident von Hassel*: Ihr Kreisverband?) – Jawohl, mein Kreisverband!

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Das Wort hat Herr Dr. Gerstenmaier.

*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier*: Meine Damen und Herren! Nicht in meiner Heimat<sup>44</sup> ist es so, aber ich habe gehört, in gewissen Teilen Bayerns gehört es dazu, daß, wenn eine Schöne umworben wird, sie sich, auch wenn sie noch so gerne jemanden möchte, sehr lange ziert. Und je schöner sie ist, desto mehr ziert sie sich, um dann um so entschlossener dem Werber zuzufallen.

Hier ist es genau umgekehrt. Hier gibt es nichts zu zieren, sondern ich habe nur eine einzige herzliche Bitte, nämlich die, von meiner Person abzusehen. Nehmen Sie mir bitte ab, daß ich – wie soll ich sagen – diesem Amt gegenüber den schuldigen Respekt habe; aber ich bitte Sie, von mir abzusehen; denn ich habe nicht nur gar keine persönliche Neigung, und zwar in meinem Innersten, sondern ich würde es auch für eine völlige Fehlentscheidung meiner Person halten, wenn ich auch nur kandidieren würde. Ich sage das offen, weil ich fürchte, daß dieses Gremium noch viel Zeit damit verbringt, Kandidaten vorzuschlagen, für die es keinen Zweck hat. Ich sage das ausdrücklich mit dem Bemerken, daß ich den größten Respekt vor diesem Amte habe und daß ich der Meinung bin, daß es für jeden Deutschen eine Ehre ist, wenn er für ein solches Amt auch nur in Erwägung gezogen wird. Ich habe den größten Respekt vor diesem Amt, aber man wird doch Verständnis dafür haben, daß ich jedenfalls darum bitte, von meiner Person abzusehen.<sup>45</sup>

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Das Wort hat Herr Schmücker.

*Schmücker*:<sup>46</sup> Nach mehrfachen Unterhaltungen mit Herrn Dr. Gerstenmaier bedauern wir seinen Entschluß. Wir hatten gehofft, daß er doch kandidieren würde. Ich darf Ihnen im Namen mehrerer Kollegen aus der Fraktion nunmehr vorschlagen, Herrn Dr. Krone zu wählen.

41 Jules Eberhard Noltenius, seit 1954 CDU-MdB, Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen und Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr in Bremen.

42 Wilhelm Fay, seit 1952 Landesvorsitzender der CDU Hessen und seit 1953 MdL Hessen.

43 S. Anm. 9.

44 Eugen Gerstenmaier (s. Anm. 10) stammte aus Kirchheim/Teck. Sein Wahlkreis war Backnang.

45 Dazu vgl. Eugen GERSTENMAIER: »Ich begehrte das Amt in keiner Weise. ... Im goldenen Käfig von der Kampfbahn entfernt zu werden – das Schicksal des Bundespräsidenten –, dazu sei ich nicht in die Politik gegangen.« *Streit und Friede hat seine Zeit*, Frankfurt a.M. 1981, S. 478. Ähnlich Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Groß, in: *Zeugen des Jahrhunderts*, hrsg. v. Karl B. SCHNELTING, Frankfurt a.M. 1982, S. 47 f.

46 Kurt Schmücker, CDU-MdB seit 1949, seit 1956 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Dr. Gurk.

*Dr. Gurk:*<sup>47</sup> Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundestagspräsident ein Nein gesprochen hat, dann bin ich der Meinung, daß wir dieses Nein noch nicht als Endstadium der Diskussion betrachten sollten. Wir haben aus wohlwollenden Gründen von einer Diskussion über die Vergangenheit abgesehen, aber es darf bei der Entscheidung der Frage, die uns bevorsteht, nicht außer acht gelassen werden, daß die Vorgänge der letzten Zeit im Volk eine tiefgehende Wirkung gehabt haben. Ich möchte daher nicht wünschen, daß wir im Augenblick eine Wahl hätten. Im Hinblick auf diese Frage, die im Raume steht, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, möchte ich vorschlagen, zunächst einmal, ehe wir weitere Kandidaten in Erwägung ziehen, wirklich die Frage der Kandidatur Gerstenmaiers noch einmal ernsthaft zu diskutieren. Ich hielte nach der Sachlage die Bereitschaft des Herrn Bundestagspräsidenten, das Amt des Bundespräsidenten zu übernehmen, als ein sehr wichtiges und wertvolles Zeichen, auch parteipolitisch und staatspolitisch nach außen. Ich könnte mir denken, daß gewisse konfessionelle Gesichtspunkte hier eine Rolle spielten (*Zurufe:* Nein!), daß man sagt, wenn der Bundespräsident evangelisch sei, würde damit der Weg versperrt – das nimmt mir der Herr Bundeskanzler sicher nicht übel – für einen evangelischen Bundeskanzler. Das ist aber nicht der Fall. Ich glaube, die Katholiken würden da gar keine Schwierigkeiten sehen.

Ich bin der Meinung, Herr Bundestagspräsident, Ihr Nein darf kein endgültiges sein, und ehe wir zu weiteren Kandidaten Stellung nehmen, müssen wir wirklich ernsthaft den Versuch machen, gerade in Sicht auf unsere heutige Lage, die Bundespräsidentenschaft Gerstenmaiers noch einmal in Erwägung zu ziehen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Dr. Krone.

*Dr. Krone:* Liebe Freunde! Ich muß aus guten Gründen bei meiner bisherigen Haltung bleiben und bitte Sie, von mir abzusehen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Blumenfeld.

*Blumenfeld:*<sup>48</sup> Ich möchte als weiteren Kandidaten Herrn Bundesminister Dr. Lübke vorschlagen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor! – (*Ministerpräsident Dr. Altmeier:*<sup>49</sup> Herr Bundeskanzler! Ich würde nunmehr vorschlagen, einen Gang durch den Park zu machen.) Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Altmeier, der ein sehr großer Taktiker ist – er ist auch der älteste Ministerpräsident hier – sagt soeben, wir sollten einen Gang durch den Park machen – das ist nicht übel –, um zwanglos über den Vorschlag zu diskutieren. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Gut! Dann gehen wir eine halbe Stunde an die frische Luft.

(*Unterbrechung von 10.35 bis 11.15 Uhr.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich denke, daß die Aussprache draußen klärend gewirkt hat, und darf nunmehr darum bitten, sich zum Wort zu melden! – Ja, meine Herren, wie bekommen wir es denn fertig, daß sich jemand zum Wort meldet? Ich kann ja mal die Namen der Anwesenden nach dem

47 Franz Gurk, seit 1951 Vorsitzender der CDU Nordbaden, seit 1952 MdL Baden-Württemberg.

48 Erik Blumenfeld, seit 1958 Landesvorsitzender der CDU in Hamburg.

49 Peter Altmeier, seit 1947 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Landesvorsitzender der CDU.

Alphabet verlesen. Danach fangen wir an mit »Altmeier«. (*Ministerpräsident Dr. Altmeier*: Ich bin aber nicht der erste in der Liste, Herr Bundeskanzler!) – Sie sind der zweite! Herr Adorno<sup>50</sup> aus Württemberg ist der erste in der Liste. Er tritt aber sein Wort an Sie ab. (*Heiterkeit.*)

*Ministerpräsident Dr. Altmeier*: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Unterhaltung, die draußen geführt worden ist, doch von Vorteil war. Sicherlich hat sich im Laufe dieser Aussprache herausgestellt, daß man nur noch über zwei Namen debattiert hat. Das war der Name von Herrn Dr. Gerstenmaier, von dem wir aber vorhin gehört haben, daß er nicht will. Der andere Name war der des Herrn Lübke. Den Namen des Herrn Lübke möchte ich hiermit erneut vorschlagen.<sup>51</sup>

Ich bin der Auffassung, daß Herr Lübke in seinem Amt und in seiner Wirksamkeit über unsere Partei hinaus in weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden ist. Ich glaube, daß unsere Freunde draußen im Lande die Kandidatur des Herrn Lübke zustimmend entgegennehmen. Ich möchte ihn also hiermit vorschlagen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Darf ich um weitere Wortmeldungen bitten! (*Ministerpräsident Dr. Altmeier*: Bitte nach dem Alphabet!) – Dann komme ich jetzt dran, Adenauer!

Meine verehrten Parteifreunde! Ich möchte zunächst die Frage stellen: Hat jemand von Ihnen mit Herrn Lübke gesprochen, und ist Herr Lübke bereit, die Kandidatur anzunehmen?

*Bausch*:<sup>52</sup> Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mit Herrn Lübke schon vor zwei Monaten gesprochen. Damals hat er Nein gesagt. Ich habe dann wieder in den letzten Tagen mit ihm gesprochen, und da hat er mir gesagt: Wenn Ihr gar keinen anderen findet, dann bin ich bereit, ja zu sagen. Unmißverständlich und eindeutig hat er das erklärt.

Wenn ich schon das Wort habe, Herr Bundeskanzler, dann möchte ich sagen, daß wir die Absicht hatten, Herrn Lübke vorzuschlagen.<sup>53</sup> Ich wollte allerdings vorher noch auf ein Wort der Heiligen Schrift Bezug nehmen. Dort heißt es: Eure Rede sei Ja, Ja, – Nein, Nein, und was darüber ist, ist vom Übel. – Nachdem der Herr Bundestagspräsident Nein gesagt hat, möchte ich annehmen, daß dieses Nein in diesem Sinne gesprochen worden ist. Ich habe nicht mehr die Freiheit, seinen Namen zu nennen. Nachdem die Situation sich so herausgestellt hat, möchte ich auch Herrn Dr. Lübke vorschlagen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Das Wort hat Herr Dichtel.

*Dichtel*:<sup>54</sup> Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß auch sagen, es ist gut gewesen, daß wir die Möglichkeit hatten, draußen in verschiedenen Gruppen über die Frage zu sprechen. Es ist eine entscheidende Frage, ob sich die Kandidaten, die genannt werden, zur Verfügung stellen oder nicht. Es hat keinen Sinn, lange

50 Eduard Adorno, Landesvorsitzender der CDU von Württemberg-Hohenzollern.

51 Nach dem Bericht des »Spiegel« (wie Anm. 31) ist Lübke »gemäß einer Absprache« zwischen Altmeier und Blumenfeld vorgeschlagen worden.

52 Paul Bausch, seit 1949 CDU-MdB. Vgl. DERS., *Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten*, Kornal o.J. (1969), S. 272.

53 Offensichtlich gemeint: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU. Vgl. Anm. 14.

54 Anton Dichtel, seit 1948 Landesvorsitzender der CDU Südbaden.

Diskussionen pro und contra zu führen, wenn der Kandidat zum Schluß doch Nein sagt.

Da man stimmungsmäßig sehr stark spüren konnte, daß Herr Gerstenmaier Chancen haben würde, haben einige Freunde mit ihm gesprochen und ihn gebeten, er möchte uns klar und eindeutig sagen, ob er sich zur Verfügung stelle oder nicht. Herr Dr. Gerstenmaier! Das Gespräch hat ergeben, daß Sie in aller Klarheit und ohne jeden Vorbehalt erklärt haben: Nein! Ich werde es nicht tun. – Ich habe Ihnen auch persönlich gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ich eingangs den Eindruck gehabt habe, als wenn Ihre erste Ablehnung in diesem Kreise nicht endgültig sei. Aber Sie haben dann noch einmal einer Anzahl von Freunden erklärt: Nein, es kommt nicht in Frage.<sup>55</sup>

Ferner hat Herr Dr. Krone ebenfalls in diesem Kreise abgelehnt. Es steht also jetzt zur Debatte nur noch Herr Lübke.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Darf ich zunächst ein Wort zu Herrn Kollegen Lübke sagen.<sup>56</sup> Herr Lübke ist ein ausgezeichnete Landwirtschaftsminister, wenn es auch sicher andere Menschen gibt, die dieses schwierige Ministerium und alles das, was damit zusammenhängt, gut leiten könnten. Er hat sich auch gerade bei der Frage »Landwirtschaft und Europäischer Markt« ein großes Ansehen unter den Landwirtschaftsministern der sechs Länder erworben,<sup>57</sup> so daß man ihn schlechthin als den führenden Kopf da bezeichnet. Es spricht sehr für ihn, ich brauche nichts darüber zu sagen, daß er ein sehr vornehm wirkender Mann ist und daß er sehr gut spricht; er hat Sprachkenntnisse.<sup>58</sup> Es wäre für das Kabinett ein schwerer Verlust, wenn er dort ausschiede. Das, glaube ich, muß ich sagen um Herrn Lübkes willen, aber auch darum, damit nicht gesagt wird: Wir sind ihn los. – Ich würde Herrn Kollegen Lübke also sehr ungern aus dem Kabinett ausscheiden sehen. Aber das ist letzten Endes nicht das Entscheidende.<sup>59</sup>

Es bewegt mich noch eine andere Frage, die man offen und ruhig besprechen muß, nämlich die Frage der Konfession des Herrn Lübke. Herr Lübke ist, wie Sie wissen, Katholik. Wir stehen augenblicklich naturgemäß stark unter dem Eindruck: Wir müssen mit der Sache zum Ende kommen. Ich betrachte aber alles das unter dem nach meiner Meinung für unsere gesamte Partei entscheidenden Gesichtspunkt: Werden wir die Wahlen des Jahres 1961 gewinnen? Und da möchte ich die Frage, namentlich an unsere norddeutschen Freunde, so stellen: Wenn Herr Lübke Bundespräsident

<sup>55</sup> Noch am gleichen Tage notierte KRONE: Gerstenmaier hätte die Kandidatur angenommen, »wenn sie ihm mit großer Mehrheit angetragen worden wäre; die Bayern wollten ihn nicht, die Schleswig-Holsteiner auch nicht.« Wie Anm. 15.

<sup>56</sup> Vermutlich an diesem Punkt der Beratungen hat Gerstenmaier »despektierlich halblaut« geäußert, »jetzt bleibe Adenauer wohl nichts anderes übrig, als auf den Lübke zurückzukommen«. Vgl. Franz MEYERS, *gez. Dr. Meyers*, Düsseldorf 1982, S. 423. Am 10. Juni 1959 habe die FAZ (Alfred RAPP) darauf hingewiesen, daß ein Vorschlag Adenauers in der »derzeitigen Lage« seinem Kandidaten eher schaden als nützen könne.

<sup>57</sup> Seit der Konferenz der Landwirtschaftsminister der EWG im Juli 1958 in Stresa.

<sup>58</sup> Das traf nicht zu. Hingegen war seine Ehefrau Wilhelmine Lübke (1885-1981) außerordentlich sprachbegabt.

<sup>59</sup> Am folgenden Tage wiederholte Adenauer das Lob Lübkes (»der unter den Landwirtschaftsministern des Europäischen Marktes ein großes Ansehen hat«), und ergänzte: »Ich glaube, daß der Entschluß, ihn zu wählen, ein wirklich guter Entschluß ist und richtig gewesen ist.« Informationsgespräch mit Flora Lewis-Gruson, ACDP, I-028-028/1.

wird, haben wir bei der Wahl folgendes Bild, der Bundespräsident ist katholisch, der Bundeskanzler ist katholisch, und der Zufall will es, daß dann auch der Bundesratspräsident katholisch ist. Ich glaube, es ist dann Herr Meyers<sup>60</sup> Bundesratspräsident. Dort geht es ja im Turnus rund. Aber der Zufall will es, daß dann der Bundesratspräsident auch katholisch ist.

Und nun fühle ich mich verpflichtet, namentlich an unsere Freunde in Norddeutschland die Frage zu stellen: Liefern wir damit nicht der FDP und der SPD, besonders im Norden der Bundesrepublik, den Slogan, die Propagandaformel: Da seht Ihr es, die CDU ist doch eine katholische Partei; denn der und der und der sind alle katholisch. – Wir sind nun angewiesen auf Stimmen von Männern und Frauen, die nicht zu unserer Partei gehören, die aber unsere Partei wählen. Und nun bitte ich die Herren aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen – ich möchte das als Norddeutschland einmal zusammenfassen – darum, uns ihre Meinung darüber zu sagen; denn das ist ein Moment, das zwar nicht entscheidend ist, aber an das wir doch auch denken und mit in Erwägung ziehen sollten, damit wir uns im Wahljahr nicht vorzuwerfen brauchen, daran hätten wir doch denken müssen.

*Cillien:*<sup>61</sup> Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Sie wissen, daß wir mindestens dreimal dieses Gespräch geführt haben. Wir haben uns ausnahmsweise nicht verständigt, und ich habe Ihnen vor kurzem gesagt: In einem Punkt habe ich mich durchgesetzt. Sie als Kandidat waren doch auch katholisch! (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Und was hat man mir gesagt? Ich wäre suprakonfessionell!) – Herr Bundeskanzler! Das würde ich nicht so sagen. Ich hoffe, daß Sie ganz bewußt auch in Ihrem katholischen Glauben stehen. Solche Leute, die das nicht tun, würden wir gar nicht sonderlich schätzen.

Als wir das letzte Mal hier zusammen waren – die Freunde, die dabei waren, werden sich daran erinnern –, stand ich, bevor der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen wurde, auf und sagte: Diese Frage darf keine entscheidende Rolle spielen.<sup>62</sup> – Ich habe am Sonnabend<sup>63</sup> vor Journalisten gesprochen. Da wurde gefragt: Wird die konfessionelle Frage dabei eine Rolle spielen? – Ich habe erwidert, nach meinem Willen und nach dem Willen meiner Freunde wird sie keine Rolle spielen. Großer Beifall!

Sie wissen, daß die Gazetten ständig geschrieben haben, das dürfe keine Rolle spielen, es müsse der beste Mann gewählt werden. Ich habe Ihnen einmal, Herr Bundeskanzler, aus einem sehr bestimmten und sehr einflußreichen Kreis heraus gesagt,<sup>64</sup> daß auf der evangelischen Seite darüber keine Diskussion stattfände. Ihre Kandidatur ist auch ohne diesen Widerspruch aufgenommen worden.

Was die Bundestagswahl im Jahre 1961 angeht, so glaube ich, daß da ganz andere Argumente eine Rolle spielen als diese. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sind seit unserem Bestehen immer angegriffen worden als eine katholische Partei, ob wir nun solche oder andere Leute an der Spitze haben. Im übrigen ist die Aufzählung der katholischen

60 Franz Meyers, seit 1950 MdL, seit 1958 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

61 Adolf Cillien, CDU-MdB seit 1953, Vorsitzender der CDU Niedersachsen.

62 Am 7. April 1959. S. Anm. 2. Bereits in der Sitzung des Bundesvorstands am 11. März 1959 hatte Adenauer den Standpunkt vertreten, »wieder einen evangelischen Herrn zu wählen, und zwar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961«. Vgl. ADENAUER (wie Anm. 34), S. 345.

63 13. Juni 1959.

64 Wie Anm. 53.

Männer vielleicht etwas eindrucksvoll, aber es ist doch nicht schwerwiegend und auch nicht entscheidend, welcher Konfession nun der Bundesratspräsident angehört – (Zuruf: Doch!) – Nein, das glaube ich nicht. Das Volk weiß es ja nicht, außer den Fachleuten. Auch der oberste Richter spielt in dieser Hinsicht keine Rolle.<sup>65</sup> Ich glaube also nicht, daß das entscheidend sein wird. Selbstverständlich wird man das hier und da als Argument auffassen, aber mit diesem Argument haben wir uns immer auseinandersetzen müssen. Im übrigen ist ja der Thronprätendent der Sozialdemokraten<sup>66</sup> auch katholisch. Das gleiche gilt auch für Mende<sup>67</sup> und Dehler<sup>68</sup>. Ich habe noch nicht gemerkt, daß darüber eine Debatte war.

Wir dürfen unter uns dieses nicht zu einer entscheidenden Frage machen: denn dann brauchen wir keine Union mehr, wenn wir diese Dinge noch immer weiter verewigen wollen, insbesondere bei so wichtigen Entscheidungen mit maßgeblichem Einfluß. Wir haben darüber zu entscheiden, ob wir einen möglichst guten Mann präsentieren. Kollege Jaeger<sup>69</sup> hat neulich gesagt: Wir haben eine ganze Reihe. – Es sind heute drei vorgeschlagen worden. Herr Gerstenmaier hat ausdrücklich Nein gesagt. Wir sind gewohnt, bei ihm das zu respektieren, was er sagt. Ich würde auch nicht meinen, daß man mit ihm noch lange darüber diskutieren sollte, nachdem er mir vor einigen Tagen das genau so eindeutig gesagt hat.

Aber ich bedaure, daß der Name meines Freundes Krone nicht noch einmal genannt worden ist. Der steht mindestens genau so zur Diskussion. Er hat aber ebenfalls eindeutig Nein gesagt. So wie ich ihn kenne, respektiere ich dies, und zwar vor allem aus zwei Gründen, über die ich mit ihm gesprochen habe und die er auch ganz besonders bei seiner Entscheidung in Rechnung gesetzt hat.

Ich bin derjenige gewesen, der vor Monaten als erster Herr Lübke als Kandidaten vorgeschlagen hat.<sup>70</sup> Da die beiden anderen Nein gesagt haben, ist es mir erlaubt, jetzt ebenfalls für Herrn Lübke zu sprechen, sonst würde ich mir das versagen. Es darf nun nicht so sein, als wenn wir jetzt ihn, der übrig bleibt, wählen wollten, sondern wir müssen ihn wählen – falls wir uns für ihn entscheiden – als völlig in einer Reihe mit den beiden anderen stehend. Der Herr Bundeskanzler hat es schon angeführt, er ist ein durchaus populärer Mann. Die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen weiß am besten, was er in ihrem Lande bedeutet hat in der damals schweren und schwierigen Zeit.<sup>71</sup> Er ist nicht nur ein Landwirtschaftsminister, sondern er ist auch ein Ernährungsminister gewesen, d.h. er hat nicht nur an seine Bauern, sondern auch an seine Verbraucher gedacht. Er hat auch mit seinen eigenen Leuten eine harte Fehde durchstehen müssen.<sup>72</sup> Er hat dabei Standfestigkeit bewiesen. Er hat auch das, was bei den Deutschen oft Eindruck macht, er hat einen gewissen Vaterkomplex.<sup>73</sup> Er

65 Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts (seit 1958), Gebhard Müller.

66 Carlo Schmid, SPD-MdB seit 1949, als Kandidat der SPD am 12. Februar 1959 nominiert.

67 Erich Mende, FDP-MdB seit 1949.

68 Thomas Dehler, FDP-MdB seit 1949.

69 Richard Jaeger, CSU-MdB seit 1949, seit 1953 Vizepräsident des Bundestags.

70 Am 20. Februar 1959. Vgl. Anm. 14.

71 Als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen von Januar 1947 bis Dezember 1952.

72 Der Deutsche Bauernverband hatte nach der Bundestagswahl im Herbst 1957 vergeblich versucht, die Ernennung Lübkes als Landwirtschaftsminister im 3. Kabinett Adenauer zu verhindern.

73 Gemeint: er ist eine gewisse Vaterfigur.



wird ebenso väterlich wie Theodor Heuß vor die Menschen treten. Er wird allerdings etwas verständlicher reden, und zwar in jener Weise verständlicher, die durchaus ein Plus ist. Er hat auch eine völlig makellose politische Vergangenheit. Ich erwähne es deshalb, weil heute morgen im Rundfunk gesagt worden ist, daß alle genannten Kandidaten der CDU irgendwie im Widerstand gestanden hätten. Das können wir vor allem von Herrn Lübke sagen.<sup>74</sup>

Persönlich habe ich nie mit ihm darüber [über eine Kandidatur] gesprochen. Ich kann keine Auskunft darüber geben, wie er augenblicklich dazu steht. Ich habe es nie genau gewußt. Aber ich halte ihn nach wie vor für einen sehr geeigneten Kandidaten und bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung, daß wir uns heute entscheiden, und zwar in großer Einmütigkeit entscheiden müssen. Natürlich müssen wir zunächst Herrn Lübke fragen. Es ist jetzt zwanzig Minuten vor Zwölf. Könnten wir nicht jetzt schon unseren Imbiß einnehmen, so daß unterdessen dieses Gespräch mit ihm geführt würde? (*Dichtel*: Noch zu früh!) – Einen Augenblick! Er muß gefragt werden. Aber vorher müßte man natürlich hier irgendwie eine Zustimmung feststellen. Das wäre für seine Entscheidung zweifellos sehr wichtig. Wenn ihm gesagt wird: Manche sind für Sie, – dann wird er es nicht tun. Aber wenn gesagt wird: Es ist der Eindruck vorhanden, daß Sie wahrscheinlich einstimmig gewählt werden, – dann würde ihm die Entscheidung viel leichter fallen. Wir können die Mittagspause benutzen – (*Zuruf*: Die Journalisten stehen vor dem Haus!) – Wir sollten nicht allzu viel Zeit verlieren. Wenn also keine weiteren Vorschläge gemacht werden, sehe ich hier die Neigung dazu, sich für Herrn Lübke zu entscheiden.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Wenn Herr Cillien und ich nicht so gute Freunde wären, dann wäre ich über einige Sätze von ihm etwas traurig, weil und wie er das Wort »suprakonfessionell« bei mir so glossiert hat. (*Cillien*: Jawohl!) Sie müssen das richtig verstehen. Das haben Sie auch richtig verstanden. Bei dem Gespräch im kleinsten Kreise an dem Montag, wo zugegen waren die Herren von Hassel, Meyers, Krone und Höcherl<sup>75</sup>, habe ich Herrn von Hassel darauf aufmerksam gemacht, daß ich der Auffassung sei, man müsse auf die norddeutschen Wähler Rücksicht nehmen. Und deswegen fragte ich ihn, wird nicht meine Konfession eine Rolle spielen. Und da hat er nicht das Wort »suprakonfessionell« gebraucht, aber er hat gesagt: Das fällt bei Ihnen weg. – So, glaube ich, habe ich es wohl richtig behalten.

Nun würde ich doch wünschen, daß nicht nur Sie, Herr Cillien, sich zu dieser Frage äußern, sondern auch andere Herren aus dem norddeutschen Raum, und zwar nicht etwa, weil ich annehme, daß sie nicht ihrer Überzeugung Ausdruck geben, aber Sie sind ein so treu ergebener CDU-Mann, daß Sie für eine derartige Erwägung überhaupt kein Empfinden haben. Meine Damen und Herren! Wir müssen aber eine Empfindung dafür haben und müssen auf das Jahr 1961 sehen, auch wenn von der anderen Seite des Tisches gesagt worden ist, im Jahre 1961 hätten wir andere Probleme.

<sup>74</sup> Offensichtlich dachte Cillien an die – aus politischen Gründen erfolgte – Verhaftung des früheren Zentrumsabgeordneten des Preussischen Landtags (1932-1933) und die anschließende 20monatige Haftzeit Lübkes 1934/35 in Berlin.

<sup>75</sup> Das Treffen mit von Hassel (Ministerpräsident von Schleswig-Holstein seit 1954), Höcherl (CSU-MdB seit 1953, seit 1957 Vorsitzender der Landesgruppe der CSU), Krone und Meyers am 6. April 1959, am Vortage der Sitzung des »Wahlmännergremiums«, hat ADENAUER als eine »Art Vorbesprechung« bezeichnet. Wie Anm. 2, S. 497. Bei dieser Gelegenheit war auch Lübke genannt worden. Vgl. W. WAGNER (wie Anm. 3), S. 29.

Ich bin auch der Auffassung, daß das konfessionelle Problem an sich keine Rolle spielen wird.<sup>76</sup> Aber wer nun in etwa die Stimmung kennt, die in dem von mir eben umschriebenen Raume besteht, der möchte doch gebeten sein, sich einmal zu dieser Frage zu äußern. Das scheint mir absolut notwendig zu sein, insbesondere im Blick auf die norddeutschen Wähler, die nicht zur CDU gehören, deren Stimmen wir aber brauchen. Wir sollten einmal darüber hören, wie diese Leute denken.

Ich bin nun vom Herrn Kollegen Zimmermann<sup>77</sup> auf folgendes aufmerksam gemacht worden. Ich hatte es mir aber auch schon notiert. Nach den letzten Feststellungen über die Zusammensetzung der Bundesversammlung<sup>78</sup> haben wir keine Mehrheit, sondern wir brauchen dazu die Deutsche Partei. Es wäre wohl gut, wenn wir mit der Deutschen Partei vorher eine Fühlungnahme herstellten; denn Sie wissen, je kleiner eine Partei ist – das ist menschlich und natürlich –, desto empfindlicher ist sie, wenn sie sich übergangen fühlt. Das ist um so mehr nötig, weil vor einiger Zeit die Herren Hellwege<sup>79</sup>, von Merkatz<sup>80</sup> und Schneider<sup>81</sup>, Bremerhaven, bei mir waren.<sup>82</sup>

Die Herren hatten um das Gespräch gebeten, um sich mit mir darüber zu unterhalten, wie die Stellung der Deutschen Partei im Jahre 1961 zu uns sein würde. Ich habe ihnen gesagt, daß man zur Zeit in unserer Partei nicht gerade aufgelegt sei, darüber zu sprechen, aber ich nähme an, daß Treue um Treue gelte. Und weil sie die ganzen Jahre zu uns gehalten hätten, legten wir Wert darauf, daß sie auch im Jahre 1961 wieder dabei seien. Das ist – verzeihen Sie die Abschweifung – wohl auch richtig; denn wir können nicht davon ausgehen, daß wir im Jahre 1961 wieder die absolute Mehrheit erreichen werden. Das wollen wir erreichen, aber ob wir es erreichen, das hängt nicht nur vom Wahlgesetz, sondern von vielen anderen Dingen ab, die wir noch erleben werden.

Dann habe ich bei der Gelegenheit dem Herrn von Merkatz gesagt: Herr von Merkatz! Sie haben in einem Gespräch mit dem Kollegen Krone so eine Bemerkung gemacht, die dahin gedeutet werden könnte, als ob Sie die Frage der Abstimmung

<sup>76</sup> In einer Besprechung von 16 führenden Unionspolitikern am 24. Februar 1959 hatte Adenauer es »für wünschenswert, wenn auch nicht entscheidend« gehalten, im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 einen »evangelischen Herrn zu wählen«. Gerstenmaier hingegen war dafür eingetreten, »daß ein Katholik künftig das Amt des Bundespräsidenten bekleiden müsse, damit der nachfolgende Bundeskanzler »eine faire Chance« habe«. K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 494. Diese Diskussion referierte Adenauer in einer Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 11. März 1959. Vgl. Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen« (wie Anm. 34), S. 354; 357.

<sup>77</sup> Friedrich Zimmermann, seit 1956 Generalsekretär der CSU, seit 1957 CSU-MdB.

<sup>78</sup> Die bei K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 490 gedruckte Aufstellung über die Zahl der Delegierten in der Bundesversammlung (Stand Anfang März 1959) hatte sich durch den Ausgang der Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz am 19. April 1959 verändert. Vgl. Anm. 112. Diese Aufstellung hatte Adenauer in der in Anm. 76 erwähnten Sitzung des Bundesvorstandes am 11. März 1959 referiert (vgl. Adenauer, wie Anm. 34, S. 349) und in seinen *Memoiren 1955-1959* (wie Anm. 2, S. 490) festgehalten.

<sup>79</sup> Heinrich Hellwege, seit 1947 Vorsitzender der DP, seit 1955 Ministerpräsident von Niedersachsen.

<sup>80</sup> Hans-Joachim von Merkatz, seit 1949 DP-MdB, seit 1955 stellvertretender DP-Vorsitzender.

<sup>81</sup> S. Anm. 18.

<sup>82</sup> S. Anm. 18.

bei der Wahl des Bundespräsidenten irgendwie in Verbindung brächten mit dem, was im Jahre 1961 sein würde. Ich habe ihm weiter gesagt, das hätte bei uns einen schlechten Eindruck gemacht. Es wäre mir lieb, wenn sie das nicht täten, sondern den Mann, den wir nun aufstellen, auch wählen; denn wir hätten doch all die Jahre bisher zusammengearbeitet. Darauf hat mir Herr Schneider gesagt: Das wollen wir tun, aber wir werden nicht den Herrn Lübke wählen. – Ich habe ihm dann erwidert: Wie kommen Sie dazu? – Darauf sagte er mir: Herr Lübke hat gegen die Deutsche Partei in Niedersachsen so scharfe Wahlreden gehalten, daß unsere Leute nicht dazu zu bewegen sind. – Die Herren Hellwege und von Merkatz haben sich nicht dazu geäußert, sondern sie haben geschwiegen. Und ich hatte keine Veranlassung, in diesem Augenblick die Sache zu vertiefen.

Es scheint mir also doch notwendig zu sein, nicht nur mit Herrn Lübke, sondern auch mit einigen Herren von der Deutschen Partei rechtzeitig zu sprechen; denn wir brauchen ja ihre Stimmen. Das ist also eine sehr einfache und klare Tatsache, nach der wir uns richten müssen.

*Minister Stooß:*<sup>83</sup> Ich bin dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, daß er das konfessionelle Problem zur Aussprache gestellt hat. Es ist meines Erachtens nicht so, daß es nur eine Rolle spielt im Norden der Bundesrepublik. Ich möchte sagen, wir haben auch Gebiete in Süddeutschland – ich denke vor allem an unseren nordwürttembergischen Raum –, wo die Demokratische Partei sehr stark vertreten ist und wo deshalb auch diese Frage eine große Rolle spielt. Ich bin daher in der Hoffnung hierher gefahren, daß es uns gelingen möge, den Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier als Kandidaten zu gewinnen. Aber wir haben heute zur Genüge gehört, daß er dafür nicht zu haben ist. Es sind weite Kreise in unserem Lande, nicht zuletzt auch die Landtagsfraktionen, die es sehr wünschen und begrüßen würden, wenn sich Herr Dr. Gerstenmaier zur Verfügung stellte. Das ist aber nun nach alle dem, was wir gehört haben, ausgeschlossen.

Nun ist Herr Lübke genannt worden. Ich kenne den Herrn Bundesminister Lübke seit Jahren. Ich hatte die Freude, als Landesminister mit ihm zusammenarbeiten zu dürfen.<sup>84</sup> Ich habe ihn im Laufe der Jahre kennengelernt. Er ist zweifellos ein untadeliger Mann von der Fußsohle bis zum Scheitel. Gewiß, er hat auch in den Kreisen der Landwirtschaft schon hin und wieder Widerstand gehabt. Er konnte ihn aber jedesmal beilegen. Ich glaube sagen zu dürfen, aufs Ganze gesehen, daß er heute tatsächlich die Zustimmung der Landwirtschaft weithin hat. Ich bin nicht der Auffassung, daß es ein anderer an seiner Stelle für die Landwirtschaft besser machen könnte. Für die Bundespräsidentenschaft hat er meines Erachtens ein großes Plus, daß er nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den Reihen der Verbraucherschaft einen großen Anklang hat, was auch seinen Niederschlag in der sozialdemokratischen Fraktion gefunden hat.

Ich möchte als Landwirt aus dem süddeutschen Raume – der, wie gesagt, die konfessionellen Einwendungen wohl zu sehen weiß – sagen, daß wir mit Herrn Lübke am ehesten diese Sache überwinden könnten; vor allen Dingen in den bäuerlichen Kreisen, die sich bei uns in Württemberg, insbesondere in Nordwürttemberg, der Demokratischen Partei verschrieben haben. Ich bin der Meinung, wenn man diesen

<sup>83</sup> Heinrich Stooß, 1946-1951 Landwirtschaftsminister in Württemberg-Baden, seit 1952 Präsident des Bauernverbands Baden-Württemberg, seit 1946 MdL.

<sup>84</sup> Im Bundesrat bzw. in dessen Ausschuß für Agrarfragen.

Bauern und Katholiken den Bundeslandwirtschafts- und -ernährungsminister nennt, daß sie dann am ehesten Ja sagen und sich mit dieser Lösung nach der konfessionellen Seite hin abfinden werden.

Deshalb möchte ich meinerseits die Kandidatur Lübkes voll unterstützen, nachdem der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ein entschiedenes Nein ausgesprochen hat.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Frau Dr. Rehling.

*Frau Dr. Rehling:*<sup>85</sup> Wenn zu der konfessionellen Seite noch etwas gesagt wird, dann möchte ich zunächst abwarten.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Es sind noch zum Wort gemeldet: Frau Dr. Schwarzhaupt, Herr von Hassel, Herr Blumenfeld und Herr Zimmermann. Ich würde vorschlagen, daß wir dieses konfessionelle Moment möglichst schnell erledigen.

*Frau Dr. Schwarzhaupt:*<sup>86</sup> Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat aufgefordert, daß sich einige Norddeutsche und weniger gute CDU-Leute als Herr Cillien zum Wort melden möchten. Ich bin nun keines von beiden, sondern ich bin im Anfang dieser Gespräche der Meinung gewesen, es sei im Hinblick auf die Wahl im Jahre 1961 günstiger, einen evangelischen Kandidaten zu haben. Inzwischen ist ja sehr vieles geschehen, und es sind vielerlei Argumente in diesem ganzen Spiel gebracht worden.

Es scheint mir jetzt das Wichtigste zu sein, für dieses Amt eine Persönlichkeit zu finden, die dieses Amt ausfüllt. Und dieser Gesichtspunkt scheint mir wichtiger zu sein als der Gedanke an die Frage, wie sich die Konfessionsfrage bei der Wahl im Jahre 1961 auswirken wird. Dazu kommt folgendes: Das konfessionelle Argument wird ja zu 90 Prozent unecht in den Wahlkampf gebracht, (*Bundesminister Lemmer:*<sup>87</sup> Das sowieso!) und zwar von den Parteien, die auf alle Fälle gegen uns agitieren wollen. Wie wir uns hier auch entscheiden werden, irgendwie werden wir Evangelischen in der CDU in diesem Zusammenhang angegriffen werden. Schlagen wir einen katholischen Bundespräsidenten vor, dann wird uns gesagt: Da seht Ihr das Tableau von Katholiken an der Spitze der Staatsführung. – Schlagen wir einen evangelischen Präsidenten vor, der nicht ganz überzeugend das Amt ausfüllt, dann wird uns gesagt: Ihr Evangelischen habt Euch wieder einmal von den raffinierten Katholiken übertölpeln lassen; denn das ist nur geschehen, weil für einen katholischen Kanzler in der nächsten Legislaturperiode Raum gemacht werden soll. – Wir kriegen das auf jeden Fall zu hören. Es wird in jedem Falle unecht argumentiert werden.

Diejenigen Wähler, bei denen die konfessionelle Frage bei diesem Amt eine Rolle spielt und bei denen sie wichtiger ist als die Persönlichkeit, die nun dieses Amt ausfüllen soll, die kann man wohl an den Fingern abzählen. Deshalb glaube ich, daß im Vordergrund der Gedanke an die richtige und geeignete Persönlichkeit stehen muß. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß wir jetzt eine Methode begonnen haben: Wer sagt Ja, und wer sagt Nein. Für eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit muß es sehr wichtig sein, unter welchen Umständen und in welcher Situation des Staates und der Partei und damit unter welcher Mehrheit sie gedungen wird, dieses

<sup>85</sup> Luise Rehling, CDU-MdB seit 1949.

<sup>86</sup> Elisabeth Schwarzhaupt, CDU-MdB seit 1953, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

<sup>87</sup> Ernst Lemmer, CDU-MdB seit 1953, seit 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Amt anzunehmen. Ich bedaure es eigentlich sehr, daß Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier auf diese Weise ausgeschieden ist, ehe einmal festgestellt wurde, in welchem Zusammenhang diese Bitte an ihn gerichtet worden ist. Ich persönlich glaube, daß er von den zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten diejenige ist, die dieses Amt mit der Verantwortung zur Bildung eines Staatsbewußtseins unseres Volkes und vor allem unserer Jugend und unserer geistig führenden Schichten in den nächsten fünf oder zehn Jahren haben wird, am besten ausfüllen könnte.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr von Hassel.

*Ministerpräsident von Hassel:* Zu dem, was Herr Cillien und Frau Schwarzhaupt zu der konfessionellen Frage hinsichtlich der norddeutschen Situation gesagt haben, brauche ich nichts mehr hinzuzufügen. Es hat in den Gesprächen, die wir geführt haben, eine Rolle gespielt. Aber in der Zwischenzeit ist, wie Frau Schwarzhaupt gesagt hat, vieles geschehen. Die Frage, die damals an mich gestellt wurde, war insonderheit die, ob eine Kandidatur für den Bundespräsidenten durch Sie, Herr Bundeskanzler, Schwierigkeiten in konfessioneller Hinsicht aufwerfen könnte. Und da habe ich gesagt: Bei Ihnen wird kein Mensch darüber irgendwie ein Wort verlieren. – Ansonsten habe ich den Ausführungen von Frau Schwarzhaupt zu diesem Thema für den norddeutschen Raum nichts hinzuzufügen.

Daß wir mit der Deutschen Partei sprechen müssen, halte ich für selbstverständlich. Sie begründet ihre Abneigung gegen Herrn Lübke damit, daß er im niedersächsischen Wahlkampf und, wie ich höre, auch im schleswig-holsteinischen Wahlkampf mit Härte und mit Erfolg gegen die Deutsche Partei in die Versammlungen gegangen sei.<sup>88</sup> Von Schleswig-Holstein aus muß ich das insofern richtigstellen, als er dort während des letzten Wahlkampfes überhaupt nur zwei Veranstaltungen bestritten hat. Im übrigen sollte doch die Deutsche Partei, gerade weil Herr Lübke ihr so zugesetzt hat, ihn wählen; denn dann kann er ja nicht mehr in die Wahlkämpfe eingreifen.

Herr Bundeskanzler! Ich bitte aber, daß diejenigen Herren, die nachher mit der Deutschen Partei sprechen, das Thema nicht auf die Wahl im Jahre 1961 abstellen. Sie werden im norddeutschen Raume Schiffbruch erleiden, wenn versucht werden sollte, um des Bundespräsidenten willen für 1961 unsere eigene Auffassung zu verlassen; denn wir werden nachher wahrscheinlich einen ganz besonders großen Ärger bekommen. Es gibt andere Möglichkeiten, mit der Deutschen Partei in Ruhe das Thema des 1. Julius zu erörtern, ohne daß wir die kommende Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahre 1961, präjudizieren.

Es ist eigentlich überflüssig, darüber zu sprechen; aber es ist einmal der Name des Herrn von Merkatz als Kandidat des Bundespräsidenten in die Debatte geworfen worden. Das geht aus den Gazetten hervor. Ich darf bitten, daß dieser Name bei dem Gespräch mit der Deutschen Partei völlig außer acht gelassen wird.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Damen und Herren! Damit kein Mißverständnis aufkommt oder vorliegt, darf ich sagen, die drei Herren von der Deutschen Partei waren bei mir, um mit mir nicht über die Bundespräsidentenwahl, sondern über die Wahl im Jahre 1961 zu sprechen. Ich habe dann dem Herrn von Merkatz gesagt, daß er in einem Gespräch – wenn ich nicht irre – mit Herrn Dr. Krone dieses Thema angeschnitten hätte, und daß ich das von seiner Seite aus für falsch hielte. Das habe ich gesagt. Von Reden in Schleswig-Holstein ist überhaupt keine Rede

<sup>88</sup> Die Landtagswahl in Niedersachsen hatte am 19. April 1959, die in Schleswig-Holstein am 28. September 1958 stattgefunden.

gewesen. Und da warf Herr Schneider dazwischen: Wir werden den wählen, den die CDU/CSU vorschlägt, aber Herrn Lübke – den ich gar nicht erwähnt hatte – können wir nicht wählen. – Darauf habe ich gefragt: Warum können Sie ihn nicht wählen? – Und dann gab er als Begründung an, das machten ihre Leute nicht mit wegen dieser Wahlreden. Die beiden anderen Herren von Merkatz und Hellwege hielten sich völlig da heraus und haben nichts dazu gesagt.

Das Wort hat Herr Blumenfeld.

*Blumenfeld:* Ich habe mich zum Wort gemeldet, Herr Bundeskanzler, nicht nur weil Sie in der Blickrichtung auf die weniger zuverlässigen CDU-Leute die norddeutschen Landesvorsitzenden angesprochen haben, sondern auch deswegen, weil ich mir heute Vormittag erlaubt habe, den Namen des Herrn Lübke als Kandidaten vorzuschlagen. Ich habe ihn vorgeschlagen auf Grund von Gesprächen, die nicht erst seit einigen Stunden im Kreise von Freunden des norddeutschen Raumes geführt worden sind, sondern weil wir schon in diesem Frühjahr die Kandidatur des Herrn Lübke in Erwägung gezogen haben.

Zu dem, was Frau Schwarzhaupt und die Herren Cillien und von Hassel bezüglich der konfessionellen Gesichtspunkte gesagt haben, brauche ich nichts hinzuzufügen. Für Hamburg kann ich erklären, daß konfessionelle Gesichtspunkte hinsichtlich des Kandidaten, den die CDU/CSU zu präsentieren hat, weder im Frühjahr noch erst recht heute in der gegebenen Situation überhaupt eine Rolle gespielt haben oder spielen. Ich glaube aber, daß gerade der Herr Bundesminister Lübke eine Persönlichkeit ist, die nach allem, was geschehen ist – das dürfen wir letzten Endes nicht außer acht lassen –, am ehesten die Würdigung im Volke erreichen und finden wird, die wir nun einmal von einer solchen Kandidatur erhoffen, nachdem wir gehört haben, daß unsere Freunde Gerstenmaier und Krone nicht bereit sind, für dieses Amt zu kandidieren.

Ich bin der Auffassung, daß es sehr wesentlich darauf ankommen wird, daß die CDU/CSU nunmehr durch die Präsentation ihres Kandidaten in der Meinung der Öffentlichkeit die Eigenständigkeit und in gewissem Sinne auch die Glaubwürdigkeit, die sie bisher hat, bestätigt bekommt oder wiedergewinnt. Ich glaube, daß gerade Herr Lübke eine solche Persönlichkeit ist, und daß er das Amt mit der Würde – die ja das Amt kraft Verfassung hat –, aber auch mit dem eigenen Willen – den schon sein Vorgänger gezeigt hat – ausfüllen wird.

Herr Bundeskanzler! Ich kann Ihnen – wie ich schon im Garten sagte – nicht folgen, wenn Sie die Kandidatur des Bundespräsidenten heute und in den nächsten Tagen in Ihren Überlegungen so stark mit der Wahl des Jahres 1961 verknüpfen: (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich kann Ihnen da nicht folgen. Die Wahl des Jahres 1961 wird gewonnen werden, Herr Bundeskanzler, wenn wir das erzielen, was wir mit Ihrer Kandidatur erreichen wollten, nämlich in den nächsten beiden Jahren die Kontinuität unserer Politik fortzusetzen.

Mir ist es als loyalem Parteimann viel sorgenvoller ums Herz, Herr Bundeskanzler, wenn ich an unsere Freunde in Bremen und Württemberg denke, die in den nächsten Monaten in einen Wahlkampf gehen, die also sehr viel schwerer zu arbeiten haben als wir als Bundespartei im Jahre 1961.

Herr Bundeskanzler! Für uns kommt es darauf an, im Jahre 1961 als Christlich Demokratische Union und als Christlich Soziale Union in den Kampf zu gehen, und daß wir nicht durch eine uns ungünstig gesonnene Presse und öffentliche Meinung als eine Adenauer-Partei abgestempelt werden, die nur ihrem großen Kanzler folgt, sondern daß wir die Kontinuität, die wir mit Ihrer Kandidatur glaubten erreichen zu

können – (*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Entschuldigen Sie mal, Herr Blumenfeld, da gehen Leute vor dem Fenster auf und ab.) – Das können nur Journalisten sein. (*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Nein, schauen Sie bitte mal nach!)

Die Kontinuität unserer Politik, Herr Bundeskanzler, die wir im Politischen als Partei, als Fraktion und in den einzelnen Landesverbänden erreichen müssen, muß unser Gesichtspunkt für die Wahl im Jahre 1961 sein. Ich bitte aber dringend, diese Überlegungen nicht mit der Kandidatur zum Bundespräsidenten zu verknüpfen.

Noch ein letztes, Herr Bundeskanzler, weil Sie diesen Gedanken in die Debatte gebracht haben! Ich finde es in der heutigen Situation einfach einer großen und die Regierungsverantwortung seit Anbeginn tragenden Partei nicht für würdig, wenn wir uns bei der Auswahl unseres Kandidaten vorher der Zustimmung einer kleinen Koalitionspartei vergewissern. (*Zuruf*: Ist aber nötig!) Selbstverständlich werden wir mit unserem Koalitionspartner Deutsche Partei rechtzeitig sprechen und sie in Kenntnis setzen müssen von der Wahl, die wir getroffen haben, aber vorher mit ihnen zu sprechen und sich mit ihnen abzustimmen, halte ich nicht für zweckmäßig und nicht würdig unserer Partei.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Ich muß nochmals in die Debatte eingreifen auf Grund der Ausführungen, die Sie, Herr Blumenfeld, gemacht haben, aus denen offenbar an zwei Stellen eine gewisse Mißstimmung hervorging. Diese Mißstimmung beruht auf beiden Seiten, auch bei mir, nämlich eine Mißstimmung gegen die Hamburger Partei. (*Blumenfeld*: Das ist gesund!) Darüber wollen wir in diesem Kreise nicht sprechen, aber wir werden darüber sprechen – das habe ich mir schon lange vorgenommen – in der nächsten Bundesvorstandssitzung, und zwar über die Verhältnisse in Hamburg.<sup>89</sup> Darüber muß noch gesprochen werden.

Im übrigen möchte ich noch das eine sagen: Es sieht fast so aus, als ob ich Herrn Lübke nicht wollte! Ich sage Ihnen hiermit als Bundeskanzler, daß ich davon überzeugt bin, daß Herr Lübke als Bundespräsident und ich als Bundeskanzler ausgezeichnet zusammenarbeiten werden. Nach der Seite hin besteht auch nicht das geringste Bedenken. Aber auf der anderen Seite halte ich es als Vorsitzender der Partei doch für nötig, auch etwas weiter zu sehen als nur für die nächsten vierzehn Tage, und ich möchte auf Möglichkeiten aufmerksam machen. Ich habe mit Herrn von Hassel über diese Dinge schon früher gesprochen. Da hat mir Herr von Hassel gesagt, es ist nicht nötig, Rücksicht zu nehmen. Er hat mir dann aber später aus freien Stücken erklärt: Ich habe es mir überlegt, wir müssen doch darauf Rücksicht nehmen. – Er sagt jetzt – was ich verstehe, Herr von Hassel, es ist auch kein Vorwurf gegen Sie –, wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir das große Ziel im Auge behalten, nämlich möglichst schnell einen Mann als Kandidaten zu nominieren, der eine große Zustimmung haben wird. Ich sage das nun nicht, um Ihnen den Vorwurf zu machen, Sie schwankten, sondern ich sage das gegenüber den Ausführungen des Herrn Blumenfeld.

Nun komme ich zu der Frage der Deutschen Partei. Herr Blumenfeld hat gesagt, es sei unserer Partei nicht würdig, um deren Zustimmung zu bitten. Wer hat denn von Zustimmung geredet? Tatsache ist doch, daß wir die Stimmen der Deutschen Partei haben müssen. Das muß ich dann doch in einem Gespräch mit ihnen zu erreichen versuchen! Soll ich das vielleicht nicht tun? Das ist in meinen Augen eine sehr

<sup>89</sup> Die nächste Sitzung des Bundesvorstands der CDU fand am 16. September 1959 statt. Vgl. *Adenauer*: »... um den Frieden zu gewinnen« (wie Anm. 34), S. 384 ff.

schlechte Politik. Richtig ist es doch – und nach meiner Meinung auch unserer Partei würdig –, wenn wir auf die Stimmen einer noch so kleinen Partei angewiesen sind, daß wir eben mit dieser kleinen Partei Fühlung aufnehmen und versuchen, diese Stimmen für uns zu gewinnen. Das ist doch eine absolute Notwendigkeit. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Ich möchte nun zwischendurch einen Vorschlag zum Ablauf der Sitzung machen, damit wir die Journalisten vom Halse wegstreifen. Ich schlage vor, ihnen zu sagen, die Sitzung würde mindestens bis vier Uhr dauern; sie verzögere sich in großer Ruhe und Einigkeit. Das können Sie jetzt schon mitteilen. Es würde aber auch noch über andere Sachen gesprochen. Sie möchten um vier Uhr wiederkommen. Dann haben wir in der Zwischenzeit die Möglichkeit, auch mit Herrn Lübke zu sprechen und eventuell mit der Deutschen Partei Fühlung aufzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung. – Zuruf: Es sind Leute vor dem Hause.*) – Das sind die Gärtner, die sind echt, die kenne ich! (*Heiterkeit.*) Sagen Sie ihnen, sie möchten bitte im hinteren Garten arbeiten. Aber die Journalisten, die draußen warten, die müssen wir zunächst einmal weghaben.

Das Wort hat Herr Zimmermann.

*Dr. Zimmermann:* Weder die konfessionelle Frage noch die Frage der Deutschen Partei sind sehr gravierende Dinge. Beides halten wir nicht für so hervorragend, wenn auch die Frage der Deutschen Partei nach meiner Auffassung gewisse Schwierigkeiten machen wird. Es ist sicher, daß wir mit ihnen reden müssen, wenn der Vorschlag Lübke nicht zurückgezogen wird.

Ich hätte Ihnen einen Vorschlag zu machen, der nun keinem dieser beiden schwierigen Punkte begegnen würde. Ich wundere mich, warum er noch nicht gemacht worden ist. Ich schlage Herrn Etzel<sup>90</sup> vor. Er ist ein Mann, der für jedes Staatsamt qualifiziert ist und sicher auch für das höchste. Er ist in den letzten Wochen in vieler Beziehung genannt worden.<sup>91</sup> Eine viel größere Gruppe in der Fraktion, als man annimmt, hätte sich diesen Gedanken sehr ernsthaft überlegt, wenn es dazu gekommen wäre. Ich habe jedenfalls zu diesem Kreis gehört. Ich möchte meinen, daß sein Name all die Eigenschaften, die so lobend über Herrn Lübke gesagt worden sind, in gleicher Weise auf sich vereinigt, und daß sein Charakter in der gleichen Weise für dieses Amt qualifiziert ist. Ich möchte auch glauben, daß er, wenn sich eine große Mehrheit für seine Nominierung fände, dieses Amt annimmt. Ich schlage ihn hiermit vor.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Dr. Gerstenmaier.

90 Franz Etzel, seit 1957 CDU-MdB und Bundesminister der Finanzen. Im Tagebuch von Heinrich KRONE heißt es unter dem 15. Juni 1959: »Strauß steckt hinter diesem Vorschlag; Strauß denkt an 1961 und an sich als Kanzler.« Wie Anm. 15. »Der Spiegel« (wie Anm. 31) sprach von einem in der Mittagspause geplanten »Kommando-Unternehmen«, dessen Ziel es gewesen sei, die Ambitionen des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß nicht erst auf die »überrückste Kanzlerschaft« zu beschränken. – Das Manöver der CSU-Vertreter spricht gegen die Vermutung von Alfred RAPP in der FAZ vom 15. Juni 1959, daß Adenauer bei seinem Aufenthalt in München (13./14. Juni; s. Anm. 26) mit der CSU-Führung »wichtige Vorbesprechungen« geführt habe.

91 Adenauer hatte Etzel als seinen Nachfolger im Kanzleramt vorgesehen und war von seiner Präsidentschaftskandidatur vor allem deswegen zurückgetreten, weil er ihn in der Unionsfraktion des Bundestags nicht gegen Erhard hatte durchsetzen können.



*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:* Das verändert die Situation. Ich bin darauf nicht vorbereitet, zu diesem Vorschlag etwas zu sagen; denn sonst müßte man von neuem anfangen, spazieren zu gehen. Ich habe das Gefühl, das ist eigentlich nicht nötig, mein lieber Freund Zimmermann, deshalb spazieren zu gehen. Als ich mich zum Wort gemeldet habe, beschäftigte ich mich mit der Deutschen Partei und mit der Frage, wie man über sie hinwegkommen könne. Es ist nicht klug – da stimme ich Herrn Blumenfeld zu –, daß wir einen so weitgehenden Beschluß unter eine geradezu auflösende Bedingung stellen, die der Deutschen Partei die Möglichkeit gibt, Widerreden zu gestatten, womit wir vor neue Situationen gestellt würden. Das halte ich nicht für möglich.

Dagegen würde ich zu erwägen bitten, ob wir unseren Freund Krone bitten könnten, einmal die Sache in die Hand zu nehmen, um mit Herrn Schneider oder Herrn von Merkatz – wenn auch nicht mit letzter Verbindlichkeit, so aber doch informativ – zu sprechen, damit sich die Leute rechtzeitig ins Vertrauen gezogen fühlen. Ich glaube, daß wir damit über die Hürde hinwegkommen werden. Es gibt sonst Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, aber mit dieser Schwierigkeit wird unser vielgewandter Krone schon fertig werden. Das scheint mir das kleinere Übel zu sein.

Ich möchte also den Vorschlag machen, die Leute rechtzeitig ins Vertrauen zu ziehen, aber noch nicht von unserem Beschluß hier etwas zu sagen; das paßt nicht im Blick auf die Größenverhältnisse. Im übrigen hoffe ich, daß die Hamburger nun nicht so erschrocken sind, um dem Hamburger Gespräch nicht ins Auge zu sehen. Darüber können wir uns unterhalten. Ich wollte nur den Hamburgern in diesem Augenblick Trost zusprechen für den Fall, daß sie ihn brauchen. *(Heiterkeit.)*

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Ich würde nicht empfehlen, daß Herr Krone allein spricht mit zwei Leuten von der DP, sondern schlage vor, daß zwei Leute – ich will es gar nicht – von uns mit ihnen sprechen. Ich habe es mir so gedacht, daß zwei Leute aus unserer Mitte während der Mittagspause versuchen, mit der Deutschen Partei Fühlung aufzunehmen. Man sagt dann natürlich nicht – das ist so klar wie nur etwas –, wir wollen jetzt, ehe wir uns entscheiden, hören, was ihr tut, sondern man sagt: Herr Schneider hat neulich dem Bundeskanzler gesagt, die DP würde den Herrn Lübke nicht wählen. Wir gehen davon aus, daß das eine Meinung von Herrn Schneider gewesen ist, nehmen aber an, daß die DP, also auch die Fraktion, hinter dieser Meinung steht. –

So würde ich das Gespräch führen. Ich halte es für klug, das Gespräch aber so bald wie möglich zu führen. Sie glauben gar nicht – das muß ich jetzt unseren Herren von der Fraktion sagen –, wie oft gerade von seiten der DP mir gegenüber das Bedauern darüber geäußert worden ist, daß man sie zu spät ins Bild gesetzt hat, nämlich erst dann, wenn in der CDU/CSU-Fraktion alles erledigt war.

Wir sollten also mit ihr Fühlung aufnehmen; denn wir haben sie doch absolut nötig. Im Parlament haben wir sie nicht nötig, aber hier brauchen wir ihre Stimmen. Es fehlen uns doch einige [in der Bundesversammlung].

Ich würde also vorschlagen, wenn wir uns für Herrn Lübke entscheiden, daß Herr Krone, der mit der Deutschen Partei gutsteht – das darf keiner aus Niedersachsen sein –, und noch jemand das machen. *(Cillien: Herr Höcherl! Es sind beides Föderalisten!) Ja, der hat Verbindung. (Heiterkeit!)*

Meine Herren! Wir sind doch nicht auf der Genfer Konferenz, wo man so peinlich genau sein muß. Es waren damals bei mir die Herren Hellwege, Schneider und von Merkatz. Ob sie nun für die DP oder für die Fraktion kamen, das weiß ich nicht,

ich habe auch nicht danach gefragt, und so, meine ich, machen wir das jetzt auch. Ich würde empfehlen, die Herren von Merkatz und Schneider hinzuzunehmen. (*Dr. Krone*: Wenn er da ist!) Das ist die Frage. Sonst würde ich empfehlen, zunächst einmal mit Herrn von Merkatz zu sprechen. Ich möchte gern die Sache überhaupt möglichst bald zum Ende bringen. Das sollten wir also versuchen. Daß bei der Deutschen Partei deswegen noch größerer Widerstand kommen wird, halte ich für ausgeschlossen. Aber weil er das gesagt hat und wir ihre Stimmen brauchen, ist es klug, vorher mit ihnen zu sprechen. Das Wort hat Frau Dr. Rehling.

*Frau Dr. Rehling*: Ich möchte noch einmal auf die Kandidatur Lübkes zu sprechen kommen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, was an Würdigung der Persönlichkeit des Herrn Lübke hier gesagt worden ist. Ich möchte mir nur erlauben, Sie daran zu erinnern, daß Frau Heuss, solange sie lebte, in hervorragender Weise ihren Mann in seinem Wirken unterstützte und die Basis seines Wirkens im deutschen Volk tief verbreitert hat.<sup>92</sup>

Beide waren bei der Wahl im Jahre 1949 nur wenigen Menschen in der Bundesrepublik bekannt. Es war ein wirklich nicht sehr hoher Prozentsatz. Und es ist ihnen doch in vereinten Bemühungen gelungen, das Amt des Bundespräsidenten zu dem Ansehen zu bringen, das es jetzt in der Bevölkerung genießt. Ich kenne Frau Lübke; ich glaube, sie einigermaßen gut zu kennen. Ich darf wohl sagen, daß diese gute Entwicklung fortgesetzt würde, da auch Frau Lübke geeignet ist, ihrem Mann bei der Bewältigung seiner Aufgaben sehr zu helfen. Es ist gesagt worden, daß Herr Lübke nicht nur Minister für Landwirtschaft gewesen sei, sondern daß er sich auch sehr stark den Verbraucherinteressen gewidmet habe. Gerade diese Seite seiner Wirksamkeit hat ihm eine große Resonanz in den Kreisen der Hausfrauen gesichert. Das ist nun – wenn man etwa befürchten sollte, daß es an seiner Popularität noch etwas mangelt – ein günstiger Umstand. Ich glaube, das ist auch in der CDU immer gewertet worden, daß die Frauen zumindest zur Schaffung von public relations durchaus zu beachten sind.

Und nun noch ein Wort zur Deutschen Partei! Wenn dieser Gesichtspunkt von Herrn Schneider geltend gemacht werden soll, Herr Lübke habe zu scharfe Wahlreden geführt, dann könnte das den Eindruck erwecken, als wenn die Deutsche Partei Wahlkämpfe in Moll zu führen pflegte. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich habe das immer nur am Rande erlebt bei den Einsätzen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Vielleicht wäre es ganz heilsam, den Unterhändlern von der DP, wenn sie dieses Geschütz in Stellung bringen, einmal zu sagen, was von ihrer Seite geleistet worden ist. Mir kommt gerade noch ins Gedächtnis, daß ein prominentes Mitglied der DP-Fraktion mit 38 000 CDU-Stimmen in den Bundestag gewählt wurde, daß aber gerade diesem DP-Mitglied von allen aus Niedersachsen beschleunigt worden ist, in welcher außerordentlich scharfer Weise er gegen die CDU polemisiert hat. Es wurde bereits gesagt, wenn Herr Lübke nun aus der Kampflinie verschwindet, so kann doch damit die Zustimmung der DP eigentlich nur erleichtert werden.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Ich muß widersprechen! Ich würde es für unklug halten, bei diesem Gespräch nun die ganzen Wahlkampfgeschichten wieder aufzurollen. Es ist nach meiner Meinung richtiger, so vorzugehen, wie ich das eben bezüglich der Herren Schneider und von Merkatz gesagt habe. Wir sollten diese Dinge

<sup>92</sup> Elly Heuss-Knapp (1881-1952), Gründerin des Müttergenesungswerks.

auseinanderhalten. Jetzt handelt es sich lediglich um die Frage: ist die DP bereit, dem von der CDU/CSU präsentierten Kandidaten ihre Stimme zu geben? – und um weiter nichts. Ich habe hinzugefügt, ich nähme an, daß sie das tun würden, weil wir uns weltanschaulich sehr nahestehen und weil wir alle die Jahre zusammengearbeitet haben. Was im Wahlkampf gesündigt worden ist, das machen wir später bei einer anderen Gelegenheit aus. Wenn wir uns mit der DP darüber unterhalten, was wird das Jahr 1961 bringen, dann werden wir uns darüber aussprechen. Aber um Gottes Willen nicht jetzt diesen leidigen Wahlkampf von Niedersachsen ins Gespräch bringen! Im übrigen kann ich das, was Frau Rehling über Frau Lübke gesagt hat, voll unterstützen.

Das Wort hat Herr Sieveking.

*Dr. Sieveking:*<sup>93</sup> Ich habe mich zum Wort gemeldet, um dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Grostenmaier und dem Herrn Bundeskanzler zu versichern, daß wir Hamburger nicht trostbedürftig sind. Aber was den Unmut anlangt, Herr Bundeskanzler, bin ich der Ansicht, daß man seine Meinung ohne Unmut austauschen kann. Wir sind sehr gern bereit, uns über unsere verschiedenen Auffassungen auseinanderzusetzen. Das wollte ich aber nur nebenbei sagen.

Ich möchte nun folgende Klarheit haben. Ich bin der Meinung, daß man mit der DP sprechen soll, weil wir die Empfindlichkeit der kleinen Partei kennen. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber klar sein, was wir tun. – Wir hoffen, daß es nicht eintrifft –, wenn wider Erwarten die DP-Herren sagen: nein, wir wählen Herrn Lübke nicht. – Wollen Sie dann auf die Kandidatur Lübkes verzichten? (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Ich würde das zunächst nicht in Erwägung ziehen!) Man muß aber wissen, wenn man einen ersten Schritt tut, wie der zweite und der dritte aussieht. Wir können uns nicht davon abhängig machen. Ich hoffe, daß die Herren einverstanden sind, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir ein Risiko eingehen, wenn sie nicht einverstanden sind. Will die DP denn für Carlo Schmid stimmen? (*Zuruf:* Für Becker!<sup>94</sup>)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich halte das für so unpolitisch wie nur möglich. Wenn wir uns jetzt darüber entscheiden: wenn die DP nein sagt, ist uns das wurscht, dann wissen sie das doch gleich. Lassen wir doch die Sache in ruhigem Tempo weitergehen. Unsere Leute setzen sich mit ihnen in Verbindung, und ich bin davon überzeugt, sie werden die Nachricht mitbringen, wir stimmen für Ihren Kandidaten.

Wenn wir aber jetzt beschließen: für den Fall, daß die DP Nein sagt, bleiben wir doch dabei, – dann wäre das nicht klug. Dazu haben wir heute nachmittag immer noch Zeit. Ich bin aber davon überzeugt, daß es dazu nicht kommen wird. (*Dr. Sieveking:* Ich hoffe es nicht!)

*Ministerpräsident Kiesinger:*<sup>95</sup> Ich meine auch, daß die Betrachtungsweise von Herrn Sieveking nicht richtig ist. Die DP will eben als Partnerin respektiert sein; sie will vorher gefragt sein. Ich glaube auch annehmen zu können, daß das Ergebnis eindeutig sein wird. Es wäre viel schlimmer, wenn wir sie nicht fragten; denn dann würde ein Widerstand von der DP hinterher kommen. Wir müssen sie fragen!

93 Kurt Sieveking, 1953-1957 Erster Bürgermeister in Hamburg.

94 Max Becker, FDP-MdB seit 1949, seit 1956 Vizepräsident des Bundestags, war Kandidat seiner Partei für die Wahl zum Bundespräsidenten.

95 Kurt Georg Kiesinger, seit 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es ist sehr wünschenswert, daß wir zu einer einmütigen oder einhelligen oder einstimmigen – das sind Nuancen, die ich in der letzten Zeit gelernt habe – Abstimmung bei der Nominierung kommen.

Darf ich fragen, ob jemand von Ihnen das Wort wünscht zu dem Vorschlag des Herrn Kollegen Zimmermann? Ich möchte nicht, daß Herr Etzel irgendwie Schaden leidet unter der ganzen Diskussion jetzt; das verdient er nicht. Er hat sich tatsächlich in den ganzen Wochen, die nunmehr hinter uns liegen, auch ausgezeichnet menschlich verhalten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es darf unter keinen Umständen irgendwie – es wird doch alles weitererzählt – hier etwas verletzend sein. Es bleibt noch übrig: legt Herr Zimmermann Wert darauf, daß sein Vorschlag jetzt weiter diskutiert wird? Das muß er entscheiden. (*Unruhe.*) Meine Herren! Lassen Sie ihn doch mal in Ruhe! Oder gibt er sich damit zufrieden, daß wir alle die Qualitäten des Herrn Kollegen Etzel anerkennen. (*Zuruf:* Das ist klar!) Ja, wir müssen vorsichtig sein und dürfen nicht sagen, er ist da unentbehrlich –, sonst sagt Herr Lübke, ich bin entbehrlich. – Ich würde sagen: restlose Anerkennung, daß es aber nach dem Verlauf der Dinge in den letzten Wochen wohl richtig wäre, wenn wir uns einem ganz neuen, bisher nicht viel genannten Herrn zugewendet hätten. (*Beifall.*)

Das Wort hat Herr Zimmermann.

*Dr. Zimmermann:* Ich habe diesen Vorschlag nicht gemacht, um Herrn Etzel abzuwerten; (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Sie nicht, aber denken Sie an das Echo!) Ich habe den Vorschlag gemacht in einem positiven Sinn. In meinem Sinn liegt es keineswegs, daß Herr Etzel aus einer Diskussion oder gar aus einem Abstimmungsergebnis geschwächt oder jedenfalls nicht gestärkt hervorgeht. Das ist keinesfalls meine Absicht. Ich lege keinen Wert auf eine weitere Diskussion, wenn ich auch nicht einsehe, warum es nicht zwei Kandidaten geben sollte, wenn man abstimmt.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Dann bleibt nur übrig eine Abstimmung über Herrn Lübke. Sind wir uns darüber klar, daß das geschieht, ohne daß darin irgendeine Minderbewertung eines der genannten Herren liegt? – (*Zustimmung!*) Dann können wir das ausdrücklich hinzusetzen. Ich würde Wert darauf legen, daß das ausdrücklich gesagt wird. Sollen wir nur über Herrn Lübke abstimmen? (*Zurufe:* Ja!) Dann bitte ich diejenigen von Ihnen, die für die Benennung des Herrn Lübke sind, eine Hand zu erheben. –

Ich bitte um die Gegenprobe! –

Soweit ich sehe, kann ich feststellen, daß er einmütig vorgeschlagen wird. (*Zurufe:* Enthaltungen?)

Wer enthält sich? (*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:* Ohne Gegenstimme bei einer Stimmenthaltung.)

Also: Ohne Gegenstimme bei einer Stimmenthaltung. (*Rosa:*<sup>96</sup> Es genügt doch, wenn feststeht, daß Herr Lübke ohne Gegenstimme vorgeschlagen wird.) Meine Herren! Es wurde doch verlangt, daß die Stimmenthaltung festgehalten wird. Dem können wir uns nicht entziehen. (*Zuruf:* Wir sagen: Einstimmig!) Das ist nicht einstimmig! (*Unruhe und Bewegung.*) Einstimmig oder einmütig? (*Anhaltende Unruhe und mehrere Zurufe:* Einstimmig, – einmütig, – eine Enthaltung. – *Rasner:* Ich würde sagen, einmütig ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen!) Sollen wir es so feststellen?

<sup>96</sup> Nicht ermittelt.

*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Zu den Worten, die wir bis auf weiteres nicht mehr in den Mund nehmen können, gehört das Wort: »einmütig«. Ich verstehe nicht, daß Herr Rasner so etwas vorschlägt, nachdem er in den letzten 6 Wochen unsere guten Beschlüsse verkaufen mußte, wofür er alle 14 Tage »verhauen« worden ist. Wir müssen präzise antworten. Es schadet nichts, wenn wir das sagen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Der letzte Redner hat immer recht, Herr Rasner! (*Zurufe:* Auszählen – *Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Dann bitte ich diejenigen noch einmal die Hand zu erheben, die sich der Stimme enthalten wollen. – Das sind sieben. Ich bitte diejenigen, die für die Nominierung des Herrn Lübke sind, die Hand zu erheben. –

Und nun bitte ich diejenigen, die gegen seine Nominierung sind, um das Handzeichen. –

Können Sie das verkaufen, Herr Rasner? (*Rasner:* Alle haben gestimmt, und zwar sieben Enthaltungen, keine Gegenstimme!)

*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es muß die positive Zahl gesagt werden, und zwar 58<sup>97</sup> dafür, und 7 haben sich enthalten. So ist es richtig.

*Ministerpräsident Kiesinger:* Mir ist bei der Geschichte nicht wohl. Es gibt Gelegenheiten, wo man solche Abstimmungsergebnisse wörtlich bekanntgibt. Aber diese Abstimmung wirkt hinaus; sie wirkt auch in die CDU-Wahlmänner [in der Bundesversammlung] hinein. Müssen wir dieses Wahlergebnis überhaupt bekanntgeben? Müssen wir in der Presse etwas sagen? Wir können doch sagen: das Gremium hat Herrn Lübke vorgeschlagen.

Mir ist nicht wohl, wenn wir dieses Ergebnis verkündigen. Das wäre psychologisch nicht gut. Wir sind auf jede einzelne Stimme angewiesen. Ich bitte Sie daher, sich die Sache noch einmal zu überlegen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Mir liegt daran, Herr Kiesinger, etwaige Fragen des Herrn Lübke zu beantworten.

*Ministerpräsident Kiesinger:* Für Herrn Lübke ist die Sache klar. Es handelt sich nur um die Weitergabe nach außen.

*Bundesminister Lemmer:* Bei Carlo Schmid hat es im Ausschuß der SPD zahlreiche Gegenstimmen und Enthaltungen gegeben, wie mir persönlich bekannt ist.<sup>98</sup> Kein Wort davon ist der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Die starke Wirkung war: die SPD schlägt Carlo Schmid vor. Wir sagen: wir schlagen Lübke vor. – Schluß, aus! Ich finde es für überflüssig, hier die Enthaltungen zu erwähnen.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Wenn Sie damit einverstanden sind! Ich habe nichts anderes zu tun, als die Verhandlung hier zu leiten. Aber ich darf feststellen, daß ausdrücklich verlangt worden ist, daß eine Stimme sich enthalten hat. Jetzt sind es mehrere. (*Ministerpräsident Kiesinger:* Wir sagen nach außen einfach: Herr Lübke ist vorgeschlagen!) Was sollen wir der Öffentlichkeit mitteilen? (*Unruhe.* – *Zuruf:* Keine

97 Über die Zahl der Anwesenden vgl. Anm. 33.

98 Vgl. Franz SCHUSTERROTH und Dieter SCHUSTER, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1978, S. 224: Parteirat und Parteivorstand der SPD hätten am 12. Februar 1959 der SPD-Bundestagsfraktion einstimmig Carlo Schmid vorgeschlagen. So auch bei Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, München 1979, S. 667.

Gegenstimme! – Weiterer Zuruf: Mit überwältigender Mehrheit ohne Gegenstimme für Lübke!)

*Ministerpräsident Kiesinger:* Herr Bundeskanzler! Ich sehe wirklich nicht ein, warum hier darauf bestanden wird, daß man in irgendeiner Weise das Wahlergebnis bekanntgibt. Herr Lemmer hat recht, es ist bei der SPD auch nicht gesagt worden, weil auch dort das Ergebnis nicht einstimmig war. Warum können wir denn nicht sagen: Wir schlagen Herrn Lübke vor. – Aus, fertig! Keinem Menschen sind wir Rechenschaft schuldig, welches Abstimmungsergebnis hier war. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Herr Gradl hat das Wort.

*Dr. Gradl:*<sup>99</sup> Lieber Freund Kiesinger! Ich bin anderer Ansicht! (*Ministerpräsident Kiesinger:* Jetzt kommen die Journalisten!) Nein, das hat mit Journalisten nichts zu tun! Es wird aber heute eine Pressekonferenz sein, und dort wird man die Frage stellen: wie ist denn gewählt worden? – Und dann müssen wir doch sagen, wie gewählt worden ist. Ich vermag nicht einzusehen – ich weiß auch nicht, welches Unglück dabei entstehen soll –, warum wir nicht sagen sollten: Keine Gegenstimme, einige Enthaltungen. – Was spielt das für eine Rolle? Schließlich sind wir doch eine demokratische Körperschaft. Das macht die Wahl doch echt. Ich bin dafür, (*lebhaft Unruhe*) daß wir hinausgehen und genau das sagen, was hier geschehen und gewesen ist. Wir haben keinen Anlaß, uns zu genieren. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Scharnberg.

*Scharnberg:*<sup>100</sup> Ich möchte die Frage an die Herren der CSU richten: Können Sie sich nicht entschließen, auf Ihre Stimmenthaltung zu verzichten? Ich fürchte gerade aus dem Grund, weil diese Stimmenthaltungen von der CSU kommen, daß das auf die Zustimmung einer Reihe von Leuten der Deutschen Partei – und Herr Schneider kann nicht die Garantie dafür abgeben – wirken wird.

Deshalb richte ich diesen Appell an Sie! Dann kämen wir doch aus der ganzen Sache heraus. Was ist das denn für eine Bitterkeit, meine Herren, daß Sie sich der Stimme enthalten? Bitte stimmen Sie doch zu!

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Krone.

*Dr. Krone:* Ich bin eben bei den Herren<sup>101</sup> gewesen und habe gefragt, ob sie sich mit ihrer Enthaltung gegen Herrn Lübke wendeten. Und da ist mir von einigen gesagt worden: Nein, aber die Frage ist heute gestellt gewesen, wer will sich enthalten. – Und nun glaube ich, die freie Entscheidung »wir sind für Lübke« ist durchaus den Herren noch gegeben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Gurk.

*Dr. Gurk:* Meine Herren! Wenn es möglich ist, stimmen Sie doch zu! Ich bin der Meinung, wir werden den peinlichen Fragen der Presse nicht entgehen können. Wir müssen andererseits damit rechnen, daß eine gewisse Minderheit auch in die Öffentlichkeit gehen wird; unter Umständen unsere eigenen Wahlmänner, die auf Grund dieses Wahlergebnisses eine innere Berechtigung dazu herauslesen. Also, meine Herren, geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, damit nicht eine nicht unbedeutende Minderheit Hoffnung schöpft auf eine innere Spaltung und Schwierigkeit. Das gilt nicht nur für die DP, sondern auch für unsere eigenen Wahlmänner.

<sup>99</sup> Johann Baptist Gradl, CDU-MdB seit 1957.

<sup>100</sup> Hugo Scharnberg, CDU-MdB seit 1949.

<sup>101</sup> Offensichtlich gemeint: der CSU.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Struve.

*Struve:*<sup>102</sup> Es war so, daß gerade in dem Augenblick, als abgestimmt werden sollte, Herr Krone und Herr Höcherl draußen waren. Nicht zuletzt ist diese Abwesenheit auch mit ein Grund dafür, daß die Abstimmung nicht ganz klar geworden ist. Ich bin der Meinung, daß sich Herr Höcherl noch einmal mit seinen Freunden bespricht. Wir sollten nicht die Abstimmung wiederholen, sondern positiv fragen: Wer ist für Lübke? – Es wird sich herausstellen, daß wir alle für Lübke sind.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Ehe ich Ihnen das Wort gebe, Herr Höcherl, lassen Sie mich noch – ich schließe mich auch ein – folgendes sagen: Machen wir doch nicht aus einer Mücke einen Elefanten. Das Ganze kommt mir allmählich komisch vor. Wenn die überwältigende Mehrheit für Herrn Lübke ist und sich einige der Stimme enthalten, dann kann doch kein Mensch, lieber Herr Gurk, annehmen, daß nun deswegen die Herren nicht richtig stimmen werden. Und schließlich gehört es doch – ich kann seit einigen Tagen das Wort »Demokratie« kaum noch ertragen, seitdem die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit dieses Wort gebrauchen – zu einer demokratischen Abstimmung, daß jeder seinen Willen zum Ausdruck bringt.

*Höcherl:* Die Abstimmung ist geschehen. Ich kann dem Herrn Bundeskanzler nur beistimmen. Die überwältigende Mehrheit hat sich für Lübke ausgesprochen. Nach außen wird mitgeteilt: Unser Kandidat ist Herr Lübke! – Aus, amen! Das ist unser Vorschlag. Vorher ziehen wir uns noch einmal zurück. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Herren! Je mehr Sie in dem Brei rühren, desto mehr brennt er an. (*Frau Dr. Rehling:* Von hier aus ist es nicht genau zu übersehen, ob es nur die Herren der CSU waren, die sich der Stimme enthalten haben! *Zuruf:* Es waren nicht nur die Herren von der CSU. – *Frau Dr. Rehling:* Dann befürchte ich allerdings, daß die Journalisten aus diesen sieben Enthaltungen 7 CSU-Stimmen machen! – *Die Herren der CSU verlassen den Raum.*)

Wenn von den Journalisten bemerkt wird, daß sich die Herren zu einer Beratung zurückziehen, dann ist das für die Journalisten viel schlimmer als das, was wir hier sagen. Die Situation ist noch nicht geklärt. Die CSU hat Bedenken, die sich aber nicht – das möchte ich ausdrücklich betonen (ich bin darum gebeten worden, das zu sagen) – gegen Herrn Lübke als Person richten. Es ist gut, wenn wir eine Pause einlegen und in der Zwischenzeit vielleicht der eine oder andere mit den Herren von der CSU spricht, sonst sehe ich, daß zum Schluß wieder eine große Schlagzeile in der Presse erscheint.

(*Unterbrechung der Sitzung von 13 bis 14 Uhr.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir wollen in unserer Sitzung fortfahren. Das Wort hat Herr Kollege Höcherl.

*Höcherl:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nachdem die beiden Kandidaturen Gerstenmaier und Krone durch ein klares Nein weggefallen waren, standen sich noch zwei Namen gegenüber, die wir auf jeden Fall als absolut gleichwertig betrachten. Die Abstimmung hat ergeben, daß eine überwältigende Mehrheit – wobei die CSU durchaus keine geschlossene Gruppe gebildet hat, wie vielleicht angenommen wird – für den Kollegen Lübke ist.

Es ist vollkommen klar, daß unter solchen Umständen, wenn ein Vorschlag Etzel kommt, diejenigen, die diesen Vorschlag gemacht haben, nun das mindeste tun, was

<sup>102</sup> Detlev Struve, seit 1947 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein, seit 1949 CDU-MdB.

möglich ist, nämlich sich der Stimme enthalten. Damit ist keine Kritik und überhaupt nichts verbunden. Wenn die Abstimmung anders gelaufen wäre und sich auch nur eine einzige Gegenstimme für einen der beiden Kandidaten ergeben hätte, wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß wir geschlossen für den Mehrheitskandidaten gestimmt hätten. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Ich darf anknüpfen an ein Wort des Kollegen Cillien, das an eine Situation oder an einen Tatbestand rührt, der mir außerordentlich bedeutungsvoll erscheint. Herr Cillien hat erklärt, daß bei der Besetzung der höchsten Staatsämter – ich nehme zwei heraus, ohne nach dem Protokoll zu gehen – durch die Arbeit der Union im ganzen Land die konfessionelle Relation abgebaut worden ist. Ich halte das für eine sehr zweckmäßige Feststellung, und zwar deshalb, weil wir sonst, wenn wir an dieser Relation festhielten, zu unserem Nachteil in eine Situation kämen, die dem Staate erheblichen Schaden zufügen könnte.

Wir möchten Ihnen einen Vorschlag dahingehend machen, daß das Gremium darüber einig wird, daß bei der Besetzung dieser beiden höchsten Staatsämter wir als Wahlmänner von dieser Relation, die bisher gegolten hat, absehen wollen, und daß wir draußen in unseren Gremien dafür arbeiten, daß eine solche Relation für diese beiden Positionen keine Geltung mehr haben soll.<sup>103</sup>

Das wäre ein Fortschritt für uns, der auch in der Öffentlichkeit hervorragend aufgenommen würde. Vielleicht wäre das ein guter Beitrag. Selbstverständlich wären wir bei einem solchen Ergebnis bereit, ohne daß damit irgendein Junktim unanständiger Art verbunden sein soll, die Stimmenthaltungen zurückzunehmen. (*Beifall.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Das Wort hat Herr Krone.

*Dr. Krone:* Ich freue mich zunächst, daß diejenigen, die sich der Stimme enthalten haben, entschlossen sind, der Kandidatur Lübkes zuzustimmen, so daß wir also auf breiter Front hier den Kollegen Lübke vorschlagen können zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Insofern begrüßen wir die Erklärung des Kollegen Höcherl.

Zum zweiten möchte ich sagen: Wir haben uns immer bemüht, nach sachlichen Gesichtspunkten die Entscheidung für alle Stellen zu treffen, insbesondere für die höchsten Stellen. Ich möchte den Vorschlag machen – der von dem Kollegen Cillien kommt –, daß wir sagen: Wir haben heute nach sachlichen Gesichtspunkten die Entscheidung getroffen; und wir werden auch in Zukunft nach den gleichen sachlichen Erwägungen an solche Fragen herangehen und dann die Entscheidung treffen. Einen anderen Weg scheint es mir nicht zu geben. (*Beifall.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Herr Krone, das war wohl auch der Inhalt des Vorschlages von Herrn Höcherl? (*Dr. Krone:* Ja!)

*Höcherl:* Herr Bundeskanzler! Ich habe es nur pointierter zum Ausdruck gebracht, aber der Kern und der Sinngehalt ist derselbe. Zunächst drücken wir alle unsere Freude darüber aus, daß nun diese kleine Differenz, die da bestanden hat, die gar nicht sachlicher Natur war, weggeräumt ist.

<sup>103</sup> Aus der umfangreichen Niederschrift über die fünfständige Sitzung hat ADENAUER (wie Anm. 2), S. 551, nur einen Satz zitiert: »Das Gremium einigte sich auf Minister Lübke, nachdem auf Wunsch der CSU in das Protokoll über diese Sitzung ein Passus aufgenommen wurde, nach dem konfessionelle Gründe bei der Wahl Lübkes keine Rolle gespielt hätten und auch bei künftigen Besetzungen hoher Staatsstellen keine konfessionellen Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten.«



*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Herr Lübke ist benachrichtigt worden, und ich nehme an, daß er in Kürze hier im Hause sein wird, ohne daß er draußen die Wache der Journalisten zu passieren braucht. (*Heiterkeit.*) Man muß immer mehrere Ausgänge haben!<sup>104</sup> Es wäre noch die Frage, ob wir diese Feststellung, die die Herren Krone und Höcherl getroffen haben, irgendwie schriftlich niederlegen wollen. (*Zurufe:* Jawohl, ist wichtig!) Gut! Herr Schlarb, dann lesen Sie doch bitte die beiden Erklärungen noch einmal vor.

*Schlarb:* Herr Höcherl hat ausgeführt: [...] <sup>105</sup> Herr Dr. Krone führte aus: [...] <sup>106</sup> (*Höcherl:* Es wäre mir lieb, wenn wir an die Erklärung von Herrn Cillien in diesem Zusammenhang anknüpfen könnten, damit es keine Differenzierungen gibt! – *Zurufe:* Ist doch gesagt worden!)

*Cillien:* Ich könnte mir denken, daß wir der Presse sagen: Wir haben heute einstimmig so und so abgestimmt. Dabei hat die konfessionelle Frage absolut keine Rolle gespielt. Wir glauben, dabei auch ganz im Sinne der Öffentlichkeit und unseres Programms gehandelt zu haben. Wir werden in Zukunft genauso entscheiden.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Sind Sie dafür, daß wir das so der Presse geben? (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein!)

*Höcherl:* Ich möchte auf folgendes hinweisen. Nachdem diese Entscheidung gefallen ist, wird von der Presse die Frage nach der Konfession gestellt. Darauf sollten wir antworten – (*Erheblicher Widerspruch.*) Aber diese Frage wird kommen, meine Herren! (*Ministerpräsident Dr. Altmeier:* Wir sollten es überhaupt nicht erwähnen!) Danach wird aber gefragt werden, Herr Ministerpräsident Altmeier! Wir werden sagen: Wir haben diese Frage nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden, und wir wollen in Zukunft genauso verfahren. Diese spezifische Frage wird aber doch gestellt werden.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Nun muß ich ein Bedenken äußern. Wenn wir bei dieser Frage antworten: Wir haben bei dieser Frage allein aus sachlichen Gesichtspunkten entschieden, – (*Höcherl:* Nicht so!) dann schließt das doch in sich, daß wir das manchmal nicht tun! (*Zuruf:* Sehr richtig! – *Weiterer Zuruf:* Wie in der Vergangenheit, so in der Gegenwart und auch in der Zukunft, – *Bewegung und Unruhe.*)

Das Wort hat Herr Rasner.

*Rasner:* In der Pressekonferenz wird die Presse fragen, wie habt Ihr abgestimmt und wie war das Abstimmungsergebnis nach allen drei Kategorien, welche Motive haben dabei eine Rolle gespielt? Können Sie uns sagen, warum Herr Dr. Gerstenmaier nicht vorgeschlagen worden ist? – Wir werden antworten: Er hat erklärt, er tue es nicht. – Sie werden fragen: Warum nicht Herr Dr. Krone? – Antwort: Er hat gesagt, er tue es nicht. – Dann werden sie fragen: Sind andere Namen genannt worden oder haben konfessionelle Erwägungen eine Rolle gespielt. Wir werden sagen: sie haben keine Rolle gespielt, und sie werden auch in Zukunft bei der Besetzung der entscheidenden Staatsämter keine Rolle spielen. – Damit ist wohl die Pressefragerei auf diesem Gebiet abgetan.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Müssen Sie denn jede Frage eines Journalisten

<sup>104</sup> Gegen 14.45 Uhr betrat Lübke das Palais Schaumburg durch einen Nebeneingang.

<sup>105</sup> Es folgen wörtlich Höcherls Ausführungen (vgl. S. 275).

<sup>106</sup> Es folgen wörtlich die Äußerungen Krones (vgl. S. 275).

beantworten? (Rasner: Nein, Herr Bundeskanzler!) Das würde ich auch nicht tun. Aber wenn Sie danach gefragt werden, dann antworten Sie mit dieser Erklärung.

Herr Kollege Krone spricht eben telefonisch mit Herrn Schneider, Bremerhaven.

Ministerpräsident von Hassel: [...] <sup>107</sup>

Dr. Krone: Ich habe vorhin mit Herrn von Merkatz und eben mit Herrn Schneider gesprochen und beide Herren informiert. Ich habe ihnen gesagt, daß hier in aller Breite auch über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit den drei Herren von der DP gesprochen worden ist. Wir hätten uns aus großen Gesichtspunkten heraus für die Kandidatur des Kollegen Lübke entschieden. Man hat das durchaus ordentlich zur Kenntnis genommen. Herr Schneider sagte, aber Herr Lübke hat uns scharf angegriffen. Von dem anderen Herrn weiß ich, daß schon eine Umkehrung bei ihm eingetreten ist, ich nehme an, das wird auch langsam bei beiden der Fall sein. <sup>108</sup>

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Sollen wir noch einmal abstimmen? (Allgemeine lebhaftige Zustimmung.) Damit geben wir unserem Zusammensein einen guten Abschluß. Dann bitte ich diejenigen Mitglieder dieses Wahlmännergremiums, die dafür sind, daß der Bundesversammlung Herr Bundesminister Dr. Lübke als Kandidat für die Wahl zum Bundespräsidenten vorgeschlagen wird, eine Hand zu erheben. Ich stelle fest, daß das einstimmig ist.

Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren, für die Einmütigkeit, die hier bekundet worden ist und die durchaus im Interesse des Staates liegt, aber auch im Interesse unserer beiden Parteien, sowohl der CDU wie der CSU. Wir haben uns doch wieder zurecht gefunden auf unserem gemeinsamen Boden. (Lebhafter Beifall.)

Darf ich fragen, ob Herr Lübke nun da ist? (Staatssekretär Dr. Globke: Ja, ich werde ihn hereinbitten.)

Das Wort hat Herr Rasner.

Rasner: Die Presse scheint schon etwas zu wissen. Ich bin gerade angerufen worden. Ich habe gesagt, daß die Abstimmung einstimmig war. <sup>109</sup> Für die Pres-

107 Der stellvertretende CDU-Vorsitzende nutzte die Diskussionspause, um mit anderen Landesvorsitzenden der CDU einen Sitzungstermin zu vereinbaren. Anschließend erörterte Adenauer eine Terminfrage mit den anwesenden Ministerpräsidenten.

108 In der FR vom 16. Juni 1959 heißt es, von Merkatz und Schneider hätten eine Unterstützung Lübkes »nicht zugesagt«. Nach dem Bericht des »Spiegel« (wie Anm. 31) hat Schneider die telefonische Mitteilung Krones zur Kenntnis genommen und erklärt, sich alle Schritte vorbehalten zu müssen; von Hassel habe jedoch dem Gremium das Telefonat als »fruchtbares Gespräch mit den Koalitionsfreunden« über die Kandidatur Lübkes dargestellt. Lübke ging offensichtlich in einer Kabinettsitzung am 18. Juni 1959 von einer Unterstützung durch die DP aus. Nach einer stichwortartigen Mitschrift von Merkatz: ACDP, I-148-041/2. Am gleichen Tage verhandelte Schneider mit Krone über die Bedingungen, unter denen die DP in der Bundesversammlung gleichwohl für Lübke stimmen könne (Änderung des Wahlgesetzes vor der Bundestagswahl von 1961). »Stuttgarter Zeitung« 19. Juni 1959.

109 Im »Spiegel (wie Anm. 31) heißt es, bei der ersten Abstimmung habe es »im bayrischen Lager« neun bis zehn Enthaltungen gegeben. Um diesen »fatalen Eindruck zu verwischen und Eintracht zu demonstrieren«, sei beschlossen worden, noch einmal zu wählen und den ersten Wahlgang der Öffentlichkeit zu verschweigen. Beim zweiten Wahlgang (»einstimmig«) habe die CSU erst zugestimmt, nachdem die »widerborstigen Bayern« unter dem »betretenen Schweigen« ihrer Kollegen zu Protokoll gegeben hätten, daß auch in Zukunft die Konfessionsfrage keine Rolle spielen dürfe. Adenauer habe am folgenden Tage in einer Kabinettsitzung (s. die vorige Anm.) von einer »Probeabstimmung« gesprochen.

sekonferenz würden die Dinge wirklich erleichtert, wenn Sie auch die Gegenprobe durchführten.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Wenn Sie als unser Sprecher sagen: »Er ist einstimmig gewählt worden«, ist es doch klar. Wenn gefragt wird, ist eine Gegenprobe gewesen, würde ich sagen: Nein. (*Bundesminister Lemmer:* Es ist überhaupt kein Widerspruch gewesen. – *Zuruf:* Hier sitzen doch Männer, aber keine Memmen. – *Weitere Zurufe:* Sehr richtig! – *Unruhe.* – *Weiterer Zuruf:* Herr Bundeskanzler! Man kann auch anders abstimmen und sagen, wer dafür ist, möge ohne Zeichen bleiben. – *Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Schluß jetzt!) Ich muß das nun wirklich ablehnen!

(*Bundesminister Dr. Lübke erscheint; er wird mit starkem Beifall begrüßt.*)

Lieber Herr Lübke! Das hier versammelte Wahlgremium der CDU/CSU hat nach einer sehr sachlichen und sehr ruhigen Aussprache einmütig beschlossen, Sie der Bundesversammlung als Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten vorzuschlagen.

Ich darf Sie bitten, obgleich ich Ihr Ausscheiden aus dem Kabinett – das muß ich Ihnen jetzt doch sagen – mit einem sehr nassen Auge sehe, daß Sie diesem einmütigen Beschluß nachkommen und sich bereiterklären, diese Wahl anzunehmen. Ich glaube, daß gerade Ihre Person, Herr Lübke, besonders dazu geeignet ist, nach all den Irrungen und Wirrungen, die wir zum Teil nicht verschuldet haben, dem Amte des Staatsoberhauptes die Würde und Festigkeit zu geben, die unser junger Staat absolut notwendig hat. (*Dr. Krone:* »Einstimmig«, Herr Bundeskanzler, Sie haben »einmütig« gesagt.) – Nun glaubte ich, etwas nett gesprochen zu haben, und da werde ich nun korrigiert, ich hätte »einmütig« gesagt. (*Dr. Krone:* Es war einstimmig! Sie hatten »einmütig« gesagt!) – Ich sage ja gerade, ich habe »einmütig« gesagt. Das ist meines Erachtens auch einmütig. Es stimmt manchmal einer wider Willen, aber wenn es einmütig ist, dann ist eine gemeinsame Einstimmigkeit vorhanden. Aber wenn Sie das wollen, wollen wir korrekt sein und sagen: daß wir Sie einstimmig und einmütig zum Kandidaten gewählt haben. Ich bitte Sie, diese Kandidatur anzunehmen.

*Bundesminister Dr. Lübke:* Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Ihre Beratung heute hat mich vor ein schweres politisches und persönliches Problem gestellt. Wenn mich früher Freunde darauf ansprachen, dann habe ich immer wieder geantwortet: Ich bin ganz sicher, daß ich für die Übernahme eines so hohen Amtes nicht zugeschnitten bin. Ich bin in der Lage, aktiv für eine bestimmte Sache zu arbeiten und mich einzusetzen, aber ein so hohes Amt zu repräsentieren – ich meine jetzt nicht nur repräsentieren – wie dieses, nämlich das höchste Amt in Deutschland, – da hätte ich lieber gesehen, Sie hätten einen Würdigeren gefunden als mich.

Ich habe dann aber den anderen gegenüber den Standpunkt vertreten, wenn jemand in voller Übereinstimmung, einstimmig und einmütig, von dem Wahlmännergremium vorgeschlagen wird, dann ist er in dieser Situation des Amtes wegen verpflichtet, es anzunehmen. Ich bin nun in dieser Lage und stelle mich genau in dieselbe Situation, in der ich den anderen gegenüber verlangt habe, Sie hätten Ja zu sagen, und ich sage deshalb auch Ja. (*Sehr starker Beifall.*)

Ich setze dabei voraus, meine lieben Freunde, daß Sie mir alle dabei helfen, aber nicht bloß, damit sich nun alles gut abwickelt, bis die Wahl vorbei ist, sondern auch weiterhin. Diese Bitte richte ich besonders an den Herrn Bundeskanzler. Als vor nunmehr fast sechs Jahren im Oktober der Herr Bundeskanzler mit mir über die Übernahme des Amtes als Minister für Ernährung und Landwirtschaft sprach, da habe ich ihm in etwa damit abratend wollen, daß ich ihm sagte: Das wird für Sie eine

teure Sache werden. – Daraufhin hat er mir erklärt: ich werde Sie unterstützen. – Er hat dieses Wort bis heute redlich gehalten. Dafür danke ich Ihnen auch heute noch, Herr Bundeskanzler! Ich habe die Hoffnung, daß die Bitte, die ich an Sie alle, besonders an Sie, Herr Bundeskanzler, richte, erfüllt werden wird. In diesem Sinne des absoluten Einiggehens will ich diesen schweren Schritt tun. (*Lebhafter Beifall.*)

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Ich danke Ihnen sehr für die Worte, die Sie eben gesprochen haben. Ich kann Ihnen in unser aller Namen, gleichgültig wo wir stehen, das eine versprechen, daß wir treu mit Ihnen zusammenarbeiten werden zu unserem allgemeinen Besten und zum Besten des deutschen Volkes. (*Starker Beifall.*)

Das Wort hat Herr Bausch.

*Bausch:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch ein großes Anliegen auf dem Herzen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich diesem Anliegen hier Ausdruck geben dürfte. Wir haben zum Eingang unserer Beratung sehr kurz über die Vergangenheit gesprochen. Ich war sehr unglücklich darüber, daß diese Aussprache über die Vergangenheit nicht etwas gründlicher erfolgen konnte.

Wir haben jetzt einen Schritt in die Zukunft gemacht, den ich sehr begrüße. Aber ich glaube nicht, daß man mit der Zukunft fertig werden kann, wenn man nicht die Vergangenheit bereinigt hat. Ich glaube nicht, daß die Bereinigung der Vergangenheit so erfolgt ist, daß wir völlig freie Bahn in die Zukunft haben. Die Vorgänge der Vergangenheit haben unserer Partei schwere Wunden geschlagen. Darüber dürfen wir uns in keinem Augenblick täuschen. Die Dinge sind noch längst nicht genügend abgeklärt. Darum habe ich zwei Bitten: Erstens möchte ich den Herrn Bundeskanzler herzlich bitten, sich doch dazu zu entschließen, vor das Volk zu treten und an das Mikrophon zu gehen, um unserem Volk eine Aufklärung und eine Begründung für seine letzte Entscheidung zu geben. Sie haben, Herr Bundeskanzler, bei der ersten Entscheidung diese Erklärung vor dem Volk am Rundfunk abgegeben.<sup>110</sup> Es wäre sehr gut, wenn Sie das auch jetzt täten. Ich möchte herzlich bitten, das zu überlegen.

Ein zweites! Ich habe ganz entschieden den Eindruck, daß viele Dinge innerhalb unserer Partei noch nicht so abgeklärt sind, wie sie eben abgeklärt werden müssen, damit wir den Weg in die Zukunft finden können. Ich habe ganz entschieden den Eindruck, daß es in unserer Partei im Laufe der letzten Jahre zu einer Verschiebung in der Rangordnung der Werte gekommen ist, und diese Verschiebung in der Rangordnung der Werte, die muß irgendwie wieder zurechtgerückt werden. Und dabei mitzuwirken, dazu sind wir alle berufen.

Als ich hierher kam, habe ich zu einigen Freunden gesagt: Ich habe den Eindruck, daß wir in der Vergangenheit oft geschwiegen haben, wo wir hätten reden müssen. Und ich meine, wir müssen nun wirklich eifrig und mit Hingabe darangehen, die ungeklärten Dinge in unserer Partei abzuklären. Das kann nicht jetzt hier geschehen, aber es muß in einem kleineren Kreis innerhalb unserer Partei geschehen. Nur dann werden wir mit den Dingen fertig werden.

Ich möchte Sie alle sehr herzlich darum bitten, den Ernst der Lage zu sehen und mitzuhelfen, damit diese Bereinigung der Vergangenheit wirklich gründlich und so erfolgen kann, daß wir mit unserer Partei, die sich nun einmal christlich nennt – und an diesem Bekenntnis wollen wir festhalten –, vor dem Herrn beider Kirchen wirklich in Ehren bestehen können.

---

<sup>110</sup> Am 8. April 1959. Vgl. *Archiv der Gegenwart*, Bonn 1959, S. 7644 f.

*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Meine verehrten Damen und Herren! Herr Bausch hat uns zwei Gedanken vorgetragen. Lassen Sie mich zunächst den letzten nehmen: die Verschiebung der Rangordnung der Werte, – so haben Sie gesagt. Ich stimme Ihnen darin zu, daß wir die Hierarchie – lassen Sie mich es einmal so ausdrücken – wiederherstellen müssen, wie sie von Anfang an gewesen ist, die im Laufe der Jahre zwar nicht verlassen, aber vielleicht doch etwas verwischt worden ist. Ich bin der tiefen Überzeugung, daß unsere Partei nur dann die ungeheuer große Verantwortung, die sie hat – darüber möchte ich gleich noch ein Wort sagen –, wirklich tragen kann, wenn die Hierarchie der Werte wiederhergestellt ist, so wie sie früher auch war, und klar und deutlich herausgestellt wird. Diese Verantwortung, die wir als deutsche christliche Partei haben, teilen wir mit den Italienern, mit den Franzosen und mit den Europäern überhaupt. Aber wir sind die Stärksten, und wir sind die Regierungspartei in der Bundesrepublik, die ein starkes Land im Laufe der Zeit geworden ist. Daher haben wir eine sehr große Verantwortung, gerade durch die Wiederherstellung der Hierarchie der Werte dieses Europa zu retten und in diesem Europa uns und den uns verwandten Parteien die Führung zu geben, die uns allein befähigt, gegenüber der atheistischen Diktatur des Ostens zu bestehen und unser Land, Europa und die Welt zu retten. Darin stimme ich völlig mit Ihnen überein. Ich sagte heute morgen schon, als wir auf dem Rasen dort waren, daß mich dieser Gedanke seit langer Zeit sehr bewegt.

Mit dem anderen Gedanken, über den Rundfunk zur Bevölkerung über das zu sprechen, was sich in den vergangenen sechs Wochen ereignet hat, kann ich mich einstweilen noch nicht befreunden. Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß die Zeit auch hier sehr vieles abklären wird, aber daß man neue Gefahr läuft, wenn man jetzt spricht, wieder Gedanken wach- und auf den Plan zu rufen, die ja diese einstimmige und einmütige Wahl heute weithin verscheucht und vertrieben hat.

Aber ich will Ihnen etwas anderes sagen: Wir wollen uns hier nichts weismachen gegenseitig. Sie meinen Differenzen zwischen Herrn Erhard und mir. Ich habe Herrn Erhard Ende der vergangenen Woche gesagt: Sobald etwas Ruhe eingetreten ist, möchte ich mit Ihnen eine persönliche Aussprache haben über alles das, was sich ereignet hat. Er hat mir zugestimmt. Diese persönliche Aussprache ist auch notwendig. Darin haben Sie vollkommen recht. Diese persönliche Aussprache wird von mir, sobald das irgendwie möglich ist, herbeigeführt werden. Wenn ich sage, sobald das irgendwie möglich ist, will ich damit nicht irgendwie das, was ich vorher gesagt habe – daß sie herbeigeführt werden muß –, etwa vernebeln, sondern man muß mir glauben, daß ich den ersten psychologisch geeigneten Zeitpunkt dazu benutze. Ich bin psychologisch sehr leicht ansprechbar. Es sind nicht alle so leicht psychologisch ansprechbar. Sobald ich also sehe, daß psychologisch eine Ansprechbarkeit da ist, werde ich diese Aussprache herbeiführen.<sup>111</sup>

Damit darf ich nochmals mit herzlichem Dank unser Zusammensein schließen. Ich möchte Herrn Lübke nochmals von Herzen danken. Ich weiß, welch schweres Amt er nun übernehmen soll. – Die Sitzung ist geschlossen.

<sup>111</sup> Anstelle einer klärenden Aussprache kam es in den folgenden Tagen zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Erhard. Vgl. D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 348 f.

## Fazit

Bilanziert man Verlauf und Ergebnis der nahezu fünfstündigen Beratungen, so bleibt festzuhalten:

1. Der »Kurverein« entschied sich für Lübke erst, nachdem Gerstenmaier, der allgemein als »erste Wahl« galt, und Krone definitiv auf eine Nominierung verzichtet hatten. Die Entscheidung zugunsten von Lübke ist keineswegs mehr oder weniger »nebenbei« gefallen, sondern nach langen Debatten.

2. Evangelische CDU-Politiker aus Norddeutschland hatten die Nominierung Lübkes schon seit Februar 1959 favorisiert. Angesichts der strukturell ungelösten Konfessionsproblematik der Union erschien es ihnen opportun, durch die Wahl eines Katholiken zum Bundespräsidenten die Chancen für die Wahl eines evangelischen Kandidaten zum nächsten Bundeskanzler zu verbessern.

3. Aus dem gleichen Motiv nominierten am 15. Juni 1959 CSU-Vertreter überraschend Bundesfinanzminister Etzel. Für ihren Verzicht auf diesen Vorschlag erreichten sie eine Vereinbarung, nach der künftig bei der Besetzung der höchsten Staatsämter die Konfession keine Rolle (mehr) spielen sollte.

4. Offensichtlich hat sich Adenauer nach seiner Kehrtwendung vom 4./5. Juni 1959 für eine Nominierung Lübkes entschieden und daraufhin im Alleingang den Minister in die Pflicht genommen. Gleichwohl war der Bundeskanzler nicht derart auf Lübke festgelegt, daß die Nominierung eines anderen Unionspolitikers eine persönliche Niederlage bedeutet hätte. Im Verlauf der Beratungen trat Adenauer – allerdings durch die Sitzungsleitung neutralisiert – für seinen Kandidaten erst ein, nachdem der Verzicht Gerstenmaiers feststand.

5. Erstaunlich bleibt der Streit- und Zeitaufwand zur Klärung der Frage, ob, wann, und wie die Spitzenpolitiker der Deutschen Partei über die Wahl Lübkes informiert werden sollten. Dieser Schmusekurs erklärt sich aus der Befürchtung, bei einer Verstimmung der DP in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 nicht aus deren Reihen diejenigen Stimmen zu erhalten, die den Unionsparteien zur absoluten Mehrheit fehlten.<sup>112</sup>

6. Ein Urteil über die Qualifikation Lübkes darf nicht aus der Retrospektive seiner beiden letzten, von Altersbeschwerden geprägten Jahre als Bundespräsident (1967-1969) gefällt werden. Im Sommer 1959 war der seit 1953 amtierende Landwirtschaftsminister neben Ludwig Erhard der erfolgreichste Ressortchef der Bundesregierung.

<sup>112</sup> Die Bundesversammlung, die Bundestagspräsident Gerstenmaier am 19. Juni 1959 zum 1. Juli 1959 nach Berlin einberief, zählte Delegierte folgender Parteien: CDU und CSU 517, SPD 386, FDP 82, DP 24, BP 6, GB-BHE 20 und Demokratische Partei Saar 3, zusammen 1038. Lübke wurde im zweiten Wahlgang mit 526 Stimmen gewählt.

## Parteiarchive in Europa II

### Eine Bestandsaufnahme

Von Günter Buchstab

Parteien und Parlamente sind unverzichtbare Institutionen der Demokratie. Vieles, was im exekutiven und legislativen Raum von Politikern und Parlamentariern erörtert wird, hat seinen Ursprung in der Initiative und Aktivität von Parteien. Im vorangegangenen Band wurde erläutert, was dies für die historische Forschung und das Archivwesen bedeutet. Die nachfolgende Bestandsaufnahme, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, soll einen Überblick über den Entwicklungsstand des Parteiarchivwesens in Deutschland und Europa geben.<sup>1</sup>

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In der Bundesrepublik arbeiten die Archive der politischen Stiftungen als staatlich unterstützte parteinahe Zentralarchive schon seit langer Zeit mit großem Erfolg. Ihre

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag basiert auf einer Umfrage, die Dr. Reinhard Schreiner, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 1990 durchgeführt hat, sowie auf der Auswertung von Archivzeitschriften und -inventaren. Die Ergebnisse wurden erstmals in den *Mitteilungen des Vereins Deutscher Archivare, Fachgruppe 6*, Heft 17 (1991), S. 19-33, veröffentlicht; danach in: *Janus. Revue Archivistique / Archival Review* 2/1993, S. 25-43. Die vorliegende Fassung ist erweitert um die Ergebnisse einer Tagung der von mir geleiteten Sektion der Parlaments- und Parteiarchive im Internationalen Archivrat über »Die Situation der Parteiarchive in Europa« vom 18.-20. November 1994 in Prag, auf die nachfolgend verwiesen wird (Tagung Prag 1994). Zu dieser Tagung auch mein Bericht *Tagung der Sektion der Parlaments- und Parteiarchive im Internationalen Archivrat in Prag. Die Situation der Parteiarchive in Europa*, in: *Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen*, 48. Jg. (1995), Sp. 141-144.

Für die westeuropäischen Länder kann ganz allgemein beobachtet werden, daß die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien am meisten Bereitschaft zeigen, ihre Materialien späterer Forschung zur Verfügung zu stellen. Am geringsten ist diese Bereitschaft bei kommunistischen Parteien ausgeprägt. Bei den christlich-demokratischen, konservativen und liberalen Parteien ist die Lage recht unterschiedlich.

In den Ländern Mittel- und Ost-/Südosteuropas sind die Archive der ehemaligen kommunistischen Parteien, die entweder an die Nachfolgeparteien übergegangen oder von den staatlichen Archiven übernommen worden sind, am besten ausgestattet (Materialien, Räume, Fachpersonal). Dagegen haben die seit 1989 neu- oder wiedergegründeten demokratischen Parteien beim Aufbau ihrer Archive mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein großes Problem besteht für die wiedergegründeten demokratischen Parteien, die auf eine längere Tradition zurückblicken können, auch darin, die vor 1989 verlorengegangenen oder vom Staat beschlagnahmten Unterlagen so weit wie möglich zurückzugewinnen.

Berechtigung zur Archivierung von Politikernachlässen ist hin und wieder vor allem im Hinblick auf Abgrenzungsprobleme zu den staatlichen Archiven in Zweifel gezogen worden.<sup>2</sup> Zugunsten der Archive der politischen Stiftungen spricht aber, daß das Grundgesetz in Art. 21 den Parteien einen Anteil bei der politischen Willensbildung zuweist. Die besondere staatliche Unterstützung der deutschen Parteiarchive auch in finanzieller Hinsicht durch den Bundeshaushalt enthebt diese zwar der Geld- und Personalsorgen. Dagegen haben sie oft Schwierigkeiten mit den Geschäftsführern und Sekretariaten ihrer Partei, die angesichts ihrer politischen Ausrichtung den nicht mehr benötigten Altakten wenig Bedeutung zumessen und dieses historische Material oft aus Unkenntnis seiner Bedeutung oder sogar absichtlich vernichten.<sup>3</sup>

Zu den einzelnen Archiven, in denen allgemeine Parteiunterlagen, Nachlässe führender Persönlichkeiten, Presseartikel, Foto- und Filmmaterial gesammelt werden:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) gründete bereits 1883 ein zentrales Parteiarchiv in Zürich, das 1891 nach Berlin verlegt, 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt, teilweise ins Ausland gerettet und 1938 an das Institut für Sozialgeschichte nach Amsterdam verkauft wurde. Der SPD-Parteivorstand gründete 1950 mit Sitz in Bonn ein neues Archiv, das seit 1969 als Archiv der Sozialen Demokratie einen Teil des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung bildet.<sup>4</sup>

Der Bundesparteivorstand der Freien Demokratischen Partei (FDP) gründete 1949 ein Archiv, das 1976 als Archiv des Deutschen Liberalismus an die Friedrich-Naumann-Stiftung mit Sitz in Gummersbach übergeben wurde.<sup>5</sup>

In der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung wurde 1974 das Archiv für Christlich-Soziale Politik mit Sitz in München gegründet.<sup>6</sup>

1976 gründete die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung das Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit Sitz in Sankt Augustin bei Bonn (hier auch die Archivalien europäischer Zusammenschlüsse wie NEI, EUCD, CD-Fraktion des Europäischen Parlaments sowie der Christlich-Demokratischen Internationale).<sup>7</sup>

Für Bündnis 90/Die Grünen ist mittlerweile das Archiv des Stiftungsverbandes »Regenbogen« hinzugekommen.<sup>8</sup>

2 Günter BUCHSTAB, *Archive politischer Verbände und Parteien*, in: *Der Archivar* (wie Anm. 1), 37. Jg. (1984), Sp. 431-436; DERS., *Archivierung von Materialien der Parteien und deren Mitglieder*, in: *Mitteilungen* (wie Anm. 1) 11 (1985), S. 15-24; DERS., *Die Bedeutung von Nachlässen für die Archive der politischen Stiftungen*, in: *Mitteilungen* (wie Anm. 1) 13 (1987), S. 51-55; DERS., *Probleme der Überlieferungsbildung von Parteien und Parlamenten in den Jahren der Diktatur und des demokratischen Neubeginns*, in: *Der Archivar* (wie Anm. 1), 41. Jg. (1988), Sp. 66-71.

3 Günter BUCHSTAB, *Die Bedeutung von Nachlässen* (wie Anm. 2), S. 53.

4 Broschüre *Archiv der Sozialen Demokratie*, Bonn 1984.

5 Monika FASSBENDER-ILGE, *Das Archiv des Deutschen Liberalismus*, in: *Mitteilungen* (wie Anm. 1) 10 (1984), S. 41 f.

6 Wolfgang GRAMMEL, *Das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)*, in: *Mitteilungen* (wie Anm. 1) 15 (1989), S. 39-41.

7 Günter BUCHSTAB, *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht*, 3. Auflage Melle 1992; DERS., *Der Einsatz der EDV im Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, in: *Der Archivar* (wie Anm. 1) 35. Jg. (1982), Sp. 44-46.

8 Fritz Konrad HEERING, Robert CAMP: *«... richten Sie Archive ein!», in: Mitteilungen* (wie Anm. 1) 15 (1989), S. 43-60.



Im Bundesarchiv wurde mit dem 1.1.1993 die »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« als unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet, die sich in die Abteilungen Archiv und Bibliothek gliedert. Der bekannteste Bestand ist der des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (ZK der SED). Von den übrigen Blockparteien werden bislang nur die Akten der National-Demokratischen Partei Deutschlands im Original archiviert. Der Bestand der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands wird bis spätestens 1997 vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung übergeben werden.

## BELGIEN

In Belgien existiert zwar eine Reihe stiftungsähnlicher Organisationen mit Archivalien politischer Parteien. Der Zugang für den Historiker scheint aber in den meisten Fällen problematisch zu sein.<sup>9</sup> Bei diesen Parteiarchiven handelt es sich generell um private Einrichtungen. Darüber hinaus werden aber auch viele Materialien einzelner Politiker und Parteien in den staatlichen Archiven (Nationalarchiv und Staatsarchive in den Provinzen) aufbewahrt.<sup>10</sup>

Das Centre d'Etudes des Sociaux-Chrétiens (CEPESS) in Brüssel wurde auf Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des Parti Social Chrétien (PSC) und der Christelijke Volkspartij (CVP), Robert Houben, gegründet. Es archiviert Materialien verschiedener christlich-sozialer Politiker<sup>11</sup> und des PSC<sup>12</sup>.

Im März 1977 gründeten Historiker, Soziologen, Theologen und Pädagogen der Universität Leuven das Katholiek Documentatie- en Onderzoekscentrum (KADOC), französische Bezeichnung: Centre Catholique de Documentation et de Recherche de Louvain). Das KADOC bemüht sich darum, Quellen aller Art, die das katholische Leben in Flandern seit 1794 betreffen, zusammenzutragen, um sie der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen sowie Ausstellungen und audio-visuelle Produktionen zu unterstützen. Die Archivalien<sup>13</sup> lassen sich in vier Gruppen unterteilen:

a) Schriftgut politischer (CVP, PSC) und gesellschaftlicher katholischer Organisationen (Mouvement ouvrier, Mouvement agricole, Caritas et assistance sociale,

<sup>9</sup> Paul van DE MEERSCHIE, Emiel LAMBERTS, Marc van DEN WUNGAERT, *Les sources non-publiées relatives à l'histoire de l'intégration européenne en Belgique (1945-1955)*, in: Walter LIPGENS (Hg.), *Sources for the History of European Integration (1945-1955)*, Florenz 1980, S. 6-13.

<sup>10</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Véronique Laureys, Archiv des Belgischen Senats in Brüssel und Vorstandsmitglied der Sektion der Parlaments- und Parteiarchive im Internationalen Archivrat.

<sup>11</sup> LIPGENS (wie Anm. 9), S. 9.

<sup>12</sup> Auskunft des PSC-Generalsekretärs Pierre Scharff vom 3.9.1990. – Die Ergebnisse der Umfrage des ACDP und des Buches von Lippens werden im folgenden zusammengefaßt, ohne daß jeweils Anmerkungen gemacht werden.

<sup>13</sup> Ausführliche Bestandsbeschreibung bei Godfried KWANTEN, *L'Europe dans les collections du KADOC*, in: *Lettre d'Information des Historiens de l'Europe Contemporaine*, Bd. 5 (1990), S. 163-168.

Mouvement des Classes Moyennes, Mouvement Patronal, Organisations de la Jeunesse);

b) Nachlässe führender Vertreter dieser Organisationen (Alfred Bertrand, August Cool, Gaston Craen, Robert De Man, Andries Dequae, August-Edmond De Schryver, Hendrik Heyman, Louis Kiebooms, André Lagae, Theo Lefèvre, Alfons Margot, Josse Hertens de Wilmars, Jean Charles Snoy et d'Oppuers, Jaak Van Buggenhout; mit Sammlungen von Interviews);

c) Bücher und Zeitschriften;

d) audio-visuelles Material.

Die Materialien der Christelijke Volkspartij und des Parti Social Chrétien gliedern sich bis zum Ende der sechziger Jahre in die der einheitlichen CVP/PSC und dann bis 1982 in die der flämischen CVP. Die Altakten des PSC bis 1982 befinden sich, wie schon oben gesagt, im CEPESS; die neueren Akten beider Parteien werden in den Parteisitzen in Brüssel aufbewahrt.

Das Liberaal Archief in Gent sammelt in Verbindung mit der liberalen Partij voor Vrijheid en Vooruitgang die Quellen und Veröffentlichungen aller politischen, sozialen und kulturellen Organisationen und Personen von der Gründung der Belgischen Liberalen Partei (1846) an sowie Foto- und Filmmaterial. Geplant ist die Veröffentlichung von Inventaren, um die Materialien für Publikationen über die Geschichte des belgischen Liberalismus nutzbar zu machen. Das Liberaal Archief unterhält auch eine Bibliothek über den Liberalismus in Belgien.<sup>14</sup>

Im 1946 gegründeten Institut Emile Van der Velde in Brüssel liegen die Akten der sozialistischen Parteien wie die der Belgischen Sozialistischen Partei (PSB bzw. BSP), unter anderem auch die des Mouvement Socialiste pour les Etats Unis d'Europe. Bemerkenswert ist die Sammlung zahlreicher Nachlässe belgischer sozialistischer Politiker.

Das Archief en Museum van de Socialistische Arbeiderbeweging (AMSAB) archiviert Quellen zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei (u.a. Nachlässe, Wahlkampfmaterialien). Das Museum stellt Wahlplakate, Wahlwerbmittel, Fotos und Filme aus; die Bibliothek enthält zahlreiche Publikationen und Periodika.

Das Archiv des Parti Communiste Belge (PCB) ist im Nationalsitz der Partei in Brüssel untergebracht und für Benutzer offenbar nicht zugänglich (Lipgens 1980).

## BULGARIEN

Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), 1991 Nachfolgerin der Kommunistischen Partei (BCP), archiviert ihre Archivalien im Zentrum für historische und politische Studien in Sofia. Das BCP-Archiv wurde im Jahr 1946 errichtet und sammelt die Unterlagen der Partei seit ihrer Gründung 1891 (insbesondere des Politbüros, des Sekretariats und der Kongresse). Archiviert werden auch Bestände anderer Parteien

<sup>14</sup> Dr. M. Bots, Liberaal Archief, an Dr. Monika Faßbender, Archiv des Deutschen Liberalismus (AdL), vom 12.4.1990. – Frau Dr. Faßbender hat dem ACDP freundlicherweise eine Kopie dieses Briefes zur Verfügung gestellt und ebenso eine Liste mit Ergebnissen einer Umfrage ihres Instituts an europäische liberale Parteien nach parteieigenen Archiven, die mitausgewertet wurde. Auf die Umfrage des AdL hatten von 22 angeschriebenen Parteien lediglich 6 geantwortet.

und Organisationen (u.a. Arbeiterpartei, Sozialdemokratische Partei, Jugendorganisationen, Gewerkschaftsbewegungen, Antifaschistische Widerstandsbewegung) und über 100 Nachlässe führender Politiker.<sup>15</sup>

Das Archiv des 1899 gegründeten Bulgarischen Nationalen Bauernverbands (BZNS) in Sofia sammelt die Parteiakten insbesondere ab 1952. Die Unterlagen aus der Zeit davor befinden sich im bulgarischen Staatsarchiv oder in privater Hand. Das BZNS-Archiv ist jedermann zugänglich; die Akten (sämtliche Parteigremien von der Orts- bis zur Staatsebene, Kongresse und Veranstaltungen) sind bearbeitet und erfaßt. Zum Archiv gehören eine »Altbibliothek« der Parteipublikationen, eine Memoirensammlung wichtiger Parteiführer sowie eine große Anzahl von Fotos und Filmen.<sup>16</sup>

Die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) sammelt die Akten seit der Restituierung der Partei im Dezember 1989 in der Parteizentrale in Sofia. Die Akten der alten Partei gelangten nach ihrer Auflösung 1948 zum Teil in das Archiv der Kommunistischen Partei oder in das Bulgarische Staatsarchiv.<sup>17</sup>

#### DÄNEMARK

Wichtige Quellen der dänischen Parteien befinden sich, abgesehen von den Archiven und Dokumentationen bei den Parteizentralen in Kopenhagen, im Reichsarchiv, darunter sämtliche Protokolle der Parlamentsfraktionen, die nur mit besonderer Genehmigung der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden eingesehen werden dürfen. Die Abgabe ihrer Quellen in Staatsarchive stellt eine auch in westeuropäischen Ländern verbreitete Praxis der Parteien dar, die sich nicht um den Aufbau eigener Archive bemühen wollen.

Die frühen Dokumente der Liberalen Partei (Venstre) nach 1945 sind verlorengegangen. Die Partei besitzt kein eigenes Archiv; Akten werden weder aufbewahrt noch abgegeben.

Die Sozial-Liberale Partei (Det Radikale Venstre) bewahrt ihre Akten für 10 Jahre auf und gibt sie dann ins Reichsarchiv ab.

Die Konservative Partei (Det Konservative Folkeparti) unterhält ein Archiv, das aber auch »aus historischen Gründen« eine Reihe wichtiger Protokolle dem Reichsarchiv übergeben hat.<sup>18</sup>

Das umfangreiche Material der Sozialdemokratischen Partei (Socialdemokratiet) liegt im Archiv der Arbeiterbewegung in Kopenhagen.

Die Kommunistische Partei (Danmarks Kommunistiske Parti) hält sämtliche Unterlagen unter Verschuß.

15 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Rima Canaciewa, Zentrum für historische und politische Studien der Bulgarischen Sozialistischen Partei, Leiterin des Archivs.

16 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Roumen Iontchev, Mitarbeiter des Archivs des Bulgarischen Nationalen Bauernverbands in Sofia.

17 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Assya Davidova, Leiterin des Archivs der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei in Sofia.

18 Mitteilung von Staatssekretär John Wagner vom 11.12.1990.

## FINNLAND

Die konservative Kansallinen Kokoomus (KOK) erteilt keine Auskunft. Die Svenska Folkepartiet i Finland (SFP) archiviert seit 1906 ihre Materialien, die bis 1962 frei zu benutzen sind. Das 1909 gegründete Forschungsinstitut Työväen Arkisto (Archiv und Bibliothek der finnischen Arbeiterbewegung) sammelt Materialien der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (Suomen Sosialidemokraattinen Puole, SSDP), Nachlässe ihrer führenden Vertreter und der Gewerkschaften. Ferner befinden sich hier Unterlagen der Sozialistischen Partei Finnlands von 1920 bis 1923, darunter zahlreiche Fotografien und Wahlkampfmaterialien.

## FRANKREICH

Die französischen Parteien widmen ihren Archiven nur sehr unzureichend Aufmerksamkeit, wie eine jüngere Untersuchung zeigt.<sup>19</sup> Die Materialien finden sich verstreut in staatlichen Archiven, Forschungseinrichtungen und bei den Parteien selbst. Oft werden Altakten vernichtet. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die Sozialistische Partei (PS). Von ihrem historischen Bewußtsein zeugt eine auf dem Parteitag in Lille im April 1987 verabschiedete Resolution. Das Centre des Démocrates Sociaux (CDS) plant aber auf lange Sicht, Altakten fortlaufend dem Nationalarchiv zu übergeben.

*Materialien in staatlichen Archiven:* Das Nationalarchiv archiviert die Akten des Mouvement Républicain Populaire (MRP), des Centre Démocratie et Progrès (CDP) und des Centre des Démocrates Sociaux (CDS) bis 1988. Die Akten der Union démocratique et sociale de la Résistance (UDSR) sind im Rahmen einer Übereinkunft mit der Fondation Nationale des Sciences Politiques zusammengestellt worden (Sektion »Privatarchive« im Nationalarchiv).

In den Archiven der Départements finden sich vereinzelt einige Teilbestände, so z.B. Materialien der Ortsverbände des Parti Socialiste (PS) 1920-1980 (Doubs und Morbihan) oder des Parti Socialiste Unifié (PSU) (Côtes-du-Nord).

*Materialien in Forschungseinrichtungen:* Das seit 1969 bestehende Office universitaire de recherche socialiste (OURS) archiviert die Akten der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO) von 1944 bis 1969 und Nachlässe führender Vertreter der Bewegung. Die 1955 gegründete Bibliothèque marxiste de Paris sammelt zwar nicht den Schriftverkehr, aber die offiziellen Dokumente des Parti Communiste Français (PCF).

Das Institut Charles-de-Gaulle archiviert die Akten des Rassemblement du Peuple français (RPF).<sup>20</sup>

*Materialien bei den Parteien:* Die Unterlagen des CDS ab 1988. Parti Républicain (PR): Es existiert ein Archiv, über das die Partei keine näheren Angaben macht.

<sup>19</sup> Perrine CANAVAGGIO, *Une enquête de l'Association des archivistes français*, in: *Les archives des partis politiques. Actes de la journée d'études de l'Association des archivistes français*, Paris, 29 janvier 1988, Sondernummer von *La Gazette des Archives*, Nr. 148, Juli 1990, S. 11-22. ~ Auf eine Umfrage der Association des archivistes français haben von 10 angeschriebenen Parteien fünf geantwortet.

<sup>20</sup> Pierre LEFRANC, *Les archives du Rassemblement du peuple français à l'Institut Charles de Gaulle*, in: *Les archives* (wie Anm. 18), S. 24-29.

Rassemblement pour la République (RPR): Wichtige Archivbestände wurden 1990 infolge eines Wasserrohrbruchs vernichtet. Gesammelt werden Schriftgut, Plakate, Fotos, Filme, Tonbänder und Publikationen.<sup>21</sup> PS: Eine Dokumentationsstelle sammelt die Parteiunterlagen, ebenso besitzen die einzelnen Sekretariate eigene Archive. Im Nationalesekretariat der Sozialistischen Partei liegen auch Unterlagen zur Geschichte der SFIO. PCF: Das Comité central archiviert seine Akten seit seiner Gründung 1970 selbst.

#### GRIECHENLAND

Zur Situation der Parteiarchive in Griechenland liegen lediglich Informationen über die 1974 gegründete, konservativ ausgerichtete Nea Demokratia (ND) und ihre Vorläuferin vor, die bis zur Diktatur existierende »Nationalradikale Union« (ERE).<sup>22</sup> Die Archive der ERE sind infolge ihrer abrupten Auflösung weit verstreut und befinden sich zum großen Teil in privatem Besitz. Trotz allgemeiner Zurückhaltung scheinen einige Besitzer bereit, ihre Archive zugänglich zu machen. Teile der Materialien der ERE und ND liegen in Athen in der Konstantinos-Karamanlis-Stiftung (Kifisia), in der Bibliothek des Griechischen Parlaments, im Generalsekretariat für Presse und Informationen (Presseamt) und im Zentralbüro der ND.

#### GROSSBRITANNIEN

Das zentral und in den zugeordneten Verbänden anfallende Archivgut der Conservative Party wird von der Bodleian Library der Oxford University verwaltet.

Das Archiv der Labour Party enthält als wichtigste Quellen die Protokolle der Vorstandssitzungen (National Executive Committee) seit der Parteigründung 1900. Die Presseauschnittsammlung der Bibliothek reicht bis 1918 zurück. Gesammelt werden alle Publikationen der Partei, die Korrespondenzen ab 1900, auch die Protokolle unterhalb der Exekutive, weiterhin Unterlagen der Ortsparteien, Nachlässe und Fotografien. Materialien der Sozialistischen Internationale von 1917 bis 1945 sind Bestandteil des Archivs. Im März 1990 wurde das Archiv in das National Museum of Labour History in Manchester überführt. Es befinden sich dort auch die Unterlagen der Labour-Parlamentarier in Großbritannien und im Europäischen Parlament.

Die Liberal Democrat Party archiviert ihre Unterlagen in der British Library of Political and Economic Science.

Das Archiv der Scottish National Party befindet sich in der National Library of Scotland.

Die Archivalien der Welsh Nationalist Party (Plaid Cymru) werden vom Welsh Political Archive verwaltet.

<sup>21</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Jeanne Le Provost, Leiterin des Archivs des RPR in Paris.

<sup>22</sup> Informationen von Stefanos G. Mihelakakis, zum Zeitpunkt der Auskunft Doktorand (Geschichte) an der Universität Hamburg und Benutzer des ACDP, vom 21.3.1991.

Die Unterlagen der Communist Party of Great Britain (jetzt: Democrat Left) sollten im November 1994 in das National Museum of Labour History (s. oben) kommen.<sup>23</sup>

#### IRLAND

Die drei wichtigsten irischen Parteien, Fianna Fáil (Republikanische Partei), Fine Gael (Konservative Partei) und Labour Party, gewähren bereitwillig Zugang zu ihren Archiven.

Von diesen traditionellen Parteien scheint die Fianna Fáil die größte Dokumentensammlung zu archivieren, mit deren Katalogisierung vor einigen Jahren begonnen worden ist. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Protokolle des Parteivorstands und der Parlamentsfraktion ab 1930 und anderes Schriftgut sowie um Plakate und Zeitungsausschnitte.

Das Parteiarchiv der Fine Gael ist Anfang der fünfziger Jahre teilweise durch ein Feuer zerstört worden. Umfangreiche Materialien, u.a. ein Teil der Vorstandsprotokolle, sind jedoch gerettet worden. Sämtliche Materialien wurden in das Archives Department, UCD überführt.

Auch die frühen Unterlagen der Labour Party scheinen ein Raub der Flammen geworden zu sein. Die Akten, die in der Parteizentrale aufbewahrt werden, stehen Benutzern zur Einsicht zur Verfügung.

#### ITALIEN

Die Entwicklung in Italien ist infolge des jüngsten Umbruchs in der Parteienlandschaft unübersichtlich. Allgemein gilt, daß die Parteien die Organisation ihrer Archive und die Grundsätze zur Benutzbarkeit der Archivalien (in der Regel kein Zugang zu Akten aus der Zeit nach 1945) selbst bestimmen.

Die Democrazia Cristiana (DC) unterhielt eine Dokumentationsstelle in ihrer Parteizentrale in Rom, wo vor allem Publikationen und offizielle Dokumente gesammelt wurden. Im Jahr 1990 beauftragte Generalsekretär Arnaldo Forlani Frau Dr. Gabriella Fanello Marcucci, ein Archiv für die Partei aufzubauen.<sup>24</sup> Mittlerweile befinden sich die Bestände des Archivio Storico della Democrazia Cristiana für den Zeitraum von 1946 bis 1990 im Istituto Luigi Sturzo. Das Istituto Luigi Sturzo sorgt auch für den Erhalt und die Edition von Nachlässen führender Politiker der Partei der Katholiken vor dem Zweiten Weltkrieg, des von Mussolino unterdrückten Partito Popolare Italiano (PPI).<sup>25</sup>

Die Akten des früheren Partito Comunista Italiano (PCI), aus dem der Partito Democratico della Sinistra (PDS) und die Rifondazione Comunista hervorgegangen sind, befanden sich zum Teil bei der Parteizentrale (verantwortlich: Generalsekretariat) und zum Teil in der Stiftung Gramsci in Rom (Korrespondenzen aus der Zeit

<sup>23</sup> Mitteilung des dortigen Archivars Stephen Bird vom 22.2.1994.

<sup>24</sup> Gabriella FANELLO MARCUCCI, *I motivi dell'Archivio Storico DC. Recupero prezioso della storia e della testimonianza della DC*, in: *Il Popolo*, 24.7.1990.

<sup>25</sup> Näheres in der Buchbesprechung von Stephan WEGENER (Edition der Briefe und Dokumente von Francesco Luigi Ferrari), in: *Theologische Revue*, Nr. 5, Jg. 86 (1990), S. 391 f.

1917 bis 1948; es gibt dort auch verschiedene Nachlässe; Bibliothek angeschlossen).<sup>26</sup>

Der Partito Socialista Italiano (PSI) hat 1976 ein Institut für historische Studien (Istituto Socialista di Studi Storici. Archivio del Socialismo Italiano; heute: Fondazione di Studi Storici »Filippo Turati«) mit Sitz in Florenz geschaffen, in dem seine Akten archiviert werden.

Ein Archiv der Südtiroler Volkspartei (SVP) existiert noch nicht, soll aber demnächst aufgebaut werden.<sup>27</sup>

#### LETLAND

Das Archiv der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (LSDSP) in Riga nahm 1989 seine Arbeit auf. Mit den 1993 übernommenen Akten der LSDSP-Auslandsorganisation werden die Materialien seit 1934 archiviert.<sup>28</sup>

#### LIECHTENSTEIN

Die Vaterländische Union (VU) verfügt in ihrer Parteizentrale in Vaduz über ein kleines Archiv, das ergänzt und überarbeitet werden soll. Eine Dokumentation ist in dem 1986 erschienen Buch »50 Jahre für Liechtenstein« abgedruckt.<sup>29</sup>

Ein Archiv der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), das vom Parteisekretariat betreut wird, befindet sich im Aufbau.<sup>30</sup>

#### LUXEMBURG

Die Akten der luxemburgischen Parteien werden von den Parteisekretariaten archiviert.<sup>31</sup>

#### MALTA

Der Partit Nazzjonalista (PN) verfügt sowohl über eine Dokumentationsstelle als auch über ein Archiv, die beide in der Parteizentrale in Pietà untergebracht sind.<sup>32</sup>

<sup>26</sup> Francesco BARBAGALLO, *La Fondation Gramsci à Rome: la bibliothèque et les archives*, in: *Les archives* (wie Anm. 18), S. 54-58.

<sup>27</sup> Mitteilung von Landessekretär Hartmann Gallmetzer vom 16.1.1991.

<sup>28</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Ilze Senberga, Leiterin des Archivs der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Riga.

<sup>29</sup> Mitteilung des Generalsekretärs Erwin Hasler vom 14.2.1991.

<sup>30</sup> Mitteilung des Landesvorsitzenden Emanuel Vogt vom 4.2.1991.

<sup>31</sup> Mitteilung des Generalsekretärs der Christlich-Sozialen Volkspartei (CVP) Camille Dimmer vom 12.9.1990.

<sup>32</sup> Mitteilung des stv. Generalsekretärs Salvo Demicoli vom 17.8.1990.

## NIEDERLANDE

Bis auf drei kleine orthodox protestantische Parteien, die in ihren Sekretariaten eigene Archive führen (Politisch Reformierte Partei, Reformierte Politische Union und Reformatorische Politische Föderation), sind in den Niederlanden für die Archivierung der Materialien politischer Parteien sechs staatliche Institutionen verantwortlich. Nachfolgend die Archive und die dorthin abgebenden Parteien:<sup>33</sup>

1) das Staatsarchiv in Den Haag (Algemeen Rijksarchief, ARA); Christlich-Historische Union (CHU) und Christlich-Demokratischer Appell (CDA);

2) das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, IISG); Sozial-Demokratische Arbeiterpartei (SDAP), Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP), Kommunistische Partei der Niederlande (CPN);

3) das Staatliche Institut für Kriegsdokumente (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, RIOD) in Amsterdam: National-Sozialistische Bewegung (NSB), Niederländische Union, Niederländische Volksbewegung (NBV);

4) das Katholische Dokumentationszentrum (Katholiek Documentatiecentrum, KDC) der Universität Nijmegen: Römisch-Katholische Staatspartei (RKSP), Katholische Volkspartei (KVP), Politische Partei der Radikalen (PPR);

5) das Historische Dokumentationszentrum des niederländischen Protestantismus (Historisch Documentatiecentrum voor het Nederlands Protestantisme, HDCNP) der Universität Amsterdam: Anti-Revolutionäre Partei (ARP);

6) das Dokumentationszentrum für niederländische politische Parteien (Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, DNPP) der Universität Groningen: Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), Demokraten '66 (D66), Demokratische Sozialisten '70 (DS'70), Evangelische Volkspartei (EVP).

## NORWEGEN

Die Akten der 1933 gegründeten Kristelig Folkeparti (KrF) befinden sich bis 1985 im Reichsarchiv; die Akten nach 1985 werden im Generalsekretariat in Oslo aufbewahrt. Auch diese Unterlagen sollen, wenn sie für den aktuellen Gebrauch nicht mehr benötigt werden, ins Reichsarchiv überführt werden. Die Partei hat kein Interesse am Aufbau eines eigenen Archivs.<sup>34</sup>

## ÖSTERREICH

Das Archiv der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird vom parteinahen Karl-von-Vogelsang-Institut unterhalten, das eine rechtlich selbstständige Institution ist. Es werden Akten der Partei und ihrer Untergliederungen gesammelt und für die wissenschaftliche Forschung aufgearbeitet. Ebenfalls im Vogelsang-Institut arbeitet

<sup>33</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Gerrit Voerman, Leiter des Dokumentationszentrums für niederländische politische Parteien an der Universität Groningen.

<sup>34</sup> Mitteilungen des Generalsekretärs Gunnar Husan vom 30.8.1990 und vom 13.5.1991.



EDV-gestützt eine Pressedokumentation, die Pressemeldungen zur ÖVP auf Mikrofilm archiviert. Benutzer sind Journalisten, Studenten, Wissenschaftler und Parteimitglieder.<sup>35</sup>

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bewahrt in ihrer Wiener Bundesgeschäftsstelle keine Akten auf, die älter als 10 Jahre sind. Das Freiheitliche Bildungswerk sammelt als parteinahe Stiftung audiovisuelle Materialien, Zeitungen und Presseauschnitte.

Archivalien zur Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und der österreichischen Arbeiterbewegung finden sich konzentriert im Studien- und Forschungszentrum »Vorwärts« in Wien, in dem drei Forschungsinstitute mit einer gemeinsamen Bibliothek untergebracht sind:

1) das 1945 gegründete Dr. Karl-Renner-Institut (zunächst Karl-Marx-Institut, bis 1978 Bibliothek der Sozialistischen Partei Österreichs). Es sammelt Zeitschriften und Publikationen und steht in erster Linie Funktionären und Organisationen der SPÖ, aber auch wissenschaftlich Interessierten zur Verfügung;

2) die Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Das 1984 gegründete Archiv sammelt und wertet aus schriftliche und audiovisuelle Quellen, die aus der Tätigkeit Kreiskys als Politiker, Diplomat und Staatsmann seit den 30er Jahren hervorgegangen sind (Schwerpunkt 1970-1983);

3) der 1959 gegründete Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung. Hier befinden sich das Alte Parteiarchiv der SPÖ vor 1934 und Nachlässe verschiedener Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie.

Nachlässe führender Vertreter der österreichischen Arbeiterbewegung archiviert auch das Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz (gegründet 1968), dem eine Bibliothek angeschlossen ist. Ähnliche Materialien finden sich in der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek (auch Archiv) der Arbeiterkammer für Wien (1922 gegründet).

## PORTUGAL

Die Unterlagen des Partido do Centro Democrático Social (CDS) werden in der Parteizentrale in Lissabon aufbewahrt.<sup>36</sup>

## RUSSLAND

Das Archiv der ehemaligen Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) befindet sich seit 1991 im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und das Studium der Dokumente der Neuen Geschichte in Moskau. Es handelt sich um die Materialien des Zentralkomitees und der anderen Parteigremien, des Politischen und des Organisationsbüros, der Geschäftsstellen sowie um die Unterlagen der Parteitage und sonstiger Veranstaltungen. Das Institut archiviert außerdem die Materialien fast

<sup>35</sup> Mitteilung der Leiterin der Dokumentation, Frau Dr. Preller, vom 6.9.1990.

<sup>36</sup> Mitteilung des Generalsekretariats vom 24.8.1990.

aller links gerichteten Parteien und Bewegungen Rußlands von Beginn des 20. Jahrhunderts an sowie zahlreiche Nachlässe (u.a. Lenin, Trotzky, Bucharin).<sup>37</sup>

#### SCHWEDEN

Akten der 1904 gegründeten liberal-konservativen Moderata Samlingspartiet (M) vor 1910 befinden sich im Reichsarchiv in Stockholm. Beim Parteisitz werden die Materialien nach 1910 archiviert, u.a. Protokolle der Vorstandssitzungen, Korrespondenzen, Zeitungen und Zeitschriften, Filme, Tonbänder und Wahlplakate. Die Materialien sind noch nicht katalogisiert. Die Unterlagen der Parteigremien werden nicht im Hauptarchiv, sondern von diesen Gremien selbst archiviert.<sup>38</sup>

Die liberale Folkpartiet bewahrt ihre Akten für 10 Jahre auf und überführt sie dann ins Reichsarchiv.

#### SCHWEIZ

Die Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) besitzt kein eigenes Archiv und hat nicht die Absicht, ein Archiv aufzubauen.<sup>39</sup> Archiviert werden jedoch CVP-Materialien im Bundesarchiv und im Archiv der Fraktion in Bern.

Im 1906 gegründeten Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, das Literatur und Dokumente zu Gesellschaftswissenschaften im weitesten Sinn sammelt, liegen Bestände der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (65 lfm) und der Sozialdemokratischen Partei Zürich (12 lfm).

#### SLOWAKISCHE REPUBLIK

Die Materialien der 1989 gegründeten Christlich-Demokratischen Bewegung der Slowakei (KDH) werden in der Parteizentrale in Bratislava aufbewahrt. Räume für ein eigenes Archiv sollen 1995 bereitgestellt werden. Bei der Archivierung wird nach zwei Bereichen unterschieden: Dokumente zur Wirtschaftspolitik der Partei und Dokumente zu allgemeinen politischen Aktivitäten (Statuten, Gremien, Kongresse, Wahlen, parlamentarische Aktivitäten, Pressearbeit). Gesammelt werden Schriftgut, Ton- und Videobänder, Fotos und Plakate.<sup>40</sup>

Die 1990 gegründete Ungarische Christlich-Demokratische Bewegung (MKDM) bewahrt ihre Dokumente in der Parteizentrale auf und konnte bisher noch kein eigenes Archiv aufbauen. Zum fünften Gründungsjubiläum im März 1995 ist die Herausgabe eines Dokumentenbandes zur Geschichte der Partei geplant.<sup>41</sup>

37 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Vortrag von Dr. Oleg Naumov, stv. Leiter des Russischen Zentrums für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der Neuen Geschichte in Moskau.

38 Mitteilung des Generalsekretärs Per Unkel vom 10.4.1991.

39 Mitteilung ihres Generalsekretärs Dr. Iwan Rickenbacher.

40 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Katarina Latiková, Mitarbeiterin der Christlich-Demokratischen Bewegung der Slowakei in Bratislava.

41 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Ildikó Haraszi, Internationale Sekretärin der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (in der Slowakei) in Bratislava.

## SPANIEN

Die Archivalien der 1977 gegründeten und Anfang der achtziger Jahre aufgelösten Unión del Centro Democrático (UCD), eines Zusammenschlusses von 15 christlich-demokratischen, liberalen, sozialdemokratischen und unabhängigen Parteien, befinden sich in der Fundación Humanismo y Democracia in Madrid. Es handelt sich insbesondere um eine Pressedokumentation (1977-1982) und EDV-gespeicherte Daten der UCD-Nachfolgepartei Partido Democrático Popular (PDP) und deren Nachfolgerin Democracia bis Ende 1988.

Der Partido Popular (PP), ehemaliges Mitglied der UCD und 1989 neu gegründet, archiviert seine Unterlagen (Akten der nationalen Führungsgremien; die Untergliederungen und die verwandten Organisationen, z.B. die Jugendorganisation, unterhalten eigene Archive) von 1975 an in seiner Parteizentrale in Madrid. Gesammelt werden auch Zeitungsausschnitte, Plakate, Filme und Tonbänder. Das Archiv, dem auch eine Bibliothek angeschlossen ist, dient in erster Linie Parteimitgliedern aus Kongreß und Senat als Informationsquelle. Es ist damit begonnen worden, die Bearbeitung der Unterlagen auf EDV umzustellen.<sup>42</sup>

Im Centre d'Estudis Històrics Internacionals (CEHI) der Universität Barcelona liegen Materialien (Korrespondenzen und interne Unterlagen) des Partit Socialista Unificat de Catalunya (PSUC) von 1939 bis 1977 (3,5 lfm).

Die 1977 gegründete Fundación Pablo Iglesias in Madrid archiviert Materialien der spanischen Arbeiterbewegung und des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) sowie Nachlässe führender sozialistischer und kommunistischer Politiker. Dem Institut ist eine Bibliothek angeschlossen.

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

Das Archiv der Christlich-Demokratischen Union/Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-CSL) in Prag gilt als eines der wichtigsten Archive des Landes zur Erforschung der christlichen Parteien und Bewegungen. Es wurde in den zwanziger Jahren aufgebaut, 1938 an einen unbekannteren Ort gebracht und erhielt in den fünfziger Jahren ein neues Gebäude. Archiviert werden die Unterlagen der Parteizentrale. Die Materialien der Partei auf lokaler Ebene verbleiben in den einzelnen Distrikten.<sup>43</sup>

Das Archiv der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (CSSD) in Prag erhielt 1991 einen Teil der Materialien zurück, die bei seiner Auflösung 1948 in das Archiv der Kommunistischen Partei und in staatliche Archive gelangt waren. Vieles gilt heute als verloren oder befindet sich in privater Hand. Das Archiv ist auf die Bedürfnisse der Partei ausgerichtet, wird aber immer mehr von Historikern besucht.<sup>44</sup>

Die Archivalien der Liberalen National-Sozialen Partei (LSNS) wurden 1978 und 1990 der Partei vom Zentralen Staatsarchiv und von der Kommunistischen Partei

42 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung des Archivleiters, Juan Naranjo, vom 11.12.1990.

43 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Bohumil Luke, Leiter des Archivs der Christlich-Demokratischen Union/Tschechoslowakischen Volkspartei in Prag.

44 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Zorka Hiroová, Leiterin des Archivs der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei in Prag.

zurückgegeben. Sie reichen bis zur Gründung 1897 zurück und sind bis zum Jahr 1975 bearbeitet (u.a. Protokolle des Vorstands, Parteitagprotokolle, Materialien des Sekretariats, Unterlagen betr. die Arbeit in den Landkreisen und Bezirken).<sup>45</sup>

Die Akten des Bürgerforums (OF), der 1989 gegründeten Bürgerbewegung in der Tschechei (Auflösung 1991 in mehrere Parteien), werden im Institut für Zeitgeschichte (UVM) in Prag archiviert.<sup>46</sup>

#### UNGARN

Das Archiv der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), 1989 Nachfolgepartei der kommunistischen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP), trägt den Namen Institut für Geschichte der Politik. Von 1948 bis 1955 arbeitete es als Institut der Arbeiterbewegung und von 1957 bis 1989 als Historisches Parteiinstitut der MSZMP. Gesammelt werden die bereits vor 1945 entstandenen Dokumente der Ungarischen Arbeiterbewegung, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei sowie von Beginn der achtziger Jahre an die Materialien der links gerichteten Bewegungen, Organisationen und Politiker in Ungarn. Das Archiv gilt derzeit als eines der modernsten und am besten ausgestatteten in Ungarn.<sup>47</sup>

Die Akten des 1987 gegründeten Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) werden in der Parteizentrale in Budapest gesammelt, u.a. die Protokolle der Parteivorstandssitzungen (unvollständig und ungeordnet). Der Aufbau eines eigenen Archivs ist bisher aus finanziellen Gründen gescheitert. Es existiert dagegen ein relativ geordnetes Tonarchiv von etwa 300 Kassetten mit Aufnahmen sämtlicher bisheriger Parteitage und von fast allen Sitzungen des Parteivorstands, ebenso Videoaufnahmen wichtiger Veranstaltungen und eine Plakatsammlung.<sup>48</sup>

Der 1988 gegründete Bund Junger Demokraten (FIDESZ) besitzt ebenfalls kein eigenes Zentralarchiv. Dokumentensammlungen werden in verschiedenen Abteilungssekretariaten der Landes- und Bezirksgeschäftsstellen aufbewahrt. Materialien befinden sich auch unsortiert in der Parteizentrale in Budapest. Dabei handelt es sich insbesondere um die Protokolle des Präsidiums und des Vorstands sowie um Korrespondenzen. Die Presseabteilung der Partei archiviert Zeitungsausschnitte seit 1990, das Fotoarchiv etwa 3000 Fotos. Seit 1994 werden Videoaufnahmen erstellt, vor allem von Parteitag.<sup>49</sup>

Die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) bewahrt die Materialien seit ihrer Entstehung 1989 in ihrer Zentrale auf. Zur Zeit fehlt es noch, wie bei den meisten ungarischen Parteiarchiven, an archivgerecht ausgestatteten Räumen und an

45 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Jaroslav Krizek, Leiter des Archivs der Liberalen National-Sozialen Partei in Prag.

46 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Vilém Precan, Gründer und Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in Prag.

47 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Gábor Székely, Institut für Geschichte der Politik in Budapest.

48 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Béla Pálmány, Ungarisches Demokratisches Forum, Leiter des Archivs der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest.

49 Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Anzelm Bárány, Bund Junger Demokraten, Budapest.

Fachpersonal. Das Archiv gliedert sich in die Gruppierungen: 1) Parteivorstand, 2) Sekretariat, 3) Verwaltung/Organisation, 4) Wirtschaftspolitik, 5) Außenpolitik, 6) Kongresse, 7) Sitzungen des Nationalen Ausschusses, 8) Sitzungen der Verwaltungskommission, 9) Drucksachen, 10) Plakate, 11) Presseauschnitte und 12) Bild- und Tonarchiv.<sup>50</sup>

Das Archiv der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei (FKGP) wurde im Januar 1993 in Budapest errichtet, nachdem die Materialien der Partei, die 1948 das Archiv der Kommunistischen Partei übernommen hatte, wieder zurückgegeben worden waren. Die Archivalien werden drei zeitlichen Abschnitten zugeordnet: von der Gründung der Partei 1908 bis 1950, 1950 bis 1988 und ab 1988.<sup>51</sup>

---

<sup>50</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. György Hölvényi, Christlich-DEMOKRATISCHE Volkspartei in Budapest.

<sup>51</sup> Tagung Prag 1994 (siehe Anm. 1), Mitteilung von Dr. Ferenc Virágh, Leiter des politischen Instituts der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei in Budapest.

## Die Gesetzgebung zur Sicherung des Archivguts der Parteien und Massenorganisationen der DDR\*

Von Klaus Oldenhage

Das Zentrale Staatsarchiv der DDR unter Leitung der Direktorin Elisabeth Brachmann-Teubner und das Bundesarchiv unter Präsident Friedrich P. Kahlenberg verständigten sich bereits im Frühjahr 1990 auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Sicherung des Archivgutes der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Zuge der gesetzgeberischen Vorbereitung der deutschen Einheit. Beide Archive stimmten darin überein, daß dieses Archivgut in staatlichen Archiven der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müsse. Ein Vorstoß von DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel auf Anregung des Zentralen Staatsarchivs in Potsdam scheiterte in der Volkskammer jedoch ebenso wie entsprechende Initiativen des Bundesarchivs in Bonn. Im Zuge der Verhandlungen zwischen beiden Regierungen gelang es nicht, sich auf einen Gesetzestext zu einigen. Das Einigungsvertragsgesetz vom 23. September 1990 stellte daher nur die Akten, Schriftstücke, Karten, Pläne sowie Träger von Daten-, Bild-, Film-, Ton- und sonstigen Aufzeichnungen unter den Schutz des Bundesarchivgesetzes, die bei Stellen der Deutschen Demokratischen Republik, also des Staates im engeren Sinne, entstanden waren. So blieb es dem gesamtdeutschen Gesetzgeber überlassen, das Archivgut der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu sichern.

Anfängliche Bestrebungen vor allem des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, das über das ehemalige Zentrale Parteiarchiv der SED samt Bibliothek verfügte, zielten auf eine privatrechtliche Regelung, z.B. durch Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dies scheiterte nicht nur an wirtschaftlichen Realitäten, sondern auch an dem politischen Willen und der fachlichen Notwendigkeit, die Archivalien zu öffentlich-rechtlichen Bedingungen zugänglich zu machen.

Während das Thema bis zum Ende des Jahres 1990 in der Bonner Öffentlichkeit vergleichbar wenig Beachtung fand, kam es Anfang 1991 im Innenausschuß des Deutschen Bundestages zu scharfen Angriffen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die angebliche Tatenlosigkeit von Bundesregierung und Bundesarchiv. Staatssekretär Franz Kroppenstedt und der Präsident des Bundesarchivs, Friedrich P. Kahlenberg, konnten jedoch

---

\* Aktualisierte und gekürzte Fassung eines Vortrags vor der Sektion Parlamentsarchive und Archive politischer Parteien und Verbände auf dem Deutschen Archivtag 1994 in Dresden.

darauf verweisen, daß eine gesetzliche Grundlage für ein Eingreifen des Staates zur Sicherung der Materialien fehle. Innerhalb der Bundesregierung widmete sich Innenminister Wolfgang Schäuble persönlich dem Problem. In der folgenden öffentlichen Diskussion, die in zwei Anhörungsverfahren der SPD-Bundestagsfraktion und des Innenausschusses des Deutschen Bundestages im Sommer 1991 ihren Höhepunkt fand, kristallisierte sich dann die schließlich gefundene Lösung heraus. Nachdem die Koalitionfraktionen von CDU/CSU und FDP einen Gesetzentwurf eingebracht hatten, dessen Formulierung das Mißverständnis zuließ, als sollten sogenannte staatsbezogene und andere Teile der Archivalien auseinandergerissen werden, kam es Ende August 1991 zu einer überraschend schnellen Einigung zwischen den großen Parteien im Innenausschuß des Deutschen Bundestages. Den Vorschlag des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Gerd Wartenberg (Berlin), durch eine unselbständige Stiftung »Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv den Interessen der früheren Eigentümer, der Öffentlichkeit, insbesondere der Forschung, aber nicht zuletzt auch der archivischen Sicherung zu entsprechen, griff die CDU/CSU-Fraktion durch ihren innenpolitischen Sprecher, Johannes Gerster (Mainz), sofort auf. In den folgenden Monaten haben sich dann vor allem die Abgeordneten Hartmut Büttner (Schönebeck) (CDU), Wolfgang Zeitlmann (CSU), Gerd Wartenberg (Berlin) (SPD) und Jürgen Schmieder (FDP) erfolgreich um einen Gesetzentwurf bemüht, der schließlich die Zustimmung der drei Bundestagsfraktionen fand. Im Innenausschuß des Bundesrates blieb die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses allein.

Damit war der Versuch einer ganzen Reihe von Wissenschaftlern, insbesondere aus Berlin, in sachwidriger Weise das Archivgut Forschungseinrichtungen anzuvertrauen, einvernehmlich abgewehrt. Die in der Sache am stärksten betroffene PDS hat zwar durch ihre Gruppe im Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf abgelehnt, sich aber in den folgenden Monaten konstruktiv und schließlich erfolgreich um eine Umsetzung des gesetzlichen Auftrages bemüht. Politische Absprachen zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem damaligen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi MdB öffneten den Weg.

Das Bundesarchivgesetz wurde durch das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 506) ergänzt. Durch Einfügung eines Absatzes 9 in § 2, der das Angebot und Übergabeverfahren von staatlichem Archivgut an das Bundesarchiv regelt, wurde klargestellt, daß »Unterlagen im Sinne dieses Gesetzes ... auch solche der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der mit dieser Partei verbundenen Organisationen und juristischen Personen sowie der Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik (sind), soweit sie die Wahrnehmung

staatlicher Aufgaben betreffen. Dies gilt auch für andere Parteien und mit diesen Parteien verbundene Organisationen und juristische Personen der Deutschen Demokratischen Republik«.

Da eine Enteignung ohne Entschädigung verfassungsrechtlich höchst bedenklich, eine Enteignung gegen Entschädigung politisch nicht vertretbar erschien, stellte das Gesetz die Eigentumsverhältnisse klar, ohne sie zu ändern. Auf diese Weise fiel ein qualitativ und quantitativ letztlich nicht genau zu bestimmender Teil unter den Schutz des Bundesarchivgesetzes und damit in die Obhut des Bundesarchivs. Nachdem sich der Gedanke, Archivgut nach rechtlichen Gesichtspunkten entgegen dem Grundsatz der Provenienz aufzuteilen, erfreulicherweise nicht durchgesetzt hatte, bestimmte der Gesetzgeber in einem § 2 a des Bundesarchivgesetzes folgendes:

(1) Unter dem Namen »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« wird im Bundesarchiv eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Die Stiftung entsteht durch Erlaß des Bundesministers des Innern.

(2) Die Stiftung hat die Aufgabe, Unterlagen von Stellen nach § 2 Abs. 9 zu übernehmen, auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und zu ergänzen. Dies gilt auch für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem oder sachlichem Zusammenhang stehen.

(3) Unterlagen nach § 2 Abs. 9 sind als Stiftungsvermögen der Stiftung zu übertragen. Für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände sind mit den Eigentümern gesonderte Vereinbarungen zu schließen.

Die hier zitierten ersten drei Absätze des § 2 a sind eine hoch zu veranschlagende gesetzgeberische Leistung, weil sie den rechtlichen Unterschied zwischen Unterlagen aus der Wahrnehmung staatlicher Tätigkeit und anderen Materialien ebenso klar bezeichnen wie die archivfachliche und letztlich auch historisch-wissenschaftliche Notwendigkeit, gewachsene Archivbestände dem Grundsatz der Provenienz entsprechend nicht aus formalrechtlichen Gründen auseinanderzureißen, sondern in ihrem historischen Entstehungszusammenhang zu belassen. Auf den ersten Blick mag es eigenartig anmuten, daß ein Archivgesetz auch Entscheidungen über Bibliotheksbestände trifft. Ursache hierfür war nicht nur der berechtigte Wunsch der Eigentümer, ihre Archive und Bibliotheken unter einem Dach vereinigt zu halten, sondern auch die allgemeine Einsicht, daß der Übergang zwischen Archiv- und Bibliotheksgut in mehreren Bereichen fließend ist. Eine gesonderte Behandlung der Bibliotheken hätte ebenfalls zur Zerreißung historischer Entstehungszusammenhänge geführt; auch das wäre fachlich nicht vertretbar gewesen.

Die besondere Leistung des Gesetzgebers besteht vor allem in dem



zweiten Satz von § 2 a Abs. 3. Danach entstand und entsteht ein Einigungszwang zwischen den ehemaligen oder jetzigen Eigentümern einerseits und dem Bund – vertreten durch das Bundesarchiv – andererseits. Über den Inhalt der »gesonderten Vereinbarungen«, für die sich bald der Terminus »Einbringungsvertrag« herausbildete, ist monatelang verhandelt worden.

Diese Verhandlungen vom Frühjahr bis Ende 1992 – in einzelnen Fällen auch weit darüber hinaus – hatten davon auszugehen, daß das Archiv- und Bibliotheksgut der Parteien und Massenorganisationen der DDR unter dem Schutz der §§ 20 a, b Parteiengesetz-DDR stehen und insoweit jede Regelung der Zustimmung der Treuhandanstalt bedurfte, die sich ihrerseits des Einvernehmens der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu versichern hatte. Um die Verhandlungen in der Sache zu erleichtern und vermögensrechtliche, politische und archivfachliche Gesichtspunkte möglichst zur Deckung zu bringen, wurde bei der Unabhängigen Kommission eine »Projektgruppe Archive« gebildet, die aus dem Leiter des Archivreferates im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Hans-Joachim Schreckenbach, und den Mitarbeitern des Bundesarchivs Anette Meiburg, Michael Müller und Klaus Oldenhage bestand. Diese Projektgruppe unterstützte nicht nur die Verhandlungen, die unter Leitung von Ministerialdirektor Sieghart von Köckritz und Ministerialrat Hans-Günther Kowalski vom Bundesministerium des Innern vor allem mit dem Beauftragten des Parteivorstandes der PDS, dem Thüringer Landtagsabgeordneten und früheren stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, und dem Vorsitzenden des Förderkreises Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Henryk Skrzypczak, geführt wurden, sondern auch die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Archiven und Bibliotheken der Parteien und Massenorganisationen vor Ort. Darüber hinaus kümmerte sich die Projektgruppe in Zusammenarbeit mit den Archivverwaltungen der sechs neuen Bundesländer um Regelungen für die regionalen Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen auf Landes- bzw. Bezirksebene und darunter, da diese Bestände nach der Rechtsauffassung von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung nicht unter das geänderte Bundesarchivgesetz fallen.

Alle Beteiligten haben es unabhängig von ihrem Dienstherrn oder Auftraggeber stets gemeinsam als ihre Pflicht angesehen, das Bibliotheks- und Archivgut zu erhalten; dazu gehörte auch die soziale Sicherung der betroffenen Archivare und Bibliothekare selbst. Gefährdet waren die Arbeitsplätze vor allem am 31. März 1992. Die Treuhandanstalt verlangte die Kündigung aller Mitarbeiter des Verbundes Archiv, Bibliothek und technische Werkstätten beim Vorstand der PDS an demselben Tage, als gleichzeitig die Staatsanwaltschaft Berlin mit zwei Hundertschaften Polizei das SED-Archiv

in Berlin, Wilhelm-Pieck-Str. 1, trotz des kurz zuvor in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes durchsuchte. Ein Amtshilfeersuchen beim Bundesarchiv hätte ausgereicht und wäre sachlich wie rechtlich geboten gewesen. Die Doppelkrise wurde gemeistert. Die Zusammenarbeit der Projektgruppe, der sich der Archivreferent bei der Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, Richard Dahlheim, angeschlossen hatte, mit den Kollegen des Verbundes unter Leitung von Inge Pardon und Jürgen Stroech ermöglichte es, daß die Staatsanwälte Verständnis für fachliche Belange zeigten. Dem Einsatz vor allem des PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi, des zuständigen Abteilungsleiters im Bundesministerium des Innern, Sieghart von Köckritz, des Leiters des Sekretariats der Unabhängigen Kommission, Christian von Hammerstein, und des zuständigen Referenten der Treuhandanstalt, Alexander Schröter, war es zu danken, daß die Kündigungen letztlich nicht ausgesprochen werden mußten.

Bei den Verhandlungen über den Einbringungsvertrag mit der PDS gab es vor allem wegen unterschiedlicher eigentumsrechtlicher Auffassungen große Schwierigkeiten. Die PDS beansprucht auch heute noch das Eigentum an allen Beständen, die im Einbringungsvertrag vom 29. Dezember 1992 in die Stiftung eingebracht wurden. Sie erkennt damit nach wie vor die getroffene gesetzliche Regelung letztlich formal nicht an, respektiert sie aber praktisch und wendet sie an. Es war für den Bundesminister des Innern sicher nicht leicht, dem Präsidenten des Bundesarchivs die Unterschrift unter einen Vertrag zu empfehlen, in dem eine von einem Bundesgesetz abweichende Rechtsauffassung des Vertragspartners toleriert wird. An dieser Stelle wird sehr deutlich, wie sachbezogen beide Seiten trotz grundlegender rechtlicher Meinungsverschiedenheiten dafür gesorgt haben, das Archiv- und Bibliotheksgut der SED im öffentlichen Gewahrsam zu sichern. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß außer dem Zentralen Parteiarchiv der SED und der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus auch die drei in der sogenannten Bibliothek Am Köllnischen Park zusammengefaßten Bibliotheken des ZK der SED, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Parteihochschule Karl Marx später in die Stiftung eingebracht wurden.

Die Schwierigkeiten bei der Sicherung von Archiv und Bibliothek der Gewerkschaftsbewegung, im wesentlichen des FDGB, waren anderer Art. Aufgrund der Tatsache, daß der FDGB unmittelbar vor seiner Auflösung beschlossen hatte, das Archiv- und Bibliotheksgut einer Johannes-Sassenbach-Stiftung anzuvertrauen, mußten die Verantwortlichen der Stiftung, die Liquidatoren des FDGB, das Bundesinnenministerium, die Treuhandanstalt und die beteiligten Archivare und Bibliothekare eine Lösung finden, die nicht nur einen Kompromiß zwischen den inhaltlichen Interessen der Gewerkschaftsbewegung und den archivfachlichen Notwendigkeiten darstellte,

sondern auch dem Beschluß des FDGB Rechnung trug. Durch gewachsenes menschliches Vertrauen, das sich insbesondere bei gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze der Archivare und Bibliothekare der Gewerkschaften seit März 1991 gebildet hatte, gelang es, die formalrechtlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Dabei haben sich vor allem der im Dezember 1994 plötzlich verstorbene Geschäftsführer der Johannes-Sassenbach-Stiftung, Martin Vogler, und Helga Grebing von der Ruhr-Universität Bochum bleibende Verdienste erworben.

Ein besonderes Kapitel in der Archivgeschichte des vereinigten Deutschland stellt der jahrelange Streit um das Archivgut der FDJ dar. Helga Gotschlich, die sich unzweifelhaft um die Sicherung des Archivgutes der FDJ in stürmischen Wendezeiten verdient gemacht hat, beharrte darauf, daß die FDJ ihr bzw. einem von ihr geleiteten Verein das Eigentum an dem Archivgut übertragen habe. Dieser Rechtsauffassung konnte der Staat nicht folgen, da eine solche Übertragung niemals die förmliche Zustimmung der Regierungskommission der DDR bzw. der Unabhängigen Kommission (der Bundesrepublik Deutschland) nach dem Parteiengesetz-DDR erhalten hatte. Die Auseinandersetzungen wurden in Formen geführt, die der Berichtstatter als Betroffener nicht kommentieren mag. Es sei angemerkt, daß der Streit sowohl bei der Zivil- als auch Verwaltungsgerichtsbarkeit anhängig wurde. Als das Verwaltungsgericht durchblicken ließ, daß nach seiner Auffassung ein Eigentumsübergang zugunsten von Frau Gotschlich niemals erfolgt sei, zeichneten sich Lösungsmöglichkeiten ab, die um die Jahreswende 1993/94 ihren förmlichen Abschluß fanden. Darum haben sich Mitarbeiter der Treuhandanstalt, wie vor allem Marcus Schmitt-Habersack, erfolgreich bemüht. Zu unterstreichen ist, daß die Nachfolgeorganisation der FDJ, die fdj, fachlich häufig vertreten durch Hans-Andreas Schönfeldt, nicht Ursache der Schwierigkeiten war.

Neben den drei großen Komplexen SED, FDGB und FDJ sind auch andere Bestände bzw. deren Träger der ausdrücklichen Erwähnung wert. Die Verhandlungen über die Einbringung des Archivguts der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), des Kulturbundes (KB) und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) verliefen im ganzen in angenehmer Atmosphäre und fanden zur rechten Zeit einen guten Abschluß. Das Bild wäre unvollständig, erwähnte man nicht, daß das Zentrale Staatsarchiv der DDR vor dem 3. Oktober 1990 eine ganze Reihe von Beständen durch vertragliche Vereinbarungen übernommen und damit für die Forschung gesichert hatte. Hierzu gehört neben vielen anderen Beständen das Material der Nationalen Front und des Demokratischen Blocks als der zusammenfassenden Klammer der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Nach Vollzug der deutschen Einheit hat das Bundesarchiv diese Politik des Zentralen Staatsarchivs fortgesetzt: Der erste und förmlich genehmigte

Vertragsabschluß nach dem 3. Oktober 1990 betraf die Unterlagen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).

Ungelöst blieb lange die Frage, was mit den Archiven der vier anderen Blockparteien CDU, LDPD, DBD und NDPD geschehen solle. Die Archivare der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Leitung von Günter Buchstab und der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Monika Faßbender an der Spitze haben in verdienstvoller Weise diese Unterlagen gesichert und gemäß dem Bundesarchivgesetz in der Fassung vom 13. März 1992 zugänglich gemacht; das Archivgut der NDPD war bereits vom Zentralen Staatsarchiv der DDR – allerdings ohne förmlichen Vertrag – übernommen worden. Während die Friedrich-Naumann-Stiftung mit Zustimmung der FDP von Anfang an ihre Bereitschaft signalisierte, das Archivgut der NDPD dem Bundesarchiv zu überlassen, sollten die Bestände der Ost-CDU, der LDPD und der DBD, die sich im September 1990 der Ost-CDU angeschlossen hatte, nach dem Willen von CDU und FDP in der Konrad-Adenauer-Stiftung bzw. der Friedrich-Naumann-Stiftung verbleiben. Die Projektgruppe hat sich kontinuierlich dafür eingesetzt, zwischen den Unterlagen der CDU und der LDPD aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR einerseits und denen der DBD und der NDPD andererseits zu unterscheiden. Während die CDU der SBZ/DDR und die LDPD in einer verstehenden historischen Betrachtungsweise als Bestandteile der CDU Deutschlands bzw. des zunächst auch in den westlichen Besatzungszonen unter unterschiedlichen Parteibezeichnungen auftretenden politischen Liberalismus anzusehen sind, müssen die DBD und die NDPD als kryptokommunistische Neugründungen betrachtet werden, die ausschließlich für die Geschichte der SBZ bzw. DDR von Bedeutung sind. Für die CDU hat der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, förmlich für seine Partei auf das gesamte Vermögen der CDU der DDR verzichtet. Dieser Verzicht betraf – bewußt oder unbewußt? – auch das Archivgut. Unter diesen Voraussetzungen kam es im Jahr 1994 zu vertraglichen Regelungen, nach denen das Archivgut der DBD spätestens 1997 in die unmittelbare Verwaltung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR überführt wird, während das Archivgut der CDU der SBZ/DDR zwar in das Vermögen der Stiftung übergeht, aber als Depositum im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung verbleibt. Entsprechende Verträge über das Archivgut der LDPD und NDPD konnten bisher nicht abgeschlossen werden, da sich die FDP wegen des Vermögens der LDPD und der NDPD in einem Rechtsstreit mit der Treuhandanstalt befand, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Dies ändert nichts daran, daß es fachlich völliges Einvernehmen zwischen der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem Bundesarchiv über die anzustrebende Lösung gibt, die zum Wohle der Forschung von beiden Seiten bereits jetzt praktiziert wird.

Da das Gesetz über die Errichtung der »Stiftung Archiv der Parteien und

Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv nach Rechtsauffassung der beteiligten Verfassungsorgane für die Landes- bzw. Bezirksebene und darunter nicht anzuwenden ist, war die Stiftung an den Einbringungsverhandlungen auf Landesebene förmlich nicht zu beteiligen. Durch vergleichsweise regelmäßige Besprechungen der sechs Landesarchivverwaltungen von Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit der Projektgruppe Archive bei der Unabhängigen Kommission einerseits und Gespräche zwischen den Landesarchivverwaltungen und den Landesverbänden der PDS andererseits gelang es, mit finanzieller Unterstützung der Treuhandanstalt in allen sechs Ländern zu Einbringungsverträgen mit der PDS zu kommen, die das Archivgut der SED auf Landesebene (bis 1952), auf Bezirksebene und darunter in den staatlichen Archiven der Länder des Beitrittsgebietes sichern. Während in Brandenburg die inhaltliche Einigung vergleichsweise früh zustande gekommen war, gestalteten sich die Verhandlungen in den fünf anderen Bundesländern in unterschiedlicher Weise schwierig. Dabei spielte allerdings der jeweilige Stand der Landesarchivgesetzgebung keine entscheidende Rolle, obwohl Landesarchivgesetze zunächst in Thüringen, dann auch in Sachsen bereits erlassen waren. Entsprechende Einbringungsverträge für die Bezirksparteiarchive des FDGB stehen noch aus. Im Falle der FDJ ist die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv grundsätzlich bereit, regionale Provenienzen an die Staatsarchive der Länder abzugeben, die ihrerseits in vielen Fällen bereits über Teile der Materialien der FDJ verfügen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Unterzeichnung der Einbringungsverträge war für viele Eigentümer mit vollem Recht die soziale Sicherung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bundestag, Bundesregierung und Bundesarchiv haben sich hier bleibende Verdienste erworben, da es u.a. durch den Einsatz von Ministerialrat Detlef Starke und Abteilungspräsident Siegfried Becker gelang, mehr als 70 neue Stellen für die Stiftung zu schaffen, und das Bundesarchiv darüber hinaus weitere Stellen aus seinem eigenen Haushalt zur Verfügung stellte. Auf diese Weise konnten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche die Voraussetzungen für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst vorweisen konnten, am 4. Januar 1993 ihre Arbeit in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen aufnehmen. Dies war nicht selbstverständlich, weil zu Beginn dieses Haushaltsjahres z.B. das Bundesministerium des Innern selbst etwa 50 Stellen verloren hatte.

Außer dem Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 ist vor allem der nach § 2 a Abs. 1 erforderliche Errichtungserlaß des Bundesministers des Innern über die »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« vom 6. April 1992 (GMBl. S. 310) zu behandeln. Neben den Benutzungsregelungen, die mit Ausnahme des Fortfalls der Schutzfrist von 30 Jahren für Sachakten denen des Bundesarchivgesetzes

im ganzen entsprechen, ist die Organisation der Stiftung von Bedeutung, die zwar nicht auf gesetzlicher Grundlage beruht, politisch aber in engem Zusammenhang mit der Gesetzgebung stand und steht, da die beteiligten Abgeordneten im Deutschen Bundestag vor Verabschiedung des Gesetzes Wert darauf legten, den Wortlaut des Errichtungserlasses zu kennen und damit die Organisation der Stiftung entscheidend zu beeinflussen.

Bei der Stiftung wurden ein Kuratorium und ein wissenschaftlicher Beirat gebildet und ein Direktor eingesetzt. Das Kuratorium beschließt nach § 7 Abs. 1 des Errichtungserlasses über die »grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören. Es überwacht die Tätigkeit des Direktors«. Es besteht aus fünf Vertretern des Deutschen Bundestages (2 CDU/CSU, 2 SPD, 1 FDP), fünf Vertretern der Bundesregierung (3 Vertreter des Bundesinnenministeriums sowie je ein Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen und des damaligen Bundesministeriums für Forschung und Technologie), dem Präsidenten des Bundesarchivs, zwei Vertretern der Länder (Berlin und ein weiteres Land des Beitrittsgebietes) sowie sieben Vertretern der »archivgutabgebenden Stellen und anderen betroffenen Stellen«. Die Zusammenarbeit in diesem Kuratorium verlief insgesamt gut, zu größeren Auseinandersetzungen kam es lediglich über die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirats, als der Bundesinnenminister nicht in allen Fällen den Empfehlungen des Kuratoriums folgte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Regelung eines großen archivfachlichen, rechtlichen und politischen Problems durch die Errichtung der Stiftung »Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« sowie die Einbringung der regionalen Überlieferung in die Staatsarchive der Länder international beispielhaft ist. In allen anderen ehemals kommunistisch regierten Staaten wurden entsprechende Unterlagen schlichtweg enteignet. Die ehemaligen Eigentümer haben mindestens offiziell keinerlei Mitwirkungsrechte. Auch wenn die gefundene Regelung administrativ das eine oder andere Problem aufwerfen mag, psychisch, politisch und auch archivfachlich ist die Lösung nach wie vor als gut zu bezeichnen. Ein abschließendes Urteil steht aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung unter der Leitung von Konrad Reiser, Elrun Dolatowski und Sigrun Mühl-Benninghaus werden dafür sorgen, daß es positiv ausfällt.

# **Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik.**

**Eine Bestandsbeschreibung**

**Von Manfred Agethen**

## **Die Akten der Ost-CDU**

Das ehemalige »Zentrale Parteiarchiv« der Ost-CDU wurde seit Beginn der 1950er Jahre in der Parteizentrale in Ostberlin aufgebaut. Erste Erschließungsarbeiten erfolgten seit 1958. Von Dezember 1990 bis März 1991 wurde das Archiv in mehreren Etappen vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommen.

Der Bestand umfaßt ca. 375 lfm, davon sind derzeit etwa zwei Drittel durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen. Er enthält die Sitzungsprotokolle, Rundschreiben und Arbeitsunterlagen der leitenden Parteigremien (Hauptvorstand, Präsidium des HV, Sekretariat des HV), Protokolle von Parteitag sowie von Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen, Informationsberichte und Statistiken aus Bezirken und Kreisen an die Zentrale, Unterlagen zu Vorsitzenden, Generalsekretären und Hauptvorstandsmitgliedern sowie zur Fraktionsarbeit der Partei in der Volkskammer. Umfänglich dokumentiert sind Finanz- und Personalwesen der Partei sowie die Bereiche Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Ausland und innerdeutsche Kontakte, übrige Parteien und Massenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Frauen, Jugend und Sport sowie Kirchenfragen.

Weiterhin gehören zum Bestand die Nachlässe bzw. Nachlaßsplitter von einigen wichtigen Parteimitgliedern (ca. 7 lfm) sowie zahlreiche Bilder, Büsten, Werbemittel, ca. 13.000 Fotos und ca. 30 16mm-Filme von Persönlichkeiten und Veranstaltungen der Partei.

Zwei weitere, beim Zentralarchiv der Ost-CDU gelagerte Bestände wurden ebenfalls vom ACDP übernommen. Es handelt sich einmal um die lückenhaften Akten der Ost-CDU-Landesverbände (1945-1952) – ca. 30 lfm. Sie dokumentieren die Sitzungen der Landesgremien, die Parteitage, die Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen sowie die Kontakte mit

den anderen Parteien und mit der Sowjetischen Militäradministration. Zum anderen handelt es sich um 19 lfm Material aus der Reichsgeschäftsstelle der Zentrumspartei – überwiegend Zeitungsausschnitte zu aktuellen Fragen, ansonsten Protokolle der Leitungsgremien des Zentrums und Akten aus kirchlichen Einrichtungen. Landesverbands- und Zentrumsakten sind vollständig verzeichnet.

Außer dem Zentralen Parteiarchiv wurde auch das Material der Bezirks- und der meisten Kreisverbände der Ost-CDU und das der »Zentralen Schulungsstätte« der Partei in Burgscheidungen vom ACDP übernommen. Bei den 15 Bezirken macht es ca. 600 lfm aus, bei den knapp 200 Kreisen ebenfalls ca. 600 lfm. Es deckt insgesamt die Jahre 1945 bzw. 1952 bis 1990 ab, ist aber in den einzelnen Kreisen und Bezirken in sehr unterschiedlicher Dichte und Qualität erhalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Finanzen, allgemeine Statistik, Mitgliederbewegung, Informationsberichte, Protokolle von Sitzungen der Verbandsgremien, Schriftverkehr, Kaderpolitik, Wahlen, Schulung und Kontakte zu den Kirchen. Das Burgscheidungen Material – ca. 50 lfm einschließlich Karteien und Tonträgern – dokumentiert Entstehung, Einrichtung und Verwaltung der Schulungsstätte und ihrer Vorläufer (1948-1990) und enthält hauptsächlich Unterlagen zu den Lehrgängen und ihren Teilnehmern.

Die zuletzt genannten Bestände wurden in unverzeichnetem und oft völlig ungeordnetem Zustand übernommen. Die Erschließungsarbeiten sind im Gange.

#### Die Akten der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Das »Zentrale Parteiarchiv« der DBD wurde zusammen mit dem der Ost-CDU an das ACDP übergeben, nachdem sich die DBD im September 1990 der Ost-CDU angeschlossen hatte. Der Bestand umfaßt ca. 180 lfm; er ist derzeit gut zur Hälfte erschlossen. Darin sind auch die in sehr unterschiedlicher Quantität und Qualität vorhandenen Akten der Landes- bzw. Bezirksverbände der DBD enthalten – ca. 85 lfm. Das Material dokumentiert die Gründung der Partei (1948), die Parteitage, die Sitzungen der leitenden Parteigremien (Vorstand, Präsidium, Sekretariat), die zentralen Veranstaltungen der Partei sowie die Sitzungen der Bezirksvorstände und ihrer Sekretariate. Es enthält weiterhin den Informationsaustausch zwischen Parteileitung und den einzelnen Parteigliederungen, Tätigkeitsberichte und Analysen zu verschiedenen Feldern der Parteiarbeit (hauptsächlich zu landwirtschaftlichen Fragen), allgemeinen Schriftverkehr, Statistiken sowie Unterlagen zu Wahlen, zum Finanzwesen, zur Presse- und Schulungsarbeit und zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Massenorganisationen.



Außerdem gehören zum Bestand Mitgliederkarteien, Bild- und Filmmaterial, Tonträger und Werbematerial.

Die Akten der Ost-CDU und der DBD im ACDP sind Eigentum der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (SAPMO) im Bundesarchiv, die mit dem »Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes« vom 13. März 1992 eingerichtet wurde. Wie für die übrigen Bestände dieser Stiftung entfallen auch für die DDR-Parteiakten im ACDP die sonst üblichen Sperrfristen, außer bei unmittelbar personenbezogenen Akten. Das gesamte Archivmaterial von Ost-CDU und DBD ist also – soweit erschlossen – unmittelbar und für jedermann zugänglich. Während die DBD-Akten bis Ende 1997 in die Archivräume der SAPMO transferiert werden, verbleiben die Ost-CDU-Akten im ACDP.

# Die Christliche Demokratie in Frankreich seit 1945

## Eine historiographische Bilanz\*

Von Laurent Ducerf

Die Christliche Demokratie in Frankreich steht in einer großen Tradition. Sie reicht zurück bis zu Félicité Robert de Lamennais (1782-1854) und seiner Tageszeitung *L'Avenir*. Drei bedeutende Etappen ihrer Entwicklung werden in der Historiographie unterschieden: das Jahr 1848, die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und die Zeit nach der Befreiung im Zweiten Weltkrieg, als eine christlich-demokratische Partei, der *Mouvement Républicain Populaire* (MRP), zur ersten Partei Frankreichs aufstieg. Diese dritte Epoche, verkörpert durch den MRP und in seiner Nachfolge durch das *Centre Démocrate* und schließlich das *Centre des Démocrates Sociaux* (CDS), ist Gegenstand der nachfolgenden bibliographischen Mitteilungen.

Dabei gilt es, ein Paradox zu beachten, nämlich daß die Christlichen Demokraten Frankreichs sich zu keiner Zeit als solche bezeichneten. Auch sind zwischen dem MRP und dem CDS beträchtliche Unterschiede zu verzeichnen. Der MRP, der sich als linke Partei verstand und die konservative Rechte von sich wies, teilte nach der Befreiung zusammen mit Sozialisten und Kommunisten die Regierungsverantwortung. Nach 1947 suchte er das Bündnis mit den Sozialisten zu festigen. Gegenüber den Gaullisten pochte er energisch auf seine Unabhängigkeit. Die weitere Entwicklung führte zu Gewichtsverlagerungen in der politischen Landschaft, in deren Folge sich die Centristen mit den Gaullisten verbündeten und sich in das rechtsliberal-europäoorientierte Lager der UDF einreihen.

Zur weiteren Verwirrung trägt bei, daß neben MRP, *Centre Démocrate* und CDS eine dritte christlich-demokratische Parteigruppierung bestand, die *Jeune République*. Sie stammte aus der Zwischenkriegszeit, stand links vom MRP und ging schließlich in den großen Linksparteien auf. Ihre Wählerschaft war zahlenmäßig unbedeutend. Doch führte sie – vornehmlich der Sozialistischen Partei – eine Reihe sozial engagierter Katholiken zu. Dies erklärt, daß eine Persönlichkeit wie Jacques Delors, der der katholischen Sozialbewegung entstammt und sich der Philosophie Emmanuel Mouniers verbunden fühlt, also ein Mann mit ausgesprochen christlich-demokratischem Profil, der Sozialistischen Partei angehört.

---

\* Leicht gekürzte Übersetzung aus dem Französischen.

Jedoch weist die Christliche Demokratie in Frankreich ungeachtet augenfälliger Gegensätze gemeinsame Grundzüge auf, die freilich nicht das alltägliche Wechselspiel der Politik, sondern nur das Studium der geistigen Grundlagen zu erkennen gibt. Dabei wird man bei MRP, Centre Démocrate und CDS zwei elementare Prinzipien finden: zum einen die Ablehnung des Liberalismus als einer Lehre, die den Wert menschlicher Arbeit allein nach ökonomischen Gesetzen bemißt und damit entwertet und entwürdigt, und zum anderen den festen Glauben an eine europäische Zukunft Frankreichs. Grundlage dieser Überzeugungen ist eine pluralistische Gesellschaftsauffassung, in der die Stellung des Individuums nicht durch das einfache Gegenüber von Bürger und Staat bestimmt ist, sondern durch seine Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gemeinschaften und Lebenswelten wie Familie, Berufswelt, Kultur, die zusammen seine Identität ausmachen.

Die Christliche Demokratie Frankreichs bezieht ihre Motivation aus religiösem Glauben, pocht aber zugleich darauf, daß ihre politische Philosophie frei von religiösen Voraussetzungen formuliert und allein auf universal-menschliche Anliegen gerichtet ist. Diese Verbindung von Motivation aus persönlichem, im Privatraum angesiedeltem religiösem Glauben und sozialem Engagement in einer säkularisierten Gesellschaft umschreibt den Kern der Christlichen Demokratie. Nur die Kenntnis dieser Besonderheit erlaubt, die Christliche Demokratie Frankreichs trotz verschiedener Parteien als eine Einheit zu begreifen.

Die Literatur zur Geschichte der Christlichen Demokratie in Frankreich läßt sich grob unterteilen in wissenschaftliche Werke und persönliche Zeugnisse der bedeutenden Akteure. Erstere kommen aus der Politik- und Geschichtswissenschaft. Sie haben meist die Geschichte des MRP im größeren Kontext der Christlichen Demokratie seit dem 19. Jahrhundert oder auch der christlich-sozialen Bewegung im 20. Jahrhundert zum Gegenstand, letztere dienen nicht selten der nachträglichen Rechtfertigung und der persönlichen Deutung von Erfolg und Mißerfolg.

## 1. Problemorientierte Darstellungen allgemeiner Art

### 1.1 Pionierarbeiten

Die Pionierarbeiten von Jean-Marie MAYEUR haben als erste das Wesen der Christlichen Demokratie und ihres Verhältnisses zur katholischen Sozialbewegung dargestellt. Zu nennen sind seine Gesamtdarstellung *Des partis catholiques à la Démocratie chrétienne, XIXème-XXème Siècle*, Paris 1980, 246 S., und seine Aufsatzsammlung *Catholicisme social et Démocratie chrétienne: principes romains, expériences françaises*, Paris 1986, 287

S. Von ganz grundsätzlicher Bedeutung ist der Aufsatz über *Catholicisme intransigent, Catholicisme social, Démocratie chrétienne* (zuerst 1972 in den *Annales E.S.C.* veröffentlicht).

Für das Verständnis des französischen Katholizismus und seiner Strömungen im Verhältnis zu Politik und Staat im 19. und 20. Jahrhundert wichtig ist ein Aufsatz des Historikers und Soziologen Emile POULAT: *Pour une meilleure compréhension de la Démocratie chrétienne* (*Revue d'Histoire Ecclésiastique*, Bd. LXX, Nr. 1, 1975, S. 5-38). Poulat behandelt vornehmlich die Anfänge des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Kirchengeschichte und Politikwissenschaft angesiedelt ist die folgende Arbeit von René REMOND: *Droite et Gauche dans le Catholicisme français contemporain*, (*Revue Française de Science Politique*, 1958, S. 529-544); gleiches gilt für (DERS., Hrsg.): *Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine*, Paris 1965, 397 S.; sehr interessant auch seine begriffsgeschichtliche Studie, die die Auffassung von Gesellschaft in der Christlichen Demokratie auf lexikalischem Feld untersucht: *Le vocabulaire de la Démocratie chrétienne*, in: *Formation et aspects du vocabulaire politique français, XVII-XXème siècles, Cahiers de Lexicologie*, 1969, t. II, S. 87-92.

## 1.2 Gesamtdarstellungen zur Entwicklung in Frankreich

Ronald Eckford Mill IRVING, der über längere Zeit in Frankreich lebte, hat in seinem Buch *Christian Democracy in France* (London 1973, 308 S.) auch Gespräche mit zahlreichen Zeitzeugen verarbeitet. Zwei gründliche Darstellungen zur Geschichte des politischen Katholizismus wurden in jüngster Zeit vorgelegt: Bruno DUMONS, *Catholiques en politique. Un siècle de ralliement*, Paris 1993, 141 S., und Philippe PORTIER, *Eglise et politique en France au XXème siècle*, Paris 1993, 159 S.

Eine historische Bilanz auf wissenschaftlich anspruchsvollem Niveau ziehen die folgenden Aufsätze: Danielle ZERAZFA, *La Démocratie chrétienne en France. Eléments historiques*, in: *Esprit*, Oktober 1988, S. 65-74; René PUCHEU, *La Démocratie chrétienne entre hier et demain*, in: *France-Forum*, Jan.-März 1989, S. 22-26; Pierre LETAMENDIA, *La Démocratie chrétienne en France*, in: *Etudes*, Juni 1989, S. 745-755. Zu verweisen ist auch auf die kritischen Überlegungen von Paul VIGNAUX: *Démocratie chrétienne en France?*, in: *Lumière et Vie*, 1977, Nr. 132, S. 60-75. Vignaux, ausgewiesener Fachmann für mittelalterliche Philosophie, hat nach dem Krieg bei der Erneuerung der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine herausragende Rolle gespielt. Als Verfechter eines rigorosen Laizismus steht er zur Christlichen Demokratie in kritischer Distanz.

### 1.3 Die europäische Perspektive

Aus europäischer Perspektive hat sich als erster Maurice VAUSSARD mit der Christlichen Demokratie befaßt: *Histoire de la Démocratie chrétienne*, t.1, *France, Belgique, Italie*, Paris 1956, 332 S. Seine vergleichende Betrachtung führt zu aufschlußreichen Einsichten. Nützlich ist auch das folgende Bändchen aus der Reihe *Que sais-je ?* (Nr. 1692): Pierre LETAMENDIA, *La Démocratie chrétienne*, Paris 1993 (Neuaufgabe), 127 S. Vom selben Verfasser stammt ein lesenswerter Aufsatz, der die Gemeinsamkeiten im Diskurs der Christlichen Demokratie in Europa aufzeigt: *Autour d'une vérité européenne dans la Démocratie chrétienne des années d'après guerre*, in: *Formation et défense des »orthodoxies« dans les églises et groupements d'inspiration politique*, Bruxelles 1987, S. 112-122.

Die Christliche Demokratie nicht nur in Europa, sondern weltweit, war Gegenstand eines Kolloquiums unter der Leitung von Hugues Portelli. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in: Hugues PORTELLI/Thomas JANSEN/Jean-Claude DELBREIL, *La Démocratie chrétienne, force internationale*, Nanterre (Institut de Politique Internationale et Européenne) 1986, 509 S. Diesem folgte ein weiteres Kolloquium, das sich vergleichend mit der Sozialpolitik der Christlichen Demokratie befaßte: Institut de Politique Internationale et Européenne (Hrsg.), *Les Démocrates chrétiens et l'économie sociale de marché*, Paris 1988, 235 S.

Erwähnt werden muß auch der Beitrag von Udo KEMPF über *Frankreich* in: Hans-Joachim VEEN, *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. II, Paderborn 1983, S. 125-314. Schließlich ist die jüngst erschienene historisch-politische Gesamtschau von Jean-Dominique Durand zu nennen, die sich u.a. dadurch auszeichnet, daß sie auch Osteuropa miteinbezieht: *L'Europe de la Démocratie chrétienne*, Bruxelles 1995, 382 S.

### 1.4 Die geistigen Grundlagen

Man kann sich nicht mit der Christlichen Demokratie in Frankreich beschäftigen, ohne zumindest auf den Einfluß von Jacques Maritain sowie auf Emmanuel Mounier und dessen Zeitschrift *Esprit* zu verweisen. Das umfangreiche philosophische Lebenswerk beider Autoren kann hier nicht verzeichnet werden. Auch verstanden sie sich nicht als Denker im Dienst der Christlichen Demokratie. Das aber kann wohl von Etienne Borne (1907-1993) gesagt werden, der als Schüler von Emmanuel Mounier sein philosophisches Wirken ganz in den Dienst der Christlichen Demokratie stellte. Dazu gehört, daß er zwei in geistiger Nähe zum MRP bzw. später zum CDS

angesiedelte Zeitschriften gründete, *Forces Nouvelles* und *France-Forum*. Letztere widmete ihm zum achtzigsten Geburtstag eine Festschrift, die eine hervorragende Einführung in sein Denken und Wirken bietet: *Etienne Borne, philosophe personnaliste et démocrate engagé*, *France-Forum*, Okt.-Dez. 1987. Unter dem Titel *Commentaires* (Paris 1977, 255 S.) erschien eine Sammlung seiner zeitgeschichtlichen Betrachtungen.

## 2. MRP und CDS

### 2.1 Der MRP: allgemeine Darstellungen

Grundlegend ist die Dissertation von Pierre LETAMENDIA, *Le MRP*, Bordeaux 1975 (429 S. maschinenschriftlich), die nun auch im Druck erscheint (Editions Beauchesne, Herbst 1995). Darüber hinaus liegt vor: Maria-Grazia MAIORINI, *Il Movimento Repubblicain Populaire, Partito de la IV Repubblica*, Milano 1983, 335 S., sowie von derselben Autorin eine sehr gründliche Studie über die Organisation des MRP: *L'organizzazione del MRP nei primi anni della Quarta Repubblica (1946-1950)*, in: *Storia e Politica*, 1980, Nr. 4, S. 695-745. Hinzu kommen die Arbeiten von Emile-François Callot: *Le MRP*, Paris 1978, 443 S., und *L'action et l'œuvre du MRP*, Genève 1986, 402 S. Polemisch und deshalb wissenschaftlich fragwürdig ist die Dissertation von Henri DESCAMPS, *La Démocratie chrétienne et le MRP: de 1946 à 1958*, Paris 1981, 269 S.

Neben diesen Werken mit wissenschaftlichem Anspruch ist auf von Christdemokraten selbst verfaßte Schriften zu verweisen, die, auch wenn sie pro domo sprechen, doch weitere Einsichten vermitteln können. Dies gilt auch für das gut dokumentierte und in mancher Hinsicht aufschlußreiche Buch von Robert BICHET, *La Démocratie chrétienne en France: le Mouvement Républicain Populaire*, Besançon 1980, 391 S. *France-Forum* hat zum 50. Jahrestag der Gründung des MRP eine Sondernummer mit Beiträgen von Zeitzeugen und Historikern veröffentlicht: *Cinquantenaire du MRP*, *France-Forum*, Okt.-Dez. 1994.

### 2.2 Die Entstehung des MRP

Zusammenhänge und Sachverhalte der Entstehung des MRP erschließen sich am besten über das Schlußkapitel der Dissertation von Jean-Claude DELBREIL, *Centrisme et Démocratie-Chrétienne en France. Le Parti Démocrate Populaire des origines au MRP, 1919-1944*, Paris 1990, 481 S. Mit den Anfängen des MRP, insbesondere mit theoretischen Auseinandersetzungen, beschäftigt sich auch Massimo OLMI in seinem Aufsatz: *Alle origini del*

*Mouvement Républicain Populaire: movimento o partito*, in: Mulino, 1975, Nr. 239, S. 338-358. Ersatzweise vermittelt eine kleine Schrift von RAYMOND-LAURENT, ehemaliges Mitglied des Parti Démocrate Populaire und in den Anfängen des MRP von Bedeutung, entsprechende Einsichten: *Les origines du Mouvement Républicain Populaire*, Paris 1947, 71 S.

Die herausragende Rolle von Georges Bidault bei der Gründung des MRP wird sehr deutlich in einem von ihm selbst verfaßten Artikel, der die ersten geheimen Zusammenkünfte schildert: Georges BIDAULT, *MRP et Croix de Lorraine*, in: *Le Journal de la France, Les Années Quarante*, Paris 1978, Band VI, S. 2745-2756.

Eine vergleichende Studie hat René REMOND vorgelegt: *La Démocratie chrétienne en France au lendemain de la Deuxième Guerre Mondiale: contribution à l'étude comparative des forces politiques entre la France et l'Italie*, in: *Storia e politica*, Juni-Juli 1975, S. 163-174.

### 2.3 Vom MRP zum CDS

Bedauerlicherweise bisher unveröffentlicht ist die Dissertation von Danielle ZERAZA, *Du Mouvement Républicain Populaire au Centre des Démocrates Sociaux. Aspect du discours centriste entre 1962 et 1978*, (Université de Paris X), 2 Bände, 446 S. (Maschinenschrift). Das Fehlen einer Gesamtdarstellung kann teilweise ausgeglichen werden durch Rückgriff auf überwiegend in der *Revue Française de Science Politique* (RFSP) veröffentlichte Arbeiten, die in den sechziger und am Übergang zu den siebziger Jahren das Verschwinden des MRP und den Aufstieg des Centre Démocrate beobachteten. Zu nennen sind in chronologischer Folge: Jacques MOREAU, *Le XXème congrès du MRP*, Sept. 1963, S. 715-728; DERS., *Le Choix du MRP*, RFSP, Febr. 1965, S. 67-86; Jean-Luc PARODI, *Les paradoxes du Centre Démocrate*, RFSP, Okt. 1966, S. 957-960; Roland CAYROL/Jean-Luc PARODI, *Le Centriste, deux ans après*, RFSP, Febr. 1968, S. 93-106; Colette YSMAL, *Unité ou pluralité du Centriste?*, RFSP, Febr. 1969, S. 171-182; DIES., *Les préparatifs du Centre Démocrate*, in: Centre d'Etudes de la vie politique française contemporaine (Hrsg.), *Les élections de Mars 1967*, Paris 1971, S. 45-85; DIES., *Adhérents et dirigeants du Centre Démocrate*, RFSP, Febr. 1972, S. 77-89; Elisabeth DUPOIRIER/François PLATONE, *Une nouvelle étape dans le déclin du »Social-Centrisme«*, RFSP, Dez. 1974, S. 1173-1203. Colette YSMAL, *Mort et pérennité du Centriste*, in: *Projets*, Febr. 1977, S. 141-151; Serge SUR, *L'assimilation progressive par les Centristes*, in: *La Constitution de la Vème République*, Sonderheft der RFSP, Aug. 1984, S. 828-843; François-Georges DREYFUS, *Place et poids de la Démocratie*

*chrétienne: le CDS, un parti démocrate-chrétien dans l'arène politique*, RFSP, Dez. 1990, S. 845-863.

#### 2.4 Der MRP im Parteiensystem

Über das Verhältnis des MRP zu anderen Parteien liegen bisher kaum Spezialstudien vor. Zu verweisen ist auf die einschlägigen Passagen bei Pierre Letamendia (siehe 2.1.). Darüber hinaus kann man zurückgreifen auf Anne SA'ADAH, *Le Mouvement Républicain Populaire et la reconstitution du système partisan français, 1944-1951*, in: RFSP, Jan.-Febr. 1987, S. 33-58. Über das schwierige Verhältnis zu General de Gaulle, ein für das Verständnis der Geschichte des MRP elementares Kapitel: Danielle ZERAFFA-DRAY, *De Gaulle et le Mouvement Républicain Populaire*, in: Christian BIDEGARAY/Paul ISOART (Hrsg.), *Les Droites et le Général de Gaulle*, Paris 1991, S. 43-56. Ergänzend ist auf das persönliche Zeugnis von zwei christlich-demokratischen Politikern zu verweisen, von welchen letzterer sich 1947 de Gaulle anschloß: Pierre-Henri TEITGEN/Louis TERRENOIRE, *De Gaulle et le MRP*, in: *Espoir*, 1982, Nr. 41, S. 64-80.

#### 2.5 Der MRP und die europäische Integration

Der MRP wirkte wie die anderen christlich-demokratischen Parteien aktiv am Werk der europäischen Integration mit, was ausführlich dargestellt wird bei: Philippe CHENAUX, *Une Europe Vaticane? Entre le plan Marshall et les traités de Rome*, Bruxelles 1990, 363 S. René PUCHEU beschreibt in seinem Aufsatz, *Aux commencements de la Passion européenne*, in: *France-Forum*, Juli-Sept. 1992, S. 14-19, die Europabegeisterung der französischen Christdemokraten. Die Beziehungen der europäischen christlich-demokratischen Parteien insgesamt untersucht Roberto PAPINI, *L'Internationale démocrate chrétienne, 1925-1986*, (übersetzt aus dem Italienischen), Paris 1988, 238 S. Zur Rolle des MRP im europäischen Integrationsprozeß liegen 16 Beiträge eines Kolloquiums vor: Serge BERSTEIN/Jean-Marie MAYEUR/Pierre MILZA (Hrsg.), *Le MRP et la construction européenne*, Brüssel 1993, 365 S.

#### 2.6 Regionale Aspekte

Die regionale und lokale Entwicklung des MRP ist Gegenstand zahlreicher unveröffentlichter Magisterarbeiten, die hier nicht angeführt werden können. Sie können jedoch über eine von der Association Française d'Histoire Religieuse Contemporaine veröffentlichte *Bibliographie d'Histoire Religieuse Contemporaine* erschlossen werden (bearb. von Michel Lagrée,



Rennes 1994), die fortlaufend durch das *Bulletin de l'Association Française d'Histoire Religieuse Contemporaine* ergänzt wird. Die *Revue Française de Science Politique* veröffentlicht jährlich alle unveröffentlichten politikwissenschaftlichen Arbeiten.

An veröffentlichten Studien sind zu nennen: Bruno BETHOUART, *Le MRP dans le Nord-Pas de Calais, 1944-1967*, Dunkerque 1984, 165 S.; DERS., *Résumé de l'histoire du MRP dans l'arrondissement de Lille*, in: *Revue du Nord*, 1974, Nr. 221, S. 290-293; F.-P. CODACCIONI, *Le MRP à travers le journal Nord-Eclair de septembre 1944 à mai 1947*, in: *Revue du Nord*, 1975, Nr. 337, S. 543-561. Das Elsaß hat anders als die Region Nord-Pas de Calais, wo der MRP einen Schwerpunkt hatte, bisher noch nicht die gebührende Beachtung gefunden. Für die frühe Zeit liegt vor: Jean-Luc HIRTLES, *Le Mouvement Républicain Populaire dans le Bas-Rhin en 1945 et 1946: histoire politique, géographie électorale, sociologie du parti*, in: *Développement et Communauté*, Sonderheft, Sept. 1970. Für die Bretagne liegt vor: Christian BOUGEARD, *Le MRP des Côtes du Nord sous la Quatrième République*, in: *Charpiana. Mélanges offerts par ses amis à Jacques Charpy*, Rennes 1991, S. 433-442. Für Lothringen zeigt Serge BONNET, *Sociologie politique et religieuse de la Lorraine*, Paris 1972 (514 S.), warum der MRP dort trotz starker katholischer Tradition und der Präsenz einer Persönlichkeit wie Robert Schuman relativ bedeutungslos blieb.

### 3. Einzelpersönlichkeiten

#### 3.1 Der prosopographische Ansatz

Mit dem MRP wuchs eine Generation jüngerer Katholiken in politische Verantwortung, die sich seit den dreißiger Jahren in der Christlichen Demokratie oder in der Action Catholique engagierten. Ihr Kampf in den vorderen Reihen der Résistance führte sie nach der Befreiung in die vorderen Reihen der Politik, ein Vorgang, der zehn Jahre zuvor so nicht denkbar gewesen wäre. Ohne Kenntnis dieser Generation und der einzelnen Persönlichkeiten wird man das Phänomen des MRP nicht verstehen.

Ausgehend von dieser Einsicht hat François BAZIN in seiner 1981 am Institut d'Etudes Politiques in Paris abgeschlossenen Dissertation *Les députés MRP élus les 21 octobre 1945, 2 juin et 10 novembre 1946. Itinéraire politique d'une génération catholique* (2 vols., 634 S. maschinenschriftlich) die 1945 und 1946 gewählten MRP-Abgeordneten einer prosopographischen Untersuchung unterzogen, die in Anbetracht ihres Reichtums an Information und der typologischen Ergebnisse eine für die wissenschaftliche Erforschung des MRP unverzichtbare Lektüre darstellt. Um so bedauerlicher ist es,

daß diese Arbeit bisher nicht gedruckt vorliegt. Hinzuweisen ist auch auf die von Jean-Dominique DURAND und Régis LADOUS herausgegebene Reihe *Politiques et Chrétiens* (Editions Beauchesne), die im Zusammenwirken von Biographie, Textauswahl und Zeitzeugnis das Ineinandergreifen von Glauben und Politik zu erfassen sucht. Sie beschränkt sich allerdings weder auf Frankreich, noch auf die Christliche Demokratie allein.

### 3.2 Georges Bidault

Georges Bidault war sicher die markanteste Persönlichkeit des MRP. Sein lebhafter Intellekt, seine Vorliebe für klar umrissene Positionen, seine Festigkeit in der Freundschaft und sein ganzer Lebenslauf machen ihn zu einer der außergewöhnlichen Gestalten in der französischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Aus seiner eigenen Feder sind uns Erinnerungen geblieben, die unter ungewöhnlichen Umständen entstanden, nämlich während seines Exils in Brasilien: Georges BIDAULT, *D'une Résistance à l'autre*, Paris 1965, 382 S. Ergänzt wird dieses Lebensbild durch Erinnerungen seiner Frau: Suzanne BIDAULT, *Souvenirs*, Rennes 1987, 158 S.

Jüngst sind zwei Biographien erschienen, beide mit Stärken und Schwächen: Jacques DALLOZ, *Georges Bidault, Biographie politique*, Paris 1993, 468 S.; Jean-Claude DEMORY, *Georges Bidault, 1899-1983*, Paris 1995, 520 S. Eine auf Archivforschungen gestützte Darstellung steht indessen noch aus. Doch ist mit der Inventarisierung des Bestandes »Georges Bidault« in den Archives Nationales eine wichtige Vorarbeit geleistet. Das Findbuch ist veröffentlicht: Jeanine IRIGOIN/Patricia GILLET, *Papiers Georges Bidault, 457 AP, Inventaire*, Paris (Archives Nationales) 1993, 77 S. Die Deutschlandpolitik Bidaults in seiner Zeit als Außenminister behandelt Reinhard SCHREINER in seiner 1981 in Trier vorgelegten Dissertation *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik, 1944-1948*, Frankfurt/Main 1985, 296 S. Verwiesen sei auch auf einen Aufsatz zur Italienpolitik: Maurice VAISSE, *Georges Bidault, ministre des Affaires Etrangères (1944-1948) et l'Italie*, in: *Italia e Francia (1946-1954)*, Mailand 1988, S. 298-321.

### 3.3 Führende Persönlichkeiten

Die führenden Persönlichkeiten des MRP sind beileibe noch nicht alle Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Darstellungen. Ersatz bieten Lebenserinnerungen. Pierre-Henri TEITGEN, dessen Vater in den 30er Jahren eine wichtige Rolle in der christlich-demokratischen Bewegung spielte, war einer der Gründer des MRP. Seine Lebenserinnerungen stellen eine obligatorische Lektüre dar: »*Faites entrer le témoin suivant*«, 1940-1958, de la

*Résistance à la Vème République*, Paris 1988, 583 S. Pierre Pflimlin, der als Vorsitzender seit 1956 die zweite Generation des MRP verkörpert, hat seinen Lebenserinnerungen zwei Bücher gewidmet: Pierre PFLIMLIN, *Itinéraires d'un Européen. Entretiens avec J.-L. English et D. Riot*, Strasbourg 1989, 397 S., sowie *Mémoires d'un Européen. De la Quatrième à la Cinquième République*, Paris 1991, 391 S. Hingegen sind Robert Schuman als »Vater Europas« eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten gewidmet. Zu nennen ist in erster Linie die viel gelesene Biographie von Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman, homme d'Etat, 1886-1963*, Paris 1986, 520 S. Darüber hinaus sind erschienen: Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman*, Paris 1988, 256 S., sowie René LEJEUNE, *Robert Schuman, 1886-1963*, Paris 1988, 206 S.

### 3.4 Andere Persönlichkeiten

Edmond Michelet mußte den MRP 1947 wegen seiner gaullistischen Neigungen verlassen. Dessen ungeachtet wird man ihm seine christlich-demokratische Gesinnung nicht absprechen können: Jean CHARBONNEL, *Edmond Michelet*, Paris 1988, 294 S. Der jüngst verstorbene Léo HAMON, der den MRP 1954 nach zehnjähriger Mitgliedschaft wegen seiner Gegnerschaft zur EVG verließ, hat Memoiren unter dem Titel *Vivre ses choix* (Paris 1991, 556 S.) veröffentlicht. Einen ähnlichen Weg wie Hamon ist Robert Buron gegangen, dessen Lebensweg dargestellt ist bei Marcel LAUNAY, *Robert Buron*, Paris 1993, 208 S. Die Lektüre von Robert BURON, *Par goût de la vie*, Paris 1973, 112 S., und *La Mayenne et moi ou de la Démocratie chrétienne au socialisme*, Paris 1978, 150 S., erübrigt sich danach. Francisque Gay spielte eine bedeutende Rolle im PDP (Parti Démocrate Populaire), dem Vorläufer des MRP, und in der christlich-demokratischen Presse. Er wirkte an der Gründung des MRP mit, distanzierte sich aber alsbald, u. a. weil er die Hinwendung zu konservativeren Wählerschichten mißbilligte. Da eine gründliche biographische Arbeit nicht vorliegt, sei verwiesen auf: Maurice CARITE, *Francisque Gay, le militant*, Paris 1966, 189 S., und auf einen Band mit Zeitzeugenberichten: *Francisque Gay ou quarante années de combat d'avant-garde: hommages et témoignages pour le centenaire de sa naissance, 1885-1985*, Paris 1985, 63 S.

Aus der Action Catholique kommend und insbesondere aus der Jeunesse Ouvrière Chrétienne, schloß sich 1944/45 eine ganze Generation organisierter Arbeiter dem MRP an. Sie stellten zwar eine Minderheit dar, die in der »großen Politik« zunehmend ins Abseits geriet, doch stellt der Einzug von Vertretern der katholischen Arbeiterbewegung in die Nationalversammlung ein Ereignis dar, das ehemalige MRP-Mitglieder gern herausstellen. Da eine Untersuchung dieser Gruppe nicht vorliegt, wird man sich zufrieden geben müssen mit einer Arbeit über Paul Bacon und mit den Memoiren

von Fernand Bouxom, die beide – was nicht überrascht – aus dem Norden kommen: Alain-René MICHEL, *Paul Bacon*, in: *La politique sociale du Général de Gaulle*, Lille 1991, S. 223-339; Fernand BOUXOM, *Des faubourgs de Lille au Palais-Bourbon*, Paris 1982, 192 S. Lesenswert sind auch die Erinnerungen eines Christdemokraten von der Basis: Pierre LOUCHET, *Au Milieu du troupeau*, Annonay 1980, 310 S., und DERS., *Le temps des hommes*, Paris 1986, 291 S.

### 3.5 Die Centristen

Diesbezüglich stellt sich die bibliographische Situation weitaus bescheidener dar. Hier soll der Hinweis auf drei nützliche Werke genügen: Jean LECA-NUET, *Le combat pour l'idée*, Paris 1994, 191 S.; Charles CABAUD, *Joseph Fontanet, 1921-1980*, Paris 1991, 188 S.; Alain POHER, *Trois fois président*, Paris 1993, 276 S.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß diese Bibliographie notwendigerweise unvollständig bleiben muß und allgemeinere, nicht spezifisch der hier angesprochenen Thematik gewidmete Werke nicht erwähnt werden können. Dies gilt in erster Linie für allgemeinere Darstellungen zur politischen Geschichte, aber auch für die Kirchen- und Religionsgeschichte. Auch ist abschließend darauf hinzuweisen, daß eine Reihe von Arbeiten zur Christlichen Demokratie in Frankreich im Entstehen begriffen sind, was nicht nur hoffen läßt, daß einige Desiderata der Forschung demnächst behoben sein werden, sondern auch, daß die in dieser bibliographischen Mitteilung möglicherweise vorhandenen Lücken geschlossen werden.

## Abstracts

*Rudolf Uertz*: Christian democracy in social sciences and historical research. The outline of a problem (pp. 1-24)

Contrary to liberalism and democratic socialism, Christian democracy is usually treated inadequately in the relevant literature and is as a rule simply classified as conservatism. The paper introduces the intellectual foundation of Christian democracy based on the most important academic analyses. As a result of its orientation towards Christian ethics and political theory, Christian democracy was able to make a particular contribution to the organisation of the democratic constitutional state and its subsidiary and solidary structures.

*Torsten Oppelland*: Matthias Erzberger and the beginning of democratic foreign policy in Germany (pp. 25-47)

During World War I Erzberger dropped his early annexationism and became the advocate of a democratic foreign policy largely through the influence of the USA. In 1916 having realized the great potential of American power he worked against the unrestricted submarine warfare that would bring the United States into the war against Germany; instead he pleaded for a constructive reply to Wilson's peace initiative. In 1917 after the American entry into the war he worked for the parliamentarisation of German government and a new start with new men in order to allow Wilson to resume his mediation efforts. In 1918 he adopted Wilson's major war aim, the establishment of a League of Nations, as his own. Unfortunately for Germany Erzberger failed in his attempts to establish a democratic foreign policy.

*Vera Bückler*: The Kölner Kreis and its concept for a Germany after Hitler (pp. 49-82)

Sufficient attention has not yet been paid to the Kölner Kreis (Cologne Circle) in the field of research. Contrary to the better known groups of resistance around Helmuth J. von Moltke and Carl Goerdeler, the Kölner Kreis was firmly rooted in the Catholic milieu, with the emphasis on social catholicism. This article treats the history of the formation of the Kölner Kreis, its members and its contacts to other resistance groups. The article also addresses the long-term plans of the Kölner Kreis with a view to the structure of the state, the parties, the economy and the social order. This reveals that the Kölner Kreis came closer than other resistance groups to the idea of a parliamentary democracy.

*Ralf Baus*: The formation of the Christian-Democratic Union of Germany in Saxony in 1945 (pp. 83-117)

The party was formed, largely independently, in two centres: Chemnitz and Dresden. The basic programme corresponded with that of the founders in Berlin. Attempts at cooperation between Christian and liberal-oriented groups failed in Dresden during the process of formation. In Leipzig the attempt resulted in the split in the Democratic Party of Germany. The Christian-oriented wing became established as an independent group. The deciding factor in determining that Dresden

take the lead was the integration in the Berlin CDUD of the Chemnitz Christian People's Party (CVP) and the Dresden Christian-Social People's Party (CSV) ordered by the Soviet Military Administration (SMA). Connected with this was the acknowledgement of the party council at the seat of the Saxonian SMA in Dresden.

*Stefan Creuzberger*: »Class struggle in Saxony«. The Soviet Military Administration in Germany (SMAD) and the referendum on 30 June 1946 (pp. 119-130)

The historiography of the GDR gave the impression that the proceedings surrounding the referendum in Saxony on 30 June 1946 were solely German initiatives and measures, and for the most part initiated by the KPD/SED. Documents from Moscow archives, available for the first time, show however, that the referendum took place under the extremely great influence of the SMAD. The behaviour of the occupying force underlined the doubtful character of the first election in the Soviet occupied zone (SBZ) after the war and boded ill for the local, regional and federal state elections planned for the autumn of 1946.

*Anne Martin*: The policies of the French occupation and the formation of the CDU in the Rhineland-Palatinate (pp. 131-148)

As occupying force, France supported the political convergence of Catholics and Protestants. A re-founding of the »Zentrum« and other denominational parties was not permitted. Even before the founding of the federal state of the Rhineland-Palatinate, the French military authorities acted towards a single Christian-Democratic party encompassing Rhine-Hesse and the Palatinate. Favouring the federal-oriented CDU conformed with the aims of French policies towards Germany. However, the obvious approval shown by the occupying powers for strongly federal forces tended to hinder the early unity of the Christian Democrats in the Rhineland-Palatinate.

*Matthias Pape*: German-Austrian relations 1945-1955. An overview (pp. 149-172)

German-Austrian relations had been dictated since 1947 by the question of the Austrian State Treaty, the signing of which the major powers made dependent on the solution of the German Question. Austria incurred a threat to security policies in May 1955 with its neutral status. The Federal Republic of Germany was supposed to offset this threat by joining NATO. Austria's economical stability was to be achieved by closely linking the two national economies. Governed by their own interests, the politics of the major powers had led, in confidential cooperation with Vienna, to the expropriation of German property in Austria. At the same time Washington temporarily attempted a new order in its security policies in Europe based on a belt of neutral states. Adenauer felt himself misled in both questions by the United States.

*Yorck Dietrich*: Franz Etzel as Minister of Finance (pp. 173-187)

Franz Etzel, known today only as Adenauer's unlucky favourite successor in 1959, was one of the protagonists of Social Market Economy in Germany. Etzel formulated the first manifesto of Social Market Economy in 1949. Having proved his abilities as a coordinator and mediator in supporting Ludwig Erhard's policy, he became finance minister in 1957. Adenauer's esteem for Etzel was not the least motivated by his skills demonstrated in financial policy. But Etzel

was not a tough fighter. He was torn between his neoliberal convictions and the interests of big business to which he was committed.

*Frank Müller: Inner-German relationships prior to the opening of the Wall. The contacts between SPD and SED 1982-1989 (pp. 189-221)*

The contacts between the SPD and the SED in the eighties took place with no consistent strategy. With the exception of a group around Hans Büchler and Gert Weisskirchen, most Social Democrats regarded the situation within the GDR as only of secondary importance in the interests of peace in Europe. Whereas Egon Bahr continued consistently on this path, a third group – among them the heads of the SPD governed federal states – established themselves in the improved conditions for discussion without achieving, despite their familiarity, any results which the Federal Government could not also have achieved. At the beginning of 1989 the close liaison led to the SED and the Berlin SPD cooperating together against the Union – with implications on German politics which, without the opening of the Wall, in the case of an electoral victory by Oscar Lafontaine in 1990, could have had dramatic consequences.

*Niels Hansen: An embarrassing mission. Vienna, 14 May 1955: Against the expropriation of German property through the Austrian State Treaty (pp. 223-246)*

Based on the memories of the turbulent discussion at the German Diplomatic Mission in Vienna on the eve of the signing of the Austrian State Treaty, the author, at the time Vice Consul there, describes the expropriation of German property in Austria and how the relevant terms of the Treaty came into being. The evaluation of the confidential Bonn and Vienna documents recently released and of the by now published American and French documents throw a new light on the dramatic events of four decades ago. In this connection the involvement of the Austrians in the crimes against the Jews is also dealt with.

*Rudolf Morsey: The search for the substitute. The nomination of Heinrich Lübke for the Federal Presidential elections on 15 June 1959 (pp. 247-281)*

By withdrawing his candidacy for the office of Federal President at the beginning of June 1959, Adenauer released a ›presidential crisis‹ which led to a loss of prestige by the 84 year-old Federal Chancellor. The nomination of a successor by the electoral college of the Union parties as early as 15 June 1959 was by no means decided on lightly. It followed a debate lasting several hours, the result of which was never a foregone conclusion. The extensive, previously unknown minutes of this meeting suggest particularly that the structurally unresolved problems of denominations within the Union parties played a role in the discussions on the possible candidates. The nominated candidate, Heinrich Lübke, had served as of 1953 successfully as Minister of Agriculture.

*Günter Buchstab: Party archives in Europe, part II. An inventory (pp. 283-297)*

Following general considerations on the role of the parties in democracy, the conclusions to be drawn from these and their bearing on historical party research and the archives (HIPM 1/1994), this inventory surveys the development of the party archives in Europe.

*Klaus Oldenhage: Legislation to secure the archives of the parties and mass organisations of the GDR (pp. 299-307)*

A major archival, legal and political problem was solved in an internationally exemplary fashion with the establishment of the foundation »Archives of the parties and mass organisations of the GDR« by means of the law to amend the federal archive law of 13 March 1992 and the inclusion of regional holdings into the state archives of the re-instituted federal states. The course and the result of the legislative process are described here.

*Manfred Agethen: The files of the East-CDU and the Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) in the Archives for Christian Democratic Policy. A description (pp. 309-311)*

Information on the size, accessibility and contents of the files received in 1990/91.

*Laurent Ducerf: Christian Democracy in France since 1945. A historiographic balance (pp. 313-323)*

With the liberation of France in World War II, a Christian-Democratic party, the Mouvement Républicain Populaire (MRP) moved up to become the premier party in France. This bibliographic article deals with the history of the MRP and – as its successor – that of the Centre Démocrate and finally the Centre des Démocrates Sociaux (CDS).

## Résumés

*Rudolf Uertz: La Démocratie Chrétienne dans les sciences sociales et la recherche historique. Une esquisse du problème (pp. 1-24)*

Contrairement au Libéralisme et au Socialisme démocratique, la Démocratie Chrétienne est présentée dans les exposés spécialisés de façon insuffisante et est classée simplement, en principe, dans la rubrique du Conservatisme. Partant des travaux scientifiques les plus importants, cette étude présente les bases intellectuelles de la Démocratie Chrétienne. De par son orientation en ce qui concerne l'éthique chrétienne et la théorie politique, la Démocratie Chrétienne a pu apporter sa contribution particulière à la création de l'État constitutionnel démocratique et à ses structures subsidiaires et solidaires.

*Torsten Oppelland: Matthias Erzberger et les débuts d'une politique étrangère démocratique en Allemagne (pp. 25-47)*

L'évolution de Erzberger, d'un annexionniste jusqu'à un représentant d'une politique étrangère démocratique fut influencée de façon déterminante par la politique des États-Unis. Reconnaisant la supériorité matérielle des États-Unis, il se prononça contre une guerre sous-marine illimitée et en faveur de l'offre de médiation américaine. En 1917, après l'entrée en guerre des américains, Erzberger se consacra à la parlementarisation du gouvernement et la relève des hommes politiques compromis par rapport aux États-Unis. En 1918, il adopta l'objectif principal de



guerre de Wilson, la création de la Société des Nations. Malheureusement pour l'Allemagne, Erzberger ne put s'imposer avec sa politique démocratique dirigée vers l'avenir.

*Vera Bücken*: Le Kölner Kreis et sa conception d'une Allemagne après Hitler (pp. 49-82)

Le Kölner Kreis (Cercle de Cologne) ne suscita jamais assez d'intérêt dans le milieu de la recherche. Contrairement aux groupes de résistance les plus connus, celui autour de Helmuth J. von Moltke et celui autour de Carl Goerdeler, le Kölner Kreis avait de profondes racines dans le milieu catholique concentrant ses efforts sur le catholicisme-social. Cet article traite de l'histoire de sa création, de sa composition et de ses relations avec les autres groupes de résistance. On se pose ensuite la question au sujet des conceptions du Kölner Kreis pour le futur, vis à vis de l'organisation de l'État, des partis, de l'économie et de l'ordre social. Il se manifeste alors que le Kölner Kreis tend bien plus que les autres groupes de résistance vers des idées d'une démocratie parlementaire.

*Ralf Baus*: La fondation de l'Union Chrétienne-Démocrate d'Allemagne en 1945 en Saxe (pp. 83-117)

Chemnitz et Dresde furent les centres d'où résultèrent les premières fondations largement autonomes. Les conceptions programmatiques coïncident avec celles des fondateurs berlinois. Déjà pendant le processus de fondation, des essais de collaboration entre les forces chrétiennes et les forces d'orientation libérale échouèrent à Dresde. A Leipzig, l'essai se termina par la scission du Parti Démocrate d'Allemagne. L'aile d'orientation chrétienne se constitua en un groupe indépendant. Décisive pour la prépondérance du parti de Dresde fut l'intégration, ordonnée par l'Administration Militaire Soviétique (SMA), du Parti Populaire Chrétien (CVP) de Chemnitz et du Parti Populaire Chrétien-Social de Dresde dans la CDUD berlinoise. Ceci impliqua la confirmation de la présidence territoriale au siège de la SMA de Saxe à Dresde.

*Stefan Kreuzberger*: »Lutte des classes en Saxe«. L'Administration Militaire Soviétique en Allemagne (SMAD) et le plébiscite du 30 juin 1946 (pp. 119-130)

L'historiographie de la RDA donne l'impression que le plébiscite du 30 juin 1946 en Saxe résultait exclusivement d'initiatives et de mesures allemandes, en particulier venant du KPD/SED. En s'appuyant sur les documents des Archives de Moscou, mises à disposition pour la première fois, il peut être prouvé qu'au contraire le plébiscite eut lieu sous l'influence massive de la SMAD. Le comportement de la force d'occupation permit de remettre en doute le caractère démocratique des premières élections après-guerre dans la zone d'occupation soviétique (SBZ) et assombrir de ce fait les élections communales, régionales et territoriales, prévues pour l'automne 1946.

*Anne Martin*: La politique de l'occupation française et la fondation de la CDU en Rhénanie-Palatinat (pp. 131-148)

En tant que force d'occupation, la France soutint l'accord politique des catholiques et des protestants. Ni la recréation du Zentrum, ni celle d'autres partis confessionnels, ne fut autorisée. Déjà avant la création du »Land« Rhénanie-Palatinat, les autorités militaires françaises s'orientèrent en direction d'un parti unique chrétien-démocrate. La préférence pour la CDU, à tendance

fédéraliste, correspondait avec les intentions de la politique française vis à vis de l'Allemagne. La bienveillance notoire de la force d'occupation pour les puissances fédéralistes gênait plutôt une unité naissante des Chrétiens-Démocrates en Rhénanie-Palatinat.

*Matthias Pape: Les relations germano-autrichiennes 1945-1955. Une synopsis (pp. 149-172)*

Les relations germano-autrichiennes étaient déterminées depuis 1947 par le problème du Traité d'État Autrichien, dont les Grandes Puissances en firent dépendre la signature selon la solution de la question allemande. Le risque de politique de sécurité que prit l'Autriche avec son statut de neutralité en mai 1955 devait être compensé par l'entrée de la République Fédérale d'Allemagne dans l'OTAN. La stabilisation économique de l'Autriche devait être obtenue par l'engrenage des deux économies politiques entre elles. La politique d'intérêts des Grandes Puissances, en collaboration secrète avec Vienne, conduisit à l'expropriation du patrimoine allemand en Autriche. Washington temporairement tenta une réorganisation de sa politique de sécurité en Europe, basée sur une ceinture d'états neutres. En ce qui concerne ces deux questions, Adenauer se voyait dupé par les États-Unis.

*Yorck Dietrich: Franz Etzel, Ministre des Finances (pp. 173-187)*

Franz Etzel, Ministre Fédéral des finances de 1957 à 1961, fut un des protagonistes de l'Économie de Marché Social. Il formula le premier manifeste de l'Économie de Marché Social en 1949. Ayant prouvé son habileté comme négociateur et médiateur dans la politique financière, il devint le successeur préféré de Adenauer en 1959, mais la CDU ne le supporta pas. Il fut affaibli par sa position précaire entre les néo-libéraux et l'industrie allemande, à laquelle il était lié personnellement.

*Frank Müller: Les relations inter-allemandes avant le »tournant«. Les contacts entre la SPD et la SED de 1982 à 1989 (pp. 189-221)*

Les contacts entre la SPD et la SED se déroulèrent pendant les années 80 sans stratégie concrète. A l'exception d'un groupe autour de Hans Büchler et Gert Weisskirchen, la majorité des sociaux-démocrates n'attribua dans l'intérêt de la paix en Europe qu'un rôle subordonné aux conditions de vie en RDA. Alors que Egon Bahr suivait conséquemment ce chemin, s'arrangea un troisième groupe, auquel appartenaient les Premiers Ministres des Pays Fédéraux gouvernés par la SPD, dans une meilleure atmosphère quant aux discussions possibles, sans pour autant aboutir à des résultats que le gouvernement fédéral n'aurait certes pu obtenir. Au début de l'année 1989, le rapprochement entraîna une coopération entre la SED et la SPD de Berlin qui avait pour cible l'Union chrétienne démocrate – avec des implications pour la politique entre les deux Allemagnes qui auraient pu provoquer, sans le »tournant« en cas de succès électoral de Oskar Lafontaine en 1990, des conséquences dramatiques.

*Niels Hansen: Une mission gênante. Vienne, le 14 mai 1955: Contre l'expropriation du patrimoine allemand par le Traité d'État Autrichien (pp. 223-246)*

Partant du souvenir de la discussion agitée à la représentation diplomatique allemande à Vienne, la veille de la signature du Traité d'État Autrichien, décrit l'auteur, qui y était alors vice-consul, l'expropriation du patrimoine allemand en Autriche et la genèse des dispositions du Traité qui

portaient à ce but. L'évaluation des actes secrets de Bonn et de Vienne, ouverts tout récemment au public, tout comme les publications récentes des actes américains et français projettent une nouvelle lumière sur les événements dramatiques qui se déroulèrent il y a quatre décennies. Dans le même contexte est également traitée l'implication des Autrichiens dans les crimes contre les Juifs.

*Rudolf Morsey*: A la recherche d'un suppléant. La nomination de Heinrich Lübke pour l'élection du Président de la République Fédérale du 15 juin 1959 (pp. 247-281)

Le fait que Adenauer retira sa candidature pour la fonction de Président de la République Fédérale causa une «crise présidentielle» qui entraîna une perte de prestige du chancelier, âgé de 84 ans. Dès le 15 juin 1959, la nomination d'un successeur par le comité électoral des partis de l'Union ne fut en aucun cas «décidée en passant», mais après plusieurs heures de discussion dont on ignorait au début absolument l'issue. L'ample procès-verbal de cette réunion, dont on ignorait jusqu'alors l'existence, prouve qu'au cours de la discussion quant aux candidats possibles, le caractère problématique irrésolu des confessions religieuses joua un grand rôle. Le candidat élu, Heinrich Lübke, exerçait la fonction de Ministre de l'Agriculture avec grand succès depuis 1953.

*Günter Buchstab*: Archives de partis en Europe. Deuxième partie: Inventaire (pp. 283-297)

A la suite de considérations de base, concernant le rôle des partis au sein de la démocratie et des effets résultant dans le domaine de la recherche historique et des archives (IIPM 1/1994), offre cet inventaire une vue d'ensemble des archives des partis en Europe.

*Klaus Oldenhage*: La législation pour la sauvegarde du patrimoine des archives des partis et des organisations de masse de la RDA (pp. 299-307)

Avec la création de la Fondation »Archives des partis et des organisations de masse de la RDA« par la loi sur la modification de la Loi Fédérale des Archives du 13 mars 1992 et l'incorporation des archives régionaux dans les administrations d'archives officielles des nouveaux pays fédéraux recréés, aboutit d'une façon exemplaire au niveau international, la solution d'un grand problème tout autant dans le domaine des archives et du droit, qu'au niveau politique. L'évolution et les résultats du processus législatif sont présentés dans cet article.

*Manfred Agethen*: Les actes de la CDU-Est et de la Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) dans les Archives pour la Politique Chrétienne Démocrate. Une description (pp. 309-311)

Information concernant l'ampleur, l'accessibilité et le contenu des actes endossés entre 1990 et 1991.

*Laurent Ducerf: La Démocratie Chrétienne en France à partir de 1945. Un bilan historiographique (pp. 313-323)*

Après la libération de la France pendant la Seconde Guerre Mondiale, un parti démocratique chrétien, le Mouvement Républicain Populaire (MRP), grandit et devint le premier parti en France. L'histoire du MRP et de ses successeurs, le Centre Démocrate et enfin le Centre des Démocrates Sociaux (CDS), constitue le thème de cette information bibliographique.

## Resúmenes

*Rudolf Uertz: La democracia cristiana en las ciencias sociales y la investigación histórica. Un esbozo (pp. 1-24)*

A diferencia del liberalismo y del socialismo democrático, la democracia cristiana se ve tratada de forma insuficiente en las publicaciones pertinentes y, por regla general, se le adscribe simplemente al conservatismo. A base de las más importantes investigaciones científicas, el presente artículo expone los fundamentos intelectuales de la democracia cristiana, que en virtud de su orientación a la teoría del Estado y la ética cristiana pudo rendir una contribución propia a la formación de un Estado Constitucional democrático con estructuras subsidiarias y solidarias.

*Torsten Oppelland: Matthias Erzberger y los inicios de una política exterior democrática en Alemania (pp. 25-47)*

La evolución de Erzberger de anexionista a representante de una política exterior democrática estuvo decisivamente influenciada por la política norteamericana. Reconociendo la superioridad material de E.E.U.U., se pronunció, en 1916, en contra de una guerra submarina ilimitada y a favor de la oferta de intercesión americana. En 1917, cuando los americanos entraron en guerra, se consagró Erzberger a la parlamentarización del Gobierno y al relevo de los políticos comprometidos frente a USA. En 1918, hizo suyo el objetivo principal de la guerra de Wilson, la creación de la Liga de Naciones. Para desgracia de Alemania, Erzberger no pudo imponerse con sus metas políticas.

*Vera Bücken: El Kölner Kreis y su concepto de una Alemania después de Hitler (pp. 49-82)*

Al Kölner Kreis (Círculo de Colonia) no se le ha prestado suficiente atención en el campo de la investigación. A diferencia de los grupos más conocidos de la Resistencia, el de Helmuth von Moltke y el de Carl Goerdeler, el Kölner Kreis estaba arraigado en el ambiente católico, con centro de gravedad en el catolicismo social. Este artículo trata de la historia de su creación, de su estructura y de su relación con otros grupos de la Resistencia. Además, con vistas a la organización del Estado, a los partidos, a la economía y al orden social, se indagan qué conceptos para el futuro ofrece el Kölner Kreis. Con ello, se pone de manifiesto que, más que los otros grupos de la Resistencia, el Kölner Kreis tenía más afinidad con las ideas de una democracia parlamentaria.

*Ralf Baus:* La fundación en Sajonia, en 1945, de la Unión Cristiano-Demócrata de Alemania (pp. 83-117)

Chemnitz y Dresde fueron los centros donde tuvieron lugar las primeras fundaciones. Las concepciones programáticas coincidían con las de los fundadores berlineses. Ya durante el proceso de la fundación, fracasaron en Dresde los intentos de una colaboración entre fuerzas cristianas y fuerzas de orientación liberal. En Leipzig, el intento concluyó con la escisión del Partido Democrático Alemán. El ala de orientación cristiana se constituyó como un grupo independiente. Decisivo para la preponderancia del partido de Dresde fue la integración del Partido Popular Cristiano (CVP) de Chemnitz y del Partido Popular Cristiano-Social (CVS) de Dresde en el CDUD berlinés, ordenada por la Administración Militar Soviética (SMA). A esto inherente fue la confirmación de la presidencia territorial del partido en la sede de la SMA sajona en Dresde.

*Stefan Kreuzberger:* »Lucha de clases en Sajonia«. La Administración Militar Soviética en Alemania (SMAD) y el plebiscito de 30 de junio de 1946 (pp. 119-130).

La historiografía de la RDA deja la impresión de que el plebiscito del 30 de junio de 1946 en Sajonia derivó de una iniciativa exclusivamente alemana, en particular del KPD/SED. En base a documentos de archivos moscovitas, ahora por primera vez asequibles, se puede demostrar por lo contrario, que el plebiscito tuvo lugar bajo una considerable influencia de la SMAD. El comportamiento de la fuerza de ocupación puso de manifiesto el carácter más que dudoso de las primeras elecciones en la Zona Soviética de Ocupación (SBZ) y no auguraba nada bueno para las previstas elecciones municipales, comarcales y territoriales en otoño de 1946.

*Anne Martin:* La política de ocupación francesa y la fundación de la CDU en Renania-Palatinado (pp. 131-148)

Como fuerza de ocupación, Francia exigió la convivencia política de católicos y protestantes. No se autorizó el renacimiento del Partido del Centro, ni de otros partidos confesionales. Aún antes de la creación del territorio de Renania-Palatinado, la actuación de las autoridades militares francesas se orientaba hacia un único partido cristiano-demócrata que abarcara Renania-Hesse y el Palatinado. La preferencia por una CDU de tendencias federalistas estaba conforme con la política francesa respecto a la cuestión alemana. No obstante, la notoria predilección de la potencia de ocupación por fuerzas altamente federalistas resultó más bien un inconveniente frente a una temprana unidad de los cristiano demócratas en Renania-Palatinado.

*Matthias Pape:* Las relaciones germano-austríacas 1945-1955. Un esbozo (pp. 149-172)

Las relaciones germano-austríacas estuvieron determinadas, desde 1947, por el problema del Tratado de Estado austríaco, cuya firma las Grandes Potencias hicieron depender de la solución de la cuestión alemana. Con vistas a su política de seguridad nacional, el riesgo que corrió Austria con el status de neutralidad, en mayo de 1955, lo debía compensar la República Federal con su ingreso en la OTAN y la aceptación de una Alemania dividida, así como posibilitar la estabilización económica de Austria por medio de un engranaje de ambas economías. La política de intereses de las Grandes Potencias, en cooperación secreta con Viena, condujo a la expropiación del patrimonio alemán en Austria. Simultáneamente, intentaba Washington un

nuevo ordenamiento de su política de seguridad en Europa en base a un cinturón de Estados neutrales. Con respecto a ambas cuestiones, Adenauer se sintió defraudado por los Estados Unidos.

*Yorck Dietrich: Franz Etzel, hacendista (pp. 173-187)*

Ni la preferencia de Adenauer por Etzel como sucesor en 1959, ni su desaparición, sólo dos años más tarde, del escenario político han sido hasta ahora convincentemente justificados. El segundo Ministro de Hacienda de la República Federal fue uno de los más importantes paladines de la Economía Social de Mercado. La estimación de Adenauer se basaba, no en último término, en los méritos de Etzel en la política financiera. Su fracaso hay que buscarlo en su precaria posición entre los neoliberales y la industria, con cuyos intereses él personalmente se consideraba comprometido.

*Frank Müller: Las relaciones interalemanas en vísperas del »cambio«. Contactos entre SPD y SED, 1982-1989 (pp. 189-221)*

Los contactos entre SPD y SED en los años ochenta se desarrollaron sin una estrategia consistente. La mayoría de los socialdemócratas atribuía a la situación interna en la RDA una importancia muy secundaria en aras de la paz en Europa. Mientras que Egon Bahr mantuvo esta línea, otros – entre ellos los Ministros-Presidentes de los estados federados regidos por la SPD – aprovecharon la mejora en las relaciones para establecer contactos confidenciales, sin obtener, sin embargo, resultados que el Gobierno federal, y sin comprometerse, no hubiera podido lograr. A comienzos de 1989, el trato estrecho condujo a una cooperación entre la SED y la SPD berlinesa en contra de la Unión, con tales implicaciones para la política interalemana, que sin el »cambio«, en el caso de una victoria electoral del SPD en 1990, hubieran podido desencadenar dramáticas consecuencias.

*Niels Hansen: Una misión penosa. Viena, 14 de mayo de 1955: En contra de la expropiación del patrimonio alemán por el Tratado de Estado austríaco (pp. 223-246)*

Partiendo del recuerdo de la acalorada discusión en la representación diplomática alemana en Viena, en vísperas de la firma del Tratado de Estado austríaco, el autor, entonces allí Vicecónsul, describe la expropiación del patrimonio alemán en Austria y la génesis de las estipulaciones del Tratado de Estado que a dicha expropiación llevaron. La evaluación de las Actas reservadas de Bonn y Viena, recién autorizadas al público, así como la reciente publicación de Actas americanas y francesas, proyectan una nueva luz en los dramáticos sucesos de hace cuatro decenios. En este contexto, se discute también la implicación de Austríacos en los crímenes contra los judíos.

*Rudolf Morsey: En busca de un sustituto. El nombramiento de Heinrich Lübke para la elección a Presidente federal el 15 de junio de 1959 (pp. 247-281)*

El desistimiento de Adenauer a una candidatura para el cargo de Presidente federal, a comienzos de junio de 1959, desencadenó una »crisis presidencial«, la cual condujo a una pérdida de prestigio del anciano Canciller. El nombramiento de un sucesor, ya el 15 de junio de 1959, por un gremio electoral de los partidos de la Unión no fue decidido »así de paso«, sino después

de varias horas de discusión, con un desenlace en suspenso. El Protocolo de esta Sesión, hasta ahora desconocido, deja entrever el papel que tuvo la confesión religiosa en la discusión. El candidato nombrado, Heinrich Lübke, ejercía con éxito, desde 1953, el cargo de Ministro de Agricultura.

*Günter Buchstab*: Archivos de partidos en Europa. Segunda parte: Inventario (pp. 283-297)

Después de unas consideraciones básicas sobre el papel que juegan los partidos en la democracia y lo que de ello se deduce para la investigación histórica y la Archivología (HPM 1/1994), este inventario ofrece una sinopsis sobre el desarrollo en Europa de los archivos de partidos.

*Klaus Oldenhage*: Legislación para salvaguardia del patrimonio archivístico de los partidos y de las organizaciones de masas de la RDA (pp. 299-307)

Con la creación de la Fundación «Archivo de los partidos y organizaciones de masas de la RDA» por la Ley modificadora de la Ley del Archivo Federal de 13 de marzo de 1992 y la incorporación de los expedientes regionales a los archivos estatales de los nuevos territorios se logró, de forma internacionalmente ejemplar, la regulación de un gran problema, tanto en el aspecto archivístico, como en el legal y el político. Aquí se exponen desarrollo y resultado del proceso legislativo.

*Manfred Agethen*: Las Actas de la CDU-Este y del Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) en el Archivo para Política Cristiano-Demócrata. Una descripción (pp. 309-311)

Informe sobre magnitud, accesibilidad y contenido de las Actas asumidas en el período 1990/1991.

*Laurent Ducerf*: La Democracia Cristiana en Francia a partir de 1945. Balance historiográfico (pp. 313-323)

Con la liberación de Francia en la Segunda Guerra Mundial, ascendió a primer partido de Francia un partido cristiano demócrata, el Mouvement Républicain Populaire (MRP). La historia del MRP, del Centro Demócrata – como su sucesor – y del Centro de los Demócratas Sociales (CDS) constituye el tema de este informe bibliográfico.

## Zusammenfassungen

*Rudolf Uertz:* Die Christliche Demokratie in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Eine Problemskizze (S. 1-24)

Die Christliche Demokratie wird im Gegensatz zum Liberalismus und demokratischen Sozialismus in einschlägigen Darstellungen meist unzulänglich behandelt und in der Regel einfach dem Konservatismus zugeordnet. Vorliegender Aufsatz stellt anhand der wichtigsten wissenschaftlichen Untersuchungen die geistigen Grundlagen der Christlichen Demokratie vor. Aufgrund ihrer Orientierung an der christlichen Ethik und Staatstheorie konnte sie einen eigenständigen Beitrag zur Gestaltung des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats und seiner subsidiären und solidarischen Strukturen leisten.

*Torsten Oppeland:* Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland (S. 25-47)

Erzbergers Entwicklung vom Annexionisten zum Vertreter einer demokratischen Außenpolitik wurde entscheidend durch die Auseinandersetzung mit der Politik der USA geprägt. 1916 sprach er sich in Erkenntnis der materiellen Übermacht der USA gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg und für das Eingehen auf das amerikanische Vermittlungsangebot aus. 1917 arbeitete er nach dem amerikanischen Kriegseintritt auf die Parlamentarisierung der Regierung und die Ablösung der gegenüber den USA belasteten Politiker hin. 1918 machte er sich Wilsons Hauptkriegsziel, die Errichtung des Völkerbunds, zu eigen. Zum Unglück Deutschlands konnte er sich mit seiner zukunftsweisenden Politik nicht durchsetzen.

*Vera Bücken:* Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler (S. 49-82)

Der Kölner Kreis hat in der Forschung noch nicht genügend Beachtung gefunden. Er war im Unterschied zu den bekannteren Widerstandsgruppen um Helmuth J. von Moltke und Carl Goerdeler fest im katholischen Milieu verwurzelt, mit Schwerpunkt im Sozialkatholizismus. Gegenstand dieses Beitrages sind seine Entstehungsgeschichte sowie seine Zusammensetzung und Verbindung zu anderen Widerstandsgruppen. Weiterhin wird mit Blick auf Staatsaufbau, Parteien, Wirtschaft und soziale Ordnung nach den Zukunftsvorstellungen des Kölner Kreises gefragt. Dabei zeigt sich, daß die Kölner sich mehr als andere Widerstandsgruppen den Ideen einer parlamentarischen Demokratie näherten.

*Ralf Baus:* Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945 (S. 83-117)

Zentren der weitgehend autonom erfolgenden Gründungen waren Chemnitz und Dresden. Die programmatischen Vorstellungen deckten sich mit jenen der Berliner Gründer. Versuche einer Zusammenarbeit von christlich und liberal orientierten Kräften scheiterten in Dresden schon im Gründungsprozeß. In Leipzig endete der Versuch mit der Spaltung der Demokratischen Partei Deutschlands. Der christlich orientierte Flügel konstituierte sich als selbständige Gruppe. Ausschlaggebend für die Durchsetzung des Dresdner Führungsanspruches war die von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) verordnete Eingliederung der Chemnitzer Christlichen Volkspartei (CVP) und der Dresdner Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) in die Berliner



CDUD. Damit verbunden war die Bestätigung des Landesvorstandes am Sitz der sächsischen SMA in Dresden.

*Stefan Creuzberger:* »Klassenkampf in Sachsen«. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946 (S. 119-130)

Die Historiographie der DDR vermittelte den Eindruck, als habe es sich bei den Vorgängen um den Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946 ausschließlich um Initiativen und Maßnahmen deutscher Stellen, insbesondere der KPD/SED, gehandelt. Anhand erstmals zugänglicher Dokumente aus Moskauer Archiven kann hingegen gezeigt werden, daß der Volksentscheid unter massiver Einflußnahme der SMAD zustandekam. Das Verhalten der Besatzungsmacht ließ den zweifelhaften Charakter der ersten Nachkriegswahl in der SBZ deutlich werden und warf darüber hinaus dunkle Schatten auf die für den Herbst 1946 vorgesehenen Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen.

*Anne Martin:* Die französische Besatzungspolitik und die Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz (S. 131-148)

Frankreich förderte als Besatzungsmacht das politische Zusammengehen von Katholiken und Protestanten. Eine Wiedergründung des Zentrums und anderer konfessioneller Parteien wurde nicht zugelassen. Auch wirkten die französischen Militärbehörden schon vor Gründung des Landes Rheinland-Pfalz auf eine einzige, Rheinessen und die Pfalz umfassende christlich-demokratische Partei hin. Die Begünstigung der föderalistisch orientierten CDU entsprach den deutschlandpolitischen Zielen Frankreichs. Doch stand das offenkundige Wohlwollen der Besatzungsmacht für stark föderalistische Kräfte einer frühen Geschlossenheit der Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz eher im Wege.

*Matthias Pape:* Die deutsch-österreichischen Beziehungen 1945-1955. Ein Aufriß (S. 149-172)

Das deutsch-österreichische Verhältnis war seit 1947 bestimmt von der Frage des österreichischen Staatsvertrags, dessen Unterzeichnung die Großmächte von der Lösung der deutschen Frage abhängig machten. Das sicherheitspolitische Risiko, das Österreich mit dem Neutralitätsstatus im Mai 1955 einging, sollte die Bundesrepublik Deutschland durch den Beitritt zur NATO aufwiegen. Die wirtschaftliche Stabilisierung Österreichs sollte durch eine Verzahnung der beiden Volkswirtschaften erreicht werden. Die Interessenpolitik der Großmächte führte im geheimen Zusammenspiel mit Wien zur Enteignung des deutschen Eigentums in Österreich. Gleichzeitig versuchte Washington vorübergehend eine Neuordnung seiner Sicherheitspolitik in Europa auf der Grundlage eines Gürtels neutraler Staaten. Adenauer sah sich in beiden Fragen von den USA getäuscht.

*Yorck Dietrich:* Franz Etzel als Finanzpolitiker (S. 173-187)

Weder Adenauers Entscheidung, Franz Etzel 1959 als Nachfolger zu bevorzugen, noch Etzels Abgang von der Bühne der hohen Politik nur zwei Jahre später sind bis heute überzeugend begründet worden. Dabei war der zweite Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland einer der wichtigsten Vorkämpfer der Sozialen Marktwirtschaft. Der Aufsatz versucht zu zeigen, daß Adenauers Wertschätzung nicht zuletzt auf den Leistungen Etzels in der Finanzpolitik

beruhte. Der tiefere Grund für seinen Mißerfolg lag in seiner Mittlerstellung zwischen den Neoliberalen und der Wirtschaft, deren Interessen er persönlich verbunden war.

*Frank Müller: Innerdeutsche Beziehungen im Vorfeld der Wende. Die Kontakte zwischen SPD und SED 1982-1989 (S. 189-221)*

Die Kontakte zwischen SPD und SED in den 80er Jahren verliefen ohne konsistente Strategie. Mit Ausnahme einer Gruppe um Hans Büchler und Gert Weisskirchen maßen die meisten Sozialdemokraten im Interesse des Friedens in Europa den Verhältnissen in der DDR nur eine nachgeordnete Bedeutung zu. Während Egon Bahr diesen Weg konsequent fortsetzte, richtete sich eine dritte Gruppe – darunter die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder – in den verbesserten Gesprächsbedingungen ein, ohne mit ihrer Vertraulichkeit Ergebnisse zu erzielen, welche die Bundesregierung nicht auch erreicht hätte. Anfang 1989 führte das enge Miteinander zur gezielten Zusammenarbeit zwischen SED und Berliner SPD gegen die Union – mit deutschlandpolitischen Implikationen, die ohne die »Wende« im Falle eines SPD-Wahlsieges dramatische Folgen hätten auslösen können.

*Niels Hansen: Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag (S. 223-246)*

Ausgehend von der Erinnerung an die bewegte Diskussion auf der deutschen diplomatischen Vertretung in Wien am Vorabend der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags schildert der Autor, damals dort Vizekonsul, die Enteignung der deutschen Vermögenswerte in Österreich und die Entstehung der darauf gerichteten Vertragsbestimmungen. Nicht zuletzt die Auswertung der kürzlich freigegebenen Bonner und Wiener Verschlusßakten sowie jetzt vorliegender amerikanischer und französischer Aktenpublikationen werfen ein neues Licht auf die dramatischen Ereignisse vor vier Jahrzehnten. Damit zusammenhängend kommt auch die Verstrickung der Österreicher in die Verbrechen gegen die Juden zur Sprache.

*Rudolf Morsey: Auf der Suche nach dem Ersatzmann. Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959 (S. 247-281)*

Der Rückzug Adenauers von seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten Anfang Juni 1959 löste eine »Präsidentenwahlkrise« aus, die zu einem Prestigeverlust des 84-jährigen Bundeskanzlers führte. Die Nominierung eines Nachfolgers bereits am 15. Juni 1959 durch das Wahlmännergremium der Unionsparteien ist keineswegs »nebenbei entschieden« worden, sondern nach einem mehrstündigen Ringen, dessen Ausgang offen war. Das umfangreiche, bisher unbekanntes Protokoll dieser Sitzung läßt insbesondere erkennen, daß bei der Personaldiskussion die strukturell ungelöste Konfessionsproblematik der Unionsparteien eine Rolle spielte. Der nominierte Kandidat, Heinrich Lübke, amtierte seit 1953 als erfolgreicher Landwirtschaftsminister.

*Günter Buchstab: Parteiarchive in Europa II. Eine Bestandsaufnahme (S. 283-297)*

Nach grundsätzlichen Überlegungen über die Rolle der Parteien in der Demokratie und die

daraus zu ziehenden Folgerungen für die historische Parteienforschung und das Archivwesen (HPM 1/1994), gibt diese Bestandsaufnahme einen Überblick über die Entwicklung des Parteiarchivwesens in Europa.

*Klaus Oldenhage: Die Gesetzgebung zur Sicherung des Archivguts der Parteien und Massenorganisationen der DDR (S. 299-307)*

Mit der Errichtung der Stiftung »Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« durch das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 und der Einbringung der regionalen Überlieferung in die Staatsarchive der wiedergegründeten Länder gelang auf international beispielhafte Weise die Regelung eines großen archivfachlichen, rechtlichen und politischen Problems. Verlauf und Ergebnis des Gesetzgebungsprozesses werden hier dargestellt.

*Manfred Agethen: Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung (S. 309-311)*

Mitteilung über Umfang, Erschließung und Inhalt der 1990/1991 übernommenen Akten.

*Laurent Ducerf: Die Christliche Demokratie in Frankreich seit 1945. Eine historiographische Bilanz (S. 313-323)*

Mit der Befreiung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg stieg eine christlich-demokratische Partei, der Mouvement Républicain Populaire (MRP), zur ersten Partei Frankreichs auf. Die Geschichte des MRP und – in seiner Nachfolge – des Centre Démocrate und schließlich des Centre des Démocrates Sociaux (CDS) ist Gegenstand dieser bibliographischen Mitteilung.

## Zum Tode von Alexander Fischer

Am 24. Juni 1995 ist der Historiker Alexander Fischer in seinem Haus in Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main verstorben. Eine schwere Erkrankung, gegen die er mit Hilfe seiner Familie und mit viel eigenem Lebenswillen ankämpfte, riß ihn viel zu früh aus dem Leben. Nicht nur in der Wissenschaft bleiben Lücken, die schwer zu schließen sind und deutlich machen, welchen Verlust an Kompetenz und Menschlichkeit sein Tod bedeutet.

Alexander Fischer wurde am 24. Januar 1933 in Thum geboren. In seiner erzgebirgischen Heimat blieb er Zeit seines Lebens innerlich tief verwurzelt. Daraus, vor allem aber auch aus seinem unerschütterlichen Glauben, schöpfte der protestantische Christ Alexander Fischer Kraft. Die Befähigung, Dinge in ihrer tiefsten Kausalität zu betrachten, verband sich mit einem erstaunlichen Gedächtnis und einer manchmal unerbittlichen Disziplin gegen sich selbst. Wer mit ihm zusammenarbeiten durfte, weiß, daß er seine hohen Maßstäbe auch an andere anlegte, dies aber stets mit menschlicher Wärme und einer Prise sokratischer Ironie verband.

1955 siedelte Alexander Fischer nach Schwierigkeiten mit den kommunistischen Machthabern aus der DDR in die Bundesrepublik über. Der ehemalige Junglehrer für Russisch studierte in Tübingen Geschichte, Philosophie und Germanistik, war Schüler von Hans Rothfels, Werner Markert und Theodor Eschenburg und wurde mit der Dissertation *Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905* promoviert. Nach einer Zeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Frankfurt am Main bei Dietrich Geyer und Klaus Zernack habilitierte er sich 1972 mit dem Thema »Sowjetische Deutschlandpolitik 1941 bis 1945«. Von 1973 bis 1986 wirkte er als Professor für Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung Osteuropas in Frankfurt am Main und folgte dann einem Ruf als Ordinarius an den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn.

Schwerpunkte seiner Forschungen und Veröffentlichungen waren die russische und sowjetische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie die vergleichende DDR- und Deutschlandforschung. Mit dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung war Alexander Fischer über lange Jahre durch ein gemeinsames Projekt über die CDU in der sowjetischen Zone Deutschlands verbunden. Unter seiner Regie entstanden nicht nur verschiedene Publikationen zum Thema, Fischer war auch einer der besten Kenner der Materie. Sein früher Tod hinderte ihn an der Fertigstellung einer umfassenden Darstellung der Gründungsgeschichte

der CDU in der SBZ und Berlin. Es ist anerkennenswert, daß das Archiv für Christlich-Demokratische Politik es als seine Pflicht ansieht, in Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden für die Fertigstellung dieser Arbeit zu sorgen.

Von 1976 bis 1978 war Alexander Fischer Mitglied des Arbeitskreises für vergleichende Deutschlandforschung und von 1979 bis 1990 des Arbeitskreises Forschungsförderung bzw. Deutschlandforschung beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Seit 1988 gehörte er dem Wissenschaftlichen Beirat des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg i.Br. an. 1990 wurde er Mitglied der Kommission für das Ostkolleg des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien. Seit 1992 gehörte er dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte an. In hohem Maße engagierte er sich in der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Er gehörte über Jahre dem Vorstand der Gesellschaft an und war seit 1984 Leiter der Fachgruppe Geschichtswissenschaft.

Die Wiedervereinigung Deutschlands erfüllte Alexander Fischer mit tiefer Genugtuung. Immer hatte er zu denen gehört, deren Engagement für die deutsche Einheit sich auf die Überzeugung stützte, daß sich die kommunistische Diktatur nicht auf Dauer gegen den Selbstbestimmungswillen der Völker behaupten könne. Sein beharrliches Festhalten am Ziel der deutschen Einheit, das ihm vor allem im Kreis der DDR-Spezialisten viel Kritik einbrachte, war für ihn die logische Konsequenz seines Eintretens für Demokratie und politische Grundrechte auch für die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs. Nach der Wiedervereinigung prädestinierte ihn diese Haltung für Aufgaben bei der Erneuerung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern.

Alexander Fischer machte nie einen Hehl daraus, daß sein wissenschaftliches Engagement auf dem eigenen Erleben der totalitären Diktatur in der DDR basierte. Sein Bonner Kollege Klaus Hildebrand brachte diese Verbindung auf den Nenner: »Er wollte erforschen, was er selbst erlebt oder erlitten hatte, und prüfte das subjektive Empfinden am objektiven Befund« (FAZ vom 27. Juni 1995). Nach der Wende engagierte sich Alexander Fischer, der sich intensiv mit der Geschichtswissenschaft in der DDR auseinandergesetzt hatte, folgerichtig für die Erneuerung des Faches in den neuen Bundesländern. Er vereinbarte zunächst eine Patenschaft des Seminars für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn mit der Sektion Geschichtswissenschaft der Karl-Marx-Universität in Leipzig, bevor er Gründungsdirektor des aus der friedlichen Revolution hervorgegangenen Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung in Dresden wurde.

Hier setzte er die entscheidenden Impulse für die interdisziplinäre Erforschung des NS- und des SED-Regimes.

1992 wurde Alexander Fischer auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zum sachverständigen Mitglied in die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« berufen. In mehreren Grundsatzreferaten brachte er sein umfassendes historisches Wissen ein und beeinflusste die Tätigkeit der Kommission vor allem im Themenfeld »Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung«. In der Arbeitsgruppe Archive trug er dazu bei, unter anderem durch Gespräche in Moskau, den wissenschaftlichen Zugang zu den Archiven der DDR und der UdSSR zu verbessern. Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission ist von ihm nicht nur mitverantwortet, sondern auch geprägt.

Aus der Fülle seiner Publikationen kann hier nur auf einige beispielhaft verwiesen werden. Neben seiner Dissertation und seiner Habilitationsschrift (veröffentlicht 1967 und 1975) ist das Standardwerk *Teheran-Jalta-Potsdam. Die Sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«* (1968) zu nennen, das 1985 in dritter Auflage erschien. Hinzu kommen zahlreiche Bände, die in Zusammenarbeit mit Kollegen entstanden, sowie viele Beiträge zu wissenschaftlichen Sammelwerken. Erwähnt seien: *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR* (1979); *Die NVA der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes* (1980); *Ploetz – Geschichte der Weltkriege. Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945* (1981); *Die Sowjetunion und die deutsche Frage 1945-1949* (1984). Als Herausgeber zeichnete Alexander Fischer u.a. für den Band *Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945* (1986), den *DDR-Ploetz* (1988) sowie (zusammen mit Günther Heydemann) für das zweibändige Werk *Geschichtswissenschaft in der DDR* (1988/89) verantwortlich. Seit 1992 war er an der Herausgabe der *Dokumente zur Deutschlandpolitik* beteiligt. Hinzu kommen unzählige Beiträge und Rezensionen in Fachzeitschriften.

Die Fachwelt verliert mit Alexander Fischer eines ihrer angesehensten Mitglieder. Die Impulse, die in wissenschaftlicher wie in menschlicher Hinsicht von ihm ausgingen, sind jedoch von solcher Fülle und Intensität, daß sein Wirken weit über seinen Tod hinausreicht.

Michael Richter

## **Die Mitarbeiter dieses Bandes**

*Dr. Manfred Agethen*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Ralf Baus M.A.*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesarchiv, Editionsgruppe Dokumente zur Deutschlandpolitik, Lennéstraße 8, 53113 Bonn

*Dr. Vera Bücken*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bischöflichen Generalvikariat des Bistums Essen, Zwölfling 16, 45127 Essen

*Dr. Günter Buchstab*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Arbeitsbereiches Wissenschaftliche Dienste, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Stefan Kreuzberger M.A.*, Wissenschaftsredakteur der Zeitschrift »Osteuropa«, Großkölnstraße 32-34, 52062 Aachen

*Dr. Yorck Dietrich*, Ankerstraße 10, 53757 Sankt Augustin

*Laurent Ducerf*, 8, Place Saint-Laurent, F 58000 Nevers

*Dr. Niels Hansen*, Botschafter a.D., Frankenstraße 1, 53175 Bonn

*Dr. Anne Martin*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Projektgruppe Leipzig, Grassi-Museum, Johannisplatz 5-11, 04103 Leipzig

*Prof. Dr. Rudolf Morsey*, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Neuere Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Freiherr-vom-Stein-Straße 2, 67324 Speyer

*Dr. Frank Müller*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Dr. Klaus Oldenhage*, Bundesarchiv, Schubertstraße 5, 56075 Koblenz

*Dr. Torsten Oppeland*, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 07740 Jena

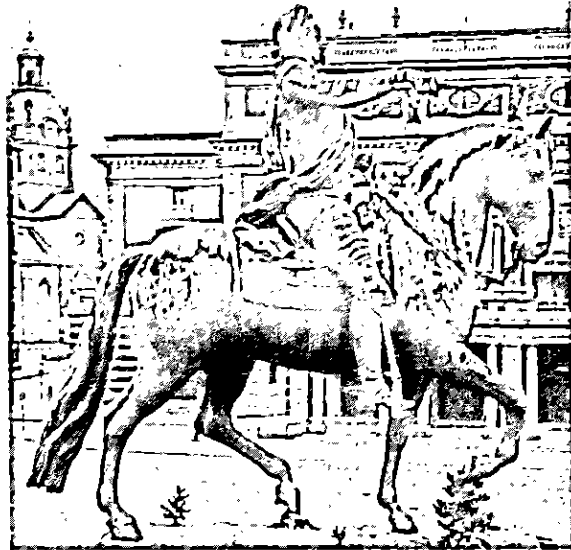
*Dr. Matthias Pape*, Historisches Seminar der Universität Bonn, Konviktsstraße 11, 53113 Bonn

*Dr. Michael Richter*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung, Mommsenstraße 13, 01062 Dresden

*Dr. Rudolf Uertz*, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Politikwissenschaft II, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt, 85071 Eichstätt



**Zum 400. Geburtstag von Gustav II. Adolf**



## **Geschichtsschreibung und Kult**

**Gustav Adolf, Schweden und der Dreißigjährige Krieg**

**Von Sverker Oredsson**

**In der Übersetzung von Klaus R. Böhme**

**Historische Forschungen, Band 52**

**320 S. 1994 (3-428-08040-8) DM 148,- / 6S 1.155,- / sFr 148,-**

Mit der Landung des von Gustav II. Adolf befehligten schwedischen Heeres auf der Insel Usedom im Jahre 1630 griff Schweden in den Dreißigjährigen Krieg ein. Dieses wichtige historische Ereignis ist seither in Schweden, Deutschland und anderen Ländern kontrovers diskutiert worden. Zwei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Warum griff Schweden in den Krieg ein? Was waren die Folgen des schwedischen Eingreifens? Der Verfasser verfolgt diese Diskussion bis in unsere Tage und deckt dabei die Traditions- und Wertungsmuster auf, die den verschiedenen Schilderungen des schwedischen Kriegseintritts zugrundeliegen. Auf diese Weise wird das Bild Gustav Adolfs, Schwedens und des Dreißigjährigen Krieges gleichsam zu einem Prisma, mit dessen Hilfe neue Facetten der schwedischen, aber auch der deutschen Ideengeschichte ins Blickfeld rücken.

**Duncker & Humblot · Berlin**

**Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (0 30) 79 00 06 31**

---

# Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert

Teil 1: Transatlantische Beziehungen

Herausgegeben von Jürgen Elvert  
und Michael Salewski

1993. 352 Seiten (Historische Mitteilungen, Beiheft 7). Kart. DM/sFr 120,—

Aus dem Inhalt:

**Hermann Wellenreuther:** Die USA: Ein politisches Vorbild der bürgerlich-liberalen Kräfte des Vormärz? — **Günter Moltmann:** Deutschland und die Monroe-Doktrin — **Otto Pflanze:** Bismarck und die USA - Die USA und Bismarck — **Detlef Junker:** Kampf um die Weltmacht. Deutschland und die USA 1937-1941 — **Klaus Schwabe:** Deutschland als sicherheitspolitisches Problem der USA in Versailles und Potsdam — **Gerhard Stoltenberg:** Die Rolle der Nato nach dem Fall der Mauer - Neue Sicherheitsstrukturen für die Welt? — **Wolfram Hanrieder:** Transatlantische Partner - Deutschland und die USA als Eckpfeiler des nordatlantischen Bündnisses — **Stefan Fröhlich:** Die „Deutsche Frage“ im Kontext globaler US-amerikanischer Sicherheitspolitik nach 1945 — **Christian Tuschhoff:** Wiederbewaffnung, Nuklearisierung und Rüstungskontrolle. Kontinuität und Wandel in der deutschen Sicherheitspolitik nach 1945 — **Michael Dreyer:** Die Verfassung der USA: Ein Modell für deutsche Verfassungsentwürfe im 19. Jh.? — **Jürgen Heideking:** Der US-amerikanische Einfluß auf die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz — **Jörg Nagler:** Politisches Exil in den USA im Zeitalter des Vormärz und der Revolution von 1848/49 — **Wolfgang J. Helbich:** Ausbruch in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Die USA als Ziel deutscher Emigranten im 19. Jh. — **Karl Holt:** Die USA als Exil während des Nationalsozialismus

Teil 2: Deutschland und Westeuropa

Herausgegeben von Klaus Schwabe  
und Francesca Schinzinger

1995. 271 Seiten (Historische Mitteilungen, Beiheft 11). Kart. DM 98,—

Aus dem Inhalt:

**Günther Schulz:** Großbritannien und Deutschland im Welthandel (1871-1939) — **Christoph Buchhelm:** Die Wirtschaftsbeziehungen Westdeutschlands zu Westeuropa (1945-1970) — **A. J. Nicholls:** Großbritannien und die deutsche Herausforderung vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg - ein Vergleich — **Bernd J. Wendt:** Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Englandpolitik von Wilhelm II. zu Hitler — **Lothar Kettenacker:** Deutschland in der Friedensplanung und in den Anfängen der Besatzungspolitik Großbritanniens — **Beate Gödde-Baumanns:** Frankreich und die deutsche Einheit: 1870/71-1989/90 — **Jacques Barliéty:** Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg — **Clemens Wurm:** Deutsche Frankreichpolitik und deutsch-französische Beziehungen in der Weimarer Republik 1923/24-1929: Politik, Kultur und Wirtschaft — **Wilfried Loth:** Adenauer und de Gaulle - Probleme einer politischen Partnerschaft — **Hermann von der Dunk:** Die Niederlande und der deutsche Nachbar — **Dirk Martin:** Belgien und Deutschland: Zwei Neuankömmlinge in der internationalen Politik (1830-1955) — **Gilbert Trausch:** Luxemburg als Nachbar Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert — **Otto Eschweiler:** Die Euregio Aachen-Lüttich-Maastricht - ihre Entstehung und ihre Bewährung in der wirtschaftspolitischen Praxis — **Klaus Hänsch:** Deutschland und Westeuropa nach der Vereinigung



**Franz Steiner Verlag Stuttgart**

Postfach 10 10 61 — D-70009 Stuttgart

---



# Persönlichkeit und Geschichte

Über 100 Bände

Alle Bände broschiert

Begründet von  
Prof. Dr. Günther Franz, Stuttgart  
Herausgegeben von  
Prof. Dr. Detlef Junker, Heidelberg

## Neuerscheinung aus unserer Reihe

*Bd. 150 · Wolfgang Krieger*

### **Franz Josef Strauß**

Der barocke Demokrat  
aus Bayern  
104 Seiten, 8 Abbildungen  
ISBN 3-7881-0146-6

*Bd. 87/88 · Peter Berglar*

### **Konrad Adenauer**

Konkursverwalter  
oder Erneuerer der Nation?  
149 Seiten, 10 Abbildungen  
ISBN 3-7881-0087-7

*Bd. 101/102 · Andreas Hillgruber*

### **Bismarck**

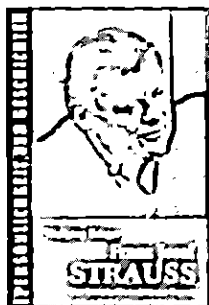
Gründer der europäischen  
Großmacht Deutsches Reich  
115 Seiten, 8 Abbildungen  
ISBN 3-7881-0101-6

*Bd. 126/127/128*

*Volkhard Laitenberger*

### **Ludwig Erhard**

Der Nationalökonom als Politiker  
242 Seiten, 8 Abbildungen  
ISBN 3-7881-0126-1



Einzelband: öS 140,- sFr/DM 18,80  
Doppelband: öS 154,- sFr/DM 20,80

Dreifachband: öS 178,- sFr/DM 24,-  
Vierfachband: öS 237,- sFr/DM 32,-



**MUSTER-SCHMIDT VERLAG**

Postf. 2741, 37017 GÖTTINGEN · CH-8033 ZÜRICH, Postf. 2611

Neue Reihe:

## **Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung**

Herausgegeben von Alexander Fischer und Martin Onnasch

Das Dresdner „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ wurde im November 1992 als interdisziplinäre Einrichtung des Freistaats Sachsen gegründet. Das Institut betreibt zeitgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschungen und Dokumentationen totalitärer Systeme und Strukturen. Neben der Analyse der politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime stehen totalitäre Erscheinungen in den Staaten Mittel-, West-, Ostmittel- und Osteuropas im Zentrum. Der sächsische Raum als hochentwickeltes Industriegebiet und gesellschaftliches Spannungsfeld wird mit seinen charakteristischen Eigenheiten in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit finden.

### **Bd.1: Politischer Umbruch in Sachsen 1989/90**

Rückblick und Zwischenbilanz

Herausgegeben von Alexander Fischer und Günther Heydemann

1995. 250 Seiten. Gebunden. ISBN 3-412-07995-2

Die Deutung des politischen Umbruchs 1989 in der DDR hat eine Reihe kontroverser Forschungsergebnisse hervorgebracht. Der vorliegende Band liefert einen umfassenden Überblick der unterschiedlichen Diskussionsansätze. Im Mittelpunkt stehen Studien, die außen- und innenpolitische Aspekte der friedlichen Revolution in ausgewählten, repräsentativen Städten und Regionen Sachsens analysieren. Die Unterschiede der Interpretationen, insbesondere aus ost- und westdeutscher Perspektive, werden herausgearbeitet und mit Arbeiten über andere Regionen verglichen. Der Band stellt damit eine einmalige Dokumentation vielschichtiger Analysen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Zeit von 1989/90 dar.

### **Bd.2: Die Ost-CDU**

Entstehung und Entwicklung

Herausgegeben von Michael Richter und Martin Reißmann

1995. Etwa 270 Seiten. Gebunden. ISBN 3-412-07895-6

Die friedliche Revolution von 1989/90 und das Wiederaufstehen einer gesamtdeutschen Union lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit in Ost- und Westdeutschland auch auf die ehemalige DDR-Blockpartei CDU. Die Rolle der CDU in der DDR wird in Wissenschaft, Politik und Publizistik sehr kontrovers erörtert.

---

Gideon Greif

# Wir weinten tränenlos...

Augenzeugenberichte der  
jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz

1994. LI, 307 S. Zahlr. Abb. Br. ISBN 3-412-03794-X

An der Rampe von Auschwitz-Birkenau wurden sie selektiert und von der deutschen Lagerleitung zu menschenunwürdigen Diensten bei der Vernichtung ihres eigenen Volkes gezwungen: die jüdischen *Sonderkommandos*. Sie sind Augenzeugen geworden, wie Hunderttausende europäischer Juden in die Gaskammern geführt wurden, und mußten helfen, ihre sterblichen Überreste in den Krematorien zu beseitigen. Niemand sollte von dem entsetzlichen Geschehen erfahren, und so wurden auch große Teile der *Sonderkommando*-Arbeiter in regelmäßigen Abständen hingerichtet. Nur wenige haben überlebt.

Der Autor hat einige von ihnen, die nach 1945 in Israel eine neue Heimat gefunden haben, interviewt und zu schmerzhafter, aber auch befreiender Erinnerungsarbeit veranlaßt. Einer der Männer drückt es so aus: „Vierzig Jahre lang habe ich kein Wort sagen können, erst jetzt und heute war es mir möglich, über das Krematorium zu sprechen.“

Das Buch enthält neben einer historischen Einführung sechs der Interviews im vollen Wortlaut. Damit wird es – auch und gerade für deutsche Leser – zu einem wichtigen zeitgeschichtlichen Dokument wider das Vergessen und gegen die *Auschwitzlüge*.

---

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln

**BÖHLAU**

---

Willy Cohn

# VERWEHTE SPUREN

Erinnerungen an das Breslauer Judentum  
vor seinem Untergang

Herausgegeben von Norbert Conrads

(Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte, Band 3)

---

1995. VIII, 776 S. 12 Abb. Gb. ISBN 3-412-10394-2

Das Tagebuch des Jahres 1941 hat Willy Cohn bereits zu einem bedeutenden Zeugen für das Breslauer Judentum werden lassen. Die Katastrophe, die der Nationalsozialismus für das deutsche und europäische Judentum mit sich brachte, sah er kommen und erlebte sie auch, denn er gehörte mitsamt seiner Familie zu den ersten Opfern des Holocaust. Angesichts der nahenden Gefahr schrieb Cohn die Geschichte des Breslauer und schlesischen Judentums für die Nachwelt nieder, in die er die Geschichte seiner Familie bettete. Den bis 1933 reichenden Teil, der einen faszinierenden Einblick in Bedeutung und Kultur der Juden in Breslau bietet, konnte Cohn wenige Tage vor seiner Deportation fertigstellen und an einem sicheren Ort deponieren.

---

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN  
Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

**BÖHLAU**